

# Logik

von

Alexander Pfänder (München).

---

Edmund Hufferl zum 60. Geburtstag gewidmet.

---

## Einleitung.

### 1. Gegenstand und Aufgabe der Logik.

Nach einer alten und auch heute noch weitverbreiteten Definition ist die Logik die Lehre vom Denken. Diese Definition ist zwar nicht total falsch; denn der Gegenstand der Logik liegt allerdings im Denken. Aber sie ist doch nicht genau und zum mindesten schief, denn nicht das Denken selbst, dieser seelische Vorgang oder dieses geistige Tun, sondern vielmehr etwas, das in dem Denken liegt, ist der eigentliche Gegenstand der Logik. Die Unzulänglichkeit jener alten Definition trat deutlich zutage, als man sie im 19. Jahrhundert beim Wort nahm und nun die Logik wirklich zu einer Lehre vom Denken machen wollte. Man geriet nämlich dadurch in das Gebiet der Psychologie hinein, die ja unter anderen seelischen Vorgängen natürlich auch das Denken zu erforschen hat. Die Logik war in Gefahr, von der Psychologie verschlungen und lediglich zu einem ihrer Kapitel herabgedrückt zu werden. Man spürte freilich wohl, daß die Logik doch nicht einfach eine Psychologie des Denkens war und ist; indem man jedoch ihre alte Definition festhielt und ihr auch weiterhin das Denken als ihren Gegenstand vorhielt, bemühte man sich nun krampfhaft, die Logik aus der Verschlingung mit der Psychologie zu befreien. Zwei verschiedene Wege wurden eingeschlagen, um definitiv der Eigenart der Logik gerecht zu werden.

Der erste Weg geht von der Unterscheidung zwischen theoretischen und praktischen Wissenschaften aus und glaubt, die Logik als praktische Wissenschaft vom Denken von der Psychologie als der theoretischen Wissenschaft vom Denken richtig abcheiden zu

können. Es zeigte sich jedoch bald, daß auf diesem Wege zwar der einen Not jener Definition abgeholfen und die so definierte Wissenschaft allerdings vor dem Untergang in die Psychologie gesichert war, daß aber eine neue Not daraus hervorging. Denn die Logik war bis dahin wirklich niemals eine praktische Wissenschaft gewesen. Sie mußte sich daher, sobald sie diesen neuen Anspruch stellte, jetzt den Vorwurf der totalen Nutzlosigkeit gefallen lassen.

Der zweite Weg hält ebenfalls daran fest, daß die Logik das Denken zum Gegenstand habe, und sucht nun dadurch sie von der Psychologie abzuheben, daß er ihr die Aufgabe einer Normwissenschaft, der Psychologie dagegen die Aufgabe einer Tatsachenswissenschaft vom Denken zuweist. Während die Psychologie erkennen solle, wie das Denken des Menschen tatsächlich verlaufe, habe die Logik zu erkennen, wie dieses Denken verlaufen solle. Auch diese Bestimmung widersprach jedoch dem Wesen der Logik, so wie sie tatsächlich vorlag, und führte außerdem nicht dazu, sie reinlich von der Psychologie abzufondern.

Beide Versuche krankten an dem Grundfehler, der aus jener alten Definition stammte, daß sie nämlich immerfort das Denken als den Gegenstand der Logik bestimmten. Die Logik selbst pflegte, außer in ihrer Einleitung, tatsächlich gar nicht vom Denken, weder wie es wirklich ist, noch wie es sein soll, zu sprechen. So blieb schließlich der Eindruck zurück, daß es der Logik bisher nicht gelungen sei, mit ihrer Definition ihren Gegenstand und ihre Aufgabe klar und sachgerecht zu bestimmen.

Um nun den eigentlichen Gegenstand der Logik klar und richtig herauszuschälen, folgen wir einerseits dem Hinweis jener Definition, indem wir uns dem Denken zuwenden, es kurz in seine unterscheidbaren Faktoren zerlegen und das auffuchen, was darin noch von keiner anderen Wissenschaft untersucht worden ist. Wir beachten dann andererseits, auf was für Gegenstände die wirklich vorhandene Logik letzten Endes immer hingezielt hat. Es wird sich dann zeigen, daß jener Hinweis und diese Zielung gemeinsam auf ein eigenartiges Gegenstandsgebiet konvergieren, auf das sich eben gerade die Logik als eine theoretische Wissenschaft zu beziehen hat.

Das Denken ist ein reales seelisches Geschehen, das sich in allen wachen, erwachsenen menschlichen Individuen sicher vorfindet. In jedem einzelnen Fall, den wir hier auffuchen mögen, läßt sich an ihm eine Reihe von fünf Faktoren unterscheiden. Es gehört nämlich zu ihm erstens ein denkendes Subjekt, von dem das



Denken ausgeht oder vollzogen wird. Dann zweitens natürlich das Denken selbst, als ein reales, in einem bestimmten Augenblick beginnendes, eine Zeitlang dauerndes und wieder aufhörendes seelisches Geschehen. In jedem solchen Denken wird drittens immer ein bestimmter Gedanke gedacht, der den Gedankengehalt dieses Denkens bildet. Dieser Gedankengehalt ist viertens bei denjenigen Menschen, die eine Sprache beherrschen, immer mehr oder weniger vollständig und genau in gewissen sprachlichen Formen zum Ausdruck gebracht oder eingekleidet. Das denkende Subjekt, das Denken und der sprachlich eingekleidete Gedankengehalt sind fünftens immer auf irgendeinen Gegenstand im allgemeinsten Sinne des Wortes bezogen. Diese fünf Faktoren sind nun durch ein Geflecht eigentümlicher Beziehungen zu einem Ganzen verwoben, das wir in seinem Aufbau ein wenig verfolgen wollen.

Betrachten wir zuerst das Verhältnis, in dem das denkende Subjekt und das Denken zueinander stehen. Das denkende Subjekt kann an sich existieren auch dann, wenn es gerade nicht denkt. Es muß nicht notwendig denken, um zu existieren. Meistens freilich denkt es auch, selbst wenn andere seelische Vorgänge, wie z. B. ein Lieben oder ein Hassen, ein Begehren oder ein Wollen, es gerade ausfüllen. Wenn das Subjekt nicht ohne seelisches Leben existieren kann, so braucht es doch nicht notwendig zu denken und hat also insofern dem Denken gegenüber eine gewisse Freiheit.

Das Denken selbst dagegen kann gar nicht sein, ohne daß es das Denken eines bestimmten seelischen Subjekts ist. Es kann nicht von demjenigen denkenden Subjekt, dessen Denken es ist, abgetrennt werden, ohne damit selbst zu zergehen. Das Denken des einen Subjekts kann nicht von ihm losgelöst und nicht von ihm auf ein anderes Subjekt übertragen werden. Jedes einzelne Denken muß, wenn es real sein soll, notwendig einem und nur einem Subjekt angehören. Das Subjekt ist die einzige Quelle und der notwendige Ausgangspunkt des Denkens.

Nach der anderen Seite hat nun das Denken notwendig einen Gedankengehalt. Ein Denken, das keinerlei Gedankengehalt hätte, ein »leeres« Denken in diesem Sinne ist unmöglich. Das Denken produziert den Gedankengehalt, es spinnt ihn aus, baut ihn auf oder bildet ihn nach. Die durch das Denken gebildeten Gedankengebilde sind in dem Denken »aufgehoben«, sie haben ein reales Dasein nur in und mit dem Denken selbst. Aber sie können doch andererseits von dem Denken, das sie produziert hat, in gewissem Sinne abgelöst und einem zweiten Denken über-

mittelt werden. Genau derselbe Gedanke, den das eine denkende Subjekt gedacht hat, kann durch Mitteilung einem zweiten und einem dritten denkenden Subjekt überliefert und auch von ihnen gedacht werden. Außerdem können die Gedanken von dem sie denkenden Subjekt schriftlich niedergelegt werden und so scheinbar ein Dasein außerhalb jedes denkenden Subjektes gewinnen. Indessen, auch die so übermittelten und schriftlich niedergelegten Gedanken sind nur dann wirklich vorhanden, wenn sie von einem denkenden Subjekt gedacht werden. Trotz dieser innigen Vereinigung, in der die Gedanken mit dem Denken stehen, sind sie doch von dem Denken verschieden. Während das Denken nämlich ein reales seelisches Geschehen ist, sind die Gedanken keine realen seelischen Geschehnisse, sondern ideelle zeitlose Gebilde. Sie sind geistige Lebensprodukte, die einer rein ideellen Sphäre angehören.

Das Denken kann nun Gedanken produzieren, ohne daß sie zugleich in irgendeiner sprachlichen Form ausgedrückt, niedergelegt, kundgegeben oder formuliert werden. Die Gedanken sind in ihrem Sein durchaus nicht notwendig an sprachliche Ausdrücke gebunden. Es gibt tatsächlich in jedes Menschen Denken ein stummes oder stilles Denken, das weder in äußerem noch in innerem Sprechen seinen Ausdruck findet. Die sprachliche Formulierung eines Gedankens tritt in vielen Fällen erst dann ein, wenn der zu formulierende Gedanke in einer eigentümlich totalen Weise schon gedacht und zugleich weiter festgehalten wird, während die sprachliche Formulierung dann sukzessive in der Zeit vollzogen wird. Auch in denjenigen Fällen, in denen das Denken von vornherein von einem inneren Sprechen begleitet ist, werden doch die gedachten Gedanken nur selten voll und ganz sprachlich eingekleidet, sondern bleiben zum großen Teil unausgedrückt. Der im einsamen Denken ausgesponnene Gedankenfaden ist daher meistens nicht in seiner ganzen Länge, sondern nur hier und da schlackenartig mit Sprachmaterial besetzt. Schließlich ist sogar da, wo im mitteilenden Denken vollständige sprachliche Sätze mündlich oder schriftlich gebildet werden, doch der gedachte Gedankengehalt nicht restlos in diesen Sätzen ausgedrückt; er muß daher von dem Hörer oder Leser nach seinem unausgedrückten Bestande glücklich erraten werden, wenn er ganz von ihnen aufgenommen werden soll. Sowenig nun die Gedanken überhaupt notwendig an einen sprachlichen Ausdruck gebunden sind, sowenig ist ein bestimmter Gedanke an einen bestimmten sprachlichen Ausdruck gekettet. Vielmehr kann ein und derselbe Gedanke nicht nur in derselben Sprache in verschiedenen sprachlichen Formen, sondern

auch in ganz verschiedenen Sprachen mehr oder weniger genau ausgedrückt werden. Die Gedanken haben also gegenüber den sprachlichen Formen eine größere oder geringere Wahlfreiheit.

Andererseits brauchen nun auch die sprachlichen Gebilde nicht notwendig einen Gedankengehalt zu haben. Sprachlaute können rein für sich produziert oder aufgenommen werden, ohne daß Gedanken mit ihnen verbunden werden. Ebenso kann man ganz gedankenlos Schriftzeichen produzieren oder lesend aufnehmen. Die Sprachzeichen mögen dabei an sich einen Sinn haben oder ganz und gar sinnleer sein.

Aus diesen Verhältnissen ist deutlich ersichtlich, daß die Gedanken von den sprachlichen Ausdrücken verschieden sind und auch dann von ihnen unterschieden werden müssen, wenn die Gedanken in einer sie völlig bedeckenden sprachlichen Einkleidung auftreten.

Die Ausdrucksbeziehung, die zwischen den Gedanken und bestimmten sprachlichen Ausdrücken bestehen kann, ist nicht ein bloßes gleichzeitiges Vorhandensein der Gedanken und der sprachlichen Formen in einem und demselben Bewußtsein, sondern eine Beziehung ganz eigener Art. Es können im gegebenen Falle bestimmte Sprachlaute in einem Bewußtsein vorhanden sein, während gleichzeitig bestimmte Gedanken gedacht werden, ohne daß jene Sprachlaute der Ausdruck dieser Gedanken wären. So z. B. wenn man die Sprachlaute einer unbekannten Sprache hört und zugleich mit Hilfe der eigenen Muttersprache solche Gedanken denkt, die in keiner Weise durch die gehörten Laute der Fremdsprache zum Ausdruck gebracht sind. Dann sind gleichzeitig gedankengefüllte Sprachlaute mit gedankenleeren zusammen, und die Verschiedenheit der Ausdrucksbeziehung von der bloßen Gleichzeitigkeit des Zusammenseins wird deutlich ersichtlich. Diese Beziehung ist eine nicht umkehrbare, denn die Gedanken sind in den sprachlichen Formen ausgedrückt, nicht aber sind umgekehrt die sprachlichen Formen in den Gedanken ausgedrückt. Die Gedanken sind den Sprachformen als ihr Sinn innerlich eingelegt. Sie sind dann freilich in den Sprachformen nur für diejenigen Wesen erfaßbar, welche die betreffende Sprache erlernt haben und im gegebenen Falle sich den Sprachlauten mit geöffneter Denksphäre so zuwenden, daß die entsprechenden Gedanken an den Sprachlauten emporprießen können.

Das Denken und die Gedanken sind nun notwendig immer auf irgendwelche Gegenstände bezogen. Gegenstandsloses Denken, und ebenso Gedanken, die keinerlei Beziehung zu Gegenständen hätten, gibt es nicht nur tatsächlich nicht, sondern sie sind ganz

unmöglich, weil es in ihrem eigensten Wesen liegt, solche Beziehungen zu haben. Aber das Denken und die Gedanken sind in keiner Weise auf bestimmte Gegenstände eingeschränkt. Vielmehr ist ihr möglicher Gegenstandsbereich an sich völlig unbefchränkt. Sie können sich zunächst auf irgendwelche Kategorie von Gegenständen beziehen. Nicht nur irgendwelche Dinge, sondern auch irgendwelche Zustände, Beschaffenheiten von Dingen, irgendwelche Vorgänge, Tätigkeiten, Wirkungen, Beziehungen und Verhältnisse können Gegenstände des Denkens und der Gedanken sein.

Außerdem können die Gegenstände des Denkens und der Gedanken irgendwelchen Gebieten von Gegenständen angehören. Alle Wirklichkeitsgebiete sind zunächst dem Denken prinzipiell offen. Die materielle Welt der unbelebten Gegenstände, die Welt der leiblichen Lebewesen, die seelische Welt, die soziale Welt, die kulturelle Welt und die Welt der religiösen Gegenstände —, sie bieten sich alle dem Denken als seine möglichen Gegenstandsgebiete dar. Außerdem sind aber auch alle irrealen, die ideellen sowohl wie die fiktiven, Gegenstände der Bezielung im denkenden Vollziehen von Gedanken zugänglich. Es gibt also prinzipiell überhaupt nichts, was nicht irgendwie Gegenstand eines Denkens oder eines Gedankens werden könnte.

Während nun das Denken und die Gedanken nie ohne einen Gegenstand sein können, auf den sie sich beziehen, so sind die Gegenstände an sich durchaus nicht notwendig auf irgendein Denken oder irgendwelche Gedanken angewiesen. Sie werden durch das sie bezielende Denken in ihrem Bestande gar nicht affiziert oder beeinflusst. Irgendein Gegenstand läßt auch nicht nur diese oder jene auf ihn bezüglichen Gedanken zu, sondern er kann der Gegenstand unbefchränkt vieler Gedanken sein. So können sich z. B. auf einen Menschen nicht nur alle möglichen Meinungen, Behauptungen, Erkenntnisse, Schlüsse und Beweise beziehen, sondern es können auch alle möglichen Wertungen, Würdigungen, Kritiken, Lobsprüche, Tadel, Vorwürfe, Anklagen auf ihn hinzielen. Er kann ferner der Gegenstand bestimmter Wünsche, Hoffnungen oder Befürchtungen sein. Man kann Bitten, Ratschläge, Mahnungen und Warnungen an ihn richten; man kann in bezug auf ihn bestimmte Absichten und Vorsätze hegen, Entschlüsse und Beschlüsse fassen. Schließlich kann man an ihn bestimmte Aufforderungen, Gebote oder Verbote und Befehle adressieren. So kann sich überhaupt auf jeden beliebigen Gegenstand eine zahllose Menge von Ge-

d a n k e n wie ein Mückenschwarm niederlassen, ohne daß jedoch der Gegenstand davon irgendwie tangiert zu werden braucht.

Die Verschiedenheit und die relative Unabhängigkeit der Gegenstände von den Gedanken zeigt sich auch darin, daß die Gedanken, die sich auf einen Gegenstand beziehen, sich verändern können, ohne daß der Gegenstand eine Veränderung zu erleiden braucht. So kann man zu anderen Wertmeinungen über einen Menschen gelangen, ohne daß sich dieser Mensch, tatsächlich oder auch nur in der Meinung, irgendwie geändert hätte. Andererseits können sich die von den Gedanken betroffenen Gegenstände tatsächlich und auch in der Meinung ändern, ohne daß sich bestimmte, auf sie bezogene, Gedanken zugleich zu ändern brauchten. Die Beziehung der Gedanken auf ihre Gegenstände ist eben eine intentionale, eine bloße Bezielung, keine reale »Berührung«.

Die G e g e n s t ä n d e, auf die sich die Gedanken beziehen, liegen außerdem i m m e r j e n s e i t s d e r G e d a n k e n, sind ihnen immer transzendent. Auch da, wo irgendwelche, dem Bewußtsein immanente Gegenstände, wo also etwa das eigene Denken und die eigenen Gedanken zu Gegenständen neuer, anderer Gedanken werden, bilden diese Gegenstände doch nicht Bestandteile dieser auf sie gerichteten Gedanken, sondern liegen immer jenseits ihrer. Man kann daher sagen, es liegt im Wesen der Gedanken, ihnen selbst jenseitige und in diesem Sinne transzendente Gegenstände zu haben. Die Zielung auf Gegenstände aber ist den Gedanken ihrem Wesen nach immer i m m a n e n t.

Zieht man einen einzelnen Denkfaden aus dem seelischen Leben des Menschen heraus, so erweist sich also, daß er auf der einen Seite notwendig mit dem denkenden Subjekt zusammenhängt, während er auf der anderen Seite ebenso notwendig einen bestimmten Gedankengehalt hat und durch diesen hindurch notwendig auf einen Gegenstand hinzielt. Auf welchen Gegenstand das Denken und sein Gedankengehalt im gegebenen Falle hinzielt, das hängt ganz und gar von dem Gedankengehalte selbst ab. Es können freilich dem Denksubjekt auf Grund a n d e r e r Akte (z. B. Wahrnehmungen, Erinnerungen, Vorstellungen) mehrere Gegenstände gleichzeitig vor Augen stehen, aber aus diesen greift sein Denken durch seinen Gedankengehalt diese oder jene gedanklich heraus, die dann damit erst die intentionalen, und doch immer jenseits bleibenden, Gegenstände dieses Denkens und dieser Gedanken werden.

Nicht isoliert jedoch findet das Denken im seelischen Leben des Menschen gewöhnlich statt, sondern meistens begleitet und verbunden

mit anderen Arten des Gegenstandsbewußtseins und mit anderen bestimmten, ebenfalls auf Gegenstände gerichteten Arten von Tätigkeiten. So nimmt der Mensch vielleicht, während er denkt, zugleich eine Mehrheit von Gegenständen wahr. Verstehen wir nun unter dem Wahrnehmen das Vor-sich-haben ursprünglich und leibhaftig gegebener Gegenstände, so ist dieses Wahrnehmen noch kein eigentliches Denken und es ist auch nicht notwendig von einem Denken durchdrungen, sondern es kann ein ganz gedankenloses »Hinsehen« auf die Gegenstände sein. Auch dann, wenn nun einer der wahrgenommenen Gegenstände zum Gegenstand des Denkens wird, so ist das auf den Gegenstand bezogene Denken von der Wahrnehmung des Gegenstandes verschieden, wenn es auch hier in besonderer Weise mit ihr vereint ist. Die Wahrnehmung bildet im gegebenen Falle die Grundlage für das auf den wahrgenommenen Gegenstand bezogene Denken. Sie kann zugleich, wenn sie sich zur Wahrnehmung der Sachverhalte erweitert und vertieft, die erfüllende und bestätigende Grundlage für das Denken abgeben. Aber sie ist in keiner Weise die notwendige Voraussetzung für das Denken, selbst nicht für das Denken genau derselben Gedanken, die auf ihrer Grundlage vollzogen und erfüllt wurden. Das Denken kann vielmehr ohne jedes Wahrnehmen stattfinden.

So oft man auch das Denken ein Vorstellen oder ein Verbinden von Vorstellungen genannt hat, so zeigt doch die genauere Betrachtung, daß das Denken sowohl von dem Vorstellen verschieden ist, als auch ganz und gar ohne jedes Vorstellen stattfinden kann, sofern man nur unter dem Vorstellen das wirkliche Vorstellen im Sinne des anschaulichen Vor-sich-habens eines nicht jetzt ursprünglich gegebenen Gegenstandes versteht. Gewiß kann eine anschauliche Vorstellung des Gegenstandes, auf den sich das Denken bezieht, mit dem Denken verbunden sein und seine Grundlage, ja in gewissen Fällen seine völlig angemessene Erfüllungsgrundlage bilden. Aber das Denken selbst ist kein anschauliches Vorstellen; es kann auch dann mit genau demselben Gedankengehalte vollzogen werden, wenn der von ihm betroffene Gegenstand weder anschaulich vorgestellt, noch überhaupt vorstellbar ist. Andererseits ist das bloße anschauliche Vorstellen durchaus noch kein Denken, sondern an sich ein völlig gedankenloses Geschehen oder gedankenleeres Tun.

Unter den wahrgenommenen oder anschaulich vorgestellten Gegenständen kann nur dieser oder jener der Zielpunkt eines vom Subjekt ausgehenden besonderen Beachtens sein. Dieses Beachten strömt vom Subjekt stetig hin auf den wahrgenommenen oder vorgestellten

Gegenstand. Dies Beachten ist dem Wahrnehmen und Vorstellen als etwas Besonderes eingelegt und zielt hin auf die Gegenstände. Trotzdem ist es an sich kein Denken. Ertappt man sich bei einem aufmerksamen Hinfarren auf einen wahrgenommenen Gegenstand, so kann man oftmals mit Bestimmtheit feststellen, daß man inzwischen zwar über etwas anderes nachgedacht, in bezug auf den wahrgenommenen Gegenstand selbst aber gar keine Gedanken vollzogen hat, daß man also den Gegenstand ganz gedankenlos beachtet hat. Auf Grund solcher und ähnlicher Erfahrungen kann man sich die Idee von möglichen seelischen Wesen machen, in denen zwar allerlei Beachten und Aufmerken verschiedensten Grades auf irgendwelche, von ihnen wahrgenommenen oder anschaulich vorgestellten, Gegenstände vorkommt, in denen aber jede Spur von einem Denken fehlt.

Schwieriger ist die Unterscheidung des Denkens vom Apperzipieren, und zwar deswegen, weil man unter dem »Apperzipieren« sehr Verschiedenes verstehen kann. Denken wir jedoch bei diesem Wort speziell an das geistige Berühren, Ergreifen, Abtrennen, Zusammennehmen usw., also an dieses innere Hantieren mit den Gegenständen des wahrnehmenden oder vorstellenden Bewußtseins, — ein geistiges Hantieren, wie es ja im menschlichen Seelenleben oft genug vorkommt, — so erkennen wir, daß auch das Apperzipieren in diesem Sinne ohne jedes Denken vor sich gehen kann, und an sich ein völlig gedankenloses Spiel mit Gegenständen des Bewußtseins ist. Es wird erst dann zu einem gedankenvollen Tun, wenn es von dem eigentlichen Denken durchdrungen wird.

Überblicken wir nun den Gesamtatbestand des Denkens, in welchem wir fünf Faktoren, nämlich das Denksubjekt, das Denken, die Gedanken, die sprachlichen Gebilde und schließlich die Gegenstände, die von dem Denken und den Gedanken betroffen werden, unterschieden haben, so sehen wir, daß im Umkreise dieser fünf Faktoren nur die Gedanken das von den übrigen Wissenschaften noch unbefestigt gelassene Gebiet sind. Denn die ersten beiden Faktoren, das Denksubjekt und das Denken, sind schon von der Psychologie, als zu ihrem eigenen Gebiete gehörig, vorweggenommen. Freilich, ohne zugleich die in dem Denken gedachten Gedanken mit zu betrachten, kann die Psychologie das Denken nicht restlos klar erkennen. Deshalb sind jedoch nicht die Gedanken, sondern eben der seelische Vorgang des Denkens ihr eigentlicher Gegenstand.

Dann sind weiter die vierten Faktoren, die sprachlichen Gebilde schon längst von der historischen und systematischen Philologie in Anspruch genommen. Auch diese Wissenschaft muß freilich

ihren Blick über die sprachlichen Gebilde selbst hinaus und zu den in ihnen ausgedrückten Gedanken und Gedankenelementen richten, um ihren eigentlichen Gegenstand klar zu erkennen und zu durchschauen. Aber auch sie tut dies nur in zweiter Linie, nicht um die Gedanken zum Zentrum ihres Erkenntnisstrebens zu machen.

Der fünfte Faktor nun umfaßt die unbefchränkte Fülle aller möglichen Gegenstandskategorien und Gegenstandsgebiete überhaupt, die ja dem Denken und den Gedanken grundsätzlich offen stehen. Von diesen Gebieten sind alle, außer den Gedanken, schon an die anderen Wissenschaften verteilt. So beziehen sich auf die materielle, und zwar sowohl auf die unbelebte, als auch auf die belebte Natur die systematischen und die historischen Naturwissenschaften. Auf die seelische Welt überhaupt richten die systematischen und die historischen psychologischen Wissenschaften ihre Erkenntnisbemühung. Die Welt der sozialen Gebilde und Vorgänge wird von den historischen und den systematischen Sozialwissenschaften voll und ganz umfaßt. Das Gebiet der kulturellen Gebilde und Vorgänge enthält nun zwar unter anderen auch Systeme von aufgesammelten Gedankengebilden, so z. B. die Wissenschaften selbst und die Rechtsfügungen. Nur sofern diese jedoch historische Gebilde sind, werden sie schon von gewissen historischen Wissenschaften, nämlich von der Geschichte der Wissenschaften und des Rechts, erforscht. Die übrigen Gebilde der kulturellen Welt sind dagegen voll und ganz von den historischen und systematischen Kulturwissenschaften okkupiert. Schließlich ist die religiöse Welt von der Theologie besetzt.

Und im Gebiet der irrealen Gegenstände, zu dem ja auch die Gedanken gehören, sind speziell die mathematischen Gebilde, also die Größen, die Formen, die Lagen, sowie die Zahlen, die Mengen, Mannigfaltigkeiten und die Ordnungen schon von der Reihe der mathematischen Wissenschaften angeeignet.

Es bleibt also tatsächlich als einziges noch unbefetztes Gegenstandsgebiet für die Niederlassung einer systematischen Wissenschaft nur die Welt der Gedanken übrig. Ihr gegenüber entsteht aber sogleich die Frage, ob denn eine systematische Wissenschaft von den Gedanken überhaupt möglich sei. Sind nicht die Gedanken das Gebiet völlig freier Willkür, auf dem es für das subjektive Belieben des denkenden Menschen keinerlei Schranken gibt? Und kann man hier mehr erreichen, als eine erfahrungsgemäße Übersicht über die Spinnformen, in denen der Mensch im allgemeinen seine Gedanken auspinnt? Oder bildet die Welt



der Gedanken, auch wenn sie vom Menschen im freien Belieben erzeugt wird, dennoch eine Welt von Formen mit fester Beschaffenheit, mit bestimmter Gesetzmäßigkeit des Aufbaues und der Verbindungen? Überlegen wir kurz, soweit es ohne vorangehende genauere Kenntnis des Gebietes möglich ist, ob hinsichtlich der Gedankenwelt die Bedingungen der Möglichkeit einer systematischen Wissenschaft erfüllt sind.

Es ist zunächst sicher, daß die Welt der Gedanken eine große Mannigfaltigkeit festbestimmter Arten von Gedankengebilden aufweist. Eine schnelle Aufzählung einiger solcher Arten wird dies schon deutlich genug machen. Daß es Fragen, Vermutungen, Annahmen und Hypothesen gibt; daß Meinungen, Ansichten, Urteile, Behauptungen, Thesen ebenso wie Erkenntnisse, Einsichten und Wahrheiten bestimmte Gedankengebilde sind; daß in Schlüssen, Folgerungen, Beweisen und Begründungen Gedanken in bestimmten Verbindungen auftreten, ist leicht festzustellen. Weiterhin finden wir in Erzählungen, Berichten, Mitteilungen, Bescheinigungen, Bezeugungen, Bekanntmachungen, ebenso in Darlegungen, Erörterungen, Abhandlungen, Reden und Vorträgen Gedankengebilde und Gedankenzusammenhänge der mannigfaltigsten Arten vor.

Eine andere Gruppe von Gedanken tritt uns in den Schätzungen, Wertungen, Gutachten, Würdigungen, Besprechungen, Kritiken und Zeugnissen entgegen. Mit diesen nahe verwandt sind die Lobsprüche, Verteidigungen, Tadel, Vorwürfe, Anklagen, die Verdächtigungen, Verwünschungen und Verdammungen.

Dazu melden sich dann die Hoffnungen, Wünsche, Befürchtungen, Dankfagungen, Empfehlungen und Anpreisungen. Es drängen herzu die mannigfachen Bitten, Rat schläge, Warnungen, Mahnungen, Erlaubnisse, Versprechen und Einladungen.

Im Gebiete der Willenssetzungen bieten sich uns weiter die Gedankengebilde der Absichten, Vorsätze, Entschlüsse, Willenserklärungen, Vorschläge, Anträge, Beschlüsse, Projekte und Pläne dar. Und schließlich ist noch die große Gruppe der Gedankengebilde imperativen Charakters zu beachten, in der wir die Aufrufe, Aufforderungen, Verordnungen, Vorschriften, Verfügungen, Gebote, Verbote, Befehle und Gesetze unterscheiden.

Stellen wir uns dieser Gedankenwelt in genügender innerer Distanz gegenüber, so daß wir die ganze Fülle der in ihr enthaltenen Gebilde überblicken, so können wir zunächst leicht feststellen, daß es hier überall längere oder kürzere, einfachere und kompliziertere Gedanken gibt. Dann sehen wir unter ihnen klare und

geordnete oder mehr oder minder unklare und wirre Gebilde. Wichtiger aber für eine Wissenschaft von den Gedanken ist die Feststellung, daß es unter den Gedanken vollständige, fertige, ganze, unverstümmelte und andererseits unvollständige, unfertige, halbe und verstümmelte Gedanken gibt. Denn dies deutet schon auf eine bestimmte Gesetzmäßigkeit hin, nach welcher bestimmte Gedanken eine bestimmte Menge von Elementen in bestimmtem Aufbau enthalten müssen, wenn sie ganze Gedanken sein sollen.

Wenn wir weiter erkennen, daß es neben den sinnvollen Gedanken auch sinnlose oder unsinnige Gedanken gibt, so offenbart sich darin wieder eine bestimmte Gesetzmäßigkeit, insofern nur bestimmte Gedankenelemente in bestimmtem Aufbau sinnvolle Gedanken ergeben können. Wir sehen weiter, daß bestimmte Gedanken, weil sie gerade diese bestimmte innere Zusammenfassung haben, notwendig mit einem inneren Widerspruch geladen sind, während andere auf Grund ihrer andersartigen Zusammenfassung innerlich widerspruchsfrei sind. Achten wir dann weiter auf die Zusammenhänge der Gedanken, so zeigt sich uns die merkwürdige und logisch wichtige Tatsache, daß die Gedanken, ganz gleichgültig, wie sie von irgendwelchen denkenden Wesen in einen Zusammenhang gebracht worden sind, an sich entweder in einem Zusammenhang stehen oder ganz zusammenhangslos sind, und daß manche Gedanken direkt miteinander in Widerspruch stehen. Besondere Hervorhebung verdienen noch die Gültigkeits- und die Begründungszusammenhänge, die ebenfalls gänzlich unabhängig davon sind, ob irgendein denkendes Subjekt bestimmte Gedanken in einen Gültigkeits- oder in einen Begründungszusammenhang setzt. Diese Zusammenhänge bedingen, daß mit der Gültigkeit bestimmter Gedanken notwendig die Gültigkeit bestimmter anderer Gedanken gegeben, und daß bestimmte Gedanken nur durch ganz bestimmte andere in ihrer Berechtigung erweisbar sind. Dies gilt für alle Gedankenarten. Unterscheiden wir doch schon im täglichen Leben bei allen Gedankenarten zwischen logischen und unlogischen Gedanken und Gedankenverbindungen. Man kann in der Tat nicht nur logisch und unlogisch urteilen und schließen, sondern auch logisch und unlogisch fragen, bitten, raten, wünschen, hoffen, befürchten, wollen und befehlen.

Außerdem zeigen aber die Gedanken und die Gedankenverbindungen auch noch ästhetische Unterschiede. Die einen sind fein und elegant, die anderen grob und unbeholfen gebaut. Es gibt mehr oder weniger schön und mehr oder weniger häßlich gestaltete

Gedanken. Man sehe daraufhin nur manche Gedankengebilde Schopenhauers und Kants an. Schließlich ergeben manche Gedanken durch ihren Aufbau und ihren Zusammenhang ganz bestimmte Gedanken-Stilarten, die relativ unabhängig von dem sprachlichen Stil sind. Es gibt auch im Gebiete der Gedanken einen Barockstil, einen Rokoko-, einen Biedermeier- und einen gotischen Stil.

Danach ist es wahrscheinlich, daß die Gedankenwelt die objektiven Bedingungen erfüllt, um eine systematische Wissenschaft von ihr zu ermöglichen. Daß nun auch die subjektiven Bedingungen erfüllbar sind, um eine systematische Wissenschaft von den Gedanken zu gewinnen, dürfte leicht zu ersehen sein. Der Mensch kann tatsächlich die Gedanken, die er denkt, für sich herausheben und festhalten. Sie sind seinem Erfassen und Denken als eine besondere Art von Gegenständen zugänglich. Er kann dann mehrere Gedanken miteinander vergleichen, sie unterscheiden, das Gemeinsame aus ihnen herauslösen, er kann sie außerdem zerlegen, aus ihnen etwas wegnehmen, etwas zu ihnen hinzufügen, in ihnen etwas variieren; er kann schließlich mehrere von ihnen zusammenfügen und ihre Beziehungen und Zusammenhänge zueinander erkennen; kurz er kann den Gedanken gegenüber alle diejenigen Akte vollziehen, die zur Gewinnung einer systematischen Wissenschaft von ihnen notwendig vollzogen werden müssen. Er muß freilich dazu die Gedanken in einer anderen Weise denken, als sie gewöhnlich gedacht werden.

Es gibt nämlich drei verschiedene Weisen, in denen Gedanken, speziell Urteile gedacht werden können. Die erste ist die naiv-expressivistische Weise, in der der Mensch gewöhnlich seine Gedanken denkt. Sie charakterisiert sich dadurch, daß der Mensch in ausschließlicher Zuwendung zu den Gegenständen seines Denkens zwar die Gedanken bildet, aber nun diesen von ihm gebildeten Gedanken keinerlei Aufmerksamkeit widmet. Auch wenn er dabei die Gedanken sprachlich formuliert, so entläßt er sie unbeachtet in sprachlicher Einkleidung gleichsam von sich. Höchstens läuft seine Beachtung hinter ihnen her, ohne sie zurückzufangen und sie zurückzuempfangen. Das unbefonnene und unkritische Darauflosdenken und -sprechen, diese naive Art des bloßen Sichausdrückens, ist dem Menschen zunächst das Natürliche. Die Folge ist, daß er auch unmittelbar nachher nicht mehr recht weiß, was er gedacht und gesagt hat. Es wäre jedoch verkehrt, in solchen Fällen zu behaupten, daß dieses Denken und

Sprechen »unbewußt« geschehe. Seines Denkens und Sprechens ist der Mensch dabei wohl inne, ja er ist sich dabei in höherem Grade auch der von ihm gedachten Gedanken und produzierten Sprachlaute bewußt. Aber indem sie ihm zugleich entschwinden, hält er sie nicht als fertige Produkte fest und bringt sie nicht vor seinem inneren Blick zu verweilendem Stehen.

Dies letztere ist es nun gerade, was bei der zweiten Art, Gedanken zu denken und auszusprechen, bei der kritisch-forschenden Weise des Denkens zunächst hinzutritt. Indem die Gedanken in sprachlicher Einkleidung produziert werden, ist zwar auch hier die Hauptbeachtung den Gegenständen der Gedanken zugewandt, aber zugleich wendet sich ein Nebenarm der Beachtung zurück zu den produzierten und sprachlich eingekleideten Gedanken, empfängt sie durch die sprachliche Einkleidung zurück und prüft sie hinsichtlich ihrer angemessenen sprachlichen Formulierung und ihrer gegenständlichen Wahrheit. Schließlich richtet sich schon während des Produzierens und sprachlichen Formulierens der Gedanken, gleichsam schon in ihrem Status nascendi der kritisch forschende Nebenblick auf die erzeugten Gebilde. Damit ist die Stufe des besonnenen und kritischen Denkens der Gedanken erreicht. Aber auch auf dieser Stufe sind weder die Gedanken selbst, noch ihr sprachlicher Ausdruck der Hauptgegenstand der Betrachtung. Im Zentralpunkt stehen auch hier noch die Gegenstände, auf die sich das Denken und die Gedanken beziehen. Trotzdem kann sich dabei der zurückgewendete Blick entweder mehr der sprachlichen Formulierung, – wenn etwa sprachliche Exaktheit oder Schönheit erzielt werden soll –, oder mehr den Gedanken selbst zuwenden, wenn es etwa auf die Feinheit und den Stil dieser Gedanken ankommt.

Erst wenn nun während des Denkens der Gedanken der Schwerpunkt der Beachtung von den Gegenständen des Denkens zurückgezogen wird, wobei freilich diese Gegenstände, um die Gedanken nicht zergehen zu lassen, nicht gänzlich aus dem Blick verloren werden dürfen, und erst wenn im Zurückhören der Schwerpunkt in die Gedanken selbst verlegt wird, ist die Stufe des eigentlich logischen Denkens erreicht. Dieses logische Denken ist gewöhnlich nicht nur durch die notwendige Nebenbeachtung der Gegenstände des Denkens gestützt, sondern hält sich zugleich an den sprachlichen Ausdrücken fest, darf aber nicht an diesen haften bleiben, sondern muß sich in die dünne und zunächst dunkle Atmosphäre der Gedanken selbst begeben, um sich hier verweilend festzusetzen.

Diese verschiedenen Weisen, die Gedanken zu denken, ändern an dem Gehalt der Gedanken nichts. Vielmehr kann ein und derselbe Gedanke in diesen verschiedenen Weisen gedacht werden. Nur wird oft der Gedanke beim naiv-expressivistischen Denken dem ungewohnten Zurückgreifen ganz oder teilweise entwinden und ihm zuweilen nur sein leeres sprachliches Kleid in Händen lassen. Übung jedoch wird dem logischen Rückgriff die Beute sichern und durch Entkleidung von den sprachlichen Formen den unverletzten Gedankenleib darbieten. Dieser logische Rückgriff auf die gedachten Gedanken wird nicht notwendig in zeitlicher Folge dem Denken der Gedanken erst nachteilen, sondern schließlich in wachsender Darüberlagerung das Denken der Gedanken von vornherein begleiten und schon bei der Geburt der Gedanken anwesend sein können.

Zur logischen Untersuchung freilich muß sich auf alles dieses nun noch ein zweites Denken aufbauen, ohne daß das erstere verweht. Es müssen Akte der Vergleichung, der Unterscheidung, der Erfassung des Gemeinsamen und des Verschiedenen, der Zerlegung, der Wegnahme und Hinzufügung von Elementen – dies letztere allerdings mit gleichzeitiger Inangabelegung der unterbauenden Akte – stattfinden, um über das bloße logische Schauen der Gedanken zu Erkenntnissen über sie zu gelangen. Die Schwierigkeit des logischen Zurückgreifens, das ungewohnte Arbeiten mit den dünnen feinen Fäden der Gedankengepinnste machen das logische Denken und Forschen für die meisten Menschen zu der so überaus ermüdenden und unfruchtbaren Tätigkeit, der sie wohl mit scheuem Respekt, zugleich aber mit gehässiger Entwertung gegenüberstehen.

Noch andere Weisen, Gedanken zu denken, lassen sich feststellen, kommen aber für die Logik weniger in Betracht. So können z. B. Gedanken anderer Menschen durch sprachliche Mitteilung aufgenommen und gedacht werden, ohne daß man sie sich zu eigen macht, indem man etwa Urteile bloß mitdenkt, ohne zugleich von sich aus in gleichem oder entgegengesetztem Sinne zu urteilen. Oder man denkt »in Gedanken« das, was einem ein anderer sagen würde, und was man ihm darauf antworten würde. Indessen für die Logik kommen immer nur die Gedanken als solche in Betracht, gleichgültig, in welcher Weise sie gedacht werden.

Das Denken umfaßt aber nicht nur das Vollziehen einzelner Gedanken, sondern auch das Schließen oder Folgern. Und auch dieses kann in sehr verschiedener Weise, analog den oben angegebenen, nämlich in naiver, oder in kritisch-forschender Gegenstandsuntersuchung,

oder in reflektiv-logischer Gedankenuntersuchung geschehen. Ebenso ließen sich noch andere Weisen des denkenden Vollzugs von Schlüssen oder Folgerungen konstatieren. Doch da auch die Schlüsse oder Folgerungen als eigentümliche Gedankenverbindungen von all diesen besonderen Weisen ihres denkenden Vollzogenwerdens in ihrem Wesen unberührt bleiben, so kann die Logik der Schlüsse von der Untersuchung der Art und Weise, wie sie denkend vollzogen werden, völlig absehen. Der Logiker selbst muß freilich eine bestimmte Weise ihres Vollzuges ausführen, aber eben nur ausführen, nicht zum Gegenstand seiner Untersuchung machen.

Die Möglichkeit, Gedanken selbständig zum Gegenstand einer Wissenschaft zu machen, beruht zunächst darauf, daß die Gedanken von dem Denken verschieden sind. Während das Denken ein realer, zeitlicher Vorgang ist, der jeweilig nur einem einzigen denkenden Subjekt angehört, sind die Gedanken keine realen, zeitlichen Vorgänge, sondern ideelle, in sich zeitlose Gebilde. Alles, was man von den Gedanken mit Recht behaupten kann, daß sie nämlich sprachlich formuliert, ausgesprochen, mitgeteilt, dargelegt, niedergelegt, niedergeschrieben, aufgesammelt und geordnet werden können, hat in bezug auf das Denken keinen rechten Sinn. Das Denken kann man nicht niederlegen, auffammeln und ordnen. Ebenso kann man zwar Gedanken, aber nicht das Denken aufnehmen, sich klar machen, durchdenken, prüfen, einsehen und sich aneignen. Auch läßt sich das Denken nicht begründen, beweisen oder widerlegen, wohl aber kann man Gedanken begründen, beweisen oder widerlegen.

Auf die Verschiedenheit der Gedanken von dem Denken weist außerdem die Tatsache hin, daß in zusammenhangslosem Denken eines und desselben, oder auch verschiedener, Individuen Gedanken gedacht werden können, die in engem Zusammenhang stehen, wie auch umgekehrt in einem zusammenhängenden Denken gänzlich zusammenhangslose Gedanken gedacht werden können. Es ist daher auch nicht zu verwundern, daß der Widerspruch zwischen Gedanken ohne jeden Widerstreit desjenigen Denkens, in welchem sie gedacht werden, vorkommen kann. »Zwei Seelen und ein Gedanke«, d. h. ein und derselbe Gedanke in numerisch und qualitativ verschiedenen Denkakten verschiedener Denksubjekte gedacht, wäre ganz unmöglich, wenn die Gedanken nicht von dem Denken verschieden wären.

Die Gedanken sind auch nicht etwa reale Bestandteile des Denkens. Gewiß kommen die Gedanken im Denken und nur im Denken vor. Daraus folgt aber keineswegs, daß sie etwas Psychisches und reale Bestandteile desjenigen Denkens seien, in welchem

sie »vorkommen«. Das Verhältnis zwischen dem Denken und den Gedanken ist vielmehr ein ganz eigenartiges. Die Sprache faßt dieses Verhältnis als ein Produktionsverhältnis auf, indem sie uns gestattet, zu sagen, daß die Gedanken durch Denken gebildet, ausgesponnen, hervorgebracht oder erzeugt werden. Aber dieses Erzeugen ist doch nicht ein Bilden der Gedanken aus einem vorgefundenen Material, wie es etwa jene Lehre annimmt, die behauptet, die Begriffe würden aus den wahrgenommenen Gegenständen durch Abstrahieren, Verbinden und Trennen der Teile, Elemente und Momente der Gegenstände gewonnen. Auf diese Weise kann man immer wieder nur Gegenstände und keine Begriffe gewinnen, ebenfowenig wie man aus der erneuten Verbindung so gewonnener Gegenstände irgendwelche Gedanken gewinnen kann. Die Begriffe und Gedanken sind nicht aus Gegenstandsstoff gemacht, sondern bestehen gleichsam aus einem Stoffe sui generis.

Demnach wäre es auch nicht richtig, das Ausspinnen der Gedanken wörtlich zu nehmen und zu meinen, das denkende Subjekt spinne durch seine Denktätigkeit, ähnlich wie eine Spinne, indem es einen seelischen Stoff absondere, die Gedanken aus diesem psychischen Stoff aus. Denn, wenn wir unter dem Gedankenstoff nicht etwa die Gegenstände verstehen, auf die sich die Gedanken beziehen, sondern das »Was«, den Wesensstoff, aus dem die Gedanken bestehen, so müssen wir konstatieren, daß die Gedanken aus einem wesentlich anderem »Stoff« bestehen als das Denken. Indem das Denken die Gedanken ausspinnt, entläßt es nicht von sich etwas, was gleicher Art mit ihm oder nur gleichsam ein umgewandeltes Denken wäre, sondern es überschreitet damit die Sphäre der seelischen und aller anderen Realität überhaupt und schafft etwas rein Ideelles. Bleibt man daher in der psychologischen Einstellung, also ausschließlich gerichtet auf die Erfassung von seelisch Realem, so wird man Gedanken überhaupt nicht auffinden und prinzipiell nicht auffinden können.

Die Gedanken sind auch nicht in dem Denken so enthalten, wie das Allgemeine im Speziellen oder Individuellen. Die Gedanken sind keine Arten oder Gattungen des Denkens. Versteht man daher unter der »ideierenden Abstraktion« die Erfassung der Arten und Gattungen »in« dem Individuellen, so kann man die Gedanken nicht durch eine, auf das individuelle, reale Denken gerichtete ideierende Abstraktion gewinnen. Vielmehr würde man auf diesem Wege immer nur zu gewissen Arten oder Gattungen des Denkens, dieses seelischen Tuns gelangen. Keinerlei psycho-

logische Beobachtung oder Erkenntnis wird daher niemals Gedanken entdecken können.

Wollen wir dabei bleiben, die Gedanken als Produkte des Denkens zu bezeichnen, das Verhältnis des Denkens zu den Gedanken also als ein Produktionsverhältnis zu betrachten, so müssen wir doch zugleich hervorheben, daß dieses Produktionsverhältnis ein absolut eigenartiges ist, das nicht mit irgendeinem anderen derartigen Verhältnis identifiziert werden darf, sondern in seiner einzigen Eigenart unberührt anerkannt werden muß.

Eine systematische Wissenschaft von den Gedanken wird also diesen eigenartigen Denkprodukten gegenüber die Aufgabe haben, das Wesen und die Arten der Gedanken zu erkennen; ihre letzten Elemente, aus denen sie aufgebaut sind, herauszustellen; die Arten und die Gesetze des Aufbaues der verschiedenen Gedankenarten zu erforschen und die verschiedenartigen Verhältnisse, Beziehungen und Zusammenhänge, in denen Gedanken gleicher und verschiedener Art zueinander stehen, zu untersuchen.

Freilich ergeben sich sogleich zwei verschiedene Gesichtspunkte der Erforschung der Gedankenwelt. Man kann einmal jeden Hinblick auf die ästhetischen Wertqualitäten und die verschiedenen Stilarten der Gedanken unterlassen und die Gedanken rein theoretisch untersuchen. Man kann aber dann gerade speziell die Wertqualitäten und die Stilarten der Gedanken ins Auge fassen und erforschen, wie diese durch die verschiedenartigen Formen und Zusammenhänge der Gedanken begründet sind. In diesem Falle zielt man auf die Gewinnung einer Ästhetik und Stillehre der Gedanken. Im ersteren Falle dagegen erstrebt man eine rein theoretische, systematische Wissenschaft von den Gedanken. Dieser theoretischen Wissenschaft allein sei im folgenden unsere Betrachtung gewidmet.

**Zusammenfassung:** Wenn man also die naiv-expressionistische Art des Denkens verläßt; wenn man aufhört, ausschließlich den Gegenständen des Denkens zugewandt zu sein und die Gedanken nur unbeachtet nebenbei zu produzieren und sprachlich auszudrücken; wenn man dann auch über das kritisch-forschende Denken des Wissenschaftlers hinausgeht, der schon einen Nebenarm seiner, den Gegenständen zugewandten, Beachtung abgespalten und auf seine produzierten Gedanken über die Gegenstände zurückgebeugt hat; wenn man nämlich nun den Hauptarm der Beachtung ganz auf die gedachten Gedanken zurückbeugt, ohne jedoch die Gegenstände, auf die sich die Gedanken beziehen, ganz aus den Augen zu ver-



lieren, so tut sich dem Blick jene eigentümliche Welt auf, die den möglichen Gegenstand einer besonderen Wissenschaft, nämlich einer systematischen Gedankenlehre bildet. Wir wissen schon aus dem täglichen Leben, daß es in dieser ideellen Sphäre sehr verschiedenartige und mit verschiedenen Namen belegte Gedankengebilde gibt, die, obgleich sie vom menschlichen Denken produziert sind, dennoch ein Eigensein und eine eigenwillige Gesetzmäßigkeit zeigen, mit denen sie dann, nachdem sie produziert sind, dem denkenden Menschen fordernd gegenübertreten. Es ist daher zu vermuten, daß sie die objektiven Bedingungen der Möglichkeit einer Wissenschaft von ihnen erfüllen. Wir wissen außerdem, daß wir diesen Gedankengebilden gegenüber die subjektiven Tätigkeiten des Vergleichens, des Unterscheidens, des Abstrahierens, des Zerlegens, des Wegnehmens, Hinzufügens und Veränderns von Bestandteilen, weiterhin die Tätigkeiten des Verbindens und Trennens mehrerer Gedankengebilde ausführen können, Tätigkeiten, die nötig sind, um subjektiv die Bedingungen zu erfüllen, damit eine Wissenschaft von dieser ideellen Sphäre zustande kommt. Die Zurückbeugung des Blicks, die erforderlich ist, damit die Gedankengebilde für sich sichtbar werden, ist jedoch eine so ungewohnte und so schwer aufrecht zu erhaltende Leistung; der Blick bleibt so sehr an den helleren Gegenständen, an den sprachlichen Formen oder an dem seelischen Vorgang des Denkens haften, daß die Stelle der Gedankengebilde dem ungeübten Blick zunächst als eine ziemlich dunkle und leere erscheint, an der wohl überhaupt etwas vorhanden ist, an der aber zunächst nichts Genaueres zu erkennen ist. Erst mit steigender Übung und Gewöhnung an diese künstliche Blickstellung füllt sich diese Stelle deutlicher und deutlicher aus.

Das von den anderen Wissenschaften noch unbefetzte Gebiet der Gedanken ist aber nicht nur der Gegenstand einer möglichen Wissenschaft, sondern dieses Gebiet muß auch von dem erkennenden Menschen untersucht werden, wenn er seinem eigenen Wesen gerecht werden will. Denn es liegt im Grundwesen des Menschen begründet, daß er sich denkend alles Erkennbaren überhaupt bemächtigen soll. Das Licht seiner Erkenntnis muß sich daher auch auf dieses unbefetzte Gebiet reflektierend und erleuchtend zurückwenden.

## 2. Die traditionelle Logik.

Blicken wir nun nach diesem Ausblick auf eine systematische Gedankenwissenschaft auf die Logik hin, wie sie in der Geschichte

der Philosophie tatsächlich vorliegt, so finden wir, daß sie trotz aller Verschiedenheiten im einzelnen doch überall zu ihrem Gegenstande die Begriffe, die Urteile, und die Schlüsse hat. Es mögen dabei das eine Mal die Schlüsse im Vordergrund der Betrachtung stehen, die Urteile dagegen nur als Bestandteile der Schlüsse und die Begriffe nur als Bestandteile der Urteile der Untersuchung unterzogen werden; oder es mögen ein andermal die Urteile in den Mittelpunkt gestellt, die Begriffe dagegen als Bestandteile der Urteile und die Schlüsse als bestimmtgeartete Zusammenhänge von Urteilen betrachtet werden, es sind doch immer die Begriffe, die Urteile und die Schlüsse, die den eisernen Bestand jeder bisher aufgetretenen Logik ausmachen.

Die Urteile nun sind nichts anderes, als eine besondere Art von Gedanken, nämlich Gedanken, die etwas behaupten. Urteile sind Produkte des Denkens, sind also der Gedankengehalt bestimmter Denkakte, der in bestimmten sprachlichen Sätzen zum Ausdruck gebracht wird. Urteile sind notwendig bezogen auf irgendwelche Gegenstände, über die sie etwas behaupten. Kurz sie liegen genau an der Stelle, wo die Gedankengebilde im Ganzen des auf Gegenstände bezogenen, in bestimmten sprachlichen Formen ausgedrückten Denkens von denkenden Wesen liegen. Die Begriffe aber, unterschieden von den sprachlichen Wörtern, sind nichts anderes als die Gedanken-elemente, aus denen die Urteile und alle anderen Gedanken bestehen. Die Schlüsse schließlich erweisen sich bei genauerem Zusehen als bestimmtgeartete Gedankenverbindungen, eben als solche, in denen aus einem oder mehreren Urteilen ein anderes Urteil geschlossen wird. Die Logik ist also tatsächlich bisher immer eine systematische Wissenschaft von Gedanken gewesen. Nur hat sie eben ausschließlich die behauptenden Gedanken, also weder die Fragen, die Annahmen, Vermutungen und dergleichen, noch jene anderen Gedanken, die wir Wertungen, Kritiken, Würdigungen, Bitten, Ratsschläge, Mahnungen, Warnungen, Entschlüsse, Vorsätze, Vorschriften, Gebote, Verbote, Befehle, Gesetze nennen, in den Umkreis ihrer Betrachtung gezogen. Sie ist also in der Tat nicht eine Lehre vom Denken, als einem seelischen Vorgange, sondern immer ein bestimmter Teil einer systematischen Wissenschaft von den Gedanken gewesen. Es ist aber kein in der Sache liegender Grund ersichtlich, warum die Logik sich für immer auf die spezielle Gruppe der behauptenden Gedanken, auf deren Elemente und Zusammenhänge beschränken sollte. Sie wird sich daher in Zukunft notwendig über das ganze Gebiet

der Gedanken ausdehnen und mit jener oben charakterisierten systematischen Wissenschaft von den Gedanken zusammenfallen müssen. Vorläufig werden wir die überlieferte Logik als die Logik im engeren Sinne von der Logik im weiteren Sinne, die dann alle Gedankenarten überhaupt umfaßt, unterscheiden müssen.

Die Logik ist als Wissenschaft, wie alle anderen Wissenschaften, selbst ein System von Gedanken. Zugleich hat sie im Unterschied von den anderen Wissenschaften die Gedanken zum Gegenstand ihrer Erkenntnis. Nun kann man Gedanken nicht haben außer im Denken. Um den Gegenstand der Logik vor Augen zu haben, muß man also schon ein bestimmtes Denken ausführen und zugleich den Blick auf die gedachten Gedanken zurückbeugen und auf sie fixiert halten. Dazu muß aber dann ein zweites Denken treten, das sich auf die im ersten Denken gedachten und festgehaltenen Gedanken bezieht und sie als maßgebendes Fixum für die Bildung einer zweiten Gedanken-schicht nimmt. Dieses für die logische Erkenntnis notwendige doppelte und stufenweise aufgebaute Denken macht die besondere Schwierigkeit logischer Untersuchungen aus, eine Schwierigkeit, die nur durch ausdauernde Übung überwunden werden kann. Man ist, wie gesagt, immer in Gefahr, von den Gedanken zu den Gegenständen oder zu den sprachlichen Formen abgezogen zu werden, und statt über Gedanken nun über Gegenstände oder sprachliche Formen etwas auszufagen.

### 3. Der Psychologismus.

Indem wir die Logik als die systematische Wissenschaft von den Gedanken bestimmt haben, sind wir nun der Gebietsstreitigkeit mit der Psychologie enthoben. Es sei nur noch mit ein paar Worten auf den sogenannten Psychologismus eingegangen. Der Psychologismus im allgemeinen bezieht sich freilich nicht nur auf die Logik und die logischen Gegenstände, sondern er umfaßt außer ihnen auch die Ästhetik und die Ethik und die ästhetischen und die ethischen Gegenstände. Hier sei aber nur der Psychologismus in der Logik berücksichtigt. Es läßt sich übrigens leicht alles zu Sagende auf die Ästhetik und die Ethik übertragen.

Der Psychologismus enthält gewöhnlich in ungeschiedener Vermischung zwei wesentlich verschiedene, wenn auch zusammenhängende Behauptungen. Die erste dieser Behauptungen behauptet, der Gegenstand der Logik sei etwas Seelisches. Das Denken sowohl als auch die Gedanken seien nichts anderes als bestimmte Vorkommnisse in

dem seelischen Leben des Menschen. Eine wissenschaftliche Untersuchung dieses Gegenstandes sei daher nichts anderes als ein Teil der Psychologie, und die Logik könne daher gar nichts anderes sein als Psychologie des Denkens, oder wenn man wolle, eine Psychologie der Gedanken. Die endgültige Widerlegung des Psychologismus in diesem Sinne verdanken wir Edm. Hufferl der in seinen »Logischen Untersuchungen« im ersten Band nachgewiesen hat, daß die Logik sich sowohl durch ihren eigentümlichen Gegenstand, als auch durch ihre Methode und durch ihre Resultate ganz wesentlich von der Psychologie unterscheidet. Auf dieses Werk sei daher hier verwiesen.

Diese irrtümliche Gleichsetzung der Logik mit der Psychologie des Denkens beruht auf einer Blindheit gegen Ideelles überhaupt, auf der ausschließlichen Offenheit für Realitäten, die hier dazu führt, die Gedanken zu verwechseln oder zu vertauschen mit dem Denken. Hat man aber einmal den wesentlichen Unterschied zwischen dem Denken und den Gedanken erkannt; hat man eingesehen, daß die Gedanken, obgleich sie ein Produkt des schöpferischen Denkens sind und immer nur im realen Denken vorkommen, dennoch in ihrem Wesen von dem Denken, als einem realen seelischen Vorgang, verschieden sind, so kann man nun den Psychologismus noch in jener zweiten Behauptung vertreten, die er gewöhnlich vermischt mit der ersten umfaßt. Man gibt vielleicht ausdrücklich zu, daß die Gedanken wohl unterschieden seien von dem Denken, in dem sie gedacht werden; daß die Logik also freilich durch ihren Gegenstand von der Psychologie des Denkens verschieden sei; aber man fügt dann hinzu, die logischen Erkenntnisse über Gedanken entbehrten so lange der zureichenden Begründung, als sie nicht durch entsprechende psychologische Einsichten über das Denken gestützt würden, so daß die Logik auf der ganzen Linie sich notwendig auf die Psychologie des Denkens stützen müsse. Es ist eine für manche Menschen sehr verführerische Überlegung, auf die sich diese psychologischen Behauptungen aufbauen können. Auf diese Überlegung sei daher hier in kurz zusammenfassender Form eingegangen.

Die Gedanken, so lautet diese Überlegung etwa, sind ganz unselfständige Gebilde, die nur von Gnaden des sie produzierenden Denkens existieren und an sich etwas Wesenloses, etwas Stoffloses ohne ein eigenes Sein sind. Wie ihr Sein, so stammen auch ihre Beschaffenheiten, ihre Verschiedenheiten voneinander und ihre Zusammenhänge ganz aus dem Denken des Menschen. Alles, was man von ihnen mit Recht behaupten kann, ist nur deshalb so, wie es ist,

weil das menschliche Denken so ist, wie es ist. Die Gedanken haben also weder ein eigenes Sein, noch eine eigene Gesetzmäßigkeit, sondern sie nehmen in beidem nur teil an dem Sein und der Gesetzmäßigkeit des menschlichen Denkens. Dies zeigt sich auch im einzelnen, wenn man bestimmte logische Erkenntnisse genauer auf ihre zureichende Begründung untersucht. Daß z. B. einander widersprechende Urteile nicht beide wahr sein können, wie es der logische Satz vom Widerspruch behauptet, das gründet sich doch eben auf die psychologisch festzustellende Tatsache, daß der Mensch derartige Urteile nicht beide für wahr halten kann. Ebenso hat etwa die logische Einsicht, daß zur Vollständigkeit eines selbständigen Gedankens notwendig bestimmte Gedankenelemente, z. B. ein Subjektsbegriff gehört, doch nur darin ihren zureichenden Grund, daß eben der Mensch ohne solche Gedankenelemente, also etwa ohne einen Subjektsbegriff, unmöglich einen vollständigen und selbständigen Gedanken vollziehen kann. Daß nur bestimmteschaffene Gedanken sinnvoll, andere dagegen notwendig sinnlos sind, das liegt eben daran, daß der Mensch mit den ersteren wohl einen Sinn, mit den anderen dagegen gar keinen Sinn zu verbinden vermag. Wie in diesen Einzelfällen, so zeigt sich überall die logische Erkenntnis auf psychologische Feststellungen gegründet. Darauf weise ja auch schon die Methode hin, durch die man die Wahrheit der logischen Sätze feststelle. Wenn man erkennen wolle, ob der Satz vom Widerspruch wirklich Gültigkeit habe, so mache man doch zunächst den psychologischen Versuch, zwei einander widersprechende Urteile beide für wahr zu halten. Man stelle fest, daß dieser Versuch, so oft man ihn auch unternimmt, trotz aller aufgewandten Bemühung des eigenen Denkens mißlinge, daß man also zunächst für seine eigene Person unmöglich zwei einander widersprechende Urteile, welchen Inhalt sie im besonderen auch haben mögen, beide gleichzeitig für wahr halten könne. Dann gehe man dazu über, auch bei anderen Menschen diese Versuche anzustellen, also sie auf Aufforderung hin zu wiederholten Malen versuchen zu lassen, irgendwelche einander widersprechenden Urteile beide für wahr zu halten. Man konstatiere ausnahmslos, wenigstens solange man geistesgesunde, genügend erwachsene und zu psychologischen Versuchen geeignete Menschen befrage, daß es ihnen allen unmöglich sei, einander widersprechende Urteile beide gleichzeitig für wahr zu halten. Dann erst, nach einer solchen psychologischen Untersuchung über das menschliche Denken, aber dann auch auf genügender Erkenntnisgrundlage, könne und dürfe man den logischen Satz vom Widerspruch für wirklich gültig erklären.

Um nun die Verwirrung aufzudecken, die solchen und ähnlichen psychologischen Behauptungen zugrunde liegt, muß man zunächst strenge festhalten, was man denn eigentlich durch die psychologischen Erkenntnisse begründen will; d. h. es sind die logischen Sätze, um deren vermeintliche psychologische Begründung es sich handelt, in ihrem eigentümlichen Sinn und ihrem Charakter unverändert zu belassen. So ist zunächst zu beachten, daß z. B. der logische Satz vom Widerspruch sich auf eine bestimmte Art von Gedanken, nämlich auf einander widersprechende Urteile, und nicht etwa auf das menschliche Denken bezieht. Die psychologischen Sätze dagegen beziehen sich auf das menschliche Denken und erst in zweiter Linie auch auf die darin gedachten Gedanken. Nun führt aber gar kein gültiger Schluß von den psychologischen Sätzen über das menschliche Denken hinüber zu dem logischen Satz vom Widerspruch zwischen Urteilen. Denn aus der Feststellung, daß ein oder mehrere oder alle Menschen zwei Urteile nicht beide gleichzeitig für wahr halten können, folgt über die Wahrheit der beiden Urteile überhaupt nichts, also auch nicht, daß sie beide nicht zusammen wahr sein können. Ebenso wenig wie aus der psychologischen Feststellung, daß ein gewisser Prozentsatz von Menschen, z. B. vielleicht gewisse Geistes- kranke, derartige einander widersprechende Urteile doch beide gleichzeitig für wahr halten können, folgen würde, daß ein gleicher Prozentsatz von zwei einander widersprechenden Urteilen beide wahr sein könnten. Dies beruht eben darauf, daß die Wahrheit von Urteilen ganz und gar unabhängig davon ist, ob einer oder mehrere oder alle Menschen sie für wahr halten oder nicht. Es wäre an sich vielmehr möglich, daß ein bestimmtes Urteil wahr wäre und unbeirrt wahr bliebe, obgleich alle oder die meisten Menschen es für falsch hielten oder es wenigstens nicht für wahr halten könnten. Eine ernste Wahrheitsforschung hat daher auch niemals über die Wahrheit der Urteile ihres Gebietes durch Abstimmung unter den Menschen, also dadurch entscheiden wollen, daß sie möglichst viele Menschen in psychologischer Untersuchung befragt hätte, ob sie die Urteile für wahr halten können. Das Prinzip, nach dem jene vermeintlich psychologische Begründung des Satzes vom Widerspruch erfolgen müßte, daß nämlich alles, was der Mensch nicht für wahr halten könne, deshalb auch nicht wahr sei, entbehrt eben jeder Gültigkeit.

Aber nicht nur fehlt die logische Verbindung zwischen den psychologischen Erkenntnissen und den logischen Sätzen, sondern die psychologischen Erkenntnisse sind auch gar nicht tragfähig genug, um die logischen Sätze genügend stützen zu können. Das Begründete

kann ja nie eine größere Gewißheit in Anspruch nehmen, als der Grund sie hat, auf den man es stellt. Nun haben aber die psychologischen Feststellungen, auf die es hier ankommt, niemals eine absolute Gewißheit, weil immer die Möglichkeit noch offen gelassen ist, daß es Menschen gibt, welche dasjenige doch für wahr halten können, was die bisher untersuchten Menschen nicht für wahr halten konnten. (Es sei dabei ganz davon abgesehen, daß man kein Recht hat, diejenigen Menschen, die einander widersprechende Urteile beide für wahr halten können, einfach für geisteskrank zu erklären und deshalb im psychologischen Resultat unberücksichtigt zu lassen. Vielleicht ist dies nur dann berechtigt, wenn man die, von aller Psychologie unabhängige, Gültigkeit des Satzes vom Widerspruch schon voraussetzt und sie mit zum Kriterium für Geisteskrankheit macht.) Die logischen Sätze machen ihrem Wesen nach den Anspruch auf absolute Gewißheit, die durch keinerlei zukünftige Erfahrungen erschüttert werden kann. Dieser Anspruch ist aber durch psychologische Begründung niemals zu rechtfertigen. Diese unberührten logischen Sätze also kann man nicht durch psychologische Feststellungen irgendwie begründen, da weder der Grund tragfähig genug, noch der Begründungszusammenhang ein bündiger ist.

Daß die logischen Sätze einer psychologischen Begründung nicht fähig sind, ist jedoch kein beklagenswertes Faktum, sondern ist ganz gleichgültig, da die logischen Sätze einer psychologischen Begründung gar nicht bedürftig sind. Ihre Wahrheit kann vielmehr eingesehen und endgültig erwiesen werden, ohne daß man im geringsten das menschliche Denken betrachtet und irgendwelche psychologischen Einsichten über das menschliche Denken zu Hilfe nimmt. So ist z. B. die Wahrheit des Satzes vom Widerspruch, wie sich später noch genauer zeigen wird, allein aus dem Wesen der einander widersprechenden Urteile, dem Wesen der Wahrheit und dem Zusammenhang der durch die beiden Urteile gesetzten Sachverhalte zu reichend und einsichtig zu erkennen. Die Berücksichtigung der Erkenntnisse anderer Menschen hat in der Logik keine andere Bedeutung, als in irgendwelchen anderen Wissenschaften, und bedingt hier sowenig eine psychologische Begründung der logischen Erkenntnisse, wie sie in den anderen Wissenschaften, etwa der Physik oder der Physiologie eine psychologische Begründung ihrer Ergebnisse ausmacht.

Der Grundfehler, auf dem der irrtümliche Versuch einer psychologischen Begründung der logischen Sätze beruht, besteht allgemein darin, daß man die gefühlte Nötigung des Denkens verwechselt mit der einsichtigen Notwendigkeit des Seins und So-Seins.

So erweist sich die Logik bei genauerem Zusehen als völlig unabhängig von Psychologie. Die Psychologie dagegen setzt, worauf hier nicht näher eingegangen werden soll, in zweifacher Hinsicht die Logik voraus, nämlich einmal setzt sie, wie alle Wissenschaften, die Gültigkeit der logischen Sätze, speziell die des Satzes vom Widerspruch notwendig voraus – indem sie z. B. alle die ihren Ergebnissen widersprechenden Behauptungen für falsch erklärt –, und zweitens muß sie auch das Wissen von den logischen Sätzen zu Hilfe nehmen, wenn sie die Denkvorgänge im seelischen Leben des Menschen wirklich zureichend erkennen will.

Die Logik ist also nicht die Lehre vom Denken, sondern die Wissenschaft von den Gedanken, speziell von den behauptenden Gedanken. Sie hat die Aufgabe, das Wesen der Gedanken, ihre letzten Elemente, ihren Aufbau, die verschiedenen Arten der Gedanken und die Zusammenhänge und Verhältnisse der Gedanken zueinander zu erkennen. Sie ist daher weder ein Teil der Psychologie, noch bedarf sie der Psychologie zu ihrer Begründung. Sie ist eine der Psychologie gegenüber völlig selbständige Wissenschaft.

Die Logik ist keine praktische Wissenschaft, denn sie sagt nicht, wie man etwas tun oder machen kann, sondern sie gibt eine Erkenntnis jener eigenartigen Welt der Gedanken. Sie ist also eine theoretische Wissenschaft von den Gedanken.

Die Logik ist auch keine Normwissenschaft in dem Sinne einer Sammlung von Geboten oder Verboten, d. h. eines Imperativensystems. Sie ist auch keine Normwissenschaft im Sinne einer Darstellung von Idealen. Nur wenn man unter Normen weder Gebote noch Ideale, sondern Maßstäbe der Beurteilung oder der Bewertung versteht, kann man die Logik mit Recht eine Normwissenschaft nennen, denn ihre Resultate können allerdings zur Bewertung von Gedanken und Gedankenzusammenhängen dienen. Dies bestimmt aber nicht den Charakter der Logik selbst, die vielmehr trotzdem eine »Tatsachenwissenschaft« bleibt, nur eben eine solche von Gedankentatsachen. Es ist der Logik, wie jeder anderen Wissenschaft, äußerlich, daß sie oder ihre Ergebnisse als normierende Maßstäbe gebraucht werden können.

#### 4. Logik und Erkenntnislehre.

Die Logik wird häufig mit der Erkenntnislehre verwechselt oder wenigstens mit ihr vereint. Besonders gegen Ende des 19. Jahrhunderts herrschte große Unklarheit über das Verhältnis der Logik zur Erkenntnislehre. Die Logik ist aber nicht



nur als allgemeine Gedankenlehre, sondern auch in ihrer traditionellen Form, nämlich als Wissenschaft von den Urteilen, den Begriffen und den Schlüssen, von der Erkenntnislehre verschieden. Der Unterschied ergibt sich aus folgender kurzen Überlegung. Die Erkenntnislehre ist zugestandenermaßen die Wissenschaft von der Erkenntnis. Sie hat die Aufgabe, das Wesen der Erkenntnis überhaupt, die Elemente und den Aufbau der Erkenntnis, ihre verschiedenen Arten, ihre letzten zureichenden Grundlagen, ihre Methoden und ihre Grenzen zu erforschen. Nun besteht die Erkenntnis, speziell die wissenschaftliche Erkenntnis allerdings aus Urteilen. Aber nicht jedes Urteil ist auch schon eine Erkenntnis. Sondern Urteile sind nur dann wirkliche Erkenntnisse, wenn sie nicht nur wahr sind, sondern wenn ihre Wahrheit auch ersichtlich oder erwiesen ist. Wer irgendeinmal ein Urteil aufgestellt hat, das zufällig wahr war, hatte damit noch keine Erkenntnis gewonnen, solange er die Wahrheit dieses Urteils noch nicht ersichtlich gemacht hatte. Die Wahrheit eines Urteils kann aber letzten Endes nur ersichtlich werden durch die Heranbringung des Verhaltens der von dem Urteil betroffenen Gegenstände an das Urteil selbst. Eine Untersuchung der Erkenntnis wird daher notwendig die Erkenntnisurteile nicht für sich, sondern nur in Beziehung auf das Verhalten der von ihnen betroffenen Sachen betrachten müssen. Die Logik dagegen faßt die Urteile rein für sich ins Auge, ohne sie irgendwie zu messen an den bestehenden Sachverhalten, mit denen sie übereinstimmen wollen. Die Erkenntnislehre muß also notwendig ihren Gesichtskreis über den der Logik hinaus erweitern, indem sie die Beziehung der Urteile zu den gemeinten Gegenständen und ihrem Selbstverhalten in den Mittelpunkt ihrer Betrachtung rückt. Um dies zu erreichen, hat sie sich den Erkenntnisgegenständen selbst, unabhängig von den Urteilen, die darauf bezogen sind, zuzuwenden. Dann hat sie auf der einen Seite die Urteile von bestimmtem Bedeutungsgehalt und bestimmtem Anspruch auf Wahrheit vor sich, auf der anderen Seite dagegen die Gegenstände selbst und ihre Fähigkeit, durch ihr Verhalten die bestimmten Ansprüche der Urteile auf Wahrheit mehr oder weniger vollkommen zu erfüllen.

Um nun aber den Gegenständen der Erkenntnis selbst sich zuwenden zu können, muß sie den Standpunkt der Logik verlassen und einen ganz anderen Standort einnehmen. Denn vom Standpunkt der Logik aus, der fest in der Sphäre der Gedanken verankert liegt, sind die Gegenstände nur als die gedanklich gelegten und bezigten, vermeintlichen Unterlagen der Gedanken,

nicht aber so, wie sie an und für sich sein mögen, zugänglich. Man muß daher aus der Sphäre der Gedanken und Meinungen zurücktreten und in diejenige Sphäre eintreten, in der die gemeinten Gegenstände von sich aus in ursprünglicher Selbstheit sich darbieten, um nun erkennen zu können, wie sie sich selbst zu den Ansprüchen der Gedanken, die auf sie gerichtet sind, verhalten, und wie und wieweit sie die Wahrheit und die Richtigkeit der Gedanken ersichtlich zu machen vermögen. Von diesem erkenntnistheoretischen Standpunkt aus sind dann die Gedanken nicht mehr, wie vom logischen Standpunkt aus, gleichsam von innen und in ihrer Mittelachse, sondern gleichsam von außen und von der Seite aus gesehen.

Da nun aber die Erkenntnislehre, um von ihrem Standort aus ihre Aufgabe voll erfüllen zu können, notwendig die innere Aufhellung der Urteile, ihrer Elemente, ihres Aufbaues, ihres Anspruchs auf Wahrheit, ihrer Arten und Zusammenhänge bedarf, und da diese von ihrem Standpunkt aus nicht zu gewinnen, sondern nur von der Logik zu erwarten ist, so ergibt sich zugleich, daß die Erkenntnislehre notwendig die Logik voraussetzt. Die Logik dagegen kann ihre Aufgabe voll und ganz erfüllen, ohne die Erkenntnislehre irgendwie vorauszusetzen oder zu Hilfe zu ziehen. Sie ist daher nicht nur verschieden von der Erkenntnislehre, sondern auch von ihr ganz unabhängig. Es ist auch leicht ersichtlich, daß die Logik, sobald der erkenntnistheoretische Gesichtspunkt in ihr maßgebend wird, notwendig der Gefahr verfällt, in die Irre zu gehen, da sie dann nur schwer ihren einheitlichen Standpunkt festzuhalten vermag und leicht zu unreinlicher Vermischung der logischen und erkenntnistheoretischen Aufgaben verführt wird.

Im folgenden soll daher die Logik unabhängig von jeder Erkenntnislehre und ohne jede Beimischung erkenntnistheoretischer Untersuchung behandelt werden.

Neuerdings tritt die Phänomenologie als die philosophische Grundwissenschaft auf. Sie ist nicht identisch mit der Erkenntnislehre, sondern beansprucht, auch dieser als ihre Grundlage vorzugehen. Sie ist aber auch nicht mit der Logik identisch. Um das Verhältnis, das zwischen diesen drei philosophischen Wissenschaften besteht, ein wenig aufzuhellen, sei hier noch kurz auf das Verhältnis der Logik zur Phänomenologie eingegangen.

##### 5. Logik und Phänomenologie.

In Kürze und doch verständlich heute zu sagen, was Phänomenologie ist und will, wird zwar von vielen Seiten gewünscht, ist

aber derzeit wohl kaum möglich. Es kann sich hier nur darum handeln, den Gegenstand und die Aufgabe der Phänomenologie einigermaßen ahnen zu lassen und die Stellung der Logik zu der so bestimmten Wissenschaft zu charakterisieren. Beginnen wir damit, uns die Situation vor Augen zu führen, die wir überblickten, als wir den Gesamtatbestand des Denkens auseinanderlegten. Das denkende Subjekt, von dem die ganze Mannigfaltigkeit der gedankenbildenden Denkakte ausgeht, in zielendem Gegenüber zu der ganz unbefchränkten Mannigfaltigkeit von Gegenständen aller möglichen Gegenstandsgebiete, entwickelt, indem ihm diese Gegenstände bald in dieser, bald in jener Art des Bewußtseins gegenübertreten, nacheinander in bezug auf die einzelnen in der umstehenden Gegenstandswelt vermeinten Gegenstände die ganze Fülle der Gedankengebilde verschiedener Art, die wir oben zum Teil namhaft gemacht haben. Die Phänomenologie verlegt nun zunächst den Augenpunkt ihrer Betrachtung in das denkende Subjekt hinein und visiert von dieser Stelle aus auf die Gegenstände innerhalb der Gegenstandswelt dieses denkenden Subjekts; sie erfaßt dann die Gedanken und die Meinungen, die dieses denkende Subjekt über die Gegenstände hegt, und enthält sich dabei jeder Stellungnahme zu diesen Meinungen, indem sie zugleich auch die Gegenstände und die Gegenstandswelten nur als die so und so von diesem Subjekt vermeinten Gegenstücke seines denkenden Bewußtseins nimmt, ohne sich selbst irgendeine jenseitige Erkenntnis dieser Gegenstände zu erlauben. Denn nur von dem Augenpunkt jenes denkenden Subjekts aus und nur als intentionale Gegenstücke dieses Bewußtseins sind ihr von ihrem Standpunkt aus diese Gegenstände sichtbar. Sie läßt deshalb auch alles anderweitig gewonnene Wissen und alle Wissenschaften von diesen Gegenständen beiseite, weil sie sich gedanklich vor den Anfang aller solchen Wissenschaft verlegt. Von jenem, in das denkende Subjekt verlegten Augenpunkt aus schaut sie aber nun nicht nur auf die intentionalen Gegenstände und die Meinungen dieses Subjekts, sondern vor allem auf die Bewußtseinsakte, die jenen Gegenständen und Meinungen zugehören, und dann auf die Gegebenheitsweisen der Gegenstände und auf die Denkweisen der Meinungen hin. Das Subjekt hingegen, in das sie ihren Augenpunkt verlegt, läßt sie in sich unbeachtet zurück. So schauend inventarisiert sie zunächst, was es da innerhalb des so abgedeckten Gesichtskreises alles zu sehen gibt. Die Frage nach der Realität des so Erschaubaren stellt sie, auch hinsichtlich der Bewußtseinsakte, überhaupt

nicht, sondern achtet nur auf das Was und die Beschaffenheiten, sowie auf die gegenseitigen Relationen des da Vorfindlichen. Zur behutsamsten und rücklichtsvollsten Beschreibung des Gesehten tritt dann vor allem die Auffuchung der wesentlichen und notwendigen Zusammengehörigkeiten in den verschiedenen unterscheidbaren Schichten des gesehten Ganzen, und zwar sowohl zwischen den Elementen einer und derselben Schicht, als auch zwischen den Elementen verschiedener Schichten. Insbesondere wird diejenige Beziehung, in der gewisse Elemente oder Komplexe zu gewissen anderen als ihrer letztlich abschließenden Erfüllung und Grundlegung stehen, genauer und vorsichtig vortastend verfolgt. So durchschreitet die Phänomenologie unaufhörlich die verschiedenen Spären: nämlich die der Denkakte, des Gegenstandsbewußtseins, der Meinungen und der intentionalen Gegenstände.

Die Logik dagegen hat zunächst ein viel beschränkteres Gegenstandsfeld, sie hält sich ausschließlich in der Sphäre der Gedankengebilde auf. Aber sie ist deshalb nicht etwa ein Teil der Phänomenologie. Sie untersucht die Gedankengebilde nicht nur überhaupt für sich, sondern auch rein um ihrer selbst willen, während die Phänomenologie die Gedanken nur als den ideellen Gehalt gewisser Denkakte betrachtet und auf das Wesensverhältnis der Denkakte zu anderen Denkakten, zum Gegenstandsbewußtsein und zu den intentionalen Gegenständen des Bewußtseins hinzielt.

Logik, Erkenntnislehre und Phänomenologie verhalten sich also in der Weise zueinander, daß die Erkenntnislehre notwendig auf der einen Seite zur Phänomenologie, auf der anderen Seite aber zur Logik zurückführt. Indem nämlich die Erkenntnislehre die letzten zureichenden Grundlagen aller Erkenntnis zu erforschen unternimmt, indem sie sowohl die Erkenntnis des Seins, als auch die Erkenntnis der Werte und des Sollens auf ihre letzten Fundamente prüft, wird sie notwendig auf die vermeintlichen Wahrnehmungen des Seins, der Werte und des Sollens zurückgeführt. Sie muß dabei aber bald erkennen, daß es sehr verschiedene Arten und Modifikationen solcher Wahrnehmungen gibt, von denen offenbar nicht alle den gleichen erkenntnisbegründenden Wert haben. Sie wird dann zu gewissen Voruntersuchungen über die verschiedenen Wahrnehmungsarten und -modifikationen gedrängt, um diejenigen Arten und Modifikationen herauszufinden, die allein für die letztlich abschließende Begründung der Erkenntnis auf den verschiedenen Gebieten des Seins, der Werte und des Sollens in Betracht kommen können. Hiermit wird die Erkenntnistheorie zu Aufgaben geführt,

die innerhalb des eigenen Bereiches der Phänomenologie liegen. Sie selbst kann von ihrem Standpunkt aus diese Aufgaben nicht lösen, denn für sie beginnt die Arbeit erst, nachdem diejenigen Wahrnehmungsarten und -modifikationen gefunden sind, in die sie eintreten muß, um die vermeinten Erkenntnisgegenstände in ursprünglicher Selbstheit unverhüllt vor sich zu haben und ihr Verhalten zu den Urteilen, die sich auf sie beziehen, und zu deren Wahrheitsanspruch prinzipiell prüfen zu können. Damit geht sie aber nun ihrerseits über die Aufgaben der Phänomenologie hinaus, die ja nicht die Wahrheitsansprüche der Urteile auf ihre Berechtigung und ihre wirkliche Erfüllbarkeit zu untersuchen und zu bewerten hat.

Daß die Erkenntnistheorie nun auf der anderen Seite notwendig zur Logik zurückführt, ist uns schon oben darin ersichtlich geworden, daß die Erkenntnislehre zur Erfüllung ihrer Aufgabe notwendig der klaren Erkenntnis der Urteile, ihrer Elemente, ihres Aufbaues, ihres Anspruchs auf Wahrheit, ihrer Arten und ihrer Zusammenhänge bedarf, die sie Erkenntnis ihr aber nur von der Logik gegeben werden kann.

Aus dem Gefagten ist zugleich ersichtlich, inwiefern auch die Logik wieder der phänomenologischen Ergänzung bedarf. Wenn nämlich aufgeklärt werden soll, in welchem Verhältnis die Gedanken, speziell die Urteile, die Begriffe und die Schlüsse, zu den verschiedenen Arten von Denkakten und zu den intentionalen Gegenständen stehen, dann sind dazu eben solche Untersuchungen nötig, die dem Gebiete der Phänomenologie angehören.

#### 6. Übersicht über das Folgende.

Im folgenden soll nun von den speziellen Gedankenarten nur das Urteil untersucht werden. Und zwar soll sogleich mit der Betrachtung des Urteils begonnen werden, nicht weil die Begriffe eigentlich auch Urteile wären, wie man manchmal behauptet hat, sondern weil die Untersuchung der Begriffe ganz besondere Schwierigkeiten bietet. Die Urteile sind zunächst im allgemeinen leichter festzuhalten und leichter in ihrem Wesen zu erkennen, als die Begriffe rein für sich genommen. Durch die Betrachtung der Urteile wird der logische Blick geschärft und beständiger gemacht, so daß er dann auch die Begriffe leichter erfassen kann. Außerdem aber läßt die genauere Analyse des Urteils bestimmte Begriffe deutlich hervortreten, die sich sonst der Betrachtung gern entziehen und die in der Tat von der Logik bisher fast völlig übersehen worden sind. Nachdem

also im ersten Abschnitt die Lehre vom Urteil behandelt worden ist, soll im zweiten Abschnitt die Lehre vom Begriff folgen. Sie wird vor allem durch die neuen Beiträge, die darin gegeben werden sollen, den eigentlichen Hauch und das eigenartige Wesen der reinen logischen Gegenstände spürbar machen, die in der überlieferten Logik noch gar nicht recht hervorgetreten sind.

In dem dritten Abschnitt sollen dann die obersten logischen Grundzüge dargestellt werden und zwar so, daß sie von einer einheitlichen Deutung neu belebt werden, nachdem sie solange einen unverständlichen Trümmerhaufen gebildet haben.

Den Abschluß soll der vierte Abschnitt mit der Lehre vom Schluß bilden, in der Ansätze zu einer Neubildung gegeben werden sollen.

---

#### Erster Abschnitt.

#### DIE LEHRE VOM URTEIL.

#### Erstes Kapitel.

#### Vorbereitendes.

##### 1. Das Urteil und der Satz.

Urteile kommen gewöhnlich in bestimmten sprachlichen Sätzen zum Ausdruck. In der Sprachlehre unterscheidet man im allgemeinen vier Arten von Sätzen, nämlich: 1. die Aussage- oder Behauptungssätze, 2. die Frageätze, 3. die Wunschätze und 4. die Befehlssätze. Diese verschiedenen Satzarten unterscheiden sich im allgemeinen schon als rein sprachliche Gebilde, noch abgesehen von den Gedanken, die mit ihnen verbunden werden. Im normalen Gebrauch dieser verschiedenen Satzarten sind es auch verschiedene Gedankenarten, die in ihnen ausgedrückt werden. Nach diesen verschiedenen Gedankenarten sind eben die sprachlichen Sätze verschieden benannt. Der Normalinn eines Behauptungssatzes ist eine Behauptung, der eines Frageatzes eine Frage, der eines Wunschatzes ein Wunsch, und der eines Befehlssatzes ein Befehl. Trotzdem können die betreffenden Satzarten in anormaler Funktion auch andere als die ihren Normalinn ausmachenden Gedanken zum Ausdruck bringen. Es sei dies kurz verdeutlicht.

Der Satz: »Sie gehen nach Amerika?« ist der sprachlichen Form nach ein Aussage- oder Behauptungssatz. Er gibt aber hier einer Frage Ausdruck.

In der Form eines Behauptungssatzes wird dagegen ein Wunsch zum Ausdruck gebracht in dem Satz: »Du gehst zum Teufel!«

Ein Befehl dagegen wird gegeben in dem Behauptungssatz: »Sie bringen den Koffer auf Zimmer 9«.

Wie hier die Behauptungssätze, so können auch die Frage-sätze anormal funktionieren und Behauptungen, Wünsche oder Befehle ausdrücken. So kann im bestimmten Fall der Frage-satz: »Ist das nicht häßlich?« das Urteil: »Das ist häßlich« ausdrücken; der Frage-satz: »Wollen Sie mir das Salz geben?« dem entsprechenden Wunsch Ausdruck verleihen. Wird der Frage-satz: »Wo ist mein Hut?« an die Dienerin gerichtet, so ist er gewöhnlich Ausdruck eines Befehls und wird daher adäquat beantwortet, nicht durch die Aussage: »dort ist er«, sondern durch die Tat des Herbeibringens.

Ebenso kann der Wunsch-satz: »Ach, hätte ich doch einen Federhalter!« gelegentlich der Ausdruck des Befehls sein, mir einen Federhalter zu reichen.

In die Form des Befehlssatzes werden übrigens schon normalerweise nicht nur Befehle, sondern auch Bitten, Aufforderungen, Ratsschläge, Warnungen u. dgl. gekleidet.

In den angeführten Beispielen anormaler Funktion der sprachlichen Sätze stimmt der Normalinn noch in einem gewissen Betrag mit dem anormalen Sinn überein. Die Übereinstimmung kann aber mehr und mehr abnehmen und schließlich ganz aufhören, so daß gelegentlich der Normalinn des Satzes seinen Hinterinn vollständig verdeckt. Ein Rest von Übereinstimmung ist z. B. noch vorhanden, wenn die Behauptung: »Das Lesen beim Essen ist sehr schädlich« die Bitte kundgeben soll: »Leg doch bitte die Zeitung weg und unterhalte Dich mit mir«. Der Hinterinn der Aussage ist also hier noch nicht ganz, aber doch schon sehr beträchtlich durch den Vorderinn verdeckt. Der Gebrauch der Sätze mit Vorderinn und einem mehr oder weniger verdeckten Hinterinn ist ein »doppelbodiges Sprechen«. Gelegentlich kann aber ein Satz sogar mehrere Hinterinne gleichzeitig kundgeben, die je nach der Beschaffenheit seines verdeckenden Vorderinnes und der gegebenen Situation mehr oder weniger leicht zu erraten sind. Da das weibliche Geschlecht im allgemeinen gern doppel- oder sogar mehrbodig spricht, der Mann aber meistens einfach einbodig, so entstehen notwendig viel Mißverständnisse zwischen beiden, wenn die Frau zugleich doppelbodig, der Mann aber zugleich bloß einbodig hört und versteht. Da die Hinterinne mehrerer nacheinander gesprochenen Sätze natürlich meistens in einem andern

logischen Zusammenhang stehen, als ihre verdeckenden Vorderfinne, so kann sich offenbar die größte Unlogik des Vorderfinnes mit der schönsten Logik des Hinterfinnes verbinden, und auch umgekehrt die Logik des Vorderfinnes mit der größten Unlogik des dahinter vermuteten Hinterfinnes. Woraus dann so gern die zwischen Mann und Frau hin- und hergehenden Vorwürfe der Unlogik entspringen, besonders wenn sie beide nicht ahnen, daß die Frau doppelbodig, der Mann aber nur einbodig spricht und hört.

Diejenigen sprachlichen Sätze nun, in denen normalerweise Urteile oder Behauptungen im Vorderfinn zum Ausdruck kommen, sind die Aussage- oder Behauptungssätze. Man kann in der Logik die sprachlichen Behauptungssätze gar nicht umgehen, denn man hat sie erstens nötig, um die Urteile zu fixieren, die man untersuchen will, und man kann zweitens die Untersuchungen über bestimmte Urteile nicht mitteilen, wenn man die gemeinten Urteile nicht in sprachlich angemessene Formen kleidet. Um so nachdrücklicher ist darauf hinzuweisen, daß weder die sprachlichen Sätze, noch die Verbindung zwischen bestimmten sprachlichen Sätzen und bestimmten Urteilen den eigentlichen Problemgegenstand der Logik bilden. Der ist vielmehr nur in den ausgedrückten Urteilen gelegen. Um zu diesen zu gelangen, muß man daher von den stützenden sprachlichen Sätzen zu den bestimmten, zu untersuchenden, Urteilen hinüberkommen und nicht an den Sätzen hängen bleiben. Und um dies mit voller Besonnenheit ausführen zu können, muß man die Verschiedenheit zwischen den sprachlichen Sätzen und den ihren Sinn bildenden Urteilen klar erkannt haben.

## 2. Die Verschiedenheit von Satz und Urteil.

Der sprachliche Behauptungssatz besteht aus einzelnen Wörtern, die selbst wieder aus einzelnen Buchstaben bestehen. Er ist ein sprachliches Gebilde aus diesen Elementen. Das in dem Satz zum Ausdruck gebrachte Urteil dagegen besteht niemals aus Wörtern, und die Elemente des Urteils, die Begriffe, bestehen niemals aus Buchstaben. Dagegen besteht das Urteil aus Begriffen, die niemals Bestandteile eines sprachlichen Satzes bilden.

Übrigens erweist sich die Verschiedenheit von Satz und Urteil schon darin, daß mit einem und demselben Satz in verschiedenen Fällen sehr verschiedene Urteile zum Ausdruck gebracht werden können. Dem entspricht, daß auch ein und dasselbe Urteil in verschiedenen Sätzen, zum mindesten in verschiedenen Sprachen kund-



gegeben werden kann. Können aber Satz und Urteil unabhängig voneinander variieren, so sind sie notwendig voneinander verschieden.

Sprachliche Behauptungssätze lassen sich ganz gedankenlos bilden und vernehmen, ohne daß irgendwelche Urteile dabei vollzogen werden. Dies wäre natürlich unmöglich, wenn Behauptungssätze selbst schon Urteile wären. Andererseits gibt es viele Fälle, in denen zwar Urteile, aber keine Behauptungssätze gebildet werden; man hat das Urteil schon vollzogen, ehe man den angemessenen sprachlichen Satz formt.

Wenn man trotzdem die sprachlichen Sätze selbst gelegentlich als wahre oder falsche bezeichnen hört, so scheint es zwar, als ob die Sätze selbst schon Urteile wären, da, wie Aristoteles bemerkt hat, die Urteile dadurch charakterisiert sind, daß sie wahr oder falsch sein können. Aber bei genauerer Betrachtung zeigt sich, daß die Sätze nur in übertragenem Sinne wahr oder falsch genannt werden, nämlich dann, wenn die in ihnen liegenden Urteile wahr oder falsch sind, und daß die Sätze für sich nur sprachlich entweder richtig oder falsch gebildet sein können, was dann für die Wahrheit oder Falschheit der zugehörigen Urteile noch gar nichts ausmacht.

Weil also die Behauptungssätze von den zugehörigen Urteilen wesentlich verschieden sind, so darf die logische Untersuchung der Urteile nicht nur nicht an den Sätzen haften bleiben, sondern sie darf auch nicht ohne weiteres von der Beschaffenheit und dem Aufbau der Sätze auf die Beschaffenheit und den Aufbau der Urteile schließen.

### 3. Die Beziehung zwischen Urteil und Behauptungssatz.

Die Beziehung, die zwischen einem Behauptungssatz und dem in ihm ausgedrückten Urteil besteht, ist keine umkehrbare, d. h. der Satz bringt wohl das Urteil, aber nicht das Urteil den Satz zum Ausdruck. Satz und Urteil nehmen in dieser Beziehung ganz verschiedene Stellungen ein. Der Satz ist gleichsam das Äußere, das Urteil das Innere, das in dem Äußeren sich ausprägt und dadurch das, an sich gedankenleere, Äußere gedanklich befeelt.

Es war daher eine völlige Verkennung des eigenartigen Verhältnisses, das zwischen dem Satz und dem Urteil besteht, als man diese Beziehung als eine bloße »Assoziation« erklärte. Denn in einer solchen Assoziation haben die verbundenen Glieder eine wesentlich gleichartige Stellung, die nur die Unterschiede des Nebeneinander und Nacheinander zeigt. Gewiß sind die Urteile mit den sprachlichen Sätzen nur im Bewußtsein denkender Wesen verbunden, da nur denkende Wesen Urteile bilden können. Und gewiß führt das Hören

bestimmter Sätze die entsprechenden Urteile in das Bewußtsein des hörenden und denkenden Wesens ein. Will man also mit der Behauptung, zwischen den Sätzen und den Urteilen bestehe eine Assoziation, nicht viel anderes als dies befragen, so ist die Behauptung allerdings richtig. Aber damit ist das Wesen der Ausdrucksbeziehung zwischen dem Behauptungssatz und dem zugehörigen Urteil durchaus nicht erschöpfend bestimmt. Die Ausdrucksbeziehung ist eben mehr als eine bloße Assoziation. Ein bestimmter Satz kann z. B. hartnäckig an einen Gedanken erinnern, der gar nicht in ihm ausgedrückt ist und der dadurch auch niemals zum Sinn des Satzes selbst wird. Der Gedanke bleibt dann dem Satze, obgleich er noch so eng mit ihm assoziiert ist, dennoch äußerlich, während der Gedanke, der den Sinn des Satzes ausmacht, dem Satze gleichsam innerlich als sein gedanklicher Gehalt eingelegt ist.<sup>1)</sup>

#### 4. Das Urteil und der Sachverhalt.

Jedem bestimmten Urteil entspricht ein bestimmter Sachverhalt. Dem Urteil »Schwefel ist gelb« entspricht ein Sachverhalt, der aus der Stoffart Schwefel und seinem Gelbsein besteht. Das Urteil entwirft aus sich heraus diesen Sachverhalt. Es steht ihm sich gegenüber, so daß der entworfenen Sachverhalt immer außerhalb des ihn entwerfenden Urteils liegt, ihm immer jenseitig oder »transzendent« ist. Kein Bestandteil des Sachverhalts bildet daher einen Bestandteil des Urteils. So ist bei dem eben angeführten Urteil der »Schwefel« als eine bestimmte Stoffart, so wie er als Bestandteil des Sachverhalts gemeint ist, in gar keinem Sinne ein Bestandteil des Urteils. Ebenföwenig ist das »gelb« in dem gesetzten Sachverhalt ein Bestandteil des Urteils. Das Urteil enthält in sich als seine Teile weder jene bestimmte Stoffart, noch jenes bestimmte Farbenquale, sondern es besteht, wie wir noch genauer sehen werden, aus Begriffen, die von allen materiellen Stoffarten und allen Farbenqualitäten wesentlich verschieden sind. Die Schicht der gemeinten Sachverhalte ist also streng geschieden zu halten von der Schicht der Urteile, in denen diese Sachverhalte gesetzt werden. Gewiß gehört zu jedem Urteil notwendig ein bestimmter Sachverhalt. Aber »gehören« heißt nicht notwendig einen Bestandteil desselben bilden, wozu etwas gehört. Und gewiß kann man kein Urteil bilden, ohne einen Sachverhalt zu entwerfen. Aber deshalb ist doch der entworfenen Sachverhalt nicht selbst das gebildete Urteil. Der

1) Vergleiche Seite 143.

Sachverhalt ist das durch das Urteil entworfene Gegenstück, das »intentionale Korrelat« des Urteils.

Es gibt allerdings Urteile, die sich wieder auf Urteile oder auf Begriffe beziehen, indem sie über dieselben etwas behaupten. Das sind eben die logischen Urteile. Bei diesen speziellen Urteilen enthalten also die entworfenen Sachverhalte selbst wieder Urteile und Begriffe. Aber trotzdem bilden auch diese, in den Sachverhalten enthaltenen, Urteile und Begriffe nicht etwa Bestandteile derjenigen Urteile, die sich auf sie beziehen, sondern stehen diesen als ihr bezieltes Gegenstück gegenüber.

Die Verschiedenheit von Urteil und Sachverhalt zeigt sich auch darin, daß die Prädikate wahr und falsch direkt nur den Urteilen zukommen und nur indirekt in übertragenem Sinne von den Sachverhalten behauptet werden können. Die Sachverhalte dagegen können bestehen oder nicht bestehen, während dies von den Urteilen zu behaupten keinen rechten Sinn ergibt.

Die offenbare Verschiedenheit des Urteils vom entworfenen Sachverhalt macht nun von vornherein bestimmte Urteilstheorien unmöglich, von denen die einen bestimmte Teile des Sachverhaltes, wie den Subjektsgegenstand, zu den Bestandteilen des Urteils rechnen; von denen die anderen dagegen bestimmte Bestandteile des Urteils, wie den Subjekts- und den Prädikatsbegriff, in den entworfenen Sachverhalt verlegen. Sagt man z. B., das Urteil bestehe aus Subjekt und Prädikat, und in dem oben angeführten Urteil sei der »Schwefel«, diese bestimmte Stoffart, das Subjekt, so rechnet man den Subjektsgegenstand mit zu den Bestandteilen des Urteils und begeht damit die zuerst bezeichnete Verwechslung. Erklärt man andererseits z. B., das positive Urteil sei eine Verbindung von Begriffen, es ordne den Subjektsbegriff, also etwa den Begriff »Schwefel«, unter den Prädikatsbegriff, also unter den Begriff »gelb«, so übersieht man, daß sich das Urteil in diesem Falle gar nicht auf Begriffe bezieht, sondern auf die bestimmte Stoffart, und daß die Verbindung der Begriffe im Urteil etwas ganz anderes ist, als die Verbindung der bestimmten Stoffart mit dem bestimmten Farbenquale im Sachverhalt. Es ist klar, daß durch die Verwechslung und Vermischung so wesentlich verschiedener Schichten, wie es die der Urteile und die der Sachverhalte sind, notwendig die ganze Urteilslehre in Verwirrung geraten mußte.

Indem das Urteil den von ihm verschiedenen Sachverhalt entwirft, bestimmt es ihn von sich aus; insofern ist also das Urteil das Primäre, der Sachverhalt das Sekundäre. Als ausschließlich vom Urteil

her entworfenen ist der Sachverhalt ganz unselbständig gegenüber dem Urteil. Er wird von ihm entworfen wie ein Projektionsbild von einer Projektionslampe. Und die sprachlichen Behauptungssätze sind gleichsam nur die Gestelle, welche die Projektionslampen tragen.

##### 5. Die Supposition der Sätze.

Bei jedem Urteil, das in einem sprachlichen Behauptungssatz ausgedrückt ist, sind also drei verschiedene Schichten wohl zu unterscheiden, nämlich die Schicht der Sätze, die Schicht der Urteile und die Schicht der von den Urteilen entworfenen Sachverhalte. Trotz ihrer Verschiedenheit sind diese drei Schichten doch eng miteinander verbunden: die Behauptungssätze bringen die Urteile zum Ausdruck und die Urteile entwerfen die Sachverhalte. Das auffassende Verstehen der Behauptungssätze geht nun gewöhnlich durch die Sätze hindurch zu den in ihnen ausgedrückten Urteilen, aber sogleich auch wieder durch diese hindurch zu den von ihnen entworfenen Sachverhalten und findet erst in diesen sein ruhendes Ende. Die Sätze werden also gewöhnlich so aufgefaßt, daß sie zum Sachverhalt führen. Diese Supposition der Sätze ist also eine sachliche oder »reale« Supposition.

Ein und derselbe Behauptungssatz kann nun aber in gewissen Ausnahmefällen so aufgefaßt werden, daß er nicht mehr, wie gewöhnlich, »für den Sachverhalt«, sondern »für das Urteil« steht, das in ihm ausgedrückt ist. Diese Supposition des Satzes ist dann die logische oder »formale« Supposition. Um zu charakterisieren, daß ein bestimmter Satz in logischer Supposition genommen werden soll, setzt man ihn gewöhnlich in Anführungszeichen. Es wird damit gefordert, daß das auffassende Verstehen des Satzes zwar das entsprechende Urteil vollziehe und den Sachverhalt entwerfe, aber jetzt nicht durch das Urteil hindurchgehe und erst bei dem Sachverhalte und dessen Erfassung haltmache, sondern sich bei dem ausgedrückten Urteil verhalte und dieses vergegenständliche. Da die Logik nicht die Sätze selbst und auch nicht die entworfenen Sachverhalte für sich zu untersuchen hat, sondern die Sätze nur als Stütze gebraucht, um zu den Urteilen zu kommen, die sie zu Gegenständen ihrer Untersuchung machen will, so ist klar, daß die Logik in großem Umfange die Sätze, die sie als Beispiele anführt, in logischer Supposition zu nehmen hat.

Genauer gesprochen, ist nun aber bei der logischen Supposition eines Behauptungssatzes die Sachlage folgende. Der Satz ist

jetzt direkt nicht mehr der Ausdruck eines Urteils, sondern der eines Begriffes, nämlich des Begriffes, der dasjenige Urteil zum Gegenstand hat, das sonst die Bedeutung des Satzes ausmacht. So bedeutet also der Satz »Schwefel ist gelb« in logischer Supposition genommen nichts anderes als das Wortgefüge: »das Urteil / Schwefel ist gelb /«, in sachlicher Supposition genommen.

Entsprechend der Dreiheit der Schichten: Sachverhalt, Urteil und Satz kann ein Satz nicht nur in sachlicher und logischer, sondern auch in sprachlicher oder »materialer« Supposition genommen werden. Er steht dann für den sprachlichen Satz selbst. Nimmt man z. B. den Satz »Schwefel ist gelb« in sprachlicher Supposition, so meint man mit ihm den sprachlichen Satz selbst, also dieses aus drei Wörtern bestehende sprachliche Gebilde. Der Satz ist dann also der Ausdruck nicht eines Urteils, sondern eines Begriffes, nämlich eben desjenigen Begriffes, der den Satz selbst zum Gegenstand hat. Die Grammatik ist es, die im allgemeinen die Sätze in sprachlicher Supposition nimmt, wenn sie sie zum Gegenstand ihrer Forschung macht.

Nachdem durch diese vorbereitenden Betrachtungen das Urteil aus feiner Einbettung herausgeschält ist, soll es nun selbst für sich untersucht werden.

## Zweites Kapitel.

### Das Wesen und der Aufbau des Urteils überhaupt.

#### 1. Die wesentlichen Bestandteile des Urteils überhaupt.

Als Beispiel eines einfachen Urteils diene der Normalinn des Behauptungssatzes: »Schwefel ist gelb«. Dieses Urteil bezieht sich auf einen materiellen Stoff, den Schwefel. Die Beziehung auf diesen Stoff wird durch den Gedankengehalt des Wortes »Schwefel« hergestellt. Nennen wir diesen Gedankengehalt den Begriff »Schwefel«, so weist dieser Begriff auf den materiellen Körper hin und macht ihn in dem Urteil zugleich zu dem Gegenstand, auf den sich das Urteil bezieht; er unterwirft den Stoff dem Urteil, macht ihn zum Subjektsgegenstand des Urteils.

Lassen wir nun nicht nur das Wort, sondern auch den Begriff »Schwefel« aus dem sprachlich formulierten Urteil weg, so ist das Urteil verstümmelt; es fehlt ihm ein ganz wesentlicher Bestandteil, eben jenes Urteilelement, das den Zielpunkt, die gegenständliche Unterlage, den Subjektsgegenstand des Urteils bestimmt. Das Urteil wird sofort wieder vollständig, wenn wir statt des Subjektbegriffes

»Schwefel« den Begriff »Gold« oder »Messing« oder (da es auf die Wahrheit des Urteils hier nicht ankommt, sondern nur auf seine Vollständigkeit als Urteil), auch den Begriff »Silber« in das verstümmelte Urteil einsetzen. Es zeigt sich, daß auch keiner dieser bestimmten Begriffe notwendig für das Urteil ist, sondern daß jeder derselben ersetzt werden kann durch irgendeinen anderen Begriff, wenn dieser nur irgendeinen Gegenstand meint und ihn zur Unterlage des Urteils macht. Aber jeder dieser Begriffe darf doch nicht einfach weggelassen werden, sondern muß notwendig durch irgendeinen gegenständlichen Subjektbegriff ersetzt werden, wenn das Urteil ein unverstümmeltes, vollständiges Urteil bleiben soll. Zu jedem Urteil überhaupt gehört also wesentlich und notwendig ein Subjektbegriff als sein Hauptbestandteil, der die Funktion erfüllt, den Gegenstand zu setzen, auf den sich das Urteil bezieht und ihn dem Urteil zu unterwerfen. Dieser Subjektbegriff, nicht der Subjektgegenstand und nicht das Subjektswort, sei im folgenden mit »S« bezeichnet.

Trotz seiner Notwendigkeit für das Urteil ist jedoch der Subjektbegriff allein durchaus nicht hinreichend, um ein Urteil zu bilden. Mag auch in einem sprachlich formulierten Urteil nur ein einziges Wort, das zugleich als Subjektswort fungiert, vorhanden sein, so wird doch der Bedeutungsgehalt dieses einzigen Wortes, wenn er nichts anderes tut, als einen Gegenstand zu bezielen, niemals ein Urteil sein. Nur wenn zu dem so beschränkten Bedeutungsgehalt des Wortes noch andere Gedankenelemente unausgesprochen hinzugenommen werden, kann sein Bedeutungsgehalt zu einem vollständigen Urteile werden. Diese anderen notwendigen Gedankenelemente gewinnen wir vorläufig in folgender Weise, indem wir uns für später vorbehalten, auf mögliche Einwände zurückzukommen. Wir gehen wieder aus von unserem obigen Urteile: »Schwefel ist gelb«. Dieses Urteil bezieht sich nicht nur durch seinen Subjektbegriff auf den materiellen Stoff, den Schwefel, sondern es behauptet über ihn etwas, nämlich, daß er gelb sei. Es muß also in diesem Urteil notwendig ein zweiter Begriff enthalten sein, der die Farbenqualität »gelb« meint. Entfernen wir diesen zweiten Begriff aus unserem Urteil und lassen die durch seine Wegnahme leergewordene Stelle unausgefüllt, so ist der übrigbleibende Gedankenrest kein Urteil mehr. Füllen wir dagegen die entstandene Lücke durch irgendeinen anderen Begriff, der etwas Gegenständliches, irgendeine Bestimmtheit von Gegenständen meint, also etwa durch die Begriffe »rot« oder »rund« oder »groß« oder ähnliche aus, so entstehen wieder volle

Urteile, wenn sie auch zum großen Teile nicht wahr sein werden. Nennen wir nun die Begriffe von dem, was von dem Subjektsgegenstand des Urteils im Urteil »ausgefagt« wird, die Prädikatsbegriffe, so scheint nach den bisherigen Ergebnissen zum Urteil notwendig auch ein Prädikatsbegriff zu gehören. Der Prädikatsbegriff, nicht der Prädikatsgegenstand und nicht das Prädikatswort sei im folgenden mit »P« bezeichnet.

Die beiden bisher genannten Begriffe »S« und »P« sind nun aber in keiner Weise genügend, um ein Urteil zu konstituieren. Mag es in manchen Sprachen genügen, zwei solche Begriffswörter, wie »Schwefel« und »gelb« nebeneinander zu stellen, um ein volles Urteil zum Ausdruck zu bringen, so muß dabei eben doch der Bedeutungsgehalt, den die beiden Wörter jedes für sich haben, durch einen bestimmten, sprachlich unausgedrückten, Gedanken zu Fuß ergänzt werden, wenn wirklich ein Urteil zustande kommen soll. Geschieht diese Ergänzung nicht, so besteht das Gedankengebilde nur aus zwei unverbundenen Begriffen, von denen der eine den materiellen Stoff »Schwefel«, der andere die Farbenqualität »gelb« meint, ohne daß dieses gelb irgendwie auf den Schwefel bezogen wird. Ein Gebilde, das vielleicht ein »Begriffslallen«, aber niemals ein wirkliches Urteil ist. Wie der Subjektsbegriff nicht nur den bestimmten Gegenstand meinen, sondern ihn zugleich als Subjektsgegenstand dem Urteil unterwerfen muß, so muß auch der Prädikatsbegriff nicht nur die gegenständliche Bestimmtheit meinen, sondern zugleich die Funktion ausüben, diese Bestimmtheit dem Subjektsgegenstand zuzuordnen, sie auf ihn zu beziehen. Dieses Gedankenelement, das zu dem Subjekts- und Prädikatsbegriff notwendig hinzukommen und die Prädikatsbestimmtheit auf den Subjektsgegenstand beziehen muß, nennt man seit Alters in der Logik die »Kopula« und bezeichnet sie im Deutschen durch das Wörtchen »ist«. Man hat dann im allgemeinen mit diesem Element die Analyse des Urteils abgeschlossen und erklärt, das Urteil überhaupt bestehe aus drei Elementen: dem Subjektsbegriff, dem Prädikatsbegriff und der Kopula. Die Formel: »S ist P« sollte diese drei Elemente als die notwendigen und hinreichenden Bestandteile des Urteils kennzeichnen. Tatsächlich ist aber die Gedankenanalyse des Urteils mit der Herausstellung dieser drei Elemente noch keineswegs erschöpft, denn es fehlt noch ein für das Urteil durchaus notwendiges und das Urteil als solches erst eigentlich charakterisierendes Element.

Das Vorhandensein dieses weiteren Gedankenelementes im Urteil erkennen wir am deutlichsten, wenn wir das Urteil mit dem ent-

sprechenden »bloßen« Gedanken oder mit der entsprechenden Frage vergleichen. Der »bloße« Gedanke: »Schwefel ist gelb« bezieht bloß das »gelb« auf den gesetzten Subjektsgegenstand »Schwefel«, ohne irgend etwas zu behaupten, ohne zu urteilen, daß der Schwefel gelb sei. Er läßt es unentschieden, in der Schwebe, wie es sich mit dem gelb-sein des Schwefels verhalte. Subjekts-, Prädikatsbegriff und Kopula sind wohl in ihm vorhanden, aber es fehlt eben in ihm dasjenige Element, das den bloßen Gedanken zu einem Urteil machen würde, eben das Behauptungsmoment. In der entsprechenden Frage: »Ist Schwefel gelb?« sind ebenfalls die drei obigen Elemente, nämlich der Subjektsbegriff »Schwefel«, der Prädikatsbegriff »gelb« und die Kopula »ist« vorhanden. Trotzdem ist das so zusammengesetzte Gedankengebilde kein Urteil. Das Gelbsein des Schwefels wird in ihm in keiner Weise behauptet, sondern noch fraglich gelassen. Statt des Behauptungsmomentes enthält freilich die Frage außer jenen drei Elementen noch das Fragemoment. Aber durch Weglassung dieses Fragemomentes wird das Gedankengebilde nicht etwa zu einem Urteil, sondern wiederum zu einem »bloßen« Gedanken. In dem Urteil, das die Antwort auf jene Frage gibt, ist das Fragemoment der Frage ersetzt durch jenes eigentümliche Behauptungsmoment. Ohne es zu bemerken, hat die traditionelle Logik dieses Behauptungsmoment mit in die Kopula »ist« hineingenommen. Es bedarf aber dieses Moment offenbar der nachdrücklichen Hervorhebung, da es nicht nur auch zu den notwendigen Bestandteilen des Urteils gehört, sondern erst das charakteristische Wesen des Urteils bestimmt. Denn das Urteil ist wesentlich ein behauptendes Gedankengebilde. In jener allgemeinen Formel für das Urteil überhaupt muß also in den Gehalt der Kopula »ist« zu der Funktion der Hinbeziehung der Prädikatsbestimmtheit auf den Subjektsgegenstand noch unbedingt dieses gedankliche Behauptungsmoment hinzugenommen werden, wenn die Formel ein vollständiges Urteil darstellen soll. Nicht hineingenommen zu werden braucht dagegen in die Kopula die Zeitbedeutung des »ist«. Erst recht würde man sich durch die zufällige Zweideutigkeit des Wörtchens »ist« verführen lassen, wenn man meinte, in jedem Urteil setze die Kopula zugleich Existenz. Wir werden später sehen, daß das Wort »ist« in den verschiedenen logischen Formeln, in denen es vorkommt, verschiedene Bedeutungen hat. In der allgemeinen Formel des Urteils überhaupt ist es nur das Zeichen für die beziehende und die behauptende Funktion der Kopula.

Vorbehaltlich der späteren Berücksichtigung hier möglicher Einwände, die vor allem durch das sogenannte Existenzialurteil und



durch das Imperfonale entstehen, können wir also das Resultat unserer bisherigen Unterfuchung dahin zufammenfaffen, daß jedes Urteil notwendig aus drei Begriffen besteht, von denen der Subjektsbegriff den Gegenstand des Urteils fegt und ihn dem Urteil zur Unterlage gibt; während der Prädikatsbegriff die Gegenstandsbestimmtheit fegt, die dann durch die Kopula auf den Subjektsgegenstand hinbezogen wird. Zugleich übt die Kopula die Behauptungsfunktion aus, indem fie das bis dahin konftituierte Ganze abfegt und aus fich bestehen läßt.

Die allgemeine Urteilsformel befagt also in keiner Weife, daß der Menfch tatsächlich in diefer Form feine Urteile vollziehe, noch daß er in feinem Urteilen nach diefer Formel verfahren folle, noch daß diefe Formel die Form des ideal vollkommenen Urteils darftelle. Um die notwendigen und hinreichenden Elemente des Urteils und den Aufbau des Urteils aus diefen Elementen zu erkennen, bedarf man keiner pfychologifchen Unterfuchung des menfchlichen Denkens. Die Ergebnisse find daher auch nicht bloß relativ, auf den Menfchen bezüglich, gültig, fondern völlig unabhängig von der Natur des denkenden Menfchen und jedes anderen denkenden Wefens, also auch gültig für jedes beliebige denkende Wefen. Denn es liegt im Wefen des Urteils felbft, daß es aus diefen Elementen bestehen und in diefer bestimmten Weife aufgebaut fein muß.

Die drei Glieder des Urteils find in bestimmter Weife zueinander geordnet. Das erſte und grundlegende Glied iſt der Subjektsbegriff. An ihn ſchließt die primäre Funktion der Kopula an und führt hinüber zum Prädikatsbegriff, greift durch diefen hindurch und bezieht die Prädikatsbeſtimmtheit hin auf den Subjektsgegenſtand, der durch den Subjektsbegriff untergehalten und durchgehalten wird; darauf legt ſich über das Ganze die zweite Kopulafunktion, die Behauptung, abſchließend hinüber. In der Formel »S iſt P« iſt die Reihenfolge der Zeichen dieſer inneren Ordnung des Urteils angemefſen, nur die ſpezielle Behauptungsfunktion findet darin kein beſonderes Zeichen.

Die ſprachliche Formulierung der Urteile braucht nicht für jedes Urteilsglied ein eigenes Wort zu zeigen. Es können zwei, ja in einigen Sprachen, wie im Lateiniſchen, kann fogar gelegentlich ein Wort genügen, um ein vollſtändiges Urteil zum Ausdruck zu bringen. Ebenſo kann der ſprachliche Ausdruck die gerade Reihenfolge der Glieder des Urteils verändern und den Prädikatsbegriff an die erſte Stelle, den Subjektsbegriff an die dritte Stelle ſetzen. Die logiſche Ordnung der Glieder wird dadurch nicht verändert.

## 2. Die Kopulafunktion.

Indem die Kopula die Prädikatsbestimmtheit auf den Subjektsgegenstand hinbezieht, setzt sie nicht notwendig diese oder jene bestimmte sachliche Beziehung zwischen Subjektsgegenstand und Prädikatsbestimmtheit. Vor allem ist es nicht die Beziehung zwischen dem Gegenstand und seiner Eigenschaft, die jedem Urteile wesentlich wäre. In unserem obigen Beispiel ist freilich das »gelb« zu dem »Schwefel« als seine Eigenschaft hinzugesetzt. In anderen, auf denselben Gegenstand bezüglichen Urteilen dagegen, wie z. B. in dem Urteil: »Schwefel kristallisiert in rhombischen Kristallen« ist dem Subjektsgegenstand nicht eine Eigenschaft im eigentlichen Sinne, sondern ein Verhalten zugeordnet. Das Urteil überhaupt muß daher jede besondere sachliche Beziehung zwischen dem Subjektsgegenstand und der Prädikatsbestimmtheit noch offenlassen. Die Kopula »ist«, in der allgemeinen Formel des Urteils, hat daher in dieser Hinsicht nur die Funktion der Hinbeziehung der Prädikatsbestimmtheit auf den Subjektsgegenstand überhaupt zu vollziehen. Übrigens stehen auch die verschiedenen Eigenschaften eines Gegenstandes durchaus nicht alle in derselben sachlichen Beziehung zu dem Gegenstand, so daß vielmehr jedes Urteil, das eine Eigenschaft prädiziert, auch jedesmal die der Eigenschaft angemessene Beziehung zu dem Gegenstand mitsetzen muß. So steht das spezifische Gewicht in einer anderen sachlichen Beziehung zu dem Schwefel, als die Sprödigkeit, und beide wieder in einer anderen, als die gelbe Farbe. Das Urteil ist eben durchaus nicht gebunden an ein eintöniges Verhältnis von Ding und Eigenschaft, oder von Ding und Tätigkeit, wie es manchmal in der Logik behauptet worden ist. Im sprachlichen Ausdruck der Urteile kommt freilich die besondere Art der in dem Urteil mitgesetzten sachlichen Beziehung zwischen der Prädikatsbestimmtheit und dem Subjektsgegenstand nicht gefondert zum Ausdruck, sondern wird unausgesprochen mitgesetzt. Dies macht uns aber nur erneut auf die Verschiedenheit des sprachlichen Satzes von dem Urteil aufmerksam und hindert nicht, daß man, um ein solches sprachlich ausgedrücktes Urteil voll und ganz zu verstehen, auch die nicht ausgedrückte sachliche Beziehung mitdenken muß.

Die Kopula übt nun nicht nur jene Funktion der Hinbeziehung der Prädikatsbestimmtheit auf den Subjektsgegenstand aus, sondern sie vollzieht zugleich die *Behauptungsfunktion*. Die Eigentümlichkeit dieser zweiten Funktion der Kopula hebt sich deutlich heraus, wenn man das Urteil mit einer entsprechenden *Forderung* vergleicht. In einer Forderung, daß ein Gegenstand ein bestimmt-

beschaffener sein solle, wird ebenfalls die Beschaffenheit auf den Subjektsgegenstand hingeordnet, aber sie wird ihm zugleich aufgezwängt. Die Verriegelung, die zwischen dem Gegenstand und seiner Beschaffenheit vorgenommen wird, ist hier eine *fordernde Verriegelung*. Im Urteil dagegen wird der Anspruch gemacht, in der Hinordnung der Prädikatsbestimmtheit auf den Subjektsgegenstand zusammenzutreffen mit einer Forderung des Gegenstandes selbst. Das Urteil ist eben kein Machtanspruch über den Gegenstand; es ist seinem eigenen Wesen zuwider, dem Subjektsgegenstand irgendeinen Zwang anzutun, ihm irgend etwas zuzuordnen, was er nicht von sich aus fordert. Das Urteil, das zunächst völlig frei ist in der Wahl seines Subjektsgegenstandes, das also von sich aus seinen Gegenstand selbstherrlich bestimmt, will dann doch der sich völlig anschmiegende Interpret des gewählten Gegenstandes sein und sich ihm in jeder Hinsicht unterwerfen. Jede diktatorische Geste, jede leiseste Bedrückung des Gegenstandes durch das Urteil ist eine Sünde wider den Geist des Urteils und verunreinigt das intellektuelle Gewissen. Man muß daher aus dem Sinn des Behauptungsmomentes jeden Anflug von eigenfinniger Entgegensetzung entfernt halten. Jedenfalls ist hier die Behauptung in dem Sinne gemeint, daß sie weder gegen den Gegenstand des Urteils, noch gegen eine gegenüberstehende Person sich eigenwillig entgegensetzt.

Um ein richtiges Verständnis der Ergebnisse zu sichern, welche die vorangehende Analyse des Urteils herausgestellt hat, sei hier noch besonders hervorgehoben, daß in bezug auf das Urteil vier Fragen wesentlich voneinander zu scheiden sind. Die erste Frage lautet: »Was ist das Urteil?« Unsere Antwort darauf ist bis jetzt: Das Urteil ist ein eigenartiges, zusammengefügtes, behauptendes Gedankengebilde. Die zweite Frage lautet: »Woraus besteht das Urteil?« Die Antwort, die wir darauf gegeben haben, belag: Das Urteil besteht aus mindestens drei Begriffen, nämlich dem Subjektsbegriff, dem Prädikatsbegriff und dem doppeltfunktionierenden Kopulabegriff. Als dritte Frage ergibt sich: »Wie baut sich das Urteil auf?« Darauf haben wir soeben ausführlicher die Antwort gegeben. An vierter Stelle ist dann zu fragen: »Was meint und tut das Urteil?« Und die Antwort lautet: Das Urteil meint irgendwelche Gegenstände, die es sich unterwirft und über die es, eine Bestimmtheit hinzusetzend oder abspreizend, in Anschmiegung an das Selbstverhalten der Gegenstände, eine Behauptung vollzieht. Das Urteil besteht nicht aus den Gegenständen, auf die es sich bezieht,

und es bezieht sich nicht auf die Begriffe, aus denen es besteht. Sein Verbinden und Trennen betrifft die Gegenstände, auf die es sich bezieht, und nicht seine eigenen Bestandteile, die Begriffe, aus denen es besteht.

### Drittes Kapitel.

#### Gegenstände, Sachverhalte und Urteile.

##### 1. Das Reich der Gegenstände und das Urteil.

Das Urteil bezieht sich notwendig auf Gegenstände. Es gibt aber keine Kategorie und keine Art von Gegenständen, auf die sich das Urteil nicht beziehen könnte.<sup>1)</sup> Nicht nur Dinge, Stoffe, Personen, sondern auch Zustände, Beschaffenheiten, Vorgänge, Tätigkeiten, und schließlich auch Beziehungen und Verhältnisse können Gegenstände von Urteilen werden. Außerdem ist kein Gegenstandsgebiet irgendwelcher Art prinzipiell der Bezielung durch Urteile verschlossen. Das Gebiet der unbelebten Natur steht dem Urteil ebenso offen wie das Gebiet der belebten Natur, die seelische Welt ebenso wie die soziale und die kulturelle Welt, die übermenschliche und göttliche Welt, ebenso wie alle Gebilde der irrealen und fiktiven Welt. Das Reich der Gegenstände, auf die sich Urteile beziehen können, ist also ein völlig unbeschränktes und im wahren Sinne des Wortes ein unendliches. Nun sind Urteile, die sich auf verschiedene Gegenstände beziehen, an sich schon verschiedene Urteile. So wie die Anzahl der Gegenstände eine unendliche ist, so gibt es also nach diesem Gesichtspunkt schon unendlich viel verschiedene Urteile. Sie lassen sich aber entsprechend der Anzahl von Kategorien und Arten von Gegenständen in eine beschränkte Anzahl von unechten Arten von Urteilen einteilen. Eine solche Einteilung hat jedoch keinen eigentlichen logischen Wert.<sup>2)</sup>

##### 2. Die Einteilung der Urteile nach den gesetzten Sachverhaltsarten.

Eine unendliche Menge von Gegenständen aus allen möglichen Gegenstandsgebieten breitet sich vor den Urteilen aus. Dementsprechend sind schon eine unendliche Menge von Sachverhalten möglich. Nun kann aber jeder einzelne Gegenstand selbst wieder eine un-

1) Vergleiche Seite 144.

2) Vergleiche I. Abschnitt, neuntes Kapitel, Anfang.

beschränkte Menge von Sachverhalten aufweisen, so daß also die Anzahl der möglichen Sachverhalte überhaupt gleichsam eine doppelt unendliche ist. Wie sich aber die Gegenstände trotz ihrer unbefchränkten Anzahl in eine beschränkte Anzahl von Gegenstandsarten aufteilen, so ordnen sich auch die möglichen Sachverhalte trotz ihrer zahllosen Menge in eine beschränkte Anzahl von Sachverhaltsarten.

Die erste Hauptgruppe von Sachverhalten bilden diejenigen, die innerhalb des Subjektsgegenstandes selbst liegen, die zweite Hauptgruppe diejenigen, die über den Subjektsgegenstand hinausreichen bis zu anderen Gegenständen hin. In der ersten Hauptgruppe sind wieder zu unterscheiden:

1. das Verhalten des Subjektsgegenstandes zu seinem eigenen »Was« oder Wesen;
2. das Verhalten des Subjektsgegenstandes zu seinen Bestimmtheiten irgendwelcher Art, von denen die einen das Wesen des Gegenstandes kundgeben, die anderen dagegen mehr oder weniger zufällig dem Gegenstand anhaften;
3. das Verhalten des Subjektsgegenstandes zu seiner Seinsart, zu seinem realen oder ideellen Sein irgendwelcher Art.

In der zweiten Hauptgruppe, den Relationsfachverhalten, unterscheiden sich ganz allgemein:

1. die Vergleichungsfachverhalte, d. h. das Verhalten des Gegenstandes im Vergleich zu irgendwelchen andern Gegenständen;
2. die Zugehörigkeitsfachverhalte, d. h. das Verhalten der Zugehörigkeit des Gegenstandes zu irgendwelchen anderen Gegenständen;
3. die Abhängigkeitsfachverhalte, d. h. das Aufichselbststehen des Gegenstandes oder sein Abhängigsein von irgendwelchen anderen Gegenständen;
4. die intentionalen Sachverhalte, d. h. das Betroffensein des Gegenstandes von irgendwelchen Intentionen irgendwelcher anderen Gegenstände.

In bezug auf jeden Gegenstand können alle diese Arten von Sachverhalten bestehen. Da nun die Urteile ihrem Wesen nach immer Sachverhalte setzen, und da sie ihrem Wesen nach jeden beliebigen Sachverhalt setzen können, so lassen sich die Urteile entsprechend der Art der von ihnen gesetzten Sachverhalte einteilen in zwei Hauptgruppen, von denen die erste drei, die zweite vier Untergruppen aufweist. In der ersten Hauptgruppe ergeben sich dementsprechend:

1. die Bestimmungsurteile, so genannt, weil sie den Subjektsgegenstand durch die Angabe seines »Was« bestimmen. Sie geben Antwort auf die Frage: »Was ist das?« Auf diese Frage wird auf keinen Fall eine Antwort dadurch erteilt, daß man die Bestimmtheiten, die dem Gegenstand zukommen, in noch so großer Anzahl aufzählt. Das zeigen deutlich jene Rätselfragen, die von irgendeinem Gegenstand zunächst eine ganze Reihe von Bestimmtheiten angeben, dann aber zum Schluß die noch unbeantwortete Frage erheben: »Was ist das?« Ebenso gibt der Prüfling in der Prüfung eine ausweichende Antwort, wenn er mit dem Hinweis auf einen vorgezeigten Gegenstand gefragt wird: »Was ist das?«, und nun beginnt, eine Reihe von Eigenschaften und sonstigen Bestimmtheiten des Gegenstandes aufzuzählen. Freilich lassen sich auf die Frage »Was ist das?« meistens noch eine Reihe verschiedener Antworten geben. Ein und derselbe Gegenstand, nach dessen »Was« gefragt wird, ist im gegebenen Falle vielleicht zugleich ein Körperding, ein Lebewesen, ein Tier, ein Raubvogel und ein Adler. Im Fortgange der entsprechenden Bestimmungsurteile wird der Subjektsgegenstand näher und näher bestimmt, indem immer speziellere »Was« angeführt werden. Gewöhnlich geht die Frage auf die möglichst spezielle Bestimmung des Gegenstandes durch die niederste Spezies. Aber alles, was in diesen verschiedenen Bestimmungsurteilen von dem Subjektsgegenstand behauptet wird, wird doch als in ihm liegend gesetzt und zwar eben in der eigentümlichen Einheit mit ihm, in der das »Was«, das Wesen, die »Essentia« eines Gegenstandes zu ihm selbst steht. Die verschiedenen »Was« ruhen dabei in eigenartig ineinandergeschobener Weise in dem Gegenstand. In den Bestimmungsurteilen vollzieht die Kopula demnach nicht nur jene behauptende allgemeine Hinordnung der Prädikatsbestimmtheit auf den Subjektsgegenstand, wie sie in der allgemeinen Formel des Urteils überhaupt durch das Wort »ist« ausgedrückt ist, sondern sie setzt zugleich jene sachliche Einheit, die zwischen dem Gegenstand und seinem »Was« besteht. Die Bestimmungsurteile werden daher nur dann richtig verstanden, wenn in ihrem Vollzug jene eigenartige sachliche Einheit mitgesetzt wird.

2. Die Attributionsurteile unterscheiden sich von den Bestimmungsurteilen gerade wesentlich dadurch, daß in ihnen, entsprechend der verschiedenen Art von Prädikaten, eine wesentlich verschiedene Art von sachlicher Einheit zwischen dem Subjektsgegenstand und der Prädikatsbestimmtheit gesetzt wird. Ein Beispiel für diese attribuierenden Urteile ist jenes oben angeführte Urteil »Schwefel

ist gelb«. Dieses Urteil gibt keineswegs eine Antwort auf die Frage »Was ist das?«, sondern auf die Frage »Wie ist das?«. Es bezieht durch die Kopula »ist« das »gelb« nicht nur behauptend auf den »Schwefel« hin, sondern setzt es mit ihm in die eigentümliche Einheit der Eigenschaft zu dem Körperding. Stehen nun auch die verschiedenen Bestimmtheiten, die einem Gegenstand zukommen können, so z. B. die Größe, die Gestalt, die Härte, die Sprödigkeit usw. nicht alle in genau derselben Einheit mit dem Gegenstand, so ist ihnen doch dies gemeinsam, daß sie in oder an dem Gegenstand sind und zwar in ganz anderer Weise als das »Was« des Gegenstandes in ihm ist. Die Attributionsurteile setzen also durch ihre Kopula, auch wenn sie durch das Wörtchen »ist« ausgedrückt wird, doch eine andere sachliche Einheit in den Sachverhalt, als die Bestimmungsurteile, und bei den verschiedenen Arten von attribuierten Bestimmtheiten die verschiedenen, jeweils angemessenen Einheitsarten zwischen dem Subjektsgegenstand und den Prädikatsbestimmtheiten.

3. Die Seinsurteile geben Antwort auf die Frage nach der Seinsart des Subjektsgegenstandes. Die Existentialurteile, diese besondere Art von Seinsurteilen, geben Anlaß, die oben festgestellte notwendige Dreigliedrigkeit jedes Urteils zu bezweifeln. Auf die Betrachtung dieser Zweifel soll zugleich eingegangen werden. Hier sei nur hervorgehoben, daß mit einem Seinsurteil irgendwelcher Art keinerlei Antwort gegeben ist auf die Frage, was ein Gegenstand sei. Das Sein, die »Existentia« ist kein »Was«, sondern unterscheidet sich wesentlich von jeder »Essentia«. Ebenso geben die Seinsurteile keine Antwort auf die Frage, wie der Gegenstand sei. Denn das Sein irgendwelcher Art ist auch von jeder inhaltlichen Bestimmtheit eines Gegenstandes wesentlich verschieden. Ein hinsichtlich seines »Was« und seines »Wie« bestimmter Gegenstand erfährt keinerlei Bereicherung seines Bestandes, wenn ihm außerdem eine bestimmte Seinsart zuerteilt wird. Indem die Seinsurteile eine besondere Art von Prädikatsbestimmtheit dem Subjektsgegenstand zuordnen, setzen sie zugleich auch eine besondere Art von sachlicher Einheit zwischen dem Gegenstand und seinem Sein.

Die Relationsurteile sollen hier als zweite Hauptgruppe von Urteilen diejenigen Urteile zusammenfassen, die jene oben unterschiedenen vier Arten von Relationsfachverhalten setzen. Es sind also unter den Relationsurteilen nicht etwa solche Urteile zu verstehen, die irgendwelche Relationen zu Subjektsgegenständen haben. Denn in bezug auf Relationen sind sowohl Bestimmungsurteile, als auch Attributionsurteile, Seinsurteile und Rela-

tionsurteile, wie wir sie verstehen, möglich. So ist z. B. das Urteil: »Die Ähnlichkeit ist eine Vergleichungsrelation«, ein Urteil, das eine Relation, nämlich die Ähnlichkeit, zum Subjektsgegenstand hat, und von ihr behauptet, was sie ist. Es charakterisiert sich dieses Urteil also als ein Bestimmungsurteil. Ein auf dieselbe Relation bezogenes Attributionsurteil wäre dagegen das Urteil: »Die Ähnlichkeit hat immer eine bestimmte Größe«. Ein negatives Seinsurteil bezieht sich auf die Ähnlichkeit in der Behauptung: »Die Ähnlichkeit hat kein reales Sein.« Schließlich kann eine Relation auch Gegenstand der hier gemeinten Relationsurteile sein. So etwa in den Urteilen: »Die Ähnlichkeit zwischen rot und orange ist größer als die zwischen rot und gelb«, oder »Die Ähnlichkeit gehört zu den Vergleichungsrelationen, sie ist ein unselbständiger Gegenstand, sie wird in besonderen Akten erkannt«. Aus den angeführten Beispielen ist ersichtlich, wodurch sich die Relationsurteile von den anderen Urteilen unterscheiden. Sie können sich, wie alle Urteile, auf irgendwelche Gegenstände beziehen, aber in dem Sachverhalt, den sie setzen, gehen sie von dem Subjektsgegenstand hinüber zu irgendwelchen anderen Gegenständen und setzen zugleich irgendeine Relation zwischen dem Subjektsgegenstand und jenen anderen Gegenständen. Sie geben demnach Antwort auf die Frage: »Wie verhält sich der Gegenstand in bestimmter Beziehung zu bestimmten anderen Gegenständen?« Die sachliche Beziehung, die in diesen Fällen die Kopula des Urteils mitsetzt, mag in den verschiedenartigen Relationsurteilen je nach der Relationsart sehr verschieden sein, so ist sie doch in allen Fällen verschieden von denjenigen, die in den Bestimmungs-, Attributions- und Seinsurteilen von der Kopula mitvollzogen wird. Nach den vier oben unterschiedenen Arten von Relationsfachverhalten lassen sich also vier verschiedene Arten von Relationsurteilen unterscheiden, nämlich die Vergleichungsurteile, die Zugehörigkeitsurteile, die Abhängigkeitsurteile und die Intentionalurteile.

Die Einteilung der Urteile, die wir hiermit vorgenommen haben, ist jedoch keine rein logische Einteilung. Es sind sachliche Verschiedenheiten innerhalb der von den Urteilen gesetzten Sachverhalte, welche die Grundlage für diese Unterscheidungen abgeben, nicht aber Unterschiede in den Urteilen selbst als behauptenden Gedankengebilden. Weder das Urteil überhaupt, noch die rein logischen Arten des Urteils fordern, daß bestimmte sachliche Beziehungen notwendig in den Sachverhalt hineingelegt werden. Aus der rein logischen Einteilung der Urteile kann man daher nicht, wie Kant es



irrtümlicherweise gemeint hat, bestimmte sachliche Kategorien ableiten. Und das Urteil überhaupt, oder vielmehr die Kopula überhaupt hat noch die volle Wahlfreiheit gegenüber allen möglichen sachlichen Beziehungen, die zwischen dem Subjektsgegenstand und den Prädikatsbestimmtheiten gesetzt werden können. Auf die rein logische Einteilung der Urteile soll erst später eingegangen werden. Hier kehren wir zunächst zurück zu dem allgemeinen Wesen und Aufbau des Urteils überhaupt, um die Bedenken zu prüfen, die aus dem Sinn bestimmter Urteile, nämlich der Existenzialurteile und der sogenannten Impersonalien, gegen die obigen Ergebnisse geltend gemacht werden können.

#### Viertes Kapitel.

### Das Existenzialurteil und die Impersonalien. Eingliedrige Urteile?

#### 1. Die Existenzialurteile

sind, wie schon oben bemerkt wurde, eine besondere Gruppe von Seinsurteilen. Sie behaupten das reale Sein eines Gegenstandes und geben Antwort auf die Frage, ob ein bestimmter angegebener Gegenstand existiert oder nicht. Sie werden sprachlich in Sätzen von der Form: »S existiert, ist real, ist wirklich«, zum Ausdruck gebracht. Es verdient nun zunächst besonders beachtet zu werden, daß derartige Sätze von jedem Menschen, der die betreffende Sprache beherrscht, sogleich und mühelos verstanden werden, daß kaum jemals ein Mißverstehen solcher Sätze im täglichen Leben vorkommt. Wenn daher nach dem Sinn solcher Sätze gefragt wird, so wird damit nicht gefordert, etwas bis dahin Unbekanntes überhaupt erst zu erkennen, sondern nur, den allbekannten Sinn solcher Sätze genauer zu bestimmen und vor naheliegenden Verwechslungen zu schützen. So gewiß indessen jeder weiß, was existieren oder realsein bedeutet, so gewiß ist auch, daß die meisten Menschen bei dem Versuch, genauer die Bedeutung dieser Wörter anzugeben, völlig in die Irre gehen.

Zur Präzisierung der uns jetzt zunächst beschäftigenden Frage sei noch ausdrücklich hervorgehoben, daß das Problem, mit welchem Recht wir in einem gegebenen Falle von einem bestimmten Gegenstand behaupten, daß er real sei, und ob wir überhaupt von irgend-einem Gegenstand derartiges behaupten dürfen, hier völlig außer Betracht zu bleiben hat. Ebenso lassen wir hier ganz dahingestellt, auf welchem Wege es dem Menschen möglich ist, über die Realität

irgendeines Gegenstandes volle Gewißheit zu gewinnen. Wir stellen hier weder die erkenntnistheoretische Rechtsfrage, noch die Herkunftsfrage, sondern ausschließlich die *Sinn-* oder Bedeutungsfrage. Diese Frage muß nämlich zuerst einigermaßen beantwortet werden, ehe man an die Lösung der Rechts- und der Herkunftsfrage herangeht. Man muß erst genau wissen, wessen Recht oder Herkunft man erforschen will, ehe man mit Aussicht auf Erfolg diese Erforschung vornehmen kann. Wir fragen also vorerst, was ist eigentlich gemeint, wenn von einem Gegenstand behauptet wird, er sei »real«, er »existiere«? Welches Prädikat wird dem Gegenstande damit zuerteilt?

Man kann nun zunächst sicher feststellen, daß damit von dem Gegenstand gar nicht ausgesagt wird, was für ein Gegenstand er ist. Das »Was« des Gegenstandes kann vielmehr schon völlig klar sein, und trotzdem über seine Realität noch gänzliche Unsicherheit bestehen. Es wird auch dem Gegenstand durch derartige Urteile keine besondere »Wie«-Bestimmtheit beigelegt. Vielmehr als ein Gegenstand bestimmter Art und von genügend erkannten Bestimmtheiten untersteht er noch der Frage nach seiner Realität.

Aber vielleicht glaubt man doch eine besondere Art von Bestimmtheit mit der Realität von dem Gegenstande auszusagen. Realität, so kann man meinen, sei nichts, was dem Gegenstand für sich allein zukomme, oder was man an oder in ihm selbst antreffen könne, sondern etwas, das dem Gegenstand nur in Beziehung zu etwas anderem anhafte. Realität sei also eine *Relationsbestimmtheit*. Entsprechend der Mannigfaltigkeit von Relationen, in denen ein Gegenstand zu anderen Gegenständen stehen kann, sind dann noch mehrere verschiedene Ausdeutungen des Existenzialurteils möglich, die im folgenden kurz betrachtet werden sollen.

Wenn es sich um die Existenz materieller, im realem Raum befindlicher Objekte handelt, so liegt der Gedanke nahe, die Bedeutung eines auf einen solchen Gegenstand bezogenen Existenzialurteils in der Behauptung zu sehen, der Gegenstand sei an einem bestimmten Ort in bestimmten räumlichen Relationen zu bestimmten anderen Gegenständen. Nun ist nicht zu leugnen, daß z. B. mit dem Urteil: »Die Peterskirche existiert« meistens die Setzung der Peterskirche an einen bestimmten Ort der Erdoberfläche und in bestimmte räumliche Relationen zu bestimmten anderen Objekten verbunden ist. Aber es fragt sich doch, ob dies ein bloßer Zusatz zu dem Existenzialgedanken oder ob es der Existenzialgedanke selbst ist. Gegen die letztere Möglichkeit ist nun zunächst zu bemerken, daß es Existenzialurteile mit gleicher Existenzbedeutung gibt, die sich gar nicht auf

räumliche Objekte im Raum, sondern z. B. auf psychische Gegenstände, wie den Willen, beziehen, bei denen also von jener Setzung an einen Ort und in bestimmte räumliche Relationen zu anderen materiellen Gegenständen keine Rede sein kann. Außerdem ist auch bei den materiellen Objekten die Existenzsetzung das Primäre, die Setzung an einen Ort und in bestimmte räumliche Relationen das Sekundäre. Denn sachlich setzt das Sein an einem Ort und das Stehen in räumlichen Relationen die Existenz des materiellen Körpers voraus. Außerdem wäre natürlich der Ort als ein Ort im realen, nicht im bloß gedachten Raum, und die räumlichen Relationen als solche zu anderen realen, nicht zu bloß gedachten, Objekten zu verstehen. Denn ein Objekt läßt sich ja auch in einen gedachten Raum in gedachte Relationen zu bloß gedachten anderen Objekten setzen. In jener vermeintlichen Ausdeutung des Existenzialurteils sind also an zwei Stellen unentfaltete und unausgedeutete Existenzialsetzungen enthalten, und die Frage nach dem Sinn des Existenzialurteils wird damit nur ins Dunkle zurückgeschoben.

Erkennt man, daß Existenzialurteile sich auch auf unräumliche Gegenstände beziehen können, so liegt es nahe, statt der räumlichen die zeitlichen Relationen für die Existenzialbedeutung heranzuziehen und zu meinen, nichts anderes als die Behauptung, ein Gegenstand sei gleichzeitig mit, und zeitlich vor und zeitlich nach bestimmten anderen Gegenständen, dies sei der Sinn des Existenzialurteils. Doch auch diese Deutung wäre eine unberechtigte Umdeutung. Das Wann setzt ebenso wie das Wo die Existenz schon voraus. Und wiederum wäre in der Voraussetzung, daß die anderen Gegenstände existierende sind, die Frage nach der Existenz einfach auf die anderen Gegenstände ungedeutet verschoben.

Einen größeren Schein von Richtigkeit, als die beiden vorangehenden Erklärungen, hat die Meinung, das Existenzialurteil behaupte von dem Gegenstand, auf den es sich bezieht, nichts anderes, als daß er auf andere wirke. Zur Stützung dieser Meinung weist man meistens auf die sprachliche Zusammengehörigkeit des deutschen Wortes »wirklich« mit dem Worte »Wirken« hin. Das Wirkliche sei eben das Wirkende, existieren als wirklichsein heiße eben nichts anderes, als wirkendsein. Psychologische Erfahrungen scheinen diese Meinung weiter zu bestätigen. Bei manchen Menschen tritt, wenn sie in dieser Welt nicht wirken, eine solche Entleerung ihres empirisch-zeitlichen Selbstgefühles ein, daß sie den Eindruck haben, als existierten sie nicht voll und ganz, als würde ihre Existenz sich auflösen, wenn sie nicht bald zu neuem Wirken in dieser Welt übergingen.

Von da aus scheint ihnen dann auch jeder andere Gegenstand notwendig seine Existenz verlieren zu müssen, wenn man ihn in Gedanken jeder Wirkung in dieser empirischen Welt beraubt.

Aber trotz allen überredenden Scheins ist auch diese Meinung eine irrige. Die Verwandtschaft der Wörter »wirklich« und »wirken« beweist ja nichts. Das, was im schlichten Existenzialurteil dem Subjektsgegenstand zugeordnet wird, ist nicht etwas, was über den Gegenstand hinausgeht und, wie das Wirken, zu anderen Gegenständen hinüberginge, sondern etwas, das ganz und gar in dem Gegenstand selbst beschlossen bleibt. Es sind daher wesentlich verschiedene Sachverhalte, die durch das Existenzialurteil und durch das Wirkensurteil gesetzt werden. Die beiden Urteile haben deshalb auch einen verschiedenen Sinn.

Diese Sinnverschiedenheit tritt deutlich hervor, wenn man sich die verschiedenen Fragen vergegenwärtigt, auf welche die beiden Urteile die angemessene Antwort geben. Auf die Frage, ob die Peterskirche existiere, gibt wohl das entsprechende Existenzialurteil, nicht aber die Erklärung, daß sie wirke, eine angemessene Antwort. Und auf die Frage, ob die Peterskirche auf andere Gegenstände wirke, wird gar nicht geantwortet durch die Behauptung, daß sie existiere. Nur wenn man stillschweigend voraussetzt, daß ein Gegenstand, der existiere, in folge seiner Existenz unter anderen existierenden Gegenständen auch wirken müsse, kann man eine indirekte Antwort auf jene Frage in dem Existenzialurteil finden. In dieser Voraussetzung aber ist, und zwar mit Recht, unterschieden zwischen der Existenz und dem Wirken des Gegenstandes, und die Existenz als das Primäre betrachtet, das dem Gegenstand zuerst einmal zukommen müsse, wenn das Sekundäre, nämlich sein Wirken, möglich sein solle.

Auf jeden Fall ist der Gedanke, daß ein Gegenstand zwar existiere, aber gar keine Wirkung auf irgendwelche anderen Gegenstände ausübe, kein in sich widersprechender Gedanke, was er aber sein müßte, wenn sein Existieren mit seinem Wirken identisch wäre. Da, wo man die Existenz eines Gegenstandes direkt feststellen kann, wird man daher auch nicht erst seine Wirkungen auf andere Gegenstände untersuchen. Und wenn man dann, nach Feststellung seiner Existenz, zur Untersuchung seiner Wirkungen überginge, und keinerlei Wirkungen aufzufinden vermöchte, so würde damit die erste Feststellung seiner Existenz nicht wieder aufgehoben. Vielmehr verträgt sich die Wahrheit des Existenzialurteils sehr wohl mit der Falschheit des Wirkensurteils; der beste Beweis dafür, daß die beiden Urteile sinnverschieden sind. Und soviel ist klar, wenn überhaupt das Exi-

ftieren ein Wirken ist, so ist es jedenfalls kein transeuntes, auf andere Gegenstände hinübergehendes, sondern ein immanentes, bei demselben Gegenstand verbleibendes Wirken.

Verfagen die räumlichen, die zeitlichen und die kausalen Beziehungen, um den Existenzialgedanken aufzuhellen, so bleiben noch die verschiedenen intentionalen Beziehungen als Zuflucht für die Bestrebung übrig, die Existenz auf etwas anderes »zurückzuführen«. Diese hat man denn auch ausgiebig benutzt. Hierher gehört schon jene alte, von G. Berkeley stammende Erklärung, die sich in die Gleichung zusammenfaßt: »Esse-Percipi«. Genauer gesagt, soll hiernach die Behauptung, die im Existenzialurteil vorliegt, nichts anderes bedeuten, als die Feststellung, der Gegenstand, auf den sich das Urteil bezieht, sei wahrgenommen. Der Ursprung dieser Meinung liegt offenbar in denjenigen Fällen, in denen man den Gegenstand, um dessen Existenz es sich handelt, zufällig gerade wahrnimmt und durch die Wahrnehmung als existierend erkennt. Vergeblich an dem Gegenstand selbst suchend, was man denn da eigentlich von ihm erkennt, und in unklarem Innesein der Bedeutung, die der Wahrnehmung für die Existenzialerkenntnis zukommt, findet man dies Wahrgenommenwerden als das einzig sichere, das jetzt mit dem Gegenstand in fester Beziehung steht. Aber man vergißt nun, die so entstandene Meinung auf ihre Wahrheit hin zu kontrollieren. Denn sobald man dies tut, ergibt sich mit voller Deutlichkeit, daß man einem naheliegenden Irrtum verfallen war. Es war doch wohl nicht sinnlos und nicht in sich widerspruchsvoll gewesen, wenn man vor dieser Untersuchung auch denjenigen Gegenständen die Existenz zuschrieb, die man gerade nicht wahrnahm und die vielleicht weder jetzt, noch zu irgendeiner anderen Zeit von irgendeinem Menschen wahrgenommen waren. Und man hatte doch auch Fälle erlebt, in denen man irgendwelche Gegenstände, z. B. eigenartige Flammengebilde beim Druck auf das Auge, sicher wahrnahm und ihre Wahrnehmung auch konstatierte, und es trotzdem nicht widerspruchsvoll fand, zu behaupten, daß diese Gegenstände nicht existieren, obgleich sie wahrgenommen seien. Und sollte die Sprache wirklich so launisch sein, statt in den Existenzialfällen schlicht und recht vom »Wahrgenommenwerden« zu sprechen, hartnäckig die schwer zu deutenden Wörter »existieren«, »realsein« und »wirklichsein« zu gebrauchen, die doch etwas ganz anderes zu bezeichnen scheinen. Orientiert man sich dann an den Sachverhalten, die durch die beiden Urteile entworfen werden, so sieht man im einen Fall, beim Existenzialurteil, den einsamen Gegenstand, auf den es sich bezieht, und

sein aus ihm quellendes, aber auch bei ihm bleibendes Existieren; im anderen Falle, beim Wahrnehmungsurteil, denselben Gegenstand umfaßt von dem Wahrnehmen irgendeines feelischen Subjekts. Die beiden Urteile, als die Entwerfer so verschiedener Sachverhalte, müssen doch wohl sinnverschiedene Urteile sein. Oder man versuche, mit beiden Urteilen ununterschieden dieselbe Antwort auf dieselben Fragen zu geben. Wird gefragt, ob die Peterskirche existiert, so antworte man, »sie wird wahrgenommen«. Vielleicht schon stützig gemacht durch die Inadäquatheit dieser Antwort, versuche man noch auf die Frage, ob die Peterskirche wahrgenommen werde, die deplazierte Antwort zu geben, daß sie existiere, und man wird erkennen, daß jede der Antworten nur je einer der beiden Fragen angemessen ist, und daß also die beiden Urteile notwendig bedeutungsverschieden sind.

Sogleich jedoch blüht eine Möglichkeit auf, die Behauptung durch eine kleine Umänderung zu retten. Nicht, daß der Gegenstand wirklich wahrgenommen werde, sondern nur, daß er *wahrnehmbar* sei, behaupte von ihm das Existenzialurteil. Gewiß erledigt man hierdurch einige der Bedenken, die sich gegen die vorangehende Bestimmung erhoben. Aber doch nicht alle. Versteht man die Wahrnehmbarkeit in tatsächlichem Sinne, so bleibt bestehen, daß es nicht in sich widersprechend ist, von einem Gegenstand die Existenz zu behaupten und zugleich zu leugnen, daß er für Menschen wahrnehmbar sei. Prinzipiell freilich wird wohl zu jeder Existenz die Wahrnehmbarkeit hinzugehören. Aber deshalb ist doch die Existenz mit der Wahrnehmbarkeit nicht identisch. Denn man erinnere sich, daß auch die eigentümlichen Flammengebilde, die man durch Druck auf das Auge sichtbar macht, jederzeit wahrnehmbar sind, aber trotzdem im eigentlichen Sinne nicht existieren. So ist überhaupt die Behauptung, daß etwas wahrnehmbar sei, noch lange nicht die Behauptung, daß es existiere. Man kann, ohne sich zu widersprechen, die Wahrnehmbarkeit eines Gegenstandes anerkennen und doch zugleich seine Existenz leugnen. Daher erfährt auch die Frage, ob ein Gegenstand existiere, ebensowenig eine Beantwortung durch die Erklärung, er sei wahrnehmbar, als die Frage, ob ein Gegenstand wahrnehmbar sei, dadurch angemessen beantwortet wird, daß man versichert, er existiere. So wird man sich denn notgedrungen zur Verschiedenheit der beiden Urteile bekennen müssen. Die Existenz ist nicht die Wahrnehmbarkeit. Und sie ist in manchen Fällen nur die *hinreichende*, aber nicht in allen Fällen die *notwendige* Bedingung der Wahrnehmbarkeit.

Ist man einmal darauf verfallen, die Existenz in einer intentionalen Relation zu suchen, so bleibt man leicht hartnäckig in dieser Suchrichtung und greift dann, wenn man mit der Wahrnehmung keinen Erfolg hat, gern erst noch zu bestimmten anderen seelischen Regungen, ehe man dieses Gebiet verläßt. So wird man vielleicht versucht, zunächst die alte »kataleptische Vorstellung« der Stoiker in neuem Gewande wieder vorzuführen und zu erklären, das Existenzialurteil behaupte von dem Gegenstand, daß er notwendig gedacht werden müsse. Meinen nun kann man dies allerdings einmal mit einem Existenzialsatz, wie man ja mit jedem Satz verschiedene Meinungen verbinden kann. Es gibt aber eine Bedeutung des Existenzialsatzes, die anders ist, die gewöhnlich mit ihm verbunden wird und für die er auch sprachlich der angemessene Ausdruck ist. Man stelle die Frage, ob die Peterskirche existiert, und achte auf den Sinn der Antwort: »sie muß notwendig gedacht werden«, so wird man diese Antwort nicht nur als eine theoretisch verschrobene, sondern als eine völlig fehlgehende erkennen, die gar nicht das beantwortet, was man gefragt hat. Sie setzt die Peterskirche in eine Notwendigkeitsbeziehung zu einem Denken, während das Existenzialurteil, das die adäquate Antwort darstellen würde, seinen Gegenstand ohne alle Relation zu einem Denken läßt und ihm für sich seine Existenz zuschreibt. Die Existenz ist auch hier nicht die Denknötwendigkeit selbst, noch ist sie in allen Fällen die notwendige Voraussetzung derselben. Nur wenn der Gegenstand existiert, dann muß man allerdings, wenn man alles Existierende denken will, auch ihn als existierend und nicht bloß überhaupt denken.

Es läßt sich von hier aus übersehen, daß alle die anderen noch möglichen Ausdeutungen des Existenzialurteils, die den Gegenstand, statt zu der Wahrnehmung und dem Denken, etwa zu dem Bewußtsein oder zu dem Willen in Beziehung setzen, ebenso unberechtigte Umdeutungen sind, wie die vorhergehenden. Auch wenn man die eigenartige Relation der Unabhängigkeit herbeizieht, wird der Existenzgedanke nicht getroffen. Das Existenzialurteil in seinem schlichten Sinn besagt nicht, daß sein Gegenstand unabhängig vom Bewußtsein oder vom Willen sei. Diese beiden Urteile setzen andere Sachverhalte, und sie geben auf andere Fragen angemessene Antwort als das Existenzialurteil es tut. Das Existenzialurteil kann außerdem wahr sein, und zugleich können die Behauptungen, der Gegenstand dieses Urteils sei unabhängig vom Bewußtsein oder vom Willen, beide falsch sein, wie es z. B. bei demjenigen Existenzialurteil der Fall ist, das die Existenz einer Vor-

stellung behauptet. Zwei Urteile können aber nicht bedeutungsidentisch sein, wenn das eine von ihnen wahr und zugleich das andere falsch sein kann.

Schließlich könnte man noch auf den Versuch verfallen, nicht die seelischen Erlebnisse, sondern die ideelle Welt der Gedanken selbst als den zweiten Beziehungspunkt derjenigen intentionalen Relationen herbeizuziehen, die man für den Sinn des Existenzialurteils gebrauchen könnte. Setzt nicht das Existenzialurteil tatsächlich seinen Gegenstand zu den Gedanken so in eine Beziehung, daß es von ihm behauptet, er sei unabhängig von den Gedanken? Sind nicht die Gegenstände, die nicht existieren, gerade diejenigen, die nur als intentionale Gegenstücke der sie entwerfenden Gedanken ein Sein haben? Und will die Frage, ob ein bestimmter Gegenstand existiere, nicht einfach wissen, ob der Gegenstand unabhängig von dem ihn meinenden Gedanken sei? Jedenfalls hat diese Meinung eine große Wahrscheinlichkeit. Um so wichtiger ist es, auch hier zu erkennen, daß die Existenz nicht identisch ist mit der Unabhängigkeit von den Gedanken, und daß das schlichte Existenzialurteil eine Umdeutung erfährt, wenn sein Sinn in die Behauptung gelegt wird, sein Gegenstand sei unabhängig von den Gedanken.

Zunächst ist wieder zu beachten, daß das Existenzialurteil einen anderen Sachverhalt entwirft, als das mit ihm identifizierte Urteil. Es bleibt bei seinem Gegenstand und dem, was ihm für sich zukommt. Das andere Urteil aber geht über diesen Gegenstand hinaus und setzt ihn in die Unabhängigkeitsrelation zu den Gedanken. Und die Frage, ob ein Gegenstand existiere, wird doch nicht völlig angemessen beantwortet durch die Behauptung, er sei unabhängig von den Gedanken. Man kann mit Recht erklären, daß man dieses nicht wissen wollte, und daß es wohl Gegenstände gebe, die, wie der Kreis, in gewissem Sinne zwar unabhängig von den Gedanken seien und doch nicht in eigentlichem Sinne existieren. Indem man nun darauf aufmerksam wird, daß die Unabhängigkeit von den Gedanken die sekundäre, negative Folge der Existenz ist, ähnlich wie die Unabhängigkeit des Willens nur die sekundäre, negative Seite seiner Freiheit ist, so erkennt man zugleich die Verschiedenheit der Existenz von der Gedankenunabhängigkeit und zugleich den Grund, warum ihre Identifizierung so nahe liegt und warum die Ausdeutung des Existenzialurteils in diesem Sinne so leicht richtig erscheint.

Nichts könnte nun denjenigen, die behaupten, das Existenzialurteil sei ein prädikatloses Urteil und es bilde deshalb einen



entscheidenden Einwand gegen die obige allgemeine Bestimmung des Urteils, willkommener sein, als das negative Resultat unserer bisherigen Untersuchungen über den Sinn des Existenzialurteils. Haben wir doch weder an dem Gegenstand selbst, auf den sich das Existenzialurteil bezieht, irgend etwas, ein »Was« oder eine ihm für sich anhaftende Bestimmtheit, noch unter seinen Beziehungen zu irgendwelchen anderen Gegenständen irgend etwas gefunden, was wir mit Recht als seine Existenz, seine Realität, seine Wirklichkeit in Anspruch nehmen könnten. Zeigt sich darin nicht, daß die vermeintliche Prädikatsbestimmtheit, die im Existenzialurteil vermeintlich durch einen Prädikatsbegriff dem Gegenstand zugeordnet wird, ein Phantom ist, das jedem ernsthaften Versuch, es zu erfassen, restlos entzwindet? Ist damit nicht erwiesen, daß es keine solche Prädikatsbestimmtheit gibt, und daß deshalb das Existenzialurteil wirklich keinen Prädikatsbegriff enthält, daß also die Urteile überhaupt nicht notwendig einen Prädikatsbegriff zu haben brauchen, da das Existenzialurteil doch immerhin ein Urteil ist? Indessen, diese Folgerung wäre sehr voreilig.

Zuerst, wenn man etwas, das man sucht, nicht findet, so folgt daraus noch nicht, daß es das Gesuchte nicht gebe. Sucht man am falschen Ort, so kann man das Gesuchte natürlich nicht finden. Existenz ist eben kein »Was«, kein »Wie« und keine Relationsbestimmtheit irgendwelcher Art, folglich kann man sie unter diesen auch notwendig nicht auffinden. Doch sehen wir uns zunächst einmal die vermeintlich prädikatlosen Existenzialurteile genauer an.

Es wäre zu gedankenlos, von der allgemeinen Formel des Urteils »S ist P« auszugehen und aus ihr das Existenzialurteil als prädikatloses Urteil einfach dadurch abzuleiten, daß man das »P« wegläßt und den Rest »S ist« als Formel des Existenzialurteils nimmt. Denn was man durch jene Weglassung des »P« in Wahrheit gewinnt, ist überhaupt kein Urteil mehr, sondern ein Urteilsbruchstück. Wenigstens solange man die Bedeutungen des »S« und des »ist« in der allgemeinen Formel des Urteils un geändert läßt. »S« steht nämlich darin für den Subjektsbegriff, der den Subjektsgegenstand meint und ihn dem Urteil unterwirft. »Ist« steht für den Kopulabegriff mit seiner Doppelfunktion, eine Prädikatsbestimmtheit auf den Subjektsgegenstand hinzubeziehen und die abliegende Behauptung zu vollziehen. Dieses *kopulative* »ist« meint gar nichts von Existenz oder Realität. Und es fordert unbedingt eine Ergänzung durch einen Prädikatsbegriff. In jener um das »P« verkürzten Formel muß, wenn sie wirklich das Existenzialurteil repräsentieren

soll, das kopulative »ist« notwendig noch das existenziale »ist« in sich aufnehmen, wodurch aber nun der zuerst weggelassene Prädikatsbegriff heimlich und versteckt wieder in die Formel eingeführt wird. Nicht auf das Wort »ist« kommt es ja an, sondern darauf, was es im einen und im anderen Falle bedeutet. Im allgemeinen Ausdruck des Urteils umfaßt es aber nur die Kopula, in der reduzierten Formel dagegen schließt es außer der Kopula auch den Prädikatsbegriff in sich.

Geben wir jedoch dem »ist« in der Formel »S ist« nicht diese umfassende Bedeutung, nehmen wir nicht heimlich einen neuen Prädikatsbegriff darin auf, und lassen wir zugleich, da nun der Prädikatsbegriff fehlt, die erste Kopulafunktion, nämlich die Hinbeziehungsfunktion, fort, da sie ja ohne Prädikatsbegriff nicht haltbar ist, so bleibt als der einzige Begriffsrest, für den das »ist« steht, nur die Kopula in ihrer zweiten Funktion, nämlich in der Behauptungsfunktion übrig. Das Gedankengebilde, das also dann der Formel »S ist« entspricht, bestände aus dem Subjektsbegriff »S«, der einen Gegenstand meint und ihn dem Urteil unterwirft, und der Behauptungsfunktion der Kopula, die nun auf nichts weiter als auf den einfamen Gegenstand »S« trifft. Diese Behauptungsfunktion ist eine rein gedankliche Funktion, sie meint nichts Gegenständliches und sie setzt auch nicht dem Subjektsgegenstand irgend etwas zu. Der Sinn dieses Gedankengebildes bestände also darin, den Subjektsgegenstand mit der Behauptung zu treffen, ihn zu behaupten. Das ist aber kein vollständiger Sinn, denn ein Gegenstand für sich allein läßt sich nicht behaupten. Auf jeden Fall aber ist dies Gedankengebilde kein Existenzialurteil, denn in dem letzteren wird nicht ein Gegenstand bloß behauptet, sondern auch etwas über ihn behauptet, nämlich eben dies, daß er existiert. Dies wird sofort deutlich, wenn man das Existenzialurteil mit der Existenzialfrage vergleicht. Denn in der positiven Existenzialfrage »Existiert S?« wird das »Existieren« schon auf den Subjektsgegenstand positiv hinbezogen, aber zugleich diese Zuefügung noch fraglich gelassen, während dann im antwortenden positiven Existenzialurteil über dieselbe Zuefügung das Behauptungsgepräge gelegt wird. Die Behauptungsfunktion setzt hier, wie überall, ihrem Wesen gemäß die, positiv oder negativ schon entschiedene, Hinbeziehung einer Prädikatsbestimmtheit auf den Subjektsgegenstand voraus.

Die Frage nun, was denn im Existenzialurteil von seinem Subjektsgegenstand behauptet werde, was also die Existenz, die Realität, die Wirklichkeit des Gegenstandes sei, ist nicht eigentlich von der

Logik zu lösen, sondern eine Aufgabe der Ontologie. Hier mag nur so viel gesagt werden, daß das, was man im Existenzialurteil mit der Existenz meint, ein eigenartiges Verhalten des Gegenstandes zu sich selbst ist, in welchem er sich selbst setzt, oder kraft dessen er aus sich seinen Bestand und Halt hat. Wenn die Existenz auch weder ein »Was«, noch irgendeine Wiebestimmtheit, noch irgendeine Relationsbestimmtheit des Gegenstandes ist, so ist sie deshalb doch noch lange nicht Nichts. Jeder kennt sie, und wenn sie sich dem analysierenden Zugriff so leicht völlig entzieht, so hat man deshalb noch kein Recht, sie gänzlich zu verleugnen. Die Existenz ist eine Prädikatsbestimmtheit *sui generis*, die man weder leugnen, noch mit irgendeiner anderen Bestimmtheit von Gegenständen identifizieren darf. Das Existenzialurteil nun bezieht diese eigenartige Prädikatsbestimmtheit hin auf seinen Subjektsgegenstand durch die primäre Kopulafunktion und vollzieht über dieser Hinbeziehung die sekundäre, die Behauptungsfunktion. Zugleich wird aber die eigenartige Sachverhaltseinheit, die zwischen einem Gegenstand und seiner Existenz besteht, durch die Hinbeziehungsfunktion im Existenzialurteil mitgesetzt. Zum vollen Verständnis eines Existenzialurteils gehört also notwendig die Mitsetzung der eigenartigen Beziehung, die der gemeinte Gegenstand zu seiner Existenz hat.

Das Existenzialurteil unterscheidet sich also als Urteil gar nicht von irgendwelchen anderen Urteilen. Es enthält dieselbe Anzahl von notwendigen Gliedern, nämlich einen Subjektsbegriff, einen Prädikatsbegriff und einen Kopulabegriff mit doppelter Funktion, der Hinbeziehungs- und der Behauptungsfunktion. Und diese Glieder sind in ihm in derselben Weise zu einem Ganzen aufgebaut, wie in den anderen Urteilen. Es differenziert sich ebenso wie die anderen Urteile nach der Qualität, Modalität, Relation und Quantität. Es unterscheidet sich von den anderen Urteilen nur durch seinen besonderen Inhalt, der es rechtfertigt, das Existenzialurteil mit den Seinsurteilen überhaupt von den Bestimmungsurteilen, den Attributionsurteilen und den Relationsurteilen als eine besondere Gruppe zu unterscheiden, wie wir es oben getan haben.

Es sei zum Schluß nur noch darauf hingewiesen, daß das Existenzieren eines Gegenstandes und das Bestehen eines Sachverhaltes trotz aller Verschiedenheit doch auch einen gewissen gemeinsamen Charakter haben, der es verständlich macht, daß gewisse Logiker, wie z. B. Franz Brentano, alle Urteile als Existenzialurteile, und die Existenzialurteile als eingliedrige Urteile aufgefaßt

haben. So wie nämlich der Existenzialgedanke das »Aus-sich-bestehen« des Gegenstandes meint, so setzt die Behauptungsfunktion im Urteil das »Aus-sich-bestehen« des Sachverhaltes. Da nun in jedem Urteil durch die ihm inwohnende Behauptungsfunktion der entworfenen Sachverhalt als ein »aus-sich-bestehender« abgesetzt wird, so kann man in jedem Urteil eine der Existenzialmeinung analoge Setzung feststellen und daraufhin alle Urteile als Existenzialurteile betrachten. Andererseits ist die Behauptungsfunktion des Urteils von der primären Kopulafunktion, nämlich der Hinbeziehungsfunktion verschieden und greift nicht, wie diese, vom Subjektsgegenstand zu der Prädikatsbestimmtheit hinüber. Sie ist also nur einschenkelig. Faßt man nun von hier aus gesehen das Existenzialurteil bloß als die Setzung des »Aus-sich-bestehens eines Gegenstandes« auf, so scheint es in der Tat bloß aus dem Subjektsbegriff und der Behauptungsfunktion zu bestehen und das elementare Urbild aller Urteile darzustellen. Aber dabei läuft ein wesentlicher Irrtum mit unter. Die Behauptungsfunktion im Urteil meint nicht das »Aus-sich-bestehen« des Sachverhaltes, sondern setzt es nur, und das Existenzialurteil behauptet nicht nur, setzt nicht nur das »Aus-sich-bestehen« des Sachverhaltes, sondern meint außer dem Subjektsgegenstand auch noch das »existieren« als Prädikatsbestimmtheit und vollzieht erst, nachdem diese auf den Subjektsgegenstand hinbezogen ist, die absetzende Behauptung. Die hier nötige Unterscheidung zwischen meinenten und setzenden Begriffen wird später in der Begriffslehre gegeben werden.

## 2. Die sogenannten Imperfonalien oder subjektlosen Sätze.

Unter den Imperfonalien oder subjektlosen Sätzen versteht man sprachliche Aussage- oder Behauptungssätze, die an der Stelle des Subjektwortes das Wörtchen »Es« enthalten. Beispiele solcher Imperfonalien sind die Sätze »Es ist kalt« und »Es regnet«.

Man unterscheidet nun weiter die echten von den unechten Imperfonalien. Unechte Imperfonalien sind solche sprachlichen Aussage- oder Behauptungssätze, in denen zwar die Stelle des Subjektwortes durch das Wort »Es« eingenommen wird, in denen aber durch die folgenden Wörter nachträglich noch das eigentliche Subjektwort beigebracht wird, das dann in Gedanken an die Stelle des »Es« zu setzen ist. Ein Beispiel dieser unechten Imperfonalien ist der Satz: »Es ritten drei Ritter zum Tore hinaus«, in welchem eben die Wörter »drei Ritter« die eigentlichen Subjektswörter sind, deren

Stelle im Satz nur vorläufig durch das Wort »Es« befügt ist. Echte Imperfonalien dagegen sollen solche Sätze sein, in denen nur das Wort »Es« als Subjektswort vorkommt und nicht nachträglich noch andere Wörter beigebracht werden, die das »Es« als Subjektswort zu ersetzen hätten. Beispiele solcher echten Imperfonalien sind die obigen Sätze: »Es ist kalt« und »Es regnet«.

Als sprachliche Sätze sind jedoch diese echten Imperfonalien durchaus nicht subjektlos. Denn sie sind sprachlich vollständige Sätze; sie enthalten auch ein Subjektswort, nämlich das Wort »Es«. Ihre Besonderheit kann also nur in ihrem Sinn, nicht in ihrer sprachlichen Form liegen.

Der Sinn solcher echten Imperfonalien, wie »Es ist kalt« und »Es regnet«, scheint nun zunächst keinerlei Schwierigkeiten darzubieten. Jedermann versteht solche Sätze leicht und sicher. Es ist auch leicht zu erkennen, daß diese Sätze zweifellos wirkliche Urteile zum Ausdruck bringen. Der Satz »Es ist kalt« behauptet durch seinen Sinn wirklich etwas, nämlich daß es kalt sei; der Satz »Es regnet« behauptet, daß es regne. Man kann mit Recht fragen, ob das auch wahr sei, was da behauptet wird. Es liegen also sicher Urteile in den Bedeutungen dieser Sätze vor. Trotzdem begegnet der Versuch, den Sinn dieser Sätze genauer anzugeben, besonderen Schwierigkeiten, die darin gründen, daß man zunächst vergeblich diejenige Bedeutung des Wortes »Es« aufzufinden sucht, die auf den Subjektsgegenstand des ausgedrückten Urteils hinweist. Das Wort »Es« scheint in diesen Sätzen keinen spezifischen Sinn zu haben, also gar nicht mit einem Subjektsbegriff verbunden zu sein. Die Urteile, die sicher in den obigen Sätzen zum Ausdruck gebracht werden, scheinen daher keinen Subjektsbegriff zu enthalten. Danach scheint es Urteile zu geben, in denen der Subjektsbegriff fehlt, in denen also nur die Kopula und der Prädikatsbegriff vorhanden sind. Unsere obige Bestimmung über das allgemeine Wesen des Urteils scheint demnach notwendig der Korrektur zu bedürfen. Ob nun dieser Schein ein trügerischer ist oder nicht, darüber wird allein eine genauere Analyse des Sinnes solcher echten Imperfonalien entscheiden können.

Die sprachlichen Sätze können verschiedenen Sinn haben. Hier kommt natürlich nur der spezifische Normalinn der echten Imperfonalien in Betracht. Der Satz »Es ist kalt« kann z. B. in einem besonderen Fall den Sinn kundgeben: »Das Gemüse ist kalt«, nämlich dann, wenn das Wort »Es« eben auf das Gemüse als den beurteilten Subjektsgegenstand hinweist. Das Urteil, das durch jenen subjektlosen

Satz ausgedrückt ist, hat also hier einen bestimmten Subjektsbegriff, nämlich den unausgedrückten Begriff des Gemüses. Es ist also sicher kein subjektloses Urteil. Man kann jenen Satz daher auch in diesem Fall als ein unechtes Imperfonale bezeichnen. Dann sind echte Imperfonalien nur solche Sätze, deren Urteilsinn scheinbar keinen Subjektsbegriff enthält. Dies trifft nun bei dem Normalinn der Sätze »Es ist kalt« und »Es regnet« zu. Um zu erkennen, ob er wirklich keinen Subjektsbegriff in sich hat, muß daher der Normalinn dieser Sätze genauer bestimmt werden.

Die Sinndeutungen, welche die echten Imperfonalien erfahren können und tatsächlich erfahren haben, sind nun folgende. Indem man fragt, auf welche Subjektsgegenstände sich denn die Urteile, die den Normalinn der subjektlosen Sätze ausmachen, eigentlich beziehen, liegt es zunächst nahe, das, was die Prädikatswörter meinen, als die Subjektsgegenstände aufzufassen. Diese Deutung wäre an sich erlaubt, weil die sprachlichen Sätze nicht notwendig den Subjektsbegriff an erster Stelle zu enthalten brauchen, sondern ihn auch gelegentlich einmal mit dem Prädikatswort verbinden können. In unseren Beispielen könnten also sehr wohl die Begriffe »kalt« und »regnen« die Subjektsbegriffe sein. Dann wären, im einen Falle das gegenständliche »kalt«, im anderen Falle das gegenständliche »regnen« die Subjektsgegenstände, auf die sich die Urteile bezögen. Die weitere Deutung des Normalinns jener Sätze kann dann noch verschiedene Richtungen einschlagen, je nachdem dasjenige, was über die vermeintlichen Subjektsgegenstände nun behauptet wird, genauer bestimmt wird. Danach ergeben sich dann als mögliche Deutungen jener subjektlosen Sätze entweder Bestimmungsurteile, oder Relationsurteile, oder Existenzialurteile.

Wenn man z. B. erklärt, das Imperfonale »Es ist kalt« weise zunächst hin auf die bestimmte Temperaturqualität »kalt«, setze diese als den Subjektsgegenstand und behaupte dann von ihm, daß er eben das sei, was man »kalt« nenne; und das Imperfonale »Es regnet« weise zunächst hin auf den tatsächlichen Vorgang des Regnens, setze diesen als den Subjektsgegenstand und behaupte dann von ihm, daß er eben das sei, was man »regnen« nenne, so sind damit Urteile charakterisiert, die befragen, was die betreffenden Subjektsgegenstände sind. Es sind damit also gewisse Bestimmungsurteile als die Bedeutungen dieser subjektlosen Sätze aufgestellt.

Nun ist keineswegs zu leugnen, daß jene Sätze in besonderen Fällen wirklich diesen Sinn haben können, daß also derjenige, der

jene Sätze ausspricht, tatsächlich einmal damit behaupten will, was »das da«, nämlich die bestimmte Temperaturqualität, respektive der betreffende Vorgang des Regnens, in Wahrheit sei. Aber diesen Sinn brauchen jene Sätze nicht notwendig zu haben. Und ihr Normalinn pflegt auch gewöhnlich ein anderer zu sein. Denn mit den Urteilen »Es ist kalt« und »Es regnet« wird gewöhnlich nicht die Frage »Was ist das da?« beantwortet, sondern etwas ganz anderes behauptet. Deutet man also in der angegebenen Weise die Imperfonalien als Bestimmungsurteile, so gibt man damit in Wahrheit eine Umdeutung ihres Normalinnes und ignoriert zugleich das besonders Eigentümliche dieser Imperfonalien.

Die zweite mögliche Sinndeutung der subjektlosen Sätze nimmt ebenfalls das gegenständliche »kalt«, bzw. das gegenständliche »regnen« als den Subjektsgegenstand der zugehörigen Urteile, gibt diesen also auch einen Subjektbegriff, der sprachlich durch das betreffende Prädikatswort ausgedrückt ist. Sie läßt aber dann das Urteil von dem angegebenen Subjektsgegenstand behaupten, daß er unter den Begriff »kalt«, bzw. unter den Begriff »regnen« falle. Die Imperfonalien hätten also hiernach den Sinn von Relationsurteilen, die einen durch das Prädikatswort bezeichneten Subjektsgegenstand in eine bestimmte intentionale Relation zu einem bestimmten Begriff setzen. Die obigen Urteile würden also dann Antwort geben auf die Frage, unter welchen Begriff das gegenständliche »kalt«, respektive das »regnen« falle.

Möglich ist es ja allerdings, daß jemand durch jene Sätze einmal die belehrende Mitteilung machen will, daß »das da«, nämlich das »kalt« oder das »regnen«, unter die angegebenen Begriffe falle. Aber es wäre doch offensichtlich eine theoretische Verirrung, zu behaupten, daß es immer und auch im Normalfall so sei. Ihren Schein von Richtigkeit bekommt diese Ausdeutung dadurch, daß allerdings implizite durch den Normalinn jener Sätze mitbehauptet ist, daß jene Gegenstände unter jene Begriffe fallen. Der explizierte, der entfaltete Sinn der Imperfonalien ist dagegen ein anderer und gibt auf eine andere Frage Antwort. Auch diese Ausdeutung ist also eine unberechtigte Umdeutung.

Das gleiche gilt von einer anderen Ausdeutung, die den subjektlosen Sätzen ebenfalls ein Relationsurteil als ihren Sinn einlegt, indem sie behauptet, der Satz »Es ist kalt« besage, »das da« heiße »kalt«; der Satz »Es regnet« besage, »das da« heiße »regnen«. Hierdurch wird das gegenständliche »kalt«, respektive das »regnen« in eine bestimmte intentionale Relation, eben in die des »heißens«,

zu bestimmten deutschen Wörtern gesetzt. Zwar ist nun damit ein vollständiges Urteil gewonnen; aber wohl nur in den seltensten Fällen wird das Impersonale die Frage vorauslegen und beantworten, wie denn etwas Vorgegebenes eigentlich im Deutschen heiße. Jedenfalls ist kein Normalfinn, kein derartiges »Benennungsurteil«. Man braucht durchaus nicht zu bezweifeln, daß jemand wisse, wie das »regnen« im Deutschen benannt werde, und kann ihm trotzdem mit Sinn die Mitteilung machen, daß es »regne«.

Verfhrerischer als die bisher angefuhrten Deutungen ist nun diejenige, die den Impersonalien den Sinn von Existenzialurteilen gibt. Sie erklärt, der Satz »Es ist kalt« belege gar nichts anderes als: »kalt existiert«; und »Es regnet« bedeute genau dasselbe wie »regnen existiert«. Auch nach dieser Theorie sollen also die Impersonalien, als Urteile genommen, wohl einen Subjektsbegriff haben. Welche übrigen Bestandteile diese Theorie aber diesen Urteilen zuerteilt, das hängt davon ab, wie sie das Existenzialurteil deutet, ob sie es nämlich als ein prdikatenloses, oder als ein volles dreigliedriges Urteil betrachtet. Doch auch abgesehen hiervon, ist diese Ausdeutung des Impersonale schon eine Veränderung seines schlichten Normalfinnes, also wiederum eine unberechtigte Umdeutung. Gelegentlich einmal werden allerdings die subjektslosen Sätze ein Existenzialurteil ausdrücken sollen, so z. B. dann, wenn jemand wirklich oder vermeintlich bezweifelt, ob es denn das gibt, was man »kalt« oder was man »regnen« nennt. Auch wird wohl in dem Normalfinn jener Sätze das gegenständliche »kalt« und das »regnen« selbstverständlich als existierend gesetzt. Aber der Normalfinn behauptet doch nur implizite, daß jenes »kalt« oder »regnen« existiere, während sein explizierter, entfalteter Sinn ein anderer ist und sich schon dadurch von all den angegebenen Umdeutungen unterscheidet, daß er sich nicht auf das gegenständliche »kalt« oder »regnen« als auf seinen Subjektsgegenstand bezieht. Um so dringlicher wird daher nun die Frage, was denn den eigentlichen Subjektsgegenstand der subjektslosen Sätze bilde und ob überhaupt ein solcher Subjektsgegenstand sich bei ihnen auffinden lasse.

Läßt man in den Impersonalien diejenigen Begriffe, die durch die Prädikatswörter ausgedrückt sind, als Prädikatsbegriffe gelten, so kann man, um den Subjektsbegriff zu finden, versuchen, die Bedeutung festzustellen, die das Subjektswort »Es«, nicht an sich überhaupt, sondern speziell in den angegebenen subjektslosen Sätzen habe, also zu fragen, was in den betreffenden Fällen mit dem Wort »Es« eigentlich gemeint sei. Auf diese Frage haben nun einige Logiker



die Antworten gegeben, das Wort »Es« meine in diesen Fällen die »Totalität des uns umgebenden Seins« (Überweg), oder die »allumfassende Wirklichkeit« (Lotze), oder die »umgebende Wahrnehmungswelt« (Prantl). Diese Gegenstände seien also die Subjektsgegenstände, und die entsprechenden Begriffe die Subjektbegriffe in den Imperfonalien.

Es wäre nun leicht, aber ungerecht, diese Meinungen über den Sinn der Imperfonalien einer sie lächerlich machenden Kritik zu unterwerfen. Man könnte nämlich darauf hinweisen, daß doch wohl niemand, der solche subjektlosen Sätze ausspreche, damit behaupten wolle, daß die Totalität des Seins, oder die allumfassende Wirklichkeit, oder die umgebende Wahrnehmungswelt selbst kalt sei, oder daß sie regne. Aber, obgleich dieser Hinweis richtig ist, so könnten die angegebenen Gegenstände trotzdem die Subjektsgegenstände der Imperfonalien sein. Nur müßte man, um jener Kritik zu entgehen, in der weiteren Sinndeutung das gegenständliche »kalt« und das »regnen« jenen Gegenständen nicht als ihre Eigenschaft, bzw. nicht als ihre Tätigkeit zugeordnet sein lassen, sondern den Sinn jener Urteile darin sehen, daß sie jenen Gesamtgegenständen das »kalt« und das »regnen« nur als in ihnen daseiend einordnen. Dann aber ist immer noch mit Recht an jenen Deutungen zu tadeln, daß sie die Subjektsgegenstände in einer solchen Unbestimmtheit angeben, wie sie in dem Normalinn der subjektlosen Sätze durchaus nicht liegt. Denn nicht, daß die ganze »Totalität des Seins«, oder die »allumfassende Wirklichkeit« überhaupt, oder die ganze »umgebende Wahrnehmungswelt« von dem »kalt« oder dem »regnen« durchdrungen sei, wird ja darin behauptet, sondern es ist nur an eine bestimmte beschränkte Stelle dieser Wirklichkeit oder der Wahrnehmungswelt gedacht, wenn erklärt wird, daß es kalt sei und daß es regne. Nur weil es so ist, werden ja jene Urteile im gegebenen Fall nicht schon dadurch falsch, daß man andere Stellen der Wirklichkeit oder der Wahrnehmungswelt aufweist, an denen es gerade nicht kalt ist und nicht regnet. Die angegebenen Ausdeutungen treffen also den Sinn der subjektlosen Sätze ebenfalls nicht völlig genau.

Wenn man nun von dem Vorurteil erfüllt ist, in jedem Urteil werde einem Subjektsgegenstand notwendig etwas als seine Eigenschaft oder als seine Tätigkeit zugeschrieben, so muß man diejenigen Gegenstände auffuchen, denen man in den Imperfonalien das »kalt« und das »regnen« mit Recht als ihre Eigenschaft oder ihre Tätigkeit zuordnen könnte. Auf diesem Wege kann man

dann zu der Ansicht gelangen, daß in dem Urteil »Es ist kalt« die Luft an einer bestimmten Stelle der Wirklichkeit derjenige Subjektsgegenstand sei, dem das »kalt« als seine Eigenschaft zuerteilt werde und der mit dem Worte »Es« eigentlich gemeint sei. Und in dem Urteil »Es regnet« seien mit dem Worte »Es« die Wolken an einer bestimmten Stelle der Wirklichkeit gemeint und ihnen als dem Subjektsgegenstand das »regnen« als ihre Tätigkeit durch das Urteil beigelegt.

Gegen diese Deutung spricht jedoch, daß derjenige, der jene Sätze mit ganzer Sinnerfüllung ausspricht, oder der sie hörend nach ihrem ganzen Sinn versteht, keineswegs nötig hat, irgendwie an die Luft oder an die Wolken einer bestimmten Stelle der Wirklichkeit zu denken. Denn daraus ergibt sich, daß zu dem vollen Sinn der Imperfonalien nicht notwendig die Subjektbegriffe der »Luft« oder der »Wolken« gehören. Jene Deutung ist also nicht aus dem schlichten Sinn jener Sätze einfach herausgelesen, sondern künstlich in ihn hineinkonstruiert. Außerdem nimmt sie ebenso, wie alle die anderen oben angegebenen Umdeutungen, dem Imperfonale als Urteil seine besondere Eigenart und verlegt seine Besonderheit ausschließlich in den sprachlichen Satz. Die dieser Deutung zugrundeliegende Meinung, daß alle Urteile von ihren Subjektsgegenständen notwendig immer nur Eigenschaften oder Tätigkeiten behaupteten, ist ein Vorurteil, das schon durch unsere früheren Darlegungen überwunden ist. Und hier kann uns gerade der Sinn der Imperfonalien von neuem darauf aufmerksam machen, daß in der Tat diese Meinung eine irrtümliche ist.

Die allein richtige Deutung der Sätze »Es ist kalt« und »Es regnet« gewinnen wir nun, wenn wir beachten, daß diese sprachlichen Sätze offenbar den vollen Sinn der zugehörigen Urteile nur unvollständig zum Ausdruck bringen. Nicht, daß es überhaupt oder irgendwo kalt ist, sondern daß es hier im Zimmer oder da draußen in dem bestimmten Raumstück jetzt kalt ist, will doch der erste Satz belegen. Und nicht, daß es überhaupt oder irgendwo regnet, sondern daß es da draußen in dem bestimmten Raumstück auf der Erdoberfläche regnet, behauptet der zweite Satz. Zum richtigen Verständnis der Sätze ist es also nötig, daß der Hörer stillschweigend die gemeinte Stelle der umgebenden Welt erratend hinzudenkt; während er die Sätze sofort falsch versteht, wenn er an eine andere als die gemeinte Wirklichkeitsstelle denkt und in diese das »kalt« oder das »regnen« hineinsetzt. Auf eine solche bestimmte Stelle der umgebenden Welt weisen also die Urteile,

die in jenen Sätzen ausgedrückt sind, zunächst hin. Diese Stelle ist der eigentliche Subjektsgegenstand, über den die Urteile etwas behaupten. Und der Begriff, der eben diese Stelle meint, ist der Subjektsbegriff des Urteils, auch wenn er sprachlich gar nicht zum Ausdruck kommt. Wenn man nun weiter nicht aus den sprachlichen Sätzen selbst deduziert, sondern sich ausschließlich an denjenigen Sinn hält, den sie im gegebenen Falle wirklich haben, so ist klar, daß in diesem Sinn weder das »kalt« irgendeinem Ding als Eigenschaft, noch das »regnen« irgendeinem Ding als seine Tätigkeit sachlich zugeschrieben wird. Freilich ist das gegenständliche »kalt« in diesem Urteil begrifflich unselbständig gefaßt, aber das heißt nicht, daß es als Eigenschaft eines Dinges gefaßt sei. Und das gegenständliche »regnen« ist hier allerdings begrifflich in Tätigkeitsform gefaßt, aber das heißt wieder nicht, daß es selbst sachlich als eine Tätigkeit eines Dinges gefaßt sei. (Vgl. dazu das später folgende Kapitel über die funktionierenden Gegenstandsbegriffe.) Vielmehr wird in dem ersten Urteil das gegenständliche »kalt« als solches, als diese bestimmte Temperaturqualität, behauptend in die durch den Subjektsbegriff bezielte Wirklichkeitsstelle und zwar als sie erfüllend hineingefügt. Und ebenso wird in dem zweiten Urteil das gegenständliche »regnen« als dieser bestimmte Vorgang behauptend in die durch den Subjektsbegriff gemeinte Wirklichkeitsstelle als sie erfüllend hineingefügt. Es ist eben in der Tat möglich, daß Qualitäten und Vorgänge rein für sich gemeint sein können, ohne irgendwelchen Dingen als Eigenschaften und Tätigkeiten zugeordnet zu werden. Ja gerade da, wo solche Qualitäten und Vorgänge sich in der Erfahrung für sich, d. h. ohne irgendwelche Dinge, denen sie anhaften, darbieten oder darzubieten scheinen, ist die eigentliche Gelegenheit zur Bildung von Imperfonalien gegeben. Die so für sich gemeinten Qualitäten und Vorgänge werden dann in den impersonalen Urteilen trotzdem hingeordnet auf oder in eine bestimmte Wirklichkeitsstelle, der sie nun aber nicht als ihre Eigenschaft oder ihre Tätigkeit, sondern nur als etwas sie erfüllendes zuerteilt werden. Es wird also in einem impersonalen Urteil eine eigenartige Sachverhaltseinheit gesetzt, nämlich die des Darinseins von Qualitäten und Vorgängen in bestimmten Wirklichkeitsstellen. Nur wer daher beim Hören der impersonalen Sätze derartige Sachverhaltseinheiten gedanklich setzt, wird den Sinn der Sätze richtig verstehen.

Die Richtigkeit dieser Deutung der Imperfonalien ergibt sich auch aus folgender Überlegung. Wenn man die Wahrheit eines

Urteils direkt prüfen will, so wendet man sich dem Subjektsgegenstand des Urteils selbst zu und sieht nun nach, ob das, was das Urteil von ihm behauptet, an ihm in derjenigen Sachverhaltseinheit, die das Urteil implizite mitteilt, auch wirklich vorfindlich ist. Wir brauchen also, um den Subjektsgegenstand, und damit auch den Subjektsbegriff der Imperfonalien zu bestimmen, nur zu fragen, wohin man sich wenden muß, um die Wahrheit eines Imperfonale direkt zu konstatieren. Und da ist nun klar, daß man sich einer bestimmten Wirklichkeitsstelle zuwenden muß, um zu sehen, ob die Urteile »Es ist kalt« und »Es regnet« auch wirklich wahr sind. Die bestimmte Wirklichkeitsstelle ist also ihr Subjektsgegenstand, und die sprachlich unausgedrückten, aber notwendig mitzudenkenden Begriffe, die diese Wirklichkeitsstelle meinen, sind daher die Subjektsbegriffe der beiden Urteile. An dieser Wirklichkeitsstelle hat man dann nicht eine Eigenschaft oder eine Tätigkeit irgendeines Dinges, sondern die in dieser Stelle vorhandene Temperatur, resp. das in ihr stattfindende Geschehen des Regnens aufzufuchen, um die Gültigkeit der Urteilsprädikation zu prüfen. Denn dies war eben fraglich, ob es in der betreffenden Wirklichkeitsstelle tatsächlich kalt ist und tatsächlich regnet. Die Begriffe »kalt« und »regnen« sind daher in den beiden Imperfonalien die Prädikats- und nicht die Subjektsbegriffe.

Die Deutung, die wir hiermit den Imperfonalien gegeben haben, ist also nicht nur eine mögliche unter anderen gleich möglichen, sondern sie allein trifft den Normalinn jener Sätze und sie ist die einzige, die den Imperfonalien ihre eigentümliche Besonderheit beläßt. Denn diese ihre Eigentümlichkeit besteht eben darin, daß diese Urteile durch ihre Prädikatsbegriffe die Prädikatsbestimmtheiten zwar begrifflich in Eigenschaftsform oder Tätigkeitsform fassen, aber sie dann sachlich nicht als Eigenschaften oder Tätigkeiten setzen und kein Ding als Subjektsgegenstand setzen, denen sie als Eigenschaften oder Tätigkeiten zukommen könnten. Sie entwerfen also eigentümliche Sachverhalte.

Den Urteilen, die in den Imperfonalien oder subjektslosen Sätzen zum Ausdruck gebracht werden, fehlt also durchaus nicht der Subjektsbegriff. Sie bestehen vielmehr, wie alle anderen Urteile, aus drei Gliedern, nämlich dem Subjektsbegriff, dem Prädikatsbegriff und dem doppeltfunktionierenden Kopulabegriff. Die allgemeine Formel des Urteils »S ist P« gilt daher in ihrer echten logischen Bedeutung, wie wir sie oben auseinandergesetzt haben, auch für die Imperfonalien. Die Einwände, die aus dem miß-

verstandenen Sinn sowohl der Existenzialurteile als auch der Impersonalien gegen die allgemeine Urteilsbestimmung noch erhoben werden konnten und auf die wir damals vorausdeuteten, sind damit jetzt beseitigt. Die notwendigen und hinreichenden Bestandteile eines Urteils überhaupt sind und bleiben also die drei Begriffe: der Subjektsbegriff, der Prädikatsbegriff und der doppeltfunktionierende Kopulabegriff.

Das Wesen des Urteils überhaupt wird nun noch weiter aufgehehlt werden, wenn wir im folgenden den Wahrheitsanspruch, der jedem Urteil wesentlich innewohnt, genauer betrachten. Wir wenden uns daher im nächsten Kapitel wieder dem Urteil und seinem Wahrheitsanspruch zu.

#### Fünftes Kapitel.

#### Das Urteil und sein Anspruch auf Wahrheit.

Zum Urteil gehört notwendig die Behauptungsfunktion, die von der Kopula, außer der Hinbeziehung der Prädikatsbestimmtheit auf den Subjektsgegenstand noch vollzogen wird. Diese Behauptungsfunktion nun enthält in sich den Anspruch auf Wahrheit. Jedes Urteil macht seinem Wesen gemäß notwendig diesen Anspruch auf Wahrheit. Ein Gedankengebilde, mag es sonst beschaffen sein, wie es will, das nicht den Anspruch auf Wahrheit wesentlich in sich enthält, ist daher sicher kein Urteil. Der Anspruch ist aber nicht eine dem Urteil äußerliche, wenn auch ihm notwendig anhaftende Bestimmtheit, sondern ist dem Urteil wesentlich innewohnend. Es ist daher in jedem Urteil implizite mitbehauptet, daß es selbst wahr sei. Dies ist ganz unabhängig davon, ob der, das Urteil vollziehende und ausprechende, Mensch an die Wahrheit des Urteils glaubt und den Anspruch auf Wahrheit anerkennt oder nicht. Die implizierte Mitbehauptung der Wahrheit des Urteils liegt auch dann in dem Urteil beschlossen, wenn der urteilende Mensch die Mitbehauptung nicht innerlich vollzieht. Aus jedem Urteil kann aber die implizierte Mitbehauptung herausgezogen und als sogenanntes Wahrheitsurteil von der Form „S ist P ist wahr“ entfaltet werden. Dieses entfaltete Wahrheitsurteil ist jedoch keineswegs mit dem ursprünglichen Urteil »S ist P« bedeutungsidentisch. Denn im ersteren Urteil ist Subjektsgegenstand das Urteil »S ist P«, also sein Subjektsbegriff der Begriff des Urteils »S ist P«, und der Prädikatsbegriff ist der Begriff »wahr«, während im zweiten Urteil

der Subjektsgegenstand der Gegenstand »S«, also der Subjektsbegriff der Begriff »S«, und der Prädikatsbegriff der Begriff »P« ist. Trotz dieser Sinnverschiedenheit der beiden Urteile stehen sie doch in jener engen Beziehung zueinander, die man Äquivalenz, Gleichwertigkeit oder Gleichgeltung genannt hat.

Um das Wesen des Urteils weiter aufzuhellen, ist es nötig, den im Behauptungsmoment enthaltenen Anspruch auf Wahrheit genauer zu bestimmen, d. h. das, worauf dieser Anspruch hinzielt, nämlich die Wahrheit in ihrem Wesen zu erkennen. Die Frage, was Wahrheit sei, oder was von einem Urteil behauptet werde, wenn von ihm gesagt wird, daß es wahr sei, geht auf die Aufklärung des Normalfinns von »wahr«, wie er in diesem Falle mit dem Worte »wahr« verbunden wird. Wir scheiden also von vornherein denjenigen Sinn aus, der in Ausdrücken wie »ein wahrer Deutscher« mit dem Wort »wahr« verbunden wird. Ein »wahres« Urteil in diesem Sinne wäre ein Gedankengebilde, das nicht nur scheinbar, sondern in Wirklichkeit ein Urteil ist. Ein solches »wahre« Urteil könnte immer noch, unbeschadet seiner »Wahrheit«, wahr oder falsch in dem anderen, uns hier allein beschäftigenden Sinne sein. Ebenso scheiden wir die Frage aus, ob wir überhaupt ein Recht haben, von irgendeinem Urteil die Wahrheit in diesem Sinne zu behaupten. Diese Rechtsfrage kann ja der Natur der Sache nach erst dann mit Aussicht auf Erfolg dem Versuch einer Lösung unterworfen werden, wenn man zuvor den Sinn der »Wahrheit« geklärt hat. Die Sinn- oder Bedeutungsfrage muß überall der Rechtsfrage vorangehen. Schließlich ist auch die Frage, wie oder auf welchem Wege wir die Wahrheit der Urteile überhaupt oder diejenige bestimmter einzelner Urteile feststellen können, hier abzuschneiden, da auch die Lösung dieser Frage die Lösung der Sinnfrage voraussetzt.

Die Frage, was wir eigentlich mit »wahr« meinen, wenn wir von einem Urteil behaupten, es sei wahr, scheint keiner weiteren Antwort zu bedürfen. Denn jeder Mensch, der die deutsche Sprache versteht, weiß ohne weiteres und ohne die geringste Gefahr des Mißverständnisses sogleich ganz genau, was damit gemeint ist. Aber, die Bedeutung eines Wortes richtig verstehen, ist etwas anderes als die Bedeutung des Wortes richtig angeben. Es zeigt sich in diesem wie in so vielen anderen Fällen in der Logik, daß in dem Moment, wo nach der Bedeutung eines richtig und sicher verstandenen Ausdrucks gefragt wird, eine Sinnverwirrung eintritt, die dann in den allermeisten Fällen zu ganz falschen Antworten auf die Frage

führt. Zudem wirken gerade bei der Wahrheitsfrage so leicht erkenntnistheoretische Ansichten störend und sinnverschiebend herein, so daß der Begriff der Wahrheit von vornherein gegen alle mögliche Sinnverwirrung und Sinnverschiebung gesichert werden muß.

Die Erörterungen über den Wahrheitsbegriff sind außerdem dadurch sehr getrübt worden, daß man nicht genügend scharf unterschied zwischen der Wahrheit, dem Für-wahr-gehalten-werden, den Gründen der Wahrheit und den Motiven des Für-wahr-haltens. Dies wird sich im folgenden deutlicher zeigen.

1. Zunächst könnte man meinen, die Wahrheit sei eine bestimmte Art von Urteil, derart, daß sich wahre Urteile durch ein besonderes Wesen von falschen Urteilen unterscheiden. Eine gewisse innere Wesensvortrefflichkeit, eine innere Durchglühtheit des Urteils scheint mit seiner Wahrheit gemeint zu sein. Die Behauptung, ein Urteil sei wahr, wäre dann ein Bestimmungsurteil in dem oben angegebenen Sinne, in dem es sagt, was das betreffende Urteil ist. Indessen, wahre Urteile sind keine besondere Art von Urteilen, vielmehr kann jede beliebige Art von Urteilen immer noch wahr oder falsch sein.

2. Die Wahrheit eines Urteils ist auch nicht eine an dem Urteil für sich vorfindliche Bestimmtheit. Die Klarheit und Deutlichkeit mancher Urteile ist weder selbst schon ihre Wahrheit, noch ein hinreichendes Kriterium für ihre Wahrheit. Es können vielmehr völlig klare und deutliche Urteile dennoch falsch, ebenso wie unklare und undeutliche Urteile noch wahr sein können. Die Klarheit und Deutlichkeit der Urteile läßt allerdings den Menschen leicht an ihre Wahrheit, die Unklarheit und Undeutlichkeit leicht an ihre Unwahrheit glauben. Klarheit und Deutlichkeit ist also ein, wenn auch unberechtigtes, Motiv des Für-wahr-haltens, nicht aber die Wahrheit selbst, noch der hinreichende Grund für die Wahrheit von Urteilen.

Eine andere Bestimmtheit des Urteils, die man als seine Wahrheit in Anspruch nehmen könnte, ist seine innere Widerspruchslosigkeit. Soviel steht ja fest, daß ein Urteil nicht wahr sein kann, wenn es in sich einen Widerspruch enthält. Die innere Widerspruchslosigkeit ist also gewiß eine notwendige Bedingung dafür, daß das Urteil überhaupt wahr sein kann, aber durchaus nicht die hinreichende Bedingung dafür, daß es nun auch wirklich wahr ist. Ein in sich völlig widerspruchsfreies Urteil kann vielmehr noch durchaus falsch sein. Denn die innere Widerspruchs-

losigkeit ist weder selbst die Wahrheit, noch ein hinreichendes Kriterium für die Wahrheit eines Urteils.

So wie in diesen Fällen, so läßt sich auch sonst keinerlei andere Bestimmtheit an dem Urteil für sich auffinden, die mit der Wahrheit des Urteils selbst identisch wäre oder auch nur als ein hinreichendes Kriterium für seine Wahrheit gelten könnte. Solange man die Urteile nur rein für sich betrachtet, kann man es daher keinem einzigen Urteil unmittelbar ansehen, ob es wahr oder falsch ist. (Auf den besonderen Fall des analytischen Urteils werden wir später beim Satz von der Identität eingehen.) So bleibt denn nur die Vermutung übrig, daß die Wahrheit einem Urteile in Beziehung zu etwas anderem zukommt, daß wir also mit »wahr« ein dem Urteil zukommendes Relationsprädikat meinen. Suchen wir auf, welches der möglichen Relationsprädikate es sein kann.

3. Die Richtigkeit des sprachlichen Ausdrucks eines Urteils und sein Gedruckthein sind Faktoren, die das Für-wahr-halten des Urteils begünstigen, während die Mangelhaftigkeit des sprachlichen Ausdrucks und seine bloß mündliche Kundgabe das Für-wahr-halten erschweren. Aber darin zeigt sich doch nur, daß die Art der sprachlichen Kundgabe von Bedeutung dafür ist, ob ein Urteil für wahr gehalten wird; nicht aber, daß eine bestimmte Art der sprachlichen Kundgabe mit der Wahrheit des Urteils identisch oder auch nur ein hinreichendes Kriterium für seine Wahrheit wäre wie es Thomas Hobbes gemeint hat. Die Wahrheit eines Urteils ist vielmehr gänzlich unabhängig von der Art, wie es sprachlich ausgedrückt wird. Dies ist denjenigen wohlbekannt, die, nachdem sie ein offenbar falsches Urteil ausgesprochen haben, sich schnell darauf herausreden, daß sie sich nur falsch ausgedrückt hätten.

Näher scheinen wir dem Sinne der Wahrheit zu kommen, wenn wir die Wahrheit eines Urteils in seiner Beziehung zu anderen Urteilen suchen. In der Logik hat man oft die Wahrheit eines Urteils überhaupt als die innere und äußere Widerspruchslosigkeit des Urteils bestimmt. Daß die innere Widerspruchslosigkeit weder mit der Wahrheit identisch, noch ein hinreichendes Kriterium für die Wahrheit eines Urteils ist, haben wir soeben gesehen. Daß für die äußere Widerspruchslosigkeit das Gleiche gilt, ergibt sich aus folgender Überlegung. Ein Urteil ist äußerlich widerspruchslos, wenn es mit keinem anderen Urteil in Widerspruch steht. Diese anderen Urteile können zunächst diejenigen Urteile sein, die bestimmte Menschen schon haben und an deren Wahrheit sie glauben. Es sind in diesem Sinne die Vorurteile der Menschen. Es ist nun freilich



eine Tatsache, daß die Menschen im allgemeinen diejenigen neuen Urteile für wahr halten, die mit ihren Vorurteilen übereinstimmen, die also keinen Widerspruch von diesen erfahren, oder gegen die sie nichts zu sagen wissen. Aber ebenso sicher ist doch, daß solche Urteile deshalb noch nicht wirklich wahr sind. Ebensovienig sind diejenigen Urteile ohne weiteres falsch, die den Vorurteilen bestimmter Menschen widersprechen, wenn auch solche Urteile gewöhnlich von den betreffenden Menschen für falsch gehalten werden. Es hieße die Herrschaft der Vorurteile sanktionieren, wenn man die äußere Widerspruchslosigkeit in diesem Sinne als die Wahrheit selbst oder als das sichere Kriterium der Wahrheit eines Urteils erklären wollte. Oder die Herrschaft der Unwissenheit, insofern es von der zufälligen Unwissenheit eines Menschen abhinge, ob er Urteile hat und für wahr hält, die einem neuen Urteil widersprechen können, oder ob er sie nicht besitzt.

Es liegt nahe, die Bestimmung der Wahrheit als der äußeren Widerspruchslosigkeit gegen die Kritik retten zu wollen dadurch, daß man unter den anderen Urteilen nicht die beliebigen Vorurteile irgendwelcher Menschen, sondern die Urteile derjenigen Wissenschaften versteht, die für die betreffenden Urteilsgegenstände maßgebend sind. Aber auch diese Bestimmung würde doch nur zur Rechtfertigung einer unberechtigten Sinnverwirrung führen, die allerdings häufig vorkommt. Wie oft sind nicht wahre Urteile bloß deshalb zunächst für falsch erklärt worden, weil sie gewissen, in den betreffenden Wissenschaften für wahr geltenden Urteilen widersprachen, und andere, später als falsch erkannte Urteile zunächst für wahr erklärt worden, weil sie so gut übereinstimmten mit den »gesicherten Ergebnissen der Wissenschaft«. Nichts hat den Fortschritt der Wissenschaften so sehr gehemmt und hemmt ihn noch immer, als die Anwendung dieses falschen Wahrheitskriteriums der »Widerspruchslosigkeit mit anderen Urteilen«. Es liegt in diesen Fällen auch nicht etwa nur eine falsche Anwendung eines an sich richtigen Wahrheitskriteriums vor, die sofort zu einer richtigen und wohl berechtigten werde, wenn man sich eben auf die wirklich »gesicherten Ergebnisse« der bisherigen Wissenschaft beschränke. Denn setzen wir auch voraus, daß diese Ergebnisse wirklich wahre Urteile seien, so ist zwar der Widerspruch, in den ein neues Urteil mit diesen wahren Urteilen tritt, ein hinreichendes Zeichen für die Falschheit des neuen Urteils. Der Widerspruch mit schon vorhandenen, wirklich wahren Urteilen kann also wohl als zureichendes Kriterium für die Abseheidung des Falschen aus der Wissenschaft gebraucht werden.

Aber es gilt deshalb nicht das Entsprechende für die Widerspruchsløfigkeit. Ein Urteil, das den wahren Urteilen der in Betracht kommenden Wissenschaft nicht widerspricht, ist deshalb noch kein wahres Urteil, sondern kann immer noch ebenfogut falsch sein. Die äußere Widerspruchsløfigkeit eines Urteils ist weder identisch mit seiner Wahrheit, noch ein hinreichendes Kriterium dafür. Sie ist zwar eine notwendige, aber nicht eine hinreichende Bedingung für seine Wahrheit. Wenn man daher die äußere Widerspruchsløfigkeit eines Urteils, vielleicht zusammen mit seiner inneren Widerspruchsløfigkeit, zuweilen als seine »formale« Wahrheit bezeichnet hat, so ist dies eine Sinnfälschung des Wahrheitsbegriffes und ein Mißbrauch des Wortes Wahrheit. Wenn man auf Grund erkenntnistheoretischer Überlegungen meint, die Wahrheit in dem eigentlichen und richtigen Sinne könne bei keinem einzigen Urteil vom Menschen wirklich erkannt werden, und wenn man dann doch nicht ganz auf wahre Urteile verzichten möchte, so deutet man gern die Wahrheit in bloße Widerspruchsløfigkeit zu anderen Urteilen um. Erkenntnistheoretische Überlegungen haben jedoch bei der Bestimmung des reinen und unverfälschten Sinnes der Wahrheit gar nicht mitzusprechen.

Eine andere Beziehung eines Urteils zu bestimmten Urteilen scheint uns näher an den echten Wahrheitsbegriff heranzubringen, nämlich der Beweis oder die Begründung des Urteils, denn diese hängen so nahe mit der Wahrheit des Urteils zusammen, daß man manchmal im Ernste meint, ein wahres Urteil sei nichts anderes als ein bewiesenes Urteil. Es ist nicht immer nur eine ungeschickte Ausdrucksweise, wenn man zuweilen von jedem Urteil, das den Anspruch erhebt, wahr zu sein, verlangt, daß es bewiesen werden solle. Sondern man meint zuweilen wirklich, daß die Wahrheit eines Urteils nichts anderes sei als seine Bewiesenheit.

Tatsächlich werden ja auch manchmal Urteile nur deshalb für wahr gehalten, weil ihnen ein vermeintlicher Beweis beigelegt ist; und andere Urteile werden nur deshalb nicht für wahr gehalten, weil kein Beweis für sie erbracht ist. Aber das erstere ist doch nur dann berechtigt, wenn der Beweis aus wirklich wahren Urteilen besteht und zugleich die Folgerung eine richtige ist. Und selbst dann ist doch die Wahrheit des Urteils nicht identisch mit seiner Bewiesenheit, sondern die Wahrheit ist durch den Beweis nur indirekt ersichtlich gemacht. Jenes zweite aber, nämlich Urteile solange nicht für wahr zu halten, als sie nicht bewiesen sind, ist in allen denjenigen Fällen völlig unberechtigt, in denen die Urteile keines

Beweises fähig und bedürftig sind. Denn auch solche Urteile können unzweifelhaft wahr sein. So ist z. B. das Urteil: »rot ist von grün verschieden« unzweifelhaft wahr. Es kann aber weder durch andere Urteile bewiesen werden, noch bedarf es eines solchen Beweises, sondern seine Wahrheit kann durch direkte Vergleichung von rot und grün sicher erkannt werden. Alles Beweisen setzt ja, um nicht ins Unendliche rückwärts zu gehen, schließlich voraus, daß es Urteile gibt, deren Wahrheit ohne Beweis ersichtlich ist. Nun handelt es sich hier aber ganz und gar nicht um die Frage, wie die Wahrheit von Urteilen ersichtlich und bestimmten Menschen glaubhaft gemacht werden könne, sondern darum, was denn die Wahrheit eines Urteils selbst sei. Und da zeigen eben jene unzweifelhaft wahren Urteile, die keines Beweises fähig und auch nicht bedürftig sind, daß die Wahrheit eines Urteils nicht mit seiner Bewiesenheit identisch sein kann. Der Anspruch jedes Urteils, wahr zu sein, ist daher nicht notwendig der Anspruch, bewiesen zu sein.

Überhaupt ist die Wahrheit eines Urteils nicht mit irgendeiner Beziehung des Urteils zu anderen Urteilen identisch. Primär geht der Anspruch eines Urteils nur auf seine Wahrheit und erst sekundär kann er auch auf Beziehungen zu anderen Urteilen hingehen. Bleibt man daher innerhalb der Sphäre der Urteile als solcher, so kann über die Wahrheit eines, in sich widerspruchsfreien, Urteils gar nichts durch seine Beziehungen zu anderen Urteilen entschieden werden. Der Widerspruch und die Übereinstimmung zwischen Urteilen ist wechselseitig und gibt keinem der beiden Urteile einen Vorzug vor dem anderen. Es bleibt daher völlig unentschieden, welches der einander widersprechenden, oder der miteinander übereinstimmenden Urteile wahr oder falsch ist. Ebenso ist über die Wahrheit der einzelnen Urteile, die in einem Begründungszusammenhang stehen, durch diesen Zusammenhang selbst noch gar nichts entschieden. Maßgebend für die Wahrheit eines Urteils können im Reiche der Urteile nur diejenigen Urteile sein, deren Wahrheit oder Falschheit schon feststeht. Und diese Wahrheit oder Falschheit weist über das Gebiet der Urteile hinaus.

Ist die Wahrheit eines Urteils ein Relationsprädikat, so könnte man diejenige Relation, die hierfür in Betracht käme, zunächst noch in der Beziehung des Urteils zu denkenden Wesen und deren Erlebnissen und Tätigkeiten suchen. Überblicken wir daher im folgenden diejenigen Umdeutungen des Wahrheitsbegriffes, die auf diese Beziehung zurückgehen.

Wenn man z. B. erklärt, die Behauptung, ein Urteil sei wahr,

belage nichts anderes als: das Urteil wird von mir für wahr gehalten, so setzt man das Urteil in eine bestimmte intentionale Beziehung zu einem denkenden Wesen und identifiziert dadurch die Wahrheit des Urteils mit der Tatsache, daß es von mir für wahr gehalten wird. Nun macht freilich das Urteil, indem es Anspruch auf Wahrheit macht, auch den Anspruch, von mir für wahr gehalten zu werden. Aber beide Ansprüche gehen doch nicht auf dasselbe, und der erstere ist sein primärer, der zweite sein sekundärer Anspruch. Die Behauptung, ein Urteil sei wahr, behauptet außerdem von dem Urteil etwas, was gar keine Relation zu mir enthält, sondern unabhängig von jeder Beziehung zu mir gelten will. Ein Urteil kann wahr sein, auch wenn ich es gar nicht für wahr halte. Ja, jeder Mensch wird wohl schon gelegentlich bestimmte Urteile für falsch gehalten haben, die trotzdem, wie er später selbst erkannt hat, damals wahr waren. Also kann die Wahrheit des Urteils gar nicht darin bestehen, daß ich es für wahr halte. Wer wirklich im Ernste behaupten würde, für ihn bedeute die Wahrheit eines Urteils nichts anderes, als daß er es für wahr halte, müßte auch das Umgekehrte behaupten, daß nämlich alle Urteile, die er für wahr halte, notwendig auch wahr seien. Diese offenbar vermessene Unfehlbarkeitserklärung macht uns aber deutlich darauf aufmerksam, daß die Wahrheit eines Urteils völlig verschieden ist von dem »von mir für wahr gehalten werden«.

Die eben betrachtete Umdeutung des Wahrheitsbegriffes wird nicht besser, wenn man, in Erinnerung an die »kataleptische Vorstellung« der Stoiker, erklärt, es müsse natürlich eine gewisse Nötigung zu dem »Fürwahrhalten« des Urteils vorliegen, und die Wahrheit eines Urteils bestehe eben darin, daß es mich nötigt, es für wahr zu halten, ihm beizustimmen, es anzuerkennen oder es zu glauben. Denn auch dies ist mit dem Wahrheitsbegriff nicht gemeint und kann gar nicht damit gemeint sein. Ein Urteil kann wahr sein, ohne daß es mich nötigt, es für wahr zu halten; und es kann mich nötigen, es für wahr zu halten, auch wenn es tatsächlich nicht wahr ist. Die Nötigung, die ein Urteil auf mein Fürwahrhalten ausübt, kann ein Grund meines Glaubens an seine Wahrheit, nicht aber der Grund seiner Wahrheit, und noch viel weniger seine Wahrheit selbst sein.

Will man den Vorwurf der eigenen Unfehlbarkeitserklärung vermeiden, den man sich auch durch diese Umdeutung zuziehen würde, so kann man die Beziehung des Urteils zu anderen Menschen herbeiziehen und das Gewicht dieser Beziehungen ent-

weder durch die Quantität oder durch die Qualität dieser anderen Menschen zu steigern suchen. Im ersten Fall kommt man zu der Erklärung: die Behauptung, ein Urteil ist wahr, besage nichts anderes als, es ist allgemeingültig, und das heiße, es wird von allen Menschen für wahr gehalten. Nur unklares Denken jedoch kann meinen, die Wahrheit eines Urteils bestehe darin, daß es von allen Menschen für wahr gehalten werde. Denn ein Urteil kann wahr sein, ohne von allen Menschen für wahr gehalten zu werden; und ein Urteil kann von allen Menschen für wahr gehalten werden und doch nicht wahr sein. Freilich ist die Erfahrung, daß alle Menschen, von denen man weiß, ein bestimmtes Urteil für wahr halten, ein drängender Antrieb, nun auch selbst das Urteil für wahr zu halten, aber sie garantiert doch die Wahrheit des Urteils in keiner Weise. Indem das Urteil den Anspruch erhebt, wahr zu sein, macht es allerdings auch den Anspruch, von allen Menschen für wahr gehalten zu werden. Aber der zweite Anspruch gründet sich doch auf den ersten: weil das Urteil wahr zu sein beansprucht, verlangt es dann auch den Glauben aller Menschen. Wenn der erste Anspruch erfüllt ist, ist gewöhnlich der zweite noch lange nicht erfüllt. Ja es gäbe wohl schließlich überhaupt keine wahren Urteile, wenn sie erst auf die Anerkennung durch alle Menschen zu warten hätten. Die Wahrheit eines Urteils ist nicht nur nicht identisch mit der Anerkennung durch alle Menschen, sondern sie ist auch davon völlig unabhängig. Wahre Urteile sind nur in dem Sinne notwendig allgemeingültig, daß sie als wahr für alle Menschen, ja für alle denkenden Wesen gültig sein wollen, nicht aber in dem Sinne, daß sie tatsächlich auch von allen denkenden Wesen für wahr gehalten werden. Ist ein Urteil wahr, so schadet es seiner Wahrheit gar nichts, wenn es nicht von allen Menschen anerkannt wird; ist ein Urteil falsch, so verhilft ihm auch die Anerkennung aller Menschen nicht im geringsten zur Wahrheit.

Zieht man statt der Quantität der Menschen ihre Qualität in Betracht, indem man erklärt, die Wahrheit eines Urteils bestehe in der Anerkennung durch bestimmte Autoritäten oder bestimmte Vertreter der Wissenschaften, so bleibt man im Grunde in derselben Verwirrung stecken. Denn Urteile können in eigentlichem Sinne wahr sein ohne jede Beziehung zu solchen menschlichen Autoritäten, ja selbst dann, wenn diese Autoritäten sie für falsch halten. Wie auch, umgekehrt, Urteile falsch sein können, obgleich sie von den Autoritäten für wahr gehalten werden. Nur ist es da, wo man kein anderes Kriterium für die Wahrheit eines Urteils hat, berechtigt,

diejenigen Urteile für wahr zu halten, die von bestimmten Autoritäten als wahr hingestellt werden, ohne daß man damit jedoch eine wirkliche Garantie für ihre Wahrheit hat. Die Wahrheit ist auf keinen Fall selbst identisch mit der Anerkennung durch Autoritäten.

Man kann übrigens auch schon im allgemeinen erkennen, daß das »Wahrsein« in jedem Fall von dem »Fürwahrgehaltenwerden« verschieden ist, gleichgültig, ob es ein oder mehrere oder alle oder bestimmte autoritative denkende Wesen sind, die das Urteil für wahr halten. Denn, indem ein Urteil für wahr gehalten wird, wird ja eben von ihm geglaubt, daß es selbst für sich wahr sei, und nicht bloß, daß es von irgendwelchen denkenden Wesen für wahr gehalten werde.

In eine andere Beziehung zu den denkenden Menschen setzt der pragmatistische Wahrheitsbegriff die wahren Urteile, indem er behauptet, die Wahrheit eines Urteils bestehe in der Nützlichkeit, in der Lebensförderung, die das Urteil den Menschen gewähre. Daß hierin nun wieder eine unberechtigte Umdeutung des schlichten Wahrheitsbegriffes ausgesprochen ist, ergibt sich sogleich, wenn man sich fragt, ob wirklich mit der Erklärung, ein bestimmtes Urteil sei wahr, nichts anderes gemeint sei als, das Urteil sei nützlich; oder ob auf die Frage, »Ist das Urteil wahr?« die richtige Antwort gegeben wird durch die Behauptung, es sei nützlich. Schon die Tatsache, daß wahre Urteile schädlich, falsche Urteile nützlich sein können, ja schon die bloße Behauptung, daß es so sein könne, beweist, da sie keine in sich widerspruchsvolle ist, daß die Wahrheit eines Urteils nicht mit seiner Nützlichkeit identisch sein kann. Zum Überfluß sei noch darauf hingewiesen, daß die Wahrheitsforschung durchaus nicht nach der Nützlichkeit oder der Lebensförderung, die ein Urteil für die Menschen haben kann, sucht, um zu bestimmen, ob das Urteil wahr ist.

Diese unklare pragmatistische Lehre kann sich nicht einmal darauf zurückziehen, daß sie nur das Motiv des Fürwahrhaltens von Urteilen habe angeben, nicht aber den Wahrheitsbegriff selbst habe bestimmen wollen. Denn es ist nicht einmal wahr, daß nur die nützlichen und lebensfördernden Urteile für wahr und nur die lebensschädlichen Urteile von den Menschen für falsch gehalten werden. Urteile, deren Lebensschädigung klar erkannt wird, können trotzdem für wahr, und Urteile, deren Lebensförderung ebenso klar erkannt wird, können trotzdem für falsch gehalten werden.

Welche andere Beziehung der Urteile zu menschlichen Individuen und deren Erlebnissen man nun auch außer den genannten noch

herbeiziehen möchte, soviel ist klar, daß die Wahrheit eines Urteils selbst keinerlei derartige Beziehung notwendig in sich schließt, sondern davon gänzlich unabhängig ist. Der Anspruch jedes Urteils, wahr zu sein, appelliert offenbar an etwas ganz anderes, an etwas, das gänzlich jenseits aller menschlichen Individuen und ihrer Erlebnisse liegt.

Fassen wir, ehe wir nun zur positiven Bestimmung des Wahrheitsbegriffes übergehen, unsere bisherigen Ergebnisse noch kurz zusammen, so ergibt sich folgendes Resultat.

4. Zusammenfassung. Jedes Urteil macht Anspruch auf Wahrheit. Es ist nicht erst ein Urteil und macht dann außerdem noch den Anspruch auf Wahrheit. Sondern ohne solchen Anspruch ist es überhaupt kein Urteil. Es gehört zu seinem Wesen, einen solchen Anspruch zu machen, da dieser Anspruch in der Behauptungsfunktion der Kopula, die für das Urteil charakteristisch ist, notwendig enthalten ist. Dieser Anspruch auf Wahrheit nun ist nicht der Anspruch, eine bestimmte Art von Urteil zu sein. Denn jede Art von Urteil will wahr sein, ohne dabei seine Art eventuell ändern zu wollen. Jener Anspruch ist auch nicht der Anspruch, eine bestimmte Beschaffenheit zu haben. Denn die Wahrheit ist nicht eine bestimmte Beschaffenheit des Urteils für sich genommen. Freilich will das Urteil, indem es wahr sein will, notwendig auch in sich widerspruchsfrei sein, da es sonst nicht wahr sein kann. Aber der Anspruch auf Wahrheit geht über die bloße innere Widerspruchlosigkeit weit hinaus, da innerlich widerspruchsfreie Urteile immer noch falsch sein können. Ebenso geht der Anspruch auf Wahrheit auch über die bloße Richtigkeit des sprachlichen Ausdrucks hinaus, da auch sprachlich richtig ausgedrückte Urteile noch falsch sein können. Der Anspruch auf Wahrheit geht zwar nicht auf Übereinstimmung oder äußere Widerspruchlosigkeit mit irgendwelchen Urteilen des Lebens oder der Wissenschaft, wohl aber auf solche mit den wirklich wahren Urteilen. Dennoch reicht er auch über diese noch hinaus, weil auch solche, den wirklich wahren Urteilen nicht widersprechenden Urteile doch noch falsch sein können. Da die Wahrheit nicht mit der Bewiesenheit eines Urteils identisch ist, so beansprucht jedes Urteil nicht notwendig, bewiesen zu sein, wohl aber wahr zu sein, auch da wo es keines Beweises fähig ist, nämlich wenn es keines Beweises bedürftig ist. Schließlich geht der Anspruch auf Wahrheit auch nicht in erster Linie darauf, von mir, von mehreren oder von allen Menschen oder denkenden Wesen für wahr gehalten zu werden; auch nicht darauf, eine Nötigung zum Glauben oder Für-wahr-

gehalten werden auf irgendwelche denkende Wesen auszuüben. Denn nur weil es wahr sein will, will es dann auch für wahr gehalten werden. Die pragmatistische Lebensförderung aber liegt gar nicht in der Absicht des Urteils; es will vielmehr wahr sein, gleichgültig, ob es das Leben irgendwelcher Wesen fördert oder schädigt.

5. Positive Bestimmung der Wahrheit. So bleibt denn für den Anspruch auf Wahrheit gar keine andere Beziehung mehr übrig, als die Beziehung des Urteils zu den von ihm gesetzten Gegenständen und Sachverhalten. Es scheint also die Bestimmung, die zuweilen in der Logik gegeben worden ist, daß nämlich die Behauptung, ein Urteil sei wahr, gar nichts anderes bezeuge, als daß der Sachverhalt, den das Urteil setze, bestehe, das Richtige zu treffen. Dennoch liegt, genau genommen, auch in dieser Bestimmung wieder eine der leider in der Logik so häufig vorkommenden Bedeutungsverwechslungen vor. Denn die beiden, bedeutungsidentisch gesetzten Behauptungen sind offenbar bedeutungsverschieden, da sie sowohl verschiedene Subjektsbegriffe als auch verschiedene Prädikatsbegriffe enthalten. Im ersten Fall ist der Begriff des Urteils Subjektsbegriff, das Urteil selbst also Subjektsgegenstand, und der Begriff wahr der Prädikatsbegriff, wahr selbst demnach die Prädikatsbestimmtheit; während im zweiten Falle der Begriff des von dem Urteil verschiedenen Sachverhalts den Subjektsbegriff, der Sachverhalt selbst den Subjektsgegenstand und der Begriff »besteht« den Prädikatsbegriff bildet. Trotz dieser Bedeutungsverschiedenheit stehen jedoch die beiden Behauptungen in engem Zusammenhang: wenn das Urteil wahr ist, dann besteht der entsprechende Sachverhalt; und wenn der Sachverhalt, den das Urteil setzt, besteht, dann ist auch das Urteil wahr. Aber dieser Zusammenhang begründet keine Identität des Sinnes, sondern nur eine Äquivalenz.

Die richtige Ausdeutung des Sinnes der Behauptung, ein Urteil sei wahr, können wir gewinnen, wenn wir von der alten Bestimmung ausgehen, die Wahrheit sei die »*Adäquatio intellectus et rei*«, wenn wir unter dem »intellectus« hier das Urteil, und unter der »res« den von dem Urteil betroffenen Gegenstand verstehen. Dann bezeugt nämlich diese Bestimmung das gleiche wie jene andere alte Erklärung: die Wahrheit eines Urteils sei seine Übereinstimmung mit der Wirklichkeit. Die Einwände, die gegen diese Erklärung erhoben worden sind, beruhen wohl alle auf Mißverständnissen und lassen sich durch die Aufhellung dieser Mißverständnisse sämtlich beseitigen. Zunächst darf die »Wirklichkeit«,



mit der das Urteil übereinstimmen soll, nicht mit der Realität identifiziert werden. Sonst wäre freilich jene Bestimmung ungenügend, da es ja Urteile gibt, die sich gar nicht auf etwas Reales beziehen, wie z. B. die mathematischen und die logischen Urteile, und die dennoch wahr sein können, ohne mit irgendeiner Realität übereinzustimmen. Unter der Wirklichkeit kann nur das wirkliche Verhalten der von dem Urteil bezielten Gegenstände, seien diese nun real oder unreal, gemeint sein. Das zweite Mißverständnis bezieht sich auf die »Übereinstimmung«. Sie ist hier, wie ja überhaupt, nicht notwendig im Sinne einer Gleichheit oder Ähnlichkeit zu verstehen. Denn sonst wäre jene Erklärung allerdings falsch, da Urteile sich von den Gegenständen und den Sachverhalten, auf die sie sich beziehen, in den allermeisten Fällen wesentlich unterscheiden, also gar keine Gleichheit oder Ähnlichkeit mit ihnen haben können, trotzdem aber sehr wohl noch wahr sein können. Ebenfowenig bedeutet die Übereinstimmung eines Urteils mit dem Verhalten des von ihm bezielten Gegenstandes, daß das Urteil ein Abbild des Gegenstandes und seines Verhaltens sei. Das Denken, das Bilden von Urteilen speziell, besteht gar nicht im Herstellen von Abbildern der Gegenstände. Wer sich solche Abbilder von Gegenständen macht, gewinnt eine Bildergalerie, aber keine Urteile. Die Übereinstimmung besagt hier vielmehr nur dies, daß das Urteil in seiner behauptenden Setzung, die es in bezug auf seinen Subjektsgegenstand vollzieht, zusammentrifft mit dem Verhalten des Gegenstandes selbst. Nimmt man daher die Begriffe »Wirklichkeit« und »Übereinstimmung« in diesem genaueren Sinne, so ist allerdings mit jener Erklärung die Bedeutung der Wahrheit eines Urteils richtig getroffen. Ein Urteil ist wahr, z. B. das Urteil »Schwefel ist gelb« ist wahr, das heißt wirklich nichts anderes als, das Urteil trifft in seiner behauptenden Hinzufügung des »gelb« zu dem Subjektsgegenstand »Schwefel« zusammen mit dem Verhalten des Schwefels selbst, der, indem er gelb ist, sich wirklich so verhält, wie das Urteil von ihm behauptet. Wir können also das Wort »Übereinstimmung« in diesem Sinne nehmen und dann kürzer sagen, die Wahrheit eines Urteils ist die Übereinstimmung des Urteils mit dem bestehenden Sachverhalt.

Ist dies der Sinn der Wahrheit, so besteht also der Anspruch des Urteils, wahr zu sein, in dem Anspruch, dem Selbstverhalten des von dem Urteil betroffenen Subjektsgegenstandes gemäß oder angemessen zu sein. Dieser Anspruch setzt das Selbstverhalten des Gegenstandes als maßgebendes Fixum

für die Urteilsbildung voraus. Der Begriff der Wahrheit setzt voraus, daß es Gegenstände gibt, die unabhängig von den auf sie bezogenen Urteilen sich in bestimmter Weise verhalten, und durch ihr so selbständiges Verhalten für die auf sie bezogenen Urteile den absolut entscheidenden Maßstab bilden. Auch die irrealen Gegenstände, die selbst Produkte einer Denktätigkeit sind, können trotzdem diese Voraussetzung erfüllen, insofern sie als einmal produzierte nun einen Eigenbestand und ein eigenes Verhalten zeigen. Läßt man diese Voraussetzung fallen, behauptet man also, daß es gar keine von den Urteilen unabhängigen und sich selbständig verhaltenden Gegenstände gebe, so hebt man damit die Möglichkeit von Urteilen auf oder man muß den Sinn der Urteile und den Sinn der Wahrheit umdeuten und verfälschen.

Von hier aus können wir nun einen hellen Durchblick durch die eigentümliche Natur des Urteils gewinnen. Jedes Urteil bezieht sich notwendig auf irgendeinen Gegenstand. In der Wahl des Gegenstandes ist das Urteil an sich unbeschränkt frei. Da jeder Gegenstand unbeschränkt viele mögliche Sachverhalte darbietet, so kann nun ein Urteil über einen, aus der unendlichen Menge möglicher Gegenstände frei gewählten, Gegenstand auch irgendeinen der unbeschränkten Menge möglicher Sachverhalte frei wählen. Aber nachdem es so selbstherrlich an die Gegenstände und die Sachverhalte herangetreten ist, muß es nun auf Grund seines eigenen Wesens, auf Grund seines Anspruches auf Wahrheit, sich in seinem konkreten Gehalt absolut und vollständig dem frei gewählten Gegenstand und seinem Verhalten unterordnen, es muß sich ihm absolut sklavenhaft, mit der größten Behutsamkeit anschmiegen. Es liegt im Wesen des Urteils, seine Selbstherrlichkeit gegenüber der Gegenstandswelt von sich aus frei und absolut aufzugeben und in diesem Sinne absolut objektiv sein zu wollen.

Das redliche Wahrheitsstreben wird daher bei der Aufstellung von Urteilen zum Kriterium ihrer Wahrheit nicht die schon vorhandenen und für wahr gehaltenen Urteile des Lebens und der Wissenschaften nehmen, wird nicht ausschließlich die Widerspruchslosigkeit mit diesen Urteilen zum entscheidenden Maßstab gebrauchen, wird nicht die Beweisbarkeit durch derartige Urteile allein entscheiden lassen, wird nicht die Meinungen vieler, aller oder gewisser autoritativer Menschen den Richter über die Wahrheit neuer Urteile bilden lassen, wird aber auch nicht die angenehme oder unangenehme Gefühlswirkung, nicht die Lebensförderung oder Lebensschädigung, die von den Urteilen ausgehen können, verwechseln mit der Wahrheit

des Urteils, sondern es wird sich zunächst den zu beurteilenden Gegenständen und Sachverhalten so nahe und so unvoreingenommen als möglich zuwenden und nun in möglichst behutsamer und sorgfältiger Anschmiegung an die Gegenstände und ihr Verhalten die Urteile bilden oder prüfen. Es wird vor allem nicht verwechseln die Auslagen eines »Wahrheitsgefühls« oder den Wahrheitschein mit dem Wahrsein; und nicht das bloße Fürwahrhalten mit der Einsicht in die Wahrheit eines Urteils.

Das Wahrheitsurteil, das von einem Urteil ausdrücklich behauptet, daß es wahr sei, ist also ein Relationsurteil, das seinen Subjektsgegenstand, nämlich das betreffende Urteil, in eine bestimmte Relation zu dem Verhalten desjenigen anderen Gegenstandes setzt, der von dem beurteilten Urteil betroffen wird. Die Prädikatsbestimmtheit des Wahrheitsurteils ist die Relationsbestimmtheit »wahr«. Diese wird durch den Prädikatsbegriff »wahr« und durch die Kopula »ist« hinbezogen auf den Subjektsgegenstand, nämlich auf das beurteilte Urteil, und behauptend mit ihm in eine bestimmte sachliche Einheit gesetzt. Das Wahrheitsurteil entspricht also ebenfalls der allgemeinen Formel des Urteils »S ist P«, indem es sowohl einen Subjektsbegriff als auch einen Prädikatsbegriff und den doppeltfunktionierenden Kopulabegriff enthält.

Nachdem nun das allgemeine Wesen des Urteils klargestellt ist, sei noch kurz, bevor wir in die Betrachtung der verschiedenen einzelnen Arten von Urteilen eintreten, darauf hingewiesen, welche Urteile in einem sprachlich ausgedrückten Urteil impliziert sind.

#### Die in einem Urteil implizierten Urteile.

Die Frage nach der Implikation von Urteilen in einem vorgegebenen Urteil betrifft das allgemeine Problem, welcher Umkreis von Urteilen notwendig mit der Wahrheit eines bestimmten Urteils ebenfalls wahr ist. Dieses Problem aber gehört in die Lehre von den unmittelbaren Schlüssen und kann daher erst später behandelt werden. Hier sei nur an einem besonderen Beispiel näher ausgeführt, daß schon ein scheinbar einfaches Urteil eine ganze Reihe anderer Urteile implizieren kann. Diese implizierten Urteile gehören dann allerdings mit zu dem vollen Bedeutungsgehalt des bestimmten Urteils. Aber sie bilden nicht dessen entfalteten Sinn. Gerade weil sie jedoch in ihm enthalten sind, so bieten sie die verführerische Gelegenheit, dieses oder jenes von ihnen mit dem entfalteten Sinn des Urteils zu verwechseln und so das Urteil in ein ganz anderes umzudeuten. Bei der Deutung eines gegebenen Urteils muß man

also genau unterscheiden, ob man auch wirklich seinen entfalteten Sinn oder nur diesen oder jenen der in ihm implizierten Sinne mit der Ausdeutung trifft.

Als Beispiel sei ein einfaches positives Bestimmungs-  
urteil, nämlich das Urteil: »Dies ist Schwefel« genommen. Dieses sprachlich ausgedrückte Urteil enthält in sich implizite mindestens folgende verschiedenen Urteile:

1. Das Bestimmungsurteil: »Dies ist ein körperlicher Stoff«.

2. Die attribuierenden Urteile: »Dies ist ausgedehnt, schwer, gelb, harzglänzend«, wenn der Begriff »Schwefel« nicht nur die bestimmte Stoffart, sondern zugleich die ihr zukommenden Eigenschaften »ausgedehnt, schwer, gelb und harzglänzend« mitmeint.

3. Die Existenzialurteile: »Dies existiert« und »Schwefel existiert«, wenn das »Dies« die Existenzialmeinung in sich schließt.

4. Die Relationsurteile: »Dies ist ähnlich oder gleichartig bestimmten anderen Körperdingen«, wenn im gegebenen Falle der Begriff »Schwefel« nicht nur eine bestimmte Stoffart, sondern zugleich auch andere Dinge meint, die ebenfalls diese Stoffart zeigen.

Außer diesen Ähnlichkeitsrelationsurteilen enthält das Urteil weiter das »Benennungsurteil«, also das intentionale Relationsurteil: »Dies heißt im Deutschen Schwefel«, insofern in dem sprachlichen Ausdruck des Urteils das deutsche Wort »Schwefel« in seinem sprachgebräuchlichen Sinn genommen zu sein beansprucht.

Es ist außerdem impliziert das intentionale Begriffs-  
urteil »Dies fällt unter den Begriff Schwefel«, weil das, was tatsächlich Schwefel ist, auch unter den Begriff »Schwefel« fällt.

Schließlich impliziert das Urteil noch die Behauptung: »Dies gehört zu der Klasse von Dingen, die aus Schwefel bestehen«, weil jeder bestimmten Stoffart eine Klasse von Dingen aus dieser Stoffart entspricht, und jedes Ding, das von dieser Stoffart ist, auch zu dieser Klasse von Dingen gehört.

#### Sechstes Kapitel.

#### Die sogenannte Qualität des Urteils.

Wenn sich das allgemeine Wesen des Urteils zu speziellen Urteilen entfalten soll, wenn ein wirkliches Urteil zustande kommen soll, so muß sich die erste Funktion der Kopula, nämlich die Hin-  
beziehung der Prädikatsbestimmtheit auf den Subjektsgegenstand

notwendig in eine von zwei einander direkt entgegengesetzten Richtungen differenzieren, nämlich entweder eine positive, hinzusetzende oder eine negative abspreizende Hinbeziehung sein. Im ersten Fall entsteht das positive oder bejahende, im zweiten Fall das negative oder verneinende Urteil. Man nennt diese Positivität und Negativität die Qualität des Urteils. Es gibt also zwei und nur zwei Qualitäten des Urteils. Die Notwendigkeit des Urteils, entweder ein positives oder ein negatives zu sein, gründet nicht in der Natur des menschlichen Denkens oder Urteilens, sondern ausschließlich in der Natur des Urteils selbst. Die Behauptungsfunktion des Urteils setzt an sich voraus, daß zunächst die Hinbeziehung der Prädikatsbestimmtheit auf den Subjektsgegenstand sich entweder zu einer positiven, hinzusetzenden oder aber zu einer negativen, abspreizenden entschieden hat, ehe sie selbst vollzogen werden kann.

Dem positiven und dem negativen Urteil ist gemeinsam, daß sie eben Urteile sind. Das allgemeine Wesen des Urteils findet sich in beiden gleichmäßig vor. Beide Urteile haben einen Subjektsbegriff, der den Subjektsgegenstand bestimmt und ihn dem Urteile unterwirft; beide Urteile haben einen Prädikatsbegriff, der die Prädikatsbestimmtheit meint, die dann auf den Subjektsgegenstand hinbezogen wird, und beide haben einen Kopulabegriff, der sowohl die Prädikatsbestimmtheit auf den Subjektsgegenstand hinbezieht als auch die Behauptungsfunktion ausübt. Die Differenzierung der Urteile nach der Qualität betrifft nun nicht den Subjektsbegriff und auch nicht den Prädikatsbegriff, denn beide können in Urteilen verschiedener Qualität völlig die gleichen sein. So sind z. B. in den beiden Urteilen »Schwefel ist gelb« und »Schwefel ist nicht gelb« derselbe Subjektsbegriff »Schwefel« und derselbe Prädikatsbegriff »gelb« enthalten. Die Differenzierung betrifft allein und ausschließlich den Kopulabegriff. Zwar, sofern die Kopula die Behauptungsfunktion ausübt, ist auch die Kopula in beiden Urteilen die gleiche. Aber die primäre Funktion der Kopula, die Hinbeziehung der Prädikatsbestimmtheit auf den Subjektsgegenstand ist in den beiden Urteilen eine verschiedene, und zwar eine direkt entgegengesetzte. Im positiven Urteil ist sie eine, die Prädikatsbestimmtheit zu dem Subjektsgegenstand *hinzusetzende*, im negativen Urteil dagegen eine die Prädikatsbestimmtheit von dem Subjektsgegenstand *abspreizende* oder *abweisende Hinbeziehung*. Solange die allgemeine Hinbeziehung, diese primäre Kopulafunktion, sich nicht zu einer positiven oder zu einer negativen differenziert hat, kann die zweite Funktion der Kopula, die Be-

hauptungsfunktion gar nicht stattfinden. Die primäre Kopulafunktion muß also im Urteil notwendig eine der beiden Qualitäten haben, sie darf nicht in ihrer allgemeinen Unbestimmtheit verharren, – so gern der Mensch dies bei seinem Urteilen oftmals auch möchte, – sondern sie muß sich notwendig für einen von den beiden entgegengesetzten Wegen entscheiden und damit das Urteil entweder zu einem positiven oder zu einem negativen Urteil machen.

Aus dem Dargelegten ergibt sich, daß die beiden nach der Qualität verschiedenen Urteile gleich viele Elemente enthalten, daß speziell das negative Urteil nicht mehr und nicht weniger Elemente enthält als das entsprechende positive. Subjektsbegriff, Prädikatsbegriff und Kopula mit Doppelfunktion, das sind in beiden Fällen die notwendigen und hinreichenden Bestandteile des Urteils. Und auch der Aufbau des Urteils ist in beiden Fällen genau der gleiche. An erster Stelle steht der Subjektsbegriff, an ihn knüpft die primäre Funktion der Kopula an und führt hinüber zum Prädikatsbegriff, und in dem Moment, wo die Kopula ihre erste Funktion erfüllt hat, legt sich sogleich ihre zweite Funktion über die erste hinüber, behauptend das Ganze abschließend, das Behauptungsgepräge darauf drückend. Der ganze Unterschied der beiden Urteile liegt nur darin, daß die erste Kopulafunktion im positiven eine hinzulegende, im negativen dagegen eine wegsetzende oder absprenzende ist. Diese beiden verschiedenartigen und direkt entgegengesetzten Funktionen der Kopula sind gleichstufige Differenzierungen der allgemeinen Hinbeziehungsfunktion der Kopula, also einander genau koordiniert. Dementsprechend sind auch die beiden nach der Qualität verschiedenen Urteile, das positive und das negative, zwei einander logisch völlig koordinierte Urteile. Als Symbole für die beiden Urteile mögen folgende Gebilde dienen, die zugleich die Gleichheit und die Verschiedenheit der beiden Urteile sichtbar werden lassen:

Das positive Urteil:

$S \supset P$   
↑

Das negative Urteil:

$S \smile P$   
↑

In der überlieferten Logik sind für die beiden Urteile Formeln im Gebrauch, die leicht zu falschen Auffassungen des Qualitätsunterschiedes verführen können. Als Formel für das positive Urteil wird angegeben: »S ist P«, und als Formel für das negative Urteil: »S ist nicht P«. Dabei ist aber nun zunächst zu berücksichtigen, daß die Formel für das positive Urteil: »S ist P« mit der allgemeinen Formel für das Urteil überhaupt, die in der Logik gegeben zu werden

pflegt, zwar völlig übereinstimmt, aber hier eine von jener wesentlich verschiedene Bedeutung hat. Die allgemeine Formel für das Urteil überhaupt soll das allen Urteilen Gemeinsame angeben. Sie muß also dasjenige darstellen, was sowohl beim negativen, als auch beim positiven Urteil vorhanden ist, weil ja beide Urteile wirkliche Urteile sind. Es darf daher in jener allgemeinen Formel die Kopula »ist« durchaus nicht schon als eine positive, hinzufügende gemeint sein, sondern sie muß in ihrer primären Funktion nur die allgemeine Hinbeziehung bedeuten, die sowohl beim positiven als auch beim negativen Urteil vorhanden ist. In der Formel für das positive Urteil »S ist P« dagegen bedeutet das »ist« nicht bloß die allgemeine Hinbeziehung, sondern eben die positive, die hinzusetzende Beziehungsfunktion und außerdem natürlich die noch unmodifizierte allgemeine Behauptungsfunktion der Kopula. Diese Formel für das positive Urteil bringt also gerade diejenige Differenzierung der allgemeinen Hinbeziehungsfunktion der Kopula, die sie zu einer positiven macht, nicht zum Ausdruck und ist daher in dieser Beziehung mangelhaft. Die Formel für das negative Urteil dagegen »S ist nicht P« bringt durch das Wort »nicht«, gegenüber der allgemeinen Formel für das Urteil überhaupt, die spezifisch negative Differenzierung der allgemeinen Hinbeziehungsfunktion der Kopula ausdrücklich zur Kennzeichnung und ist daher dem negativen Urteil ganz angemessen.

Diese Unangemessenheit der Formel »S ist P« für das positive Urteil muß man wohl im Auge behalten, um nicht, durch die Formeln verleitet, in die irrtümliche Meinung zu verfallen, das positive Urteil bestehe aus drei Gliedern, das negative Urteil dagegen aus vier Gliedern, indem es zunächst alle drei Glieder des positiven in sich enthalte und außerdem ein neues, durch das »nicht« dargestellte Glied in sich aufweise. Damit würde zugleich die allgemeine Formel für das Urteil überhaupt unberechtigerweise den positiven Charakter bekommen und die Urteilslehre in Verwirrung geraten. Von dieser gedankenlosen Betrachtung der überlieferten Urteilsformeln ausgehend, kann man schon zu jener, in der Logik oft diskutierten Meinung kommen, das negative Urteil enthalte in sich ein positives Urteil und sei seinem Wesen nach nur die durch das »nicht« zum Ausdruck gebrachte Abweisung eines positiven Urteils. Beschränkt man sich jedoch auf die rein logische Betrachtung der Urteile, so erfieht man, daß das negative Urteil als solches keineswegs das entsprechende positive Urteil in sich enthält. Das Urteil »Schwefel ist nicht blau« enthält als logisches Gedankengebilde weder entfaltet noch unent-

fallt die Behauptung, daß Schwefel blau sei, sondern ausschließlich das negative Urteil, daß Schwefel eben nicht blau sei. Nur wenn man von psychologischer Betrachtungsweise an die Untersuchung des negativen Urteils herangeht, wie es Chr. Sigwart getan hat, kann diese Meinung mehr Überzeugungskraft gewinnen, als sie aus jener gedankenlosen Verwertung der überlieferten Formeln für die Urteile zu gewinnen vermag. Man sagt etwa mit Sigwart, niemand wird zum Vollzug irgendeines bestimmten negativen Urteils gelangen, wenn er nicht entweder selbst in Versuchung ist, das entsprechende positive Urteil zu vollziehen, oder wenn er nicht durch ein entsprechendes positives Urteil anderer Menschen dazu veranlaßt wird. Wie soll ich z. B. dazu kommen, das negative Urteil »Schwefel ist nicht blau« zu vollziehen, wenn ich nicht durch irgendwelche Umstände erst zu dem Gedanken gekommen bin, Schwefel sei blau, oder wenn mir nicht die Behauptung anderer Menschen entgegengetreten ist, die positiv befragt, daß Schwefel blau sei? Folglich setze das negative Urteil immer das entsprechende positive Urteil, entweder als versuchtes oder als wirklich vollzogenes Urteil voraus. Das negative Urteil sei daher nicht dem positiven Urteil koordiniert, sondern sei nur die Abweisung des entsprechenden versuchten oder vollzogenen positiven Urteils. Das eigentliche Urteil sei das positive.

Gegen diese Überlegung ist jedoch folgendes zu sagen. Die logische Frage lautet nicht, was den Menschen veranlassen könne, bestimmte Urteile, also hier das negative Urteil zu vollziehen; dies wäre vielmehr eine psychologische Frage. Sondern die logische Frage geht darauf aus, festzustellen, welche Arten von Gedanken gebildet, speziell von Urteilen es gibt, wie diese verschiedenen Arten in sich aufgebaut sind, welche Beziehungen sie zueinander haben und dgl. In bezug auf das negative Urteil ist also die rein logische Frage diese: Ist das negative Urteil überhaupt ein Urteil besonderer Art, schließt es als logisches Gebilde das positive Urteil als seinen Bestandteil in sich oder setzt es daselbe logisch voraus? Auf diese rein logische Frage kann aber die Antwort nur lauten: das negative Urteil enthält weder das entsprechende positive Urteil in sich, noch setzt es dieses logisch irgendwie voraus. Natürlich muß man, um dies einzusehen, unter dem positiven Urteil wirklich ein Urteil positiver Art verstehen, also weder an den »bloßen« Gedanken ohne Behauptungsfunktion, noch an den noch vor aller Positivität und Negativität bloß die Prädikatsbestimmtheit auf den Subjektsgegenstand hinbeziehenden Gedanken denken. Denn beide wären noch keine Urteile. Die Hinbeziehung, die im positiven, wie in jedem Urteil über-



haupt vorhanden ist, findet sich natürlich auch im negativen Urteil. Aber gerade sie ist im positiven Urteil in einer Weise determiniert, die im negativen Urteil nicht vorkommt, sondern durch die gerade entgegengesetzte Determination ersetzt ist. Ebenso ist das negative Urteil dem positiven gegenüber ein völlig selbständiges Gedankengebilde, das weder zu seinem Sein, noch zu seiner Wahrheit irgendwie das positive Urteil oder seine Wahrheit voraussetzt. Die Veranlassungen, durch die der Mensch zum Vollzug bestimmter negativer Urteile gebracht wird, gehen weder den logischen Gehalt noch die Wahrheit des negativen Urteils etwas an. Im übrigen könnte man ähnliche Argumente auch in bezug auf das positive Urteil anführen. Denn der Mensch wird auch bestimmte positive Urteile nur dann fällen, wenn er Anlaß zum Vollzug der entsprechenden negativen Urteile hat oder wenn andere Menschen ihm solche negativen Urteile entgegenbringen. Daraus würde aber hier ebenfowenig folgen, daß das positive Urteil ein negatives Urteil in sich enthalte oder ein solches voraussetze, wie oben daraus das Entsprechende für das negative Urteil folgte.

Allerdings gibt es ein negatives Urteil, das in sich eine Beziehung auf das entsprechende positive Urteil enthält und das in genau denselben sprachlichen Sätzen zum Ausdruck gebracht werden kann, wie das schlichte negative Urteil; das ist das polemisch-negative Urteil. Dieses enthält nämlich neben dem einfachen negativen Urteil noch die polemische Abweisung des entsprechenden positiven Urteils. Sprachlich wird diese polemische Modifikation des negativen Urteils gewöhnlich bloß dadurch gekennzeichnet, daß das Wort »nicht« in dem Satz besonders betont wird. Es gibt aber auch die einfachen unpolemischen negativen Urteile, wie z. B. das Urteil »Schwefel ist nicht löslich in Wasser« in dem durchaus nicht das entsprechende positive Urteil abgewiesen wird, sondern einfach jede Beziehung auf ein solches positives Urteil fehlt. Die Möglichkeit eines polemischen Nebengedankens ist aber auch gar nicht auf das negative Urteil beschränkt und für dieses nicht etwa charakteristisch. Es gibt vielmehr auch polemisch-positive Urteile, die gleichfalls in denselben sprachlichen Sätzen kundgegeben werden können, wie die schlichten positiven Urteile, nur daß eben das Wort »ist«, oder das Wort, das gerade seine Stelle vertritt, besonders betont wird. Ein derartiges polemisch-positives Urteil enthält dann in sich die Beziehung auf das entsprechende negative Urteil und weist dieses ab, eine Beziehung und Abweisung, die gerade im schlichten positiven Urteil fehlt. Alles dies macht es deutlich, daß das negative Urteil dem positiven gegen-

über durchaus nicht sekundärer Natur ist, sondern eine selbständige, dem positiven Urteil gleichgeordnete Urteilsart ist.

Dies zeigt sich weiterhin auch darin, daß alle die Urteilsarten, die wir früher an der Hand der möglichen Sachverhaltsarten unterschieden haben, ebensowohl als negative wie als positive Urteile auftreten können. So gibt es nicht nur positive Bestimmungsurteile, die befragen, was ein Gegenstand ist, sondern auch negative Bestimmungsurteile, die befragen, was ein Gegenstand nicht ist, wie z. B. das Urteil »Schwefel ist kein Metall«. Den positiven Attributionsurteilen entsprechen die negativen Attributionsurteile, die befragen, wie ein Gegenstand nicht ist. Die positiven Existenzialurteile haben ihr Gegenstück in den negativen Existenzialurteilen, die behaupten, daß ein bestimmter Gegenstand nicht existiere oder eine bestimmte Seinsart nicht habe. Der Mannigfaltigkeit der möglichen positiven Relationsurteile entspricht eine gleich große Mannigfaltigkeit von negativen Urteilen, die befragen, wie sich ein Gegenstand in bestimmten Relationen zu anderen Gegenständen nicht verhält. So gibt es negative Vergleichsurteile, negative Zugehörigkeitsurteile, negative Abhängigkeitsurteile und negative intentionale Urteile, von denen die letzteren z. B. befragen, daß ein Gegenstand von bestimmten Personen nicht wahrgenommen wird, nicht geliebt, geschätzt, gefürchtet oder gewünscht wird, oder auch daß er nicht unter bestimmte Begriffe fällt, nicht von bestimmten Urteilen betroffen wird, nicht mit bestimmten Wörtern einer bestimmten Sprache bezeichnet wird usw.

Das negative Urteil hat sich in der Logik mannigfache Umdeutungen gefallen lassen müssen. Besonders zu der Zeit, als man glaubte, es sei die Aufgabe der Logik, alle möglichen sprachlich ausgedrückten Urteile »zurückzuführen« auf eine einzige Urteilsart, als man diese Vergewaltigung der Urteile verwechselte mit der Auffuchung des allgemeinen, allen Urteilen gemeinsamen Wefens, da glaubte man auch, eine logische Erkenntnis damit gefunden zu haben, daß man herausfand, das negative Urteil »S ist nicht P« lasse sich »zurückführen« auf das positive Urteil »S ist ein non-P«. Daß hiermit nun eine unberechtigte Umdeutung des negativen Urteils vollzogen ist, erfieht man, wenn man ein bestimmtes negatives Urteil, etwa das Urteil »Schwefel ist nicht blau«, nach dem angegebenen Schema in ein entsprechendes positives verwandelt. Man erhält nämlich dann das Urteil »Schwefel ist ein nicht-blauer Gegenstand«. Dies ist nun der Form nach ein Bestimmungsurteil in un-

ferem früher angegebenen Sinne, d. h. es befagt, was Schwefel ist. Vorausgesetzt ist dabei, daß ein »nicht-blauer Gegenstand« überhaupt eine bestimmte Art von Gegenständen ist. Das Ausgangsurteil »Schwefel ist nicht blau« ist dagegen kein Bestimmungsurteil, sondern ein Attributionsurteil, das einen ganz anderen Sachverhalt setzt, als das angeführte Bestimmungsurteil. Außerdem beseitigt man durch diese Zurückführung in keiner Weise die negative Hinbeziehung des negativen Urteils, sondern versteckt sie nur unbeachtet und ungeklärt in den künstlichen Prädikatsbegriff des »non-P«. Denn in unserem Beispiel ist ein nicht-blauer Gegenstand ein Gegenstand, der nicht blau ist. Durch jene »Zurückführung« des negativen Urteils auf ein positives Urteil mit negativem Prädikat beschränkt man also unberechtigterweise die Mannigfaltigkeit verschiedenartiger Sachverhalte, die durch verschiedene Urteile gesetzt werden können, auf eine einzige Art, nämlich auf die Bestimmungsfachverhalte, und verschiebt zugleich die negative Kopulafunktion in das Dunkel des künstlichen Prädikatsbegriffes »non-P«.

A n d e r e U m d e u t u n g e n des negativen Urteils ergeben sich, wenn man von der Frage ausgeht, was den Sinn des Urteils »S ist nicht P« ausmache. Bei dieser Frage tritt sogleich wieder an die Stelle des naiven und sicheren Verständnisses des negativen Urteils eine Sinnverwirrung ein, der auch bedeutende Logiker oft unterlegen sind. So antwortet man z. B. auf die angegebene Frage mit der Erklärung, der Sinn des negativen Urteils »S ist nicht P« sei der, zu behaupten, daß der Sachverhalt, den das entsprechende positive Urteil setze, nicht bestehe; daß also z. B. das Urteil: »Schwefel ist nicht blau« befage, der Sachverhalt »Schwefel ist blau« bestehe nicht. Daß nun hier an die Stelle des ersten negativen Urteils ein ganz anderes negatives Urteil gesetzt wird, spürt man vielleicht sogleich unmittelbar, kann man sich aber zur vollen Einsicht bringen, wenn man beachtet, daß die beiden, in ihrem Sinn identifizierten Urteile ganz verschiedene Subjekts- und ganz verschiedene Prädikatsbegriffe haben. Im ersten negativen Urteil ist offenbar »Schwefel« der Subjektsgegenstand, also der Begriff »Schwefel« der Subjektsbegriff, während im zweiten negativen Urteil der Sachverhalt »Schwefel ist blau« der Subjektsgegenstand, also der Begriff dieses Sachverhaltes der Subjektsbegriff ist. Außerdem ist im ersten Urteil der Prädikatsbegriff der Begriff »blau«, dagegen findet sich im zweiten Urteil der Prädikatsbegriff »bestehen«. Zwei Urteile, in denen sowohl der Subjektsbegriff als auch der Prädikatsbegriff verschieden sind, sind aber sinnverschiedene Urteile und dürfen durchaus nicht

bedeutungsidentisch gesetzt werden. Außerdem begeht diese Umdeutung den Fehler, die ganze Mannigfaltigkeit der auch für das negative Urteil im allgemeinen noch offenstehenden Sachverhalte unberechtigterweise zu reduzieren auf eine einzige Sachverhaltsart, nämlich auf die Art, in der ein Sachverhalt sich zu seinem Bestehen verhält.

Der eben angegebenen Umdeutung ähnlich ist diejenige, die von dem negativen Urteil »S ist nicht P« behauptet, es bedeute gar nichts anderes als: Das Urteil »S ist P« ist nicht wahr. Es mag sein, daß in einzelnen Fällen jemand mit einem negativen Satz, wie etwa dem Satz »Schwefel ist nicht blau«, nichts anderes zum Ausdruck bringen will als die Behauptung, das Urteil »Schwefel ist blau« sei nicht wahr. Aber darauf kommt es hier nicht an, sondern vielmehr darauf, daß es noch ein anderes negatives Urteil gibt, welches auch den Normalinn des eben angeführten sprachlichen Satzes ausmacht und welches nun von dem Schwefel als Subjektsgegenstand – und nicht von dem positiven Urteil »Schwefel ist blau« – behauptet, daß er nicht blau sei, und nicht etwa von ihm ausagt, daß er nicht wahr sei. Dieses negative Urteil hat also einen anderen Subjekts- und einen anderen Prädikatsbegriff, als das mit ihm irrtümlicherweise identifizierte, auf das entsprechende Urteil bezogene Urteil. Es ist also nicht von der gleichen Bedeutung wie das negative Wahrheitsurteil. Zugleich ist natürlich mit dieser Umdeutung eine Änderung des von dem negativen Urteil entworfenen Sachverhalts verbunden und die Mannigfaltigkeit der dem negativen Urteil offenstehenden Sachverhalte eingeschränkt auf jene einzige Art, die das Urteil, die Wahrheit abweisend, enthält. Es ist aber gar kein sachlicher Grund vorhanden, alle anderen negativen Urteile zugunsten dieses einen negativen zu beseitigen. Denn ebenfögut wie ein Urteil von einem anderen Urteil die Prädikatsbestimmtheit »wahr« behauptend abpreizen kann, vermag es auch von irgendeinem anderen Gegenstand irgendeine andere Prädikatsbestimmtheit behauptend abzupreizen.

Das negative Urteil ist auch darin dem positiven koordiniert, daß es, wie dieses, den Anspruch auf Wahrheit macht, also mit dem Selbstverhalten des von ihm betroffenen Gegenstandes übereinstimmen will. Vergleicht man das negative Urteil mit der entsprechenden negativen Frage, so ergibt sich, daß zu der abpreizenden Hinbeziehung, die auch in der Frage zwischen der Prädikatsbestimmtheit und dem Subjektsgegenstand vollzogen wird, im negativen Urteil noch die Behauptungsfunktion hinzukommt, welche in

der negativen Frage fehlt und in ihr durch die Fragefunktion ersetzt ist. Das negative Urteil zeigt also denselben Aufbau wie das positive. In beiden Fällen baut sich über den beiden gegenständlichen Begriffen, dem Subjekts- und Prädikatsbegriff, die doppeltfunktionierende Kopula auf, die im positiven Urteil zunächst eine positiv zulegende, im negativen eine negativ abspreizende Hinbeziehung ausübt und dann in beiden Fällen die gleiche Behauptungsfunktion abschließend darüberlegt. Die Kopula ist also in allen Urteilen, den positiven sowohl als auch den negativen, der Vollzieher einer Doppelfunktion, von denen die positive oder negative Hinbeziehung die primäre und untergelegte, die Behauptungsfunktion die sekundäre und abschließend übergelegte ist.

So wie das positive Urteil auf Grund seines Anspruches auf Wahrheit zwar nicht bedeutungsidentisch, aber doch äquivalent mit demjenigen Wahrheitsurteil ist, das von ihm behauptet, daß es wahr sei, so ist auch das negative Urteil auf Grund des Wahrheitsanspruches, der auch ihm nicht fehlt, zwar nicht bedeutungsidentisch, wohl aber äquivalent mit demjenigen Wahrheitsurteil, das von ihm behauptet, daß es wahr sei. Außerdem ist das negative Wahrheitsurteil, das von dem positiven Urteil behauptet, es sei nicht wahr, äquivalent dem schlichten negativen Urteil; und das negative Wahrheitsurteil, das von dem negativen Urteil behauptet, es sei nicht wahr, äquivalent dem schlichten positiven Urteil. In Formeln ausgedrückt ergeben sich also folgende Äquivalenzen:

1. »S ist P« äquivalent »Das Urteil ,S ist P' ist wahr«;
2. »S ist nicht P« äquivalent »Das Urteil ,S ist nicht P' ist wahr«;
3. »Das Urteil ,S ist P' ist nicht wahr« äquivalent »S ist nicht P«;
4. »Das Urteil ,S ist nicht P' ist nicht wahr« äquivalent »S ist P«.

Die Qualität der Urteile betrifft die primäre, d. h. die Hinbeziehungsfunktion der Kopula. Auch die zweite, d. h. die Behauptungsfunktion kann bestimmte verschiedene Differenzierungen annehmen, durch die sich die Modalität des Urteils bestimmt.

#### Siebentes Kapitel.

##### Die sogenannte Modalität des Urteils.

Die sprachlichen Sätze, in denen die bestimmte Modalität eines Urteils mit zum Ausdruck kommt, sind im allgemeinen mehrdeutig. Nahe beieinander liegen die logischen Modalitäten des Urteils, die ontologischen Modalitäten des Sachverhalts, sowie die

psychologischen Modalitäten des Behauptens. Daher kommt es wohl, daß sowohl in der Logik, als auch in der Sprachlehre noch immer so große Unklarheit über die Modalitäten der Urteile besteht. Wir gewinnen von vornherein eine klare Übersicht, wenn wir von der alten Bestimmung, die Modalität des Urteils betreffe die Behauptungsweise, sie sei der Ausdruck des Grades der Gewißheit der Behauptung, ausgehen und wenn wir diese Bestimmung streng festhalten. Wir entwickeln daher die Modalitäten des Urteils zunächst so, daß wir von dem allgemeinen Wesen des Urteils, soweit wir es bis jetzt erkannt haben, ausgehen und unser Augenmerk speziell auf die zweite Funktion der Kopula, nämlich auf die Behauptungsfunktion richten und zusehen, welche Modifikation sie bei sonst ungeändertem Urteil noch zeigen kann.

Die Behauptungsfunktion darf in einem Urteil überhaupt nicht fehlen, wenn das betreffende Gedankengebilde ein Urteil und nicht ein »bloßer« Gedanke sein soll. Es kann aber die logische Wucht oder das logische Gewicht des Behauptungsschlages mehr oder weniger herabgemindert sein, wenn es nämlich noch in gewissem Grade zweifelhaft bleibt, ob wirklich  $S \rightarrow P$  ist. Es tritt dann eine gewisse Dämpfung oder Zurückhaltung in den Behauptungsschlag ein, so daß zwar immer noch ein Überschuß an Behauptungsgewicht vorhanden ist, das logische Gewicht also noch nicht gleich Null geworden ist, es aber doch eine gewisse Abschwächung erfahren hat. Es liegt dann immer noch ein Urteil vor, es wird in dem Gedankengebilde etwas behauptet, aber die Behauptung hat nicht das volle logische Gewicht. Das Urteil macht dann noch Anspruch auf Wahrheit, aber keinen vollen mehr, sondern einen mehr oder weniger herabgeminderten Anspruch. Statt auf Wahrsein, geht der Anspruch nun auf einen mehr oder minder hellen Wahrschein. Es bleibt noch in höherem oder geringerem Grade fraglich, ob es wirklich wahr ist.

Das so in seinem logischen Behauptungsgewicht mehr oder minder abgeschwächte, aber nicht auf Null reduzierte, Urteil ist das problematische Urteil. Die angemessene Formel dafür lautet:

»S ist vielleicht, möglicherweise P«.

Nach zwei Seiten ist dieses problematische Urteil oder vielmehr die problematische Modalität desselben genau abzuscheiden. Zuerst von der psychologischen Modalität des Behauptens. Ein Urteil kann nämlich mit größerer oder geringerer Heftigkeit oder Nachdrücklichkeit behauptet werden. Wird nun ein Urteil aus irgendeinem seelischen Grunde recht zaghaft behauptet, so braucht

diese psychologische Modalität des Urteilsvollzuges durchaus nicht notwendig in der Abschwächung des logischen Behauptungsgewichtes ihr Gegenstück zu finden. Vielmehr können auch logisch vollgewichtige Urteile zaghaft vollzogen werden. Ist z. B. ein Urteil einem Menschen sehr unangenehm und peinlich, so kann er es zwar mit seelischer, aber ohne jede logische Dämpfung vollziehen. Die psychologischen Modalitäten des Behauptens sind weder identisch mit den logischen Modalitäten des Urteils, noch stehen sie mit ihnen in gleichförmiger Korrespondenz.

Nach der anderen Seite ist die logische Modalität des problematischen Urteils genau abzuscheiden von der ontologischen Modalität, die in dem, vom Urteil entworfenen Sachverhalt liegt. Die Formulierung des problematischen Urteils in dem Satz: »S kann P sein« verleitet auf Grund der Mehrdeutigkeit des Begriffes des »könnens« zur Verwechslung der logischen mit der ontologischen Modalität und ist daher sehr unzuverlässig. Der Satz z. B. »Er kann stenographieren« behauptet von der betreffenden Person, daß sie eine bestimmte Fähigkeit oder Fertigkeit, eben die zu stenographieren, besitze. Das mit diesem Satze zum Ausdruck gebrachte Urteil ist aber keineswegs ein problematisches, denn der Behauptungsschlag hat darin sein volles logisches Gewicht, ist in keiner Weise logisch abgedämpft. Das entsprechende problematische Urteil würde vielmehr in angemessener sprachlicher Form lauten: »Er kann vielleicht, möglicherweise stenographieren«. Hierin sind dann die ontologische und die logische »Möglichkeit« vereint und doch zugleich deutlich unterscheidbar. In anderen Fällen bedeutet das »kann« ebenfalls nicht die logische Modalität, aber auch nicht eine subjektive Fähigkeit, sondern eine objektive Möglichkeit. So z. B. in dem Satz: »Das Kind kann herunterfallen«, wo doch offenbar dem Kind nicht eine bestimmte Fähigkeit oder Fertigkeit zuerteilt werden soll, sondern nur die objektive Möglichkeit behauptet wird, daß das Kind herunterfalle, und zwar behauptet wird mit vollem logischen Behauptungsgewicht. Der Satz ändert daher seinen Sinn, wenn man ihn umwandelt in das Urteil: »Das Kind fällt vielleicht herunter«. Die Frage, was denn die objektive Möglichkeit sei, mag noch so schwierig zu beantworten sein, ihre Lösung ist nicht die Aufgabe der Logik, sondern die der Ontologie. Die Lösung dieser Frage ist auch gar nicht nötig, wenn es sich nur darum handelt, zu verstehen, was mit der objektiven Möglichkeit gemeint ist, und den Unterschied zu erkennen, der zwischen dieser objektiven Möglichkeit und der problematischen Modalität des Urteils besteht. Denn schon

im täglichen Leben versteht jeder normale erwachsene Mensch solche Urteile, in denen eine objektive Möglichkeit behauptet wird, er mißversteht sie sehr selten, auch wenn er gar nicht zu sagen weiß, was damit gemeint ist. Ebenso kann man auch die problematische Modalität des Urteils völlig klar von der objektiven Möglichkeit in den Sachverhalten unterscheiden, ohne daß man die objektive Möglichkeit ontologisch genauer zu bestimmen vermöchte.

Da die Dämpfung des Behauptungschlages im Urteil mehr oder weniger groß sein kann, wenn sie nur die Behauptung nicht völlig aufhebt, so kann das problematische Urteil noch variieren nach dem Grade dieser Dämpfung oder nach der Größe des noch verbleibenden Überschusses an logischem Gewicht des Behauptungschlages. Der Charakter des Problematischen kann mehr und mehr abnehmen, das logische Gewicht immer mehr zunehmen bis zum ungedämpften Vollgewicht. Ist jede Dämpfung verschwunden, ist das logische Vollgewicht erreicht, so ist das Urteil kein problematisches mehr, sondern nun ein assertorisches Urteil. Zwischen dem »bloßen« Gedanken ohne jedes Behauptungsgewicht und dem assertorischen Urteil liegt die ganze Fülle der graduell verschiedenen problematischen Urteile. Der Mensch hat in bezug auf diese logischen Gewichtsunterschiede eine sehr feine Unterscheidungsfähigkeit, der die Sprache mit ihren wenigen unterschiedenen Wörtern durchaus nicht nachkommt. Und nicht immer ist es möglich, die Gewichtsunterschiede durch Zahlenangaben exakt zu bezeichnen.

Aus dem Gefagten geht hervor, daß die sogenannten Wahrscheinlichkeitsurteile zu den problematischen Urteilen gehören, soweit sie nicht eine objektive Wahrscheinlichkeit assertorisch behaupten, sondern Urteile mit mehr oder minder abgeschwächtem Behauptungsgewicht sind. »S ist wahrscheinlich P«, »S ist sehr wahrscheinlich P« sind zwei allgemeine Formeln für derartige Wahrscheinlichkeitsurteile von graduell verschiedenem Gewicht. Im übrigen sind natürlich alle Urteile, auch wenn sie, wie so oft in den Erfahrungswissenschaften, sprachlich in assertorischer Form auftreten, immer problematische Urteile, solange das logische Gewicht des Behauptungschlages in ihnen noch nicht seine volle Größe hat.

Trotz der Verschiedenheit zwischen der psychologischen Modalität des Behauptens und der logischen Modalität des problematischen Urteils besteht ein psychologischer Zusammenhang zwischen der Weichheit oder Zaghaftigkeit des Behauptens und der Neigung, feinen Urteilen mehr oder weniger problematischen Charakter zu geben. Manche Menschen von weichem Wesen behaupten nicht nur



zaghaft, sondern geben auch überwiegend problematische Urteile kund, indem sie oft die dämpfenden Zusätze in ihren Urteilen häufen und, wie manche Österreicher, gern die Wendung gebrauchen: »S dürfte vielleicht doch wohl P sein«. Dies sowohl als auch die Tatsache, daß widersprechende Behauptungen für widerspruchsempfindliche Menschen sofort weniger verlegend werden, wenn sie die problematische Modalität annehmen, beweist jedoch nichts für die Identität der psychologischen Modalität mit der logischen.

Das problematische Urteil unterscheidet sich also vom nicht-problematischen nur dadurch, daß in ihm der zweiten Kopulafunktion, nämlich der Behauptungsfunktion, eine Dämpfung von bestimmter Größe auferlegt ist, daß also diese logische Dämpfungsfunktion noch zu der Kopula hinzutritt. Weder der Subjektsbegriff, noch der Prädikatsbegriff erleidet irgendeine Modifikation, insbesondere gehört das »vielleicht« oder »möglichlicherweise« oder »wahrscheinlich« nicht zum Prädikatsbegriff. Dementsprechend ist auch der Sachverhalt, der dem problematischen Urteil als sein Gegenstück gegenübersteht, durchaus kein eigenartiger. Denn durch die beiden Urteile: »Er ist vielleicht im Theater« und »Er ist im Theater« werden keine verschiedenen, sondern ein und derselbe Sachverhalt entworfen.

Dies letztere zeigt sich auch darin, daß alle die Arten von Urteilen, die wir früher nach den verschiedenen, von ihnen entworfenen Sachverhaltsarten unterschieden haben, in der problematischen Modalität auftreten können. Es gibt problematische Bestimmungsurteile so gut wie problematische Attributionsurteile, problematische Seinsurteile und problematische Relationsurteile aller Arten.

Daß die Modalität die Behauptungsfunktion und nicht die primäre Kopulafunktion, die Hinbeziehungsfunktion betrifft, tritt dadurch hervor, daß sowohl die positiven als auch die negativen Urteile problematischen Charakter haben können. »S ist vielleicht P« und »S ist vielleicht nicht P« sind die beiden allgemeinen Formeln für diese Fälle.

Eine Reihe von vermeintlichen Ausdeutungen, die sich das problematische Urteil in der Logik hat gefallen lassen müssen, sind leicht als unberechtigte Umdeutungen zu erkennen. Sagt man, ein Urteil von der Form »S ist vielleicht P« bedeute nichts anderes als die Erklärung, »Ich, der Sprechende, kann mir denken, daß S P sei«, so ist dies schon darin als eine Umdeutung zu erkennen, daß der Subjektsgegenstand, also auch der Subjektsbegriff völlig verändert

wird. Während in dem Urteil »Karl ist vielleicht im Theater« Karl der Subjektsgegenstand ist, wird durch die angegebene Deutung plötzlich »Ich, der Sprechende« an seine Stelle gesetzt. Ebenso wird der Prädikatsbegriff des ersten Urteils in dem zweiten mit einem anderen vertauscht. Während vorher davon die Rede war, daß Karl im Theater sei, wird jetzt behauptet, daß ich mir etwas denken könne. Die beiden Urteile sind also sicher sinnverschieden. Außerdem aber geht der problematische Charakter des ersten Urteils durch die Umdeutung völlig verloren, denn das zweite Urteil ist gar kein problematisches mehr, sondern ein in vollem Sinne assertorisches, da doch mit vollem logischen Gewicht in ihm behauptet wird, daß ich mir etwas denken könne.

Die anderen noch möglichen Umdeutungen des problematischen Urteils leiden an denselben Fehlern. Denn, ob man nun sagt, das problematische Urteil behaupte, »das Denken des SP sei möglich« oder »der Sachverhalt SP sei möglich« oder »das Urteil ‚S ist P‘ sei möglich«, in jedem dieser Fälle wird ein anderer Subjektsbegriff und ein anderer Prädikatsbegriff in das auszudeutende Urteil gesetzt und zugleich der problematische Charakter des Urteils in den assertorischen verwandelt. Es mag ja sein, daß in gewissen Ausnahmefällen jemand einmal mit dem Satze »Karl ist vielleicht im Theater« jene Behauptung über sich selbst, oder über das Denken, oder über den Sachverhalt, oder über ein Urteil ausdrücken will. Aber es gibt eben dann noch einen anderen Sinn jenes Satzes, der wohl auch seinen Normalinn bildet und der, wenn er ein eigenartiger ist, von der Logik anzuerkennen und nicht hinwegzudeuten ist. Und dieser Sinn stimmt überein mit dem, was wir oben als problematisches Urteil dargestellt haben.

Wenn nun in einem Urteil das logische Gewicht des Behauptungsschlages ein volles ist, wenn die Behauptung in keinem Grade logisch abgedämpft ist, so ist das Urteil, wie gesagt, ein assertorisches. Man hat diesem die allgemeine Formel »S ist P« gegeben. Soll diese Formel aber wirklich das assertorische Urteil symbolisieren, so ist zu beachten, daß sie hier einen anderen Sinn hat als da, wo sie als allgemeine Formel des Urteils überhaupt fungiert. Denn in der allgemeinsten Formel des Urteils überhaupt muß ja das und nur das dargestellt werden, was allen Urteilsarten gemeinsam, was also auch dem problematischen und dem assertorischen Urteil gemeinsam ist. D.h. das »ist« in der allgemeinsten Urteilsformel bezeichnet die Kopula noch vor jeder Differenzierung nach der Modalität, während es in der Formel für das asser-

torische Urteil das Symbol für die spezielle Modalität der Kopula sein soll, die man eben die assertorische nennt. Um die Gleichmäßigkeit der Bedeutung des allgemeinen »ist« durchzuführen, fügt man im assertorischen Urteil dem »ist« ein, dem »möglicherweise« des problematischen Urteils analogisches, Beiwort hinzu und gibt dem assertorischen Urteil die Formel:

»S ist tatsächlich, wirklich P«.

Lassen wir nun jeden Gedanken an eine betonte Versicherung, die in dieser Formel liegen könnte, beiseite und betrachten sie als Ausdruck des schlichten assertorischen Urteils, so ist nach dem Vorangehenden dieses Urteil dadurch charakterisiert, daß das logische Gewicht des Behauptungsschlages in ihm ein unabgeschwächtes, volles ist. Dementsprechend macht das assertorische Urteil auch den vollen Anspruch auf Wahrheit. Dagegen liegt es dem schlichten assertorischen Urteil völlig fern, in den Sachverhalt, den es entwirft, die ontologische Tatsächlichkeit oder Wirklichkeit hineinzulegen. Jedenfalls sind die Urteile, welche eine objektive Tatsächlichkeit oder Wirklichkeit behaupten, Urteile mit einem anderen Sinn, die ihrerseits wieder entweder problematische oder assertorische oder apodiktische sein können. Weder der Subjektbegriff, noch der Prädikatsbegriff, noch der entworfene Sachverhalt braucht beim assertorischen Urteil ein anderer zu sein als beim problematischen. Nur das Vollgewicht der Behauptungsfunktion unterscheidet das assertorische vom problematischen Urteil. Aus der Mannigfaltigkeit von Größen, die das logische Gewicht der Behauptungsfunktion im Urteil überhaupt haben kann, scheidet sich dieses schlichte Vollgewicht als ein besonders hervorragender Fall aus. Die Abdämpfung der Behauptung ist an dieser Stelle total verschwunden, die zweite Funktion der Kopula tritt nun rein und ungehindert hervor und der Anspruch auf Wahrheit hat seine natürliche Höhe erreicht.

Da die Modalitäten der Behauptungsfunktion unabhängig von der Art der Sachverhalte, die durch die Urteile entworfen werden, variieren können, so kann nicht nur die problematische, sondern auch die assertorische Modalität bei allen Arten von Bestimmungsurteilen, Attributionsurteilen, Seinsurteilen und Relationsurteilen vorkommen. Und da die Modalität auch unabhängig von der Differenzierung der ersten Kopulafunktion, der positiv zureichenden und der negativ abspreizenden, sich ändern kann, so gibt es sowohl positive als auch negative assertorische Urteile.

Das apodiktische Urteil. So wie nun das logische Gewicht des Behauptungsschlages im Urteil nach der einen Seite eine größere

oder geringere logische Dämpfung erfahren kann, so kann es nach der anderen Seite auch eine größere oder geringere logische Verstärkung oder Übersteigerung gewinnen. Über sein angemessenes Vollgewicht hinaus bekommt dann der Behauptungsschlag einen, aus irgendwelchen logischen Quellen herfließenden, größeren oder geringeren Überschuß an Wucht, und das Urteil macht nun einen überhöhten Anspruch auf Wahrheit. Dies geschieht in dem sogenannten apodiktischen Urteil, für das als Beispiel der Satz dienen mag: »Das Messer muß auf dem Tische im Nebenzimmer liegen«. Als allgemeine Formel für das apodiktische Urteil gilt:

»S muß P sein, ist notwendigerweise P«.

Auch hier sind natürlich die sprachlichen Sätze und Formeln mehrdeutig und drücken nicht in jedem Fall ein apodiktisches Urteil aus. Und auch hier muß die logische Modalität des Urteils streng von der psychologischen Modalität des Behauptens und der ontologischen Modalität des Sachverhalts unterschieden werden. Es wäre zunächst irrig, das Auszeichnende des echten apodiktischen Urteils darin zu sehen, daß es von dem Urteilenden mit besonderer seelischer Heftigkeit oder mit besonderem seelischen Nachdruck behauptet werde. Es mag sein, daß apodiktische Urteile meistens auch in dieser Weise behauptet werden. Aber dies ist für sie in keiner Weise charakteristisch. Ein schlicht assertorisches Urteil kann nämlich in derselben Weise mit Heftigkeit oder Nachdruck behauptet werden, ohne deshalb schon ein apodiktisches zu sein. Dieser seelische Nachdruck ist eben ganz anderer Art und fließt aus anderer Quelle als jene logische Verstärkung des Behauptungsgewichtes. Der aus seelischen Ursachen oder aus seelischen Motiven hervorgehende Nachdruck des Behauptens kann auch rechtmäßigerweise nicht die logische Gewichtsvermehrung aus sich hervorgehen lassen. Denn dieser letztere basiert auf vermeintlich sicheren logischen Gründen für die Wahrheit der Behauptung.

Andererseits würden es aber auch unberechtigte Umdeutungen des echten apodiktischen Urteils sein, wenn man seinen Sinn in den Behauptungen fände: »Ich muß S als P denken« oder »das Denken, oder der Sachverhalt, oder das Urteil, daß S P sei, ist notwendig«. Denn nach dem oben beim problematischen Urteil Gesagten ist es wohl nicht mehr besonders hervorzuheben, daß diese Urteile sowohl andere Subjekts-, als auch andere Prädikatsbegriffe als das apodiktische Urteil enthalten, und daß sie außerdem ja gar nicht apodiktische, sondern assertorische Urteile sind. Diese Urteile unterscheiden sich von den anderen gar nicht durch eine besondere Modalität der Behauptungsweise, sondern vielmehr nur dadurch, daß

sie in den Sachverhalt, den sie entwerfen, ein besonderes Element, nämlich eine subjektive oder objektive Notwendigkeit hineinfügen. Eine solche ontologische Notwendigkeit kann aber wieder sowohl in problematischen, als auch in assertorischen, als auch in apodiktischen Urteilen behauptet werden. Die apodiktische Modalität kann unabhängig von der Art des Sachverhalts, der von den Urteilen entworfen wird, bei allen Urteilen vorkommen. Das apodiktische Urteil setzt eben keinen eigenartigen Sachverhalt. Das Urteil »Das Messer muß auf dem Tisch im Nebenzimmer liegen« behauptet nicht etwa, daß das Messer irgendwie objektiv genötigt sei, dort zu liegen, es entwirft keinen anderen Sachverhalt, als ihn auch das Urteil »Das Messer liegt auf dem Tische im Nebenzimmer« entwirft.

Zusammenfassend können wir also sagen: Jedes Urteil, mag es einen Sachverhalt entwerfen, welchen es will, hat notwendig eine bestimmte Modalität und ist entweder ein problematisches, oder ein assertorisches, oder ein apodiktisches. Die Modalität betrifft die Behauptungsfunktion der Kopula, die entweder in ihrem logischen Gewicht abgedämpft oder voll oder übersteigert ist. Es liegt gar nicht im Sinn dieser Modalität, in den durch das Urteil entworfenen Sachverhalt eine ontologische Möglichkeit, oder Wirklichkeit, oder Notwendigkeit hineinzufügen. Es ist daher unmöglich, aus dem Wesen des problematischen, assertorischen und apodiktischen Urteils die Notwendigkeit abzuleiten, in die entworfenen Sachverhalte die ontologischen Kategorien der Möglichkeit, der Wirklichkeit und der Notwendigkeit hineinzuprojizieren, wie es Kant versucht hat.

Da die Modalität sowohl bei positiven, als auch bei negativen Urteilen in den drei angegebenen Arten variieren kann, so erhalten wir folgende 6 Formeln für die entsprechenden Urteile. Zugleich seien Schemata beigelegt, welche den Aufbau der verschiedenen Urteile in der Weise veranschaulichen sollen, daß das logische Gewicht beim problematischen Urteil durch einen gestrichelten Pfeil, beim assertorischen Urteil durch einen ausgezogenen Pfeil und beim apodiktischen Urteil durch einen verstärkten Pfeil dargestellt wird.

#### I. Positive Urteile verschiedener Modalität

##### 1. problematisch

»S ist vielleicht P«  $S \overset{\text{---}}{\rightarrow} P$

##### 2. assertorisch

»S ist tatsächlich P«  $S \overset{\text{---}}{\rightarrow} P$

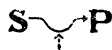
##### 3. apodiktisch

»S ist notwendigerweise P«  $S \overset{\text{---}}{\rightarrow} P$

## II. Negative Urteile.

## 1. problematisch

«S ist vielleicht nicht P»



## 2. assertorisch

»S ist tatsächlich nicht P«



## 3. apodiktisch

»S ist notwendigerweise nicht P«



## Achstes Kapitel.

## Die sogenannte Relation des Urteils.

Die Qualität betrifft die Variation der primären Funktion der Kopula, der Hinbeziehungsfunktion, die entweder eine positive, hinzulegende oder eine negative, abspreizende sein kann. Die Modalität betrifft die sekundäre Funktion der Kopula, die Behauptungsfunktion, die entweder mit abgedämpftem, oder mit vollem, oder mit verstärktem logischen Gewicht ausgestattet sein kann. Die Relation der Urteile betrifft ebenfalls die Kopula, und zwar wieder die sekundäre Funktion der Behauptung.

Es sei in irgendeinem Urteil die primäre Funktion der Kopula aus der allgemeinen Hinbeziehung schon differenziert zu einer positiven oder zu einer negativen. Und die zweite Funktion der Kopula sei schon mit einem bestimmten logischen Gewicht, einem abgedämpften, einem vollen oder einem verstärkten ausgestattet. Dann kann immer noch in jedem der nach diesen Richtungen schon bestimmten Urteile die Behauptung in einer eigentümlichen *Schwebelage* gehalten werden. Dies ist der Fall, wenn die Behauptung nicht unbedingt, rein für sich, sondern bedingt, in Relation zu einer Bedingung, deren Erfülltheit noch nicht völlig sicher ist, ausgeführt wird. Die Behauptung wird dann zwar vollzogen, aber unter der Voraussetzung des Erfülltheits der angegebenen Bedingung. Dies geschieht z. B. in folgendem Urteil: »Diese Flüssigkeit wird gefrieren, falls die Temperatur hier unter – 18 Grad Celsius sinkt«. Der Normalinn dieses sprachlichen Satzes ist wirklich ein Urteil. Es wird darin etwas über die Flüssigkeit behauptet, nämlich daß sie gefrieren wird, vorausgesetzt, daß die Temperatur bis zu dem angegebenen Grade hinuntersinkt. Man kann fragen, ob es wahr sei, man kann bestreiten, daß die Flüssigkeit unter der angegebenen Voraussetzung wirklich gefrieren wird. Das Urteil ist ein *Attributionsurteil* positiver Art und von assertorischem Charakter. Aber es ist darin weder behauptet,

daß die Temperatur unter  $-18$  Grad gelangen wird, noch bedingungslos behauptet, daß die Flüssigkeit gefrieren wird. Der Anspruch auf Wahrheit, den das Urteil macht und der in der Behauptungsfunktion enthalten liegt, bezieht sich ausschließlich auf das Gefrieren der Flüssigkeit. Aber er ist eben kein unbedingter, sondern ein bedingter Anspruch auf Wahrheit. Er wird sofort ein unbedingter, sobald die Bedingung wirklich erfüllt ist. Der Behauptungsschlag in dem bedingten Urteile hat zwar sein volles logisches Gewicht, aber er wird durch die dazwischen geschobene Bedingung in der Schwebe gehalten und geht nur provisorisch durch die Bedingung hindurch. Das angeführte Urteil ist also eine *bedingte Behauptung*, die vollzogen wird in Relation zu einer bestimmten Bedingung, deren Erfülltheit nicht gewiß ist. Dies ist die Struktur desjenigen Urteils, das in der überlieferten Logik als das *hypothetische Urteil* bezeichnet wird und dem man die Formel zuerteilt hat: »Wenn  $Q$   $R$  ist, dann ist  $S$   $P$ «. Man hat mit Recht darauf hingewiesen, daß in dieser Formel das »wenn« in konditionalem, bedingendem und nicht in temporalem, zeitlichem Sinne zu nehmen ist, und daß man daher besser tue, statt seiner das Wörtchen »falls« zu verwenden, also dem hypothetischen Urteil die Formel zu geben: » $S$  ist  $P$ , falls  $Q$   $R$  ist«. Dann aber tritt der oben angegebene Sinn als der eigentliche Sinn des hypothetischen Urteils klar hervor. Ehe wir auf einige andere Deutungen, die dem hypothetischen Urteil in der Logik zuteil geworden sind, eingehen, sei zunächst hervorgehoben, daß das so bestimmte hypothetische Urteil in all den Richtungen, die wir bisher beim Urteil überhaupt betrachtet haben, noch völlig frei variieren kann. Demgemäß ergeben sich folgende mögliche hypothetische Urteilsarten.

Nach den möglichen Prädikamenten, respektive den möglichen Sachverhaltsarten, die durch das Urteil gesetzt werden, sind zu unterscheiden:

Die *hypothetischen Bestimmungsurteile*, die unter einer bestimmten Bedingung behaupten, was ein Gegenstand ist. Beispiel: »Dieser Stoff ist Schwefel, falls er wirklich das spezifische Gewicht 2,06 hat«. In diesen Bestimmungsurteilen kann dann natürlich wieder die Kopula variieren sowohl nach der Hinbeziehungsfunktion, also in positive und negative Kopula, und nach dem logischen Gewicht der Behauptungsfunktion, also in die problematische, die assertorische und die apodiktische Behauptung. Es gibt also sowohl positive, als auch negative problematische hypothetische Bestimmungsurteile. Beispiele: »Vielleicht ist dies Schwefel, falls es brennbar

ist«. »Vielleicht ist dies gar kein Schwefel, falls es wirklich in Wasser löslich ist«. In analogen Variationen gibt es dann natürlich auch positive und negative assertorische hypothetische Bestimmungsurteile, und schließlich auch positive und negative apodiktische hypothetische Bestimmungsurteile.

Die gleichen Kombinationen sind weiterhin auch bei den Attributionsurteilen möglich. Denn das hypothetische Urteil kann eben unter einer Bedingung auch behaupten, wie ein Gegenstand ist. Da durch den hypothetischen Charakter des Urteils außerdem weder die Prädizierung einer Seinsart, noch die Prädizierung irgendeines Relationsprädikates ausgeschlossen ist, so gibt es also auch hypothetische Existenzial- und hypothetische Relationsurteile. Und diese können wieder sowohl nach der Qualität, wie nach der Modalität noch frei variieren. Im hypothetischen Urteil ist also weder die Mannigfaltigkeit der zu setzenden Sachverhalte, noch die der Qualität und der Modalität des Urteils irgendwie beschränkt.

Da die Bedingung, die im hypothetischen Urteil der Behauptung untergelegt wird, entweder eine positive oder eine negative sein kann, so ergeben sich durch Kombination dieser Qualitäten der Bedingung mit den Qualitäten des hypothetischen Urteils selbst die in der Logik oft erwähnten sogenannten Modi des hypothetischen Urteils, nämlich

1. der Modus ponendo ponens, mit der Formel:  
»S ist P, falls Q R ist«;
2. der Modus tollendo ponens, mit der Formel:  
»S ist P, falls Q nicht R ist«;
3. der Modus ponendo tollens, mit der Formel:  
»S ist nicht P, falls Q R ist«;
4. der Modus tollendo tollens, mit der Formel:  
»S ist nicht P, falls Q nicht R ist«.

Die ersten beiden dieser hypothetischen Urteile sind positive, wenn auch in dem zweiten die Bedingung eine negative ist; die zweiten beiden hypothetischen Urteile dagegen sind negative, wenn auch die Bedingung im ersten von beiden eine positive ist.

Die soeben gemachten Feststellungen ermöglichen es nun, leicht zu erkennen, daß bestimmte Deutungen, die das hypothetische Urteil in der Logik erfahren hat, unberechtigte Umdeutungen sind. Nehmen wir als Beispiel eines hypothetischen Urteils unser oben angeführtes Urteil: »Diese Flüssigkeit wird gefrieren, falls die Temperatur hier unter  $-18$  Grad sinkt«. Von der Überlegung ausgehend, daß in diesem Urteil weder unbedingt behauptet wird, daß



die Flüssigkeit gefrieren wird, noch daß die Temperatur hier unter  $-18$  Grad herabfällt, daß aber trotz allem wirklich etwas behauptet wird, so kann man im Hinblick auf die gemeinten Sachen zu der Meinung kommen, es seien durch das Urteil zwei Sachverhalte in die Beziehung von Grund und Folge gesetzt. Der eigentliche Sinn des hypothetischen Urteils sei demnach die Behauptung, daß der Sachverhalt des Gefrierens der Flüssigkeit die notwendige Folge des anderen Sachverhaltes sei, nämlich des Herabsinkens der Temperatur an dieser Stelle auf  $-18$  Grad.

Hier, wie überall, ist nun natürlich nichts dagegen zu sagen, daß man gelegentlich einmal mit dem sprachlichen Satz: »Diese Flüssigkeit wird gefrieren, wenn hier die Temperatur unter  $-18$  Grad sinkt« den Sinn eines Urteils verbindet, in welchem behauptet wird, der Sachverhalt des Gefrierens dieser Flüssigkeit sei die notwendige Folge des Sachverhaltes des Sinkens der Temperatur an dieser Stelle unter  $-18$  Grad. Aber es gibt noch einen anderen Sinn jenes Satzes, und zwar den Normalinn, der aber von jener Behauptung wesentlich verschieden ist. In diesem Normalinn ist der Subjektsgegenstand des Urteils diese Flüssigkeit, also der Subjektsbegriff der Begriff »diese Flüssigkeit«, und der Prädikatsbegriff ist der Begriff »gefrieren«. Dagegen ist in jener zweiten Behauptung der Subjektsgegenstand der Sachverhalt des Gefrierens dieser Flüssigkeit, also der Subjektsbegriff der Begriff dieses Sachverhaltes, und der Prädikatsbegriff ist der Begriff der notwendigen Folge des Sinkens der Temperatur unter  $-18$  Grad. Die beiden in jener Deutung identifizierten Urteile haben also verschiedene Subjekts- und Prädikatsbegriffe, sie sind also bedeutungsverschiedene Urteile. In beiden Urteilen werden auch verschiedene Sachverhalte gesetzt. In dem ersten nämlich ein Attributionsfachverhalt, das Gefrieren der Flüssigkeit, im zweiten dagegen ein Relationsfachverhalt, die notwendige Folge des einen Sachverhaltes von dem anderem. Wir haben oben gesehen, daß im hypothetischen Urteil statt des in unserem Beispiel gesetzten Attributionsfachverhaltes auch jede beliebige andere Art von Sachverhalt gesetzt werden kann. Wäre aber jene Ausdeutung des hypothetischen Urteils im Rechte, so könnte das hypothetische Urteil immer nur diese eine und einzige Art des Relationsfachverhaltes setzen. Dies würde aber eine ganz unberechtigte Einschränkung der dem hypothetischen Urteil offenstehenden Sachverhaltsarten sein. Außerdem aber wird durch jene Umdeutung des hypothetischen Urteils der hypothetische Charakter desselben ja vollständig zerstört. Denn das Urteil, das behauptet, der eine Sachverhalt sei die not-

wendige Folge des anderen Sachverhaltes, enthält gar nichts Hypothetisches mehr, sondern ist ein kategorisches Urteil im echten Sinne. Jene vermeintliche Ausdeutung des hypothetischen Urteils ist also nicht nur eine Umdeutung, sondern zugleich eine Vernichtung des eigentlichen Wesens des hypothetischen Urteils.

Es ändert sich nicht viel an dieser Umdeutung, wenn man mit Chr. Sigwart statt der Sachverhalte im hypothetischen Urteil gewisse Hypothesen in das Verhältnis von Grund und Folge gesetzt sein läßt. Der Sinn unseres obigen Beispielurteils wäre danach gegeben in der Behauptung: »Die Hypothese, daß diese Flüssigkeit gefrieren wird, ist die notwendige Folge der Hypothese, daß hier die Temperatur unter  $-18$  Grad sinken wird«. Es ist nun gewiß nicht ausgeschlossen, daß jemand gelegentlich einmal mit unserem Beispielsatz eine solche Behauptung zum Ausdruck bringen will. Aber im Normalfall dient doch jener Satz nicht dazu, etwas über Hypothesen und deren notwendigen Zusammenhang mitzuteilen. Sondern er drückt ein Urteil über diese Flüssigkeit aus, die selbst natürlich keine Hypothese ist. Jedenfalls braucht zum vollen Verständnis des gewöhnlichen Sinnes jenes Satzes der Blick sich keiner Art von Hypothese zuzuwenden und sie als Subjektsgegenstand des Urteils festzuhalten. Im Übergang von dem einfach verstandenen Sinn jenes Satzes zu jener seiner vermeintlichen Ausdeutung muß man den Subjektsgegenstand mit einem anderen vertauschen, nämlich »diese Flüssigkeit« mit der »Hypothese, daß diese Flüssigkeit gefrieren wird«. Man muß außerdem den Prädikatsbegriff mit einem anderen vertauschen, nämlich den Begriff des »Gefrierens« mit dem Begriff »notwendige Folge der Hypothese, daß die Temperatur hier unter  $-18$  Grad sinken wird«. Außerdem werden dadurch für das hypothetische Urteil alle die ihm sonst möglichen Sachverhalte eingeschränkt auf die einzige Art von Relationsfachverhalten, die einen notwendigen Zusammenhang von Grund und Folge zwischen zwei Hypothesen enthält. Während das obige Urteil eine bedingte Behauptung war, fehlt in der vermeintlichen Ausdeutung jede Bedingtheit der Behauptung, denn es wird darin ja unbedingt behauptet, daß die eine Hypothese die notwendige Folge der anderen sei. Daß in diesem Falle eine Hypothese den Subjektsgegenstand bildet, während in anderen Fällen vielleicht ein realer Vorgang es ist, von dem behauptet wird, er sei die notwendige Folge eines anderen Vorganges, rechtfertigt es doch nicht, dieses Urteil als ein Urteil besonderer Art, also als ein hypothetisches Urteil zu erklären. Auch hier also dieselbe Erscheinung: die vermeintliche Ausdeutung

des hypothetischen Urteils ist in Wahrheit eine Umdeutung desselben und zugleich eine Vernichtung des wesentlichen hypothetischen Charakters.

Lassen wir nun in einem Urteil jede Bedingtheit der Behauptung fallen, lassen wir die Behauptungsfunktion stattfinden ohne jede Relation zu irgendeiner Bedingung, über deren Erfülltheit noch Ungewißheit besteht, lassen wir sie also unbedingt oder absolut vollzogen sein, so erhalten wir das sogenannte *kategorische Urteil*, dessen Formel traditionell das »S ist P« ist. Obgleich diese Formel den obigen Formeln für das Urteil überhaupt, für das positive Urteil und für das assertorische Urteil genau gleich ist, so bedeutet sie doch in den verschiedenen Fällen sehr Verschiedenes. Hier, als allgemeine Formel für das kategorische Urteil, ist die in der Formel für das Urteil überhaupt noch undifferenziert zu denkende Relation der Behauptung schon entschieden zu einer kategorischen. Gegenüber dem positiven Urteil überhaupt ist dagegen hier über die Positivität oder Negativität noch gar nichts entschieden, vielmehr ist sowohl ein positives, als auch ein negatives kategorisches Urteil noch möglich gelassen. Schließlich befragt die allgemeine Formel für das kategorische Urteil, »S ist P«, auch nicht, daß es notwendig ein assertorisches Urteil sein müßte, sondern über die Modalität des kategorischen Urteils ist in dieser Formel noch gar nichts festgelegt. Vielmehr kann das *kategorische Urteil* immer noch entweder ein *problematisches*, oder ein *assertorisches*, oder ein *apodiktisches* sein. Das »Ist« in der Formel für das kategorische Urteil ist also weder nach der Qualität der Hinbeziehung, noch nach der Modalität der Behauptung, sondern nur nach der Relation der Behauptung, und zwar als unbedingt oder absolut behauptend, bestimmt zu denken. Daß die Kopula nach diesen drei Richtungen der Qualität, der Modalität und der Relation unabhängig variieren kann, zeigt den Unterschied der drei Richtungen besonders deutlich.

Die Relation der Behauptung in einem Urteil kann nun noch in anderer Weise eine bedingte sein, als sie es im hypothetischen Urteil ist. Wenn nämlich eine Mehrheit von Prädikatsbestimmtheiten auf einen und denselben Subjektsgegenstand hinbezogen wird, an dem sie sich aber gegenseitig ausschließen sollen, so kann sicher sein, daß eine von diesen Bestimmtheiten dem Subjektsgegenstand zukommt, aber noch unsicher, welche von der Mehrheit es ist. Dann bleibt der Behauptungsschlag über der Mehrheit hinbezogener Prädikatsbestimmtheiten noch unentschieden in der Schwebe. Es wird zwar dann in dem Urteil tatsächlich etwas über

den Subjektsgegenstand behauptet. Aber durch die gemeinsame Hinbeziehung einer bestimmten Mehrheit von, sich gegenseitig an dem Subjektsgegenstand ausschließen sollender, Prädikatsbestimmtheiten wird die Behauptung in bezug auf jede einzelne dieser Prädikatsbestimmtheiten für sich eine bedingte, nämlich dadurch bedingt, daß jedesmal die anderen Prädikatsbestimmtheiten ausgeschaltet werden. Der Behauptungsschlag ist zentriert auf die Hinbeziehung einer und nur einer der in ein gegenseitiges Ausschließungsverhältnis gesetzten Prädikatsbestimmtheiten, wobei unbestimmt gelassen ist, auf welche der angegebenen Bestimmtheiten er treffen soll. Es ist das sogenannte disjunktive Urteil, das diese Struktur zeigt und für das die Formel gilt: »S ist entweder P oder Q«, wenn die Disjunktion der Prädikate eine zweigliedrige, dagegen: »S ist entweder P oder Q oder R«, »S ist entweder  $P_1$  oder  $P_2$  oder  $P_3$  . . . . . oder  $P_n$ «, wenn die Disjunktion eine dreigliedrige, oder allgemein eine n-gliedrige ist.

Als Beispiel für ein zweigliedriges disjunktives Urteil sei das Urteil genommen: »Er sagt entweder die Wahrheit, oder er lügt«. Dieses Urteil hat einen Subjektsbegriff, nämlich »Er«. Es hat zwei Prädikatsbegriffe, nämlich »die Wahrheit sagen« und »lügen«. Die Kopulafunktion der Hinbeziehung ist hier eine positive doppelstrahlige, deren beide Strahlen auf denselben Subjektsgegenstand konvergieren. Durch die Begriffe »entweder – oder« sind die beiden Prädikatsbestimmtheiten einmal in gegenseitige Ausschließung gegenüber dem einen Subjektsgegenstand gesetzt, und zugleich als die allein in dem gegebenen Fall in Betracht kommenden Bestimmtheiten erklärt. Dies aber, daß die beiden Prädikatsbestimmtheiten sich an demselben Subjektsgegenstand gegenseitig ausschließen, und daß für den gegebenen Fall keine weiteren Möglichkeiten, als die beiden angeführten, für die Präzisierung in Betracht kommen, ist nicht im entfalteten Sinn des disjunktiven Urteils behauptet, sondern nur implizite, unentfaltet mitbehauptet. Der Anspruch auf Wahrheit, den jedes Urteil macht, umfaßt natürlich auch die Wahrheit dieser beiden unentfalteten Mitbehauptungen, so daß das Urteil auch dann falsch ist, wenn im gegebenen Fall die eine oder die andere dieser beiden Mitbehauptungen falsch wäre. So könnte das angeführte Urteil schon deshalb falsch sein, weil in diesem Fall der betreffende Mensch sowohl die Wahrheit sagt, als auch lügt. Dies träfe auch wirklich zu, wenn das, was er sagt, zwar an sich wahr wäre, er aber es irrtümlicherweise für falsch hielte und es trotzdem als wahr behauptete. Es wären also beide Prädikatsbestimmtheiten an demselben

Subjektsgegenstand vereinbar, sie schlossen sich nicht gegenseitig aus, wie implizite mitbehauptet war. Der andere Fall, daß nämlich noch eine dritte Möglichkeit bestände, daß also die zweigliedrige Disjunktion hier eine unvollständige wäre, läge dann vor, wenn der betreffende Mensch zwar nicht etwas Wahres sagt, aber auch nicht lügt, sondern sich eben einfach irrt. Die entfaltete Behauptung geht in dem angeführten Urteil auf die positive Hinbeziehung unbestimmt einer von den beiden angeführten Prädikatsbestimmtheiten. Die Unbestimmtheit der Wahl zwischen den, als sich gegenseitig ausschließend gesetzten, beiden Prädikatsbestimmtheiten gibt hier der Behauptungsfunktion das eigentümliche Verbleiben in der Schwebe.

Daß diese Bedingtheit, dieses »in der Schwebe bleiben« der Behauptungsfunktion beim disjunktiven und beim hypothetischen Urteil gleichartig vorkommt und es deshalb rechtfertigt, beide Urteile als bedingte dem kategorischen als dem unbedingten gegenüberzustellen, ergibt sich auch daraus, daß jedes disjunktive Urteil einer bestimmten Anzahl hypothetischer Urteile äquivalent ist. So ist das zweigliedrige disjunktive Urteil äquivalent mit vier hypothetischen, das dreigliedrige mit sechs hypothetischen Urteilen. In unserem Beispiel entsprechen dem disjunktiven Urteil folgende vier hypothetischen Urteile:

1. »Er sagt die Wahrheit, falls er nicht lügt«.
2. »Er sagt nicht die Wahrheit, falls er lügt«.
3. »Er lügt, falls er nicht die Wahrheit sagt«.
4. »Er lügt nicht, falls er die Wahrheit sagt«.

Es sei außerdem noch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß auch diese disjunktive Variation der Behauptung die Variation der Prädikamente, ebenso wie die Variation der Qualität und der Modalität der Kopulafunktionen noch unberührt möglich läßt. Es gibt daher disjunktive Bestimmungsurteile, Attributionsurteile, Seinsurteile und Relationsurteile der verschiedenen früher angegebenen Arten. Es gibt weiterhin sowohl positive, als auch negative disjunktive Urteile; und es gibt schließlich sowohl problematische, als auch assertorische und apodiktische disjunktive Urteile. Hierin bestätigt sich von neuem, daß die Relation eine selbständige, von der Qualität, der Modalität der Urteile und von der Mannigfaltigkeit der durch die Urteile überhaupt festbaren Sachverhaltsarten unabhängige Variationsrichtung des Urteils darstellt.

Daraus ergibt sich nun wieder, daß gewisse Deutungen, die man dem disjunktiven Urteil hat zuteil werden lassen, ähnlich wie die

oben angeführten Deutungen des hypothetischen Urteils, in Wahrheit unberechtigte Umdeutungen desselben sind und zugleich seinen eigentümlichen disjunktiven Charakter vernichten. Es seien einige dieser Umdeutungen im folgenden angeführt und aufgedeckt.

Als Beispiel sei das zweigliedrige disjunktive Urteil genommen: »Er sagt entweder die Wahrheit, oder er lügt«. In diesem Urteil wird sicher etwas behauptet. Aber weder, daß er die Wahrheit sagt, noch daß er lügt, ist der Sinn dieser Behauptung. Demnach kann, so scheint es, dieses Urteil nur noch den einen Sinn haben, zu behaupten, daß die beiden Sachverhalte, nämlich daß er die Wahrheit sagt und daß er lügt, sich gegenseitig ausschließen. Man könnte also folgern, ein zweigliedriges disjunktives Urteil entwirft zwei Sachverhalte und behauptet von ihnen, daß sie sich gegenseitig ausschließen. Ein  $n$ -gliedriges disjunktives Urteil entwirft  $n$  Sachverhalte und behauptet von ihnen, daß sie sich gegenseitig ausschließen. Der Sinn des disjunktiven Urteils besteht also nach dieser Ansicht allgemein darin, zu behaupten, daß eine bestimmte, angegebene Anzahl von Sachverhalten sich gegenseitig ausschließen. Da die Sachverhalte hier als Subjektsgegenstand gesetzt sind, so würde der Subjektsbegriff im disjunktiven Urteil derjenige Begriff sein, der die bestimmte Mehrheit von Sachverhalten meint. Und der Prädikatsbegriff würde der Begriff des »sich gegenseitig ausschließens« sein.

Daß aber diese Sinnesdeutung des disjunktiven Urteils nicht den Normalinn deselben trifft, ergibt sich schon daraus, daß in unserem obigen Beispiel nicht die Sachverhalte, sondern die mit »Er« bezeichnete Person den eigentlichen Subjektsgegenstand bildet, und daß der Prädikatsbegriff nicht im Begriff des »sich gegenseitig ausschließens«, sondern in einer Zweifelhait disjunktiv verbundener Begriffe besteht. Unser Beispielsurteil ist also bedeutungsverschieden von demjenigen, welches jene Ausdeutung an seine Stelle setzt. Der Normalinn jenes Urteils gibt Antwort auf die Frage, wie »Er« sich in bezug auf seine Aussage verhalte; der umgedeutete Sinn gibt dagegen Antwort auf die andere Frage, wie sich die beiden Sachverhalte zueinander verhalten. Das erste Urteil ist ein disjunktives, das zweite ist aber ein kategorisches Urteil, da es unbedingt und ohne Disjunktion von den beiden Sachverhalten behauptet, wie sie sich zueinander verhalten.

Der sprachliche Satz »Er sagt entweder die Wahrheit, oder er lügt« kann allerdings, wie alle disjunktiven Sätze, gelegentlich einmal als der unangemessene Ausdruck für die Behauptung dienen,

daß sich mehrere Sachverhalte gegenseitig ausschließen. Aber dies ist doch gewöhnlich nicht das, was man mit diesen und ähnlichen Sätzen mitteilen wollte. Indem der Normalinn des disjunktiven Satzes eine Disjunktion der Prädikate vollzieht, setzt er allerdings voraus, daß die verschiedenen, von ihm angeführten Prädikatsbestimmtheiten sich an dem einen Subjektsgegenstand gegenseitig ausschließen, daß also auch die entsprechenden Sachverhalte nicht zugleich bestehen können. Aber seine entfaltete Behauptung geht doch nicht darauf, diesen gegenseitigen Ausschluß der Sachverhalte festzustellen, sondern darauf, von dem Subjektsgegenstand unbestimmt eine der, sich an ihm gegenseitig ausschließenden, Prädikatsbestimmtheiten zu prädisizieren. Der Normalinn des disjunktiven Urteils setzt also nur implizite, unentfaltet mehrere Sachverhalte in das Verhältnis des gegenseitigen Ausschlusses. Jene Ausdeutung des disjunktiven Urteils ist also nur eine Entfaltung einer Mitbehauptung, die zwar in dem Normalinn impliziert, aber von dem explizierten Hauptinn verschieden ist. Gerade auf dieser Implizierung, also darauf, daß das disjunktive Urteil implizite auch mehrere Sachverhalte in ein gegenseitiges Ausschließungsverhältnis setzt, beruht der Schein von Richtigkeit, der jener seiner Umdeutung anhaftet.

Da die Sachverhalte, die nach dieser Umdeutung in ein gegenseitiges Ausschließungsverhältnis gesetzt sind, von dem disjunktiven Urteil doch nicht als wirklich bestehende Sachverhalte behauptet werden, da also in unserem Beispiel weder behauptet ist, daß er die Wahrheit sagt, noch daß er lügt, da vielmehr diese Sachverhalte nur hypothetisch genommen sind, so scheint jene Ausdeutung durch eine Korrektur berichtigt werden zu können. Wenn man nämlich das disjunktive Urteil nicht auf die Sachverhalte, sondern auf die Hypothesen, in denen diese Sachverhalte vermeint sind, gerichtet sein läßt, so ergibt sich als sein vermeintlicher Sinn die Behauptung, daß eine gewisse Anzahl von Hypothesen sich gegenseitig ausschließen. Jedoch auch diese Deutung unterliegt denselben Einwänden, wie die vorangehende. Erstens ändert sie den Subjekts- und den Prädikatsbegriff des ursprünglichen Urteils; denn dies bezieht sich gewöhnlich nicht auf Hypothesen und es behauptet in seinem entfalteten Sinn nicht ein »sich gegenseitig ausschließen«. Und zweitens verwandelt auch diese Deutung den disjunktiven Charakter in den kategorischen, indem sie von den Hypothesen kategorisch behauptet sein läßt, daß sie sich gegenseitig ausschließen.

In dem disjunktiven Urteil werden durch den disjunktiven Gedanken nicht nur die angeführten Prädikatsbestimmtheiten an dem-

selben Subjektsgegenstand in ein gegenseitiges Ausschließungsverhältnis gesetzt, sondern es wird in ihm zugleich auch der Anspruch auf die Vollständigkeit der Disjunktion, also darauf erhoben, daß notwendig eine von den angegebenen Prädikatsbestimmtheiten dem Subjektsgegenstand zukomme. Es liegt also in dem disjunktiven Urteil implizite nicht nur die Behauptung, daß mehrere mögliche Sachverhalte einander ausschließen, sondern auch die implizierte Behauptung, daß einer der Sachverhalte notwendig bestehe. Entfaltet man nun diese, im disjunktiven Urteil implizierte, Behauptung, so kann man zu der Ansicht gelangen, es sei der eigentliche Sinn des disjunktiven Urteils, von einer bestimmten Anzahl sich ausschließender Sachverhalte oder Hypothesen (Chr. Sigwart) zu behaupten, daß einer notwendig bestehe, resp. eine notwendig wahr sei. Daß jedoch auch diese Sinndeutung nicht den Normalinn der disjunktiven Sätze, sondern nur einen gelegentlichen und außergewöhnlichen Sinn trifft, erkennt man wieder sofort, wenn man beachtet, daß damit sowohl der Subjektsbegriff, als auch der Prädikatsbegriff geändert, als auch der disjunktive Charakter des Urteils beseitigt und in den kategorischen verwandelt wird.

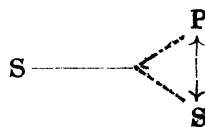
Indem das positive disjunktive Urteil »S ist entweder P oder Q« den Anspruch auf Wahrheit erhebt, beansprucht es auch, daß die in ihm implizierten Urteile wahr seien. Nun impliziert es erstens das Urteil, daß S nicht sowohl P als auch Q sein könne. Ist daher dieses implizierte Urteil falsch, gilt also das sogenannte konjunktive Urteil »S ist sowohl P als auch Q«, so ist auch das disjunktive Urteil selbst nicht gültig. Zweitens impliziert es noch die Voraussetzung, daß S nicht weder P noch Q sei. Gilt daher das sogenannte remotive Urteil »S ist weder P noch Q«, so ist auch das disjunktive Urteil selbst falsch. —

Als Schema für das hypothetische Urteil kann das folgende dienen:

$$S \text{ ----- } / Q \dots R / \text{ --- } P.$$

Darin soll die Unterbrechung der Hinbeziehungsline von P zu S durch das eingeschaltete /Q . . . R/ die Bedingtheit der Behauptung darstellen.

Als Schema für das disjunktive Urteil diene folgendes:



Darin soll die Spaltung der Hinbeziehungsline in die zwei gestrichel-



ten Linien, die zu den sich gegenseitig ausschließenden P und Q hinführen, die disjunktiv in der Schwebelage gehaltene Behauptung symbolisieren.

Dementsprechend wird dann als Schema für das kategorische Urteil das folgende dienen können:

S ————— P

Hierin soll die ganz ausgeführte Hinbeziehungslinie, die weder eine Unterbrechung noch eine Gabelung aufweist, die unbedingte Behauptung verfinnen.

### Neuntes Kapitel.

#### Die sogenannte Quantität des Urteils und die möglichen Urteilsformen.

Nachdem das allgemeine Wesen und der Aufbau des Urteils überhaupt erkannt und in diejenigen Differenzierungen verfolgt ist, die sich aus den möglichen Variationen des Prädikats, der primären Kopulafunktion und der sekundären, der Behauptungsfunktion ergeben, bleiben nun noch diejenigen Differenzierungen des Urteils zu untersuchen, die mit der Variation des Subjektsbegriffs gegeben sind. Der Subjektsbegriff setzt den Subjektsgegenstand und unterwirft ihn dem Urteil. Jeder beliebige Gegenstand überhaupt kann vom Subjektsbegriff eines Urteils aus der unendlichen Fülle der Gegenstände herausgegriffen werden. Gemäß der Einteilung der möglichen Subjektsgegenstände könnte man nun auch die Urteile einteilen. Danach wären zu unterscheiden Real-Urteile, die sich auf reale Gegenstände, und Ideal-Urteile, die sich auf irrealen oder ideellen Gegenstände beziehen. Innerhalb der ersten Gruppe wären dann die Real-Urteile wieder in solche zu unterscheiden, die sich auf die verschiedenen Gegenstände der verschiedenen Wirklichkeitsgebiete richten. Da die verschiedenen historischen und systematischen Wissenschaften sich auf die verschiedenen Wirklichkeitsgebiete verteilen, so könnte man die Urteile auch nach den verschiedenen Wissenschaften, in die sie gehören, einteilen. Man könnte also astronomische, geologische, physikalische, chemische, biologische, botanische, zoologische, anthropologische, psychologische, soziologische und sozialhistorische, kulturwissenschaftliche und kulturhistorische, religiöse oder theologische Urteile unterscheiden. Analog ergäbe sich eine Einteilung der Ideal-Urteile in mathematische, logische und erkenntnistheoretische Urteile. So interessant und an sich

wichtig und brauchbar aber auch eine solche Einteilung der Urteile wäre, so hat sie doch für die Logik keine maßgebende Bedeutung, da die Urteile als solche dadurch nicht verschieden charakterisiert werden.

Der Subjektsbegriff des Urteils kann nun entweder einen oder aber mehrere Gegenstände meinen und sie dem Urteil unterwerfen. Man kann dies die *Quantität* des Subjektsbegriffs nennen und nach dieser Quantität die Urteile in *Singular-* und *Pluralurteile* unterscheiden. Singularurteile in diesem Sinne sind dann z. B. folgende Urteile: »Dieser Adler hat einen kahlen Hals«, »Plato ist ein Philosoph«; aber auch die Urteile: »Schwefel ist gelb« und »Der Adler ist ein Raubvogel«. Daß die Begriffe »Dieser Adler« und »Plato« nur einen Gegenstand meinen und ihn dem Urteil unterwerfen, ist klar. Aber auch die Begriffe »Schwefel« und »Der Adler« meinen direkt nur einen Gegenstand, der allerdings hier nicht individuell, sondern der Art nach bestimmt ist. Die betreffenden Urteile, die diese Subjektsbegriffe enthalten, sind daher Singularurteile. Freilich »fallen unter« ein solches Urteil auch mehrere Gegenstände, so z. B. fallen unter jene Urteile auch alle einzelnen Stücke Schwefel, resp. alle einzelnen Adler. Aber die Mehrheit von Gegenständen, die »unter ein bestimmtes Urteil fallen«, ist nicht notwendig auch von dem Subjektsbegriff dieses Urteils gemeint und dem Urteil unterworfen. Nur darauf aber kommt es bei der obigen Quantitätsbestimmung an, ob der Subjektsbegriff von sich aus direkt nur einen, oder ob er mehrere Gegenstände setzt und dem Urteil unterwirft.

Außerdem ist es nun beim Singularurteil auch unwesentlich, ob der vom Subjektsbegriff gemeinte Gegenstand tatsächlich in sich eine Mehrheit von Gegenständen enthält. So ist z. B. das Urteil: »Diese Schar fliegender Vögel bildet ein Dreieck« ein Singularurteil, obgleich der gemeinte Subjektsgegenstand, »Die Schar fliegender Vögel« aus einer Mehrheit von einzelnen Gegenständen besteht. Denn dieses Urteil nimmt die Mehrheit von Gegenständen doch als *einen* Gegenstand und ordnet die Prädikatsbestimmtheit nur diesem einen Ganzen, der Schar, nicht aber den einzelnen Vögeln, die dieses Ganze bilden, behauptend zu. Das oben unterschiedene Singularurteil charakterisiert sich also dadurch, daß erstens sein Subjektsbegriff nur *einen* einheitlichen *Meinungsstrahl* zu seinem Gegenstande hinschickt, und daß zweitens die kopulative Hinbeziehung der Prädikatsbestimmtheit auf den Subjektsgegenstand nicht distribuierend mehrlinig, sondern nur *einlinig* vorläuft.

Das Pluralurteil dagegen charakterisiert sich dadurch, daß erstens sein Subjektsbegriff gleichzeitig eine Mehrheit von Meinungsstrahlen auf mehrere Subjektsgegenstände hinsendet, und daß zweitens die kopulative Hinbeziehung einer und derselben Prädikatsbestimmtheit nicht einlinig, sondern distribuierend in mehreren Linien zu den einzelnen Subjektsgegenständen hinläuft. Dementsprechend sind Pluralurteile z. B. die Urteile: »Diese beiden Adler haben einen kahlen Hals«; »Leibniz und Newton sind die Schöpfer der Differenzialrechnung«; »Platin, Gold und Silber sind Edelmetalle«; aber auch die Urteile: »Alle Bänke in diesem Raum sind braun« und »Alle Geierarten sind feige«. Denn obgleich in den beiden letzten Fällen die Subjektsbegriffe die Mehrheit der gemeinten Subjektsgegenstände zu einer Einheit zusammenfassen, so unterwerfen sie doch die einzelnen Gegenstände für sich dem Urteil, so daß dann jedem einzelnen der Gegenstände dieselbe Prädikatsbestimmtheit distribuierend zugeordnet wird. Die betreffenden Urteile sind also Pluralurteile in dem obigen Sinne.

Die Mehrheit der von dem Subjektsbegriff gemeinten und dem Urteil unterworfenen Gegenstände kann sehr verschieden groß sein und hat für ihre Größe überhaupt keine Grenze. Während also die Quantität der singularen Urteile immer dieselbe Größe hat, kann die Quantität des pluralen Urteils jede beliebige Größe haben, wenn sie nur größer als 1 ist. Wie groß aber auch die Menge der gemeinten Subjektsgegenstände sein mag, ebenso groß muß im pluralen Urteil die Menge der Hinbeziehungslinien sein, durch welche die Kopula zunächst eine und dieselbe Prädikatsbestimmtheit auf die einzelnen Gegenstände dieser Menge hinbezieht. Und alle diese Hinbeziehungslinien müssen dann durch die Behauptungsfunktion der Kopula gemeinfam überdeckt werden.

Von dem eben betrachteten Gesichtspunkt der Quantität ist derjenige verschieden, nach welchem die traditionelle Logik die Urteile in Einzel-, Partikular- und Universalurteile einteilt. Die gemeinfame Voraussetzung für diese drei Urteilsarten besteht nämlich darin, daß ihr Subjektsbegriff zunächst eine bestimmte oder unbestimmte Menge von Gegenständen irgendwie umgrenzt. Auf dieser gemeinfamen Basis geschieht dann die Einteilung der Urteile danach, ob der Subjektsbegriff aus der so umgrenzten Menge nur einen, oder einige, oder alle Gegenstände herausgreift und zu Subjektsgegenständen des Urteils macht. Die Quantität ist also hier die aus einem bestimmten Umkreis herausgegriffene Menge von Subjektsgegenständen. Das Einzelurteil nimmt nur einen Gegen-

stand aus dem Umkreis heraus; ihm entspricht daher die Formel: »Ein S ist P«. Das Partikularurteil nimmt einige Gegenstände aus dem Umkreis heraus und hat daher die Form: »Einige S sind P«. Das Universalurteil schließlich bezieht sich auf alle Gegenstände des bestimmten Umkreises, ihm kommt also die Formel zu: »Alle S sind P«. Würde man nur darauf sehen, ob alle oder nicht alle, sondern nur eine Teilmenge, von den Gegenständen des bestimmten Umkreises von dem Subjektsbegriff herausgegriffen wären, so würde man nur eine Zweiteilung der Urteile nach der Quantität gewinnen, nämlich nur Universal- und Partikularurteile. Das Einzelurteil würde dann zu den Partikularurteilen gehören, die also nicht mehr notwendig Pluralurteile wären.

Bleiben wir bei der Dreiteilung der Urteile nach der Quantität, also bei der Einteilung in Einzel-, Partikular- und Universalurteile, so ist offenbar jedes Einzelurteil zugleich ein Singularurteil, da es ja nur einen Gegenstand dem Urteil unterwirft. Dagegen ist sowohl jedes Partikular-, als auch jedes Universalurteil ein Pluralurteil, da sie ja eine Mehrheit von Gegenständen ihrer distribuierenden Behauptung unterwerfen.

Andererseits ergibt sich aber, daß nicht jedes Singularurteil auch ein Einzelurteil ist. So sind z. B. die Singularurteile: »Plato ist ein Philosoph«, »Schwefel ist gelb« und »Der Adler ist ein Raubvogel« keine Einzelurteile, da sie ja durch ihre Subjektsbegriffe nicht erst einen Umkreis von mehreren Gegenständen abgrenzen und dann aus diesem Umkreis einen einzelnen Gegenstand herausgreifen, sondern ohne solche Umkreisbestimmung direkt auf ihren Gegenstand hinzielen. Deshalb sind jene Singularurteile aber auch keine Partikular- und keine Universalurteile, da sie ja sonst jene Umkreisbestimmung einer Mehrheit von Gegenständen enthalten müßten.

Es ergibt sich außerdem, daß nicht jedes Pluralurteil notwendig entweder ein Partikular- oder ein Universalurteil zu sein braucht. Die Pluralurteile: »Leibniz und Newton sind die Schöpfer der Differentialrechnung« und »Platin, Gold und Silber sind Edelmetalle« sind z. B. keine Partikular- und auch keine Universalurteile, da sie durch ihre Subjektsbegriffe die Mehrheit ihrer Gegenstände nicht als eine Teilmenge oder eine Allheit eines umgrenzten Umkreises von Gegenständen bestimmen. Diese Pluralurteile sind aber offenbar auch keine Einzelurteile. Da es also sowohl Singular-, als auch Pluralurteile gibt, die sich gar nicht in der traditionellen Einteilung der Urteile in Einzel-, Partikular- und

Universalurteile unterbringen lassen, so ist daraus ersichtlich, daß diese Einteilung der Urteile nach der Quantität durchaus keine vollständige ist. Sie läßt eben alle jene Urteile außer Betracht, in denen der Subjektbegriff seine Subjektsgegenstände nicht aus einem umgrenzten Umkreis von mehreren entnimmt, sondern sie direkt bezieht.

Die Einteilung der Urteile in Singular- und Pluralurteile ist dagegen eine vollständige, denn jedes Urteil muß entweder ein Singular- oder ein Pluralurteil sein, während durchaus nicht jedes Urteil notwendig entweder ein Einzel- oder ein Partikular- oder ein Universalurteil sein muß.

Verweilen wir trotzdem noch einen Augenblick bei der Einteilung der Urteile in Einzel-, Partikular- und Universalurteile, so ergeben sich nämlich je nach der Art der Umkreisbestimmung noch weitere Untergruppen, die der Beachtung wert sind, obgleich sie in der Logik bisher nur teilweise erwähnt worden sind.

Der Umkreis von Gegenständen, aus dem nur einer oder einige oder alle Gegenstände dem Urteil unterworfen werden, kann nämlich durch den Subjektbegriff in sehr verschiedener Weise umgrenzt werden. Diese Weisen sind durch die verschiedene Art charakterisiert, in der die Gegenstände, die zu dem Umkreis gehören sollen, gemeinsam gekennzeichnet werden. Es braucht also nur hier die früher angegebene Einteilung der möglichen Prädikamente, also dessen, was überhaupt von irgendeinem Gegenstand behauptet werden kann, herbeigezogen zu werden, um eine vollständige Übersicht über die möglichen Umkreisbestimmungen der Subjektsgegenstände zu erhalten. Eine Menge von Gegenständen kann demnach umgrenzt sein dadurch, daß sie bestimmt werden:

1. als diejenigen Gegenstände, die ein bestimmtes »Was« oder Wesen gemeinsam haben. An diese Art der Umgrenzung einer Menge von Gegenständen hat die überlieferte Logik bei ihrer Quantitätseinteilung der Urteile wohl ausschließlich gedacht. Es gibt aber noch eine Reihe anderer Arten solcher Umgrenzungen, so wenn die Gegenstände bestimmt werden:

2. als diejenigen Gegenstände, die alle ein bestimmtes in oder an ihnen vorhandenes gleiches »Wie« zeigen. So z. B. wenn die Gegenstände alle als weiße Gegenstände charakterisiert sind. Diese Umgrenzung ist von der ersteren verschieden, denn die erstere bestimmt eine besondere Art von Gegenständen, während die weißen Gegenstände, oder überhaupt Gegenstände von gleicher Wie-

Bestimmtheit nie schon eine besondere Art von Gegenständen sind. Das »Was« ist nicht identisch mit einer Summe von Wie-Bestimmtheiten und sei diese auch noch so groß. — Eine Menge von Gegenständen kann dann weiter umgrenzt werden:

3. als diejenigen Gegenstände, die alle dieselbe Seinsart haben, so wenn sie als reale Gegenstände charakterisiert werden. Da sich die Seinsart von dem »Was« und von dem »Wie« unterscheidet, so ist auch diese Umgrenzungsart der Menge von Gegenständen von den beiden ersten Arten verschieden. — Schließlich bleibt noch die ganze Mannigfaltigkeit der Relationsbestimmtheiten übrig, um eine Menge von Gegenständen zu umgrenzen:

4. als diejenigen Gegenstände, die eine und dieselbe Relationsbestimmtheit zu denselben anderen Gegenständen aufweisen. So z. B. die Gegenstände, die alle einem bestimmten anderen Gegenstand ähnlich sind, oder die alle zu einem und demselben anderen Gegenstand gehören, oder die alle von einem und demselben Gegenstand abhängig sind, oder die alle zu einem und demselben Bewußtseinssubjekt, oder zu einem und demselben Begriff, oder zu einem und demselben Wort in der gleichen intentionalen Beziehung stehen. Da diese Gegenstände von dem verschiedensten »Was«, von dem verschiedensten »Wie« und von der verschiedensten Seinsart sein können, so ist auch dieser Gesichtspunkt der Abgrenzung einer Menge von Gegenständen verschieden von den drei vorhergehenden.

Diesen vier Arten möglicher Umkreisbestimmungen entsprechen dann ebensoviele Arten von Subjektsbegriffen, eben diejenigen, die diese verschiedenen Umkreisbestimmungen vollziehen. Der Begriff »Alle Adler« meint alle diejenigen Gegenstände, welche Adler sind, die also dieses gemeinsame Wesen haben. Die Begriffe »Einige Adler« und »Ein Adler« meinen als Subjektsbegriffe im Partikular- und Einzelurteil einige, respektive einen derselben Gegenstände, die das gemeinsame Wesen des Adlers haben. Die Einzel-, Partikular- und Universalurteile, die derartige Subjektsbegriffe haben, bilden daher eine besondere Unterart, nämlich die der artbestimmten quantitätsverschiedenen Urteile.

Der Subjektsbegriff »Alle weißen Gegenstände« meint alle diejenigen Gegenstände, die weiß sind, die also diese Bestimmtheit »weiß« gemeinsam haben. Die Begriffe »Einige weiße Gegenstände« und »Ein weißer Gegenstand« meinen als Subjektsbegriffe im Partikular- und Einzelurteil einige oder einen der Gegenstände, die die gemeinsame Bestimmtheit weiß haben. Es gibt also eine

besondere Unterart der quantitativverschiedenen Urteile, deren Subjektsgegenstände nicht artbestimmt, sondern nur wie bestimmt sind.

Der Subjektsbegriff »Alle realen Gegenstände« meint alle Gegenstände der gleichen Seinsart der Realität. Die Begriffe »Einige reale Gegenstände« und »Ein realer Gegenstand meinen als Subjektsbegriffe im Partikular- und Einzelurteil einige oder einen von den Gegenständen realer Seinsart. Es gibt also eine entsprechende Unterart der quantitativverschiedenen Urteile, deren Subjektsgegenstände *seinsartbestimmt* sind.

Der Subjektsbegriff »Alle typhusähnlichen Krankheiten« meint alle diejenigen Krankheiten, die dem Typhus ähnlich sind, also in der *selben Vergleichungsrelation* zum Typhus stehen. Die erste Umgrenzung finden hier die gemeinten Gegenstände freilich durch eine Artbestimmung, indem sie als Krankheiten herausgehoben werden. Aber die endgültige Abgrenzung wird erst durch die Relationsbestimmtheit der Typhusähnlichkeit vorgenommen. Die gleiche Umgrenzung vollziehen die Subjektsbegriffe »Einige typhusähnliche Krankheiten« im Partikularurteil, und »Eine typhusähnliche Krankheit« im Einzelurteil. Die Quantitätsverschiedenheit der entsprechenden Urteile basiert hier also auf einer Umgrenzung der Subjektsgegenstände durch die gleiche Ähnlichkeitsrelation.

Subjektsbegriffe, die durch gemeinsame andere Relationsarten den Umkreis der Subjektsgegenstände abstecken, sind folgende. Die Begriffe »Ein, Einige, Alle ölhaltigen Früchte« umgrenzen die Gegenstände zunächst als Früchte, aber dann weiter einengend durch die gemeinsame Zugehörigkeitsrelation der Ölhaltigkeit und nehmen aus diesem Umkreis nun einen oder einige oder alle heraus.

Die Begriffe »Ein, Einige, Alle Dienftboten« meinen zunächst die artbestimmten Gegenstände der Menschen, von diesen aber speziell den Umkreis derjenigen, die in gleicher Abhängigkeitsrelation stehen, und zielen dann auf einen oder einige oder alle dieses engeren Umkreises hin.

Die Begriffe »Ein, Einige, Alle von mir gehörten Laute« grenzen die gemeinten Gegenstände zunächst durch die Artbestimmtheit »Laute« ab, umkreisen aber dann von diesen nur diejenigen, die zu mir in der gleichen intentionalen Relation des Gehörtwerdens stehen, und nehmen aus diesen wieder einen, oder einige, oder alle heraus.

Die Begriffe »Ein, Einige, Alle unter den Begriff »Urteil« fallenden Gedankengebilde« nehmen zunächst die Artbestimmtheit »Gedankengebilde« in den Zirkel, grenzen dann durch die gleiche

intentionale Beziehung des »unter den Begriff des Urteils fallend« einen engeren Umkreis von Gegenständen ab und zielen dann auf einen, einige, oder alle dieses Umkreises hin.

Schließlich bestimmen die Begriffe »Ein, Einige, Alle Personen mit dem Namen Waldmüller« ihre Gegenstände zuerst durch die Artbestimmtheit Person, grenzen dann durch die gleiche intentionale Beziehung zu demselben Namen einen engeren Umkreis ab und nehmen aus diesem dann einen, einige oder alle heraus.

Diesen verschiedenen Unterarten von Begriffen entsprechen dann ebensoviele Unterarten von quantitativ verschiedenen Urteilen, in denen diese Begriffe Subjektsbegriffe sind.

Die Unterscheidung der Urteile in singulare und plurale nimmt also einfach die numerische Einheit und Mehrheit der gemeinten Subjektsgegenstände für sich als den Gesichtspunkt der Einteilung, während die Einteilung der Urteile in Einzelurteile, partikulare und universale Urteile voraussetzt, daß der Subjektsbegriff primär eine gewisse Menge von Gegenständen umgrenze und dann aus dieser umgrenzten Menge einen, oder einige, oder alle zu Subjektsgegenständen des Urteils herausbestimme. Im letzteren Fall ist die Quantitätsbestimmung also eine relative, nämlich bezüglich auf den Umkreis von Gegenständen, die der Subjektsbegriff von sich aus umgrenzt. Der Subjektsbegriff in solchen Urteilen setzt also nicht einfach nur bestimmte Subjektsgegenstände, sondern bestimmt sie zugleich als einen, oder einige, oder alle eines bestimmten Umkreises von Gegenständen.

#### Allgemeine Urteile. Art- und Individualurteil.

Nennt man nun die so charakterisierten universalen Urteile zugleich auch »allgemeine« Urteile, so ist zu beachten, daß es mindestens noch zwei andere Arten von allgemeinen Urteilen gibt. Zunächst diejenigen allgemeinen Urteile, die weder plurale, noch universale Urteile sind, weil sie direkt weder eine Mehrheit noch eine Allheit eines bestimmten Umkreises von Gegenständen als Subjektsgegenstände meinen und setzen. Das sind z. B. die Urteile, die den Hauptbestand der systematischen, also aller nicht historischen Wissenschaften ausmachen. Nehmen wir als Beispiele etwa die beiden Urteile: »Schwefel hat das spezifische Gewicht 2,06« und »Der gemeine Adler ist ein Raubvogel«. Weder mit dem Schwefel, noch mit dem gemeinen Adler ist eine Mehrheit von Gegenständen gemeint. Nicht nur die sprachlichen Sätze, sondern auch die in ihnen zum Ausdruck gebrachten Urteile sind singularen Charakters.



Es ist daher auch durch die entsprechenden Subjektsbegriffe direkt keine Allheit von irgendwie umgrenzten Gegenständen gesetzt. Andererseits ist aber offenbar auch nicht ein bestimmtes einzelnes reales Stück Schwefel, respektive ein bestimmter einzelner realer Adler als Subjektsgegenstand gemeint. Zeigt man ein bestimmtes reales Stück Schwefel oder einen bestimmten realen Adler vor und erklärt: »Dies ist Schwefel«, respektive »Dies ist der gemeine Adler«, so will man damit natürlich nicht behaupten, daß dieses Stück Schwefel oder dieser bestimmte Adler es seien, auf die sich die beiden Urteile beziehen. Die beiden realen vorgewiesenen Gegenstände sind nur *Exemplare* oder Repräsentanten »des Schwefels«, respektive »des gemeinen Adlers«. Was wirklich in den beiden Urteilen als ihr Subjektsgegenstand gemeint ist, das ist im ersten Fall eine bestimmte Stoffart, die in verschiedenen realen Stücken in der materiellen Wirklichkeit vorkommt, und das ist im zweiten Fall eine bestimmte Tierart, die in unbestimmt vielen einzelnen Exemplaren auf der Erdoberfläche sich findet. Die gemeinte Stoffart sowohl als auch die gemeinte Tierart sind allerdings nicht als irgendwelche fiktiven Arten, sondern als realiter existierende Arten in jenen Urteilen gemeint. Aber damit ist nicht gesagt, daß nun eigentlich die realen Stücke Schwefel oder die realen einzelnen Adler den direkten Subjektsgegenstand jener Urteile bildeten. Wenn auch allein diese realen Stücke Schwefel oder die realen einzelnen Adler wirklich existieren, so ist doch die Stoffart, respektive die Tierart nicht mit diesen realen Einzelgegenständen identisch und die Realität der Art bedeutet eben nur, daß sie in einzelnen realen Gegenständen vorkommt, nicht, daß sie selbst unter den realen Gegenständen als ein besonderer Einzelgegenstand anzutreffen sei. Wir wollen im folgenden die Urteile dieser Art, die also durch ihren Subjektsbegriff eine bestimmte Art von Gegenstand als ihren Subjektsgegenstand setzen, *Arturteile* nennen.

Diese Arturteile also sind *singulare* Urteile. Sie sind aber nicht notwendig *Einzelurteile* in dem oben bezeichneten Sinne, da ihr Subjektsgegenstand nicht als einer aus einem begrenzten Umkreis einer Menge von Subjektsgegenständen gesetzt ist. Sie sind jedoch auch keine *partikularen* und keine *universalen*, also in diesem Sinne auch keine *allgemeinen* Urteile. Denn sie gehen ja direkt nicht auf eine Mehrheit oder eine Allheit von Gegenständen eines bestimmten Umkreises. Trotzdem sind auch sie in einem anderen Sinne *allgemeine* Urteile und werden in der Logik auch als solche bezeichnet. Sie sind allgemein, insofern als ihr Subjektsgegenstand ein »allgemeiner«, d. h. zwar ein einzelner Gegen-

stand ist, der aber in einer Mehrheit von einzelnen Gegenständen als das ihnen allen »Gemeinsame« vorkommen kann. Es ist nicht die Aufgabe der Logik, das Verhältnis aufzuhellen, in dem solche »allgemeinen« Gegenstände, wie Stoffarten und Tierarten, zu den einzelnen realen Gegenständen stehen, »in denen sie vorkommen« können; das ist vielmehr die Aufgabe der Ontologie. Die Logik hat hier zunächst nur den Bedeutungsgehalt derartiger Urteile, die einzelne Arten von Gegenständen zu Subjektsgegenständen haben, aufzuhellen und gegen Verwechslung mit solchen Urteilen zu sichern, die in ganz anderem Sinne »allgemeine« Urteile sind. Diesen »allgemeinen« Urteilen, im Sinne der Arturteile stehen gegenüber die Individualurteile, d. h. diejenigen Urteile, in denen die Subjektsbegriffe keine Arten, sondern eben individuelle Gegenstände setzen, Urteile also, die sich auf individuelle Gegenstände als ihre Subjektsgegenstände beziehen. Beispiele dafür sind: »Dieses Stück Schwefel hat die Form eines Zylinders«, und »Dieser Adler hat einen kahlen Hals«.

Da nun sowohl die Individuen, als auch die realen Arten in einer Mehrheit gemeint sein können, da sich also die Urteile, statt sich nur auf ein Individuum oder nur auf eine Art zu richten, auch auf mehrere Individuen oder Arten beziehen können, so gibt es natürlich sowohl singulare, als auch plurale Individual- und Arturteile. »Schwefel und Phosphor sind brennbar«, »Der Adler und der Geier sind Raubvögel«, das sind zwei plurale Arturteile.

Ebenso kreuzt sich die Einteilung der Urteile in Einzelurteile, partikulare und universale Urteile mit der Einteilung in Individual- und Arturteile. Denn nicht nur mehrere Individuen, sondern auch mehrere Arten können durch einen Subjektsbegriff zunächst in einer gewissen Menge abgegrenzt sein, und es können dann aus diesem Umkreis heraus Einer, oder Einige, oder Alle Individuen oder Arten zu Subjektsgegenständen eines und desselben Urteils gemacht werden. Die Arturteile, die in dem Sinne allgemeine Urteile sind, daß sie »allgemeine« Gegenstände zu Subjektsgegenständen haben, können also sowohl Einzelurteile, als auch partikulare und universale Urteile sein. Singulare Einzelurteile, die zugleich Arturteile sind, haben wir oben kennen gelernt. Universale Arturteile sind z. B. die beiden Urteile: »Alle chemischen Elemente sind Stoffarten« und »Alle Geierarten sind feige«. Es zeigt sich also hier, daß ein allgemeines Urteil im Sinne eines Arturteils wohl zu unterscheiden ist von einem allgemeinen Urteil im Sinne eines universalen Urteils. Das Wesen des Arturteils besteht kurz gesagt darin, einen

»allgemeinen«, einen Art-Gegenstand als Subjektsgegenstand zu setzen; das Wesen des universalen Urteils dagegen besteht darin, eine Allheit eines bestimmten Umkreises von Gegenständen so als Subjektsgegenstand zu setzen, daß jeder einzelne dieser Gegenstände dieselbe Prädikatsbestimmtheit für sich durch das Urteil zuerteilt bekommt.

**Verschiedene Arten von Arturteilen.** Übrigens können diese Arturteile unter sich noch sehr wesentliche Verschiedenheiten zeigen. Abgesehen davon, daß die verschiedensten Arten von Gegenständen aus den verschiedenen Kategorien und den verschiedenen Gebieten von Gegenständen die Subjektsgegenstände der Arturteile sein können, so kann auch noch ein und derselbe Artgegenstand in verschiedenen Arturteilen in sehr verschiedenem Sinne durch den Subjektsbegriff gemeint sein. Es lassen sich hier fünf verschiedene Fälle unterscheiden, die kurz aufgezählt sein sollen:

1. Der Subjektsbegriff meint die Art »in jedem Falle«. So meint zum Beispiel das Urteil »Schwefel hat das spezifische Gewicht 2,06«, daß Schwefel in jedem einzelnen Falle ausnahmslos das angegebene spezifische Gewicht habe.

2. Der Subjektsbegriff eines Arturteils meint in anderen Beispielen nicht die Art in jedem Falle, sondern nur die Art »im Normalfalle.« So meint z. B. das Arturteil »Der gemeine Adler ist 95 cm groß, er klaffert 2,2 m« den Adler nicht nur im ausgewachsenen Exemplare, sondern auch im unverkümmerten Normalfalle. Deshalb und nur deshalb, weil dies die Meinung ist, kann auch die Aufzeigung eines bestimmten Exemplares des gemeinen Adlers, bei dem die angegebene Größe und Klafferweite bedeutend kleiner ist, durchaus keinen Einwand gegen die Gültigkeit des allgemeinen Arturteils bilden. Die Arturteile, die sich auf Lebewesen beziehen, meinen meistens die Art im erwachsenen, gefunden, unverkümmerten Normalfall.

3. Der Subjektsbegriff kann dann die Art »im Durchschnittsfalle« meinen. Wird behauptet: »Die Frau ist kleiner als der Mann«, so ist hier weder gemeint, daß die Frau in jedem Falle kleiner sei als jeder Mann; es ist auch nicht gemeint, daß die Frau im Normalfall kleiner sei als der Mann im Normalfall; sondern nur, daß »im allgemeinen«, »im Durchschnitt« die Frau eine geringere Körpergröße habe, als der Mann im Durchschnitt. Wird nun gar eine bestimmte Größe angegeben, also etwa behauptet, die Frau sei durchschnittlich 1,60 m groß, so braucht tatsächlich in keinem einzigen Fall die Körpergröße einer Frau genau diese Größe zu haben, ohne daß deshalb schon jenes Arturteil ungültig würde.

4. Der Subjektsbegriff eines Arturteils kann die Art »im typischen Fall« meinen. Der typische Fall ist der Fall, in dem das differentielle Wesen der Art besonders stark ausgeprägt ist. Wird z. B. behauptet, die Frau sei egozentrisch beschränkt, so braucht damit nicht behauptet zu sein, daß die Frau dies in jedem Falle, auch nicht, daß sie es in jedem Normalfalle, und ebenfowenig, daß sie es im Durchschnittsfalle sei, sondern es kann bloß gemeint sein, daß die Frau da, wo ihr vom Mann verschiedenes Wesen in besonders einseitiger typischer Weise ausgeprägt sei, ihren Interessenkreis ganz auf sich und das was ihr unmittelbar zugehörig scheint, beschränke.

5. Schließlich kann der Subjektsbegriff eines Arturteils nur die Art »im Idealfall« meinen. Der Idealfall ist der Fall, in dem die Vorzüge der Art in besonderer Vollkommenheit zur Ausprägung gelangt sind. Wird z. B. behauptet, die Frau sei die Liebe, oder der Deutsche sei das Gemüt, so ist offensichtlich, daß beide weder in jedem Fall, noch beide im Normalfall, noch beide im Durchschnittsfalle, noch beide im typischen Fall zu denken sind, sondern beide Arten von Menschen hier in ihrem Idealfall zu nehmen sind.

Gemeinsam ist und bleibt aber allen diesen Arturteilen, daß sie, obgleich »allgemeine« Urteile, dennoch singulare, und nicht notwendig universale Urteile sind.

#### Kollektiv- und Solitärurteil.

Von den angeführten Arten des »allgemeinen« Urteils, dem universalen und dem Arturteil, unterscheidet sich als dritte Art dasjenige »allgemeine« Urteil, das durch seinen Subjektsbegriff einen Kollektivgegenstand dem Urteil unterwirft, einen Gegenstand also, der zwar eine Mehrheit von einzelnen gleichartigen Gegenständen in sich enthält, aber nur als das Ganze, das aus diesen Einzelgegenständen besteht, gemeint ist. Solche Kollektivgegenstände sind z. B. Heer, Haufen, Menge, Volk, Schwarm, Schar. Und ein Kollektivurteil ist das schon oben angeführte Urteil: »Diese Schar fliegender Vögel bildet ein Dreieck«. Wie hier nur ein einziger Gegenstand Subjektsgegenstand ist, so wird auch die Prädikatsbestimmtheit in diesem Urteil nur diesem einen Kollektivgegenstand, nicht aber den einzelnen ihn konstituierenden Gegenständen zugeordnet. Es wäre jedoch ein Irrtum zu meinen, daß Kollektivurteile notwendig immer singulare oder Einzelurteile seien. Denn es kann natürlich in einem Kollektivurteil ebenso gut statt des einen Kollektivgegenstandes eine Mehrheit, ja auch eine Allheit bestimmter Kollektivgegenstände zu Subjektsgegen-

ständen des Urteils gemacht sein. Mehrere oder alle Heere eines bestimmten Umkreises, mehrere Völker oder alle Völker auf der Erde können Gegenstände von Kollektivurteilen sein, die dann zugleich partikuläre oder universale Urteile sind. Und schließlich können die Kollektivurteile auch noch entweder Individualurteile oder Arturteile sein. Das soeben angeführte Kollektivurteil über diese Vogelschar ist ein individuelles, das Kollektivurteil: »Der Bienen-schwarm besteht aus 690 – 1000 Drohnen, der Königin und 12 – 24000 Arbeitsbienen«, ist dagegen ein Arturteil und zwar ein solches, das die Art »im Normalfall« meint.

Nennen wir die Urteile, die nicht ein Kollektivum, sondern einen solitären Gegenstand zum Subjektsgegenstand haben, im Gegensatz zu den Kollektivurteilen die Solitärurteile, so umfaßt die sogenannte Quantität der Urteile also folgende vier sehr verschiedenen Urteilsunterscheidungen nach dem Subjektsbegriff:

1. Die Unterscheidung in Singular- und Pluralurteile, je nachdem der Subjektsbegriff einen oder mehrere Gegenstände zu Subjektsgegenständen des Urteils macht.

2. Die Unterscheidung in Einzel-, Partikular- und Universalurteile, wenn der Subjektsbegriff zunächst einen bestimmten Umkreis von Gegenständen umgrenzt und dann entweder einen, oder einige oder alle Gegenstände dieses Umkreises zu Subjektsgegenständen des Urteils macht.

3. Die Unterscheidung in Individual- und Arturteile, je nachdem der Subjektsbegriff einen individuellen oder einen generellen Gegenstand zum Subjektsgegenstand des Urteils macht.

4. Die Unterscheidung in Solitär- und Kollektivurteile, je nachdem der Subjektsbegriff einen solitären oder einen kollektiven Gegenstand zum Subjektsgegenstand des Urteils macht.

Zusatz: Die Universalurteile können in gewissen Fällen noch einen besonderen Sinn haben. Sie können nämlich von allen Gegenständen eines bestimmten Umkreises deshalb etwas behaupten, weil und insofern sie diesem Umkreis angehören. Das Urteil »Alle Körper sind ausgedehnt« bezieht sich auf alle Gegenstände, die das Gemeinfame haben, Körper zu sein. Und es behauptet von ihnen, daß sie ausgedehnt seien, sofern oder weil sie Körper sind. Es enthält also in sich den Gedanken der Begründung seiner Universalität in demjenigen Charakteristikum, das der Subjektsbegriff zur Umgrenzung des gemeinten Umkreises von Gegenständen benutzt. Indem es die Prädizierung des »ausgedehnt«

auf das »Körpersein« stützt, deduziert es von da auf alle diejenigen Gegenstände, welche Körper sind. Sprachlich wird dies zuweilen besonders ausgedrückt in der Form: »Alle Körper sind als Körper ausgedehnt«. Die Universalurteile können einen solchen, eine Begründung und Deduktion in sich schließenden Sinn auch dann haben, wenn der Subjektsbegriff den Umkreis von Gegenständen nicht durch ihr gemeinsames »Was«, sondern durch das gemeinsame »Wie« oder durch die gemeinsame Seinsart oder durch eine gemeinsame Relation umgrenzt. So begründet das Urteil: »Alle weißen Körper reflektieren (als weiße Körper) das Licht vollständig« seine Prädizierung in dem Moment »weiße Körper« und deduziert von da auf alle Gegenstände, die dieses Moment zeigen. Das Urteil »Alle ideellen Gegenstände sind (als ideelle) zeitlos« stützt sich auf die bestimmte Seinsart der Gegenstände und begründet damit seine deduzierende Prädizierung. Das Urteil »Alle von mir gehörten Laute sind (als von mir gehörte) meine Bewußtseinsinhalte« ist ein Universalurteil, das seine Prädizierung begründet in der intentionalen Relationsbestimmtheit, die der Subjektsbegriff zur Umgrenzung der Subjektsgegenstände benutzt.

Die Universalurteile brauchen jedoch nicht notwendig diesen Sinn zu haben. So begründet z. B. das Universalurteil »Alle Bänke in diesem Raume sind braun« durchaus nicht seine Prädizierung darin, daß die Bänke sich in diesem Raum befinden. Die gemeinsame Charakterisierung der Subjektsgegenstände als »Bänke in diesem Raume« dient hier nur zur Kenntlichmachung der gemeinten Gegenstände, nicht aber zur Begründung der Prädizierung des »braun«. Dieses Universalurteil induziert vielmehr sein Recht von den einzelnen Bänken her, da eben jede einzelne braun ist. Ein derartiges Universalurteil ist daher äquivalent der bestimmten Anzahl von Einzelurteilen, die jedem einzelnen Subjektsgegenstände des bestimmten Umkreises für sich dasselbe Prädikat zuschreiben. Es kann also in diesem Sinne als eine Zusammenfassung einer bestimmten Anzahl von Einzelurteilen bezeichnet werden.

Dagegen sind die begründenden und deduzierenden Universalurteile nicht einer bestimmten Anzahl von Einzelurteilen äquivalent, da sie sich nicht auf eine bestimmte, sondern auf eine unbeschränkte Anzahl von Subjektsgegenständen beziehen. Sie sind daher auch nicht bloße Zusammenfassungen einer bestimmten Anzahl von Einzelurteilen. Ihr Wahrheitsanspruch gründet sich nicht auf die von ihnen betroffenen Einzelfälle, sondern auf das den einzelnen Fällen Gemeinsame, das der Subjektsbegriff hervorhebt. Dieser Unterschied des Sinnes verschiedener Universalurteile wird wichtig, wenn die erkenntnis-

theoretische Frage der Verallgemeinerung nicht auf die Begründung der Arturteile, sondern auf die Begründung der Universalurteile bezogen wird.

Die Einzel- und die Partikularurteile können ebenfalls in bestimmten Fällen noch besondere Nebengedanken in sich enthalten. Die Urteile: »Ein S ist P« und »Einige S sind P« können nämlich behaupten wollen, daß nur ein S, respektive nur einige S, und nicht etwa alle S, P sind. Dann enthalten sie im Subjektsbegriff durch den einschränkenden Begriff »nur« eine Einschränkung der Anzahl derjenigen Subjektsgegenstände, für die das Urteil gültig sein will, auf die angegebene Menge, und eine Wegchiebung der übrigen Gegenstände des umgrenzten Umkreises aus dem Gültigkeitsbereich des Urteils.

Einen anderen Nebengedanken schließen die beiden Urteile dann ein, wenn sie behaupten, daß wenigstens ein oder einige S P seien. Sie sichern dann durch den, im Subjektsbegriff enthaltenen, platfichernden Begriff »wenigstens« aus dem umgrenzten Umkreis der Subjektsgegenstände einen oder einige Gegenstände für die Prädizierung heraus und öffnen für die übrigen Gegenstände die Möglichkeit, ebenfalls der Prädizierung zu unterfallen. Während also die einschränkenden Einzel- und Partikularurteile das entsprechende Universalurteil ablehnen, bereiten die platfichernden dagegen ein Universalurteil vor.

#### Kombination der Quantität mit der Qualität, der Modalität und der Relation.

Alle die nach der Quantität in dem vierfachen Sinn unterschiedenen Urteilsarten können nun sowohl positive als auch negative Urteile sein, d. h. die Qualität eines Urteils kann unabhängig von seiner Quantität variieren. Es gibt also sowohl positive als auch negative Singular- und Pluralurteile, positive und negative Einzel-, Partikular- und Universalurteile, positive und negative Individual- und Arturteile, und positive und negative Solitär- und Kollektivurteile.

Die traditionelle Logik hat die Quantität der Urteile nur in dem zweiten Sinne genommen und hier den Nachdruck darauf gelegt, ob aus dem Umkreis von Gegenständen, die der Subjektsbegriff zunächst umgrenzt, alle oder nicht alle dem Urteil unterworfen werden. Sie rechnet daher auch das Einzelurteil »Ein S ist P« zu den Partikularurteilen, sofern es nicht alle, sondern nur einen Teil, nämlich einen der Gegenstände aus der umgrenzten Gegenstandsmenge der Prädizierung unterwirft. Zugleich läßt sie sowohl diesen

einen als auch die einigen Subjektsgegenstände aus dem abgegrenzten Umkreis nur unbestimmt durch den Subjektsbegriff herausgegriffen sein. Es werden also in den Partikularurteilen der überlieferten Logik durch den Subjektsbegriff nicht einer oder einige bestimmte Gegenstände aus dem abgesteckten Umkreis zum Subjektsgegenstand gemacht, sondern es wird nur die Menge (einer oder einige) der Subjektsgegenstände angegeben. Wird dann die Variation nach dieser Quantität mit der Variation nach der Qualität der Urteile vereinigt, so gewinnt man die vier überlieferten Urteilsarten:

1. Das allgemein bejahende Urteil von der Form:  
»Alle S sind P« (a)
2. Das allgemein verneinende Urteil von der Form:  
»Alle S sind nicht P« (e)
3. Das partikular bejahende Urteil von der Form:  
»Einige S sind P« (i)
4. Das partikular verneinende Urteil von der Form:  
»Einige S sind nicht P« (o)

Man bezeichnet dann diese Urteile sukzessive kurz mit den Buchstaben a, e, i und o, die aus den beiden lateinischen Wörtern »affirmo« (ich bejahe) und »nego« (ich verneine) entnommen werden. a und i sind die beiden ersten Vokale aus dem Wort »affirmo« und bezeichnen das allgemein und das partikular bejahende Urteil. e und o sind die beiden Vokale aus dem Wort »nego« und bezeichnen das allgemein und das partikular verneinende Urteil. Diese kurze Bezeichnungsweise der Urteile gewinnt später in der Darstellung der Schlußlehre ihre Bedeutung.

Da die Quantität der Urteile nur den Subjektsbegriff betrifft, so können die nach der Quantität verschiedenen Urteile nicht nur zugleich nach der Qualität, sondern auch noch nach der Modalität und nach der Relation unabhängig variieren. Sie können also alle sowohl problematische, als auch assertorische und apodiktische sein, und ebenso sowohl hypothetische, als auch kategorische und disjunktive sein.

Lassen wir die möglichen Kombinationen der nach der Quantität in dem vierfachen Sinn unterschiedenen Urteile unter einander außer Betracht, so ergeben sich also im ganzen 162 verschiedene Urteilsformen. Nimmt man aber mit der traditionellen Logik bei der Einteilung der Urteile nach der Quantität nur jene zwei, statt der oben angegebenen neun Arten an, also nur das Partikular- und das Universalurteil, so ergeben sich durch Vereinigung mit den Gesichtspunkten der Qualität, Modalität und Relation nur 36 verschiedene Urteilsformen.



## Zehntes Kapitel.

## Die Zeitbestimmung im Urteil und die zusammenfassende Bestimmung des Urteils.

1. Die Zeitbestimmung im Urteil. Es ist dem Urteil durchaus nicht wesentlich, irgendeine Zeitbestimmung in den Sachverhalt zu setzen. Die Zeitwörter, die im sprachlichen Ausdruck des Urteils entweder allein den Kopulabegriff oder zugleich den Kopulabegriff und den Prädikatsbegriff zum Ausdruck bringen, haben zwar an sich immer eine Zeitbedeutung, indem sie entweder Gegenwart, Vergangenheit oder Zukunft mitsetzen. Aber diese Mitsetzung einer Zeit ist eben in manchen Urteilen aufgehoben. Für solche Fälle wird dann die Gegenwartsform des Zeitworts gebraucht. Daß nun in wirklichen Urteilen die Zeitsetzung ausgeschaltet sein kann, leuchtet ohne weiteres bei solchen Urteilen ein, die irreale Gegenstände betreffen, die also zeitlose Sachverhalte setzen. So enthalten z. B. die mathematischen Sätze die Zeitwörter in Gegenwartsform, aber sie setzen als Urteile keinerlei Zeitbestimmung der Sachverhalte. Der Satz, daß  $2 \text{ mal } 2 = 4$  ist, oder daß die Winkelsumme im ebenen Dreieck gleich  $2R$  ist, meint nicht, daß dies jetzt so sei, obgleich das »ist« in beiden Sätzen die Gegenwartsform des Hilfszeitworts »Sein« ist. Man hat in solchen Fällen den Ausweg eingeschlagen, die gesetzte Gegenwart eine zeitlose Gegenwart zu nennen. Es darf dies aber nicht so aufgefaßt werden, als ob hier in diesen Urteilen trotz allem eine Zeitbestimmung in den Sachverhalt gesetzt würde, denn dies wäre falsch. Wie die mathematischen, so sind auch die logischen Urteile ohne jede Zeitbestimmung, da auch sie sich auf irreale Gegenstände beziehen und völlig zeitlose Sachverhalte setzen.

Es wäre jedoch ein Irrtum zu meinen, daß nur solche Urteile, die sich auf Irrreales beziehen, ohne Zeitbestimmung seien. Vielmehr schalten auch die systematischen Wissenschaften, die sich auf reale Gegenstände irgendwelcher Art richten, in ihren Urteilen die, durch die Gegenwartsform der gebrauchten Zeitwörter nahegelegte, Zeitbestimmung aus. Das Urteil »Schwefel hat das spezifische Gewicht 2,06« meint ja nicht, daß Schwefel in der Gegenwart dieses spezifische Gewicht habe, sondern erhebt, obgleich es die reale Stoffart Schwefel meint, doch den Sachverhalt über die Zeitunterschiede der Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft hinaus und setzt, wie man gesagt hat, eine durch alle Zeiten hindurchgehende Gegenwart. Alle nicht historischen Wissenschaften vom Wirklichen, nicht nur die verschiedenen systematischen Naturwissenschaften, sondern

auch die psychologischen, die sozialen und die kulturellen Wissenschaften schalten in ihren Urteilen die Zeitbestimmung aus. Damit ist der genügende Beweis erbracht, daß zum Wesen des Urteils nicht notwendig eine Zeitbestimmung gehört.

2. Zusammenfassende Bestimmung des Urteils überhaupt. Die bisherigen Ergebnisse unserer Untersuchung des Urteils können wir in Kürze so zusammenfassen, daß wir zugleich alle möglichen bisher betrachteten Variationen des Urteils darin aufnehmen. Wir erhalten dann folgende Fassung:

Ein Urteil ist eine sinnvolle, entfaltete Einheit von mindestens drei Begriffen, in der ein Subjektbegriffirgend

Quantität	{ einen oder mehrere, und zwar einen einzelnen oder einige oder alle Gegenstände eines bestimmten Umkreises, und zwar individuelle oder Artgegenstände, und bei jeden dieser entweder solitäre oder Kollektivgegenstände zu unterliegenden Subjektsgegenständen macht; in der dann weiter ein Kopulabegriff etwas
Qualität	{ auf den Subjektsgegenstand hinbezieht, und zwar entweder positiv, hinzusetzend, oder negativ, abpreisend, und zugleich in einer zweiten, dieser Hinziehungsfunktion übergelegten, Behauptungsfunktion
Modalität	{ mit bestimmtem, entweder abgedämpfem, oder vollem oder verstärktem logischem Gewicht
Relation	{ entweder bedingungslos oder bedingt, und in letzterem Falle wieder entweder hypothetisch oder disjunktiv das durch den Prädikatsbegriff Gemeinte, und zwar entweder
Prädikamente	{ ein »Was« oder ein »Wie« oder eine »Seinsart« oder irgendeine Relationsbestimmtheit, nachdem diese auf den unterliegenden Subjektsgegenstand positiv oder negativ hinbezogen sind,
Behauptung und Anspruch auf Wahrheit	{ behauptet und damit den Anspruch auf Wahrheit des Urteils selbst und aller in ihm implizierten Urteile macht.

## Zweiter Abschnitt.

## DIE LEHRE VOM BEGRIFF.

Die Analyse des Urteils führt auf Begriffe als die letzten Bestandteile des Urteils zurück. Die Namen, die diesen Begriffen als Urteilsbestandteilen beigelegt werden, nämlich die Wörter: Subjektsbegriff, Prädikatsbegriff und Kopulabegriff, bezeichnen direkt nur die Stellung der Begriffe im Urteil, nicht aber besondere Arten von Begriffen. Die weitere Untersuchung des Urteils würde nun erfordern, festzustellen, welche Arten von Begriffen überhaupt in ein Urteil eingehen können; welche Arten von Begriffen notwendig in einem Urteil vorhanden sein müssen; was für Begriffe die Stelle von Subjektsbegriffen, was für Begriffe die Stelle von Prädikatsbegriffen einnehmen können, und was dergleichen Fragen noch mehr sind. Um jedoch diese Fragen beantworten zu können, muß man schon die verschiedenen möglichen Arten von Begriffen erkannt haben. Und dazu müssen vorher die Begriffe selbst untersucht werden.

Da jedoch nicht nur die Urteile, sondern auch die anderen Gedankenarten, also z. B. die Fragen, die Wertungen, die Wünsche, die Ratschläge, die Bitten und die Befehle, ebenfalls aus Begriffen bestehen, so führt schließlich jede Untersuchung von Gedanken überhaupt notwendig auf die Untersuchung der Begriffe zurück. Die Lehre von den Begriffen hat daher nicht nur für die Lehre vom Urteil, sondern allgemein für die Logik als Gedankenwissenschaft eine grundlegende Bedeutung.

Schon die Analyse des Urteils hat uns neben den Begriffen, die etwas Gegenständliches meinen, wie der Subjektsbegriff und der Prädikatsbegriff, auf solche Begriffe geführt, die gar nichts Gegenständliches meinen, sondern die, wie der Kopulabegriff, nur eine logische Funktion, hier die Hinbeziehungs- und die Behauptungsfunktion, ausüben. Es wird sich nachher zeigen, daß es noch eine große Reihe solcher bloß logisch funktionierender Begriffe gibt. Durch die Betrachtung dieser Art von Begriffen werden wir darauf aufmerksam werden, daß (auch die Gegenstandsbegriffe nicht nur Gegenstände meinen, sondern zugleich auch immer eine bestimmte logische Funktion ausüben.) Erst die Berücksichtigung dieser logischen Funktionen wird über den Aufbau der Gedanken genügende Klarheit verschaffen können und die Lehre vom Begriff über das rück-

ständige Niveau erheben, auf dem sie sich leider immer noch befindet. Die überlieferte Logik hat ausschließlich die Gegenstandsbegriffe unterfucht und ist auch dabei noch in manchen Unklarheiten stecken geblieben. Es sei daher mit der Betrachtung der Gegenstandsbegriffe begonnen. Die Ergebnisse, die wir hier gewinnen, gelten, wie wir später sehen werden, zum größten Teile nicht für die anderen Arten von Begriffen.

#### Erstes Kapitel.

#### Begriffe, Wörter, Gegenstände.

Die Begriffe können den Bedeutungsgehalt bestimmter Wörter ausmachen. Die Wörter selbst sind nicht die Begriffe. Die Wörter bestehen aus Buchstaben, die Begriffe dagegen nicht. Verschiedene Wörter können ein und denselben Begriff ausdrücken, und ein und daselbe Wort kann verschiedene Begriffe als seine verschiedenen Bedeutungen tragen. Daß aber Begriffe überhaupt den Bedeutungsgehalt von Wörtern bilden, ist den Begriffen selbst äußerlich und zufällig. Ihrem Wesen nach sind sie nicht Bedeutungen von Wörtern. Ja nicht einmal im menschlichen Denken sind die Begriffe notwendig an Wörter gebunden. Es ereignet sich oft, daß der Mensch für einen Begriff, den er schon hat und schon denkt, ein Wort noch vermißt und erst sucht.

Die Logik muß nun freilich, um bestimmte Begriffe namhaft zu machen, bestimmte Wörter gebrauchen, eben solche, deren normale Bedeutungen mit den betreffenden Begriffen übereinstimmen. Aber sie hat weder die Wörter selbst, noch den Zusammenhang bestimmter Wörter mit bestimmten Begriffen zu untersuchen, sondern sie nimmt die Wörter nur als die Anhaltspunkte, um von ihnen zu den bestimmten Begriffen selbst zu gelangen. Sie darf dabei natürlich auch nicht einfach von der Beschaffenheit und der Anzahl der Wörter auf die Beschaffenheit und Anzahl der mit ihnen verbundenen Begriffe schließen.

Gegenstandsbegriffe nun meinen irgendwelche Gegenstände. Der Begriff »Gold« meint den Gegenstand Gold. Diese Begriffe sind weder selbst die Gegenstände, die sie meinen, noch enthalten sie die gemeinten Gegenstände in sich. Der Begriff »Gold« ist wesentlich verschieden von dem Gegenstand Gold. Während man Gold hämmern, zu Blattgold auswalzen und zu Draht ausziehen kann, läßt sich dies mit dem Begriff »Gold« durchaus nicht vornehmen. Gold ist ein Metall, eine bestimmte raumerfüllende Stoffart;

der Begriff »Gold« ist dagegen kein Metall, keine raumerfüllende Stoffart, sondern ein unräumliches gedankliches Gebilde.<sup>1)</sup>

Da die Gegenstandsbegriffe im allgemeinen gar keine Ähnlichkeit mit den Gegenständen haben, die sie meinen – (außer in den seltenen Fällen, in denen die Begriffe selbst wieder Begriffe zu Gegenständen haben) –, so dürfen die Begriffe auch nicht als Abbilder der gemeinten Gegenstände bezeichnet werden. Der Begriff »Gold« bildet in keiner Weise das Gold ab, da er keine der für Gold charakteristischen Eigenschaften oder ihnen ähnliche Bestimmtheiten zeigt, also weder gelb, noch glänzend, noch vom spezifischen Gewicht 19,3 ist. Das Verhältnis von Urbild und Abbild ist ein total anderes als das Verhältnis eines Gegenstandes zu seinem Begriff.

Geht man von den Begriffen aus, so sind die Gegenstände, die von den Gegenstandsbegriffen gemeint werden, überhaupt nur als die gemeinten Gegenstücke, die intentionalen Korrelate der Begriffe zu nehmen, also nur mit demjenigen »Was«, dem »Wie«, der Seinsart und den Relationsbestimmtheiten ausgestattet zu denken, die der betreffende Gegenstandsbegriff ihnen zudenkt. Der Gegenstand, den ein bestimmter Gegenstandsbegriff entwirft, mag an sich noch weitere Bestimmtheiten über diejenigen hinaus haben, die ihm der Begriff zudenkt. Aber diese gehören dann nicht zu dem Gegenstand, soweit er nur das intentionale Korrelat des Begriffs ist. Wir müssen daher überall den Gegenstand, sowie er von dem Begriff entworfen wird, unterscheiden von dem Gegenstand, sowie er an sich ist. Diese Unterscheidung findet aber nicht etwa nur bei solchen gemeinten Gegenständen statt, die auch real sein können, sondern ebenso bei irrealen Gegenständen. Wenn z. B. der Begriff »Dreieck« nichts anderes meint, als eine ebene, von drei sich schneidenden Graden begrenzte Figur, so gehört zu diesem intentionalen Korrelat des Begriffs »Dreieck« z. B. nicht, daß es drei Innenwinkel hat. Im so bestimmten Begriff des Dreiecks liegt durchaus keine Intention auf Winkel. Man kann also durchaus nicht aus dem angeführten Begriff des Dreiecks erkennen, daß das Dreieck drei Innenwinkel hat, weil dies gar nicht »im Begriffe des Dreiecks liegt«. Man muß vielmehr zu dem gemeinten Gegenstand Dreieck, wie er an sich ist, übergehen, um die von dem Begriffe des Dreiecks unabhängige Erkenntnis zu gewinnen, daß das so definierte Dreieck drei Innen-

1) Es ist daher völlig verkehrt, solche Gegenstände wie: Atome, Energie, Materie, Körperdinge und Zahlen Begriffe zu nennen. Begriffe sind immer ideelle Gebilde; die Gegenstände können dagegen reale und ideelle sein.

winkel hat. Alles, was man über den intentionalen Gegenstand noch weiter erkennen kann, gehört nicht zu ihm, soweit es nicht in dem Begriff von ihm schon gemeint ist. Es sei im Anschluß an einen älteren logischen Sprachgebrauch der Gegenstand so, wie er gemeint ist, das **Formalobjekt**, dagegen der Gegenstand, so wie er »an sich« ist, das **Materialobjekt** des Begriffes genannt. Für die Logik kommt im wesentlichen nur das Formalobjekt des Gegenstandsbegriffes in Betracht.

Das Denken in Begriffen ist beim Menschen meistens vom Vorstellen irgendwelcher Gegenstände begleitet. Es mag zuweilen so sein, daß die von den gedachten Gegenstandsbegriffen gemeinten Gegenstände zugleich genau so, wie sie gemeint sind, vorgestellt werden. In den meisten Fällen sind aber die vorgestellten Gegenstände von den begrifflich gemeinten Gegenständen mehr oder weniger verschieden. Ja, es ist sogar sehr oft der Fall, daß die vorgestellten Gegenstände mit den begrifflich gemeinten Gegenständen gar nicht übereinstimmen und nur einen sehr entfernten Zusammenhang mit ihnen haben, so daß also die begrifflich gemeinten Gegenstände gar nicht vorgestellt sind. Manche begrifflich gemeinten Gegenstände werden aber nicht nur tatsächlich nicht vorgestellt, sondern sie sind überhaupt nicht vorstellbar, wie z. B. der »bayrische Staat« oder die »Physik«. Man hat neuerdings in solchen Fällen von unanschaulichen Vorstellungen gesprochen und die Begriffe selbst unanschauliche Vorstellungsinhalte genannt. Aber die Begriffe sind weder Vorstellungen, da Vorstellungen, in denen nichts vorgestellt wird, überhaupt keine Vorstellungen sind, noch Vorstellungsinhalte, da Begriffe selbst, indem sie gedacht werden, nicht vorgestellt werden, noch von einer Vorstellung ihres Gegenstandes begleitet zu sein brauchen. Unanschauliche Vorstellungen gleichen überhaupt sehr dem »alkoholfreien Spiritus«.

## Zweites Kapitel.

### Inhalt eines Begriffs.

Gegenstandsbegriffe können irgendwelche Gegenstände irgendwelcher **Kategorie** und irgendwelcher **Gebiete** von Gegenständen meinen. Daß ein bestimmter Gegenstandsbegriff gerade diesen bestimmten Gegenstand meint, das macht seinen Inhalt aus. Durch ihre verschiedenen Inhalte entwerfen die verschiedenen Begriffe verschiedene Gegenstände. Nicht also die gemeinten Gegenstände selbst,

noch irgendetwas an diesen Gegenständen bilden den Inhalt des Begriffs. Der Begriff »Gold« hat zum Inhalt weder das Gold selbst, noch irgendwelche Merkmale des Goldes, etwa gelb oder glänzend oder das spezifische Gewicht 19,3. Der gemeinte Gegenstand und seine Merkmale sind also nicht zu verwechseln mit dem Inhalt des Begriffs und den einzelnen Elementen dieses Begriffsinhaltes.

Diese Verwechslung wesentlich verschiedener Momente begeht aber jene alte und in der Logik auch heute noch immer wiederholte Bestimmung, die den Inhalt eines Begriffs mit der Summe der Merkmale des Gegenstandes gleichsetzt. Diese Bestimmung leidet außerdem noch an einem zweiten schweren Fehler. Sie identifiziert den Gegenstand mit der Summe seiner Merkmale. Wollte man sie nämlich verbessern, indem man nicht die Merkmale des Gegenstandes, sondern die Meinungen, die diese Merkmale meinen, als den Inhalt des Begriffes bestimmte, so würde ja in dem Inhalte des so bestimmten Begriffes gerade dasjenige Element fehlen, das eben den Gegenstand, dem alle jene Merkmale als seine Bestimmtheiten zugedeutet werden, selbst meint. Der Begriff Gold meint eine bestimmte Stoffart, er kann zugleich dieser Stoffart noch die Merkmale: gelb, glänzend, spezifisches Gewicht 19,3 zuordnen. Die meinende Zuordnung dieser Merkmale setzt aber die Meinung jener bestimmten Stoffart, der diese Merkmale zukommen sollen, schon voraus. Die bestimmte Stoffart ist in diesem Begriff nicht selbst als ein Merkmal – von was denn auch? – gemeint, aber auch nicht als eine Summe von Merkmalen, die nicht Merkmale irgendeines Gegenstandes wären.

Durch den Inhalt des Gegenstandsbegriffs ist das Formalobjekt des Begriffes bestimmt. Den Bestimmtheiten des Formalobjekts entsprechen also genau bestimmte Inhaltselemente des Begriffes. Und umgekehrt, den verschiedenen Inhaltselementen eines Gegenstandsbegriffes entsprechen genau die verschiedenen Bestimmtheiten des Formalobjekts. Durch die Analyse des Formalobjekts, nicht aber durch die Analyse des Materialobjekts, kann man also indirekt bestimmen, was in dem Inhalte eines Gegenstandsbegriffes alles liegt. Aber nicht die Elemente des Formalobjektes selbst bilden deshalb den Inhalt des Gegenstandsbegriffes, sondern die auf jene Elemente zielenden Meinungen. Sagt man, so sei eben auch jene Erklärung zu verstehen, die den Inhalt eines Begriffes als die Summe der Merkmale des Begriffes definiere, so ist demgegenüber zu bemerken, daß man in der Logik doch keine Ausdrucksweise verwenden darf,

die jene fundamentale Verwechslung des Formalobjekts mit dem Gegenstandsbegriff in sich schließt.

Vom Gegenstandsbegriff aus gesehen, ist also sein Inhalt das primäre, sein Gegenstand das sekundäre, da er ganz und gar durch den Inhalt bestimmt wird. Die Frage, wie der Mensch zur Bildung bestimmter Gegenstandsbegriffe komme, ob er dazu nicht erst bestimmte Gegenstände wahrnehmen oder vorstellen müsse, um dann erst, den Gegenständen sich anpassend, die Gegenstandsbegriffe zu bilden, ist eine außerlogische Frage. Mögen in gewissem Sinne die Gegenstände den Begriffen in dieser Weise ihren Inhalt geben, so geben doch für die logische Betrachtung die Inhalte der Begriffe erst den intentionalen Gegenständen ihren Inhalt. Die intentionalen Gegenstände sind, was sie sind, ganz und gar nur von Gnaden der Gegenstandsbegriffe und ihres speziellen Inhalts.

Ein durch einen bestimmten Gegenstandsbegriff entworfener intentionaler Gegenstand kann nun natürlich dadurch mit weiteren Bestimmungsstücken ausgestattet werden, daß in den Inhalt seines Begriffs noch eben diejenigen Begriffselemente aufgenommen werden, die jene Bestimmungsstücke meinen, dadurch also, daß der Inhalt des Begriffs in bestimmter Weise vermehrt wird. Die weitere Determination eines intentionalen Gegenstandes geschieht durch eine bestimmtgeartete Inhaltsvermehrung des entsprechenden Begriffs. Der schon gegebene Inhalt eines Begriffs bestimmt aber offenbar, welche weiteren Begriffselemente in ihn aufgenommen werden können und müssen, um den intentionalen Gegenstand weiter zu determinieren. Zu dem Inhalt eines gegebenen Gegenstandsbegriffes lassen sich also nicht irgendwelche beliebigen Begriffselemente hinzufügen, wenn der Begriff einen einheitlichen Sinn behalten oder nicht in einen ganz anderen Begriff umspringen soll. So kann man wohl in den Begriff »Dreieck«, der den Gegenstand Dreieck überhaupt meint, den Begriff »rechtwinklig« aufnehmen und dadurch seinen Inhalt vermehren, weil durch das, was der Begriff »rechtwinklig« meint, der intentionale Gegenstand Dreieck wirklich zu einem rechtwinkligen Dreieck determiniert wird. Man kann aber den Dreiecksbegriff nicht dadurch in seinem Inhalt zu vermehren trachten, daß man den Begriff »Intensität« in denselben aufnimmt, denn dadurch verliert der Begriff seinen einheitlichen Sinn. Ebenso wenig kann man den Begriff »rot« in seinem Inhalt dadurch vermehren, daß man den Begriff »Rose« hinzufügt; denn dadurch pringt der Begriff in einen anderen Begriff um. Zuerst meinte er das Rot, dieses Farbenquale für sich genommen, nach der



Hinzufügung des Begriffes »Rose« aber meint er nun eine bestimmte Blütenart, der das »rot« als Eigenschaft zugeordnet ist. Die Inhaltsvermehrung eines Gegenstandsbegriffes steht also unter der einschränkenden Bedingung, daß erstens der Begriff dadurch seinen einheitlichen Sinn nicht verliert, und daß zweitens diejenige Gegenstandsart, die der Begriff ursprünglich meinte, als die gemeinte Grundlage erhalten bleibt.

Da jeder Begriff notwendig einen Inhalt haben muß, so läßt sich aus einem Begriff, dessen Inhalt nicht mehr in Teilbegriffe zerlegt werden kann, kein Inhaltselement herausnehmen, ohne den Begriff zu zerstören. Nennen wir einen solchen Begriff einen einfachen Begriff, so läßt sich also der Inhalt eines einfachen Begriffes nicht mehr vermindern. Freilich ist es im einzelnen Fall schwer zu entscheiden, ob ein bestimmter Begriff ein einfacher oder ein zusammengesetzter Begriff ist. So kann man zunächst meinen, der Begriff »rot« sei ein einfacher, weil sein Inhalt sich nicht mehr in Teilbegriffe zerlegen lasse. Denkt man aber daran, daß das gemeinte »rot« ein bestimmtes Farbenquale ist, an dem also noch das Genus Farbenquale von der Spezies »rot«, oder vielmehr von der spezifischen Differenz »rot« sich unterscheiden läßt, so ist man geneigt, den Begriff »rot« als einen zusammengesetzten Begriff aufzufassen, dessen Inhalt noch um den Begriff der spezifischen Differenz »rot« vermindert werden könne, um dann den generellen Begriff des Farbenquale überhaupt übrig zu lassen. Ebenso scheint der Begriff des Goldes, sofern er ungegliedert die bestimmte Stoffart meint, ein einfacher Begriff zu sein. Ist nun in diesem Begriff implizite mitgemeint, daß der gemeinte Gegenstand eine Stoffart, und ein gelbes glänzendes Metall ist, so ist offenbar der Begriff zusammengesetzt. Man hat diese Begriffe, auf Grund der in ihnen implizierten Mitmeinungen, implizite zusammengesetzte Begriffe genannt und ihnen die expliziert zusammengesetzten als diejenigen gegenübergestellt, in denen die Mehrheit der Teilbegriffe entfaltet enthalten ist, wie z. B. es in dem Begriff »das gelbe glänzende Metall Gold« der Fall ist. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß man nur diejenigen Teilbegriffe implizite in dem Gegenstandsbegriff enthalten sein läßt, die wirklich darin liegen, die also in dem entsprechenden Formalobjekt ihr gegenständliches Korrelat setzen, nicht aber diejenigen Begriffe, die etwas nur dem Materialobjekte zukommendes, im Gegenstandsbegriff aber gar nicht mitgemeintes setzen.

Wird ein impliziert zusammengesetzter Gegenstandsbegriff in seine Teilbegriffe expliziert, wie es in jeder Begriffsdefinition

geschieht, so wird damit sein Inhalt also keineswegs vermehrt, sondern nur entfaltet. Wird umgekehrt ein explizite zusammengefügter Gegenstandsbegriff in einen implizite zusammengefügten verwandelt, so wird damit sein Inhalt nicht vermindert, sondern nur zusammengefalzt, solange wenigstens nicht bei dieser Zusammenfaltung bestimmte der Teilbegriffe aus dem Begriff entgleiten.

Zusammengelegte Begriffe lassen sich in ihrem Inhalt vermindern. So kann man aus dem Begriff »rechtwinkliges Dreieck« das Inhaltselement »rechtwinklig« weglassen; es bleibt dann der Begriff »Dreieck« übrig. Ebenso kann man aus dem Begriff »rote Rose« das Inhaltselement »rot« weglassen und erhält dann den Begriff »Rose«. Aber auch diese Inhaltsverminderung eines zusammengefügten Begriffs ist nicht in beliebiger Weise möglich, sondern sie steht unter der einschränkenden Bedingung, daß bei der Verminderung diejenige Gegenstandsart oder -gattung erhalten bleibt, die der zusammengelegte Begriff meint. Denn, vermindert man den Inhalt eines Gegenstandsbegriffes, so läßt man damit gewisse Bestimmtheiten an dem intentionalen Gegenstand weg, man nimmt also eine Abstraktion am Formalobjekt vor. Die Art oder Gattung des Formalobjekts bildet aber seine stützende Grundlage; sie muß also erhalten bleiben, weil sonst der Rest kein Fundament mehr hätte und sich in seiner Unselbständigkeit eine andere Gegenstandsart suchen müßte. So kann man z. B. aus dem Begriff »rechtwinkliges Dreieck« nicht etwa den Begriff »Dreieck« überhaupt weglassen, da dann der Begriffsrest nicht mehr die ursprüngliche Gegenstandsart, eine geometrische Figur, sondern nun eine Formbestimmtheit in unselbständiger Fassung (»rechtwinkliges«) meint. Ebenso darf man aus dem Begriff »rote Rose« nicht etwa den Begriff »Rose« weglassen, da man damit die gemeinte Gegenstandsart überhaupt verläßt und nur eine unselbständig gefaßte Farbbestimmtheit übrigbehält.

Ein besonderer Fall der Inhaltsverminderung eines Begriffs liegt dann vor, wenn man von einem Individualbegriff zu seinem niedersten Artbegriff und von da weiter zu den entsprechenden, immer höheren Artbegriffen übergeht. Ebenso liegt eine besondere Inhaltsvermehrung vor, wenn man den umgekehrten Weg geht, also die höheren Artbegriffe zunächst in die entsprechenden niederen und niedersten Artbegriffe und diese schließlich in die Individualbegriffe verwandelt. Dies wird sich zeigen, wenn wir nun zu der Betrachtung der Individual-, Art- und Gattungsbegriffe übergehen.

## Drittes Kapitel.

## Individual-, Art- und Gattungsbegriffe.

Die Gegenstandsbegriffe können entweder individuelle, oder Art- oder Gattungsgegenstände meinen und heißen dann entsprechend Individual-, Art- und Gattungsbegriffe.

Um das Verhältnis der gemeinten Gegenstände zu klären, sei ein möglichst einfacher Fall genommen. Eine bestimmte Farbqualität, etwa eine bestimmte Rotnuance, liege in einer Reihe völlig gleicher Exemplare vor. Dann ist jedes dieser Exemplare, welches man auch nehmen mag, ein individueller Gegenstand, der von jedem anderen dieser Reihe nur numerisch, aber nicht qualitativ verschieden ist. In allen diesen Exemplaren kommt nun ein und dieselbe bestimmte Rotnuance genau gleich vor. Sie ist an sich ein Artgegenstand. Sie ist zugleich die niederste Art, weil sie keine weitere Determination zu einer ihr untergeordneten Art mehr zuläßt, sondern nur noch zu den einzelnen Exemplaren differenziert werden kann. Neben jener Rotnuance gibt es nun noch andersartige Rotnuancen, von denen jede wieder in einer Reihe genau gleicher Exemplare vorkommen kann. Jede dieser verschiedenen Rotnuancen ist also wieder eine niederste Art zu ihren Exemplaren. Alle diese Rotnuancen sind nun verschiedene Arten des Rot, das in allen gemeinsam vorkommt und in jeder besonders nuanciert ist. Dieses Rot ist also wieder kein individueller, sondern ein Artgegenstand. Da er noch zu ihm untergeordneten Arten, nämlich eben zu den verschiedenen Rotnuancen determiniert werden kann, so ist er eine höhere Art, und zwar die zu den Rotnuancen nächsthöhere Art. Dem Rot sind zunächst die Rotnuancen und dann deren individuelle Exemplare untergeordnet. Jeder einzelnen Rotnuance sind nur ihre Exemplare untergeordnet, das Rot überhaupt aber ihr übergeordnet. Das Rot heißt daher auch die Gattung, und zwar die nächste Gattung zu den niedersten Arten der verschiedenen Rotnuancen.

Neben der Farbenart Rot gibt es dann noch andere Farbenarten, nämlich Gelb, Grün, Blau und Violett. Jede dieser Farbenarten kann ebenfalls in verschiedenen Nuancen, und jede dieser Nuancen wieder in vielen individuellen Exemplaren vorkommen. Jede ist also eine höhere Art in bezug auf ihre eigenen Nuancen, von denen jede eine niederste Art ist.

Die verschiedenen Farbenarten, von denen jede die Reihe ihrer besonderen Nuancen unter sich hat, sind ihrerseits wieder die untergeordneten Arten der Farbe überhaupt. Farbe ist die den

Rot, Gelb, Grün, Blau und Violett übergeordnete, höhere Art, sie ist die Gattung zu den einzelnen Farbenarten, die ihrerseits wieder Gattungen zu den ihnen zugehörigen Farbnuancen sind. Die so übergeordnete Gattung Farbe kommt sowohl in den verschiedenen Farbenarten, als auch in deren Farbnuancen, als auch in den individuellen Exemplaren dieser Farbnuancen vor. Aber sie ist weder identisch mit den Farbenarten, noch mit den Nuancen jeder dieser Arten, noch mit den individuellen Exemplaren jeder dieser Nuancen. Sie ist die nächsthöhere Art zu den Farbenarten, die ihrerseits die nächsthöheren Arten zu ihren Nuancen sind. Jede Art, die noch Arten unter sich hat, nennt man Gattung; sofern sie noch Arten über sich hat, nennt man sie dagegen nur eine Art. Die niedersten Arten können also, da sie keine Arten mehr unter sich haben, niemals Gattungen sein; und die höchsten Arten können nur Gattungen, niemals Arten von Gattungen sein.

Die Gegenstandsordnung, die sich in unserem Beispiel gezeigt hat, läßt sich in folgender Weise veranschaulichen:

Farbe				
Rot	Gelb	Grün	Blau	Violett
Die versch. Rot- nuancen	Die versch. Gelb- nuancen	Die versch. Grün- nuancen	Die versch. Blau- nuancen	Die versch. Violett- nuancen
Deren indiv.	Deren indiv.	Deren indiv.	Deren indiv.	Deren indiv.
Exemplare	Exemplare	Exemplare	Exemplare	Exemplare

Die individuellen Exemplare einer bestimmten Rotnuance sind qualitativ einander völlig gleich, sie unterscheiden sich nur durch ihr verschiedenes Individuationsmoment. Das Individuationsmoment fehlt allen Arten und Gattungen. Die Arten und Gattungen unterscheiden sich daher nur qualitativ voneinander. Die höheren Arten kommen in den zugehörigen niederen Arten und Individuen vor. In den niederen Arten tritt zu den zugehörigen höheren Arten noch eine qualitative Differenz hinzu; in den Individuen tritt zu den zugehörigen Arten nur die individuelle Differenz hinzu. Individuelle Exemplare verschiedener niederster Arten derselben Gattung unterscheiden sich natürlich noch durch die qualitativen Differenzen dieser niedersten Arten. Über den individuellen Exemplaren der zusammengehörigen niedersten Arten baut sich also ein streng geordnetes System niederer und höherer Arten pyramidenförmig auf.

Sind nun die individuellen Exemplare *reale*, in den kausalen Zusammenhang der Wirklichkeit verflochtene Gegenstände, so sind die ihnen übergeordneten Arten und Gattungen, von den niedersten bis zu den höchsten, diesem Zusammenhang der Wirklichkeit ganz entzogen. Obgleich sie in den individuellen Exemplaren vorkommen, so bilden sie doch ein besonderes Reich von Gegenständen, das zeitlos, völlig unberührt von den Schicksalen der Individuen, über ihnen schwebt. So sind z. B. die einzelnen realen Fichten in den kausalen Zusammenhang der Wirklichkeit verflochten. Aber die ihnen zugehörigen Arten und Gattungen, nämlich die Fichte, der Nadelbaum, der Baum und die Pflanze, sind völlig unberührt von den Schicksalen der einzelnen realen Fichten. Mögen diese abgehauen und verbrannt werden, oder verdorren oder weiterleben, jene Arten und Gattungen bleiben an Inhalt und Zahl ganz unverändert. Während also die Anzahl der realen Individuen unbefristet variabel ist, ist die Anzahl der niedersten und der höheren Arten konstant.

Die Einteilung der Gegenstandsbegriffe in Individual-, Art- und Gattungsbegriffe geschieht nach der Art der gemeinten Gegenstände, nämlich danach, ob diese Individuen, Arten oder Gattungen sind. Sie ist also keine rein logische, sondern eine ontologische Einteilung.

Wenden wir uns nun wieder unserem obigen Beispiel zu, um das Verhältnis der Gegenstände und der Begriffe zueinander zu verfolgen. Steigt man in der angegebenen Gegenstandsordnung von einer höheren Art, etwa von der Gattung Farbe, herab zu den verschiedenen Farbenarten, so wird der allgemeine Gegenstand Farbe, der in den einzelnen Farbenarten vorkommt, in ihnen zu den speziellen Farbenqualitäten weiter bestimmt. Zugleich wird also der Begriff »Farbe« beim Übergang zu den Begriffen der verschiedenen Farbenarten Rot, Gelb, Grün, Blau und Violett, in seinem Inhalt vermehrt durch die speziellen Zielungen auf die Besonderheiten dieser verschiedenen Farbenarten. Geht man dann noch weiter herunter zu den niedersten Arten, also zu den verschiedenen Nuancen, die jeder einzelnen der verschiedenen Farbenarten noch zukommen können, so wird der, durch den ersten Schritt schon determinierte allgemeine Gegenstand Farbe noch weiter determiniert, und zwar nach verschiedenen Richtungen; hier, wo er schon zu Rot determiniert war, zu dessen verschiedenen Nuancen; dort, wo er schon zu Gelb determiniert war, zu dessen verschiedenen Nuancen, usw. Dementsprechend wird der Inhalt des Begriffs »Farbe«, der bei dem ersten Abwärtschritt schon durch die Zielung auf die spezielle Farben-

art vermehrt worden war, noch weiter vermehrt um die neue Zielung auf die besondere Nuance der betr. Farbenart.

Steigt man nun schließlich durch die niedersten Arten zu den individuellen Exemplaren herab, etwa zu denen einer bestimmten Rotnuance, so erfährt der allgemeine Gegenstand »Farbe«, ebenso natürlich die Farbenart »Rot« und die bestimmte Rotnuance, eine Determination ganz besonderer Art, indem er nicht weiter spezifiziert, sondern individualisiert wird. Was dabei zu der niedersten Art hinzukommt, ist nicht eine differentielle Qualität, sondern das Individuationsmoment. Selbst wenn man noch so viele qualitative Bestimmtheiten auf eine niederste Art aufhäufen wollte, so würde man sie dadurch niemals in die unterste Schicht der individuellen Gegenstände hinunter zwingen können. Auch räumliche und zeitliche Bestimmtheiten mag man hinzufügen, so viele man will, solange diese Bestimmtheiten nicht selbst schon das Individuationsmoment heimlich enthalten, wird die niederste Art nicht zu ihren Individualisationen gelangen. Denn von jeder so bestimmten niedersten Art sind prinzipiell immer noch mehrere gleichartige individuelle Exemplare möglich.

Bei diesem Abstieg bis zu den individuellen Exemplaren wird dementprechend auch der Begriff »Farbe«, nachdem er schon zu den Begriffen der verschiedenen Farbenarten und bei jeder dieser Farbenarten wieder zu den Begriffen der zugehörigen Nuancen determiniert war, in seinem Inhalt durch ein neues und eigenartiges Inhaltselement, nämlich durch die Zielung auf das Individuum vermehrt, und dadurch erst zum Individualbegriff gemacht.

Geht man nun umgekehrt von den individuellen Gegenständen aus und steigt von da zu ihren niedersten Arten und ihren Gattungen empor, so abstrahiert man bei dem ersten Schritt, der von den Individuen zu ihren niedersten Arten führt, von etwas wesentlich anderem an den Gegenständen, als bei den weiteren Schritten, die von den niedersten zu den höheren Arten und Gattungen führen. Man abstrahiert von dem Individuationsmoment, während man beim Aufstieg von Art zu Art, denen ja das Individuationsmoment schon fehlt, sukzessive von gewissen qualitativen Bestimmtheiten abstrahiert. Achtet man bei diesem Aufstieg auf die verschiedenen zugehörigen Begriffe, die diese Gegenstände verschiedener Schichten meinen, so sieht man, daß auch der Individualbegriff beim Übergang zu seinem niedersten Artbegriff um ein wesentlich anderes Inhaltselement vermindert wird, als diejenigen sind, um die der niederste Artbegriff beim schrittweisen Übergang zu seinen höheren Artbegriffen ver-

mindert wird. Der Individualbegriff läßt zuerst die Zielung auf das Individuationsmoment fahren, er wird dadurch zum niedersten Artbegriff und läßt nun nacheinander, wie einen wesentlich gleichartigen Ballast, beim weiteren Aufstieg die Zielungen auf die verschiedenen Schichten der spezifischen Differenzen fallen.

Soll also die *Inhaltsverminderung* eines Individualbegriffs nacheinander zu den zugehörigen niedersten und höheren Artbegriffen führen, so ist sie an das bestimmte ontologische System der Individual- und Artgegenstände gebunden. Ebenso muß sich die *Inhaltsvermehrung* eines Art- oder Gattungsbegriffs nach den Verhältnissen der Art- und Individualgegenstände richten, wenn sie zu den entsprechenden niederen Art- und den Individualbegriffen führen soll.

Entsprechend der Ordnung der gemeinten Gegenstände lassen sich auch die zugehörigen Gegenstandsbegriffe ordnen. Die Gattungs- und Artbegriffe sind den Individualbegriffen übergeordnet; die höheren Artbegriffe sind den niederen übergeordnet. Gleichstufige Artbegriffe, die demselben Gattungsbegriff untergeordnet sind, sind einander nebengeordnet; Individualbegriffe, die demselben niedersten Artbegriff untergeordnet sind, sind ebenfalls einander nebengeordnet. Die Begriffspyramiden, die so sich bilden lassen, entsprechen also genau den Gegenstandspyramiden und sind in der Tat nicht nach rein logischen Gesichtspunkten, sondern nach der ontologischen Ordnung der entsprechenden Gegenstände gebildet.

Individualbegriffe sind also Begriffe, die individuelle Gegenstände meinen. Beispiele dafür sind die Begriffe: »Dieses Rot«, »Dieser Adler«, »Die Erde«, »Die Sonne«.

Artbegriffe sind Begriffe, die Arten meinen, also z. B. die Begriffe: »Schwefel«, »Gelb«, »Der Adler«. Diese Begriffe meinen zunächst die Arten für sich, also in unseren Beispielen eine bestimmte Stoffart, eine bestimmte Farbenart, eine bestimmte Tierart.

Dasselbe gilt für die Gattungsbegriffe; sie meinen bestimmte Arten, die nicht niederste Arten sind, für sich.

Die Art- und Gattungsbegriffe können aber auch die Art oder die Gattung in bestimmten Fällen meinen. Und zwar, wie wir früher bei der Betrachtung der Arturteile schon festgestellt haben, in fünffacher Weise, nämlich entweder die Art in jedem Einzelfall, oder die Art im Normalfall, oder die Art im Durchschnittsfall, oder die Art im typischen Fall, oder schließlich die Art im Idealfall. (Vgl. Erster Abschnitt, sechstes Kapitel.)

## Viertes Kapitel.

## Allgemeine Begriffe.

Unter allgemeinen Begriffen kann man vier verschiedene Arten verstehen.

1. Man nennt die Art- und Gattungsbegriffe allgemeine Begriffe, weil die Art oder die Gattung, die sie meinen, in vielen individuellen Exemplaren gemeinsam vorkommen kann, weil sie also etwas Allgemeines in diesem Sinne meinen. Diesen Allgemeinbegriffen stehen dann als ihr Gegensatz die Individualbegriffe gegenüber. Es wäre aber verkehrt, zu glauben, daß nun jeder Begriff von Etwas, das vielen Individuen gemeinsam ist, auch ein Art- oder Gattungsbegriff zu diesen Individuen wäre. So ist z. B. der Begriff »weiß« der Begriff von etwas, das allen individuellen weißen Körpern gemeinsam ist. Er ist aber keineswegs der Artbegriff zu den weißen Körpern, sondern nur der Artbegriff zu den verschiedenen individuellen »weiß« an diesen Körpern. Er ist also zwar ein Allgemeinbegriff, aber nur in bezug auf die einzelnen individuellen »weiß«, nicht in bezug auf die individuellen weißen Körper, die daher auch gar nicht unter ihn fallen. Er ist nicht der Artbegriff zu dem Individualbegriff »Dieser weiße Körper«, sondern zu dem Individualbegriff »Dieses Weiß«.

Unter einen Allgemeinbegriff im Sinne eines Art- oder Gattungsbegriffs können also nur die ihm zugehörigen niederen Arten und Individuen fallen, nicht aber auch alle diejenigen Gegenstände, an denen jene niederen Arten und Individuen nur vorkommen. So kann z. B. unter den Allgemeinbegriff »Rot« nur die Gesamtheit der Rotnuancen und deren individuellen Exemplare fallen, nicht aber etwa die Arten »Rote Rose« und »Rote Nelke«, und auch nicht die Individuen »Diese roten Rosen« und »Diese roten Nelken«, obgleich sie alle das Rot speziell oder individuell an sich tragen. Daher ist z. B. die Behauptung, das Urteil »Diese Rose ist rot« ordne die Rose unter den Begriff rot, falsch, weil keine einzige Rose unter den Begriff »rot« fallen kann.

Allgemeinbegriffe können aber nun, entsprechend unserer früheren Unterscheidung von verschiedenen Arten allgemeiner Urteile, nicht nur Art- und Gattungsbegriffe, sondern noch drei von ihnen verschiedene Arten von Begriffen sein. Nämlich:

2. Allgemeine Begriffe im Sinne der Pluralbegriffe, also derjenigen Begriffe, die eine Mehrheit von Gegenständen gefondert zugleich meinen. So kann man z. B. den Begriff



»Die Staaten Europas« einen allgemeinen Begriff nennen. Er ist aber offensichtlich kein Art- oder Gattungs-, sondern vielmehr ein Individualbegriff, also in dem obigen ersten Sinne durchaus nicht allgemein. In anderen Fällen kann aber ein Pluralbegriff statt einer Mehrzahl von Individuen auch eine Mehrheit von Arten meinen, also nicht ein Individual-, sondern ein Artbegriff sein. So ist z. B. der Begriff »Mehrere Geierarten« sowohl ein Plural-, als auch ein Artbegriff, denn er meint eine Mehrzahl von Arten gefondert zugleich. Er ist also in doppeltem Sinne ein Allgemeinbegriff.

Den Pluralbegriffen stehen als ihr Gegensatz die Singularbegriffe gegenüber, also diejenigen Begriffe, die nur einen Gegenstand meinen. Diese sind also keine allgemeinen Begriffe, wenn man nur Pluralbegriffe so nennt. Ein Singularbegriff kann aber in dem obigen ersten Sinne sehr wohl ein Allgemeinbegriff sein, wenn er nämlich nicht ein Individuum, sondern eine Art oder eine Gattung meint, also nicht ein Individualbegriff, sondern ein Art- oder Gattungsbegriff ist. So sind z. B. die Begriffe »Schwefel« und »Der Adler« sowohl Singularbegriffe, weil sie nur einen Gegenstand meinen, als auch Artbegriffe, da sie Arten meinen. Sie können also als *singular* allgemeine Begriffe bezeichnet werden.

Unter einen pluralen Individualbegriff fallen nur die individuellen Gegenstände, die von ihm selbst gemeint sind. Unter einen pluralen Artbegriff dagegen fallen erstens alle von ihm gemeinten Arten, und zweitens die zu diesen Arten gehörigen Unterarten und Individuen, obgleich diese nicht direkt von ihm gemeint sind.

3. Allgemeinbegriffe im Sinne der Universalbegriffe, also diejenigen Begriffe, die zunächst eine Mehrheit von Gegenständen umgrenzen und dann alle Gegenstände dieses umgrenzten Umkreises gefondert meinen. So ist z. B. der Begriff »Alle Adler« in diesem Sinne ein Allgemeinbegriff. Da er zugleich ein Pluralbegriff ist, so ist er auch im zweiten Sinne ein Allgemeinbegriff. Wenn er nun die einzelnen individuellen Adler meint, dann ist er im ersten Sinne kein Allgemeinbegriff, sondern ein Individualbegriff. Dagegen ist der Begriff »Alle Geierarten« in dreifachem Sinne allgemein, nämlich erstens als Universalbegriff, zweitens als Pluralbegriff und drittens als Artbegriff.

Die Partikular- und die Einzelbegriffe stehen den Universalbegriffen als ihr Gegensatz gegenüber, da sie nicht alle Gegenstände des von ihnen umgrenzten Umkreises meinen. Sie sind also in diesem dritten Sinne keine Allgemeinbegriffe. Da die Partikularbegriffe aber Pluralbegriffe sind, so sind sie jedoch im zweiten Sinne

Allgemeinbegriffe. Da sie außerdem nicht nur Individualbegriffe, wie z. B. der Begriff »Einige Bänke in diesem Raum«, sondern auch Artbegriffe sein können, wie z. B. der Begriff »Einige Metalle«, so können sie auch im ersten Sinne Allgemeinbegriffe sein.

Die Einzelbegriffe, die in diesem dritten Sinne nicht allgemein sind, sind auch im zweiten Sinne keine Allgemeinbegriffe, da sie Singularbegriffe sind. Sie können aber im ersten Sinne nicht nur Individualbegriffe, wie z. B. der Begriff »Eine von den Bänken in diesem Raum«, sondern auch Allgemeinbegriffe sein, wie z. B. der singulare Einzelbegriff »Eine Geierart«, weil er ein Artbegriff, ein Allgemeinbegriff ist.

Unter einen Universalbegriff fallen zunächst die von ihm selbst gemeinten Gegenstände. Wenn er nicht ein Individualbegriff, sondern ein universaler Artbegriff ist, so fallen unter ihn nicht nur die von ihm gemeinten Arten, sondern auch die zugehörigen niederen Arten und Individuen.

4. Allgemeinbegriffe im Sinne der Kollektivbegriffe, also diejenigen Begriffe, die ein aus einer Mehrheit gleichartiger Gegenstände bestehendes Ganze meinen. Der Begriff »Die Schar« ist ein solcher Kollektivbegriff und also insofern ein Allgemeinbegriff. Da er zugleich ein Artbegriff, so ist er auch im ersten Sinne ein Allgemeinbegriff. Im zweiten Sinne jedoch ist er kein Allgemeinbegriff, da er ein Singularbegriff ist. Nun ist er aber weder ein Universal-, noch ein Partikular-, noch ein Einzelbegriff, da er seinen Gegenstand nicht aus einem von ihm selbst umgrenzten Umkreis herausholt. Also fällt er überhaupt nicht unter den obigen dritten Sinn von Allgemeinbegriff. Der Begriff »Diese Schar fliegender Vögel« ist ein Allgemeinbegriff nur im Sinne des Kollektivbegriffs, dagegen ist er als Singular- und als Individualbegriff kein Allgemeinbegriff.

Den Kollektivbegriffen stehen die Solitärbegriffe gegenüber, die nur einen Gegenstand meinen. Sie sind also zugleich Singularbegriffe, demnach in doppeltem Sinne nicht allgemein. Da ein Solitärbegriff in einem bestimmten Fall zugleich ein Einzelbegriff sein kann, so ist es möglich, daß er auch in dem dritten Sinn nicht allgemein ist. Schließlich kann ein Solitärbegriff aber entweder ein Art- oder ein Individualbegriff sein. Ist er das letztere, so ist er in allen vier angeführten Bedeutungen kein Allgemeinbegriff, wie z. B. der Begriff »Einer von den Vögeln dieses Schwarms«, denn er ist ein Individual-, ein Singular-, ein Einzel- und ein Solitärbegriff. Ist der Solitärbegriff dagegen ein Artbegriff, so ist er insofern ein Allgemein-

begriff, wie es z. B. der Begriff »Eine von den Geierarten« ist, der ein Artbegriff und zugleich ein Singular-, ein Einzel- und ein Solitär-begriff ist.

Unter einen Kollektivbegriff fallen zunächst die Gegenstände, die zu dem von ihm gemeinten Kollektivum gehören. Meint er nun ein individuelles Kollektivum, so fällt dieses individuelle Kollektivum unter ihn. Meint er dagegen eine Art Kollektivum, so fallen auch die untergeordneten speziellen und individuellen Kollektiva unter ihn. Das »unter den Begriff fallen« hat also hier drei verschiedene Bedeutungen. — Unter einen Solitärbegriff fällt zunächst nur der gemeinte einzelne Gegenstand. Wenn der Solitärbegriff aber zugleich ein Artbegriff ist, so fallen unter ihn auch die zugehörigen Unterarten und Individuen. So fallen unter den Solitärbegriff »Pflanze« nicht nur die Pflanze überhaupt, sondern auch alle Pflanzenarten und alle einzelnen individuellen Pflanzen.

Wenn man also von einem Begriff behauptet er sei ein allgemeiner Begriff, so kann dies vier verschiedene Bedeutungen haben. Es empfiehlt sich daher, im gegebenen Falle immer zugleich die Art von Allgemeinbegriff anzugeben, die gerade gemeint ist. In den vier unterschiedenen Fällen von Allgemeinbegriffen liegt die gemeinsame Grundlage dafür, daß sie alle als Allgemeinbegriffe bezeichnet werden, darin, daß es jedesmal solche Begriffe sind, unter welche eine gewisse Mehrheit von Gegenständen fällt. Das Unterscheidende liegt dagegen darin, daß die Mehrheit verschieden umgrenzt ist und daß die Gegenstände in verschiedenem Sinne unter den Begriff fallen.

Die Mehrheit von Gegenständen, die unter einen Begriff fallen, bezeichnet man auch als den Umfang des Begriffs. Es geht aus den vorangehenden Darlegungen klar hervor, daß die Lehre von dem Umfang der Begriffe notwendig in Verwirrung geraten muß, wenn man nicht die verschiedenen Arten von Allgemeinbegriffen unterscheidet.

#### Fünftes Kapitel.

##### Der Umfang eines Begriffes. Inhalt und Umfang.

Von dem Inhalt eines Begriffes unterscheidet man seinen Umfang. Der Inhalt kann mehr oder weniger groß sein. Aber diese Menge des Inhalts ist nicht der Umfang des Begriffes. Achtet man nur auf den Inhalt eines Begriffes und konstatiert etwa, daß er

größer ist als der Inhalt eines anderen Begriffes, so hat man damit noch gar nichts über den Umfang des ersten und sein Verhältnis zu dem Umfang des zweiten Begriffes festgestellt. Vielmehr muß man, um den Umfang eines Begriffes zu erkennen, auf die Gegenstände hinblicken, die »unter den Begriff fallen«. Nur bei Gegenstandsbegriffen kann also von einem Umfang die Rede sein, da nur unter solche Begriffe, die irgendwelche Gegenstände meinen, Gegenstände »fallen« können. Bestimmt man aber den Umfang eines Begriffes durch die Menge der Gegenstände, die »unter ihn fallen«, so erscheint diese Bestimmung zwar zunächst ganz klar und einfach, sie erweist sich jedoch bei genauerer Untersuchung als unklar und undurchführbar.

Da der Umfang sich nur auf die Gegenstände eines Gegenstandsbegriffes beziehen kann, so liegt es nahe, den Umfang eines Begriffes als die Menge der von ihm gemeinten Gegenstände zu definieren. Dann wären alle Begriffe, die nur einen einzigen Gegenstand meinen, also alle Singular-, Einzel- und Solitärbegriffe, solche von dem kleinsten möglichen Umfange; und alle Begriffe, die mehrere Gegenstände meinen, also alle Plural-, Universal-, Partikular- und Kollektivbegriffe, wären genau entsprechend der Anzahl der von ihnen gemeinten Gegenstände Begriffe von größerem Umfange. Der Begriff »Alle Gegenstände überhaupt« hätte dann den größten überhaupt möglichen Umfang.

Nun fallen gewiß diejenigen Gegenstände, die ein Begriff meint, unter ihn. Aber auch solche Gegenstände, die der Begriff nicht meint, können unter ihn fallen. So meint der Begriff »Schwefel« nur die bestimmte Stoffart Schwefel, nicht aber auch dieses bestimmte Stück Schwefel hier. Trotzdem »fällt« auch dieses Stück unter den Begriff »Schwefel«. Sollen alle Gegenstände, die unter einen Begriff fallen, zu seinem Umfang gerechnet werden, so müssen auch diejenigen hinzugenommen werden, die nicht direkt von ihm gemeint sind. In der Tat gehört denn auch zum Umfang z. B. des Begriffs »Metall« das Eisen, obgleich es nicht direkt von ihm gemeint ist.

Andererseits werden auch nicht alle Gegenstände, die von einem Begriff gemeint sind, zu seinem Umfang gerechnet. Wenn z. B. ein Pluralbegriff oder ein Universal-, Partikular- oder Kollektivbegriff nur individuelle Gegenstände meint, so ist die Anzahl der von ihnen gemeinten Gegenstände ganz gleichgültig für ihre Umfangsbestimmung. Sie alle haben, weil sie individuelle Gegenstände meinen, überhaupt keinen Umfang mehr.

Weil also nicht alle von einem Begriff gemeinten Gegenstände zu seinem Umfang gehören, so kann man weder bei Singular- und Pluralbegriffen, noch bei Einzel-, Partikular- und Universalbegriffen, noch bei Solitär- und Kollektivbegriffen ihren Umfang einfach gleich der Menge der von ihnen gemeinten Gegenstände setzen.

Schließlich ist aber auch nicht die Menge der Gegenstände, die unter einen Begriff fallen, mit seinem Umfange identisch. Denn der Umfang eines Begriffes soll eine feste Größe sein, die ganz unabhängig von der realen Welt und deren Veränderungen ist und in der Zeit keinerlei Veränderungen erleidet. Unter den Gegenständen aber, die unter einen Begriff fallen, können auch reale Gegenstände sich befinden, deren Anzahl aber von den Verhältnissen der Wirklichkeit abhängt und in der Zeit variabel ist, insofern einige von ihnen vergehen, andere neue aber zu ihnen mit der Zeit hinzukommen können. Wollte man also diese realen Gegenstände mit zu dem Umfang des Begriffes rechnen, so würde dieser Umfang durchaus nicht konstant, sondern mit dem Vergehen und Entstehen dieser Gegenstände variabel sein. So fallen z. B. unter den Begriff »Adler« auch alle einzelnen jetzt existierenden Adler. Würde aber die Anzahl der realen Adler den Umfang des Begriffes »Adler« ausmachen, so würde dieser Umfang zunehmen, wenn die Geburtenziffer der Adler wüchse, und abnehmen, wenn die Sterblichkeit unter den Adlern zunähme. Der Begriffsumfang hätte an sich überhaupt keine bestimmte Größe. Tatsächlich rechnet man auch die realen Gegenstände, die unter einen Begriff fallen, gar nicht zu seinem Umfang, denn wenn man den Umfang eines solchen Begriffes festzustellen sucht, so beginnt man nicht eine statistische Zählung der in der Wirklichkeit vorhandenen Menge von Gegenständen, die unter den Begriff fallen.

Versteht man unter dem »Anwendungsgebiet« oder dem »Geltungsbereich« eines Begriffes nichts anderes, als den Umkreis der Gegenstände, die unter den Begriff fallen, und rechnet man zu diesem Umkreis auch die realen Gegenstände, so ist klar, daß auch diese nicht mit dem Umfang des Begriffes identisch sein können. Denn auch dieses Anwendungsgebiet oder Geltungsbereich eines Begriffes würde ja ebenfalls mit der Veränderung der Anzahl der realen Gegenstände ein größeres oder ein kleineres werden, während doch der Umfang eines und desselben Begriffes ganz unabhängig von dem Geschehen in der realen Welt konstant sein soll.

Soll daher der Umfang eines Begriffes wirklich eine feste Größe bilden, so kann er nur aus solchen unter ihn fallenden Gegenständen bestehen, die allen Veränderungen in der realen Welt völlig entrückt sind. Wir haben nun als solche Gegenstände oben schon die Art- und Gattungsgegenstände kennen gelernt. Und von diesen sind es in der Tat die niedersten Arten, die den Umfang eines Gegenstandsbegriffes ausmachen. Die niedersten Arten, wie z. B. die einzelnen Rotnuancen, sind gänzlich unabhängig von der Anzahl und den Schicksalen ihrer individuellen Exemplare. Die niedersten Arten »fallen« zunächst unter die niedersten Artbegriffe, von denen sie selbst gemeint sind, dann aber auch unter alle zugehörigen höheren Artbegriffe. So fallen die einzelnen Rotnuancen zunächst unter diejenigen niedersten Artbegriffe, deren Gegenstände sie selbst sind, dann aber fallen sie alle zusammen unter den höheren Artbegriff »Rot«, und schließlich mit allen Gelb-, Grün-, Blau- und Violettnuancen unter den noch höheren Artbegriff »Farbe«. Alle Rotnuancen bilden den Umfang des Begriffes »Rot«, alle Farben- nuancen überhaupt bilden den Umfang des Begriffes »Farbe«.

Da nun die niedersten Arten nur unter Art- oder Gattungsbegriffe fallen können, so kann von einem Umfang nur bei Art- und Gattungsbegriffen die Rede sein. Ein Individualbegriff, wie z. B. der Begriff »Diese Rotnuance hier«, hat also überhaupt keinen Umfang, da unter ihn keine niederste Art fällt. Ein niederster Artbegriff selbst, wie z. B. der Begriff einer bestimmten Rotnuance, hat dann den kleinsten Umfang, da nur eine niederste Art, die bestimmte Rotnuance, eben diejenige, die er selbst meint, unter ihn fällt. Die höheren Artbegriffe haben dann einen um so größeren Umfang, je größer die Anzahl der niedersten Arten ist, die unter ihn fällt, oder anders ausgedrückt, je größer die Anzahl der niedersten Arten ist, die zu der von ihm gemeinten höheren Art gehören. Der höhere Artbegriff »Rot« umfaßt alle Rotnuancen, hat also einen größeren Umfang, als der niederste Artbegriff einer bestimmten Rotnuance, der nur diese bestimmte Rotnuance umfaßt. Der noch höhere Artbegriff »Farbe« umfaßt außer allen Rotnuancen auch noch alle Nuancen aller anderen Farbenarten und hat daher wieder einen größeren Umfang als der Begriff »Rot«.

Nur Art- und Gattungsbegriffe haben einen Umfang. Soll daher der Umfang irgendeines bestimmten Gegenstandsbegriffes bestimmt werden, so kommt es nicht darauf an, zu erkennen, ob

der Begriff ein Singular- oder ein Pluralbegriff, ein Einzel-, Partikular- oder ein Universalbegriff, ein Solitär- oder ein Kollektivbegriff ist, sondern einzig und allein darauf, ob er ein Individual- oder ein Artbegriff, und ein Artbegriff von welcher Höhenstellung er ist. Ist er ein Individualbegriff, so hat er keinen Umfang. Ist er ein Artbegriff, so ist sein Umfang bestimmt durch die Anzahl der niedersten Arten, die unter ihn fällt, gleichgültig, ob er sie direkt meint oder nicht. Der niederste Artbegriff hat den kleinsten Umfang. Der Gattungsbegriff hat immer einen größeren Umfang als alle ihm untergeordneten Artbegriffe. Der oberste Gattungsbegriff innerhalb eines Begriffssystems hat den relativ größten Umfang, denn er umfaßt alle zu diesem System gehörigen niedersten Arten, während jeder der ihm untergeordneten Artbegriffe nur einen Teil dieser niedersten Arten umfaßt und daher einen kleineren Umfang hat. Um den Umfang eines Begriffes zu bestimmen, hat man also allerdings auf den Umkreis der Gegenstände hinzublicken, die unter den Begriff fallen, aber man hat dabei Halt zu machen vor der Schicht der individuellen Gegenstände und bei der untersten Schicht der »allgemeinen« Gegenstände zu verweilen. Der so bestimmte Umfang eines Begriffes ist in der Tat eine konstante Größe, wie es die Logik immer angenommen hat.

#### Inhalt und Umfang eines Begriffes.

Da nur Art- und Gattungsbegriffe einen Umfang haben, so kann auch nur bei ihnen das Verhältnis von Inhalt und Umfang in Frage kommen. Um den Umfang eines Artbegriffes zu bestimmen, hat man auf die niedersten Artgegenstände hinzublicken, die unter den Begriff fallen. Welche Gegenstände aber unter einen Begriff fallen, das hängt zunächst davon ab, was für einen Gegenstand der Begriff meint, und dies hängt ganz allein davon ab, welchen Inhalt der betr. Begriff hat. Also entscheidet der Inhalt eines Begriffes darüber, welche niedersten Arten unter ihn fallen. Der Inhalt eines Begriffes ist das Primäre, sein Umfang das Sekundäre. Der Inhalt bestimmt den Umfang, nicht umgekehrt.

Die Größe des Umfangs eines höheren Artbegriffes hängt jedoch nicht allein von seinem Inhalt ab. Denn wieviele niederste Arten die gemeinte höhere Art hat, das ist nicht direkt durch den Begriffsinhalt bestimmt, sondern hängt von dem besonderen

Wesen der gemeinten Gegenstandsart ab. Man muß daher die ontologischen Verhältnisse der gemeinten »allgemeinen« Gegenstände erforschen, um den Umfang eines gegebenen Begriffes nach seiner Größe zu bestimmen.

Der Individualbegriff hat also zwar einen Inhalt, aber keinen Umfang. Er hat im Verhältnis zu seinen Artbegriffen das Maximum an Inhalt und zugleich den Umfang Null. Wird nun sein Inhalt bloß um das Individuationsmoment vermindert, so meint er die niederste Art, er ist also in den niedersten Artbegriff verwandelt und hat nun durch jene Inhaltsverminderung einen Umfang, und zwar den kleinsten von der Größe 1, bekommen. Wird nun sein Inhalt noch weiter vermindert und zwar so, daß er dann die nächsthöhere Art meint, also in den nächsthöheren Artbegriff verwandelt wird, so wird mit dieser Inhaltsverminderung sein Umfang noch weiter vergrößert, wenn es neben der vorher gemeinten einzigen niedersten Art noch andere niederste Arten der höheren Art gibt, die er nun mit umfaßt. Setzt man die Inhaltsverminderung in der entsprechenden Weise fort, so daß der Begriff sukzessive immer die nächsthöhere Art meint, so wird sein Umfang sich in dem Maße vergrößern, als es mehr niederste Arten für die betr. höheren Arten gibt.

Geht man umgekehrt von einem höheren Artbegriff aus und vermehrt seinen Inhalt schrittweise so, daß er nacheinander die jeweils nächstniedere Art meint, so verkleinert sich sein Umfang in dem Maße als schrittweise immer weniger niederste Arten unter ihn fallen, bis er, wenn er zum niedersten Artbegriff geworden ist, die kleinste Größe 1 hat und schließlich, wenn in den Inhalt noch das Individuationsmoment aufgenommen wird, zu Null wird.

Dieses Verhältnis zwischen dem Inhalt und dem Umfang eines Begriffes drückt man in der Logik gewöhnlich kurz, aber ungenau so aus, daß man sagt: Mit der Verminderung des Inhalts eines Begriffes wächst sein Umfang, mit der Inhaltsvermehrung nimmt sein Umfang ab, oder noch kürzer, der Inhalt und der Umfang eines Begriffes sind zueinander umgekehrt proportional. Diese Sätze sind ungenau und deshalb nicht ganz richtig, weil sie erstens die Inhaltsverminderung und -vermehrung ohne die notwendige Rücksicht auf die ontologischen Verhältnisse der gemeinten Gegenstandsarten zulassen, und weil sie zweitens bei der Umfangsvergrößerung und -verkleinerung nicht darauf Bedacht nehmen, daß die Größe des Umfangs, weil sie durch die Anzahl der niedersten Arten bestimmt



ist, abhängig ist von dem besonderen Wesen der jeweils gemeinten Arten und von der Anzahl der niedersten Arten, die gerade diesen gemeinten Arten zugehören.

#### Sechstes Kapitel.

#### Konkrete und abstrakte Begriffe.

Die Unterscheidung der Begriffe in konkrete und abstrakte Begriffe leidet an der Vermischung dreier verschiedener Gesichtspunkte. Man kann zunächst meinen, die individuellen Gegenstände seien die konkreten, während alle »allgemeinen« oder Artgegenstände abstrakte seien. Man nennt demgemäß dann die Begriffe, welche individuelle Gegenstände meinen, konkrete, diejenigen, welche Artgegenstände meinen, dagegen abstrakte Begriffe. Dann fällt offenbar diese Einteilung der Begriffe zusammen mit der Einteilung in Individual- und Artbegriffe. In diesem Sinne wären konkrete Begriffe die folgenden: »Die Sonne«, »Dieses Blau hier«, »Der bayrische Staat«. Abstrakte Begriffe aber wären: »Schwefel«, »Röte«, »Staat«.

Ein andermal nimmt man als Gesichtspunkt für die Unterscheidung der konkreten und abstrakten Begriffe die Selbstständigkeit und die Unselbstständigkeit der von den Begriffen gemeinten Gegenstände. Danach wären aber die Begriffe »Schwefel« und »Staat«, die nach der ersten Unterscheidung abstrakte Begriffe sind, nach dem zweiten Gesichtspunkt konkrete Begriffe, da sie selbstständige Gegenstände meinen. Dagegen wären die Begriffe »diese Röte«, »dieses Glühen«, nach dem ersten Gesichtspunkt konkrete, nach dem zweiten aber abstrakte Begriffe, weil sie unselbstständige Gegenstände meinen.

Der dritte Gesichtspunkt wird gebildet durch die Frage, ob die gemeinten Gegenstände anschaulich vorstellbar sind oder nicht. Begriffe von anschaulich vorstellbaren Gegenständen nennt man dann konkrete, Begriffe von nicht anschaulich vorstellbaren Gegenständen dagegen abstrakte Begriffe. Dieser Gesichtspunkt kreuzt sich aber wieder mit den beiden vorangehenden. Denn es gibt Begriffe von unselbstständigen Artgegenständen, die anschaulich vorstellbar sind, Begriffe also, die nach den beiden ersten Gesichtspunkten abstrakte, nach dem dritten Gesichtspunkt aber konkrete sind. So ist der Begriff des »Glühens« auf einen unselbstständigen Artgegenstand bezogen, also nach beiden Hinsichten ein abstrakter

Begriff; da er aber ein Begriff von einem anschaulich vorstellbaren Gegenstand ist, so ist er in dieser Hinsicht ein konkreter Begriff. Ebenso gibt es Begriffe von selbständigen Individualgegenständen, die doch nicht anschaulich vorstellbar sind, wie z. B. der Begriff »Der bayerische Staat«. Dieser Begriff wäre demnach in den beiden ersten Hinsichten ein konkreter, dagegen in der dritten Hinsicht ein abstrakter Begriff.

Der in allen drei Hinsichten leitende und gemeinsame Gesichtspunkt scheint jedoch die Frage zu sein, inwieweit der von einem Begriffe gemeinte Gegenstand in sich eine gewisse anschauliche Fülle und einen inneren Halt hat. Je mehr er dies hat, um so konkreter ist der ihn meinende Begriff, je weniger er dies hat, um so abstrakter ist der ihn meinende Begriff. Dieser Gesichtspunkt wird auch dem Fließenden und den Gradabstufungen gerecht, welche die Unterscheidung zwischen konkreten und abstrakten Begriffen immer hat. Relativ zu einem anderen Begriff nennt man übrigens einen Begriff schon abstrakt, wenn er nicht den ganzen, sondern nur einen Teil des Inhaltes eines anderen Begriffes enthält, auch wenn er einen selbständigen und anschaulich vorstellbaren Gegenstand meint.

#### Siebentes Kapitel.

#### Die Definition der Begriffe.

Die Lehre von der Definition der Begriffe bezieht sich ebenfalls ausschließlich auf Gegenstandsbegriffe. Entsprechend der Unterscheidung zwischen dem Wort, seinem zugehörigen Begriff und dem Gegenstand, der mit diesem Begriff gemeint ist, unterscheidet sich die Wortdefinition von der Begriffsdefinition und der Sach- oder Gegenstandsdefinition.

Die Wortdefinition ist die Angabe der unbekannten Bedeutung eines Wortes durch Angabe eines anderen Wortes mit bekannter Bedeutung. So wird z. B. eine Definition des Wortes Demokratie in dem Satze gegeben: »Demokratie ist Volksherrschaft«. Dies ist nur eine Identifizierung dessen, was das griechische Wort Demokratie, mit dem, was das deutsche Wort Volksherrschaft meint. Oder der unbekannte Begriff »Demokratie« wird mit dem bekannten Begriff Volksherrschaft gleichgesetzt. Die Begriffe, die mit beiden Wörtern verbunden sind, sind völlig identisch und in gleichem Maße unentfaltet.

Die Begriffsdefinition dagegen entfaltet den Inhalt eines bestimmten, noch ganz oder teilweise unentfalteten Begriffes, und setzt den unentfalteten Begriff dem entfalteten gleich. Man hat daher die Begriffsdefinition eine Begriffsgleichung genannt. Daraus ergibt sich dann ohne weiteres die Forderung für eine richtige Definition, daß sie umkehrbar, reziprok sei, d. h. daß auch der entfaltete Begriff dem unentfalteten muß gleichgesetzt werden können. In bezug auf die von den beiden Begriffen gemeinten Gegenstände lautet diese Forderung: Das Formalobjekt des unentfalteten Begriffes muß völlig identisch sein mit dem Formalobjekt des entfalteten Begriffes. So ist in der Begriffsdefinition: »Demokratie ist diejenige Staatsform, in der verfassungsmäßig die Staatsgewalt der Gesamtheit der Staatsbürger zusteht«, wenn sie richtig ist, der Begriff »Demokratie« der unentfaltete Begriff, der gleich ist dem entfalteten Begriff »diejenige Staatsform, in der verfassungsmäßig die Staatsgewalt der Gesamtheit der Staatsbürger zusteht«. Die Definition ist daher umkehrbar; und das Formalobjekt des unentfalteten ist identisch mit dem Formalobjekt des entfalteten Begriffes. Der Sinn solcher Sätze, in denen Begriffsdefinitionen gegeben werden, ist aber auf Grund der Korrelation von Gegenstandsbegriff und Formalobjekt ein zweideutiger. So können zunächst in dem obigen Satz die Wörter »Demokratie« und »diejenige Staatsform...« in logischer Supposition genommen werden, so daß sie die Begriffe meinen, und der Satz selbst als Ausdruck eines Urteils, in welchem der erste Begriff mit dem zweiten gleichgesetzt wird. Es kann aber zweitens mit dem Wort »Demokratie« das gemeinte Formalobjekt als solches bezielt sein, von dem dann in dem Urteil behauptet wird, daß es identisch sei mit dem Formalobjekt, das der zweite Begriff »diejenige Staatsform, in der...« meint. Und in diesem zweiten Sinne als Urteile über die Formalobjekte sind gewöhnlich die Definitionen gemeint. Sie sind aber deshalb noch keine Sachdefinitionen.

Eine Sachdefinition oder Sacherklärung geht über den Gehalt des durch den Subjektbegriff gesetzten Formalobjektes hinaus, wendet sich zu dem Materialobjekt und behauptet von diesem etwas, was ihm zwar zukommen soll, aber noch nicht durch den Subjektbegriff ihm zugeordnet ist. Ist z. B. im Begriff des Schwefels das spezifische Gewicht 2,06 noch nicht mitgemeint, so ist die Erklärung: »Schwefel ist eine gelbe, harzglänzende Stoffart vom spezifischen Gewicht 2,06« nicht mehr eine Begriffsdefinition, sondern eine Sacherklärung. Das Materialobjekt des Subjekts und des Prä-

dikatsbegriffes ist darin zwar identisch, aber die Formalobjekte beider Begriffe sind verschieden, und es wird in der Erklärung nicht einfach der Inhalt des unentfalteten Begriffes »Schwefel« entfaltet, sondern zugleich ein weiteres Element in den Begriffsinhalt aufgenommen.

Die Begriffsdefinition geschieht also gewöhnlich in der Weise, daß man auf das Formalobjekt, so wie es durch den zu definierenden Begriff bestimmt ist, hinblickt und es durch eine Reihe von anderen Begriffen genau so sukzessive aufbaut, wie es durch den unentfalteten Begriff mit einem Schlage gesagt war. Handelt es sich um die Definition von Artbegriffen, um Begriffe von »allgemeinen« Gegenständen, so kann der durch die Definition zu gebende Neuaufbau des Formalobjektes am einfachsten dadurch geschehen, daß man zunächst die nächsthöhere Art des Gegenstandes setzt und dann das hinzufügt, wodurch sich diese Art genau zu jener niederen Art differenziert. Da man die höhere Art auch Gattung, genus, nennt und das, was die höhere Art zur niederen spezifiziert, als spezifische Differenz bezeichnet, so wird hiermit die alte Regel für die Definition verständlich, die lautet: »definitio fit per genus proximum et differentiam specificam«. In der obigen Definition der Demokratie ist von dem Formalobjekt Demokratie, das ein Artgegenstand ist, die nächsthöhere Gattung: »Staatsform, in der verfassungsgemäß die Staatsgewalt Mitgliedern des Staates zusteht«, angeführt. Diese Art kann sich nun differenzieren nach der Bestimmung derjenigen Staatsbürger, denen die Staatsgewalt verfassungsgemäß zusteht. Es kann einer oder eine bestimmte Gruppe oder die Gesamtheit der Staatsbürger sein. Die spezifische Differenz, die jene nächsthöhere Art allein genau zu der niederen Art, zu der Demokratie, differenziert, ist »die Gesamtheit der Staatsbürger«.

Die angegebene Art der Definition durch das nächsthöhere Genus und die spezifische Differenz ist natürlich nur da möglich, wo es eine nächsthöhere Gattung und eine spezifische Differenz gibt und wo es möglich ist, sie durch besondere Wörter zu bezeichnen. Sie ist daher unmöglich bei höchsten Gattungsbegriffen, für die es kein höheres Genus mehr gibt, und für Individualbegriffe, für die es keine spezifische Differenz gibt. Bei Artbegriffen, wie »rot« ist zwar das nächsthöhere Genus »Farbe« und die spezifische Differenz »rot« vorhanden, aber man kann die letztere nicht durch ein besonderes Wort, sondern nur wieder durch dasselbe Wort »rot« angeben, das schon die niedere Art bezeichnet.

Aus dem Gefagten ergeben sich nun leicht die Fehler, die eine Definition begehen kann. Steigt z. B. die Definition zwar

zu dem nächsthöheren Genus empor, verfäuscht sie es aber, genau diejenige spezifische Differenz anzugeben, durch die jenes Genus zu der betreffenden niederen Art bestimmt wird, gibt sie nur das an, was dem Genus zukommt, so ist sie zu weit, der Inhalt des zu definierenden Begriffes ist nicht vollständig angegeben, der Begriff ist unterbestimmt. Die Definition ist dann nicht umkehrbar. Der entfaltete Begriff umfaßt dann auch solche Arten, die von der Art, wie sie der unentfaltete Begriff meint, verschieden sind. So ist z. B. die Definition: »Der Staat ist eine organisierte menschliche Gemeinschaft auf einem bestimmten Territorium« zu weit. Denn es ist darin nicht die spezifische Differenz angegeben, die eine so bestimmte Gemeinschaft gerade zu einem Staat differenziert und diesen unterscheidet von jedem beliebigen menschlichen Verein. Fügt man in jene zu weite Definition etwa die Bestimmung ein, daß die menschliche Gemeinschaft zum Zwecke der Rechtsicherung organisiert sei, so wird dadurch der Fehler der Unterbestimmung nicht ausgemerzt, denn die angeführte Differenz ist keine spezifische, sie differenziert jene Gemeinschaft noch nicht genau zu dem »Staat« und unterscheidet ihn noch nicht von einer Rechtsvericherungsgesellschaft. Auch die Definition »der Staat ist eine zum Zwecke der gemeinsamen Bedürfnisbefriedigung organisierte menschliche Gemeinschaft« ist zu weit, weil der so definierte Begriff auch die vom Staat verschiedenen Konsumvereine mitumfaßt.

Ebenso ist die mathematische Definition »Der Raum ist eine dreidimensionale Mannigfaltigkeit von Punkten«, wenn sie eine wirkliche Definition sein soll, zu weit, denn eine solche dreidimensionale Mannigfaltigkeit von Punkten ist noch nicht notwendig der Raum, sondern kann schließlich auch in einem einzigen unausgedehnten Punkt vorhanden sein. Es fehlt das spezifische Moment der Ausgedehntheit, das erst den Raum konstituiert. Aber vielleicht soll jene mathematische Bestimmung keine eigentliche Definition, sondern eine sogenannte synthetische Definition sein, auf die wir nachher noch kurz eingehen werden.

Die Begriffsdefinition kann zweitens dadurch fehlerhaft sein, daß die angegebene spezifische Differenz das Genus nicht nur zu der betreffenden Art, sondern sogleich zu einer Unterart dieser Art bestimmt. Dann ist der Inhalt des zu definierenden Begriffes überbestimmt, der Umfang des Begriffes durch die Definition also zu klein angegeben, und die Definition selbst zu eng. So ist z. B. die Definition: »Demokratie ist die Staatsform, in der verfassungsmäßig die Staatsgewalt unmittelbar der Gesamtheit der

Staatsbürger zusteht« zu eng, der Inhalt des Begriffes »Demokratie« ist darin überbestimmt, insofern durch die Hinzufügung der Differenz »unmittelbar« sogleich eine bestimmte Unterart der Demokratie, neben der es noch andere Unterarten gibt, bestimmt ist und damit die anderen Unterarten der Demokratie unrechtmäßigerweise aus dem Umfang des Begriffes »Demokratie« ausgeschlossen sind.

Da die Definition den Inhalt des zu definierenden Begriffes entfalten soll, so darf sie nicht auf der definierenden Seite den zu definierenden Begriff wieder völlig unentfaltet in sich enthalten. Diesen Fehler begeht z. B. die Definition: »Ähnlichkeit ist die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Ähnlichkeitsreihe«, da sie den unentfalteten Begriff »Ähnlichkeit« auf der definierenden Seite wieder enthält. Dieser Fehler heißt die Definition »idem per idem«.

Enthält dagegen der entfaltete Begriff in der Definition einen anderen noch unentfalteten Begriff, der selbst wieder den zu definierenden Begriff unentfaltet in sich enthält, so führt also die weitere Entfaltung zu dem noch unentfalteten und zu definierenden Begriff zurück, die Definition bewegt sich also im Kreise, sie ist eine »Zirkeldefinition«. So ist die Definition: »Der Wille ist die Fähigkeit, mit Absicht etwas zu tun« eine Zirkeldefinition, weil das Element »mit Absicht« bei weiterer Entfaltung in »mit darauf gerichtetem Willen« wieder zu dem zu definierenden Begriff des Willens zurückführt.

Die bisher betrachtete eigentliche Begriffsdefinition entfaltet den unentfalteten Begriff, analysiert also das Formalobjekt und ist daher eine analytische Definition. Wird dagegen ein entfalteter Begriff verdichtet, zusammengefasst, das Formalobjekt also synthetisch zu einem Objekt aufgebaut, so ist die Definition eine synthetische. Sie ist also die Umkehrung einer eigentlichen Definition. Zuweilen bezeichnet man jedoch die einfache Benennung eines, durch einen entfalteten Begriff bestimmten Gegenstandes mit einem bestimmten Wort schon als eine synthetische Definition, während es doch nur die Festlegung über den Sinn eines neu eingeführten Wortes ist. So, wenn man gewisse, bestimmt definierte Strahlen als x-Strahlen bezeichnet. Die mathematischen Definitionen haben zuweilen einen zweideutigen Charakter, indem sie das eine Mal eine synthetische Definition im eigentlichen Sinne sein sollen, das andere Mal aber bloß als eine Benennung gemeint sind. Die Bestimmung z. B., daß die dreidimensionale Mannigfaltigkeit von Punkten der Raum sei, nimmt das eine Mal das Wort »Raum« als Träger des unentfalteten Begriffes »Raum« und setzt jenes, durch den entfalteten

Begriff bestimmte Formalobjekt identisch mit dem Gegenstand, der durch den unentfalteten Begriff »Raum« gemeint ist. Das andere Mal aber wird das Wort »Raum« zunächst ohne jede Bedeutung, also begriffsleer gebraucht und ihm dann der zuerst entfaltete Begriff zusammengefaltet als sein neuer Sinn, als sein ihm neu zugeordneter Begriff zugefellt. Man nennt eben nur den zuerst bestimmten Gegenstand nun »Raum«. Nimmt man zu solchen Benennungen aber, wie hier, solche Wörter, die schon mit einem bestimmten Begriff verbunden sind, so können natürlich, wenn dieser Begriff von jenem entfalteten Begriff verschieden ist, schwerwiegende Begriffsverwirrungen durch solche Benennungen entstehen, weil sie dann doch leicht immer wieder als eigentliche synthetische Definitionen verstanden werden.

Die sogenannte genetische Definition ist keine Begriffsdefinition. Als Beispiel dafür wird etwa die Erklärung angeführt: »Der Kreis ist die Linie, die entsteht, wenn ein Punkt in einer Ebene sich in konstantem Abstand von einem anderen Punkte derselben Ebene bewegt«. Durch diese Erklärung wird nicht einfach der Inhalt des Begriffes »Kreis« entfaltet, also auch nicht einfach das Formalobjekt »Kreis«, so wie es durch den Begriff »Kreis« gesetzt ist, analysiert, sondern es wird angegeben, wie das Formalobjekt unabhängig von dem Begriff entstehen kann oder entstehend gedacht werden kann.

#### Achtes Kapitel.

##### Die rein funktionierenden Begriffe.

Die bisher betrachteten Gegenstandsbegriffe, die für die überlieferte Logik den alleinigen Gegenstand der Begriffslehre bilden, können wohl in größerer oder geringerer Anzahl nebeneinander gestellt werden, aber sie bleiben dann immer eine unverbundene Mehrheit von einzelnen Begriffen und können niemals ohne weiteres einen zusammengesetzten Begriff, niemals ein Urteil oder irgendein anderes Gedankengebilde wie eine Frage, eine Bitte, einen Rat oder einen Befehl, bilden. Da alle Urteile, wie alle Gedanken überhaupt, notwendig auf Gegenstände bezogen sind, so sind die Gegenstandsbegriffe allerdings unbedingt notwendige Bestandteile der Urteile und der Gedanken überhaupt. Aber sie reichen in keiner Weise aus, um Urteile oder Gedanken irgendwelcher Art aufzubauen. Es müssen vielmehr notwendig zu den Gegenstandsbegriffen noch andere Begriffs-

arten hinzukommen, wenn vollständige Gedanken und Urteile aus ihnen aufgebaut werden sollen. Die überlieferte Logik der Begriffe ist also völlig unzureichend als Grundlage für eine Lehre vom Aufbau der Urteile und der Gedanken. Jeder Gegenstandsbegriff, soweit er bisher bestimmt ist, meint für sich genommen nur einen oder mehrere Gegenstände. Mehrere Gegenstandsbegriffe nebeneinandergestellt meinen nichts anderes, als eine Mehrheit unverbunden nebeneinanderstehender Gegenstände verschiedener Art. Ihr intentionales Korrelat ist also ein starres Nebeneinander einer Mannigfaltigkeit von Gegenständen, die auf ewig gegeneinander völlig isoliert sind. Ein Denken, das nichts weiter als eine solche Reihe von Gegenstandsbegriffen nacheinander vollzöge, wäre ein nur lallendes, stotterndes Denken, unfähig, irgendwelche Urteile oder irgendwelche anderen Gedankenarten zu bilden. Es wird sich nachher zeigen, daß auch die Gegenstandsbegriffe selbst bisher nur unvollständig analysiert worden sind, daß sie nämlich nicht nur Gegenstände meinen, sondern zugleich in bezug auf die gemeinten Gegenstände auch gewisse logische Funktionen ausüben, die es überhaupt erst ermöglichen, aus verschiedenen Gegenstandsbegriffen einen einheitlichen neuen Begriff zusammenzusetzen. Da aber diese den Gegenstandsbegriffen immanenten logischen Funktionen schwieriger sichtbar zu machen sind, so beginnen wir zunächst, um den Blick für die logischen Funktionen zu schärfen, am besten mit den rein funktionierenden Begriffen, also denjenigen, in denen jede Gegenstandsmeinung fehlt und die logische Funktion rein für sich gegeben ist.

Um diese rein funktionierenden Begriffe zu erfassen, gehen wir von gewissen Wörtern der deutschen Sprache aus, deren Bedeutung wir festzustellen suchen. Wir konstatieren zunächst, daß es gewisse deutsche Wörter gibt, die durchaus keine Gegenstände meinen und die trotzdem eine Bedeutung haben. Solche Wörter sind z. B. die Wörtchen: »und«, »zwar«, nämlich«. Sehen wir davon ab, daß diese Wörter in gelegentlichen Ausnahmefällen in sprachlicher Supposition genommen sein können und dann eben sich selbst als diese bestimmten sprachlichen Gebilde meinen können. Jedenfalls brauchen sie sich nicht selbst zu meinen, und sie werden auch gewöhnlich nicht in sprachlicher Supposition verstanden. In logischen Betrachtungen können dann diese Wörter auch in logischer Supposition genommen werden, d. h. so, daß sie ihre eigenen Bedeutungen, also die mit ihnen verbundenen Begriffe meinen. Aber dies ist nicht notwendig, und tatsächlich werden sie im Normalfall nicht in logischer Supposition verstanden, ohne deshalb ihren



Sinn zu verlieren. Aber welches ist nun dieser ihr Sinn im Normalfalle?

Das Wort »und« versteht jeder, der die deutsche Sprache versteht, leicht und ohne Irrtumsgefahr. Es ist nicht sinnleer, sondern es hat eine ganz bestimmte Bedeutung. Vergeblich aber sucht man nach irgendeinem Gegenstand, der durch den Begriff »und« gemeint sein könnte. In einer Verbindung mit Gegenstandsbegriffen, etwa in der Verbindung »Gold und Schwefel« meint der Begriff »Gold« den Gegenstand Gold, der Begriff »Schwefel« den Gegenstand Schwefel, der Begriff »und« dagegen meint weder das Gold, noch den Schwefel, noch beide zusammen, noch irgendeine sachliche Verbindung zwischen beiden, noch irgendeinen sonstigen Gegenstand. Der Begriff »und« setzt auch nicht irgendeine sachliche Verbindung zwischen Gold und Schwefel, sondern läßt beide sachlich völlig unverbunden und kann überhaupt in Fällen gebraucht werden, wo die durch die beiden Gegenstandsbegriffe, zwischen denen es steht, gemeinten Gegenstände in gar keiner sachlichen Beziehung zueinander stehen.

Analog verhält es sich mit dem Begriff »nämlich«. Das Wort »nämlich« ist nicht sinnleer, es hat wirklich eine Bedeutung. Es meint aber nicht irgendeinen Gegenstand, noch geht es darin auf, eine Beziehung zwischen Gegenständen zu setzen. Und ebenso meint der Begriff »zwar« nichts Gegenständliches und ist dennoch nicht inhaltsleer.

Solange nun der Blick ausschließlich von den Gegenstandsbegriffen befangen ist, solange man daher das Wesen des Begriffs überhaupt darin sah, daß er einen Gegenstand meint, mußte man der Meinung verfallen, daß derartige Wörter wie »und«, »nämlich« und »zwar« für sich genommen gar keine Begriffe ausdrücken, da sie ja nichts Gegenständliches meinen. Man nannte derartige Wörter daher »Synkategoremata«, d. h. Wörter, die nur mit anderen Wörtern zusammen etwas meinen. Nun meinen zwar mehrere solcher Wörter zusammen, wie »und, zwar, nämlich«, auch noch keinen Gegenstand. Man mußte also an die Vereinigung dieser mit solchen anderen Wörtern denken, welche Gegenstandsbegriffe ausdrücken. Aber die dann herbeigezogenen Gegenstandsbegriffe meinen ja schon ohne Verbindung mit jenem Wörtchen ihre Gegenstände und bekommen durch sie keinerlei gegenständlichen Zuschuß zu ihrer Gegenstandsmeinung. Jene Wörtchen sind aber auch nicht in dem Sinne bedeutungslos, wie die Silben eines Wortes, die nur mit den andern Silben zusammen bei Gegenstandswörtern eine gegenständliche Be-

deutung bekommen, wie »Schwe« und »fel« für sich bedeutungslos sind, aber zusammen als »Schwefel« einen Gegenstandsbegriff als Bedeutung haben. Denn jene Wörter haben in der Tat im Unterschied von den bedeutungslosen Silben eine Bedeutung, die ihnen für sich anhaftet und die auch den isolierten Wörtern gegenüber verstanden werden kann, ohne daß irgendwelche anderen Wörter zur Ergänzung hinzugenommen werden müßten.

Wenn wir nun zunächst auf die Bedeutung des Wörtchens »und« in der Verbindung »Gold und Schwefel« achten, so erkennen wir, daß sie darin besteht, das Gold mit dem Schwefel zu verbinden. Und zwar nicht die Wörter, und auch nicht die Begriffe »Gold« und »Schwefel« werden durch die logische Funktion des »und« verbunden, sondern die gemeinten Gegenstände. Die Verbindung, die so zwischen den Gegenständen hergestellt wird, ist natürlich keine sachliche Verbindung und auch nicht als solche gemeint, sondern eine rein gedankliche Verbindung. Das »und« knüpft also nur einen rein gedanklichen Faden, es schlägt eine rein gedankliche Brücke zwischen denjenigen beiden Gegenständen, die durch die Gegenstandsbegriffe gemeint sind. Der Begriff also, der mit dem Wort »und« hier ausgedrückt wird, geht ganz auf in der logischen Funktion, eine bloß gedankliche Verbindung zwischen zwei Gegenständen herzustellen, die durch zwei Gegenstandsbegriffe bestimmt sind. Die Gegenstände können dabei unbeschränkt variieren, können Gegenstände sein, die sachlich überhaupt nichts miteinander zu tun haben. Für sich genommen ist also der Begriff »und« ein rein funktionierender Begriff, der nichts anderes tut, als eine gedankliche Verbindung herzustellen.

Ebenso ist nun auch der Begriff »nämlich« ein rein funktionierender Begriff. Auch er verbindet, aber etwas zu erläuterndes mit der nachfolgenden Erläuterung. Es setzt also an zu einer Erläuterung, oder kündigt eine Erläuterung an, kurz: es übt die logische Funktion der Erläuterung aus.

Der Begriff »zwar« schließlich übt eine doppelte Funktion aus, indem er zunächst etwas zugibt oder einräumt und dann eine Entgegensetzung ankündigt.

Bei der Analyse des Urteils haben wir in dem Kopulabegriff schon einen solchen rein funktionierenden Begriff kennen gelernt. Denn dieser Begriff meint nicht etwas, meint weder den Subjektsgegenstand, noch die Prädikatsbestimmtheit, noch irgendeinen sonstigen Gegenstand, sondern er bezieht die, durch den Prädikatsbegriff gemeinte, Prädikatsbestimmtheit auf den, durch den Subjekts-

begriff gemeinten, Subjektsgegenstand hin und übt zugleich die Behauptungsfunktion aus. Er ist also, ähnlich wie die eben betrachteten Begriffe des »und«, »nämlich«, »zwar«, ein rein funktionierender Begriff. Denn mit diesem Namen seien eben hier diejenigen Begriffe bezeichnet, die für sich nicht irgend etwas Gegenständliches meinen, sondern eine rein gedankliche Funktion ausüben. Freilich bedürfen sie, um bei der Ausübung dieser Funktion nicht ins völlig Leere zu treffen, der Ergänzung durch diejenigen Gegenstandsbegriffe, die ihnen die Gegenstände, auf die sich ihre Funktion bezieht, gedanklich entgegenhalten. Aber diese ihre Ergänzungsbedürftigkeit nimmt ihnen nicht ihren eigenen Sinn. Ja sie können sogar gedacht werden, ohne daß inhaltlich bestimmte Gegenstände als ihre Anknüpfungspunkte mitgedacht zu werden brauchen. Andererseits bedürfen auch die Gegenstandsbegriffe, wenn nicht ein totes Nebeneinander von Begriffen, sondern ein lebendiges Gewimmel von allerlei Gedanken möglich sein soll, der notwendigen Ergänzung durch rein funktionierende Begriffe. Die Gegenstandsbegriffe sind wie die einzelnen Knochen, die erst durch die Bänder, Sehnen, Muskeln und Nerven der rein funktionierenden Begriffe zu lebendigen Ganzen verbunden werden.

Die rein funktionierenden Begriffe sind nun wieder verschieden, je nach der Art der Funktion, die sie ausüben. Sie können daher nach diesen Arten der möglichen Funktionen eingeteilt werden. Zwei Hauptarten solcher Funktionen lassen sich zunächst unterscheiden, nämlich die *apperzeptiven* und die *mentalen* Funktionen. Und jede dieser Hauptarten umfaßt dann wieder mehrere Unterarten, entsprechend den verschiedenen Arten der Apperzeption und des mentalen Gehalts, die noch möglich sind. Danach ergibt sich etwa folgende geordnete Übersicht über die Arten von rein funktionierenden Begriffen:

#### A. Die apperzeptiven Funktionsbegriffe.

##### I. Die zeigenden Begriffe.

1. Die *hinzeigenden* Begriffe. Sie üben eine geradlinig hinweisende, »deiktische« Funktion aus. Sie werden sprachlich ausgedrückt durch Wörter wie »dieser«, »jener«.
2. Die *zurückzeigenden* Begriffe. Sie weisen gedanklich rückwärts auf irgendwelche Gegenstände, die von der gegenwärtigen Gedankenstelle aus rückwärts liegen. Sie werden sprachlich z. B. in folgenden Formen zum Ausdruck gebracht: »... , welcher«, »... , dies«.
3. Die *vorauszeigenden* Begriffe. Sie weisen gedanklich voraus auf irgendwelche Gegenstände, die von der

gegenwärtigen Gedankenstelle aus nach vorwärts liegen, in der gedanklichen Zukunft erst gesichtet sind. Ausgedrückt z. B. in der sprachlichen Form: »Derjenige, ...«.

## II. Die verbindenden Begriffe.

1. Die gleichgewichtig verbindenden Begriffe. Sie verbinden bloß gedanklich irgendwelche Gegenstände und zwar so, daß die verbundenen Gegenstände gleichgewichtig, wie gleiche Perlen aneinander gereiht werden. Das Wort »und« kann unter anderem auch in dieser Bedeutung gebraucht werden, so etwa in dem Ausdruck: »A und B und C und D«. In gleichem Sinne wird auch das Wort »ferner« gebraucht, also in der Form: »A, ferner B, ferner C, ferner D«.
2. Die auffammelnden Begriffe. Sie nehmen zu einem Gegenstand sukzessiv andere Gegenstände hinzu, sie zu einer Menge auffammelnd. Dies kann z. B. in der sprachlichen Form »A, dazu B, dazu C« ausgedrückt werden. Aber auch das Wort »und« kann in diesem Sinne gebraucht werden, so daß dann: »A und B und C und D« nicht eine gleichgewichtige Anreihung, sondern eine Auffammlung der Gegenstände vollzieht.
3. Die hinbeziehenden Begriffe. Sie beziehen irgend etwas auf irgendwelche Gegenstände hin, die gedanklich vorausliegen oder gegenwärtig oder zukünftig liegen, nur so daß das gedanklich Verbundene nicht eine Reihe, auch nicht eine Menge, sondern eine gegliederte Konstellation bildet. Das nächstliegende Beispiel dafür ist die Hinbeziehungsfunktion der Kopula »ist«, durch welche die Prädikatsbestimmtheit auf den Subjektsgegenstand hinbezogen wird, ohne mit ihm gedanklich zu einer Reihe oder einer Menge verbunden zu werden, sondern so, daß der Subjektsgegenstand dabei eine Mittelpunktstellung und die Prädikatsbestimmtheit eine auf ihn zentrierte Zuordnungsstellung erhält.

## III. Die trennenden Begriffe.

1. Die einfach wegschiebenden Begriffe. Sie üben irgendwelchen Gegenständen gegenüber die Funktion des Wegschiebens aus, wie z. B. das »nicht« in »Nicht A« oder das »weder—noch« in »Weder A noch B«.
2. Die abtrennenden und ausschließenden Begriffe. Sie setzen irgendwelche Gegenstände voraus und

trennen von ihnen etwas weg oder scheiden aus ihnen einen Gegenstand aus. So trennt das »weniger« in »A weniger B« von dem Gegenstand A den Gegenstand B ab. Dagegen schließen die Begriffe »ausgenommen«, »ausgeschlossen« und »außer« von irgendwelchen Gegenständen bestimmte derselben aus. So z. B. in der Form: »Alle S, außer A, B und C«.

3. Die isolierenden Begriffe. Sie isolieren irgendwelche Gegenstände entweder von bestimmten anderen Gegenständen oder sie isolieren ganz allgemein. Das erstere z. B. in »A ohne B und C«, das zweite in »A allein einzeln, an und für sich«.
4. Die heraushebenden Begriffe. Die Begriffe: »besonders, insbesondere, vor allem, hauptsächlich, vorzüglich« heben bestimmte Gegenstände aus bestimmten anderen heraus.

#### IV. Die erlegenden oder vertauschenden Begriffe.

Sie üben eine doppelte Funktion aus, indem sie bestimmte Gegenstände zuerst wegschieben oder durchstreichen und dann andere Gegenstände an ihre Stelle setzen. Diese Doppelfunktion üben z. B. die Begriffe »Statt, anstatt« und in manchen Fällen auch die Begriffe »oder, vielmehr« aus.

#### V. Die dirigierenden Begriffe.

Sie üben, wie die Begriffe: »nun«, »weiter«, »dann« und auch »oder« in einer bestimmten Bedeutung die Funktion des Weitergehens der Gedankenbewegung aus. Andere, wie »also« in einer bestimmten Bedeutung kehren zurück zu einem früheren Punkt der Gedankenbewegung.

#### B) Die mentalen Funktionsbegriffe.

Sie apperzipieren nicht bloß, wie die eben genannten Begriffe, sondern sie üben eine bestimmte mentale Funktion aus. Sie seien hier, in drei Gruppen eingeteilt, nur einfach aufgezählt:

1. Die fragenden, die behauptenden, die wünschenden, die bittenden, die ratenden, die warnenden, die befehlenden und ähnliche Funktionen ausübenden Begriffe. Für sie gibt es keine ausdrückenden Wörter, sondern sie kommen nur durch die Sprachmelodie zum Ausdruck.

2. a) Diejenigen Begriffe, die einen logischen Akt abschwächen, wie es z. B. der Begriff »vielleicht« im problematischen Urteil in bezug auf den Behauptungsakt tut.
- b) Diejenigen Begriffe, die einen logischen Akt verstärken, wie das »notwendigerweise« im apodiktischen Urteil.
- c) Die bedingenden Begriffe, wie »falls«.
- d) Die disjungierenden Begriffe, wie »entweder oder«.
3. a) Die entfaltenden (d. h.), erläuternden (nämlich), erklärenden (also) und die zusammenfaltenden Begriffe, wie »kurz«.
- b) Die erweiternden (überhaupt) und die einschränkenden Begriffe (nur).
- c) Die zugebenden (allerdings, freilich), die entgegengesetzten (aber, jedoch, hingegen) und die zugleich einräumenden und entgegengesetzten (zwar, wohl, obgleich).
- d) Die folgernden (also, folglich, mithin, demnach, daher, deshalb), die begründenden und beweisenden Begriffe (denn, da, weil).

Es ist aus dieser kurzen Übersicht über die rein funktionierenden Begriffe wohl schon ersichtlich, daß diese Begriffe ganz unentbehrliche Bestandteile der Gedanken bilden, daß sie vor allem das logische Leben in die Gedankengebilde hineinbringen.

Nachdem nun durch diese Betrachtung die logischen Funktionen sichtbar geworden sind, kehren wir zu den Gegenstandsbegriffen zurück, um auch bei ihnen verschiedene logische Funktionen aufzuweisen, die mit ihrer gegenständlichen Meinung verbunden sind und deren Verschiedenheit es gestattet, verschiedene Arten von Gegenstandsbegriffen zu unterscheiden.

#### Neuntes Kapitel.

#### Die logisch-verschiedenen Arten von Gegenstandsbegriffen.

##### I. Die Haupt- oder Substantivbegriffe.

Es gibt Begriffe von allen möglichen Gegenständen. Die von Begriffen gemeinten Gegenstände können selbständige Dinge (wie Gold, Schwefel, Adler); oder aber unselfständige Zustände von Dingen (wie Ruhe, Wach- oder Schlafzustand, Glühen); oder auch unselfständige Beschaffenheiten (wie gelb, spröde, glänzend, schwer); oder unselfständige Vorgänge (wie Fallen, Stolpern, Leuchten, Welken, Gerinnen); oder unselfständige Tätigkeiten

(wie Gehen, Laufen, Schreiben, Sprechen, Denken); oder schließlich auch mehrfach unselbständige Relationen (wie Ähnlichkeit, Verschiedenheit, Zugehörigkeit, Abhängigkeit, oder irgendwelche intentionale Relationen) sein. Selbständigkeit und Unselbständigkeit der Gegenstände sind hier sachlicher Art. Die selbständigen Gegenstände sind diejenigen, die für sich sein können; unselbständige solche, die nicht für sich sein können, sondern zu ihrem Sein anderer Gegenstände bedürfen. Man könnte nun die Gegenstandsbegriffe danach einteilen, ob sie sachlich selbständige oder unselbständige, und im letzteren Fall wieder danach, ob sie Zustände oder Beschaffenheiten oder Vorgänge oder Tätigkeiten oder Relationen meinen.

Von dieser Einteilung der Begriffe ist aber nun eine andere auf das strengste zu unterscheiden, die leicht mit ihr verwechselt werden kann, die aber erst die logische Funktion der Gegenstandsbegriffe selbst und nicht die von ihnen gemeinten Gegenstände betrifft. Es können nämlich sowohl die sachlich selbständigen als auch die sachlich unselbständigen Gegenstände von den verschiedenen Gegenstandsbegriffen wieder sowohl in selbständiger als auch in unselbständiger Form genommen werden. Es sei dies zunächst an den Haupt- oder Substantivbegriffen erläutert, die die gemeinten Gegenstände gedanklich in selbständiger Form nehmen.

1. Die Haupt- oder Substantivbegriffe. Die Gegenstandsbegriffe, die gewöhnlich durch Hauptwörter zum Ausdruck gebracht werden, meinen zunächst bestimmte Gegenstände. Sie können aber nicht nur sachlich selbständige Gegenstände, wie »Schwefel«, sondern auch an sich unselbständige Gegenstände meinen. Und keiner der unselbständigen Gegenstandsarten ist von der Meinung durch Hauptbegriffe ausgeschlossen. So meinen z. B. folgende Hauptbegriffe unselbständige Gegenstände: »Die Ruhe« meint einen Zustand; »Die Röte« meint eine Beschaffenheit; »Der Fall« meint einen Vorgang; »Der Stoß« meint eine Tätigkeit und »Die Ähnlichkeit« meint eine Relation. Die Hauptbegriffe sind also nicht dadurch charakterisiert, daß sie selbständige Gegenstände meinen, ja es kann sogar in einem Hauptbegriff die Unselbständigkeit des gemeinten Gegenstandes mitgemeint sein, wie z. B. in »Der Fall dieses Körpers« oder in »Die Ähnlichkeit zwischen ihm und meinem Vetter«. Die Hauptbegriffe sind auch nicht einfach dadurch zu charakterisieren, daß sie durch sprachliche Hauptwörter zum Ausdruck gebracht werden. Denn dies ist ihnen gar nicht wesentlich, sondern sie können auch gelegentlich durch Eigen-

schaftswörter ausgedrückt werden, wie z. B. der Hauptbegriff »Rot« in dem Satz: »Rot ist eine Farbenart«. Sondern das Gemeinsame und Entscheidende ist, daß die Hauptbegriffe den gemeinten Gegenstand, mag er ein sachlich selbständiger oder unselbständiger sein, gedanklich voll umgrenzen und abgrenzen, ihn für sich herausheben, kurz ihn gedanklich verselbständigen oder substantivieren. Diese gedankliche Verselbständigung des gemeinten Gegenstandes ist aber nicht eine Annahme oder die Hypothese, der Gegenstand sei selbständig, vielmehr wird die Selbständigkeit dem gemeinten Gegenstand überhaupt nicht zugedeutet als eine ihm sachlich zukommende Bestimmtheit, sondern bleibt über ihm als eine bloß gedankliche Form liegen, die nicht mit ihm verschmilzt. So bleibt »der Fall eines Körpers« der unselbständige Gegenstand auch in der Meinung, obgleich er durch den Hauptbegriff substantiviert, gedanklich verselbständigt ist. Die Selbständigkeit wird ihm keinen Augenblick als ihm sachlich inwohnend zugedeutet, sondern ist nur die gedankliche Form, in die er durch den Begriff gefaßt wird. Indem z. B. der Hauptbegriff »die Ähnlichkeit« seinen unselbständigen Gegenstand gedanklich für sich nimmt, wird keinen Augenblick lang auch nur angenommen, daß der Gegenstand ein selbständiger sei, sondern der Gegenstand durchaus als ein unselbständiger gemeint und nur die gedankliche Form der Selbständigkeit ihm übergelegt. Dies liegt nun im Wesen aller Hauptbegriffe, daß sie ihre Gegenstände in die gedankliche Form der Selbständigkeit fassen. Nennen wir diese Form der Selbständigkeit eine logische Kategorie, so ist diese logische Kategorie streng von der sachlichen Kategorie des »Dinges« zu unterscheiden. Es wird sich nachher zeigen, daß im Urteil der Subjektsbegriff ein Hauptbegriff sein muß, daß es also im Wesen des Urteils liegt, durch seinen Subjektsbegriff den Gegenstand, auf den sich das Urteil bezieht, in die gedankliche Form der Selbständigkeit zu fassen, also diese logische Kategorie auf den Gegenstand anzuwenden. Daraus folgt aber in keiner Weise, daß es im Wesen des Urteils liege, seinen Subjektsgegenstand auch in die sachliche Kategorie des »Dinges« zu fassen.

Indem nun die Hauptbegriffe ihre Gegenstände gedanklich verselbständigen, bedürfen sie selbst als Begriffe keiner weiteren begrifflichen Ergänzung, sondern sind selbständige Begriffe. Dagegen bleiben die gedanklich verselbständigten Gegenstände, wenn sie sachlich unselbständige sind, nach wie vor ergänzungsbedürftig. Die Selbständigkeit und Unselbständigkeit oder Ergänzungsbedürftigkeit der



Begriffe ist also weder identisch, noch abhängig von der sachlichen Selbständigkeit und Unselbständigkeit oder Ergänzungsbedürftigkeit der von den Begriffen gemeinten Gegenstände. Die logischen Kategorien sind weder ontologische Kategorien, noch sind sie von ontologischen Kategorien abgeleitet. Sie umspinnen die Gegenstände nur mit gedanklichen Formen.

## II. Die Nebengebegriffe.

Die übrigen Gegenstandsbegriffe haben nun das Gemeinsame, daß sie die von ihnen gemeinten Gegenstände gedanklich nicht voll umgrenzen und abgrenzen, sie nicht für sich herausheben, sie nicht gedanklich verselbständigen, sondern an ihnen in der Umgrenzung eine ergänzungsbedürftige Lücke lassen, sie gedanklich an etwas hinlehnen, kurz sie gedanklich unselbständig fassen. Auch sie also üben, wie die Hauptbegriffe, neben dem Meinen eines bestimmten Gegenstandes, noch eine bestimmte logische Funktion an ihren Gegenständen aus. Und auch hier bleibt die logische Kategorie der Unselbständigkeit sachlich getrennt von den Gegenständen, denen sie übergelegt wird; sie wird ihnen durch die Begriffe nicht als etwas zugedeutet, das ihnen selbst sachlich zukomme. Und auch hier können die gedanklich unselbständig gefaßten Gegenstände an sich sachlich selbständige oder unselbständige sein. Die Gegenstandsbegriffe, die so ihre Gegenstände gedanklich unselbständig nehmen, seien hier zusammenfassend »Nebengebegriffe« genannt. Diese Nebengebegriffe teilen sich aber wieder in drei voneinander verschiedene Arten, entsprechend den verschiedenen Arten der logischen Kategorien der Unselbständigkeit, in die sie ihre Gegenstände fassen. Die erste Art bilden:

1. Die Beilege- oder Adjektivbegriffe. Sie sind zunächst Gegenstandsbegriffe, d. h. sie meinen irgendeinen Gegenstand. Sie sind zweitens Nebengebegriffe, d. h. sie nehmen den gemeinten Gegenstand gedanklich unselbständig, beziehen ihn hin auf andere Gegenstände, die sie aber für sich nicht mitmeinen. Sie nehmen drittens ihre Gegenstände nur einstufig unselbständig, d. h. sie beziehen sie hin auf solche Gegenstände, die für sich nicht wieder gedanklich unselbständig, sondern gedanklich selbständig genommen sind, so daß sie durch diese ihren vollen gedanklichen Halt gewinnen können. Die Beilegebegriffe fassen aber viertens ihre Gegenstände in die gedankliche Form der zeitlosen Ruhe. Beispiele für diese Beilegebegriffe sind »gelbes«, »sprödes«. Die sprachliche Form ist auch

hier nicht entscheidend, denn in den Sätzen »Schwefel ist gelb« und »Schwefel ist spröde« sind die Wörter »gelb« und »spröde« ebenfalls Ausdrücke für Beilegebegriffe, während »gelb« und »spröde« für sich genommen auch Ausdruck für Hauptbegriffe sein können, wenn sie nämlich das »Gelb« oder das »Spröde« gedanklich selbstständig nehmen. Es kommt also ausschließlich auf den mit den Ausdrücken verbundenen Gedankeninhalt an. Mit »gelbes« verbinden wir nun einen Begriff, der einen Gegenstand, nämlich das »gelb«, meint, der aber zugleich dieses »gelb« gedanklich unselfständig, und zwar nur einstufig unselfständig nimmt, d. h. es bezieht auf einen gedanklich selbstständig gefaßten Gegenstand, der deshalb dem »gelb« direkt ohne weitere Unterbauung den gedanklichen Halt gibt. (Im Unterschied von dem später zu behandelnden Fall in »gelb leuchtende Laterne«, wo das »gelb« zweistufig unselfständig gefaßt ist, d. h. zunächst an einen unselfständig gefaßten Gegenstand, nämlich »leuchtende«, hingeordnet ist, also an diesem selbst noch nicht seinen gedanklichen Halt findet, sondern dann verlangt, daß dieser selbst wieder durch einen selbstständig gefaßten Gegenstand gestützt wird.) Schließlich faßt der Beilegebegriff »gelbes« das »gelb« in die gedankliche Form der zeitlosen Ruhe, d. h. das »gelb« ist nicht gefaßt als tätig ausstrahlend von, oder hinstrahlend zu dem Gegenstand, auf den es gedanklich einstufig hingeordnet ist, sondern als an ihm ruhend, ohne daß dadurch über das sachliche Verhältnis des »gelb« zu dem haltgebenden Gegenstand schon irgendetwas bestimmt wäre. Dieser Beilegebegriff wendet also auf seinen Gegenstand die logische Kategorie des »unselfständigen ruhenden Seins an einem anderen Gegenstand« an. Genau dasselbe ergibt sich bei der Analyse des anderen, oben als Beispiel angeführten Beilegebegriffes, nämlich des »sprödes«. Er meint einen Gegenstand, faßt ihn einstufig unselfständig und als etwas ruhend an einem anderen Seiendes, ohne ihm damit dies als seine sachlichen Bestimmtheiten zuzuordnen.

In den betrachteten Beispielen sind es Eigenschaften von Dingen, die jene logische Formung des unselfständigen ruhenden Seins erfahren. In gleicher Weise können aber auch Zustände, Vorgänge, Tätigkeiten und Relationen in Beilegebegriffen gemeint sein. So meinen die Begriffe »flüssiges« oder »waches« einen Zustand; die Begriffe »bewegtes« oder »fallendes« einen Vorgang; die Begriffe »stoßendes« oder »drückendes« eine Tätigkeit; und endlich die Begriffe »ähnliches« oder »abhängiges« eine Relation. Bei den Beilegebegriffen, die wie diese letzteren bestimmte Relationen meinen,

darf die Tatsache nicht irre machen, daß die gemeinten Relationen sachlich eine doppelte Ergänzung verlangen. Die Begriffe selbst fassen die Relationen in diesen Fällen doch nur einstufig unselbständig und brauchen daher selbst auch nur eine Ergänzung durch einen einzigen anderen Gegenstandsbegriff, und zwar durch einen Hauptbegriff.

Die Beilegebegriffe können schließlich sogar sachlich selbständige Gegenstände meinen und sie gleichzeitig doch in die logische Kategorie des einstufig unselbständigen ruhenden Seins fassen. Dies geschieht z. B. in den Beilegebegriffen: »steinig«, »staubig«, »wässerig«, »rostig«, »schmutzig«, »salzig« und »zuckerig«. In dem Ausdruck: »ein steiniger Boden« meint das Wort »steiniger« wirklich Steine, als selbständige Gegenstände, faßt sie aber unselbständig, ordnet sie gedanklich in ruhendem Sein dem Boden zu. Hier, wo selbständige Gegenstände gemeint sind und doch zugleich unselbständig gedanklich gefaßt sind, tritt die Verschiedenheit und die verschiedene Stellung der ontologischen und der logischen Kategorie besonders deutlich hervor.

Eine zweite Art von Nebenbegriffen bilden

2. die Tunbegriffe. Auch sie sind zunächst Gegenstandsbegriffe, denn sie meinen irgendwelche Gegenstände. Sie sind Nebenbegriffe, denn sie fassen die gemeinten Gegenstände gedanklich unselbständig, und zwar, ebenso wie die Beilegebegriffe, einstufig unselbständig. Sie unterscheiden sich aber von den Beilegebegriffen wesentlich dadurch, daß sie den unselbständig gefaßten Gegenstand gedanklich in die Form eines sich zeitlich erstreckenden Tuns kleiden. Sie behaupten dabei aber wiederum in keiner Weise, daß der Gegenstand selbst ein Tun sei, sie ordnen ihm das Tun nicht sachlich zu. Wir wollen diese Nebenbegriffe daher Tunbegriffe nennen, obgleich das Wort auch als Bezeichnung für Begriffe von Tätigkeiten, also für Tätigkeitsbegriffe verstanden werden könnte. Selbst da, wo sachliche Tätigkeiten in Tunbegriffen gemeint sind, ist doch die ontologische Kategorie des Tuns von der hier in Betracht kommenden logischen Kategorie wohl zu unterscheiden. Die Tunbegriffe »stoßen« oder »denken« meinen Tätigkeiten, fassen sie aber zugleich unselbständig in die gedankliche Form des zeitlich sich erstreckenden Tuns. Die Unterscheidung der ontologischen und der logischen Kategorie wird wieder besonders deutlich in den Fällen, in denen die sachliche Kategorie eine andere ist, als die darübergelegte logische. So werden z. B. in den Sätzen: »Der Himmel blaut«, »Die Wiese grünt« durch den Bedeutungs-

gehalt der Wörter »blaut« und »grünt« sachlich unselbständige, aber ruhend seiende Gegenstände gemeint, sie werden aber zugleich bloß gedanklich als zeitlich sich erstreckendes Tun gefaßt, ohne deshalb selbst für ein Tun erklärt zu werden. In anderen Tunbegriffen werden sachlich ruhende Zustände, wie »Ruh« oder »Schlafen« in die gedankliche Form des Tuns gefaßt. Und auch sachlich völlig tätigkeitsfreie Beziehungen können in Tunbegriffen in die logische Kategorie des Tuns gefaßt werden, wie in den Begriffen »ähneln« oder »gleichen«. In der laxen Umgangssprache wird zuweilen diese Fassung von Zuständen oder Relationen in die Kategorie des Tuns sprachlich noch besonders ausgedrückt; so in den Sätzen: »Er tut schlafen«, »Er tut mir gleichen«. Der im Tunbegriff gemeinte Gegenstand wird einstufig unselbständig gefaßt, und in der aktiven Form des Tunbegriffes dem gedanklichen Tätigkeitssubjekt, in der passiven Form dagegen dem Tätigkeitsobjekt hingeordnet als demjenigen Gegenstand, der ihm den vollen gedanklichen Halt gibt. Diese Tunbegriffe sind daher als Begriffe unselbständig und fordern notwendig gewisse Hauptbegriffe als Ergänzung, eine Forderung, die wesentlich verschieden ist von den Forderungen, die aus den unselbständigen Gegenständen selbst herkommen und auf Ergänzung durch bestimmte Gegenstände gehen.

Die dritte Art der Nebenbegriffe sind

3. die Adverbialbegriffe oder doppelstufigen Nebenbegriffe. Auch sie meinen Gegenstände, auch sie fassen die gemeinten Gegenstände gedanklich unselbständig, aber sie fassen sie zweistufig unselbständig, indem sie die Gegenstände hinordnen auf solche Gegenstände, die selbst schon unselbständig, aber nur einstufig unselbständig gefaßt sind. So faßt z. B. der Begriff »schnell« in dem zusammengesetzten Begriff »eine schnell laufende Turbine« das gegenständliche »schnell« zweistufig unselbständig, indem er daselbe nicht der selbständig gefaßten Turbine, sondern direkt nur dem Laufen der Turbine, aber diesem als unselbständig gefaßten Gegenstand zuordnet, der seinerseits erst an der selbständig gefaßten Turbine ihren endgültigen gedanklichen Halt findet. (In dem zusammengesetzten Begriff »der schnelle Lauf der Turbine« ist dagegen das »schnelle« ein Beilegebegriff, der den unselbständig gefaßten Gegenstand »schnell« einstufig hinordnet auf den selbständig gefaßten Lauf der Turbine, wenn auch sachlich der Lauf wieder der Turbine zugeordnet wird.) In gleicher Weise faßt in dem zusammengesetzten Begriff »eine hell leuchtende Laterne« der Begriff »hell« das gegenständliche »hell« zweistufig unselb-

ständig, indem er es gedanklich hinordnet auf das selbst unselfständig gefaßte Leuchten der Laterne, das dann seinerseits gedanklich auf die selbstständig gefaßte Laterne hingeordnet ist. Auch hier brauchen die unselfständig gefaßten Gegenstände sachlich durchaus nicht unselfständig zu sein, ja es können sogar alle drei hier in Betracht kommenden Gegenstände sachlich selbständige Gegenstände sein. So etwa in dem Begriff »der rostig beschiente Eisenbahndamm«. Der bloß gedankliche Aufbau der Gegenstände unterscheidet sich in diesem Beispiel besonders deutlich von dem sachlichen Aufbau derselben Gegenstände.

Das Verständnis dieser Adverbialbegriffe setzt also den Vollzug der Tendenz auf zweistufige Unterbauung des gemeinten Gegenständlichen voraus. Ebenso wie zum Verständnis der anderen beiden Arten von Nebengebiffen der Vollzug der Tendenz auf einstufige Unterbauung des gemeinten Gegenstandes gehört, und zugleich bei den Beilegebegriffen die Fassung in die Form des ruhenden Seins, bei den Tunbegriffen die Fassung in die Form des zeitlich sich erstreckenden Tuns erforderlich ist.

Wir haben also gesehen, daß nicht nur die rein funktionierenden Begriffe, sondern auch die Gegenstandsbegriffe, außerdem daß sie bestimmte Gegenstände meinen, immer noch bestimmte, und zwar in verschiedenen Fällen verschiedene logische Funktionen gegenüber ihren Gegenständen ausüben. Außer diesen beiden Hauptarten von Begriffen scheint es aber noch eine dritte Hauptart zu geben, die weder rein funktionierende, noch eigentliche Gegenstandsbegriffe sind.

#### Zehntes Kapitel.

##### In-Beziehung-legend e Begriffe.

Diese Begriffe unterscheiden sich von den rein funktionierenden Begriffen dadurch, daß sie nicht bloß gedanklich Gegenstände verbinden, sondern sachliche Beziehungen zwischen Gegenständen setzen. Von den eigentlichen Gegenstandsbegriffen unterscheiden sie sich dadurch, daß sie keine Gegenstände meinen, daß sie auch nicht etwa die von ihnen gesetzten sachlichen Beziehungen gegenständlich meinen. Betrachten wir zunächst einige Beispiele solcher Begriffe.

In dem zusammengesetzten Begriff »der Fisch im Wasser« meint der mit dem Worte »im« verbundene Begriff nicht gegenständlich die sachliche Beziehung zwischen dem Fisch und dem Wasser. Denn

sonst hätten wir in dem zusammengefügten Begriff nur drei Gegenstandsbegriffe, und zwar Hauptbegriffe zu konstatieren, von denen der erste den Fisch, der dritte das Wasser und der zweite die Beziehung zwischen dem Fisch und dem Wasser meint. Der Begriff »im« übt aber auch im gegebenen Fall nicht bloß eine logische Funktion aus, derart, daß er den Fisch und das Wasser bloß gedanklich verbände, ohne ihnen eine sachliche Beziehung zuzuordnen, sondern er setzt tatsächlich die sachliche Beziehung zwischen den zwei Gegenständen, ohne sie jedoch als fertig bestehende in Gegenstandsstellung zu meinen.

Ein anderes Beispiel ist gegeben in dem Begriff »Die Ausdehnung durch Wärme«. Das Wort »durch« ist nicht bedeutungslos. Der damit verbundene Begriff ist aber kein Gegenstandsbegriff, insofern er nicht einfach einen Gegenstand in selbständiger oder unselbständiger gedanklicher Fassung meint. Er ist aber auch kein rein funktionierender Begriff, denn er verbindet die Ausdehnung nicht bloß gedanklich mit der Wärme, sondern er setzt eine sachliche Beziehung, nämlich eine ursächliche Beziehung zwischen der Ausdehnung und der Wärme. Es ist also wiederum ein in-Beziehung-setzender Begriff.

Wie in den beiden Beispielen die räumliche und die ursächliche Relation, so werden in anderen derartigen Begriffen alle möglichen Relationen sachlich gesetzt. In »Kanne mit Deckel« setzt das »mit« den Deckel zu der Kanne in Zugehörigkeitsbeziehung, während z. B. das »und« in »Kanne und Deckel« das nicht tut. Vergleichsrelationen werden nicht gegenständlich gemeint, sondern sachlich gesetzt durch die Begriffe »wie«, »gleichwie«, »anders als« und »gegen«. Intentionale Beziehungen werden z. B. gesetzt durch den Begriff »gegen« in »der Haß gegen Deutschland«; durch den Begriff »an« in »der Gedanke an Rache« usw.

Die hier hervorgehobenen Unterschiede der Begriffe treten besonders deutlich hervor, wenn wir die zu einem und demselben Gegenstande gehörigen Begriffsarten nebeneinander stellen. Es sei dazu ein sachlich unselbständiger Gegenstand, nämlich die Ähnlichkeitsbeziehung genommen. Sie kann zunächst in einem Hauptbegriff, nämlich dem der »Ähnlichkeit« gemeint sein, wie in dem Urteil: »die Ähnlichkeit ist eine Vergleichungsrelation«. Sie wird dann einstufig unselbständig ruhend genommen in dem Beilegebegriff »ähnlich«, der in dem zusammengefügten Begriff »der mir ähnliche Mensch« vorkommt. Sie wird weiter durch den Tunbegriff »ähneln« einstufig unselbständig als ein zeitlich sich

erftreckendes Tun in dem Urteil genommen: »Jener Mensch ähnelt mir«. Sie wird zweifeltufig unselbständig gefaßt in dem *Adverbialbegriff* »ähnlicherweise« in der Begriffsverbindung »ein ähnlicherweise gebildetes Blatt«. Und schließlich wird sie überhaupt nicht gegenständlich gemeint, wohl aber sachlich gesetzt durch den in-*Beziehung*-setzenden Begriff »wie« in dem Urteil »Er tanzt wie ein Bär«. Wir erleben also an diesem Beispiel wieder, daß die von den Begriffen ausgeübten Funktionen sich nicht dadurch charakterisieren lassen, daß man auf die Verschiedenheiten der von den Begriffen gemeinten Gegenstände hinweist. Sie sind vielmehr Unterschiede der Begriffe selbst und sie sind für die Logik von entscheidender Bedeutung, wie nachher kurz gezeigt werden soll.

Es sei nur noch darauf hingewiesen, daß die in der Sprachlehre noch vorkommende Wörterklasse der *Zahlwörter* keinen Anlaß für die Logik bietet, noch eine weitere rein logische Gruppe von Begriffen zu konstatieren. Denn die Zahlbegriffe sind Gegenstandsbegriffe, die sowohl Hauptbegriffe, als auch Beilegebegriffe, und bei einigen sogar *Adverbialbegriffe* sein können. Bei dieser Betrachtung sind natürlich, wie überhaupt, die Zahlbegriffe selbst immer genau von den Zahlen selbst, die sie meinen, zu unterscheiden. Denn die Zahl »zwei« z. B. ist kein Zahlbegriff; man kann Begriffe nicht addieren, subtrahieren, multiplizieren oder dividieren, wohl aber läßt sich dies mit der Zahl »zwei« selbst vornehmen. Ebenso enthält ein Urteil über Zahlen wohl Zahlbegriffe, aber keine Zahlen, denn ein Urteil besteht niemals aus Zahlen.

Von den *Kardinalzahlen* können die bestimmten Zahlen (1, 2, 3, 4, . . . .) selbständig gefaßt werden, wie z. B. in dem Urteil: »2 ist eine Zahl«. Die Begriffe, in denen sie dann gemeint sind, sind also Hauptbegriffe. Sie können aber auch unselbständig gefaßt, also etwa in Beilegebegriffen gemeint sein. So etwa in dem Begriff: »Diese zwei Menschen«. Hier ist der Begriff »zwei« ein *Anzahlenbegriff*. Es sind also bestimmte Zahlbegriffe von bestimmten *Anzahlenbegriffen* zu unterscheiden. Die *Anzahlenbegriffe* können dann wieder entweder in *attributiver* oder in *prädikativer* Form auftreten.

Das gleiche gilt für die *unbestimmten Zahlen*, wie »einige, wenige, viele, die meisten, jeder, keiner«. Sie werden selbständig genommen in Hauptbegriffen, so in dem Urteil: »Einige ist eine unbestimmte Zahl«. Sie werden unselbständig genommen in Beilegebegriffen der *attributiven* oder der *prädikativen* Form. In dem Begriff »Die meisten Menschen« ist die unbestimmte Zahl »die meisten« durch den *attributiven* Beilegebegriff unselbständig gefaßt.

Die Ordnungszahlen werden in Hauptbegriffen selbständig genommen. In dem Urteil »Zweiter ist eine Ordnungszahl« ist der mit dem Wort »Zweiter« verbundene Begriff ein Hauptbegriff, der die Ordnungszahl »Zweiter« selbständig nimmt. Dagegen faßt in dem Begriff: »die dritte Karte« der Begriff »dritte« die Ordnungszahl in unelbständiger, und zwar in attributiver Fassung.

Die Wiederholungszahlen bestimmter und unbestimmter Art, also die Zahlen »einmal, zweimal, dreimal« und »einigemal, mehreremal, manchmal, oft, immer, selten«, können verelbständigt genommen werden, also in Hauptbegriffen gemeint sein, wie in dem Urteil: »Einmal und manchmal sind Wiederholungszahlen«. Sie können dann in Beilegebegriffen unelbständig genommen werden, wie in den Begriffen: »Die dreimalige Wiederkehr« und »das häufige Vorkommen«. Sie können schließlich aber auch in Adverbialbegriffen zweifelhafte unelbständig gefaßt werden, wie z. B. in dem Begriff »Ein häufig vorkommender Fall«.

Die Vervielfältigungszahlen, also die Zahlen: »einfach, zweifach, dreifach usw.« und die unbestimmten Vervielfältigungszahlen: »mehrfach, vielfach, mannigfach« können ebenfalls sowohl durch Hauptbegriffe, als auch durch Beilegebegriffe und durch Adverbialbegriffe gemeint sein. In dem Urteil: »Vielfach ist eine Vervielfältigungszahl« ist die Vervielfältigungszahl durch einen Hauptbegriff, in dem Begriff »die dreifache Spaltung« ist die Vervielfältigungszahl durch einen Beilegebegriff, und in dem Begriff: »Ein dreifach gespaltenes Haar« ist sie durch einen Adverbialbegriff gemeint.

Es geht also hieraus hervor, daß die Zahlbegriffe als solche keine besondere logische Art von Gegenstandsbegriffen bilden, sondern sich in die drei angeführten Klassen von Gegenstandsbegriffen verteilen.

Es sei nun im folgenden zunächst das Ergebnis unserer logischen Begriffsuntersuchung kurz zusammengefaßt und dann eine Reihe von Sätzen über die Komposition der Gedanken aus den verschiedenen Begriffsarten angereicht.

#### Elftes Kapitel.

**Zusammenfassung. Geleße der Begriffs- und Urteilskomposition. Die besondere Funktion der Begriffe im Urteil.**

**Zusammenfassung.** Die Begriffe sind die letzten Elemente aller Gedanken. Die Gedanken bestehen aus Begriffen und nur aus Begriffen. Die Begriffslehre ist also grundlegend für die ganze



Gedankenlehre. Der Überblick über die Welt der Begriffe hat sich nach den vorangehenden Untersuchungen beträchtlich erweitert und geht nun weit hinaus über denjenigen Umkreis, den die Logik bisher fast allein betrachtet hat. Der Blick umfaßt jetzt nicht nur die verschiedenen Arten von Gegenstandsbegriffen, die nach der Art der gemeinten Gegenstände, nach ihrer Allgemeinheit und ihrer Anzahl unterschieden worden sind, sondern auch diejenigen Arten von Gegenstandsbegriffen, die wir Hauptbegriffe, Beilegebegriffe, Tunbegriffe und Adverbialbegriffe genannt haben und die sich danach unterscheiden, ob sie die gemeinten Gegenstände gedanklich ver selbstständigen oder verunselbstständigen und im letzteren Falle wieder, ob sie sie einstufig unselbstständig als ruhendes Sein oder als zeitlich sich erstreckendes Tun oder aber zweistufig unselbstständig nehmen. Der Blick umfaßt dann weiter die in-Beziehung-legenden Begriffe, die sich wieder nach der Art der gesetzten Beziehungen einteilen lassen; und schließlich die rein funktionierenden Begriffe, welche die verschiedenartigen logischen Funktionen des Hinweizens, Verbindens, Trennens, Heraushebens, des gedanklichen Weitergehens und Zurückkehrens, dann die Funktionen des Fragens, Behauptens, Wünschens, Bittens, Ratens, Befehlens, die Funktionen des Folgerns, Begründens, Beweisens, des Entfaltens, Zusammenfaltens, des Erweiterns und Einschränkungens, des Zugebens, Entgegensetzens und Bestreitens ausüben.

#### Gesetze der Begriffs- und Urteilskomposition.

Nun erst liegt das Material vor, um die Fragen zu lösen, welche Arten von Begriffen miteinander zu zusammengefügten Begriffen und zu Begriffsverbindungen vereinigt werden können; welche Begriffe in einem zusammengefügten Begriff notwendig enthalten sein müssen; durch welche Begriffe der Inhalt eines bestimmten Begriffes vermehrt und vermindert werden kann; welche Begriffe einander über- und untergeordnet sein können und welche nicht. Kurz, es lassen sich jetzt erst die Gesetze der Begriffskomposition auffuchen und finden. Ebenso lassen sich nun die Gesetze auffinden, nach denen bestimmte Begriffe die Stellen der Subjekts- und der Prädikatsbegriffe in Urteilen einnehmen können, und welche Begriffe notwendig in einem Urteil und in den verschiedenen Arten der Urteile und der Gedanken überhaupt enthalten sein müssen. Es seien im folgenden der Reihe nach eine Anzahl von Sätzen über die verschiedenen Arten von Begriffen aufgestellt, mehr zur Illustrierung des Erstrebens, als um eine vollständige Erledigung der Aufgabe zu geben.

## I. Die Hauptbegriffe.

1. Die Hauptbegriffe sind selbständige Begriffe, sie bedürfen für sich keinerlei Ergänzung durch andere Begriffe.
2. Die Hauptbegriffe bilden die letzte Stütze für alle anderen Begriffsarten. Alle anderen Begriffsarten verlangen Ergänzung schließlich durch Hauptbegriffe, wenn ihre Ergänzungsbedürftigkeit endgültig zur Ruhe kommen soll.
3. Die Beziehungen der Hauptbegriffe zueinander:
  - a) Hauptbegriffe sind mit anderen Hauptbegriffen nicht direkt vereinbar. Aus ihnen allein sind daher weder zusammengesetzte Begriffe, noch irgendwelche Urteile, noch irgendeine sonstige Gedankenart aufzubauen. Jeder zusammengesetzte Begriff, jedes Urteil und jeder andere Gedanke enthält daher außer Hauptbegriffen notwendig auch entweder Nebenbegriffe (also Beilege-, Tun- oder Adverbialbegriffe), oder in-Beziehung-Setzende Begriffe, oder rein funktionierende Begriffe.
  - b) Hauptbegriffe sind mit Hauptbegriffen nur durch Tunbegriffe, funktionierende und in-Beziehung-Setzende Begriffe vereinbar.
  - c) Hauptbegriffe können nur ihres Gleichen, also nur anderen Hauptbegriffen über- und untergeordnet sein.
4. Die Beziehungen der Hauptbegriffe zu den Nebenbegriffen. Die Hauptbegriffe sind direkt vereinbar mit Beilege- und mit Tunbegriffen. Sie sind mit Adverbialbegriffen nicht direkt, sondern nur indirekt durch Vermittlung von Beilege- oder Tunbegriffen vereinbar. Die Hauptbegriffe sind niemals irgendwelchen Nebenbegriffen über- oder untergeordnet.
5. Die Hauptbegriffe sind mit in-Beziehung-Setzenden Begriffen direkt vereinbar. Sie sind diesen aber nie über- oder untergeordnet.
6. Die Beziehung der Hauptbegriffe zu den Urteilen. Die Hauptbegriffe sind unbedingt notwendig für Urteile. Jedes Urteil enthält daher notwendig mindestens einen Hauptbegriff. Nur Hauptbegriffe können die Stelle von Subjektsbegriffen in Urteilen einnehmen. Scheinbare Ausnahmen sind diejenigen Urteile, in denen der Subjektsbegriff sprachlich durch ein Adjektivwort oder durch ein Zeitwort ausgedrückt sind.  
 Die Hauptbegriffe sind zwar notwendig, aber niemals hinreichend, um ein Urteil zu konstituieren.

## II. Die Beilege- und Tunbegriffe.

Sie sind unselbständige Begriffe, also wesentlich ergänzungsbedürftig durch andere Begriffe.

Gegenseitig können sie sich keine genügende Stütze bieten. Sie finden schließlich nur an Hauptbegriffen den endgültigen festen Halt. Es enthält daher jedes selbständige begriffliche Ganze, welches Beilege- oder Tunbegriffe enthält, notwendig mindestens einen Hauptbegriff.

Mit Hauptbegriffen sind die Beilege- und Tunbegriffe direkt vereinbar. Zusammengesetzte Begriffe können also bloß aus solchen Vereinigungen bestehen. Sie sind aber den Hauptbegriffen weder über- noch untergeordnet.

Mit anderen Nebenbegriffen sind sie nicht direkt vereinbar, nur mit Adverbialbegriffen können sie sich direkt verbinden, aber dann bedürfen sie doch noch der weiteren Ergänzung durch Hauptbegriffe. Die Beilegebegriffe sind nur Beilegebegriffen, die Tunbegriffe sind nur Tunbegriffen über- und untergeordnet.

Die Beilegebegriffe sind nicht notwendig für ein Urteil. Dagegen muß mindestens ein Tunbegriff im Urteil vorhanden sein. Aber weder Beilegebegriffe noch Tunbegriffe können in einem Urteil die Stelle des Subjektsbegriffes einnehmen. Sie können jedoch beide den Prädikatsbegriff im Urteil bilden. Aus ihnen allein ist indessen niemals ein volles Urteil zu gestalten.

## III. Die Adverbialbegriffe.

Sie sind unselbständige Begriffe und daher ergänzungsbedürftig durch andere Begriffe. Ihre Ergänzungsbedürftigkeit kommt aber erst durch eine zweistufige Unterbauung zur Ruhe.

Mit Hauptbegriffen sind sie nicht direkt vereinbar, sondern nur indirekt durch die Vermittlung von Beilege- oder Tunbegriffen. Die Adverbialbegriffe sind den Hauptbegriffen weder über- noch untergeordnet.

Mit Beilege- und Tunbegriffen sind sie direkt vereinbar, aber nur zu einem unselbständigen Ganzen, das notwendig dann eines Hauptbegriffes bedarf, um selbständig zu werden. Die Adverbialbegriffe sind aber auch den Beilege- und Tunbegriffen weder über- noch untergeordnet.

Miteinander sind die Adverbialbegriffe nicht direkt vereinbar, sondern nur durch Vermittlung von Beilege- oder Tunbegriffen.

Mit in-Beziehung-legenden Begriffen sind sie nicht vereinbar.

Die Adverbialbegriffe gehören nicht zu den unbedingt notwendigen Bestandteilen des Urteils.

#### IV. Die in-Beziehung-legenden Begriffe.

Sie sind unselbständige Begriffe, also ergänzungsbedürftig. Mit Hauptbegriffen sind sie direkt zu selbständigen Ganzen vereinbar. Sie sind aber den Hauptbegriffen weder über- noch untergeordnet.

Sie können im Urteil weder Subjektsbegriff, noch Prädikatsbegriff sein. Dennoch sind sie notwendig für jedes Urteil, da in jedem Urteil, wenn auch sprachlich unausgedrückt, eine bestimmte Sachverhaltsbeziehung zwischen dem Subjektsgegenstand und der Prädikatsbestimmtheit mitgeleht ist. Die Kopula ist es, die neben den beiden rein logischen Funktionen der Hinbeziehung und Behauptung auch noch diese Funktion der In-Beziehung-Setzung von Subjektsgegenstand und Prädikatsbestimmtheit ausübt.

#### V. Die rein funktionierenden Begriffe.

Sie sind unselbständige, ergänzungsbedürftige Begriffe. Einige von ihnen sind mit Hauptbegriffen direkt zu selbständigen Begriffen vereinbar. Einige von ihnen sind auch mit Beilege- und Tunbegriffen direkt vereinbar, aber nur zu unselbständigen, noch weiter ergänzungsbedürftigen Begriffen. Auch mit Adverbialbegriffen sind einige von ihnen direkt vereinbar, aber nur zu zweistufig ergänzungsbedürftigen Begriffen. Mit in-Beziehung-legenden Begriffen sind sie direkt vereinbar und auch miteinander, aber nur zu unselbständigen Begriffen.

Gewisse rein funktionierende Begriffe sind notwendig für jedes Urteil, nämlich die Begriffe der Hinbeziehung und der Behauptung. Für jeden Gedanken, außer vielleicht für den »bloßen« Gedanken, ist ein bestimmter, rein funktionierender Begriff notwendig. Die rein funktionierenden Begriffe können aber weder Subjektsbegriffe, noch Prädikatsbegriffe im Urteil sein. Aus lauter rein funktionierenden Begriffen läßt sich daher kein Urteil aufbauen.

#### Die möglichen und die notwendigen Bestandteile des Urteils überhaupt.

Wir können nun auf Grund des Vorangegangenen folgende Sätze über die Komposition von Urteilen aufstellen.

1. Von allen Begriffsarten können bestimmte gleichzeitig in einem und demselben Urteil vorkommen.

2. Hauptbegriffe sind unbedingt notwendig für ein Urteil. Und zwar muß der Subjektsbegriff jedes Urteils notwendig mindestens einen Hauptbegriff enthalten. Aber Hauptbegriffe sind nicht hinreichend, um ein Urteil aufzubauen.
3. Als Prädikatsbegriffe in einem Urteil sind möglich sowohl Hauptbegriffe, wie Beilegebegriffe, als auch Tunbegriffe. Dagegen sind die Adverbialbegriffe, die in-Beziehung-legenden Begriffe und die rein funktionierenden Begriffe allein nicht als Prädikatsbegriffe im Urteil möglich.
4. Zu jedem Urteil gehört notwendig irgendein Tunbegriff. Er wird durch die Zeitwörter oder die Hilfszeitwörter ausgedrückt.
5. Ebenso sind gewisse in-Beziehung-legenden Begriffe für das Urteil notwendig, nämlich diejenigen, die die jeweilige Sachbeziehung zwischen Subjektsgegenstand und Prädikatsbestimmtheit setzen.
6. Unbedingt notwendig sind schließlich für jedes Urteil rein funktionierende Begriffe, nämlich die Begriffe, die die gedankliche Hinbeziehung der Prädikatsbestimmtheit auf den Subjektsgegenstand, und die die Behauptungsfunktion vollziehen. Aber aus bloßen rein funktionierenden Begriffen läßt sich niemals ein Urteil aufbauen.

Für die einzelnen besonderen Urteilsarten sind wieder ganz bestimmte funktionierende Begriffe notwendig.

#### Die besondere Funktion der Begriffe im Urteil.

Es bedürfte nun einer genaueren Untersuchung, um festzustellen, welche besondere Funktion manche Begriffe dadurch annehmen, daß sie an einer bestimmten Stelle in einem Urteil stehen. Hier sei nur folgendes kurz angedeutet. Der Subjektsbegriff im Urteil muß notwendig ein Hauptbegriff sein. Dieser an sich selbstständige Begriff aber, der den Subjektsgegenstand gedanklich selbstständig, unterwirft ihn zugleich dem Urteil, macht ihn zur Unterlage des ganzen Urteils. Der Subjektsgegenstand wird damit zum Bestandteil des durch das Urteil entworfenen Sachverhalts. Er wird dadurch doch wieder in gewissem Sinne gedanklich unselbstständig genommen. Als Subjektsbegriffe im Urteil sind daher die Hauptbegriffe wieder ergänzungsbedürftig, weil sie den Subjektsgegenstand gedanklich als Teil eines Sachverhalts setzen.

Ebenso scheinen die Begriffe, die als Prädikatsbegriffe in Urteile eingehen, noch besondere logische Funktionen zu übernehmen. Ist zum Beispiel im positiven Bestimmungsurteil (»Gold ist ein Metall«) der Prädikatsbegriff ein Hauptbegriff, der also für sich den gemeinten Gegenstand (»ein Metall«) gedanklich selbständig nimmt, so gibt er ihm doch im Urteil durch die Hinbeziehungsfunktion, die an ihn anknüpft, zugleich wieder eine gewisse gedankliche Unselbständigkeit. Gehen dagegen in ein Urteil, wie z. B. in dem Attributionsurteil »Gold ist gelb«, bestimmte Beilegebegriffe, also unselbständige Nebenbegriffe in die Stelle des Prädikatsbegriffs ein, so heben sie die Prädikatsbestimmtheit, die sie meinen, durch die entfaltende Funktion des Tunbegriffes in der Kopula, die an sie anknüpft, doch auch gedanklich von dem Subjektsgegenstand in eine gewisse Entfernung ab und ver selbständigen sie damit in gewisser Weise. Sie geben ihr damit die prädikative Fassung, im Unterschiede von der attributiven Fassung, die dieselben Begriffe ihren gemeinten Bestimmtheiten in der rein attributiven Stellung geben, wie z. B. in dem zusammengesetzten Begriff: »Dieser gelbe Körper«. Daselbe »gelb« ist durch die attributive Fassung, die der Beilegebegriff ihm hier gibt, dem Körper ohne gedankliche Distanzierung fertig beigelegt, während es in der prädikativen Fassung zu dem Körper gleichsam erst aus gedanklicher Distanz herbeigeht wird. Die sachlich gesetzte Einheit zwischen dem Subjektsgegenstand und der ihm zugeordneten Eigenschaft ist natürlich in beiden Fällen die gleiche und enthält keinerlei Unterschiede der Distanz. Das prädikativ zugeordnete gelb steht dem Körper sachlich gerade so nahe, wie das attributiv ihm zugeordnete. Der Unterschied ist in den beiden Fällen nur ein gedanklicher.

### Dritter Abschnitt.

#### DIE OBERSTEN LOGISCHEN GRUNDSÄTZE.

In der überlieferten Logik werden als oberste logische Grundsätze, die zuweilen auch »oberste Denkgesetze« genannt werden, im allgemeinen die folgenden vier Sätze aufgeführt:

1. Der Satz von der Identität oder principium identitatis;
2. Der Satz vom Widerspruch oder principium contradictionis;
3. Der Satz vom ausgeschlossenen Dritten oder principium exclusi tertii;

#### 4. Der Satz vom zureichenden Grunde oder principium rationis sufficientis.

Nur die Namen dieser Sätze jedoch, nicht aber ihre Bedeutungen werden von den verschiedenen Autoren in gleicher Weise angegeben. Höchstens die beiden Sätze vom Widerspruch und vom ausgeschlossenen Dritten haben eine einigermaßen übereinstimmende Deutung erfahren. Dagegen sind die Sätze der Identität und des zureichenden Grundes in den verschiedenen logischen Werken von wesentlich verschiedenem Inhalt. Eine Reihe von Logikern bezieht sie nämlich auf Begriffe oder auf Urteile, während andere sie als Sätze über Gegenstände überhaupt oder als Sätze über das menschliche Denken und Erkennen betrachten. Und alle diese Sätze werden das eine Mal als Gesetze in theoretischem Sinne, das andere Mal als Gesetze im Sinne von Vorschriften für das Denken dargeboten. Dazu kommt, daß einige dieser Sätze von Zeit zu Zeit gänzlich aus der Logik verbannt werden, entweder weil sie wertlose, ja inhaltsleere Sätze seien, oder weil sie ihres außerlogischen Sinnes wegen gar nicht in die Logik hineingehörten. Einzig der Satz vom Widerspruch hat den Vorzug genossen, allgemein als ein echt logischer, unverlierbarer und wertvoller Bestandteil der Logik zu gelten.

Aber selbst diejenigen Logiker, die alle jene vier Sätze als echt logische Prinzipien anerkennen, sind doch weit davon entfernt, ihnen einen einheitlichen Sinn zu geben. Vielmehr vereinigen sie unter dem Titel der obersten logischen Grundsätze so heterogene allgemeine Behauptungen, daß man nicht begreift, warum gerade diese Sätze an dieser Stelle der Logik zu einem besonderen Abschnitt vereinigt werden. Nur eine verständnislose Auffammlung des Überlieferten und eine dunkle Ahnung von ihrer gleichartigen logischen Bedeutung scheint sie zu diesem wirren Ganzen zusammengeführt zu haben. Oder soll man mit den Verächtern der Logik lieber annehmen, daß sich die Logik, in Ermangelung wirklicher, echt logischer Grundsätze, mit diesem zusammengerafften Haufen formaler philosophischer Grundsätze blind schmücke, um doch wenigstens mit irgendwelchen logischen Prinzipien aufwarten zu können?

Auf jeden Fall bildet die Lehre von den obersten logischen Grundsätzen noch bis heute ein recht trübes, wirres und verdorrtes Kapitel der Logik. Es wird die erste Aufgabe einer Neubelebung und Neubildung dieser Lehre sein müssen, unter strenger Festhaltung des Wesens der Logik den einheitlichen Gesichtspunkt aufzufinden, nach welchem sich überhaupt oberste logische Grundsätze bestimmen lassen. Es wird dann die zweite Aufgabe sein müssen, von dem gefundenen

einheitlichen Gesichtspunkt ausgehend jene logischen Grundsätze vollzählig zu entwickeln und die Lehre von ihnen zu einem durchsichtigen systematischen Ganzen zu gestalten.

Im folgenden soll nacheinander bei den einzelnen überlieferten Grundätzen zunächst ihr rein logischer Sinn herausgestellt und von ihren außerlogischen Bedeutungen abgechieden werden. Leitend ist dabei die Bestimmung des Gegenstandes und der Aufgabe der Logik im engeren Sinne, die wir früher gegeben haben. Denn, sollen jene Grundätze überhaupt logische Prinzipien sein, so müssen sie sich notwendig auf den eigentlichen Gegenstand der Logik beziehen. Nun stehen im Mittelpunkt der engeren Logik speziell die Urteile. Es ist daher zu vermuten, daß sich jene Grundätze ausnahmslos auf Urteile beziehen. Unsere Deutung wird also durch die Frage gelenkt werden, was denn diese Sätze überhaupt über Urteile auszusagen vermögen. Und es wird sich zeigen, daß ihr legitimer Sinn überall darin besteht, allgemeine Erkenntnisse über die Wahrheit und Falschheit von Urteilen darzubieten.

Wenn wir dann eine einheitliche Deutung jener vier obersten logischen Grundätze gewonnen haben, so soll am Schluß dieses Abschnittes der Versuch unternommen werden, sie in zusammenhängender Weise abzuleiten.

#### Erstes Kapitel.

#### Der Satz von der Identität.

##### 1. Der logische Sinn des Satzes von der Identität.

Man symbolisiert diesen Satz gewöhnlich durch die Formel:  $A=A$ , oder  $A$  ist  $A$ , oder  $S$  ist  $S$ . Als Beispiele, die diesen Formeln entsprechen, mögen die beiden Urteile: »Schwefel ist Schwefel« und »Ein Staat ist ein Staat« dienen. Der Satz der Identität selbst soll dann allgemein befaßen: »Jeder Gegenstand ist mit sich selbst identisch« oder »Jeder Gegenstand ist sich selbst gleich«.

Der Einwand, daß mit jenen Beispielen und mit diesem Satz keine große Weisheit verkündet, sondern eine alberne oder selbstverständliche Behauptung ausgesprochen sei, mag vielleicht zutreffen; aber es würde dadurch nichts gegen die Gültigkeit und die grundlegende Bedeutung dieses Satzes ausgemacht sein. Die letzten Selbstverständlichkeiten ausdrücklich hervorzuheben, ist ja überall die berechtigte Aufgabe philosophischer Untersuchungen. Dagegen darf man mit größerem Gewicht gegen jenen Satz bemerken, daß er gar



kein echt logischer Satz ist. Er befaßt nämlich direkt nichts über irgendeinen logischen Gegenstand, außer insofern auch die logischen Gebilde überhaupt Gegenstände sind und als solche natürlicher, wie es den Satz behauptet, mit sich selbst identisch sind. Denn der obige Satz der Identität bezieht sich auf Gegenstände überhaupt, und er bedarf, um als wahr erkannt zu werden, keinerlei logischer Betrachtung und Untersuchung. Für seine Gültigkeit kommt eben nicht das spezifische Wesen der logischen Gegenstände, sondern nur das allgemeine und formale Wesen von Gegenständen überhaupt in Betracht. Er ist also ein Satz, der in die allgemeine Gegenstandstheorie gehört, wenn diese eben diejenige Wissenschaft ist, die über Gegenstände überhaupt, abgesehen von ihrem besonderen Wesen, allgemeine Erkenntnisse zu gewinnen trachtet. Diese Wissenschaft wird auch wohl als »formale Ontologie« bezeichnet, der man freilich nicht nur die Erforschung der Gegenstände überhaupt, sondern auch die Erkenntnis der Relationen überhaupt und der Sachverhalte überhaupt als Aufgabe setzt. Der oben angeführte Satz von der Identität ist also ein gegenstandstheoretischer oder formal-ontologischer, aber durchaus kein logischer Satz.

Abweichend von dieser Deutung bezieht die psychologische Logik den Satz von der Identität auf das Denken des Menschen und läßt ihn behaupten, der Mensch sei in seinem Denken genötigt, jeden Gegenstand mit sich selbst identisch zu setzen. Ob diese Behauptung nun wahr ist, können wir hier ganz dahingestellt sein lassen. Die entscheidende Frage ist, ob der so gedeutete Satz wirklich die Rolle eines obersten logischen Grundsatzes zu spielen vermöge. — Offensichtlich gibt sich dieser Satz selbst als eine psychologische Behauptung über das Denken des Menschen. Indem er vermeintlich konstatiert, daß der Mensch in seinem Denken einem gewissen inneren Zwang unterworfen sei, läßt er die Möglichkeit offen, daß andere, vom Menschen verschiedene Wesen in ihrem Denken nicht dieser Nötigung unterlägen, sondern vielleicht das, wozu speziell der Mensch unfähig sei, zu leisten imstande seien, nämlich irgendwelche Gegenstände auch von sich selbst verschieden zu denken. Jener Satz ist also erstens kein logischer, sondern ein psychologischer Satz, und er ist zweitens kein oberster Grundsatz, da er keine absolute, sondern nur eine relative, auf den Menschen bezügliche Gültigkeit beansprucht.

Soll sich nun der Satz von der Identität, um ein logischer Satz zu sein, auf einen logischen Gegenstand beziehen, so bieten sich ihm zunächst die elementaren logischen Gegenstände, die Begriffe dar. Ein allgemeiner Satz über Begriffe würde etwa die Behauptung sein,

daß jeder Begriff mit sich selbst identisch sei. Sollte dies der Sinn des Satzes von der Identität sein, so wären demnach in der Formel »S ist S« oder »A = A« die Buchstaben, und in den Beispielen »Schwefel ist Schwefel« und »Ein Staat ist ein Staat« die Wörter nicht in realer, sondern in logischer Supposition genommen, so daß sie nicht die gemeinten Gegenstände, sondern die mit ihnen verbundenen Begriffe bezeichneten. Dann ist der angegebene Satz allerdings insofern ein logischer Satz, als er wirklich logische Gegenstände, nämlich die Begriffe betrifft. Und er ist wohl auch ein wahrer Satz. Aber er ist trotzdem kein oberster logischer Grundsatz, sondern nur ein Spezialfall des allgemeinen gegenstandstheoretischen oder formal-ontologischen Satzes, der besagt, daß jeder Gegenstand überhaupt mit sich selbst identisch ist. Seine Wahrheit gründet nämlich nicht in dem eigenen Wesen der Begriffe, sondern nur darin, daß auch die Begriffe zu den Gegenständen überhaupt gehören, auf die sich jener allgemeine Satz bezieht. Er ist abgeleitet aus diesem formal-ontologischen Satz, der hier nur einfach auf die besonderen Gegenstände, die wir Begriffe nennen, übertragen wird.

Geht man nun von den Absichten aus, die wir haben, wenn wir im Denkverkehr irgendeinem Menschen derartige Sätze, wie »Schwefel ist Schwefel« und »Ein Staat ist ein Staat« entgegenhalten, so kann man zu der, ebenfalls in der überlieferten Logik vertretenen, Meinung gelangen, der Satz von der Identität wolle eine Vorschrift oder eine Aufforderung ausdrücken, die verlangt, daß der Mensch seine Begriffe identisch halte und nicht im Verlaufe seines Denkens seine Begriffe verändere. So wichtig und berechtigt aber eine solche Forderung im gegebenen Falle auch sein mag, so wäre sie doch, wenn in voller Allgemeinheit erhoben, ein unberechtigtes und nichtiges Verlangen. Denn wer ihr durchgängig gehorchen wollte, der würde sich dadurch jede Erweiterung und jede Vervollkommnung seiner Begriffsbildung unterbinden. Ein Mensch, der starr an seinen einmal gebildeten Begriffen festhält, mag sich einbilden, ein besonders strenger logischer Denker zu sein; den wahren Forderungen, die sich aus der Logik für sein Denken ergeben, gehorcht er damit nicht, denn diese verlangen auch, daß er seine Begriffe den gemeinten Gegenständen gemäß bilde, sie also, solange diese Gemäßheit noch nicht erreicht ist, immer wieder umbilde. Indessen jene Forderung, mag sie richtig und wichtig sein oder nicht, ist doch kein theoretischer Grundsatz, sondern eine praktische Vorschrift. Sie kann also nicht den wahren Sinn des Satzes von der Identität bilden, wenn dieser in einer allgemeinen logischen Erkenntnis bestehen soll.

Wenn sich demnach der logische Satz von der Identität weder auf Gegenstände überhaupt, noch auf das Denken des Menschen, noch auf die Begriffe bezieht, so können für ihn nur noch die Urteile und die Schlüsse in Betracht kommen. Nun sind ihm die Schlüsse wohl kaum jemals als sein eigentlicher Gegenstand vorgelegt worden, so daß nur die Urteile als der mögliche Gegenstand des Satzes von der Identität übrig bleiben. Ist dies entschieden, so erhebt sich aber die weitere Frage, was für eine allgemeine Erkenntnis er denn nun über die Urteile darbiete. Die Antworten, die hierauf gegeben worden sind, lauten sehr verschieden.

Nach der einen Auffassung soll der Satz von der Identität über den Sinn und den Aufbau des Urteils überhaupt etwas behaupten. Seine Formel »S ist S« soll direkt die allgemeine Formel des Urteils überhaupt darstellen. Und der Satz selbst soll behaupten, in jedem Urteil sei der Subjektsbegriff identisch mit dem Prädikatsbegriff; ein und derselbe Begriff komme im Urteil zweimal, als Subjekts- und als Prädikatsbegriff vor, und die Kopula »ist« setze den durch diesen Begriff gemeinten Gegenstand mit sich selbst identisch. So bestehe also der Sinn jedes beliebigen Urteils darin, den durch seinen Subjektsbegriff gemeinten Gegenstand zu identifizieren mit dem durch den Prädikatsbegriff gemeinten Gegenstand. Nun zeigen freilich die sprachlich formulierten Urteile meistens eine von der obigen abweichende Form, nämlich diejenige, die der Formel »S ist P« entspricht. Nicht Sätze wie »Schwefel ist Schwefel«, sondern solche wie »Schwefel ist gelb, harzglänzend, spröde usw.« kommen am häufigsten vor. Aber, so erklärt jene Deutung, dies seien eben nur sprachlich verschiedene Formen, durch welche die überall gleiche Form des Urteils selbst verdeckt werde. So sei z. B. der wahre Sinn des Urteils, das in dem Satz »Schwefel ist gelb« zum Ausdruck kommt, genauer und vollständig in dem Satz »Gelber Schwefel ist gelber Schwefel« auszudrücken. Nur um die Umständlichkeit und Schwerfälligkeit dieser sprachlichen Form zu vermeiden, verwende man die kürzere Form »Schwefel ist gelb«. Und eben in dem Satze von der Identität komme die wichtige und grundlegende Einsicht zum Ausdruck, daß trotz aller irreführenden sprachlichen Verschiedenheiten der immer gleiche Sinn der Urteile darin bestehe, einen Gegenstand mit sich selbst zu identifizieren, wie die Formel »S ist S« es kurz und treffend zusammenfasse.

Aus unseren früheren Untersuchungen über das Urteil ergibt sich, daß in dieser Theorie eine grobe logische Verirrung vorliegt, die ihren Ursprung wohl in der falschen Deutung des kopulativen

»ist« hat. Wir haben nämlich gesehen, daß die überall gleiche Bedeutung der Kopula in den beiden Funktionen besteht, erstens die Prädikatsbestimmtheit auf den Subjektsgegenstand hinzubeziehen und zweitens die abschließende Behauptung zu vollziehen; daß dagegen die zugleich mitgesetzte sachliche Beziehung zwischen dem Subjektsgegenstand und der Prädikatsbestimmtheit in den verschiedenen Urteilen sehr verschieden sein kann und nicht etwa schon durch die Kopula eindeutig präjudiziert wird. Nur bei der speziellen Art von Urteilen, die wir Bestimmungsurteile genannt haben, wird eine gewisse Identifizierung des Subjektsgegenstandes mit der Prädikatsbestimmtheit vollzogen, dagegen werden in den Attributions-, den Seins- und den Relationsurteilen die mannigfachen anderen sachlichen Beziehungen in die entworfenen Sachverhalte hineingesetzt. Nur wenn man von der einen speziellen Bedeutung des »ist«, die genauer durch »ist identisch mit« oder »ist gleich« ausgedrückt ist, ganz fasziniert ist, wenn man also die anderen, gleich möglichen Bedeutungen gar nicht sieht, kann man die stereotype Formel »S ist P« als ein Identifizierungsurteil deuten und dann, da diese Formel und auch die meisten sprachlichen Urteilsätze wörtlich genommen etwas Falsches behaupten würden, die verirrte Forderung stellen, daß in jedem Urteil der Subjektsbegriff mit dem Prädikatsbegriff identisch sei.

Durchschaut man jedoch die verschiedenen Funktionen, welche die Kopula im Urteil zu erfüllen hat, trennt man die überall gleichen Funktionen der Hinbeziehung und der Behauptung von der variablen Setzung sehr verschiedener Sachverhaltseinheiten, so sieht man sofort, daß ein Satz der Identität, der behaupten würde, daß in jedem Urteil eine Identifizierung des Subjektsgegenstandes mit der Prädikatsbestimmtheit vollzogen werde und deshalb in jedem Urteil der Subjektsbegriff mit dem Prädikatsbegriff identisch sei, ein offenbar falscher Satz ist. Man könnte übrigens schon daraus seine Falschheit erkennen, daß die Umformung der sprachlichen Urteilsätze, die dieser Identitätssatz für die angemessene Formulierung aller Urteile fordert, durchaus nicht eine logische Vervollkommnung des sprachlichen Ausdrucks, sondern vielmehr eine unsinnige Vergewaltigung der mannigfachen Urteilsgedanken, eine gewalttätige Umbildung der vorher frei lebendigen logischen Gebilde ist.

Wenn sich der Satz von der Identität wirklich auf Urteile bezieht, so muß er offenbar etwas anderes behaupten, als den Sinn und den Aufbau des Urteils überhaupt anzugeben. Als letzte Möglichkeit scheint übrig zu bleiben, daß er über die Wahrheit von Urteilen etwas ausagt. Ist es nun etwa der Sinn dieser Wahrheit, den er

ganz allgemein bestimmt? Behauptet er also, daß die Wahrheit eines Urteils in der Identität des Subjekts- mit dem Prädikatsbegriff selbst bestehe? Befagt daher die Formel »S ist S« nichts anderes als: die Wahrheit eines Urteils ist die Identität seines Subjekts- mit seinem Prädikatsbegriff? – Doch auch ein solcher Satz von der Identität würde in der Logik keine Stelle haben. Denn er ist erstens ein falscher Satz. Unsere früheren Darlegungen über die Wahrheit eines Urteils überheben uns hier des Nachweises, daß es so ist. Denn sie haben uns gezeigt, daß die Wahrheit eines Urteils über dieses selbst und über seine Bestandteile hinausweist, nämlich auf den von dem Urteil betroffenen Gegenstand und sein Verhalten, und daß sie besteht in der Übereinstimmung des Urteils mit dem Verhalten des von ihm betroffenen Gegenstandes. Zweitens würde aus jenem vermeintlichen Satz von der Identität folgen, daß alle Urteile, in denen der Subjektsbegriff nicht mit dem Prädikatsbegriff identisch wäre – und dies ist eben bei den meisten Urteilen der Fall –, auch nicht wahr wären, womit natürlich eine gänzlich unberechtigte Einschränkung der Anzahl der wahren Urteile vorgenommen sein würde.

Der Satz von der Identität bestimmt nicht den Sinn der Wahrheit, sondern er gibt an, welche Urteile notwendig wahr sind. Er weist auf Urteile von bestimmter Beschaffenheit hin, nämlich auf positive Urteile, in denen der Subjektsbegriff mit dem Prädikatsbegriff identisch ist. Er symbolisiert diese Urteile durch die Formeln: »S ist S« oder »A ist A«. Und er fällt nun selbst über diese Urteile ein positives Wahrheitsurteil. In vollem sprachlichem Ausdruck befragt er demnach: Positive Urteile, in denen der Subjektsbegriff mit dem Prädikatsbegriff identisch ist, sind notwendig wahr. Zugleich stützt er seine Behauptung auf die Identität der beiden Begriffe, indem er meint, solche positive Urteile seien deshalb wahr, weil sie an ihrer Subjekts- und Prädikatsstelle identische Begriffe enthalten.

Die Urteile nun, die dieser Satz von der Identität aus der großen Menge der überhaupt möglichen Urteile heraushebt, sind aber nicht nur positiv, sondern sie sind ausschließlich diejenigen speziellen Urteile, die wir früher als Bestimmungsurteile bezeichneten. Denn, wenn der Subjektsbegriff in einem positiven Urteil mit dem Prädikatsbegriff identisch ist, dann kann das Urteil weder ein Attributions-, noch ein Seins-, noch ein Relationsurteil sein, da ein Subjektsgegenstand weder mit seinem Attribut, noch mit seinem Sein, noch mit seinen Relationen zu anderen Gegenständen identisch und nicht durch denselben Begriff gemeint sein kann. In jenen durch die Formel »S ist S« charakterisierten Urteilen kann also die Kopula »ist« außer

ihrer positiven Hinbeziehungs- und ihrer Behauptungsfunktion nicht noch die Setzung irgendeiner Attributions- oder Seins- oder Relations-einheit in den Sachverhalt vollziehen, sondern sie kann nur diejenige sachliche Einheit setzen, die den Bestimmungsfachverhalten eigentümlich ist. So sagt das Urteil »Schwefel ist Schwefel« nicht, welche Attribute der Schwefel hat; auch nicht, welche Seinsart ihm zukommt; noch in welchen Relationen er zu bestimmten anderen Gegenständen steht, sondern nur, was er ist, daß er nämlich er selbst ist. Jenes Urteil ist also ein positives Bestimmungsurteil. Von den gewöhnlichen Bestimmungsurteilen unterscheidet sich dieses Bestimmungsurteil dadurch, daß es seinem Subjektsgegenstand nicht irgendein, ihm gegenüber höheres oder allgemeineres »Was« (wie etwa in dem Urteil »Schwefel ist ein materieller Stoff«), sondern sein eigenes volles »Was«, das was er selbst ganz und gar ist, positiv zuordnet. Dieses Urteil steigt nicht innerhalb des Subjektsgegenstandes empor zu seinen Arten und Gattungen, sondern bleibt auf dem Niveau des Gegenstandes selbst, indem es zwar von ihm ausgeht und doch bei ihm ganz und gar verweilt. Daher der Eindruck des Stillstehens, des Nicht-von-der-Stelle-kommens, den ein solches Urteil macht. Die logische Bewegung, die trotzdem in diesem, wie in allen Urteilen enthalten ist, geht auch in ihm von dem Subjektsbegriff aus und fließt von da weiter in die erste Funktion der Kopula, nimmt aber dann den zuerst als Subjektsbegriff genommenen Begriff noch einmal, und zwar jetzt als Prädikatsbegriff, geht durch ihn hindurch zum Subjektsbegriff zurück, die Prädikatsbestimmtheit in identifizierende Einigung mit dem Subjektsgegenstand auflösend und schließlich das abschließende Behauptungsgepräge vollziehend. Das Besondere dieser positiven Bestimmungsurteile liegt in der Identität des Subjekts mit dem Prädikatsbegriff, also darin, daß die Prädikatsbestimmtheit in völlig identifizierender Einigung in den Subjektsgegenstand eingetaucht wird, während bei den sonstigen positiven Bestimmungsurteilen der Subjektsgegenstand gleichsam umfänglicher als die in ihn hineingefetzte Prädikatsbestimmtheit ist, so daß die einigende Hinzufügung der Prädikatsbestimmtheit zu dem Subjektsgegenstand diesen nicht ganz bis an seine Grenzen ausfüllt.

Von jenen speziellen positiven Bestimmungsurteilen behauptet also der Satz von der Identität, daß sie notwendig wahr seien. Er befagt dagegen nicht, daß nur solche Urteile, in denen der Prädikatsbegriff mit dem Subjektsbegriff identisch ist, wahr seien; er schränkt nicht die Wahrheit auf solche Urteile ein, sondern er scheidet nur diese von vornherein als die sicher wahren aus und läßt zu, daß

auch noch andere Urteile wahr seien. Er behauptet auch nicht, daß die Identität des Subjekts- und Prädikatsbegriffs im Urteil selbst dessen Wahrheit sei, sondern nur, daß sie ein sicheres Kriterium seiner Wahrheit sei. Und dieses Kriterium wird nicht für ein notwendiges erklärt, das vorhanden sein müsse, wenn irgendein Urteil wahr sein soll, sondern nur als ein hinreichendes bestimmt, dessen Vorhandensein genüge, um die Wahrheit des Urteils sicherzustellen. Urteile, in denen Subjekts- und Prädikatsbegriffe identisch sind, sind notwendig wahr; Urteile, in denen diese Identität nicht besteht, können jedoch ebenfalls wahr sein. Sowohl positive Bestimmungsurteile mit nicht identischen Subjekts- und Prädikatsbegriffen, als auch negative derartige Bestimmungsurteile, ebenso aber auch positive und negative Attributionsurteile, Seins- und Relationsurteile sind von dem Wahrsein nicht ausgeschlossen. Die Funktion des Satzes der Identität besteht also nur darin, aus allen möglichen Urteilen durch bloße Betrachtung der Urteile selbst diejenigen von vornherein abzuscheiden, die sicher wahr sind.

Nun aber fragt es sich, ob der Satz der Identität in diesem Sinne auch selbst wahr ist. Er ist selbst ein allgemeines Urteil über die Wahrheit bestimmter Urteile und macht daher Anspruch auf Wahrheit. Ist dieser Anspruch berechtigt? Und wie wird die Wahrheit dieses Satzes ersichtlich? – Auf diese Fragen antwortet man gern mit der Erklärung, die Wahrheit des Satzes von der Identität sei »unmittelbar evident«, der Satz bedürfe gar keines Nachweises seiner Wahrheit; wenn man nur seinen Sinn richtig erfasse, so sei damit sogleich auch die Erkenntnis seiner Wahrheit gegeben. Indessen, diese Antwort ist ungenügend. Denn die Wahrheit eines Urteils ist keine Beschaffenheit des Urteils selbst, sondern ist die Übereinstimmung des Urteils mit dem Verhalten des von ihm betroffenen Gegenstandes. Sie kann also an dem Urteil allein niemals unmittelbar ersichtlich sein. Wenn wir daher den Satz von der Identität rein für sich betrachten und uns bloß seinen Sinn klarmachen, so kann niemals ersichtlich werden, ob er wahr ist oder nicht. Zu dem von ihm betroffenen Gegenstand, also zu demjenigen positiven Bestimmungsurteil, in welchem der Subjektsbegriff mit dem Prädikatsbegriff identisch ist, müssen wir uns wenden und zusehen, wie sich dieses Urteil zu der Wahrheit verhält, um so mittelbar zu erkennen, ob der Satz von der Identität wirklich wahr ist. Tun wir aber dies, so erkennen wir wiederum, daß auch dieses positive Bestimmungsurteil für sich betrachtet gar keinen Aufschluß über seine Wahrheit zu geben vermag.

Ehe wir nun von hier weitergehen, seien erst zwei Irrwege aufgewiesen, auf denen man versuchen könnte, die Wahrheit jenes speziellen positiven Bestimmungsurteil »S ist S« zu erweisen. Der eine dieser beiden Wege ist der psychologische. Er konstatiert zunächst, daß ein bestimmter Mensch sich immer wieder genötigt fühlt, derartige Bestimmungsurteile für wahr zu halten. Er stellt dann weiter fest, daß auch alle anderen normalen Menschen, soweit man sie bisher untersucht hat, sich zur Wahrhaltung solcher Bestimmungsurteile genötigt gefühlt haben. Und er folgert nun aus diesen Ergebnissen psychologischer Untersuchungen, daß derartige Bestimmungsurteile immer wahr seien, und daß also der Satz von der Identität einen berechtigten Anspruch auf Wahrheit mache. Indessen, es führt, wie wir schon früher nachgewiesen haben, von dem Für-wahr-halten eines, vieler und aller Menschen kein gültiger Schluß auf die Wahrheit der von ihnen für wahr gehaltenen Urteile hinüber. Es liegt im Wesen der Wahrheit, daß sie niemals durch den psychologischen Hinblick auf die Gefühle der Nötigung, welche gewisse Menschen zum Für-wahr-halten von Urteilen verspüren, ersichtlich werden kann. Denn nicht durch Beziehung auf die fürwahrhaltenden Subjekte, sondern nur durch die gerade entgegengesetzt gerichtete Beziehung auf die betroffenen Objekte kann die Wahrheit eines Urteils ersichtlich werden.

Der zweite Irrweg schlägt nun allerdings diese Richtung auf die betroffenen Objekte wirklich ein, indem er von bestimmten einzelnen jener positiven Bestimmungsurteile, also etwa von den Urteilen »Schwefel ist Schwefel« und »Ein Staat ist ein Staat« ausgeht. Er prüft das Verhalten der jeweils von diesen Urteilen betroffenen Gegenstände und konstatiert die Wahrheit der einzelnen Urteile. Indem er nun immer neue Fälle solcher positiven Bestimmungsurteile untersucht und ihre Wahrheit an dem Verhalten der jeweils betroffenen Objekte feststellt, glaubt er schließlich die genügende Grundlage für einen verallgemeinernden Schluß erreicht zu haben, für einen Schluß, der von der immer beschränkten Anzahl der untersuchten Fälle auf alle Fälle der gleichen Art überhaupt folgert. Weil sich in allen bisher erforschten Beispielen von positiven Bestimmungsurteilen mit identischem Subjekts- und Prädikatsbegriff deren Wahrheit herausgestellt habe, glaubt er schließen zu dürfen, daß auch jedes beliebige derartige Bestimmungsurteil notwendig wahr sei, daß also der Satz von der Identität in voller Allgemeinheit gültig sei.

Dieses Verfahren ist aber deshalb ein Irrweg, weil erstens sein Schlußsatz nicht aus seinen Prämissen folgt. Daraus nämlich, daß



viele einzelne positive Bestimmungsurteile wahr sind, folgt nicht, daß nun auch jedes beliebige andere Urteil derselben Art notwendig wahr ist. Es folgt daraus höchstens, daß vielleicht oder wahrscheinlich andere derartige Urteile ebenfalls wahr sind. Auf diesem Wege kann man also nur zu einem problematischen, nicht aber zu einem apodiktischen Satz gelangen. Der Satz von der Identität ist aber ein apodiktischer Satz; er macht Anspruch auf absolute, und nicht bloß auf präsumtive Wahrheit. Und damit hängt der zweite Grund des Irrtums zusammen. Die einzelnen Beispiele von positiven Bestimmungsurteilen können nämlich überhaupt nichts beweisen, wenn man annimmt, daß ihre Wahrheit in ihrem besonderen Gehalt begründet sei. Tatsächlich sind aber die obigen Beispiele nicht deshalb wahr, weil es gerade »Schwefel« oder »Ein Staat« ist, worauf sie sich beziehen. Sondern der Grund ihrer Wahrheit liegt schon darin, daß sie sich überhaupt auf bestimmte Gegenstände beziehen und diese Gegenstände mit sich selbst identisch setzen. Jene Beispiele illustrieren also nur die Wahrheit des allgemeinen Satzes der Identität und können sie daher in keiner Weise begründen.

Der Satz von der Identität ist also weder »unmittelbar evident«, noch durch psychologische Erkenntnisse, noch durch induktive Verallgemeinerung aus untersuchten einzelnen Beispielsurteilen als wahr zu erweisen. Seine Wahrheit muß vielmehr in anderer Weise ersichtlich gemacht werden. Der von ihm betroffene Gegenstand, nämlich jenes positive Bestimmungsurteil, in welchem der Subjekts- mit dem Prädikatsbegriff identisch ist, muß allgemein auf sein Verhalten zur Wahrheit untersucht werden. Dieses Urteil macht, wie jedes Urteil, Anspruch auf Wahrheit, es ist aber als bloßes Urteil noch nicht notwendig wahr. Sein besonderer Sinn allein kann es bedingen, daß sein Anspruch auch erfüllt ist und daß es notwendig wahr ist. Dieser Sinn nun besteht darin, daß das Urteil zunächst irgendeinen Gegenstand, welches besondere Wesen und welche besonderen Beschaffenheiten dieser auch haben mag, als seinen Subjektsgegenstand meint und sich unterwirft; daß es dann diesen selben Gegenstand noch einmal meint und ihn in den zuerst gemeinten positiv identifizierend hineinsetzt; und daß es schließlich diese identifizierende Hineinsetzung behauptend vollzieht, d. h. den Anspruch macht, in dieser Setzung mit dem eigenen Verhalten des Gegenstandes zusammenzutreffen. Die Frage, ob ein Urteil dieses Sinnes wirklich notwendig wahr sei, führt also auf die Frage zurück, ob jeder beliebige Gegenstand, welches Wesen und welche Beschaffenheit er im übrigen auch haben möge, wirklich mit sich selbst identisch ist. Denn, verhält sich

jeder beliebige Gegenstand notwendig so, dann muß auch jedes Urteil, das irgendeinen Gegenstand positiv mit sich selbst identifiziert, notwendig wahr sein. Daß nun jeder Gegenstand mit sich selbst identisch ist, das ist allerdings unmittelbar evident; denn es liegt im Wesen des Gegenstandes überhaupt unmittelbar und letztlich begründet, daß er mit sich selbst identisch ist. Der Satz, der dieses ausspricht, ist freilich kein logischer Satz, sondern, wie schon oben bemerkt, ein Satz der allgemeinen Gegenstandstheorie oder der formalen Ontologie. Aber der Sachverhalt, den er setzt, bildet doch die letzte Grundlage für die Wahrheit des logischen Satzes von der Identität. Denn nur, wenn dieser Sachverhalt besteht, ist auch der logische Satz berechtigt. Zu diesem Sachverhalt muß man notwendig zurückgehen, wenn die Wahrheit des logischen Satzes ersichtlich werden soll. Aus diesem Begründungsverhältnis zwischen dem formal-ontologischen Sachverhalt und dem logischen Satz wird verständlich, daß die überlieferte Logik gewöhnlich nur den ontologischen Satz anführte und darüber vergaß, den eigentlich logischen Satz noch ausdrücklich zu formulieren. Wenn also hier die Logik letzten Endes auf einer formal-ontologischen Tatsache basiert, so ist sie doch nicht mit der allgemeinen Gegenstandstheorie oder formalen Ontologie identisch. Vielmehr müssen die neueren Versuche, die Logik in einer allgemeinen Gegenstandstheorie untergehen zu lassen, als Verirrungen bezeichnet werden, da sie das spezifische Wesen der Logik übersehen.

Der ontologische Sachverhalt, der darin besteht, daß jeder Gegenstand mit sich selbst identisch ist, ist jedoch nur die notwendige, aber noch nicht die hinreichende Grundlage für die Wahrheit des logischen Satzes. Er allein vermag nicht, die Wahrheit dieses Satzes voll ersichtlich zu machen. Um die genügende Grundlage zu gewinnen, muß das Wesen der speziellen positiven Bestimmungenurteile hinzugenommen werden. In diesen ist der Subjektsbegriff mit dem Prädikatsbegriff identisch; ihre Kopula vollzieht eine positive Hinbeziehung identifizierender Art und macht den Anspruch auf Wahrheit. Dann hat hinzuzutreten das Wesen der Wahrheit, auf die hier Anspruch gemacht wird, also die Übereinstimmung der Urteilssetzung mit dem Verhalten des betroffenen Gegenstandes. Der Satz von der Identität hat nur in diesen drei Momenten seine zureichende Grundlage: er gründet in dem Wesen der speziellen positiven Bestimmungenurteile, in dem Wesen der Wahrheit und in dem Wesen des Gegenstandes überhaupt, das sich darin zeigt, daß jeder Gegenstand mit sich selbst identisch ist.

## 2. Die Erweiterung des Satzes von der Identität und die analytischen Urteile.

Der soeben betrachtete Satz von der Identität bezieht sich auf Urteile, in denen der Subjektsbegriff mit dem Prädikatsbegriff identisch ist, in denen also die beiden Begriffe sowohl dem Inhalt als auch der Form nach völlig übereinstimmen. Ist nun der Subjektsbegriff ein implizite zusammengesetzter Begriff, so kann er mehr oder weniger auseinandergefaltet und nun in dieser entfalteten Form als Prädikatsbegriff in das Urteil eingefügt werden. In dieser Weise läßt sich ein positives Bestimmungsurteil bilden, dessen Prädikatsbegriff die volle Entfaltung des Subjektsbegriffs ist, so daß die beiden Begriffe nicht mehr im strengen Sinne identisch, wohl aber gleich sind. Die beiden Begriffe meinen dann zwar dasselbe Formalobjekt, aber der Subjektsbegriff meint es unanalytisch, der Prädikatsbegriff meint es analysiert. Indem ein solches Urteil von seinem Subjektsbegriff zu seinem Prädikatsbegriff fortstreitet, analysiert es also seinen Subjektsbegriff und ist in diesem Sinne ein analytisches Urteil. Wenn z. B. der Begriff »Ein Körper« ein ausgedehntes, raumerfüllendes festes Stück Materie so meint, daß er diese verschiedenen Momente nicht begrifflich expliziert, so ist das Urteil »Ein Körper ist ein ausgedehntes, raumerfüllendes festes Stück Materie« ein analytisches Urteil der angegebenen Art. Denn es ist ein positives Bestimmungsurteil; sein Subjektsbegriff hat genau den gleichen Inhalt wie sein Prädikatsbegriff, der ihn nur expliziert, also den Subjektsbegriff analysiert. In der Form solcher analytischer Urteile treten gewöhnlich die Definitionen auf.

Wenn nun in diesen Urteilen der Subjekts- und der Prädikatsbegriff genau den gleichen Gegenstand meinen, und ihre Kopula eine positiv identifizierende Hinzufügung des zweimal gemeinten Gegenstandes zu sich selbst vollzieht, so stimmen auch sie notwendig überein mit dem Verhalten jedes Gegenstandes überhaupt und sind daher notwendig wahr. Der Satz von der Identität umfaßt in seinem weiteren Sinne demnach auch die Sätze: »Jedes analytische Urteil ist notwendig wahr« und »Jede wirkliche Definition ist notwendig wahr«. Auch diese Sätze sagen natürlich wiederum nicht, daß nur solche Urteile wahr seien, sondern sie heben nur diejenigen Urteile, die sicher wahr sind, aus den anderen Urteilen, über deren Wahrheit durch sie nichts entschieden wird, heraus.

Vertauscht man in den eben betrachteten Urteilen den Subjektsbegriff mit dem Prädikatsbegriff, macht man also den explizite zusammengesetzten Begriff zum Subjekts-, und den implizite zusammen-

gefügten Begriff zum Prädikatsbegriff, so bleibt die Wahrheit der Urteile offenbar bestehen; Definitionen sind umkehrbar. Aber die Urteile sind dann nicht mehr analytische, sondern synthetische, da ihr Prädikatsbegriff das im Subjektsbegriff Auseinandergefaltete wieder zusammenfaltet. Synthetische Urteile dieser Art sind also ebenfalls immer wahr. So ist das Urteil »Ein ausgedehntes, raumerfüllendes, festes Stück Materie ist ein Körper« ein synthetisches und notwendig wahres Urteil, wenn sein Subjektsbegriff wirklich inhaltsgleich ist mit seinem Prädikatsbegriff.

Der Satz von der Identität läßt aber eine noch größere Erweiterung zu. Nicht nur die positiven Bestimmungsurteile, in denen Subjekts- und Prädikatsbegriff identisch oder gleich sind, sondern auch alle Urteile, in denen der Prädikatsbegriff »im Subjektsbegriff schon enthalten« ist, sind notwendig wahr. Gerade solche Urteile hat man speziell als »analytische Urteile« bezeichnet. Es kommt nur darauf an, genauer zu bestimmen, was jenes »Enthaltensein im Subjektsbegriff« und dieses »analytisch« in den verschiedenen Fällen bedeutet.

Schon bei den positiven Bestimmungsurteilen kann der Prädikatsbegriff, statt identisch oder gleich mit dem Subjektsbegriff zu sein, den höheren Artbegriff zu diesem bilden. So ist in dem Urteil »Gold ist ein Metall« der Prädikatsbegriff »Metall« nicht identisch oder gleich dem Subjektsbegriff »Gold«, sondern der zu diesem gehörige höhere Artbegriff. Nun meint der Begriff »Gold« eine bestimmte Metallart; er enthält also implizite in sich den Begriff »Metall«. In jenem Urteil wird also durch den Prädikatsbegriff etwas gemeint, was schon durch den Subjektsbegriff mitgemeint ist. Dem Gegenstand, den der Begriff »Gold« meint, ist durch diesen Begriff unter anderem schon dasjenige zugedeutet, was dann durch den Prädikatsbegriff »Metall« ebenfalls gemeint wird. Das Urteil selbst setzt also zu dem Subjektsgegenstand positiv etwas hinzu, was ihm bereits durch den Subjektsbegriff positiv zugeordnet ist. Da nun jeder Gegenstand, der M ist, M ist, so stimmt das Urteil überein mit dem Verhalten des von ihm betroffenen Gegenstandes und ist daher notwendig wahr. Es analysiert den Subjektsbegriff und ist insofern ein »analytisches« Urteil. Das hier vorliegende Verhältnis des Prädikats- zum Subjektsbegriff kann man als partielle Identität bezeichnen, insofern ein »Teil« des Subjektsbegriffs – in unserem Beispiel der Begriff »Metall« – mit dem vollen Prädikatsbegriff identisch ist. Hier ist freilich das Verhältnis, in welchem innerhalb des Subjektsbegriffs der »Teil« zum Ganzen steht, ein besonderes,

nämlich eben das des höheren Artbegriffs zu den ihm untergeordneten Begriffen. In anderen Fällen hat dieses Verhältnis der »partiellen Identität« einen anderen Sinn, aber auch dann gilt der erweiterte Satz von der Identität.

In dem Subjektsbegriff eines Urteils können nämlich dem Subjektsgegenstand implizite auch bestimmte Attribute zuerteilt sein. So wird durch den Subjektsbegriff »Körper« dem gemeinten Gegenstand implizite das Attribut »ausgedehnt« zugeordnet, wenn eben der Begriff »Körper« einen ausgedehnten Gegenstand meint. In dem Begriff »Körper« ist dann der Begriff »ausgedehnt« implizite enthalten; und dieser Begriff »ausgedehnt« ist »partiell identisch« mit dem Begriff »Körper«, obgleich er jetzt nicht den höheren Artbegriff zu ihm bildet. Das Urteil »Körper sind ausgedehnt« entfaltet etwas, was in seinem Subjektsbegriff schon implizite enthalten ist, und ist in diesem Sinne ein analytisches Urteil. Auch solche analytischen Urteile sind, wie leicht ersichtlich ist, notwendig wahr. Sie sind jedoch keine Bestimmungsurteile, sondern Attributionsurteile. Und sie können sowohl positive, als auch negative Urteile sein, da der Subjektsbegriff seinem Gegenstand ein Attribut nicht nur positiv hinzufügen, sondern auch negativ abspitzen kann. Der Satz von der Identität befaßt also in bezug auf diese Urteile: »Analytische Attributionsurteile sowohl positiver, als auch negativer Art sind notwendig wahr«. Natürlich müssen diese Urteile die Bedingung erfüllen, daß sie in ihrer Qualität übereinstimmen mit derjenigen Qualität, mit welcher der Subjektsbegriff das fragliche Attribut auf seinen Gegenstand hinbezieht. Setzt der Subjektsbegriff das Attribut seinem Gegenstand positiv zu, so muß das analytische Urteil positiv sein; spreizt er es dagegen von seinem Gegenstand ab, so muß das Urteil negativ sein. Dann sind diese analytischen Urteile wahr, weil die allgemeinen gegenstandstheoretischen Sätze gelten: »Jeder Gegenstand, der P ist, ist P«, und »Jeder Gegenstand, der nicht P ist, ist nicht P«.

Daß nun der Satz von der Identität in seiner weiteren Bedeutung auch Seinsurteile umfassen kann, ist nach Analogie des Vorgehenden leicht zu erkennen. Wenn z. B. der Subjektsbegriff eines Urteils durch seinen Inhalt einen realen Gegenstand meint, also dem gemeinten Gegenstand schon implizite die Existenz positiv zuordnet, so ist natürlich das Urteil, das diesem so gemeinten Gegenstand die Existenz nun entfaltet positiv hinzusetzt, sicher wahr. Meint etwa der Begriff »der Mond« den realen irdischen Mond, so ist das Urteil »Der Mond ist real« sicher wahr. Man kann auch hier sagen, der Prädikatsbegriff sei ein Teilbegriff des Subjektsbegriffs, er sei

partiell mit demselben identisch. Dann fällt auch dieser Fall unter das allgemeine Identitätsprinzip, das besagt: »Jedes Urteil, dessen Prädikatsbegriff mit dem Subjektsbegriff partiell identisch ist, ist notwendig wahr«. Und da auch hier der Prädikatsbegriff durch Analyse des Subjektsbegriffs gewonnen werden kann, so sind diese Urteile auch analytische Urteile. Freilich ist die Bedingung der Gültigkeit dieser Urteile wiederum, daß im positiven Urteil der Subjektsbegriff die bestimmte Seinsart dem Subjektsgegenstand positiv hinzusetzt, im negativen Urteil dagegen sie von ihm absprenzt, wie z. B. in dem Urteil »Phantasiegebilde sind nicht real«.

Schließlich können auch Relationsurteile vom Satz der Identität mit betroffen sein, wenn eben in ihnen der Subjektsbegriff den Subjektsgegenstand schon implizite in diejenige Relation zu einem bestimmten anderen Gegenstand setzt, welche dann im Urteil durch den Prädikatsbegriff und die Kopula entfaltet demselben Subjektsgegenstand im gleichen Sinne zugesetzt wird. So ist z. B. das positive Urteil »Jede Wirkung ist verursacht« deshalb notwendig wahr. Ist das Urteil negativ, so muß der Subjektsbegriff implizite die betreffende Relation von seinem Gegenstand absprenzen, wenn das Urteil wahr sein soll. Versteht man z. B. unter dem Bewußtseins-transzendenten etwas, das nicht in der intentionalen Relation zu bewußten Subjekten steht, so ist das negative Relationsurteil »Das Bewußtseins-transzendente ist nicht bewußt« notwendig wahr. Da man auch in diesen Fällen die Urteile insofern analytische nennen kann, als ihr Prädikatsbegriff mit ihrem Subjektsbegriff partiell identisch ist und aus ihm durch Analyse gewonnen werden kann, so läßt sich der Satz von der Identität auch hier so ausdrücken, daß er behauptet: »Urteile, in denen der Prädikatsbegriff mit dem Subjektsbegriff partiell identisch ist, sind notwendig wahr«, oder »Analytische Urteile sind notwendig wahr«.

Als analytische Urteile haben wir bisher sowohl die Definitionen, als auch die analytischen Bestimmungs-, Attributions-, Seins- und Relationsurteile bestimmt. Für sie alle gilt der Satz von der Identität, indem er besagt, daß alle bisher erwähnten analytischen Urteile notwendig wahr sind. Die Wahrheit dieser Urteile ist, unabhängig von irgendwelcher Erfahrung, bloß durch Analyse der von ihren Subjektsbegriffen entworfenen Gegenstände zu erkennen. Sie sind also Urteile a priori, und der Satz von der Identität ist demnach zugleich das Prinzip dieser Urteile a priori.

Zu den analytischen und zu den apriorischen Urteilen kann man jedoch noch ganz andere Urteile rechnen, nämlich solche,

in denen der Prädikatsbegriff gar nicht schon irgendwie in dem Subjektsbegriff enthalten ist, sondern als etwas Neues zu ihm hinzutritt, Urteile also, die in logischem Sinne als synthetische zu charakterisieren sind, die aber nun doch in einem anderen, nämlich ontologischen Sinne analytische und apriorische Urteile sind. Als Beispiel diene dafür das Urteil: »Das ebene Dreieck hat drei Innenwinkel«. In seinem Subjektsbegriff »Das ebene Dreieck« ist kein Begriffselement enthalten, das irgendwelche Winkel meint. Durch die Analyse dieses Subjektsbegriffs kann also niemals der Prädikatsbegriff »drei Innenwinkel« gefunden werden. Durch den Prädikatsbegriff wird hier zu dem Subjektsgegenstand etwas hinzugefügt, was ihm der Subjektsbegriff noch nicht zugeordnet hat. Das Urteil ist also in logischer Hinsicht ein synthetisches Urteil. Andererseits braucht aber doch nur der vom Subjektsbegriff gemeinte Gegenstand selbst genauer analysiert zu werden, um zu erkennen, daß er notwendig drei Innenwinkel hat. Nicht also die Analyse des Subjektsbegriffs, wohl aber die des Subjektsgegenstandes und dessen, was zu seinem Wesen gehört, führt hier zu dem Urteil. Oder anders ausgedrückt, das Urteil basiert nicht auf der Analyse des Formalobjektes, sondern auf der des Materialobjektes des Subjektsbegriffs. Nun braucht aber hier das Materialobjekt doch nicht als Gegenstand irgendeiner Erfahrung aufgesucht zu werden, um an ihm die drei Innenwinkel zu entdecken, sondern es kann in seinem Wesen und in dem, was zu seinem Wesen gehört, gänzlich unabhängig von Erfahrung, also a priori erkannt werden. Wir erleben daraus, daß logisch synthetische Urteile dennoch apriorische Urteile sein können, wenn sie nämlich eine auf den Subjektsgegenstand bezügliche Wesenserkenntnis enthalten.

Diese wesensanalytischen oder ontologisch-analytischen Urteile nun fallen nicht unter den Satz von der Identität, weil ihr Prädikatsbegriff weder total noch partiell mit ihrem Subjektsbegriff identisch ist. Ihre Wahrheit gründet in dem besonderen Wesen ihres Subjektsgegenstandes.

Allen diesen analytischen Urteilen stehen schließlich diejenigen Urteile gegenüber, in denen der Prädikatsbegriff zu dem Subjektsgegenstand etwas hinbezieht, was weder schon im Subjektsbegriff mitgemeint, noch zum Wesen des Subjektsgegenstandes unmittelbar ersichtlich hinzugehört. Dies sind die sowohl logisch als auch ontologisch synthetischen Urteile. Ein solches ist z. B. das Urteil: »Der Mond ist jetzt von Wolken verhüllt.« Es ist klar, daß derartige Urteile nicht a priori, sondern nur a posteriori, d. h. abhängig

von Erfahrung gültig sind, und daß die Grundlage ihrer Gültigkeit weder der logische, noch der formal-ontologische Satz von der Identität, noch ein material-ontologischer Wesensatz ist.

Fassen wir zusammen, was wir über den logischen Satz von der Identität gewonnen haben, so ergibt sich folgendes. Der Satz bezieht sich auf Urteile von bestimmter Beschaffenheit, nämlich auf solche, deren Prädikatsbegriff total oder partiell identisch mit ihrem Subjektsbegriff ist, also auf die eigentlichen Identitätsurteile und die logisch-analytischen Urteile. Und er behauptet von diesen Urteilen, daß sie notwendig wahr seien. Von den übrigen Urteilen dagegen befragt er weder, daß sie wahr, noch daß sie falsch seien. Er verlangt nicht, daß alle Urteile, um wahr zu sein, notwendig die angegebene Beschaffenheit haben, sondern er behauptet nur, daß eben diejenigen Urteile, welche diese Beschaffenheit haben, notwendig wahr sind. Und die Wahrheit des logischen Satzes von der Identität beruht auf dem Wesen der von ihm charakterisierten Urteile, sowie auf dem Wesen der Wahrheit und auf der formal-ontologischen Tatsache, daß jeder Gegenstand mit sich selbst identisch ist und daß er als Formalobjekt eines Begriffs diejenigen Bestimmtheiten hat, die ihm dieser Begriff zudeutet. Dagegen ist dieser Satz einer psychologischen oder einer empirisch-induktiven Begründung weder fähig, noch bedürftig.

## Zweites Kapitel.

### Der Satz vom Widerspruch.

#### 1. Der allgemeine Satz vom Widerspruch.

Während der Satz von der Identität in der überlieferten Logik die mannigfachsten Deutungen und nur selten seinen rein logischen Sinn erhalten hat, erfreut sich der Satz vom Widerspruch einer ziemlich gleichartigen Auffassung. Aber trotzdem hat auch er zuweilen verwirrende Mißdeutungen erfahren. Schon die Formulierung, die man ihm manchmal gibt und die lautet »S kann nicht zugleich P und nicht P sein«, bedeutet eine völlige Verkennung seines logischen Charakters. Denn dieser Satz hat, in realer Supposition genommen, zum Subjektsgegenstand irgendeinen beliebigen Gegenstand und behauptet von ihm allgemein, daß er nicht irgendeine Bestimmtheit haben und dieselbe zugleich auch nicht haben könne. Er bezieht sich also gar nicht speziell auf irgendwelche logischen Gegenstände und behauptet gar nichts spezifisch Logisches von ihnen.



Natürlich beansprucht er, da er auf jeden beliebigen Gegenstand zielt, auch für die logischen Gegenstände, für die Gedankengebilde, wie Begriffe, Urteile und Schlüsse, Gültigkeit. Aber er gründet diese Gültigkeit keineswegs auf die besondere Natur der logischen Gegenstände, sondern auf das Wesen des Gegenstandes überhaupt. Er ist also ein allgemeiner gegenstandstheoretischer oder formal-ontologischer Satz. Er gehört zusammen mit dem ontologischen Satz von der Identität in die gleiche außerlogische Wissenschaft von den Gegenständen überhaupt.

Neben diesen ontologischen gibt es die psychologische Mißdeutung des Satzes vom Widerspruch, auf die wir früher schon kurz hingewiesen haben. Sie richtet ihren Blick auf das Denken, speziell auf das Denken des Menschen, und sie glaubt es als eine psychologische Erkenntnis aussprechen zu dürfen, der Mensch könne nicht zugleich denken, daß  $S \cdot P$  sei und daß  $S$  nicht  $P$  sei. Da es sich jedoch nicht um das »bloße« Denken handeln kann, – denn indem der Mensch diesen Satz mit Sinn erfüllt denkt, denkt er ja wirklich zugleich, daß  $S \cdot P$  und nicht  $P$  ist, – sondern nur um das urteilende Denken, so würde dieser psychologische Satz genauer lauten müssen: »Der Mensch kann nicht zugleich urteilen, daß  $S \cdot P$  ist und daß  $S$  nicht  $P$  ist«, oder auch: »Der Mensch kann zwei Urteile von der Form » $S$  ist  $P$ « und » $S$  ist nicht  $P$ « nicht beide für wahr halten«. Man nennt solche Urteile einander widersprechende oder kontradiktorisch entgegengesetzte. Sie sollen sich nur durch die Qualität ihrer Kopula voneinander unterscheiden, während ihre Subjektsbegriffe und ihre Prädikatsbegriffe einander gleich sein sollen. Jener psychologische Satz vom Widerspruch kann also auch lauten: »Der Mensch kann einander widersprechende Urteile nicht beide für wahr halten«.

Überflüssig ist es hier, zu prüfen, ob dieser Satz überhaupt wahr ist und ob er mit Recht einen absoluten Wahrheitsanspruch machen kann. Es genügt vielmehr, zu erkennen, daß er gar kein logischer Satz ist. Er hat zum eigentlichen Subjektsgegenstand den Menschen oder das Für-wahr-halten des Menschen, also keinen spezifisch logischen Gegenstand. Der Satz spricht zwar auch von Urteilen, also von logischen Gebilden, aber er zieht sie nur als Objekte des Für-wahr-haltens des Menschen in Betracht. Und er behauptet nun von dem Menschen, daß er etwas nicht könne, daß er nicht fähig sei, zwei einander widersprechende Urteile für wahr zu halten. Er behauptet also etwas, was ganz außerhalb der Logik liegt. Er fügt außerdem letzten Endes seine Behauptung auf die Natur des

für-wahr-haltenden Menschen, nicht auf das Wesen der einander widersprechenden Urteile. Er läßt den Gedanken zu, daß speziell nur der Mensch jene Unfähigkeit besitze, und daß vielleicht andere denkende Wesen wohl fähig seien, einander widersprechende Urteile beide für wahr zu halten. Da jener Satz also gar kein logischer Satz ist, so sind auch die Versuche, die man gemacht hat, um ihn durch genauere Formulierung – (indem man etwa hinzufügte, »zu gleicher Zeit« sei dem Menschen das Für-wahr-halten der beiden Urteile unmöglich) – wenigstens wahr zu machen, logisch zwecklos, da sie nie dazu führen werden, aus dem psychologischen Satz einen echt logischen Grundsatz herzustellen.

Zu den aussichtslosen Versuchen, aus einem psychologischen Satz ein logisches Prinzip zu machen, gehören auch diejenigen, die zu einem »Bewußtsein überhaupt« oder zu einem »überindividuellen« oder »überempirischen« Bewußtsein ihre Zuflucht nehmen. Ist man nämlich psychologisch eingestellt, hält man den Blick starr auf das urteilende Denken gerichtet und sieht man nun, daß das urteilende Denken des Menschen häufig durchaus nicht vor dem Vollzug einander widersprechender Urteile zurückschreckt, daß also der psychologische Satz vom Widerspruch keine absolute Gültigkeit hat, so scheidet man von diesem menschlichen, individuellen und empirischen Bewußtsein ein überindividuelles, überempirisches »Bewußtsein überhaupt« ab und meint nun feststellen zu können, daß es diesem »Bewußtsein überhaupt« absolut unmöglich sei, einander widersprechende Urteile zu vollziehen. Mag nun diese vermeintliche Feststellung richtig sein oder nicht, soviel steht fest, daß sie niemals einen echt logischen Grundsatz zu bilden vermag, sondern unverrückbar einer Psychologie des »Bewußtseins überhaupt« angehört.

Soll der Satz vom Widerspruch wirklich ein logischer Satz sein, so kann er sich nur auf echt logische Gegenstände, also auf Begriffe, oder auf Urteile, oder auf Schlüsse beziehen. Zugleich muß er etwas Logisches behaupten und seine Behauptung auf das Wesen der logischen Gegenstände und nicht auf das Wesen irgendeines Bewußtseins stützen. In der Tat bezieht er sich nun auf Urteile, denn er spricht von kontradiktorisch entgegengesetzten oder einander widersprechenden Urteilen, d. h. von Urteilen, die sich nur durch ihre Qualität voneinander unterscheiden, im übrigen aber den gleichen Bedeutungsgehalt haben, die sich also wie »S ist P« und »S ist nicht P« zueinander verhalten. Er setzt voraus, daß es einander widersprechende Urteile gibt und er erschöpft sich nicht darin

zu bestimmen, was für Urteile dies sind, sondern er geht über ein solches Bestimmungsurteil hinaus.

Man würde nun keinen rein logischen Satz gewinnen, wenn man eine Forderung, eine Norm im Sinne einer Vorschrift auf die einander widersprechenden Urteile bezöge. So wäre etwa das Gebot: »Vollziehe keine kontradiktorisch entgegengesetzten Urteile« eine Norm, die keinen rein theoretisch-logischen Satz darstellt. Außerdem bedürfte eine solche Norm noch der Rechtfertigung, die ihr aber wieder nur durch einen rein logischen Satz zuteil werden kann. Schließlich läßt sich jedoch jene Norm nicht völlig rechtfertigen, denn es würde, wenn man ihr durchgängig gehorchen wollte, daraus folgen, daß man niemals, nachdem man ein Urteil einmal gefällt hat, das kontradiktorisch entgegengesetzte Urteil vollziehen dürfte. Das aber würde heißen, daß man hartnäckig trotz besserer Einsicht an seinen früheren Urteilen festhalten, also niemals seine Vorurteile seiner besseren Einsicht opfern solle. Doch, auch wenn man jene Forderung so formuliert, daß sie berechtigt wird, oder wenn man sie als den Ausdruck eines transzendenten Sollens darstellt, wird sie dadurch niemals in einen echt logischen Satz verwandelt.

Der logische Satz vom Widerspruch bezieht sich auf kontradiktorisch entgegengesetzte Urteile und er behauptet allgemein etwas über deren Wahrheit. Aber er erklärt nicht etwa, welches von den beiden einander widersprechenden Urteilen wahr sei, er sagt weder, daß das Urteil »S ist P«, noch daß das Urteil »S ist nicht P« wahr sei. Jeder Widerspruch zwischen zwei Urteilen ist ein wechselseitiger. Widerspricht das Urteil »S ist P« dem Urteil »S ist nicht P«, so widerspricht auch das Urteil »S ist nicht P« dem Urteil »S ist P«. Wenn das eine von den beiden Urteilen zeitlich früher als das andere gefällt worden ist, so gibt ihm dies hinsichtlich seiner Wahrheit weder einen Vorzug, noch einen Nachteil. Steht also nichts weiter fest, als daß die beiden Urteile einander widersprechen, so kann jedes von den beiden immer noch entweder wahr oder falsch sein. Der Satz vom Widerspruch nimmt nun an, daß nichts weiter feststehe. Und er läßt vollständig dahingestellt, welches der beiden Urteile wahr und welches falsch ist. Seine entscheidende Behauptung lautet dagegen: »Zwei einander widersprechende Urteile können nicht beide wahr sein«. Jedes der beiden Urteile macht zwar seinem Wesen gemäß seinen Anspruch auf Wahrheit. Aber, so sagt nun der Satz vom Widerspruch, die Ansprüche der beiden einander widersprechenden Urteile sind unmöglich beide erfüllbar. Diese seine Behauptung stützt er nun im-

plizite zugleich auf den Widerspruch, der zwischen den beiden Urteilen besteht. Er enthält also implizite die Behauptung: »Weil die beiden Urteile einander widersprechen, können sie nicht beide wahr sein«.

In der angegebenen Form ist also der Satz vom Widerspruch selbst ein negatives, kategorisches, apodiktisches Arturteil, das sich aufeinander kontradiktorisch entgegengesetzte Urteile bezieht und von ihnen absolut allgemein behauptet, daß sie nicht beide wahr sein können. Dieser Form des Satzes vom Widerspruch sind nun offensichtlich, zwar nicht bedeutungsidentisch, wohl aber bedeutungsäquivalent die zwei anderen Formen, die besagen:

»Von zwei einander widersprechenden Urteilen ist notwendig eines, entweder das positive oder das negative, falsch«; und

»Ist das eine von zwei einander widersprechenden Urteilen wahr, so ist notwendig das andere falsch; ist das positive wahr, so ist das negative falsch; ist das negative wahr, so ist das positive falsch«.

Der Satz vom Widerspruch macht in jeder dieser Formen Anspruch auf absolute und ausnahmslose Gültigkeit. Die Frage ist zunächst, ob dieser Anspruch auch erfüllt ist, ob der Satz tatsächlich gültig ist. Es ist mehrfach versucht worden, seine Gültigkeit durch Anführung von Gegenbeispielen zu erschüttern. Prüfen wir kurz die Triftigkeit dieser Einwände. Dieselbe Blume kann an der einen Stelle rot, an einer anderen Stelle gelb sein. Da, wo sie gelb ist, ist sie nicht rot. Also gilt in bezug auf dieselbe Blume als Subjektsgegenstand sowohl das Urteil: »Sie ist rot«, als auch das Urteil: »Sie ist nicht rot«. Also, so kann man folgern, liegt hier einer von den vielen analogen Fällen vor, in denen einander widersprechende Urteile beide wahr sind. Indessen, es ist leicht erkenntlich, wo hier der Fehler liegt. Die beiden Urteile, die hier beide wahr sind, sind nämlich gar nicht einander kontradiktorisch entgegengesetzt, sie unterscheiden sich nicht nur durch ihre Qualität, sondern auch durch ihren übrigen Bedeutungsgehalt. Denn in dem einen Urteil ist eine andere Stelle der Blume betroffen, als in dem anderen Urteil. Und nur wenn diese Verschiedenheit des Bedeutungsgehalts der beiden Urteile vorliegt, können sie auch beide wahr sein. Macht man sie bedeutungsidentisch und läßt nur ihre Qualität verschieden sein, formuliert man sie also genauer in den Sätzen: »Diese Blume ist an dieser Stelle rot« und »Diese Blume ist an dieser selben Stelle nicht rot«, so sind sie offenbar nicht beide wahr, und zwar weil sie dann erst wirklich einander widersprechende Urteile sind.

Aber, kann nicht dieselbe Blume an einer bestimmten Stelle heute rot und nach einigen Tagen an derselben Stelle braun, also nicht mehr rot sein? Alle in der Zeit existierenden Gegenstände ändern sich ja mit der Zeit, so daß von ihnen allen einander widersprechende Urteile Gültigkeit haben. Verliert also der Satz vom Widerspruch nicht doch für alle realen sich in der Zeit verändernden Gegenstände notwendig seine Gültigkeit? – Indessen, auch dieser Einwand begeht wieder den Fehler, die Verschiedenheit des Bedeutungsgehalts der vermeintlich einander widersprechenden Urteile zu übersehen. Denn das Urteil, welches von der Blume behauptet, daß sie an der bestimmten Stelle rot sei, enthält als wesentlichen Bestandteil eine Zeitbestimmung; es bezieht sich auf die Blume, wie sie heute ist, und macht nur mit dieser Zeitbestimmung Anspruch auf Gültigkeit. Und das andere Urteil, welches von der Blume im Gegenteil behauptet, daß sie an derselben Stelle nicht rot sei, enthält eine andere Zeitbestimmung, indem es die Blume betrifft, wie sie nach einigen Tagen ist, und macht nur mit dieser anderen zeitlichen Fixierung ihres Subjektsgegenstandes Anspruch auf Wahrheit. Setzt man dagegen in beide Urteile genau die gleiche Zeitbestimmung ein, so werden sie erst zu wirklich einander widersprechenden Urteilen, und dann sind sie aber auch nicht beide wahr. So verhält es sich auch, wenn die Urteile sich auf irgendwelche anderen realen, in der Zeit veränderlichen Gegenstände beziehen. Immer gilt für sie der Satz vom Widerspruch, wenn man nur durch Aufnahme der identischen Zeitbestimmung wirklich einander widersprechende Urteile auf dieselben Subjektsgegenstände bezieht. Wenn freilich verschiedene Zeitbestimmungen den Widerspruch der Urteile beseitigen, so hat der Satz für sie keine Gültigkeit, aber nicht deshalb, weil seine Gültigkeit eine beschränkte wäre, sondern weil er dann überhaupt keine Anwendung findet.

War es in den bisher betrachteten Beispielen die Verschiedenheit der Stellen und der zeitlichen Bestimmung der Subjektsgegenstände, so ist es in anderen Fällen die Verschiedenheit der Subjektsgegenstände selbst, die bedingt, daß die scheinbar einander widersprechenden Urteile in Wirklichkeit nicht einander kontradiktorisch entgegengesetzt sind. Solche Urteile können natürlich wieder beide wahr sein, aber sie machen deshalb keinen Einwand gegen die Gültigkeit des Satzes vom Widerspruch aus. So beziehen sich z. B. die beiden partikularen Urteile: »Einige Menschen sind farbenblind« und »Einige Menschen sind nicht farbenblind« trotz der Gleichheit ihrer Subjektswörter doch auf verschiedene Gegenstände.

Sie sind also ihrem vollen Sinne nach nicht einander widersprechend und beide wahr. Sie unterliegen gar nicht dem Satz vom Widerspruch, den sie also auch nicht widerlegen können. – Ebenso sind die allgemeinen Urteile: »Schwäne sind weiß« und »Schwäne sind nicht weiß«, wenn sie beide wahr sind, nicht einander widersprechend, denn dann meint das erste Urteil eine andere Art oder andere Exemplare von Schwänen, als das zweite. Sie beziehen sich also auf verschiedene Subjektsgegenstände, werden von dem Satz vom Widerspruch überhaupt nicht betroffen und können ihn daher auch nicht erschüttern.

Schließlich können auch bestimmte Unterarten der Arturteile, die wir früher hervorgehoben haben, Gelegenheit zur Bezweiflung der allgemeinen Gültigkeit des Satzes vom Widerspruch geben, wenn man ihren spezifischen Sinn nicht genau beachtet. Ein Arturteil, das die Art im Durchschnitt meint, wie etwa das Urteil: »Die Frau ist kleiner als der Mann«, erfährt keinen Widerspruch durch ein Urteil, das von einer bestimmten Frau behauptet, daß sie nicht kleiner sei als ein bestimmter Mann. Denn jenes Arturteil bezieht sich nicht auf die bestimmte einzelne Frau, von der das zweite Urteil spricht. Beide Urteile können daher wahr sein, ohne die Gültigkeit des Satzes vom Widerspruch aufzuheben. – Das gleiche gilt in denjenigen Fällen, in denen das Arturteil auf die Art im Normalfall, oder im typischen Fall, oder im Idealfall bezogen ist. Mögen dann auch gewisse Gegenstände derselben Art auffindbar sein, für die das entsprechende kontradiktorisch entgegengesetzte Urteil gilt, so widersprechen doch diese, auf die anormalen, atypischen oder nicht idealen Gegenstände bezüglichen Urteile durchaus nicht jenen spezifischen Arturteilen, sondern ihre Wahrheit ist mit der Wahrheit dieser letzteren sehr wohl vereinbar. – Nur wenn das Arturteil die Art in jedem Falle meint, so erfährt es notwendig einen Widerspruch durch diejenigen Urteile, die von irgendeinem Gegenstand dieser Art das gerade Gegenteil behaupten. Und dann gilt auch der Satz vom Widerspruch, d. h. das uneingeschränkte Arturteil und das ihm widersprechende Individualurteil können nicht beide wahr sein. Freilich sind hier die einander widersprechenden Urteile nicht über ihre verschiedene Qualität hinaus völlig bedeutungsidentisch, insofern das eine die Art in jedem Falle meint, während das andere sich nur auf ein Individuum dieser Art bezieht. Dies wird uns nachher Veranlassung geben, den Satz vom Widerspruch in seiner Bedeutung zu erweitern. Hier bleiben wir zunächst noch bei seiner engeren Fassung, indem wir noch einen Einwand gegen seine Gültigkeit berücksichtigen.

Es kann nämlich der Bedeutungsunterschied zweier scheinbar einander widersprechender Urteile, statt in der Verschiedenheit ihrer Subjektsbegriffe, auch in der Verschiedenheit ihrer Prädikatsbegriffe begründet liegen. Dies ist z. B. dann der Fall, wenn das Prädikatswort in dem einen Urteil eine andere Bedeutung hat, als in dem zweiten Urteil. So hat das Wort »bewußt« in dem Urteil: »Das materielle Ding, das ich jetzt wahrnehme, ist bewußt« die Bedeutung, das Ding als einen Gegenstand meines Bewußtseins zu charakterisieren. Dasselbe Wort »bewußt« hat dagegen in dem Urteil: »Das materielle Ding, das ich jetzt wahrnehme, ist nicht bewußt« die Bedeutung, den Gegenstand als Subjekt eines Bewußtseins zu charakterisieren. Die beiden Urteile können daher beide wahr sein, weil sie sich auf Grund der Bedeutungsverschiedenheit ihrer Prädikatsbegriffe, trotz der Gleichheit ihrer Prädikatswörter, gar nicht widersprechen. Die Wahrheit jener beiden Urteile kann also auch die Gültigkeit des Satzes vom Widerspruch nicht erschüttern. – Übrigens können zwei Urteile auch dann, wenn sie verschiedene Prädikatsbegriffe haben, einander widersprechen, z. B. dann, wenn der eine Prädikatsbegriff den übergeordneten Begriff zu dem anderen bildet. So widersprechen sich die Urteile »S ist rot« und »S ist nicht farbig« trotz der Verschiedenheit ihrer Prädikatsbegriffe. Für sie gilt daher auch der Satz vom Widerspruch, der also auch nach dieser Richtung noch der Erweiterung bedarf.

Immer, wo irgendein Beispiel die tatsächliche Ungültigkeit des Satzes vom Widerspruch zu erweisen scheint, zeigt sich bei genauerer Untersuchung, daß die vermeintlich einander widersprechenden Urteile, die beide wahr sind, in Wirklichkeit gar nicht einander kontradiktorisch entgegengesetzt sind. Erweist sich so der Satz vom Widerspruch gegenüber allen möglichen Beispielen als tatsächlich gültig, so bleibt nun die Frage zu lösen, wie denn seine allgemeine Gültigkeit positiv erweisbar sei. Denn, damit daß er den Anspruch auf absolut allgemeine Gültigkeit macht, ist ja seine Wahrheit noch nicht ersichtlich.

Man hat zuweilen gemeint, die Wahrheit des Satzes vom Widerspruch brauche nicht erst erwiesen zu werden und könne es auch gar nicht. Wenn man sich nur seinen Sinn genügend klar mache, so sei seine Wahrheit sogleich einleuchtend, denn er sei eben ein unmittelbar evidenter Satz. Diese Meinung ist jedoch ein Irrtum. Wenn man nichts weiter als eine Sinnklärung unseres Satzes vollzieht, so wird niemals ersichtlich werden, ob er wahr

oder falsch ist. Darum stellen diejenigen Menschen, die bei der Sinnklärung stehen bleiben, gewöhnlich die hilflose Frage »warum sollen einander widersprechende Urteile nicht beide wahr sein können?«, eine Frage, die man nun nicht dadurch beantworten kann, daß man auf eine genauere Sinnklärung des Satzes hindrängt. Denn seine Wahrheit ist nicht aus seinem Bedeutungsgehalt allein ersichtlich, sondern ist der Erweisung bedürftig und, wie sich im folgenden zeigen wird, auch fähig,

Den psychologischen Versuch eines Beweises seiner Gültigkeit müssen wir freilich sogleich hier ablehnen. Denn wenn ein noch so umfangreicher psychologischer Nachweis dafür gelänge, daß die Menschen einander widersprechende Urteile nicht beide für wahr halten können, so würde dieser niemals zu der Folgerung berechtigen, daß zwei einander widersprechende Urteile ganz allgemein niemals beide wahr sein können. Von der Unfähigkeit der Menschen, einander widersprechende Urteile für wahr zu halten, führt kein gültiger Schluß zu der Behauptung, daß diese beiden Urteile nicht zusammen wahr sein können. Wenn der Satz vom Widerspruch keines anderen, als dieses psychologischen »Beweises« fähig wäre, so würde seine Gültigkeit gänzlich unerwiesen bleiben.

Auch eine induktive Verallgemeinerung auf Grund vielfältiger Erfahrung vermag nicht den Nachweis zu erbringen, daß der Satz vom Widerspruch absolut allgemein gültig ist. Die Zahl der möglichen einander widersprechenden Urteile ist unendlich groß, denn man kann jedem beliebigen Urteil ein kontradiktorisch entgegengesetztes Urteil an die Seite setzen. Alle möglichen Paare der einander widersprechenden Urteile aber kann man nicht daraufhin untersuchen, ob sie wirklich nicht beide wahr sind, sondern immer nur eine endliche, beschränkte Anzahl von Paaren kann man dieser Untersuchung unterziehen. Von der endlichen Anzahl untersuchter Fälle führt aber kein gültiger Schluß und auch kein Wahrscheinlichkeitschluß auf die unendliche Anzahl von möglichen Fällen hinüber, weil die endliche Anzahl, so groß sie auch werden mag, immer im Verhältnis zu der unendlichen Anzahl unendlich klein bleibt. Schließlich beweisen die einzelnen Fälle von Paaren einander widersprechender Urteile, die wirklich nicht beide wahr sind, überhaupt nichts für die Gültigkeit des Satzes vom Widerspruch, sondern können sie nur illustrieren.

Auf folgendem Wege kann nun die Wahrheit des Satzes vom Widerspruch wirklich ersichtlich werden. Der Satz behauptet: »Zwei einander kontradiktorisch entgegengesetzte Urteile können



nicht beide wahr sein; ist das eine von ihnen, gleichgültig welches, wahr, so ist notwendig das andere falsch«. Nehmen wir nun an, es sei etwa das positive Urteil »S ist P« wahr, so ist damit, wie sich aus dem früher bestimmten Wesen der Wahrheit ergibt, festgelegt, daß der von dem Subjektsbegriff betroffene Gegenstand in seinem Verhalten mit dem Urteil übereinstimmt, daß er sich so verhält, wie das Urteil von ihm behauptet. Nun setzt das positive Urteil zu dem Subjektsgegenstand die Prädikatsbestimmtheit in eine bestimmte sachliche Einheit positiv hinzu. Dieses Urteil kann also nur dann wahr sein, wenn der betroffene Subjektsgegenstand von sich aus dieselbe Prädikatsbestimmtheit in derselben sachlichen Einheit hat, die an sich trägt oder die bei sich verhält; wenn also der Sachverhalt (SP) besteht. Das kontradiktorisch entgegengesetzte Urteil »S ist nicht P« spreizt dagegen von demselben Subjektsgegenstand dieselbe Prädikatsbestimmtheit in derselben sachlichen Einheits Hinsicht ab und macht seinem Wesen gemäß Anspruch auf Wahrheit, d. h. Anspruch darauf, daß sich der Gegenstand so verhält, wie es von ihm behauptet, daß er also von sich aus diese Prädikatsbestimmtheit von sich abspreizt. Dieser Anspruch aber kann von dem Gegenstand unmöglich dann erfüllt werden, wenn er entsprechend der obigen Annahme dieselbe Prädikatsbestimmtheit in derselben sachlichen Einheit bei sich verhält. Vielmehr widerspricht er dann der gedanklichen Abspreizung, die das negative Urteil an ihm vornimmt. Denn ein Gegenstand, der in bestimmtem Sinne P ist, kann nicht zugleich in demselben Sinne nicht P sein. Der Sachverhalt also, den das positive Urteil setzt, vermag, wenn das Urteil wahr ist, wenn er selbst also besteht, unmöglich dem negativen Urteil die Erfüllung seines Anspruchs auf Wahrheit zu bieten, sondern widerspricht direkt diesem seinen Anspruch. Also ist dann das negative Urteil notwendig falsch.

Gehen wir nun umgekehrt von dem negativen Urteil »S ist nicht P« aus und nehmen an, dieses sei wahr. Aus dem Wesen der Wahrheit ergibt sich dann, daß der betroffene Subjektsgegenstand in seinem Verhalten mit dem Urteil übereinstimmt, daß er sich so verhält, wie das Urteil es behauptet. Dieses negative Urteil spreizt aber nun von ihm die Prädikatsbestimmtheit P in bestimmter sachlicher Einheits Hinsicht ab. Es kann also nur dann wahr sein, wenn der Subjektsgegenstand von sich aus dieselbe Prädikatsbestimmtheit in derselben sachlichen Einheits Hinsicht von sich abhält, wenn also der Sachverhalt ( $S \leftrightarrow P$ ) besteht. Das jenem negativen Urteil kontradiktorisch entgegengesetzte Urteil »S ist P« setzt nun zu dem-

selben Subjektsgegenstand dieselbe Prädikatsbestimmtheit in derselben sachlichen Einheits Hinsicht positiv hinzu und macht seinem Wesen gemäß Anspruch auf Wahrheit, d. h. Anspruch darauf, daß sich der betroffene Gegenstand genau so verhält, wie es behauptet, daß er also von sich aus dieselbe Prädikatsbestimmtheit in der bestimmten sachlichen Einheit bei sich verhält. Dieser Anspruch aber kann von dem Gegenstand unmöglich erfüllt werden, wenn er der Annahme nach schon die Prädikatsbestimmtheit in derselben sachlichen Einheits Hinsicht von sich abhält. Vielmehr widerstreitet er dann der gedanklichen Hinzufügung derselben Prädikatsbestimmtheit, die das positive Urteil an ihm vornimmt. Der Sachverhalt, der besteht, wenn das negative Urteil wahr ist, vermag unmöglich dem Anspruch auf Wahrheit, den das kontradiktorisch entgegengesetzte positive Urteil stellt, Erfüllung zu bieten, sondern widerstreitet direkt diesem Anspruch. Also ist das positive Urteil dann notwendig falsch.

Da nun alles dieses gilt, gleichgültig welches besondere Wesen und welche besondere Beschaffenheit der Subjektsgegenstand, die Prädikatsbestimmtheit und die sachliche Einheit dabei haben, so gilt der Satz vom Widerspruch für alle beliebigen einander kontradiktorisch entgegengesetzten Urteile. Seine Wahrheit gründet nicht in der besonderen Natur und dem speziellen Verhalten derjenigen Gegenstände, die gerade von den einander widersprechenden Urteilen betroffen werden, sondern in ihrer allgemeinen Gegenstandsnatur und ihrem allgemeinsten Verhalten. Die allgemeine gegenstandstheoretische oder formal-ontologische Tatsache, daß ein Gegenstand nicht zugleich P und nicht P sein kann, ist die letzte Grundlage der Wahrheit des Satzes vom Widerspruch. So ist also diese Wahrheit fest verankert in dem Verhalten der Gegenstände überhaupt und gänzlich unabhängig von der Natur irgendwelcher denkender Wesen, also auch von der des Menschen. Sie ist auch unabhängig von irgendeinem »überindividuellen«, »überempirischen« »Bewußtsein überhaupt« und bedarf keiner Rechtfertigung durch ein »transzendentes Sollen«. Statt auf das Wesen und die Machtprüche solcher dunkler Wesen gründet sich der Satz vom Widerspruch zunächst auf das klare Verhalten jedes beliebigen Gegenstandes überhaupt. Er gründet sich weiter auf das Wesen von Wahrheit und Falschheit, und auf das Wesen des kontradiktorischen Gegensatzes zwischen Urteilen. Diese seine zureichende Grundlage gibt ihm den Charakter absoluter Wahrheit. Seine Gültigkeit kann unmöglich dadurch erschüttert werden, daß irgendwelche Wesen oder Menschen sie nicht einzusehen vermögen, den Satz nicht anerkennen und in

ihrem Denken nicht befolgen. Unfähigkeit denkender Wesen läßt ihn in seiner ewigen, absoluten Wahrheit gänzlich unaffiziert.

Wie oben schon angedeutet bedarf der Satz vom Widerspruch einer allgemeineren Fassung, als wir sie bisher zugrunde gelegt haben. Die einander kontradiktorisch entgegengesetzten Urteile, auf die er sich bezieht, waren so bestimmt worden, daß sie außer ihrer verschiedenen Qualität genau den gleichen Bedeutungsgehalt haben sollten. Nun können aber zwei Urteile auch dann kontradiktorisch entgegengesetzt sein, wenn ihr Bedeutungsgehalt noch gewisse Verschiedenheiten aufweist. Zunächst können die Subjektsbegriffe in den beiden Urteilen verschieden sein. Ist z. B. in dem einen Urteil der Subjektsbegriff ein Singularbegriff, in dem anderen dagegen ein Pluralbegriff, so sind trotzdem die beiden Urteile einander kontradiktorisch entgegengesetzt, wenn der vom Singularbegriff gemeinte Gegenstand sich unter denjenigen befindet, welche der Pluralbegriff meint, und beide Urteile auf diesen selben Gegenstand eine inhaltlich gleiche, aber in der Qualität entgegengesetzte Prädizierung richten. Da nämlich das Pluralurteil den Anspruch erhebt, für alle von ihm gemeinten Gegenstände wahr zu sein, also auch für den von dem Singularurteil betroffenen, so tritt es hierdurch mit dem Singularurteil in Widerspruch. Beide Urteile können also in dieser Hinsicht nicht zusammen wahr sein. Der Satz vom Widerspruch gilt also auch für solche Urteile verschiedener Qualität, die zugleich auch die angegebene Verschiedenheit der Quantität zeigen.

Ebenso können zwischen zwei kontradiktorisch entgegengesetzten Urteilen noch andere Quantitätsverschiedenheiten bestehen. Ist z. B. der Subjektsbegriff in dem einen Urteil ein Einzel- oder ein Partikularbegriff, in dem anderen Urteil dagegen der zugehörige Universalbegriff, und ordnet nun das eine Urteil genau dieselbe Prädikatsbestimmtheit in derselben sachlichen Einheitshinsicht denselben Subjektsgegenständen positiv hinzu, während das andere sie von ihnen abspreizt, so sind die beiden Urteile einander kontradiktorisch entgegengesetzt und können nicht beide wahr sein. Der Satz vom Widerspruch gilt also auch für sie, obgleich sie verschiedene Subjektsbegriffe haben.

Ist schließlich das eine Urteil ein Individual- und das andere, qualitätsverschiedene das zugehörige Arturteil, das die Art in jedem Falle meint, dann beansprucht das Arturteil auch für denjenigen Gegenstand Gültigkeit, auf den sich das qualitätsverschiedene Individualurteil bezieht. In bezug auf diesen einen Gegenstand stehen

die beiden Urteile daher in Widerspruch miteinander und können nicht beide wahr sein. Der Satz vom Widerspruch gilt also auch für sie.

Während die vorangehenden Erweiterungen des Geltungsbereiches des Satzes vom Widerspruch sich auf solche kontradiktorisch entgegengesetzten Urteile bezogen, deren Subjektbegriffe gewisse Verschiedenheiten zeigen, betrifft eine andere Erweiterung solche Urteile, in denen die Prädikatsbegriffe in gewisser Hinsicht verschieden sind. Ist z. B. der Prädikatsbegriff des negativen Urteils der höhere Artbegriff zu dem Prädikatsbegriff des positiven Urteils, so spreizt das negative Urteil etwas von dem Subjektsgegenstand ab, was das positive Urteil implizite zu ihm hinzusetzt. Beide Urteile sind also einander widersprechend. Da nun ein Gegenstand, der eine bestimmte Prädikatsbestimmtheit hat, nicht gleichzeitig die höhere Art dieser Prädikatsbestimmtheit nicht haben kann, oder umgekehrt, da ein Gegenstand, der eine höhere Art einer Prädikatsbestimmtheit nicht hat, unmöglich diese Prädikatsbestimmtheit selbst zeigen kann, so können nicht beide Urteile zugleich wahr sein. Urteile also, die sich verhalten wie »S ist gelb« und »S ist nicht farbig«, können nicht beide wahr sein. Demnach gilt der Satz vom Widerspruch auch für zwei Urteile, die sich in dieser Weise widersprechen.

Wenn dagegen das positive Urteil den höheren Artbegriff der Prädikatsbestimmtheit des negativen Urteils als Prädikatsbegriff enthält, dann widersprechen die beiden Urteile einander nicht, weil dann das positive Urteil nicht implizite dasjenige zu dem Subjektsgegenstand hinzusetzt, was das negative Urteil von ihm abspreizt. In dieser Weise verhalten sich die beiden Urteile: »S ist farbig« und »S ist nicht rot« zueinander. Sie können offenbar beide wahr sein, da das erste zwar das »farbig«, aber nicht notwendig auch das »rot« zu dem Subjektsgegenstand hinzusetzt. Da allgemein ein Gegenstand, der eine höhere Art einer bestimmten Prädikatsbestimmtheit hat, nicht notwendig auch diese Prädikatsbestimmtheit selbst zu haben braucht, sondern auch eine andere derselben Art haben kann, so widersprechen sich zwei Urteile, von denen das positive demselben Subjektsgegenstand die höhere Art einer bestimmten Prädikatsbestimmtheit positiv hinzusetzt, und das negative diese Prädikatsbestimmtheit selbst von ihm abspreizt, einander nicht und fallen daher außerhalb des Geltungsbereiches des Satzes vom Widerspruch.

Der Satz vom Widerspruch gilt also von jedem Paar einander wirklich widersprechender Urteile und behauptet

von ihnen, daß sie nicht beide wahr sein können. Zwei Urteile widersprechen einander, wenn sie entgegengesetzte Qualität und im übrigen soviel identischen Bedeutungsgehalt haben, daß sie einem und demselben Subjektsgegenstand ein und dieselbe Prädikatsbestimmtheit in derselben sachlichen Einheits Hinsicht zugleich positiv zuordnen und negativ abspitzen. Dann sind ihre beiderseitigen Ansprüche auf Wahrheit wegen des Verhaltens des Gegenstandes nicht beide erfüllbar, und eines von ihnen muß notwendig falsch sein.

## 2. Der spezielle Satz vom Widerspruch.

Während sich der allgemeine Satz vom Widerspruch auf zwei einander kontradiktorisch entgegengesetzte Urteile bezieht, richtet sich der spezielle Satz nur auf ein einziges Urteil, nämlich auf ein Urteil, das in sich einen Widerspruch enthält, und behauptet allgemein von jedem solchen Urteil, daß es nicht wahr sein könne.

Ein Urteil kann nun in zweifacher Weise einen Widerspruch in sich enthalten. Erstens kann sein Subjektsbegriff implizite gewisse positive oder negative wirkliche Urteile in sich enthalten, die als Urteile Anspruch auf Wahrheit machen, aber mit dem entfalteten Urteil selbst in Widerspruch stehen. Impliziert ein solcher Subjektsbegriff etwa ein positives Urteil, so wird dasjenige negative Urteil, das diesen Subjektsbegriff hat und jenem positiven Urteil kontradiktorisch entgegengesetzt ist, einen inneren Widerspruch enthalten. Dieser Fall kann in folgender Form symbolisiert werden:  $(SP) \leftrightarrow P$ . Ein Beispiel hierfür ist das Urteil: »Dieser Körper ist nicht ausgedehnt«. Der Subjektsbegriff »Dieser Körper« schließt in sich das positive Urteil »Dieser Gegenstand ist ausgedehnt«. Von dem durch diesen Begriff gemeinten Gegenstand behauptet dann das entfaltete Urteil, daß er nicht ausgedehnt sei. Das Urteil enthält also in sich einen Widerspruch. — Impliziert der Subjektsbegriff ein negatives Urteil und steht das entfaltete positive Urteil zu diesem in kontradiktorischem Gegensatz, so schließt das ganze Urteil wiederum einen Widerspruch in sich. Als Symbol für ein solches Urteil kann die Form dienen:  $(S \leftrightarrow P) P$ . Ein Beispiel ist das Urteil: »Dieses Flachland ist gebirgig«. Darin impliziert der Subjektsbegriff das negative Urteil »Dieses Land ist nicht gebirgig«, zu welchem dann das entfaltete Urteil in kontradiktorischem Gegensatz steht. Auch dieses Urteil kann also nicht wahr sein. — In den beiden Fällen beruht also der innere Widerspruch darauf, daß das entfaltete Urteil den Anspruch auf Wahrheit sowohl für sich, als auch für die in seinem Subjektsbegriff implizierten Urteile erhebt, zugleich aber in kontradiktorischem Gegensatz zu

einem dieser implizierten Urteile steht. Daß ein solches Urteil nicht wahr sein kann, ist nur ein Spezialfall des allgemeinen Satzes vom Widerspruch. In dem einen Urteil wird einem und demselben Subjektsgegenstand eine und dieselbe Prädikatsbestimmtheit in derselben sachlichen Einheits Hinsicht zugleich positiv hinzugefügt und negativ abgespreizt. Der Gegenstand widerstreitet aber seinem Wesen gemäß dieser gedanklichen Behandlung und macht das Urteil notwendig falsch.

Die zweite Weise, in der ein Urteil einen inneren Widerspruch in sich enthalten kann, ist dann gegeben, wenn der Subjektsbegriff seinen Gegenstand zwar nicht behauptend, aber ihn kenntlich machend mit solchen Bestimmtheiten ausstattet, die das entfaltete Urteil behauptend von ihm abgespreizt, oder aber solche Bestimmtheiten von ihm abweist, die das entfaltete Urteil behauptend zu ihm hinzusetzt. Hier sind es also nicht im Subjektsbegriff implizierte Urteile, sondern nur die gedanklichen Bestimmungen, durch die der Subjektsbegriff seinen Gegenstand kenntlich macht, mit denen dann das entfaltete Urteil in Widerspruch gerät. So enthält z. B. der Subjektsbegriff »Schwefel« keinerlei impliziertes Urteil, wohl aber macht er seinen Gegenstand kenntlich etwa dadurch, daß er ihn implizite als »gelb« bestimmt. Dann ist das Urteil »Schwefel ist nicht gelb« mit einem inneren Widerspruch behaftet. Meint der Subjektsbegriff einen gelben Gegenstand, so widerspricht ihm das Urteil, das von demselben Gegenstand in derselben Hinsicht behauptet, daß er nicht gelb sei. Analog verhält es sich natürlich, wenn der Subjektsbegriff seinen Gegenstand negativ durch Abweisung einer gewissen Prädikatsbestimmtheit kenntlich macht, und nun das Urteil dennoch dieselbe Prädikatsbestimmtheit demselben Subjektsgegenstand in derselben Hinsicht positiv behauptend hinzusetzt. So enthält das Urteil »Das Unendliche ist begrenzt« dann in sich einen Widerspruch, wenn sein Subjektsbegriff »Das Unendliche« einen Gegenstand meint, der nicht begrenzt ist. — Auch dieser innere Widerspruch, der also nicht zwischen zwei Urteilen, sondern zwischen der Subjektsbestimmung und dem entfalteten Urteil besteht, bedingt nun, daß das von ihm erfüllte Urteil nicht wahr sein kann. Denn der Subjektsgegenstand kann nicht die Bestimmtheiten, die ihm der Subjektsbegriff zuordnet, in der gleichen Hinsicht auch nicht haben, bzw. Bestimmtheiten, die der Subjektsbegriff von ihm abweist, in der gleichen Hinsicht auch haben.

Wenn also der spezielle Satz vom Widerspruch behauptet, daß Urteile mit innerem Widerspruch nicht wahr sein können, so beruht seine Wahrheit letztlich ebenfalls auf der gegenstandstheoretischen

**Tatsache**, daß kein Gegenstand in derselben Hinsicht zugleich P und nicht P sein kann. Dieser spezielle Satz hebt aus dem Umkreis aller möglichen Urteile diejenigen heraus, die sicher falsch sind. Er gibt aber nur ein **hinreichendes**, nicht ein **notwendiges** Kriterium für falsche Urteile. Denn er besagt nicht, daß nur in sich widerspruchsvolle Urteile falsch seien, sondern er läßt durchaus die Möglichkeit offen, daß auch solche Urteile, die keinen inneren Widerspruch enthalten, falsch sind. Er ist also ein Gegenstück zum Satz von der Identität. Beide Sätze beziehen sich auf einzelne Urteile. Während aber der Satz von der Identität besagt, welche Urteile notwendig wahr sind, gibt der spezielle Satz vom Widerspruch an, welche Urteile notwendig falsch sind. Sie geben beide nur **hinreichende**, nicht aber **notwendige** Kriterien, der erste für die Wahrheit, der zweite für die Falschheit von Urteilen. Und beide gründen sich letzten Endes auf gewisse gegenstandstheoretische Tatsachen, nämlich kurz gesagt darauf, daß »Jeder Gegenstand mit sich selbst identisch ist« und daß »Kein Gegenstand in derselben Hinsicht zugleich P und auch nicht P sein kann«. Sowohl der verschiedene Sinn dieser beiden logischen Sätze, als auch ihre verschiedenen Grundlagen lassen erkennen, daß sie voneinander verschieden sind. Außerdem sind sie aber auch nicht einfach auseinander ableitbar. Weder kann der spezielle Satz vom Widerspruch aus dem Satz von der Identität, noch kann der Satz von der Identität aus dem Satz vom Widerspruch abgeleitet werden. Die vorgebliche unmittelbare Ableitung des Satzes vom Widerspruch, die man zuweilen vorgenommen hat, übersieht, daß sie bei dieser Ableitung tatsächlich ganz neue Einsichten benützt. Denn aus dem Satz, daß jeder Gegenstand, der P ist, auch  $\bar{P}$  ist, folgt nicht ohne weiteres, daß jeder Gegenstand, der P ist, nicht zugleich nicht P sein kann. Sondern dies ist eine neue, nur durch weitere Erkenntnis des Verhaltens des Gegenstandes überhaupt zu gewinnende Einsicht, die in dem Satz von der Identität noch in keiner Weise enthalten ist. Der Satz vom Widerspruch hat seine eigene, von der des Satzes von der Identität verschiedene Grundlage und steht deshalb selbständig neben diesem. Dies gilt sowohl von dem speziellen, als auch von dem allgemeinen Satz vom Widerspruch. Das logische Vereinfachungs- und Rückführungsbestreben muß an dieser Verschiedenheit und Selbständigkeit der beiden Sätze Halt machen.

Der Satz vom Widerspruch bezieht sich auf zwei Urteile, die als Urteile durch ihren Bedeutungsgehalt einander widersprechen, oder auf ein Urteil, das in seinem Bedeutungsgehalt einen inneren

Widerspruch enthält. Nun kann aber ein Urteil noch in einem ganz anderen Sinne einen Widerspruch in sich enthalten. Sagt man z. B. das Urteil: »Das Dreieck ist nicht dreiwinklig« sei in sich widerspruchsvoll, so ist dies, genau genommen, gar nicht richtig. Denn das entfaltete Urteil widerspricht keiner Bestimmung, durch die sein Subjektsbegriff seinen Gegenstand kenntlich macht. Der Begriff »Das Dreieck« enthält in seinem Bedeutungsgehalt nichts, was auf Dreiwinkligkeit hinwiese, er meint überhaupt keine Winkel, sondern eine dreieckige Figur, die durch drei sich in einer Ebene schneidende gerade Linien begrenzt wird. Daß dieser so bestimmte Subjektsgegenstand überhaupt Winkel hat und dreiwinklig ist, ist nicht durch den Bedeutungsgehalt des Begriffs »Das Dreieck« schon gemeint, sondern nur durch weitere Betrachtung des gemeinten Subjektsgegenstandes zu erkennen. Jenes negative Urteil »Das Dreieck ist nicht dreiwinklig« steht also in Widerspruch nicht zu den Bestimmungen seines Subjektsbegriffs, sondern zu dem Wesen des bestimmten Subjektsgegenstandes. Es kann allerdings deshalb unmöglich wahr sein, aber nicht auf Grund des Satzes vom Widerspruch, sondern weil der bestimmte Subjektsgegenstand, auf den es sich bezieht, seinem besonderen Wesen gemäß der behauptenden Abpreizung der Prädikatsbestimmtheit »dreiwinklig« widerstreitet. Nicht die formal-ontologische Tatsache, die dem Satz vom Widerspruch zugrunde liegt, sondern die material-ontologische Tatsache, daß das Dreieck notwendig drei Innenwinkel hat, bildet hier die Grundlage der Falschheit des Urteils. Es ist also zu unterscheiden, ob ein entfaltetes Urteil seinem Subjektsbegriff, oder ob es dem speziellen Wesen seines Subjektsgegenstandes widerspricht. In beiden Fällen ist freilich das Urteil notwendig falsch, aber aus sehr verschiedenen Gründen.

Der kontradiktorische Gegensatz oder der Widerspruch ist nicht selbst die Falschheit, und die Widerspruchslöslichkeit ist nicht selbst die Wahrheit. Aber sie stehen mit der Falschheit und der Wahrheit in einem notwendigen Zusammenhang. Der Satz vom Widerspruch hebt eine Seite dieses Zusammenhanges hervor. Er besagt zunächst, daß nur Widerspruchsfreies den Zugang zur Wahrheit haben kann, daß dagegen Widersprechendes durch den Widerspruch notwendig von der Wahrheit abgesperrt ist. Jeder Widerspruch verlegt den Weg zur Wahrheit und hält seine Glieder in der Schwebe über der Wahrheit. Jedes Glied des Widerspruchs hält das andere von der Erreichung der Wahrheit ab und wird von dem anderen davon abgehalten. Sobald nun aber das eine der



beiden Glieder die Wahrheit doch erreicht hat, ist das andere Glied absolut davon ausgeschlossen. Der Satz vom Widerspruch besagt auch dies, daß nur eines der einander widersprechenden Glieder den Zugang zur Wahrheit haben kann. Nun gelten alle diese Behauptungen an und für sich, gänzlich unabhängig von irgendwelchen denkenden Wesen. Aber für jedes beliebige denkende Wesen ergeben sich daraus gewisse absolute und unumgängliche Forderungen. Will ein denkendes Wesen nur lauter wahre Urteile fällen, so muß es in seinen Urteilen unbedingt jeden Widerspruch vermeiden, und zwar sowohl den inneren Widerspruch in den einzelnen Urteilen, als auch den äußeren Widerspruch zwischen zwei Urteilen. Der Satz vom Widerspruch fordert zwar das denkende Wesen auf, zwischen zwei einander widersprechenden Urteilen, die beide Anspruch auf Wahrheit machen, dadurch die Entscheidung zu suchen, daß es die Wahrheit der einzelnen Urteile prüft, aber er gibt ihm kein Mittel an die Hand, um die Wahrheit zu finden. Er ruft ihm nur ein »Halt« zu, ohne ihm den Weg weiter zu zeigen.

Die allgemeine Voraussetzung für die Gültigkeit des Satzes vom Widerspruch in jeder Form ist die, daß wirklich ein Widerspruch zwischen der positiven und der negativen Hinbeziehung der Prädikatsbestimmtheit auf den Subjektsgegenstand besteht. Und dieser Widerspruch besteht nur dann, wenn diese gegensätzlichen Hinbeziehungen erstens auf einen und denselben Subjektsgegenstand hinzielen und zweitens eine und dieselbe Prädikatsbestimmtheit in derselben sachlichen Einheitshinrichtung auf ihn hinbeziehen. Denn nur dann treten diese entgegengesetzten Hinbeziehungen in Widerspruch mit dem Verhalten jedes beliebigen Gegenstandes und können dann allerdings nicht beide die Wahrheitserfüllung erlangen.

### Drittes Kapitel.

#### Der Satz vom ausgeschlossenen Dritten.

Wie der Satz vom Widerspruch, so bezieht sich auch der Satz vom ausgeschlossenen Dritten auf zwei Urteile, die einander kontradiktorisch entgegengesetzt sind. Während aber jener in seiner allgemeinen Form besagte, daß solche Urteile nicht beide wahr sein können, behauptet der Satz vom ausgeschlossenen Dritten, daß zwei einander widersprechende Urteile nicht beide falsch sein können. Damit behauptet dieser Satz zugleich, daß notwendig eines von jenen beiden Urteilen wahr ist. Schließlich erklärt er in

hypothetischer Form: »Falls das eine von zwei einander kontradiktorisch entgegengesetzten Urteilen falsch ist, ist notwendig das andere wahr; ist also das Urteil »S ist P« falsch, so ist notwendig das Urteil »S ist nicht P« wahr; oder ist das Urteil »S ist nicht P« falsch, so ist das Urteil »S ist P« notwendig wahr«.

Ist ein bestimmter Subjektsgegenstand, eine bestimmte Prädikatsbestimmtheit und eine bestimmte sachliche Einheitsbeziehung zwischen beiden gegeben, so kann nach dem Satz vom ausgeschlossenen Dritten als wahres Urteil hierüber nur eines von den zwei einander kontradiktorisch entgegengesetzten Urteilen in Betracht kommen. Der Satz schränkt also die Wahl für wahre Urteile auf diese zwei Urteile ein und schließt die Möglichkeit aus, daß ein drittes Urteil darüber wahr sein könnte. Daher sein Name eines Satzes vom ausgeschlossenen Dritten.

Ein Beispiel mag den Sinn dieses Satzes illustrieren. Sind die Urteile: »Der Raum ist begrenzt« und »Der Raum ist nicht begrenzt« wirklich einander kontradiktorisch entgegengesetzt, zielen sie also auf genau denselben Raum als ihren Subjektsgegenstand hin und beziehen sie auf ihn genau dieselbe Prädikatsbestimmtheit »begrenzt« in genau derselben sachlichen Einheits Hinsicht, positiv hinzusetzend das eine, negativ abpreisend das zweite, so behauptet der Satz vom ausgeschlossenen Dritten, daß nicht beide Urteile falsch sein können, daß eines von ihnen notwendig wahr sei, daß also das Urteil »Der Raum ist begrenzt« notwendig wahr sei, falls das zweite Urteil »Der Raum ist nicht begrenzt« falsch sei; und umgekehrt, daß das zweite notwendig wahr sei, falls das erste falsch sei; daß es also hier kein anderes drittes wahres Urteil gebe, als nur eines von diesen beiden.

Auch dieser Satz gibt also wieder nicht an, welches der einander widersprechenden Urteile wahr und welches falsch sei, sondern läßt dieses noch ganz unentschieden. Er schließt nur aus, daß beide Urteile falsch sind. Nach dem Satz vom Widerspruch hält der Widerspruch die beiden Urteile derart in der Schwebe, daß ihnen der gleichzeitige Zugang zur Wahrheit notwendig versagt ist. Der Satz vom ausgeschlossenen Dritten fügt nun hinzu, daß der Widerspruch die beiden Urteile außerdem so in ein Entweder-oder drängt, daß sie nicht zugleich in die Falschheit versinken können, sondern eines von ihnen immer notwendig in die Wahrheit emporgehoben wird, falls das andere in der Falschheit versinkt.

In den angegebenen Formulierungen ist dieser Satz wirklich ein logischer Satz, denn er bezieht sich auf Urteile, also auf echt

logische Gegenstände, und er behauptet von ihnen etwas Logisches, nämlich daß sie nicht beide falsch sein können, sondern immer eines von ihnen notwendig wahr sein muß. Dagegen ist aus dem früher Dargelegten wohl ohne weiteres ersichtlich, daß ein Satz, der besagen würde, der Mensch könne zwei einander kontradiktorisch entgegengesetzte Urteile nicht beide für falsch halten, kein logischer Satz ist, sondern vielmehr eine psychologische Umdeutung desselben darstellen würde; eine Umdeutung, die zunächst von zweifelhafter Wahrheit ist, die aber auch durch noch so viele Korrekturen nicht zu einem echt logischen Satz gemacht werden kann.

Der Satz vom ausgeschlossenen Dritten ist in den angegebenen Formulierungen aber auch keine Forderung, keine Norm im Sinne eines Verbotes. Er richtet sich nicht an denkende Wesen und fordert direkt nicht von ihnen, daß sie sich in ihrem Denken in bestimmter Weise verhalten sollen. Freilich, wenn das, was er behauptet, wahr ist, dann läßt sich auf ihn die Forderung an diejenigen denkenden Wesen, die wahre Urteile vollziehen wollen, gründen, daß sie niemals einander widersprechende Urteile beide für falsch halten sollen. Aber diese Forderung selbst ist kein theoretisch logischer Satz, wenn sie auch einen solchen zu ihrer Rechtfertigung voraussetzt.

Ist nun hiermit der Sinn des Satzes festgestellt, so erhebt sich die weitere Frage nach seiner Wahrheit. Der Satz macht Anspruch auf absolut allgemeine Wahrheit. Er will für jedes beliebige Paar von Urteilen, die einander kontradiktorisch entgegengesetzt sind, und gänzlich unabhängig von der Natur irgendwelcher denkender Wesen Gültigkeit haben. Ist nun dieser Anspruch tatsächlich berechtigt? und läßt er sich in vollem Umfange als berechtigt erweisen?

Schon im täglichen Denkverkehr, aber auch bei logischen Überlegungen treten gewisse Beispiele von Paaren solcher Urteile auf, die zwar gegensätzliche sind und auf die auch der Satz vom ausgeschlossenen Dritten unbefehlend angewendet wird, für die er sich aber bei genauerem Zusehen als ungültig erweist. Es gilt hier eine weitverbreitete falsche Anwendung dieses Satzes aufzudecken. Treten z. B. die beiden Urteile: »S ist gut« und »S ist schlecht« einander gegenüber, so scheint sogleich nicht nur festzustehen, daß sie nicht beide wahr sein können – (was dem Satz vom Widerspruch entsprechen würde) –, sondern auch, daß sie nicht beide falsch sein können, daß sie also dem Satz vom ausgeschlossenen Dritten unterliegen. Ist etwa das erste Urteil »S ist gut« falsch, so scheint notwendig das zweite Urteil »S ist schlecht« wahr sein zu müssen; oder, falls das zweite, daß S schlecht sei, falsch ist, scheint notwendig das erste, daß S gut

sei, wahr sein zu müssen. Verneint daher jemand die Frage, ob etwas Bestimmtes gut sei, so wird er gern und oft von der üblen Nachrede verfolgt, er habe behauptet, daß der betreffende Gegenstand schlecht sei. Ohne weiteres wird angenommen, daß es zwischen »S ist gut« und »S ist schlecht« kein drittes gebe.

Nun zeigt sich aber bald, daß es doch ein Drittes gibt, daß das S im gegebenen Falle weder gut, noch schlecht sein kann, und daß es überhaupt viele Gegenstände gibt, die völlig jenseits von gut und schlecht liegen. Manche Gegenstände, wie etwa die geometrischen Figuren, sind ihrem Wesen nach weder gut noch schlecht; andere Gegenstände wie etwa Menschen, Speisen oder Gebrauchsgegenstände, können wenigstens zufällig auch einmal weder gut noch schlecht sein. In diesen Fällen scheinen also die beiden Urteile »S ist gut« und »S ist schlecht« zwar einander zu widersprechen und doch beide falsch sein zu können. Der Satz vom ausgeschlossenen Dritten scheint also hier ungültig zu sein und demnach einer Einschränkung seiner Gültigkeit zu bedürfen.

Indessen, hier liegt eine Täuschung vor: die beiden Urteile »S ist gut« und »S ist schlecht« stehen zueinander nicht in einem kontradiktorischen Gegensatz und bilden daher keines derjenigen Urteilspaare, auf die sich der Satz vom ausgeschlossenen Dritten bezieht. Das zweite Urteil befagt nämlich nicht bloß, daß der Gegenstand S nicht gut sei, sondern geht über diese Behauptung hinaus, indem es dem Subjektsgegenstand eine dem »gut« konträr entgegengesetzte Prädikatsbestimmtheit positiv behauptend hinzufügt. Die prädikative Abspreizung des »gut« ist nämlich nicht identisch mit der positiven Hinzufügung des »schlecht«. Nur für die beiden Urteile »S ist gut« und »S ist nicht gut«, die wirklich einander kontradiktorisch entgegengesetzt sind, beansprucht der Satz vom ausgeschlossenen Dritten Gültigkeit, nicht aber für jene konträr entgegengesetzten Urteile, die vielmehr beide falsch sein können und zwischen denen es noch ein Drittes gibt. Nennt man daher auch die konträr entgegengesetzten Urteile einander widersprechende, so gilt der Satz vom ausgeschlossenen Dritten nicht für alle einander widersprechenden, sondern nur für die kontradiktorisch entgegengesetzten Urteile.

Noch auf andere konträr entgegengesetzte Urteile wird der Satz vom ausgeschlossenen Dritten irrtümlicherweise oft angewandt, nämlich auf alle diejenigen Urteilspaare, die demselben Subjektsgegenstand irgendwelche konträr entgegengesetzten Prädikatsbestimmtheiten zuerteilen. Zu diesen gegensätzlichen Prädikaten gehören

unter anderen die folgenden: »schön« und »häßlich«, »glücklich und »unglücklich«, »gern« und »ungern«, »groß« und »klein«, »kalt« und »warm«. Auch hier entsteht durch die irrtümliche Anwendung des Satzes vom ausgeschlossenen Dritten viel üble Nachrede unter den Menschen. Man sieht kein Drittes und meint, falls das eine Urteil als falsch erklärt werde, müsse damit notwendig das konträr entgegengesetzte Urteil als wahr behauptet sein. Es ist aber ebenso ein Denkfehler, bei konträr entgegengesetzten Urteilen ein Drittes zu leugnen, als bei kontradiktorisch entgegengesetzten Urteilen ein Drittes zu behaupten. Das erstere ist eine falsche Anwendung, das zweite eine Verletzung des Satzes vom ausgeschlossenen Dritten.

Selbst wenn sich aber alle vermeintlichen Ausnahmen von der Gültigkeit dieses Satzes als Beispiele konträr entgegengesetzter Urteile herausstellen, der Satz also tatsächlich für alle Fälle wirklich kontradiktorisch entgegengesetzter Urteile sich als gültig erweist, so bleibt noch die Frage zu lösen, wie denn die Wahrheit dieses Satzes in seiner Tragweite ersichtlich gemacht werden kann. Denn seine Bestätigung durch noch so viele Beispiele wird ja niemals seine unbeschränkte Gültigkeit für alle Urteilspaare der angegebenen Art überhaupt erweisen können. Da nun der Satz seinem Sinne nach ein rein logischer Satz ist, so wird auch jeder Versuch, ihn durch psychologische Feststellungen über das Denken und Fürwahrhalten des Menschen zu begründen, von vornherein aussichtslos sein. Denn, kann der Mensch wirklich einander kontradiktorisch entgegengesetzte Urteile nicht beide für falsch halten, so folgt daraus noch keineswegs, daß solche Urteile selbst niemals beide falsch sein können.

Aber, bedarf dieser logische Satz überhaupt noch eines besonderen Nachweises seiner Wahrheit? Ist er nicht ein unmittelbar evidenter Satz? Kann man mehr tun, als sich seinen Sinn möglichst klar machen, um dann unmittelbar zu erkennen, daß er notwendig wahr ist? — Indessen, mit der Berufung auf die unmittelbare Evidenz ist unbedingt Vorzicht geboten. Denn die Wahrheit eines Urteils ist keine Eigenschaft desselben, die man durch bloße Betrachtung des Urteils selbst unmittelbar erkennen könnte. Auch der Satz vom ausgeschlossenen Dritten trägt seine Wahrheit nicht unmittelbar an sich. Um seine Wahrheit zu erkennen, muß man vielmehr notwendig das Verhalten der von ihm betroffenen Gegenstände, also der kontradiktorisch entgegengesetzten Urteile selbst in Beziehung zu ihrer Falschheit oder Wahrheit untersuchen. Dann erst kann man sehen, ob der Satz mit diesem Verhalten wirklich übereinstimmt, also wahr ist, oder nicht übereinstimmt, also falsch

ist. Um nun das Verhalten der betroffenen Urteile zu erkennen, muß man noch eine weitere Stufe zurückgehen, nämlich zu demjenigen Gegenstand, auf den sich die betroffenen Urteile ihrerseits beziehen, indem man zusieht, ob dieser Gegenstand durch sein Verhalten wirklich die beiden auf ihn bezogenen und einander kontradiktorisch entgegengesetzten Urteile nicht zugleich falsch zu machen vermag. Da nun der Satz vom ausgeschlossenen Dritten allgemein von zwei kontradiktorisch entgegengesetzten Urteilen spricht, gleichgültig auf welchen besonderen Gegenstand sie sich beziehen, und welche besondere Prädikatsbestimmtheit sie auf ihn hinordnen, so wird die Wahrheit dieses Satzes nur dann voll ersichtlich werden können, wenn jeder beliebige Gegenstand überhaupt sich in Hinsicht auf jede beliebige Prädikatsbestimmtheit so verhält, daß er unmöglich jene beiden Urteile zugleich falsch machen kann. An dem Verhalten jedes Gegenstandes als Gegenstand überhaupt muß es liegen, daß die gleichzeitige Falschheit der beiden Urteile ausgeschlossen ist. In folgender Weise läßt sich daher die volle Wahrheit des logischen Satzes vom ausgeschlossenen Dritten ersichtlich machen.

Angenommen, das positive Urteil »S ist P« sei falsch, so ist dies auf Grund des Wesens der Falschheit nur so möglich, daß der Subjektsgegenstand durch sein Verhalten der positiven Hinzufügung jener Prädikatsbestimmtheit, die das positive Urteil gedanklich an ihm vollzieht, von sich aus widerstreitet. Dies würde er an sich schon tun, wenn er die Prädikatsbestimmtheit nicht bei sich verhielte. Nun aber gilt von jedem beliebigen Gegenstand überhaupt, daß er jede beliebige Prädikatsbestimmtheit, die er nicht bei sich verhält, notwendig von sich abspreizt. Denn kein Gegenstand kann eine und dieselbe Prädikatsbestimmtheit in derselben sachlichen Einheitsbeziehung zugleich weder bei sich verhalten, noch von sich abspreizen. Ist also das positive Urteil falsch, so besteht notwendig der Sachverhalt, daß der Subjektsgegenstand die betreffende Prädikatsbestimmtheit von sich abspreizt. Damit ist aber die hinreichende Grundlage für die Wahrheit des negativen Urteils »S ist nicht P« gegeben, denn dieses stimmt ja dann in seiner gedanklichen Abspreizung mit dem Verhalten des Gegenstandes selbst überein. Also ist mit der Falschheit des positiven notwendig die Wahrheit des negativen Urteils gegeben.

Es sei nun andererseits angenommen, das negative Urteil »S ist nicht P« sei falsch, so ist dies wiederum auf Grund des Wesens der Falschheit nur so möglich, daß der betroffene Subjektsgegenstand durch sein Verhalten der Abspreizung jener Prädikatsbestimmtheit,

die das Urteil an ihm vornimmt, widerstreitet. Dies würde er an sich schon tun, wenn er die Prädikatsbestimmtheit nicht von sich absprenzte. Es gilt aber von jedem Gegenstand überhaupt, daß er jede beliebige Prädikatsbestimmtheit, die er nicht von sich absprenzt, notwendig bei sich verhält. Denn kein Gegenstand kann irgendeine Prädikatsbestimmtheit zugleich nicht von sich absprenzen und auch nicht bei sich verhalten. Ist demnach das negative Urteil falsch, so besteht notwendig der Sachverhalt, daß sein Subjektsgegenstand die betreffende Prädikatsbestimmtheit bei sich verhält. Dann ist aber notwendig das entsprechende positive Urteil wahr, weil es in seiner positiven Hinzufügung mit dem Verhalten des Gegenstandes selbst übereinstimmt. Also ist mit der Falschheit des negativen notwendig die Wahrheit des positiven Urteils gegeben.

Aus der Zusammenfassung der beiden gegebenen Nachweise ergibt sich die Wahrheit des Satzes vom ausgeschlossenen Dritten. Sie beruht also auf dem Wesen der Wahrheit und Falschheit, auf dem Wesen des kontradiktorischen Gegensatzes der Urteile und auf dem Wesen des Gegenstandes überhaupt, das sich darin zeigt, daß jeder Gegenstand notwendig entweder P oder nicht P sein muß. Auch dieser Satz hat also eine, von der Natur irgendwelcher denkender Wesen völlig unabhängige Grundlage.

Der Satz vom Widerspruch und der Satz vom ausgeschlossenen Dritten sind also sowohl ihrem Sinne, als auch ihrer Grundlage nach voneinander verschieden und keiner von beiden kann aus dem anderen abgeleitet werden. Der Satz vom Widerspruch behauptet nur, daß von zwei einander kontradiktorisch entgegengesetzten Urteilen notwendig eines falsch sein muß. Daß aber dann, wenn das eine von beiden falsch ist, nicht auch das andere falsch sein kann, läßt der Satz vom Widerspruch noch ganz dahingestellt, indem er gar nichts darüber entscheidet, sondern diese Behauptung ganz dem Satz vom ausgeschlossenen Dritten überläßt. Und umgekehrt, der Satz vom ausgeschlossenen Dritten behauptet nur, daß von zwei einander kontradiktorisch entgegengesetzten Urteilen notwendig eines wahr sei. Daß aber dann, wenn das eine wahr ist, nicht auch das andere wahr sein könne, läßt dieser Satz ganz dahingestellt und überläßt es völlig dem Satz vom Widerspruch, dieses zu behaupten. Die beiden Sätze haben ihre verschiedene Grundlage darin, daß sich jeder beliebige Gegenstand in zwei verschiedenen Weisen gegenüber irgendwelchen kontradiktorisch entgegengesetzten Urteilen, die sich auf ihn beziehen, verhält. Er kann sie nämlich nicht beide wahr machen, weil er nicht zugleich P und nicht P sein kann; und er kann sie nicht beide falsch

machen, weil er entweder P oder nicht P sein muß. Die letzte Grundlage für die beiden Sätze ist eben dies verschiedene Verhalten jedes beliebigen Gegenstandes: er kann nur entweder P oder nicht P sein, und er muß entweder P oder nicht P sein. Jeder Gegenstand ist hinsichtlich jeder Prädikatsbestimmtheit in jeder sachlichen Einheitsbeziehung notwendig entschieden, nämlich notwendig für das positive oder für das negative Verhalten und nur für eines von beiden. Durch die letzte Entschiedenheit bedingt er die Gültigkeit des Satzes vom Widerspruch; durch die erstere Entschiedenheit bedingt er die Gültigkeit des Satzes vom ausgeschlossenen Dritten.

#### Der Satz von der kontradiktorischen Disjunktion.

Auf das soeben angegebene doppelseitige Verhalten jedes beliebigen Gegenstandes zu jeder beliebigen Prädikatsbestimmtheit in jeder beliebigen sachlichen Einheits Hinsicht gründet sich der Satz von der kontradiktorischen Disjunktion. Er faßt nämlich jenes Verhalten in ein zweigliedriges disjunktives Urteil und behauptet von diesem Urteil, daß es notwendig immer wahr sei. Der eigentümliche Sinn eines zweigliedrigen disjunktiven Urteils von der Form: »S ist entweder P oder Q« besteht, wie wir früher gesehen haben, darin zu behaupten, daß der betroffene Subjektsgegenstand notwendig eine von den Prädikatsbestimmtheiten P und Q habe, daß er aber auch nur eine von diesen habe. Dieser zweigliedrige disjunktive Gedanke eignet sich also genau dazu, jenes doppelseitige Verhalten jedes beliebigen Gegenstandes zum Ausdruck zu bringen, wenn man nur statt der beiden Prädikatsbegriffe P und Q die beiden Qualitäten der Positivität und der Negativität in bezug auf eine und dieselbe Prädikatsbestimmtheit P in die Disjunktion einsetzt. Dann besagt eben das Urteil: »S ist notwendig entweder P oder nicht P« dies, daß jeder beliebige Gegenstand in bezug auf irgendeine Prädikatsbestimmtheit notwendig entschieden ist für das positive oder für das negative Verhalten und nur für eines von beiden. Was in diesem Urteil als bestehend behauptet wird, ist nichts anderes, als die oben hervorgehobene gemeinsame Grundlage des Satzes vom Widerspruch und des Satzes vom ausgeschlossenen Dritten. Da diese Grundlage wirklich besteht, so ist also jenes Urteil notwendig wahr. Und der Satz von der kontradiktorischen Disjunktion, indem er dies behauptet, daß ein Urteil von der Form: »S ist entweder P oder nicht P« notwendig immer wahr sei, ist selbst ein gültiger Satz.

Dieser Satz kann in gewissem Sinne als eine Vereinigung des Satzes vom Widerspruch und des Satzes vom ausgeschlossenen Dritten



betrachtet werden. Aber er bezieht sich im Unterschied von diesen nur auf ein einziges Urteil und behauptet von diesem, daß es notwendig wahr sei. Er behauptet jedoch nicht, daß nur solche Urteile wahr seien; er gibt zwar ein hinreichendes, nicht aber ein notwendiges Kriterium für die Wahrheit von bestimmten Urteilen an. Er übt also die ähnliche Funktion aus, wie der Satz von der Identität, der ebenfalls Urteile bezeichnet, die notwendig wahr sind, und wie der spezielle Satz vom Widerspruch, der angibt, welche Urteile notwendig falsch sind.

Der obige Satz vom ausgeschlossenen Dritten ist nicht nur vom Satz vom Widerspruch, sondern auch vom Satz der Identität seinem Sinne nach verschieden, und er kann auch aus diesem letzteren nicht einfach ohne Hinzunahme neuer Erkenntnisse abgeleitet werden, sondern steht selbständig neben ihm. Dem Satz von der Identität liegt zu Grunde der formal-ontologische Satz: »Jeder Gegenstand ist mit sich selbst identisch«, dem Satz vom Widerspruch der Satz: »Kein Gegenstand kann zugleich P und nicht P sein«, und dem Satz vom ausgeschlossenen Dritten der Satz: »Jeder Gegenstand muß entweder P oder nicht P sein«.

#### Viertes Kapitel.

##### Der Satz vom zureichenden Grunde.

Es gibt in der Philosophie zunächst einen allgemeinen Satz vom zureichenden Grunde, der lautet: »Alles hat seinen zureichenden Grund«. Der Sinn dieses Satzes ist ein mehrdeutiger. Sowohl unter dem »Alles«, worauf er sich bezieht, als auch unter dem zureichenden Grund, den er behauptet, kann etwas Verschiedenes verstanden werden. Bezieht er sich nur auf Reales, so lautet er genauer »Alles Reale, sowohl das reale Sein, als auch das reale Geschehen, hat seinen zureichenden Grund«. Und der zureichende Grund ist dann entweder als die Ursache oder als der Zweck des realen Seins und Geschehens gemeint. Im ersten Fall hat jener allgemeine Satz den Sinn des Kausalitätsprinzips, das besagt: »Alles reale Sein und Geschehen hat notwendig seine Ursache«. Die Ursache, die auch wohl der Realgrund oder der Sachgrund genannt wird, ist dasjenige Reale, das bewirkt, daß etwas Reales ist oder geschieht. Im zweiten Fall dagegen hat jener Satz den Sinn des teleologischen oder Zweckprinzips, das besagt: »Alles reale Sein und Geschehen hat notwendig seinen Zweck«. Der Zweck ist dasjenige, um dessentwillen etwas Reales ist oder geschieht.

Diese beiden Sätze haben jedoch ihren Ort nicht in der Logik, sondern in der Realontologie, d. h. in der Wissenschaft vom realen Sein und Geschehen überhaupt. Denn sie beziehen sich gar nicht auf irgendwelche logischen Gegenstände, die ja weder zu dem realen Sein, noch zu dem realen Geschehen gehören, sondern rein ideelle Gebilde sind. Und im Gebiete dieser rein ideellen Gebilde gibt es weder Ursachen, noch Zwecke. Nur wenn man in die psychologische Einstellung gerät, wenn man statt der logischen Gebilde selbst das reale Denken realer denkender Subjekte vor Augen hat, kann der Schein entstehen, als ob das Kausalitäts- und das Zweckprinzip auch für die Logik in Betracht kämen. Das reale Denken, in welchem gewisse ideelle Gebilde gedacht werden, mag notwendig seine Ursache und seinen Zweck haben, aber damit ist noch nichts über den logischen Grund der gedachten ideellen Gebilde gesagt. Vielmehr können in einem realen Denken, das seine Ursache und seinen Zweck hat, sehr wohl Gedanken gedacht werden, die logisch entweder unzureichend oder gar nicht begründet sind. Schon die Tatsache, daß es überhaupt logisch unzureichend begründete Gedanken gibt, zeigt, daß jene beiden realontologischen Sätze nicht für die logischen Gegenstände in Betracht kommen können, da sie ja das ausnahmslose Vorhandensein eines zureichenden Grundes behaupten.

Der erste Philosoph, der jenen allgemeinen Satz vom zureichenden Grunde aufgestellt hat, nämlich G. W. Leibniz, umfaßt unter dem »Alles« ausdrücklich dreierlei: die Existenz irgendeiner Sache, den Eintritt irgendeines Geschehens und das Bestehen irgendeiner Wahrheit. Er unterscheidet demnach den Existenzgrund, den Grund des Geschehens und den Grund der Wahrheit. Später hat dann A. Schopenhauer in seiner Schrift »Von der vierfachen Wurzel des Satzes vom zureichenden Grunde« jenen allgemeinen Satz vom zureichenden Grunde für eine bloße Zusammenfassung von vier verschiedenen, gegeneinander selbständigen Sätzen erklärt. Er unterscheidet:

1. den Satz vom zureichenden Grunde des zeitlosen Seins, also vom Seinsgrund,
2. den Satz vom zureichenden Grunde des Werdens, also von der Ursache,
3. den Satz vom zureichenden Grunde des Erkennens, also vom Erkenntnisgrund,
4. den Satz vom zureichenden Grunde des Handelns, also vom Motiv.

Sowohl von den speziellen Sätzen, die Leibniz, als auch von denjenigen, die Schopenhauer anführt, können für die Logik nur die Sätze in Betracht kommen, die sich auf das Bestehen der Wahrheit und auf die Erkenntnis beziehen. Doch, ehe wir auf die genauere Entfaltung des Sinnes des echt logischen Satzes eingehen, seien zunächst noch einige andere vermeintliche logische Sätze vom zureichenden Grunde aus der Logik ausgeschaltet.

In der psychologischen Logik hat man dem Satz vom zureichenden Grunde eine psychologische Bedeutung gegeben, indem man meinte, er stelle bloß fest, daß der Mensch kein Urteil ohne einen zureichenden Grund für wahr halten könne. Versteht man nun unter dem Grund hier das Motiv des Für-wahr-haltens, so mag der Satz wohl richtig sein, aber er gehört dann offenbar nicht in die Logik, sondern in die Psychologie. Versteht man dagegen unter dem Grund hier den Grund der Wahrheit eines Urteils, so ist leicht zu erkennen, daß jener Satz gar nicht einmal wahr ist, sondern den Tatsachen direkt widerspricht. Denn der Mensch hält sehr vielfach nicht nur unzureichend begründete, sondern auch gänzlich unbegründete Behauptungen für wahr. Er kann dies in geradezu virtuoser Fähigkeit. Es mögen in solchen Fällen immer zureichende Motive vorhanden sein und den Menschen bestimmen, gerade diese Behauptungen für wahr zu halten; aber er tut es dann, ohne einen zureichenden Grund für die Wahrheit der Behauptungen zu haben. Selbst wenn jedoch jener falsche Satz wirklich wahr wäre, so würde er direkt keine logische Erkenntnis über logische Gegenstände darstellen, also kein spezifisch logischer Satz sein, sondern ebenfalls in die Psychologie gehören, da er über das Für-wahr-halten des Menschen eine psychologische Behauptung aufstellt. In seinem Inneren schlummert freilich ein bestimmter logischer Satz, dessen durchgelebte Wahrheit allein dieser unbefonnenen Konsequenz auf das menschliche Für-wahr-halten ihren Schein von Richtigkeit gibt. Dieser logische Satz ist aber eben erst aus seinem verborgenen Schlummer zu erwecken und aus seinen psychologischen Einhüllungen rein herauszulösen.

Wenn ein psychologischer Satz sich in der Logik als falsch erweist, dann schwenkt man gern sofort von dem theoretischen Satz zu einer Norm im Sinne einer Denkvorschrift hinüber. So gibt man auch in unserem Falle zuweilen zu, der Mensch halte zwar oft genug bestimmte Urteile ohne zureichende Gründe für wahr, aber, so fügt man hinzu, dies solle er eben nicht tun. Und dies gerade sei der Sinn des logischen Satzes vom zureichenden Grunde,

den Menschen aufzufordern, niemals ein Urteil ohne zureichenden Grund für wahr zu halten. Seiner natürlichen Neigung, ohne weiteres alle Urteile, die er selbst bildet und die ihm von außen entgegengebracht werden, sogleich auch für wahr zu halten, solle er energisch entgegenwirken, überall zuerst einen zureichenden Grund verlangen und, solange er einen solchen nicht finde, solle er seinen Glauben suspendieren. Der zureichende Grund nun, der hier für die Urteile gefordert wird, ist natürlich nicht irgendeine Ursache des Fürwahrhaltens. Denn eine solche Ursache kann auch dann vorhanden sein, wenn ein zureichender Grund für das Urteil fehlt. Ebenso wenig ist unter jenem zureichenden Grund ein genügend starkes Motiv des Fürwahrhaltens zu verstehen. Denn genügend starke Motive können dazu zwingen, ein bestimmtes Urteil, das des zureichenden Grundes entbehrt, dennoch für wahr zu halten. Außerdem verlangt jene Forderung geradezu, daß man alle anderen Motive des Fürwahrhaltens ausschalte und unwirksam mache und sich einzig und allein durch einen zureichenden Grund bestimmen lasse, ein Urteil für wahr zu halten. Mit dem zureichenden Grund ist hier vielmehr der logische Grund für die Wahrheit eines Urteils gemeint. Insofern bezieht sich also jene Forderung allerdings auf etwas Logisches, aber deshalb ist sie doch noch kein rein logischer Satz. Sie ist vielmehr ein denkpädagogischer Imperativ. Aber auch Imperative bedürfen der Rechtfertigung. Warum soll man denn kein Urteil ohne zureichenden Grund für wahr halten?

Eine genügende Antwort auf diese Frage kann nur durch einen zweifachen Hinweis gegeben werden. Erstens durch den Hinweis darauf, daß man doch wohl nur wirklich wahre Urteile für wahr halten wolle. Denn wenn man dies nicht will, wenn man vielmehr in allem Ernst ausschließlich diejenigen Urteile für wahr halten will, deren Wahrheit Einem irgendwie zuzagt oder paßt, dann fehlt jener Forderung jeder Ankergrund im Adressaten. Ist jedoch der Wille zur Wahrheit vorhanden, so muß zweitens noch nachgewiesen werden, daß eine wesentliche Beziehung zwischen der Wahrheit eines Urteils und dem zureichenden Grund besteht, damit die volle Berechtigung jener Forderung ersichtlich wird. Daß eine solche Beziehung wirklich besteht, behauptet nun gerade der logische Satz, dessen Gültigkeit also von jenem Imperativ vorausgesetzt wird. Ehe wir diesen logischen Satz entfalten, ist aber noch darauf hinzuweisen, daß trotz allem jene Forderung durch ihre Verftiegenheit praktisch unberechtigt ist. Wollte nämlich ein Mensch wirklich durchgängig und ausnahmslos jener Forderung gehorchen, so dürfte er niemals ein

Urteil, das ihm mitgeteilt wird, bloß auf die Autorität oder die Vertrauenswürdigkeit der Mitteilenden hin für wahr halten. Er müßte nicht nur die Unmenge einzelner Mitteilungen, die er tagtäglich erfährt, sondern auch alle historischen, geographischen, geologischen und astronomischen Urteile, für die ihm doch meistens die zureichenden Gründe fehlen, aus dem Umkreis dessen, was er für wahr hält, notwendig ausschneiden. Der strenge und ausnahmslose Gehorsam gegen jene Forderung würde also zu einer ganz ungebührlichen Einschränkung der fürwahrgehaltenen Urteile auf eine dürftige Anzahl führen. Während nur auf der Grundlage der Vertrauens-Solidarität der Mensch die ihm angemessene Weite der Erkenntnis erlangen kann, sucht ihn jene verftiegene Forderung in die engste Frochperspektive hinabzuschleudern.

Um nun den Satz vom zureichenden Grunde aus seinen Einbettungen und unter den darauf gebauten Forderungen in seinem rein logisch-theoretischen Sinn hervorzuholen, sind wieder die Gesichtspunkte maßgebend, die wir schon bei den vorangehenden logischen Grundfägen zur Geltung gebracht haben. Der Satz muß erstens sich auf rein logische Gegenstände beziehen; er muß zweitens über diese Gegenstände etwas rein Logisches behaupten; und er muß drittens seine Behauptung auf das spezifisch logische Weisen seiner Subjektsgegenstände stützen.

Von den logischen Gegenständen können weder die Begriffe, noch die Schlüsse, sondern nur die Urteile als Subjektsgegenstände für den Satz vom zureichenden Grunde in Betracht kommen. Er muß also etwas über Urteile behaupten. Nun sei zunächst bestimmt, was er nicht darüber behauptet. Er sagt nämlich nichts über den Sinn und den Aufbau des Urteils überhaupt. Vielmehr setzt er voraus, daß es Urteile gibt und daß sie einen bestimmten Sinn und einen bestimmten Aufbau zeigen. Er kann speziell auch nicht be-  
fagen, daß in jedem Urteil der Subjektsbegriff den zureichenden Grund für die Prädizierung bilde. Denn wenn er dies behaupten würde, so wäre er eben ein falscher Satz. Obgleich der Subjektsbegriff in jedem Urteil den gemeinten Subjektsgegenstand zur Unterlage und zur Grundlage des Urteils macht, so könnte doch höchstens in den früher betrachteten analytischen, nicht aber in den synthetischen Urteilen der Subjektsbegriff den zureichenden Grund für die Prädizierung bilden. Unmöglich also könnte jener Satz für alle Urteile überhaupt Gültigkeit beanspruchen. Soll er sich ausnahmslos auf alle Urteile beziehen, so muß er einen anderen Sinn haben.

Dieser Sinn kann auch nicht darin bestehen, daß er einfach behauptet, es gebe neben den unzureichend und den gar nicht begründeten Urteilen auch solche, die einen zureichenden Grund haben. Denn diese Behauptung, obgleich sie wahr ist, könnte doch wohl kaum den Rang eines obersten logischen Grundsatzes einnehmen. Sie gibt ja nicht etwa an, welche Arten von Urteilen es gibt, da die zureichend begründeten Urteile nicht eine echte Art von Urteilen sind. Jede echte Art von Urteil kann immer noch entweder zureichend oder unzureichend begründet sein. Durch die zureichende oder die unzureichende Begründung wird nicht das allgemeine Wesen des Urteils zu besonderen Arten differenziert, da sie das Wesen des Urteils gar nicht trifft.

So bleibt denn, analog wie bei den vorangehenden obersten logischen Grundsätzen, auch bei dem Satz vom zureichenden Grunde nur ein solcher Sinn übrig, der in einer logisch-theoretischen Behauptung über die Wahrheit von Urteilen besteht. Und nun ist es wiederum nicht einfach der Sinn von Wahrheit, der durch diesen Satz angegeben würde. Denn der zureichende Grund ist nicht selbst die Wahrheit des Urteils, sondern eben deren Grundlage. Allerdings besteht ein wechselseitiger Zusammenhang zwischen der Wahrheit eines Urteils und seinem zureichenden Grund. Wenn ein Urteil wirklich wahr ist, so hat es auch einen zureichenden Grund; und wenn es einen zureichenden Grund hat, dann ist es auch wirklich wahr. Deshalb sind aber doch die beiden Gedanken: »Ein Urteil ist wahr« und »Ein Urteil hat einen zureichenden Grund« nicht bedeutungsidentisch, sondern nur geltungsäquivalent. Würde also der Satz vom zureichenden Grunde behaupten: »Ein Urteil ist wahr, das befagt nichts anderes als, das Urteil hat einen zureichenden Grund«, so wäre er ein falscher Satz und unmöglich ein oberster logischer Grundsatz. Wenn wir jedoch herausheben, worauf jene Geltungsäquivalenz, die irrtümlicherweise für eine Bedeutungsidentität genommen wird, letzten Endes beruht, so werden wir auf den echt logischen Sinn des Satzes vom zureichenden Grunde hingelenkt. Sie beruht nämlich auf dem inneren Zusammenhang, den die Wahrheit eines Urteils auf der einen Seite mit dem Urteil, auf der anderen Seite mit dem zureichenden Grund hat.

Wir haben früher hervorgehoben, daß jedes Urteil seinem Wesen gemäß den Anspruch auf Wahrheit macht, daß es ohne diesen Anspruch unmöglich ein Urteil sein kann. Der Anspruch auf Wahrheit ist nicht die Wahrheit selbst. Indem jedes Urteil den Anspruch erhebt, wahr zu sein, gibt es zunächst nur vor, wahr zu sein, ohne

daß dieses Vorgeben notwendig dem wirklichen Verhalten zu entsprechen, das Urteil also wirklich wahr zu sein braucht. Der Satz vom zureichenden Grunde hat nun seinen eigentlichen Sinn gerade darin, ganz allgemein anzugeben, wessen ein Urteil überhaupt noch bedarf, damit sein Anspruch auf Wahrheit nicht mehr ein leeres Vorgeben sei, sondern ein erfüllter Anspruch sei. Er besagt dementsprechend: »Jedes Urteil bedarf, um wirklich wahr zu sein, notwendig eines zureichenden Grundes«. Unter dem Grund eines Urteils ist dabei dasjenige zu verstehen, was den Behauptungsgehalt des Urteils zu stützen vermag. »Zureichend« ist dieser Grund dann, wenn er allein genügt, um den vollen Behauptungsgehalt des Urteils zu stützen, wenn also nichts weiter erforderlich ist, um das Urteil völlig wahr zu machen. »Unzureichend« ist der Grund, wenn er für sich allein nicht den ganzen Behauptungsgehalt des Urteils zu stützen vermag, sondern notwendig ergänzt werden muß, um das Urteil wirklich wahr zu machen. So ist z. B. für das positive Universalurteil: »Alle Dramen Schillers sind Geschichtsdramen« die Tatsache, daß seine Dramen »Wilhelm Tell« und »Wallenstein« Geschichtsdramen sind, zwar ein Grund, weil sie das Urteil zu stützen vermag, aber durchaus kein zureichender Grund, weil sie allein nicht genügt, um das Urteil nach seinem ganzen Bedeutungsgehalt wahr zu machen, sondern dazu notwendig der Ergänzung durch andere Tatsachen bedürfen würde.

Um den Sinn des angeführten Satzes vom zureichenden Grunde zu präzisieren, sei noch auf folgendes hingewiesen. Dieser Satz behauptet nicht, daß jedes Urteil als Urteil eines zureichenden Grundes bedürfe. Denn sonst wäre er falsch, da ein Urteil, um überhaupt ein Urteil zu sein, nur des Aufbaues aus den früher angegebenen Elementen bedarf. Hat ein Urteil keinen zureichenden, oder überhaupt keinen Grund, so ist es doch immerhin ein Urteil, das als solches trotz jenes Mangels besteht. Der zureichende Grund, der von unserem Satz gefordert wird, ist also kein Grund für den Sinn und Bestand des Urteils überhaupt. — Ebenfowenig fordert daher unser Satz, daß jedes Urteil, um seinen Anspruch auf Wahrheit zu erheben, notwendig einen zureichenden Grund haben müsse. Denn sonst würde er wiederum falsch sein. Jedes Urteil macht rein von sich aus, aus seinem eigenen Wesen heraus den Anspruch auf Wahrheit. Es bedarf keines Grundes außerhalb seiner, um sich darauf zu stützen. Der Anspruch quillt direkt aus seinem eigenen Inneren, auch wenn jeder zureichende Grund fehlt. Ohne diesen Anspruch ist es gar kein Urteil. Gewiß ist ein Urteil, das seinen Anspruch

auf Wahrheit ohne zureichenden Grund erhebt, eine bloße Behauptung, aber jedes Urteil ist ja tatsächlich an sich nichts anderes als ein entfaltend behauptendes Gedankengebilde, dessen Anspruch auf Wahrheit ihm nicht von einem Grunde her zuwächst, sondern in ihm selbst wurzelt. So zeitlos ewig wie das Urteil selbst, ist auch sein Anspruch auf Wahrheit. Ist das Urteil ohne zureichenden Grund, so ist sein Anspruch unerfüllt, aber doch vorhanden. – Auch das Recht zu seinem Anspruch braucht dem Urteil nicht erst von einem Grunde verliehen zu werden, sondern haftet ihm schon ursprünglich und ewig an und kann ihm durch nichts bestritten werden. Denn nicht das Recht irgendeines Menschen, bestimmte Urteile zu vollziehen, sondern das Recht des Urteils selbst, seinen Anspruch auf Wahrheit zu stellen, steht hier in Frage. Nur die Erfüllung seines Anspruchs kann und muß das Urteil von anderswoher bekommen. Ist sein Anspruch voll erfüllt, so ist das Urteil wirklich wahr. Und daß nun jedes Urteil, um wahr zu sein, notwendig eines zureichenden Grundes bedarf, das ist der eigentliche Sinn des Satzes vom zureichenden Grunde. Kann jedes Urteil zwar aus sich den Anspruch auf Wahrheit erheben, so kann es doch nicht aus sich selbst wahr sein, sondern es bedarf dazu, wie unser Satz sagt, eines solchen Grundes, der seinen ganzen Behauptungsgehalt zu stützen vermag.

Dieser Satz setzt also die Wahrheit eines Urteils in eine notwendige Abhängigkeitsbeziehung zu dem zureichenden Grunde. Sein Bedeutungsgehalt kann daher auch äquivalent in den Satz gefaßt werden: »Die Wahrheit eines Urteils bedarf notwendig eines zureichenden Grundes«, d. h. soll die Wahrheit eines Urteils nicht bloß beansprucht sein, sondern voll und ganz bestehen, so muß ein zureichend stützender Grund außerhalb des Urteils vorhanden sein. Deshalb ist den beiden vorangehenden Formen auch der folgende dritte Satz äquivalent, der befragt: »Das Bestehen jeder Wahrheit hat seinen zureichenden Grund«, womit wir auf den Leibnizschen Satz zurückgekommen sind.

Welche der drei angegebenen Formen des Satzes man nun auch nimmt, ob man ihn also auf jedes Urteil, oder auf die Wahrheit jedes Urteils, oder auf das Bestehen der Wahrheit bezieht, in jedem Falle hat er erstens wirklich logische Gegenstände zu Subjektsgegenständen, er behauptet zweitens etwas rein Logisches, und er gründet drittens seine Behauptung auf das spezifische Wesen seiner logischen Gegenstände. Er ist also in jeder dieser Formen ein rein logischer Satz.



Nachdem nun sein Sinn klargestellt ist, entsteht die Frage nach seiner Wahrheit; denn er selbst ist ein Urteil, das Anspruch auf Wahrheit macht. Gibt es nicht Urteile, die rein aus sich wahr sind, die also keines zureichenden Grundes bedürfen, um wahr zu sein? Ist nicht z. B. das Urteil »Schwefel ist Schwefel« oder das Urteil »Ein Körper ist ein ausgedehntes, raumerfüllendes, festes Stück Materie«, und ist nicht jedes beliebige andere »analytische« Urteil unmittelbar evident, rein aus sich wahr, ohne noch eines zureichenden Grundes zu bedürfen? – Indessen, auch diese analytischen Urteile haben nur ihren Anspruch auf Wahrheit, nicht aber ihre Wahrheit selbst aus sich. Auch ihre Wahrheit gründet vielmehr in dem Verhalten der von ihnen betroffenen Gegenstände. Nur das Verhalten dieser Gegenstände kann sie wirklich wahr machen. Auch diese Urteile bedürfen, um wahr zu sein, eines zureichenden Grundes. Ihre Wahrheit besteht nur, weil das Verhalten der von ihnen betroffenen Gegenstände ihnen den zureichenden Grund darbietet. – Ebenso sind auch die mathematischen Axiome wie »Gleiches zu Gleichem addiert, gibt Gleiches«, oder »Zwei parallele Linien sind überall gleich weit voneinander entfernt, soweit man sie auch verlängern mag«, und erst recht solche Urteile wie » $2 \times 2 = 4$ « vielleicht in gewissem Sinne unmittelbar evident, aber sie sind doch notwendig eines zureichenden Grundes ihrer Wahrheit bedürftig. An und aus sich selbst können auch sie ihre Wahrheit nicht haben, sondern sie nur durch das entsprechende Verhalten der von ihnen betroffenen Gegenstände bekommen. Erst dieses Verhalten macht sie wirklich wahr und zwar nur dann, wenn es ihren ganzen Behauptungsgehalt wirklich stützt, also ein zureichender Grund für sie ist.

Doch jeder Zweifel an der tatsächlichen Gültigkeit des Satzes vom zureichenden Grunde wird restlos dann schwinden, wenn man sich vor einem letzten Mißverständnis hütet. Der Satz besagt nämlich durchaus nicht, daß jedes Urteil, um wahr zu sein, notwendig eines Beweises bedürfe. Denn versteht man unter einem Beweis die Begründung eines Urteils durch gewisse andere Urteile, deren Wahrheit schon feststeht, so ist der zureichende Grund, den unser Satz für die Wahrheit jedes Urteils verlangt, nicht notwendig ein Beweis. Denn, ein Urteil kann wahr sein, ohne bewiesen zu sein, und es kann einen zureichenden Grund haben, ohne überhaupt eines Beweises fähig zu sein. Schließlich setzt ja jeder Beweis solche Urteile voraus, die wahr sind und einen zureichenden Grund haben, aber eines Beweises nicht mehr bedürfen. Solche Urteile sind z. B. die angeführten mathematischen Axiome; sie haben zwar

ihren zureichenden Grund in dem Verhalten der von ihnen betroffenen Gegenstände, aber sie sind eines Beweises weder fähig, noch bedürftig. Auch zahlreiche andere Urteile, wie z. B. das Urteil »Rot ist von Grün verschieden«, haben ihren zureichenden Grund in dem Wesen der von ihnen betroffenen Gegenstände; ihre Wahrheit kann jedoch in keiner Weise bewiesen, d. h. durch andere Urteile begründet werden. Es ist daher eine verirrte Verftiegenheit, zu verlangen, daß jedes Urteil, das wahr sein soll, erst bewiesen werde. Ein Satz, der behaupten wollte, daß kein Urteil ohne Beweis wahr sein könne, wäre daher ein offenbar falscher Satz. Ein solches blindes Beweisverlangen konnte nur eine Zeit stellen, die das Vertrauen, durch direkte Erschauung des Verhaltens der betroffenen Gegenstände die Wahrheit bestimmter Urteile erfassen zu können, gänzlich verloren hatte und in einen endlosen Relativismus verfunken war.

Der Satz vom zureichenden Grunde ist nun selbst ein Urteil und muß daher, wenn er wahr sein soll, selbst einen zureichenden Grund haben. Auch er ist nicht in dem Sinne unmittelbar evident, daß er seine Wahrheit aus sich selbst hätte und keines zureichenden Grundes bedürfte. Er fällt als Urteil in sein eigenes Geltungsbereich. Der Versuch nun, ihn durch Ableitung aus dem Kausalitätsprinzip als wahr zu erweisen, ist von vornherein als untauglich abzuweisen. Denn das Kausalitätsprinzip, indem es behauptet, daß alles reale Sein und Geschehen notwendig seine Ursache, seinen zureichenden Realgrund habe, bezieht sich nur auf reales, in der realen Zeit vorhandenes Sein und Geschehen. Es kann also für die logischen Gegenstände, speziell für die Urteile und deren Wahrheit, keine Geltung haben, da diese nichts Reales, die reale Zeit Ausfüllendes sind. Und es gibt auch keinen Weg, auf dem man aus der Gültigkeit des Kausalitätsprinzips folgerichtig schließen könnte, daß notwendig jedes Urteil eines zureichenden Grundes seiner Wahrheit bedürfe. Das Kausalitätsprinzip und der logische Satz vom zureichenden Grunde sind unabhängig voneinander gültig: das erste ist ein *real-ontologischer* Satz, der selbständig neben dem logischen Satz steht.

Ebenfowenig wie durch das Kausalitätsprinzip kann nun der logische Satz etwa durch das *Motivationsgesetz* bewiesen werden. Mag das Handeln des Menschen, mit Einschluß seines Fürwahrhaltens von Urteilen, immerhin notwendig eines zureichenden Motivs, also eines solchen Grundes bedürfen, durch den er hinreichend bestimmt wird, etwas Bestimmtes zu tun, also auch bestimmte Urteile für

wahr zu halten, so kann auf dieses Motivationsgesetz doch kein einziger logischer Satz, also auch nicht der Satz vom zureichenden Grunde, gegründet werden. Hat das Glauben notwendig ein Motiv, so braucht deshalb noch nicht das geglaubte Urteil einen zureichenden Grund zu haben. Denn es besteht zwischen dem Motivationsgesetz und dem Satz vom zureichenden Grunde kein bündiger Begründungszusammenhang. Die beiden Sätze sind nicht nur bedeutungsverschieden, sondern auch nicht durch einander begründbar.

Es liegt nun verführerisch nahe, die letzte Grundlage für den Satz vom zureichenden Grunde in dem Wesen der menschlichen Vernunft zu suchen. Der Mensch kann, wenn er vernünftig denken will, kein Urteil endgültig für wahr halten, solange ihm der zureichende Grund dafür fehlt. Seine Vernunft verlangt von ihm, für jedes Urteil, das wahr sein soll, einen zureichenden Grund zu suchen. Es liegt im Wesen der Vernunft, diese Forderung zu stellen. Folglich, so kann man meinen, sei das Wesen der Vernunft der letzte Grund, warum jedes Urteil, um wahr zu sein, eines zureichenden Grundes bedürfe. Doch auch hierin liegt wieder ein Fehlschluß vor. Denn unter der Vernunft versteht man hier ein subjektives Denkvermögen. Von dem Wesen jedes Denkvermögens, und trage es auch den edlen Namen der Vernunft, ist aber die Wahrheit des Urteils gänzlich unabhängig. Daß diese Wahrheit notwendig einen zureichenden Grund hat, kann nicht aus dem Wesen der Vernunft folgen, sondern gilt unabhängig davon, ob irgendein Denkvermögen es fordert oder nicht. Vielmehr verlangt die Vernunft nur deshalb einen zureichenden Grund für die Wahrheit jedes Urteils, weil diese Wahrheit an sich gar nicht bestehen kann, ohne einen zureichenden Grund zu haben. Nicht aber deshalb hat diese Wahrheit notwendig einen zureichenden Grund, weil die Vernunft es verlangt.

Sind nun weder jene beiden Prinzipien, noch das Wesen der Vernunft die zureichende Grundlage für unsern Satz, so könnte man ihn noch auf Erfahrung zu stützen versuchen. Allein, wenn man auch ausnahmslos in der Erfahrung festgestellt hätte, daß alle bisher untersuchten wahren Urteile tatsächlich einen zureichenden Grund hatten, so würde sich darauf doch niemals die weit über alle Erfahrung hinausgehende Behauptung gründen lassen, daß auch jedes beliebige andere wahre Urteil notwendig seinen zureichenden Grund habe. Nur eine dahingehende Mutmaßung von sehr geringer Wahrscheinlichkeit ließe sich darauf stützen. Induktive Verallgemeinerung

auf Grund vergangener Erfahrung kann hier so wenig, wie bei den anderen logischen Grundfägen, ihre Wahrheit erweisen.

Ist nun die Wahrheit des Satzes vom zureichenden Grund weder in dem angegebenen Sinne unmittelbar evident, noch durch die angegebenen Deduktionen und Induktionen ersichtlich zu machen, so muß sie doch, wenn sie bestehen soll, selbst einen zureichenden Grund haben. Und in der Tat läßt sich ein solcher Grund auffinden, nur auf einem anderen, als den bisher eingeschlagenen Wegen. Es liegt nämlich im Wesen jedes Urteils überhaupt, den Anspruch auf Wahrheit zu machen. Die Wahrheit aber ist, wie wir früher gesehen haben, ihrem Wesen gemäß etwas, was dem Urteil nicht an und für sich, sondern nur in einer bestimmten Relation zu etwas anderem, nämlich in der Übereinstimmungsrelation zu dem Verhalten der von ihm betroffenen Gegenstände zukommen kann. Nur wenn diese Relation besteht, kann das Urteil überhaupt wahr sein. Diese Relation aber verlangt zu ihrem Bestehen notwendig zwei Fundamente, nämlich einerseits das Urteil und andererseits das Verhalten der von dem Urteil betroffenen Gegenstände. Dieses Verhalten der betroffenen Gegenstände ist das absolut und allein maßgebende Fixum für die Wahrheit jedes Urteils. Soll also ein Urteil nicht nur den Anspruch auf Wahrheit erheben, sondern soll ihm die Wahrheit selbst zukommen, so ist dazu unbedingt das entsprechende Verhalten der Gegenstände als Grund notwendig. Die Wahrheit eines Urteils besteht aber ihrem Wesen gemäß nur dann voll und ganz, wenn das Verhalten der betroffenen Gegenstände mit dem ganzen Behauptungsgehalt des Urteils übereinstimmt, wenn also dieser Grund ein zureichender ist. Folglich bedarf jedes Urteil, um wahr zu sein, notwendig eines zureichenden Grundes. Und ebenso bedarf natürlich die Wahrheit des Urteils eines zureichenden Grundes. Besteht die Wahrheit, so hat sie also notwendig ihren zureichenden Grund, ohne den sie gar nicht wirklich sein kann. Diese drei Folgerungen sind die drei obigen Formen des Satzes vom zureichenden Grunde, dessen Wahrheit hiermit also ersichtlich gemacht ist. Sein eigener zureichender Grund liegt demnach in dem Wesen des Urteils und in dem Wesen der Wahrheit. Nicht aus den Begriffen, also nicht aus dem Begriff des Urteils und dem Begriff der Wahrheit, sondern aus dem eigenen Wesen des Urteils und der Wahrheit selbst ist hier die Wahrheit des Satzes vom zureichenden Grunde gefolgert. Dieser in dem Wesen des Urteils und der Wahrheit liegende Grund ist unabhängig von der Natur irgendwelcher denkender Subjekte; er

ist ein zeitloser, ewiger Grund und sichert den Satz vom zureichenden Grund gegen jede Relativierung, d. h. gegen jede Beschränkung seiner Gültigkeit auf das Denken bestimmtbeschaffener denkender Wesen. Unter Satz gilt, da er seine Grundlage außerhalb aller denkenden Wesen hat, notwendig für jedes beliebige denkende Subjekt, gleichgültig ob dieses ihm seine Anerkennung zollt oder nicht.

Urteile, als diese bestimmten ideellen Gebilde für sich genommen, schweben gleichsam im Leeren. Sie alle gebärden sich freilich so, als ob sie zureichend begründet wären. Indem sie den Anspruch auf Wahrheit machen, tendieren sie alle auf ihre zureichenden Gründe hin. Diejenigen von ihnen, die wirklich wahr sind, ruhen unerschütterlich auf ihren zureichenden Gründen; sie sind aus dem wogenden Meere der Urteile überhaupt als diejenigen herausgehoben, die festen Fuß gefaßt haben. Die übrigen dagegen sind bloße Behauptungen, die ihre Verankerung in zureichenden Gründen fingieren und vergeblich suchen. Denn nicht als ein Heer von willkürlichen Machtprüchen zielen die Urteile auf ihre Gegenstände hin, sondern sie wollen durchaus nur die gedanklichen Diener der Gegenstände sein und nur auf dem Grunde deren Verhaltens und in völlig einschmiegender Anpassung an sie ihre gedanklichen Taten vollziehen. Sie überlassen es unbedingt den Gegenständen, ihnen den Ausweis ihrer Berechtigung, die zureichende Grundlage ihrer Wahrheit zu geben. Es liegt im Wesen der Urteile, ihre ganze Legitimation von ihren Objekten her zu beziehen. Sie bedürfen, wie Papiergeld, notwendig der hinreichenden Deckung durch die Sachen.

#### Spezielle Form des Satzes vom zureichenden Grunde.

Das Bestehen der Wahrheit im Sinne von Leibniz war es eigentlich, worauf wir bisher den Satz vom zureichenden Grunde bezogen haben. Denn der zureichende Grund war als Grund der Wahrheit des Urteils genommen. Bei der Einteilung der verschiedenen Arten von Gründen pflegt man nun oft, so wie es schon Schopenhauer getan hat, von der Ursache und dem Motiv den logischen Grund als den Erkenntnisgrund zu unterscheiden. Und der Satz vom zureichenden Grunde wird dann speziell als der Satz vom Erkenntnisgrund bezeichnet. Als solcher ist er aber nicht mit dem oben angegebenen Satz identisch, sondern vielmehr eine spezielle Form desselben. Dies ergibt sich aus folgender Betrachtung.

Nicht jedes beliebige Urteil ist schon eine Erkenntnis. Damit ein Urteil eine Erkenntnis sei, muß es zum mindesten wahr sein.

Unwahre, falsche Urteile sind keine Erkenntnisse. Die Wahrheit ist aber, wenn auch notwendig, so doch durchaus nicht hinreichend, um ein Urteil zu einer Erkenntnis zu machen. Angenommen, das Urteil »Gott existiert« sei wahr, dann wäre dieses wahre Urteil doch noch so lange keine Erkenntnis, als seine Wahrheit nicht ersichtlich gemacht wäre. Denn die Wahrheit eines Urteils ist nicht identisch mit ihrer Ersichtlichkeit. Sie kann daher auch bestehen, ohne schon ersichtlich zu sein. Zeigt man also, daß die Wahrheit eines bestimmten Urteils, z. B. des Urteils »Gott existiert«, nicht ersichtlich oder durch einen vorgegebenen Beweis nicht ersichtlich gemacht sei, so hat man damit durchaus nicht etwa erwiesen, daß die Wahrheit dieses Urteils nicht bestehe. Man hat dann gezeigt, daß das Urteil noch keine Erkenntnis, nicht aber, daß es falsch sei. Es kann vielmehr dann immer noch wahr sein. Freilich, wenn die Wahrheit eines Urteils ersichtlich, evident ist, dann besteht sie auch notwendig, nicht aber ist sie auch schon notwendig ersichtlich, wenn sie besteht.

Nun hat die Ersichtlichkeit der Wahrheit allerdings Beziehung auf solche Subjekte, die sie zu sehen fähig sind. Und die Wege, auf denen die Wahrheit eines Urteils ersichtlich werden kann, hängen von der Beschaffenheit derjenigen Subjekte ab, denen sie ersichtlich gemacht werden soll. Aber das Bestehen der Wahrheit eines Urteils wird davon gar nicht betroffen. Können bestimmte Subjekte ihrer Natur nach die Wahrheit bestimmter Urteile nicht einsehen, so berührt dies die Wahrheit selbst gar nicht. In keiner Weise wird die Wahrheit des Urteils dadurch vernichtet. Und diese Wahrheit entsteht auch nicht erst dann in dem Zeitpunkt, wo sie bestimmten Subjekten ersichtlich wird. Sie ist und besteht ganz unabhängig davon, ob sie bestimmten Subjekten ersichtlich ist oder nicht. Die erkennenden Subjekte müssen ihrerseits bestimmte Bedingungen erfüllen, wenn für sie bestimmte wahre Urteile sollen zu Erkenntnissen werden können. Sonst bleiben sie ewig von der Erkenntnis der Wahrheit dieser Urteile ausgeschlossen.

Von diesen subjektiven Bedingungen der Erkenntnis sind nun deren objektive Bedingungen zu unterscheiden, d. h. diejenigen Bedingungen, die außerhalb der erkennenden Subjekte erfüllt sein müssen, wenn die Wahrheit der Urteile überhaupt soll ersichtlich werden können. Es ist vorauszusehen, daß diese objektiven Bedingungen wahrscheinlich bei verschiedenen Urteilen und auch für verschiedene erkennende Subjekte verschieden sein werden. Aber es ist doch möglich, daß für alle Urteile überhaupt und auch für alle erkennenden Subjekte überhaupt gewisse Grund-

bedingungen notwendig erfüllt sein müssen, wenn die Wahrheit ersichtlich und die Urteile zu Erkenntnissen werden sollen. Daß es nun nicht nur möglich, sondern tatsächlich so sei, das behauptet gerade der spezielle Satz vom zureichenden Grunde als Satz vom Erkenntnisgrund. Der Erkenntnisgrund ist der Grund, der ein Urteil zur Erkenntnis macht, der also die Wahrheit des Urteils ersichtlich macht. Daß dieser nun allgemein für jede Erkenntnis notwendig sei, daß ohne einen zureichenden Grund niemals die Wahrheit eines Urteils ersichtlich sei, behauptet dieser Satz. Er enthält also einen negativen Sinn, der besagt: die Wahrheit keines einzigen Urteils ist ohne weiteres ersichtlich; er leugnet also, daß es »unmittelbar evidente« Urteile gibt, wenn man unter diesen solche versteht, die unmittelbar aus sich selbst als wahr ersichtlich sind. Der Satz enthält außerdem einen positiven Sinn, indem er besagt: jedes Urteil bedarf, um Erkenntnis zu werden, notwendig eines Grundes, aus dem seine Wahrheit ersichtlich werden kann, und zwar eines zureichenden Grundes, d. h. eines solchen, der hinreicht, um den ganzen Behauptungsgehalt des Urteils als wahr ersichtlich zu machen; er behauptet, daß alle Urteile nur »mittelbar evident« sind in dem Sinne, daß sie notwendig noch eines Mittels bedürfen, damit ihre Wahrheit ersichtlich wird. Freilich versteht man meistens unter der unmittelbaren und mittelbaren Evidenz von Urteilen etwas anderes, als hier gemeint ist; und dann gibt es sowohl unmittelbar, als mittelbar evidente Urteile. Dies schließt aber der obige Satz vom Erkenntnisgrund auch nicht aus, wie wir nachher sehen werden. Nachdem nun der Sinn dieses Satzes geklärt ist, ist seine Wahrheit selbst ersichtlich zu machen.

Seine negative Behauptung, daß kein Urteil ohne weiteres als wahr ersichtlich ist, ergibt sich aus dem Wesen der Wahrheit und ihrem Verhältnis zum Urteil. Die Wahrheit ist eine Bestimmtheit des Urteils, die auf seiner Übereinstimmung mit dem Selbstverhalten der von ihm betroffenen Gegenstände beruht. Sie kommt dem Urteil nicht an sich selbst, sondern nur in seiner Beziehung auf die betroffenen Gegenstände zu. Sie kann also auch unmöglich an dem Urteil sichtbar werden, solange dieses für sich allein betrachtet wird. Also ist die negative Behauptung des Satzes notwendig wahr. — Die positive Behauptung des Satzes, daß jedes Urteil um Erkenntnis zu sein notwendig eines zureichenden Grundes bedarf, ergibt sich aus dem Wesen der Erkenntnis und dem Wesen der Wahrheit. Soll ein Urteil wirklich Erkenntnis sein, so muß seine volle

Wahrheit ersichtlich sein. Seine volle Wahrheit ist die Wahrheit seines ganzen Behauptungsgehaltes. Diese Wahrheit kann ihrem Wesen gemäß niemals an dem Urteil selbst ohne weiteres ersichtlich sein. Dazu ist vielmehr in jedem Fall nötig, daß an das Urteil noch etwas, ein Grund herangebracht wird, und zwar ein zureichender Grund, d. h. ein solcher, der den vollen Behauptungsgehalt des Urteils als wahr ersichtlich zu machen vermag. Und dies gilt offenbar ganz unabhängig von der speziellen Natur der erkennenden Subjekte und stellt daher eine objektive Bedingung jeder Erkenntnis fest. Wie begabt auch irgendein erkennendes Subjekt sein mag, niemals wird es ihm gelingen, ein Urteil ohne zureichenden Grund zu einer Erkenntnis zu machen. Die positive Behauptung des Satzes, daß jede Erkenntnis notwendig eines zureichenden Grundes bedürfe, ist also selbst notwendig wahr.

Der allgemeine Satz vom zureichenden Grunde bezieht sich auf die Wahrheit, dieser spezielle Satz dagegen auf die Ersichtlichkeit der Wahrheit eines Urteils. Der erste fordert, daß die Wahrheit jedes Urteils einen zureichenden Grund habe, der zweite fordert, daß ein zureichender Grund ersichtlich sein müsse, wenn die Wahrheit des Urteils nicht nur bestehen, sondern auch ersichtlich, das Urteil also eine Erkenntnis sein solle. Das bloße tatsächliche Dasein eines zureichenden Grundes genügt zwar, um ein Urteil wahr zu machen, also seine Wahrheit zureichend zu begründen; aber es genügt nicht, um die Wahrheit auch ersichtlich zu machen, also die Erkenntnis zureichend zu begründen. Um dies letztere zu erreichen, muß der zureichende Grund auch ersichtlich sein. Die beiden Sätze aber gelten an und für sich, gänzlich unabhängig von der besonderen Natur irgendwelcher urteilender und erkennender Subjekte. Sie gründen zeitlos in dem Wesen des Urteils, dem Wesen der Wahrheit und ihrer Ersichtlichkeit, und in dem Wesen der Erkenntnis.

Wenn nun der spezielle Satz vom Erkenntnisgrund verlangt, daß jedes Urteil, dessen Wahrheit ersichtlich sein soll, durch einen zureichenden Grund gestützt werde, so kann dieses Verlangen zunächst in zwei verschiedenen Weisen erfüllt werden. Die erste und direkte Weise besteht darin, daß genau derjenige Sachverhalt ersichtlich gemacht wird, den das Urteil setzt. Denn, ist dieser Sachverhalt selbst ersichtlich, so ist auch die Wahrheit des entsprechenden Urteils notwendig ersichtlich. Der ersichtliche Sachverhalt selbst ist dann der zureichende Grund für das Urteil als Erkenntnis. Ein solches Urteil nun, dessen Wahrheit dadurch ersichtlich wird, daß das mit ihm



übereinstimmende Verhalten des betroffenen Gegenstandes selbst direkt ersichtlich ist, nennt man ein »unmittelbar evident« Urteil. Hiermit kann und darf nicht gesagt sein, daß die Wahrheit direkt aus dem Urteil selbst, oder aus seinen Begriffen, ersichtlich sei, sondern nur, daß sie unmittelbar aus dem ersichtlichen Verhalten der betroffenen Gegenstände selbst einleuchte.

Es besteht aber nun die merkwürdige Tatsache, daß die Wahrheit eines Urteils nicht nur auf dem angegebenen direkten und scheinbar allein natürlichen Wege, sondern auch dadurch ersichtlich gemacht werden kann, daß andere wahre Urteile stützend herangebracht werden. Dann bilden eben diese anderen Urteile den zureichenden Grund für die Ersichtlichkeit der Wahrheit des begründeten Urteils, also dafür, daß dieses eine Erkenntnis ist. Ein solches Urteil nun, dessen Wahrheit aus der Wahrheit anderer Urteile ersichtlich wird, nennt man ein »mittelbar evident« Urteil, weil seine Evidenz, d. h. die Ersichtlichkeit seiner Wahrheit vermittelt ist durch die Wahrheit der bestimmten anderen Urteile. Nur dann jedoch bilden die anderen wahren Urteile den zureichenden Grund für die Evidenz des durch sie begründeten Urteils, wenn ihre eigene Wahrheit nicht selbst erst durch die Wahrheit des zu begründenden Urteils ersichtlich werden kann. Denn sonst würden ja diese Urteile ihr Wahrheitslicht gerade von demjenigen Urteil herleiten, dem sie es erst zuleiten sollen. Aber selbst dann, wenn nun die anderen Urteile wirklich den zureichenden Grund bilden, also die Wahrheit des begründeten Urteils wirklich ersichtlich machen, so ist dies doch eine merkwürdige Tatsache. Denn eigentlich kann die Wahrheit eines Urteils ihrem Wesen nach nur dann wirklich ersichtlich werden, wenn der entsprechende sichtbare Sachverhalt an das Urteil herangebracht wird. Wie ist es möglich, dasselbe Resultat durch Heranbringung bestimmter anderer wahrer Urteile zu erreichen, mit anderen Worten, wie ist eine mittelbare Begründung der Urteile überhaupt möglich? Erst in dem nächsten Abschnitt, in der Lehre von den Schlüssen, ist diese Frage zu erörtern. Hier, wo der Satz vom zureichenden Grund zu erläutern und zu erweisen war, ist nur hervorzuheben, daß dieser Satz in seiner speziellen Form als Satz vom Erkenntnisgrund keineswegs das Bestehen mittelbarer Gründe der Evidenz leugnet. Ob freilich solche mittelbaren Gründe, selbst wenn sie die Wahrheit eines Urteils mittelbar ersichtlich zu machen vermögen, auch die letztlich zureichenden Gründe für eine Erkenntnis sein können, muß hier dahingestellt bleiben.

Der Satz vom zureichenden Grunde ist in jeder der angegebenen Formen verschieden von den drei anderen logischen Grundsätzen.

Während der Satz von der Identität besagt, welche Urteile notwendig wahr sind, erklärt der Satz vom zureichenden Grunde, daß jedes Urteil, um wahr und als wahr ersichtlich zu sein, notwendig eines zureichenden Grundes bedürfe. Der letztere Satz ist also allgemeiner, insofern er von allen Urteilen überhaupt spricht, während der Satz von der Identität sich nur auf bestimmtbeschaffene Urteile bezieht. Er kann also auch nicht ohne weiteres aus diesem abgeleitet werden, denn was von bestimmten Urteilen gilt, gilt deshalb noch nicht von jedem Urteil überhaupt. Es kann indessen auch nicht umgekehrt der Satz von der Identität aus dem Satz vom zureichenden Grunde abgeleitet werden, wenn man nicht neue Erkenntnisse hinzunimmt. Denn, wenn auch jedes Urteil, das einen zureichenden Grund hat, notwendig wahr ist, so folgt daraus noch nicht ohne weiteres, daß diejenigen Urteile, deren Prädikatsbegriff total oder partiell mit ihrem Subjektsbegriff identisch ist, auch ihren zureichenden Grund haben, und deshalb notwendig wahr sind. Soll dies letztere erkannt werden, so muß dazu die Erkenntnis hinzutreten, daß jeder Gegenstand mit sich selbst identisch ist, eine Erkenntnis, die keineswegs schon mit dem Satz vom zureichenden Grunde gegeben ist. Die beiden Sätze sind also voneinander verschieden und gegen einander selbständig.

Von dem Satz vom Widerspruch in seiner allgemeinen Form unterscheidet sich der Satz vom zureichenden Grunde dadurch, daß er nicht, wie jener, sich auf zwei einander kontradiktorisch entgegengesetzte Urteile bezieht, sondern von jedem Urteil, das wahr ist und dessen Wahrheit ersichtlich ist, spricht. Der Satz vom Widerspruch in der speziellen Form besagt, daß ein in sich widerspruchsvolles Urteil unmöglich wahr sein kann; er zielt also auf bestimmtbeschaffene Urteile, während der Satz vom zureichenden Grunde allgemein von jedem wahren und als wahr ersichtlichen Urteil spricht. Aus dem Satz vom Widerspruch kann daher unser Satz ebenfalls nicht abgeleitet werden. Und auch umgekehrt kann nicht aus ihm der Satz vom Widerspruch abgeleitet werden. Denn um den letzteren als wahr zu erkennen, bedarf es einer Erkenntnis, die keineswegs schon in unserem Satz enthalten ist und die besagt, daß kein Gegenstand zugleich in derselben Hinsicht P und nicht P sein kann. Beide Sätze sind also voneinander verschieden und gegeneinander selbständig.

Der Satz vom ausgeschlossenen Dritten ist offensichtlich ebenfalls durch seine spezielleren Subjektsgegenstände verschieden von dem allgemeineren Satz vom zureichenden Grunde. Er kann daher auch

nicht die hinreichende Ableitungsgrundlage für ihn bilden, und kann auch selbst nicht aus ihm abgeleitet werden. Denn er bedarf zu seiner Grundlage notwendig der Erkenntnis, daß jeder Gegenstand notwendig entweder P oder nicht P ist, eine Erkenntnis, von der der Satz vom zureichenden Grunde gar nichts enthält. Auch diese beiden Sätze sind also voneinander verschieden und gegeneinander selbständig.

#### Fünftes Kapitel.

#### Die obersten logischen Grundsätze als Sätze über die Wahrheit und Falschheit von Urteilen.

Nachdem nun der Sinn, die Gültigkeit, die Verschiedenheit und die Selbständigkeit der vier überlieferten obersten logischen Grundsätze aufgewiesen sind, soll der Versuch gemacht werden, sie in übersichtlicher Weise zusammenhängend zu entwickeln.

Die Aufgabe ist, allgemeine Erkenntnisse über die Wahrheit und Falschheit von Urteilen zu gewinnen. Vorausgesetzt ist, daß das Wesen der Urteile und das Wesen der Wahrheit und Falschheit erkannt sind. Nun sind die Urteile behauptende Gedankengebilde, die mit dem Anspruch auf Wahrheit über bestimmte Gegenstände, auf die sie sich durch ihre Subjektsbegriffe beziehen, etwas positiv oder negativ entfaltend behaupten. Der Anspruch, wahr zu sein, ist ihnen absolut wesentlich; lassen sie ihn fallen, so geben sie sich damit selbst auf.

1. Wahr ist ein Urteil, wenn es in seinem Behauptungsgehalt mit dem Verhalten der von ihm betroffenen Gegenstände übereinstimmt. Das Selbstverhalten der betroffenen Gegenstände ist dabei das maßgebende Fixum und der letztlich entscheidende Grund für die Wahrheit des Urteils. Dieser Grund ist ein zureichender, wenn er den ganzen Behauptungsgehalt des Urteils zu stützen, also dem Urteil volle Wahrheit zu geben vermag. Kein Urteil kann also wirklich wahr sein, wenn es nicht seinen zureichenden Grund außerhalb seiner selbst hat. Durch den Anspruch auf Wahrheit, der dem Urteil wesentlich innewohnt, gibt es vor, einen zureichenden Grund zu haben. Soll dieser Anspruch und dieses Vorgehen nicht leer sein, so muß der zureichende Grund für das Urteil wirklich bestehen. Es gilt also notwendig der Satz vom zureichenden Grunde in der Form: »Jedes Urteil bedarf, um wahr zu sein, notwendig eines zureichenden Grundes.«

2. Die Wahrheit eines Urteils kann ihrem Wesen gemäß nur dann unmittelbar ersichtlich werden, wenn ersichtlich wird, daß das Selbstverhalten der betroffenen Gegenstände mit dem ganzen Behauptungsgehalt des Urteils übereinstimmt. Und dies ist nur möglich, wenn jenes Selbstverhalten selbst ersichtlich ist. Dieses Selbstverhalten ist der zureichende Grund, wenn es den ganzen Behauptungsgehalt des Urteils bestätigt. Soll also die volle Wahrheit eines Urteils unmittelbar ersichtlich werden, so muß sein zureichender Grund ersichtlich sein. Dies ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für die Ersichtlichkeit der Wahrheit eines Urteils. Es muß außerdem notwendig das Urteil gedacht und seine Übereinstimmung mit dem ersichtlichen zureichenden Grund erfaßt werden. Da nun ein Urteil nur dann eine Erkenntnis ist, wenn seine volle Wahrheit ersichtlich ist, und dies nur möglich ist, wenn der zureichende Grund ersichtlich ist, so muß, wenn ein Urteil eine Erkenntnis sein soll, notwendig der zureichende Grund ersichtlich sein. Also gilt der Satz vom Erkenntnisgrund in der Form: »Jede Erkenntnis bedarf notwendig der Ersichtlichkeit ihres zureichenden Grundes.«

3. Falsch ist ein Urteil, wenn es dem Verhalten der von ihm betroffenen Gegenstände widerspricht. Auch für die Falschheit eines Urteils ist allein das Selbstverhalten der betroffenen Gegenstände das maßgebende Fixum und der letzte Grund. Dieser Grund ist aber schon dann ein zureichender, wenn er nur in irgendeinem Punkte dem Behauptungsgehalt des Urteils widerspricht. Da also die Falschheit eines Urteils notwendig des Widerstreits von seiten der betroffenen Gegenstände bedarf, so muß ein Urteil, um falsch zu sein, notwendig einen zureichenden widerstreitenden Grund haben.

4. Sowohl der zureichende Grund der Wahrheit, als auch der der Falschheit eines Urteils liegt niemals in dem Urteil selbst, sondern immer in dem ihm jenseitigen Selbstverhalten der betroffenen Gegenstände. Es gilt also ein allgemeiner Satz vom zureichenden Grunde, der besagt: »Ein Urteil kann aus sich selbst weder wahr, noch falsch sein, es bedarf dazu immer eines zureichenden Grundes außerhalb seiner.«

5. Auch die Falschheit eines Urteils kann nur dann unmittelbar ersichtlich werden, wenn ein ihm irgendwie widerstreitendes Verhalten der betroffenen Gegenstände ersichtlich ist. Dies ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung. Denn soll die

Falschheit eines Urteils wirklich ersichtlich werden, so muß außerdem das Urteil gedacht und sein Widerspruch gegen das Selbstverhalten der betroffenen Gegenstände erfaßt werden. Da nun ein Urteil nur dann ein Irrtum ist, wenn seine Falschheit ersichtlich ist, und dies nur möglich ist, wenn ein widerstreitendes Selbstverhalten der betroffenen Gegenstände ersichtlich ist, so gilt der Satz vom Erkenntnisgrund des Irrtums, der besagt: »Jeder Irrtum bedarf notwendig der Ersichtlichkeit eines zureichenden widerstreitenden Grundes.«

Ein Urteil kann also aus sich weder eine Erkenntnis, noch ein Irrtum sein. Es gilt daher der allgemeine Satz: »Ein Urteil ist aus sich selbst weder eine Erkenntnis, noch ein Irrtum; sowohl die Erkenntnis, als auch der Irrtum bedürfen notwendig der Ersichtlichkeit eines außerhalb ihrer gelegenen zureichenden Grundes.«

6. Der von einem Urteil betroffene Gegenstand kann nur dadurch mit dem Urteil übereinstimmen, also es wahr machen, daß er sich selbst genau so verhält, wie das Urteil es behauptet. Er kann also mit einem positiven Urteil nur dadurch übereinstimmen, daß er von sich aus genau dieselbe Prädikatsbestimmtheit, die das Urteil meint, in genau derselben sachlichen Einheitsbeziehung bei sich verhält, in die sie das Urteil ihm gedanklich zusetzt. Dann macht er das positive Urteil wahr. — Er kann mit einem negativen Urteil nur dadurch übereinstimmen, daß er selbst genau dieselbe Prädikatsbestimmtheit, die das Urteil in bestimmter sachlicher Einheits Hinsicht von ihm gedanklich abpreizt, von sich aus in derselben Hinsicht von sich abpreizt. Dann macht er das negative Urteil wahr.

Der von einem Urteil betroffene Gegenstand kann nur dadurch dem Urteil widerstreiten, also das Urteil falsch machen, daß er sich genau entgegengesetzt zu dem verhält, was das Urteil behauptet. Er kann also einem positiven Urteil nur dadurch widerstreiten, daß er diejenige Prädikatsbestimmtheit, die das Urteil in bestimmter sachlicher Einheits Hinsicht gedanklich zu ihm hinzusetzt, von sich aus in derselben Hinsicht von sich abpreizt. Tut er dies, so macht er das positive Urteil falsch. — Er kann einem negativen Urteil nur dadurch widerstreiten, daß er selbst die Prädikatsbestimmtheit, die das Urteil in bestimmter Sacheinheits Hinsicht gedanklich von ihm abpreizt, von sich aus in derselben Hinsicht bei sich verhält. Nur wenn er dies tut, macht er das negative Urteil falsch.

Alle Wahrheit und Falschheit von Urteilen hat also zur notwendigen Voraussetzung, daß die Gegenstände sich unabhängig von den auf sie bezogenen Urteilen in bezug auf alle möglichen Prädikatsbestimmtheiten in allen möglichen Sacheinheits Hinsichten von sich aus entschieden verhalten. Wären die Gegenstände apathisch, so wären über sie weder wahre, noch falsche Urteile möglich. Die ganze Sphäre der Urteile kann nur dadurch zur Wahrheit und Falschheit gelangen, daß ihr eine Welt von Gegenständen mit selbständiger Entschiedenheit gegenübersteht. Diese Entschiedenheit braucht jedoch bei realen Gegenständen nicht eine für alle Zeiten gleichartige zu sein. Auch veränderliche Gegenstände können Urteile wahr und falsch machen, wenn sie sich nur in dieser Veränderung entschieden verhalten. Urteile, die eine Zeitbestimmung enthalten, verlangen auch nur, daß der betroffene Gegenstand sich zu der gemeinten Zeit in bestimmter Hinsicht entschieden verhält. Verhält sich dann der Gegenstand zu der gemeinten Zeit übereinstimmend mit dem Urteil, so ist dieses zeitlos wahr; verhält er sich widerstreitend zu dem Urteil, so ist dieses zeitlos falsch. Da sich nun tatsächlich jeder mögliche Gegenstand hinsichtlich jeder möglichen Prädikatsbestimmtheit in jeder beliebigen Sacheinheits Hinsicht entschieden verhält, so muß jedes bestimmte Urteil notwendig entweder wahr oder falsch sein. Es gilt also der allgemeine logische Satz: »Kein Urteil kann jenseits von wahr und falsch liegen.«

7. Da nun jeder Gegenstand eine und dieselbe Prädikatsbestimmtheit in einer und derselben Sacheinheits Hinsicht nicht zugleich bei sich verhalten und auch von sich abspreizen kann, so macht er, wenn er das erstere tut, notwendig das entsprechende positive Urteil wahr und kann es unmöglich zugleich falsch machen. Spreizt er dagegen jene Prädikatsbestimmtheit von sich ab, so macht er notwendig das entsprechende positive Urteil falsch und kann es unmöglich zugleich wahr machen. Ein wahres positives Urteil kann also nicht zugleich falsch, und ein falsches positives Urteil kann nicht zugleich wahr sein. Es ergibt sich also der allgemeine logische Satz: »Ein positives Urteil kann nicht zugleich wahr und falsch sein; es ist notwendig entweder wahr oder falsch.«

Spreizt ein Gegenstand eine Prädikatsbestimmtheit in bestimmter Sacheinheits Hinsicht von sich ab, so macht er notwendig das entsprechende negative Urteil wahr und kann es nicht zugleich falsch machen. Ein wahres negatives Urteil kann nicht zugleich

falsch sein. Hält der Gegenstand dagegen jene Prädikatsbestimmtheit in der betreffenden Hinsicht bei sich, so macht er das entsprechende negative Urteil falsch und kann es nicht zugleich wahr machen. Ein falsches negatives Urteil kann nicht zugleich wahr sein. Zusammengefaßt ergibt sich also: »Ein negatives Urteil kann nicht zugleich wahr und falsch sein; es ist notwendig entweder wahr oder falsch.«

Die beiden vorangehenden Sätze sind vereinigt in dem Satze: »Jedes Urteil ist notwendig entweder wahr oder falsch.« Gemäß dem Sinn des zweigliedrigen disjunktiven Urteils ist hiermit zweierlei behauptet. Erstens, daß kein Urteil weder wahr noch falsch sein kann. Und zweitens, daß kein Urteil sowohl wahr als auch falsch sein kann.

8. Da kein Gegenstand eine und dieselbe Prädikatsbestimmtheit in derselben Sacheinheitshinsicht von sich aus zugleich bei sich verhalten und von sich abspreizen kann, so kann er von den zwei entsprechenden, einander kontradiktorisch entgegengesetzten Urteilen nur eines wahr machen; macht er das positive Urteil wahr, so macht er notwendig das negative falsch; macht er das negative wahr, so macht er notwendig das positive falsch. Dies befaßt der Satz vom Widerspruch: »Zwei einander kontradiktorisch entgegengesetzte Urteile können nicht beide wahr sein.«

9. Da jeder Gegenstand sich entschieden verhält, da also kein möglicher Gegenstand eine bestimmte Prädikatsbestimmtheit in derselben Sacheinheitshinsicht zugleich weder bei sich verhalten, noch von sich abspreizen kann, da er sich nicht entziehen kann, eines von beiden zu tun, so kann er nicht jedes der zwei entsprechenden, einander kontradiktorisch entgegengesetzten Urteile falsch machen; macht er das positive Urteil falsch, so muß er das negative Urteil wahr machen; macht er das negative falsch, so muß er das positive wahr machen. Dies befaßt der Satz vom ausgeschlossenen Dritten: »Zwei einander kontradiktorisch entgegengesetzte Urteile können nicht beide falsch sein.«

10. Ein Urteil ist wahr, wenn es mit dem Verhalten des von ihm betroffenen Gegenstandes übereinstimmt. Da nun das allgemeinste Verhalten jedes beliebigen Gegenstandes, gleichgültig was für ein Gegenstand er sein mag, darin besteht, daß er mit sich selbst identisch ist, so muß jedes Urteil, das seinem Sinn entsprechend irgendeinen Gegenstand mit sich selbst in die Sacheinheit der Identität setzt, notwendig wahr sein. Solche Urteile sind aber

nur die positiven Bestimmungsurteile, die besagen, was der Gegenstand ist. Nur diejenigen positiven Bestimmungsurteile kommen jedoch hier in Betracht, in denen der Prädikatsbegriff genau denselben Gegenstand, wie der Subjektsbegriff meint, in denen also der Prädikatsbegriff mit dem Subjektsbegriff identisch oder gleich ist. Hieraus ergibt sich die Gültigkeit des Satzes von der Identität in der Form: »Jedes positive Bestimmungsurteil mit identischem oder gleichem Subjekts- und Prädikatsbegriff ist notwendig wahr.«

Ein Urteil ist falsch, wenn es dem Verhalten des von ihm betroffenen Gegenstandes widerspricht. Da nun jeder beliebige Gegenstand notwendig mit sich selbst identisch ist, so muß jedes Urteil, das diesem allgemeinsten Verhalten der Gegenstände widerspricht, notwendig falsch sein. Negative Bestimmungsurteile, in denen Subjekts- und Prädikatsbegriff identisch oder gleich sind, widersprechen durch ihren Sinn diesem allgemeinsten Verhalten ihrer Gegenstände, indem sie ihre Gegenstände in der Identitätshinsicht von ihnen selbst abspitzen. Es gilt also auch der Satz: »Jedes negative Bestimmungsurteil mit identischem oder gleichem Subjekts- und Prädikatsbegriff ist notwendig falsch.«

Irgendein Gegenstand, der sich in bestimmter Weise verhält, macht notwendig dasjenige Urteil wahr, das ihm dieses Verhalten gedanklich positiv zuordnet. Es kann nun in einem Urteil der Subjektsbegriff seinem Gegenstand ein bestimmtes Verhalten, sei es bloß kenntlichmachend oder implizite behauptend, schon zuordnen, so daß der Gegenstand mit diesem Verhalten dem weiteren Urteil unterliegt. Wenn dann das weitere Urteil demselben Subjektsgegenstand genau daselbe Verhalten, das ihm der Subjektsbegriff schon zugeordnet hat, positiv behauptend hinzufügt, so ist dieses Urteil notwendig wahr. Nun ist dieses Urteil ein positives, in welchem der Prädikatsbegriff etwas meint, was schon im Subjektsbegriff mitgemeint ist, in welchem also der Prädikatsbegriff schon im Subjektsbegriff enthalten und in diesem Sinne partiell mit ihm identisch oder gleich ist. Kurz, es ist ein positives »analytisches« Urteil, da sein Prädikatsbegriff durch Analyse des Subjektsbegriffs gewonnen werden kann. Solche Urteile brauchen aber nicht notwendig Bestimmungsurteile zu sein; sie können offenbar auch Attributionsurteile, Seinsurteile und Relationsurteile irgendwelcher Art sein. Jedes beliebige positive Urteil also, dessen Prädikatsbegriff »partiell« identisch oder gleich ist seinem Subjektsbegriff, also jedes positive



analytische Urteil ist notwendig wahr. Dieser Satz ist ein spezieller Fall des Satzes von der Identität.

Der Subjektbegriff eines Urteils kann aber durch seinen Bedeutungsgehalt von seinem Gegenstand eine bestimmte Prädikatsbestimmtheit in bestimmter Sacheinheitshinsicht auch schon abspitzen. Wenn dann das weitere Urteil dieselbe Prädikatsbestimmtheit in derselben Sacheinheitshinsicht behauptend von ihm abspitzt, so ist es notwendig wahr, weil es mit dem, durch seinen Subjektbegriff schon supponierten Verhalten seines Gegenstandes übereinstimmt. Das betreffende Urteil ist also ein negatives, und zwar nicht notwendig ein Bestimmungsurteil, sondern kann auch ein Attributions-, ein Seins- oder ein Relationsurteil irgendwelcher Art sein. Es muß aber in seinem Subjektbegriff eine negative Hinbeziehung derjenigen Prädikatsbestimmtheit vollziehen, die auch von seinem Prädikatsbegriff gemeint ist. Sein Prädikatsbegriff ist also ebenfalls schon im Subjektbegriff enthalten, ist »partiell« mit ihm identisch oder gleich. Das Urteil ist also in diesem Sinne auch ein analytisches Urteil. Aber sein Subjektbegriff muß außerdem in diesem Falle die negative Hinordnung (wie im vorigen Falle die positive Hinordnung) der gemeinten Prädikatsbestimmtheit auf den Subjektgegenstand vollziehen. Solche negativen Urteile sind also ebenfalls notwendig wahr. Auch dies kann als ein spezieller Fall des Satzes von der Identität betrachtet werden.

Verstehen wir unter analytischen Urteilen überhaupt solche, die eine durch ihren Subjektbegriff schon vollzogene positive oder negative Hinordnung einer bestimmten Prädikatsbestimmtheit in einer bestimmten sachlichen Einheits Hinsicht auf ihren Gegenstand noch einmal entfaltend und behauptend vollziehen, so gilt der allgemeine Satz: »Jedes analytische Urteil ist notwendig wahr.«

Nennen wir die Entwerfung des Formalobjekts, die der Subjektbegriff vollzieht, die Setzung des Formalobjekts, und schließen wir darin alle positiven und negativen Hinbeziehungen von Prädikatsbestimmtheiten ein, die der Subjektbegriff in bezug auf seinen Gegenstand kenntlichmachend oder implizite behauptend vollzieht, so können wir alle Fälle des Satzes von der Identität auch zusammenfassen in dem allgemeinen Satz: »Jedes Urteil, dessen behauptende Setzung total oder partiell identisch ist mit der Setzung, die sein Subjektbegriff schon vollzogen hat, ist notwendig wahr.«

11. Jeder Gegenstand, der sich in bestimmter Weise verhält, macht notwendig dasjenige auf ihn bezogene Urteil falsch, das

diesem Verhalten widerspricht. Wenn nun der Subjektsbegriff in einem positiven Urteil von seinem Gegenstand diejenige Prädikatsbestimmtheit in derselben sachlichen Einheitshinsicht gedanklich abspreitzt, die ihm das Urteil behauptend hinzusetzt, so ist das Urteil notwendig falsch. Das positive Urteil ist dann mit einem inneren Widerspruch behaftet. Da es sowohl ein Bestimmungs-, als auch ein Attributions-, oder ein Seins- oder ein Relationsurteil sein kann, so gilt, daß jedes positive Urteil überhaupt, das einen inneren Widerspruch enthält, notwendig falsch ist. — Wenn der Subjektsbegriff in einem Urteil diejenige Prädikatsbestimmtheit in derselben sachlichen Einheitshinsicht zu seinem Gegenstand gedanklich positiv hinzusetzt, die das Urteil selbst behauptend von ihm abspreitzt, so enthält das Urteil ebenfalls einen Widerspruch in sich und ist notwendig falsch. Also sind auch alle negativen Urteile, die einen inneren Widerspruch enthalten, notwendig falsch. — Wird Beides zusammengefaßt, so ergibt sich der spezielle Satz vom Widerspruch, der besagt: »Jedes in sich widerspruchsvolle Urteil kann unmöglich wahr sein.«

Hiermit haben wir die obersten logischen Grundätze als Sätze über die Wahrheit und Falschheit von Urteilen entwickelt, und zu den überlieferten Sätzen noch einige neue hinzugefügt.

---

#### Vierter Abschnitt.

#### DIE LEHRE VON DEN SCHLÜSSEN.

##### Allgemeines über Schlüsse überhaupt.

Ein Schluß ist die Folgerung eines Urteils aus einem oder mehreren anderen Urteilen. Der Schluß selbst besteht also aus mehreren Urteilen, und zwar aus mindestens zwei verschiedenen Urteilen. Da nun die Urteile wieder aus Begriffen bestehen, so enthält der Schluß notwendig auch Begriffe. Ja er besteht schließlich ganz und gar aus Begriffen. Zunächst aus denjenigen Begriffen, aus denen seine Urteile bestehen. Diese Urteile stehen aber im Schluß nicht einfach unverbunden nebeneinander, sondern sind in bestimmter Weise miteinander verbunden. Nicht jede beliebige Verbindung von mehreren Urteilen bildet schon einen Schluß. Sind etwa zwei Urteile nur durch den verbindenden Begriff »und« miteinander vereinigt, wie in dem Beispiel: »Gold

ist ein Metall« und »Schwefel ist gelb«, so ist dieses Ganze noch kein Schluß. Zu einem Schluß gehört vielmehr notwendig, daß eines seiner Urteile aus den anderen gefolgert ist. Man nennt nun dasjenige Urteil, das aus den anderen gefolgert wird, den **Schlußsatz** oder die **Konklusio**, und die anderen Urteile, aus denen gefolgert wird, die **Vordersätze** oder die **Prämissen**. Ein Schluß besteht also aus einer Konklusio und mindestens einer Prämisse. Die Folgerung nun, durch welche im Schluß die Konklusio mit den Prämissen verbunden wird, ist nicht einfach eine zeitliche Aufeinanderfolge der Urteile. Zwar folgt im geraden Vollzuge eines Schlusses die Konklusio den Prämissen zeitlich nach. Aber die Urteile haben als Gedankengebilde überhaupt keine zeitliche Ordnung zueinander. Die Folgerung setzt zunächst eine logische Ordnung zwischen den Urteilen, indem sie den Prämissen die logisch primäre, der Konklusio die logisch sekundäre Stellung gibt. Aber sie erschöpft sich nicht in dieser ordnenden Funktion, sondern sie vollzieht außerdem jene eigenartige Funktion des **Folgerens** oder **Schließens** der Konklusio aus den Prämissen. Jeder Schluß muß daher notwendig außer seinen verschiedenen Urteilen noch mindestens einen derjenigen rein funktionierenden Begriffe enthalten, die wir die folgernden Begriffe genannt haben und die in der deutschen Sprache mit den Wörtern: also, daher, folglich, demnach, mithin und dgl. zum Ausdruck gebracht werden. Ein solcher, für den Schluß notwendiger Begriff setzt also nicht nur die verschiedenen Urteile in eine logische Ordnung, indem er die Prämision an die erste, die Konklusio an die zweite Stelle setzt, sondern er vollzieht zugleich die Folgerungsfunktion, indem er die Konklusio aus den Prämissen folgert. Der Schluß ist also ein komplizierteres Gedankengebilde, als das Urteil. Er besteht aus mehreren Urteilen und mindestens einem Folgerungsbegriff, der die Urteile in bestimmter logischer Ordnung miteinander verbindet und an einer Stelle zwischen ihnen die Folgerungsfunktion ausübt.

Jedes der Urteile, die in einem Schluß vorhanden sind, sowohl jede der Prämissen, als auch die Konklusio, macht als Urteil den Anspruch auf Wahrheit. Der Schluß selbst nun geht über diesen Anspruch seiner Urteile, für sich wahr zu sein, noch hinaus und macht außerdem den Anspruch, ein folgerichtiger Schluß zu sein. Darum enthält er implizite die Behauptung, daß die Konklusio wirklich aus den Prämissen folge, daß also die Folgerungsfunktion, die sein folgender Begriff zwischen den Urteilen vollzieht,

keine willkürliche, den Urteilen Gewalt antuende logische Tat sei, sondern in dem eigenen Verhältnisse der Urteile ihren zureichenden Grund habe und mit diesem Verhältnis übereinstimme. Dieser Anspruch auf Folgerichtigkeit, den jeder Schluß notwendig macht, ist verschieden von dem Anspruch auf Wahrheit, den die im Schluß enthaltenen Urteile für sich erheben. Ist etwa dieser letztere erfüllt, sind also alle in einem Schlusse enthaltenen Urteile wirklich wahr, so ist damit noch keineswegs auch jener Anspruch des Schlusses auf Folgerichtigkeit schon erfüllt, sondern der Schluß kann dann immer noch ein falscher sein. So sind z. B. in dem Schluß: »Der Staat besteht aus Menschen, die Menschen sind Organismen, folglich ist der Staat ein Organismus«, sowohl die beiden Prämissen, als auch die Konklusion an sich wahre Urteile, aber trotzdem ist der Schluß falsch, weil die Konklusion tatsächlich nicht aus den beiden Prämissen folgt, der Schluß selbst also kein folgerichtiger ist. Andererseits kann ein Schluß ein folgerichtiger sein, wenn auch eine oder mehrere seiner Prämissen falsch sind. So ist z. B. der Schluß: »Alle Chinesen waren große Philosophen, Kant war ein Chineser, folglich war Kant ein großer Philosoph« zwar als Schluß folgerichtig, aber die beiden Prämissen sind falsch und deshalb auch der Schluß im ganzen falsch. Die Folgerichtigkeit eines Schlusses ist also von der Wahrheit der in ihm enthaltenen Urteile streng zu unterscheiden.

Jeder Schluß macht also den doppelten Anspruch: erstens, daß seine Urteile wahr seien, und zweitens, daß er selbst folgerichtig sei. Er kann demnach auch in zweifacher Hinsicht fehlerhaft sein, nämlich sowohl dadurch, daß eines oder mehrere seiner Urteile falsch sind, als auch dadurch, daß er selbst nicht folgerichtig ist. Wenn man daher nachweist, daß in einem Schluß falsche Urteile vorhanden sind, so hat man damit noch nichts gegen seine Folgerichtigkeit bewiesen; und wenn man nachweist, daß ein Schluß nicht folgerichtig ist, so beweist man damit noch nichts gegen die Wahrheit seiner Urteile, speziell auch nichts gegen die Wahrheit seiner Konklusion. Wird z. B. ein Schluß, in dem die Konklusion »Gott existiert« aus anderen Urteilen gefolgert wird, als nicht folgerichtig erwiesen, so ist damit über die Wahrheit jener Konklusion noch gar nichts entschieden. — Soll nun ein Schluß nicht nur jenen doppelten Anspruch stellen, sondern wirklich gültig sein, so muß er nicht nur lauter wahre Urteile enthalten, sondern zugleich folgerichtig sein. Aber auch wenn er nicht gültig ist, so erhebt er doch jenen doppelten Anspruch, aus wahren Urteilen zu bestehen und selbst folgerichtig zu sein.

Indem nun der Schluß ein Urteil aus einem oder mehreren anderen Urteilen folgert, setzt er zugleich die Wahrheit des gefolgerten Urteils, der Konklusio, als notwendige Folge der Wahrheit der Prämissen. Er macht den Anspruch, daß nicht nur die Prämissen wahr und er selbst folgerichtig sei, sondern auch, daß die Wahrheit der Konklusio notwendig mit der Wahrheit der Prämissen gegeben sei. Er setzt also voraus, daß zwischen den Prämissen und der Konklusio tatsächlich ein bestimmter Wahrheitszusammenhang bestehe. Dieser in jedem Schluß vorausgesetzte Wahrheitszusammenhang ist indeffen nicht notwendig ein Begründungszusammenhang, d. h. die Prämissen, mit deren Wahrheit notwendig die Wahrheit der Konklusio gegeben ist, brauchen nicht notwendig die Konklusio zu begründen. Ein Begründungszusammenhang besteht nämlich zwischen den Prämissen und der Konklusio nur dann, wenn nicht nur mit der Wahrheit der Prämissen notwendig die Wahrheit der Konklusion gegeben ist, sondern auch die Wahrheit der Prämissen in keiner Weise schon die Wahrheit der Konklusio voraussetzt. Ist z. B. ein universales Urteil wahr, etwa das Urteil: »Alle Fenster dieses Hauses sind geöffnet«, so ist damit notwendig gegeben, daß auch das Einzelurteil: »Das Atelierfenster dieses Hauses ist geöffnet« wahr ist. Zwischen den beiden Urteilen besteht also wohl ein Wahrheitszusammenhang, der von dem universalen zu dem Einzelurteil hinübergeht. Aber in dieser Richtung besteht zwischen ihnen kein Begründungszusammenhang, denn das Universalurteil kann das Einzelurteil nicht begründen, weil es selbst schon die Wahrheit des Einzelurteils voraussetzt und ohne dessen Wahrheit gar nicht wahr wäre. Obgleich aber hier kein Begründungszusammenhang besteht, kann doch das Einzelurteil aus dem Universalurteil gefolgert werden, weil eben seine Wahrheit mit der Wahrheit des Universalurteils notwendig gegeben ist. Der Schluß: »Alle Fenster dieses Hauses sind geöffnet, also ist auch das Atelierfenster geöffnet« ist ein gültiger Schluß: er ist folgerichtig, und wenn seine Prämisse wahr ist, ist notwendig auch seine Konklusio wahr.

Für einen gültigen Schluß genügt es daher, daß mit der Wahrheit der Prämissen die Wahrheit der Konklusio notwendig gegeben ist. Wenn außerdem die Prämissen die Konklusio begründen, so liegt der besondere Fall eines begründenden Schlusses vor. — Die allgemeine Bedingung für die Folgerichtigkeit eines Schlusses ist das Bestehen eines Wahrheitszusammenhangs zwischen den Prämissen und der Konklusio. Die Frage entsteht, wann diese Bedingung erfüllt ist, wann zwischen mehreren Urteilen wirklich ein Wahrheitszusammenhang besteht.

Wenn überhaupt ein Schluß vorliegen soll, so muß das Schlußurteil von den Prämissen verschieden sein. Denn, würde es mit einer Prämisse identisch sein, so fände gar keine Gedankenbewegung, gar keine logische Folgerung, sondern ein Verweilen an derselben Stelle statt, indem nur dasselbe Urteil noch einmal wiederholt würde. Sind die Urteile verschieden, findet ein Fortgang der Gedankenbewegung von den Prämissen zur Konklusion statt, so soll nun, wenn der Schluß gültig ist, die Wahrheit von den Prämissen gleichsam auf die Konklusion hinüberfließen. Ist aber dieses direkte Hinüberfließen der Wahrheit von Urteilen auf ein von ihnen verschiedenes Urteil überhaupt möglich und wie ist es möglich? — Jedes der Urteile hat seine Wahrheit; es kann die Wahrheit, die es hat, nie verlieren, es kann sie nicht an andere Urteile, die sie noch nicht haben, abgeben. Die Wahrheit von Urteilen ist direkt nicht übertragbar. Dennoch scheint die Wahrheit von den Prämissen auf die Konklusion überfließen zu können, wenn die Konklusion aus den Prämissen folgt. Es wird daher nötig sein, allgemein zu bestimmen, was es heißt, ein Urteil folge aus anderen Urteilen.

Jedes Urteil setzt einen bestimmten Sachverhalt. Dieser Sachverhalt, so wie ihn das Urteil setzt, nicht mehr und nicht weniger, ist der Formalsachverhalt. Er ist das intentionale Gegenstück des Urteils. Dieser Formalsachverhalt nun kann mehrere Sachverhalte in sich enthalten. Das einfachste Beispiel dafür ist der Formalsachverhalt, den das Universalurteil entwirft. Das Universalurteil »Alle Fenster dieses Hauses sind geöffnet« setzt einen Sachverhalt, der z. B. alle die einzelnen Sachverhalte enthält, die durch die einzelnen geöffneten Fenster dargestellt werden. Besteht daher der durch das Urteil entworfene Formalsachverhalt, so bestehen notwendig auch alle die in ihm enthaltenen Sachverhalte. Diesen letzteren Sachverhalten entsprechen nun gewisse Urteile, nämlich diejenigen, welche diese einzelnen Sachverhalte setzen oder zum intentionalen Gegenstück haben. Aus jenem ersten, dem Universalurteil, folgen alle diese Einzelurteile, deren Formalsachverhalte notwendig mit jenem Formalsachverhalt gegeben sind.

Der Formalsachverhalt eines Urteils kann aber nur diejenigen Sachverhalte in sich enthalten, die implizite von dem Urteil mitgesetzt werden, denn er kann ja nur das enthalten, was ihm der Bedeutungsgehalt des Urteils zuordnet. Also muß das Ausgangsurteil implizite alle diejenigen Urteile in sich enthalten, die jenen einzelnen, in seinem Formalsachverhalt enthaltenen Sachverhalten entsprechen. Aus einem Urteil können also nur diejenigen anderen

Urteile folgen, die in seinem Bedeutungsgehalt irgendwie enthalten sind. Ebenso können aus mehreren Urteilen nur diejenigen Urteile folgen, die in ihrem vereinigten Bedeutungsgehalt enthalten sind, d. h. diejenigen, deren Formalsachverhalte mit den Sachverhalten, die von jenen mehreren Urteilen entworfen werden, notwendig gegeben sind.

Sind die Prämissen wahr, so bestehen die von ihnen entworfenen Sachverhalte. Folgt aus den Prämissen die Konklusio, so ist mit jenen bestehenden Sachverhalten ihr Formalsachverhalt notwendig gegeben. Also ist dann auch die Konklusio notwendig wahr. Die Wahrheit der Prämissen hat demnach die Wahrheit der Konklusio dann zur Folge, wenn die von den Prämissen entworfenen Sachverhalte den Formalsachverhalt der Konklusio notwendig mit sich führen. Ein gültiger Schluß muß also erstens von wahren Urteilen ausgehen und zweitens durch deren Formalsachverhalte hindurch sich einem in ihnen notwendig mitgegebenen Sachverhalt zuwenden und dessen Urteilsgegenstück zur Konklusio machen. Der Schluß ist folgerichtig, wenn er sich nach der Folge der Formalsachverhalte richtet. Die durch die Prämissen gesetzten Formalsachverhalte enthalten dann den zureichenden Grund für die Wahrheit der Konklusio. So ist mit der Wahrheit der Prämissen notwendig die Wahrheit der Konklusio gegeben. Um in jeder Beziehung gültige Schlüsse zu bilden, muß man also von gewissen wahren Urteilen als Prämissen ausgehen, zu den durch sie gesetzten Formalsachverhalten übergehen und zusehen, welchen anderen Urteilen sie den zureichenden Grund ihrer Wahrheit zu bieten vermögen. Die dann zureichend begründeten anderen Urteile bilden die folgerichtigen Konklusionen aus jenen Prämissen und sind notwendig wahr.

Besteht nun ein Schluß bloß aus zwei Urteilen, indem er aus einem einzigen Urteil unmittelbar ein anderes Urteil folgert, so heißt er ein unmittelbarer Schluß. Besteht er aus mehr als zwei Urteilen, indem er aus einer Prämisse nur durch die Vermittlung der anderen Prämissen die Konklusio folgert, so heißt er ein mittelbarer Schluß. Ein solcher besteht also aus mindestens drei Urteilen, von denen zwei als Prämissen miteinander verbunden sind und das dritte als Konklusio durch den Folgerungsbegriff an die beiden ersten geknüpft ist. Die sprachliche Formulierung eines mittelbaren Schlusses braucht nicht sämtliche Prämissen zum Ausdruck zu bringen, sondern kann auch aus bloß zwei Behauptungssätzen, die durch ein folgerndes Begriffswort verbunden sind, bestehen.

Trotz dieser abgekürzten sprachlichen Formulierung liegt dann doch ein mittelbarer, und kein unmittelbar Schluß vor.

Nun lassen sich irgendwelche Urteile als Prämissen mit irgendeinem anderen Urteil als Konklusion durch einen Folgerungsbegriff verbinden. Jedes so entstehende Gedankengebilde ist ein wirklicher Schluß, der den Anspruch erhebt, gültig zu sein, d. h. aus wahren Urteilen zu bestehen und selbst folgerichtig zu sein. Es gibt also an sich unzählige mögliche Schlüsse. Aber die größte Mehrzahl dieser möglichen Schlüsse besteht weder aus wahren Urteilen, noch sind sie selbst folgerichtig. Die Logik hat sich nur mit den gültigen Schlüssen zu beschäftigen, während die falschen Schlüsse nur in denjenigen besonderen Fällen, in denen sie leicht den Schein von folgerichtigen Schlüssen annehmen, für sie in Betracht kommen. Aber auch nicht alle möglichen gültigen Schlüsse bilden den Gegenstand der Logik. Wie sie schon bei den Urteilen von der besonderen Natur und Beschaffenheit der gemeinten Subjektsgegenstände abhah, so sieht sie auch bei den Schlüssen von der besonderen Natur und Beschaffenheit der durch die Urteile gesetzten Sachverhalte und denjenigen Zusammenhängen der Sachverhalte ab, die in ihrer besonderen Natur gründen. Sie sucht nur die Arten der folgerichtigen Schlüsse überhaupt vollständig zu erkennen. Sie zieht aus den konkreten, inhaltlich bestimmten Schlüssen gleichsam die Schlußnerven heraus und erstrebt eine vollständige Übersicht über die möglichen Arten solcher Schlußnerven. Dies werde an folgendem Beispiel verdeutlicht.

Es liege der sprachlich formulierte konkrete Schluß vor: »Gold ist schwerer als Wasser, folglich sinkt Gold im Wasser unter«. Würde man sich hier genau auf den Sinn dieses zusammengesetzten Satzes beschränken, so wäre der darin liegende Schluß kein folgerichtiger. Denn, obgleich die beiden Urteile: »Gold ist schwerer als Wasser« und »Gold sinkt im Wasser unter« wahr sind, so folgt doch das zweite Urteil nicht unmittelbar aus dem ersten. Dennoch kann in dem Satz ein folgerichtiger Schluß ausgedrückt sein, wenn noch ein drittes, sprachlich unterdrücktes Urteil zu den beiden Urteilen hinzugedacht ist. Die erste logische Aufgabe gegenüber jenem Satz besteht also darin, ihn so zu ergänzen, bis er den folgerichtigen Schluß vollständig zum Ausdruck bringt. Tun wir dies, so lautet der Schluß: »Gold ist schwerer als Wasser; alle Körper, die schwerer als Wasser sind, sinken im Wasser unter; folglich sinkt Gold im Wasser unter.« Nun gilt es zu erkennen, daß dieser Schluß nicht deshalb folgerichtig ist, weil die erste Prämisse und der Schlußsatz sich speziell auf Gold beziehen und von dem Gold



gerade dies speziell behaupten, daß es schwerer als Wasser sei und im Wasser unterfinke; auch nicht deshalb, weil die zweite Prämisse sich speziell auf alle Körper, die schwerer als Wasser sind, bezieht und von ihnen gerade dies behauptet, daß sie im Wasser unterfinken; sondern nur deshalb, weil die drei in dem Schlusse enthaltenen Urteile sich unabhängig von der besonderen Natur der Subjektsgegenstände und der Sachverhalte in bestimmter Weise zueinander verhalten. Dies bestimmte Verhältnis der Urteile zueinander, das den Schluß zu einem folgerichtigen macht, ist festzustellen. Es ist dann weiter zu erforschen, ob nicht auch andere Arten von Verhältnissen der Urteile zueinander die Folgerichtigkeit der aus ihnen gebildeten Schlüsse begründen können, und welche Arten es davon überhaupt gibt. Kurz, die Logik der Schlüsse hat festzustellen, in welchen Arten und Weisen die verschiedenen Arten von Urteilen zu folgerichtigen Schlüssen vereinbar sind.

Die logische Schlußlehre hat dagegen nichts mit der Art und Weise zu tun, in welcher der Mensch seine Schlüsse vollzieht. Es ist vielmehr die Aufgabe der Psychologie des Schließens, die Arten und Gesetze des menschlichen schließenden Denkens aufzufinden. Die Logik ist auch in diesem Abschnitt nicht nur von der Psychologie verschieden, sondern auch völlig unabhängig von ihr. Dagegen kann die Psychologie das schließende Denken nicht untersuchen, ohne die Logik derjenigen Schlüsse, die in jenem Denken vollzogen werden, vorauszusetzen.

Die Logik der Schlüsse gliedert sich naturgemäß in die Lehre von den unmittelbaren und in die Lehre von den mittelbaren Schlüssen. Da die unmittelbaren Schlüsse die einfacheren sind, weil sie nur aus zwei Urteilen bestehen, so geht die Lehre von den unmittelbaren der Lehre von den mittelbaren Schlüssen voran.

#### A. Die Lehre von den unmittelbaren Schlüssen.

Die unmittelbaren Schlüsse sind Folgerungen eines Urteils aus einem anderen Urteil. Sie bestehen also aus zwei verschiedenen Urteilen und einem Folgerungsbegriff, der das eine der beiden Urteile aus dem anderen folgert. Die beiden Urteile, die durch den Folgerungsbegriff verbunden sind, haben durch den Sinn dieses Begriffs eine verschiedene Stellung in dem Schluß; das eine ist das Vorausgesetzte, die Prämisse, das andere das Gefolgerte, die Konklusio. Die Prämisse macht für sich den Anspruch auf Wahrheit und hält diesen Anspruch auch im Schluß aufrecht. Die Konklusio macht ebenfalls den Anspruch auf Wahrheit. Dieser Anspruch wird

aber in dem Schluß durch den Folgerungsbegriff abgeleitet aus dem als erfüllt vorausgesetzten Anspruch der Prämisse. Zugleich macht der Folgerungsbegriff den Anspruch auf Folgerichtigkeit seiner Folgerung. Der Folgerungsbegriff übt also die dreifache Funktion aus: er ordnet, er folgert und er macht Anspruch auf Folgerichtigkeit. Nehmen wir als Formeln für die beiden Urteile »S ist P« und »Q ist R«, so ist das Gebilde: »S ist P, also Q ist R« die allgemeinste Formel für einen unmittelbaren Schluß.

Nicht jeder Schluß, der den angegebenen Aufbau zeigt, ist jedoch ein folgerichtiger. Es besteht daher die Frage, wie muß ein unmittelbarer Schluß beschaffen sein, damit er folgerichtig ist. Wenn jedes der beiden Urteile des Schlusses für sich wahr ist, so genügt dies nicht, um den Schluß folgerichtig zu machen. Denn es lassen sich irgend zwei wahre Urteile durch einen Folgerungsbegriff zu einem solchen Ganzen vereinigen, das zwar die Form eines unmittelbaren Schlusses hat, das aber in den meisten Fällen keine Folgerichtigkeit besitzt. Der Schluß: »Gold ist gelb, also ist Silber weiß« besteht aus zwei wahren Urteilen und einem Folgerungsbegriff; er ist also ein unmittelbarer Schluß, aber ohne jede Folgerichtigkeit. Offenbar deshalb, weil gar kein Zusammenhang zwischen den Behauptungen der beiden Urteile besteht.

Nun garantiert aber nicht etwa jeder beliebige Zusammenhang zwischen zwei Urteilen die Folgerichtigkeit des aus ihnen gebildeten Schlusses. Haben die beiden Urteile z. B. denselben Subjektsbegriff, so stehen sie zwar in Zusammenhang, aber sie vermögen daraufhin allein noch keinen folgerichtigen Schluß zu bilden. So fehlt dem Schluß: »Gold ist gelb, also ist Gold ein Metall« trotz der Identität der Subjektsbegriffe seiner beiden Urteile jede Folgerichtigkeit. Nur bestimmtgeartete Zusammenhänge zwischen seinen Urteilen können also dem unmittelbaren Schluß seine Folgerichtigkeit sichern. Es ist zu vermuten, daß es mehrere Arten solcher Zusammenhänge gibt. Da es Zusammenhänge zwischen den Urteilen als solchen sein sollen, so scheiden von vornherein diejenigen aus, die durch die spezielle Beschaffenheit der Subjektsgegenstände und der Sachverhalte vermittelt sind. Die beiden Urteile sollen aber doch verschieden sein. Als Verschiedenheiten kommen hier zunächst die früher angeführten Unterschiede der Quantität, der Qualität, der Modalität und der Relation der Urteile in Betracht. Und die Frage ist, welche zwei Urteile, die nur in diesen Hinsichten verschieden sind, können allgemein zu folgerichtigen unmittelbaren Schlüssen vereint werden?

## Erstes Kapitel.

## Unmittelbare Schlüsse mit Urteilen verschiedener Quantität.

Nach vier Gesichtspunkten kann man, wie wir gesehen haben, die Quantität der Urteile bestimmen. Dementsprechend ergaben sich vier Einteilungen der Urteile nach der Quantität, nämlich

1. in Singular- und Pluralurteile,
2. in Einzel-, Partikular- und Universalurteile,
3. in Individual- und Arturteile,
4. in Solitär- und Kollektivurteile.

Betrachten wir diese vier Gruppen nacheinander hinsichtlich der Möglichkeit, innerhalb jeder von ihnen zwei Urteile zu einem folgerichtigen unmittelbaren Schluß zu verbinden.

## 1. Schlüsse zwischen Singular- und Pluralurteilen.

Das Pluralurteil soll sich von dem Singularurteil nur dadurch unterscheiden, daß es außer auf denselben Subjektsgegenstand noch auf eine angegebene Reihe anderer Subjektsgegenstände dieselbe Prädizierung richtet. Dann ist offenbar von dem Singularurteil als Prämisse auf das Pluralurteil als Konklusio kein folgerichtiger unmittelbarer Schluß möglich. Der unmittelbare Schluß: »S ist P, also S, Q, R sind P« ist ungültig, selbst wenn beide Urteile wahr sind. Denn, mögen beide Urteile positiv oder negativ sein, mit der Wahrheit des Singularurteils ist kein Sachverhalt gegeben, der die zureichende Grundlage für die Wahrheit des Pluralurteils bilden könnte. Von einem Singularurteil kann folgerichtig nicht unmittelbar auf ein Pluralurteil geschlossen werden. Der Schluß von Einem auf Mehrere ist nicht berechtigt.

Da umgekehrt mit der Wahrheit des Pluralurteils notwendig der Sachverhalt gegeben ist, der das Singularurteil wahr macht, so führt ein folgerichtiger Schluß unmittelbar von dem Pluralurteil zu allen denjenigen Singularurteilen, die sich auf die einzelnen Subjektsgegenstände des Pluralurteils beziehen. Dies gilt sowohl, wenn beide Urteile positive, als auch wenn sie negative sind. Von einem Pluralurteil sind also gültige unmittelbare Schlüsse zu allen »in ihm enthaltenen« Singularurteilen möglich.

## 2. Schlüsse zwischen Einzel-, Partikular- und Universalurteilen. Die Schlüsse der Subalternation.

Diese Urteile unterscheiden sich dadurch, daß das erste nur einen, das zweite dagegen einige, das dritte aber alle Gegenstände eines

und deselben Umkreises zu Subjektsgegenständen hat; sie haben also in dieser Hinsicht verschiedene Subjektsbegriffe und die daraus folgenden Verschiedenheiten, sollen aber im übrigen bedeutungsgleich sein. Gehen wir von dem Einzelurteil »Ein S ist P« aus, so folgt aus ihm richtig weder das partikulare »Einige S sind P«, noch das Universalurteil »Alle S sind P«. Denn der mit der Wahrheit des Einzelurteils bestehende Sachverhalt vermag weder dem partikularen, noch dem universalen Urteil den zureichenden Grund seiner Wahrheit zu bieten; er ist viel zu schmal, um tragkräftig genug für diese Urteile zu sein. Selbst wenn diese Urteile tatsächlich wahr sind, so können sie doch ihre Wahrheit nicht ausschließlich auf die Wahrheit des Einzelurteils stützen. Der unmittelbare Schluß vom Einzelurteil auf das Partikular- oder auf das Universalurteil ist kein folgerichtiger. Dies gilt sowohl, wenn beide Urteile positiv, als auch wenn sie negativ sind. Und es ist dabei gleichgültig, wie der Umkreis der Subjektsgegenstände umgrenzt ist, ob es also durch eine gemeinsame Art, oder durch ein Attribut, oder durch eine Seinsart, oder durch eine Relationsart geschieht. Der unmittelbare Schluß von einem auf einige oder auf alle Gegenstände eines bestimmten Umkreises ist niemals berechtigt. (Nur wenn das Einzelurteil seine Behauptung auf die gemeinsame Umgrenzungsbestimmtheit der Subjektsgegenstände stützt, sind die Schlüsse von ihm auf das Partikular- und auf das Universalurteil gültig; aber dann enthält es eben implizite ein begründendes Arturteil, und der Schluß schließt dann nicht unmittelbar aus dem Einzelurteil, sondern aus dem in ihm implizierten Arturteil.)

Ist das Partikularurteil »Einige S sind P« die Prämisse, so führt von diesem zu dem entsprechenden Universalurteil »Alle S sind P« kein folgerichtiger Schluß, weil der vom partikularen Urteil gesetzte Sachverhalt nur einen unzureichenden Grund für die Wahrheit des Universalurteils bildet. Dies gilt wieder allgemein, für positive und für negative Urteile und für jede Umgrenzungsart der Subjektsgegenstände. So oft daher auch die Menschen derartige Schlüsse vollziehen und für folgerichtig halten, so ist doch der unmittelbare Schluß von einigen auf alle Gegenstände eines bestimmten Umkreises niemals ein folgerichtiger.

Aus dem Partikularurteil »Einige S sind P« folgen offenbar nur diejenigen Einzelurteile, die sich genau auf dieselben Gegenstände beziehen, die das Partikularurteil trifft. Nur unter dieser Einschränkung ist der unmittelbare Schluß vom Partikularurteil auf Einzelurteile

folgerichtig, da nur dann der durch das Partikularurteil gefegte Sachverhalt die zureichende Grundlage enthält, welche die Einzelurteile notwendig wahr macht.

Nehmen wir schließlich das Universalurteil »Alle S find P« als Prämisse, so kann mit ihm sowohl das entsprechende Partikularurteil, als auch jedes der zugehörigen Einzelurteile unmittelbar zu einem folgerichtigen Schluß vereinigt werden. Denn das Universalurteil setzt einen Sachverhalt, der sowohl dem Partikularurteil, als auch allen zugehörigen Einzelurteilen die zureichend bewahrheitende Grundlage bietet, so daß mit der Wahrheit der Prämisse notwendig die Wahrheit der Konklusionen gegeben ist. Hierbei macht es keinen Unterschied, ob die beiden Urteile positiv oder negativ find und wie die Umgrenzung der Subjektsgegenstände vorgenommen ist. Der Schluß von allen auf einige oder auf einzelne Gegenstände eines bestimmten Umkreises ist auf jeden Fall ein folgerichtiger.

Die traditionelle Logik gebraucht, wie schon früher bemerkt, die Buchstaben a, e, i und o zur kurzen Bezeichnung der quantitätsverschiedenen Urteile mit verschiedener Qualität, indem sie zugleich die Einzelurteile zu den Partikularurteilen rechnet. Es bezeichnen also:

- a das positive Universalurteil »Alle S find P«,
- e das negative Universalurteil »Alle S find nicht P«,
- i das positive Partikularurteil »Einige S find P« und »Ein S ist P«,
- o das negative Partikularurteil »Einige S find nicht P« und »Ein S ist nicht P«.

In bezug auf die so bezeichneten Urteilsarten lassen sich die obigen Ergebnisse kurz so formulieren:

1. Es gibt keinen folgerichtigen unmittelbaren Schluß von i auf a, und keinen von o auf e.

2. Der unmittelbare Schluß von a auf i, und der von e auf o ist immer folgerichtig. — Diese beiden gültigen Schlüsse heißen die unmittelbaren Schlüsse der Subalternation.

Die obigen Ergebnisse gestatten nun eine äquivalente Umformung, wenn wir bedenken, daß jedes Urteil bedeutungsäquivalent ist seinem zugehörigen Wahrheitsurteil. Das Urteil »S ist P« ist äquivalent „»S ist P«, ist wahr“: Ist das erstere wahr, so ist notwendig auch das zweite wahr. Also ist der unmittelbare Schluß von der Wahrheit des positiven Universalurteils auf die Wahrheit des positiven Partikular- und Einzelurteils, und ebenso der unmittelbare Schluß von der Wahrheit des negativen Universalurteils auf die Wahrheit des negativen Partikular- und Einzelurteils folgerichtig. Da-

gegen ist der unmittelbare Schluß von der Wahrheit des positiven oder negativen Einzel- und Partikularurteils auf die Wahrheit des positiven oder negativen Universalurteils niemals folgerichtig.

Diese Formulierung legt die Frage nahe, wie es sich mit den entsprechenden Falschheitsurteilen verhalte. In dieser Hinsicht ergibt sich folgendes. Ist das Einzelurteil falsch, so ist notwendig auch das entsprechende Partikular- und Universalurteil falsch, sowohl bei positiven, als auch bei negativen Urteilen. Ist das Partikularurteil falsch, so ist notwendig auch das Universalurteil falsch, ebenfalls sowohl bei positiven, als auch bei negativen Urteilen. Der unmittelbare Schluß von der Falschheit von *i* auf die Falschheit von *a*, und von der Falschheit von *o* auf die Falschheit von *e* ist immer folgerichtig. — Ist dagegen das positive oder negative Universalurteil falsch, so folgt daraus nicht notwendig die Falschheit des positiven oder negativen Partikular- oder Einzelurteils. Der unmittelbare Schluß von der Falschheit von *a* auf die Falschheit von *i*, oder von der Falschheit von *e* auf die Falschheit von *o* ist niemals folgerichtig.

### 3. Schlüsse zwischen Individual- und Arturteilen.

Ist ein positives oder negatives Individualurteil die Prämisse, so folgt daraus niemals unmittelbar das entsprechende positive oder negative Arturteil. Denn der Sachverhalt, den das Individualurteil setzt, bietet nicht ohne weiteres die zureichende Grundlage für die Wahrheit des Arturteils. Was von einem Individuum gilt, ist möglicherweise bloß diesem Individuum eigentümlich und gilt daher nicht ohne weiteres auch für jede Art solcher Individuen. Daß dieses *S* hier *P* ist, gestattet niemals ohne weiteres zu schließen, daß *S* überhaupt, sei es in jedem Falle, oder im Durchschnittsfalle, oder im Normalfalle, oder im typischen Falle oder im Idealfalle *P* sei. Ebenso gestattet natürlich das negative Individualurteil keinen folgerichtigen unmittelbaren Schluß auf das negative Arturteil irgendeiner Art. Der unmittelbare Schluß vom Individuum auf die Art ist niemals folgerichtig, auch dann nicht, wenn beide Urteile wahr sind. Denn nicht nur der Schluß: »Dieser Adler hat einen kahlen Hals, also hat der Adler überhaupt einen kahlen Hals«, der eine falsche Konklusion enthält, ist falsch, sondern auch der unmittelbare Schluß »Dieses Stück Schwefel ist gelb, also ist Schwefel überhaupt gelb« ist falsch, obgleich seine Konklusion wahr ist. — Hieran ändert sich nun nichts, wenn das Individualurteil kein singulares, sondern ein plurales ist. Denn auch das, was für mehrere Individuen gilt, ist möglicherweise nur diesen Individuen

eigentümlich, und braucht durchaus nicht notwendig auch für die Art zu gelten, mag die Anzahl der Individuen so groß sein, als sie nur will. (Nur für dasjenige Arturteil, das die Art im Durchschnittsfall meint, hat natürlich die Anzahl der Individuen eine Bedeutung.) Der unmittelbare Schluß von vielen Individuen auf eine Art dieser Individuen ist also ebenfalls kein folgerichtiger. Hier entsteht das erkenntnistheoretische Problem der Verallgemeinerung in dem Sinne, daß gefragt wird, unter welchen Bedingungen denn der Schluß von Individualurteilen auf bestimmte Arturteile ein folgerichtiger sei, oder – da ein unmittelbarer Schluß dieser Art niemals folgerichtig ist – ob ein mittelbarer Schluß folgerichtig von Individualurteilen zu Arturteilen hinüberführt. Ein Problem, dessen Lösung natürlich außerhalb dieses logischen Zusammenhangs liegt.

Nehmen wir nun umgekehrt ein positives oder ein negatives Arturteil als Prämisse eines unmittelbaren Schlusses, so ist von vornherein zu unterscheiden, ob dieses Urteil die Art in jedem Falle, oder aber nur die Art im Durchschnittsfall oder im Normalfall oder im typischen Fall oder im Idealfall meint. Bezieht sich nämlich das Arturteil auf die Art in jedem Falle, so ist mit dem Sachverhalt, den dieses Urteil setzt, notwendig die zureichende Grundlage für die Wahrheit aller derjenigen Individualurteile gegeben, die sich auf die einzelnen individuellen Fälle der betreffenden Art richten. Demnach ist der unmittelbare Schluß vom absoluten Arturteil auf die entsprechenden Individualurteile immer folgerichtig. So folgt aus dem Arturteil »Der Mensch ist ein seelisches Wesen«, da es den Menschen in jedem Falle meint, unmittelbar folgerichtig, »daß dieser Mensch hier ein seelisches Wesen ist«.

Dagegen folgt aus denjenigen Arturteilen, welche die Art nur im Durchschnittsfall, oder im Normalfall oder im typischen Fall oder im Idealfall meinen, niemals unmittelbar folgerichtig jedes Individualurteil, das sich auf irgendein Individuum der betreffenden Art bezieht. Denn mit dem Sachverhalt, den jene Arturteile setzen, ist nicht notwendig die zureichende Grundlage für die Wahrheit dieser Individualurteile gegeben. Was von der Art nur im Durchschnitt, nur im Normalfall, nur im typischen Fall oder nur im Idealfall gilt, gilt nicht notwendig von jedem Individuum derselben Art. Also ist der unmittelbare Schluß von derartigen relativen Arturteilen auf die entsprechenden Individualurteile nicht immer ein folgerichtiger. So folgt aus dem

Arturteil »Die Frau ist im Durchschnitt 1,60 m groß« nicht unmittelbar, daß auch diese bestimmte Frau so groß ist. Und aus dem Arturteil »Der Mensch hat (im normalen, erwachsenen, gefunden Fall) die Fähigkeit zur Selbstbestimmung« folgt nicht unmittelbar, daß auch dieser bestimmte Mensch diese Fähigkeit hat. Aus dem Arturteil »Die Frau ist (im typischen Fall) auf das Konkrete und das ihr persönlich Naheliegende gerichtet« folgt nicht unmittelbar, daß auch diese bestimmte Frau es sei. Und schließlich folgt aus dem Arturteil »Die Frau ist (im Idealfall) ganz Liebe« nicht unmittelbar, daß auch diese Frau ganz Liebe sei.

Aus der Wahrheit von Individualurteilen folgt demnach niemals unmittelbar die Wahrheit des entsprechenden Arturteils. Aus der Wahrheit eines Arturteils folgt nur dann unmittelbar die Wahrheit der entsprechenden Individualurteile, wenn das Arturteil ein absolutes ist, d. h. wenn es die Art in jedem Fall betrifft.

Hier entsteht wieder die Frage, was aus der Falschheit eines Individualurteils oder eines Arturteils unmittelbar folgerichtig geschlossen werden könne. Ist ein Individualurteil falsch, so kann das entsprechende absolute Arturteil offenbar nicht wahr sein. Denn der mit der Falschheit des Individualurteils gegebene Sachverhalt widerstreitet notwendig dem absoluten Arturteil, macht es also falsch. Dies gilt sowohl für positive, als auch für negative Urteile. Aus der Falschheit eines Individualurteils kann also unmittelbar folgerichtig auf die Falschheit des entsprechenden absoluten Arturteils geschlossen werden. – Dagegen widerstreitet der Sachverhalt, der mit der Falschheit eines Individualurteils gesetzt ist, nicht ohne weiteres jenen relativen Arturteilen, welche die Art im Durchschnitt, im Normalfall, im typischen Fall oder im Idealfall meinen. Von der Falschheit eines Individualurteils darf man also nicht unmittelbar auf die Falschheit eines dieser relativen Arturteile schließen. Hiergegen verfehlen sich die Menschen in ihrem Denken sehr oft. Relative Arturteile, die ihnen aus irgendeinem Grunde nicht passen, suchen sie unmittelbar als falsch zu erweisen, indem sie die Falschheit von Individualurteilen zur Prämisse nehmen.

Sind nun umgekehrt bestimmte Arturteile falsch, so ist damit über die Individuen der betreffenden Art noch nichts entschieden; denn das, was für die Art nicht gilt, kann immer noch für Individuen dieser Art gelten. Es ist also kein folgerichtiger unmittelbarer Schluß von der Falschheit eines Arturteils auf die Falschheit eines der zugehörigen Individual-



urteile möglich. Trotzdem vollzieht der Mensch auch diesen Schluß oft in der Meinung, er sei völlig berechtigt. Folgen z. B. aus gewissen Arturteilen solche auf ihn selbst bezüglichen Individualurteile, die ihm nicht angenehm sind, so begrüßt er den Nachweis der Falschheit der Arturteile in dem Glauben, daß damit auch die Falschheit der Individualurteile erwiesen sei. Sind dagegen die auf ihn bezogenen Individualurteile, die aus einem Arturteil folgen, für ihn schmeichlerisch, so widerlegt er sich oft blind dem Nachweis, daß das Arturteil falsch sei, indem er meint, daraus folge auch die Falschheit der Individualurteile.

#### 4. Schlüsse zwischen Solitär- und Kollektivurteilen.

Das, was von einem solitären Gegenstand gilt, trifft nicht notwendig auch für dasjenige Kollektivum zu, das aus solchen solitären Gegenständen gebildet ist. Also ist mit der Wahrheit eines Solitärurteils nicht notwendig auch die Wahrheit des entsprechenden Kollektivurteils gegeben. Der unmittelbare Schluß von einem Solitärurteil zu einem Kollektivurteil, oder von der Wahrheit des ersteren auf die Wahrheit des zweiten ist nicht folgerichtig. Ist z. B. der einzelne Mensch ein Lebewesen, so folgt daraus nicht unmittelbar, daß auch ein Kollektivum von Menschen ein Lebewesen sei. Ebenföwenig folgt natürlich, wenn das Solitärurteil ein negatives ist, aus ihm unmittelbar das entsprechende negative Kollektivurteil.

Das, was von einem Kollektivum gilt, hat nicht notwendig Gültigkeit für die einzelnen solitären Gegenstände, die dieses Kollektivum bilden. Der unmittelbare Schluß vom Kollektivurteil zum Solitärurteil ist daher ebenfalls nicht folgerichtig. Hat z. B. eine Schar Vögel die Form eines Dreiecks, so folgt daraus nicht, daß auch die einzelnen Vögel dieser Schar die Form eines Dreiecks haben. Für negative Urteile gilt das gleiche. Zwischen Solitär und Kollektivurteilen sind also überhaupt keine folgerichtigen unmittelbaren Schlüsse möglich. Auch hiergegen fündigen die Menschen oft, indem sie z. B. wertvolle Taten oder Beschaffenheiten der Kollektiva, denen sie angehören, ohne weiteres als ihre eigenen Taten oder Beschaffenheiten betrachten.

#### Zweites Kapitel.

#### Unmittelbare Schlüsse mit Urteilen verschiedener Qualität. Die Schlüsse der Opposition.

Es gibt keinen folgerichtigen unmittelbaren Schluß von einem positiven Urteil auf das entsprechende negative, und ebenso keinen

von einem negativen Urteil auf das entsprechende positive. Denn nach dem Satz vom Widerspruch kann, wenn das eine der beiden Urteile wahr ist, nicht auch das andere wahr sein. Kontradiktorisch entgegengesetzte Urteile können nicht beide wahr sein.

a) Das in dem Satz vom Widerspruch ausgedrückte Verhältnis gestattet aber einen unmittelbaren Schluß von einem Urteil, bzw. von der Wahrheit desselben, auf die Falschheit des kontradiktorisch entgegengesetzten Urteils. Ist das positive Urteil »S ist P« wahr, so ist notwendig das negative Urteil »S ist nicht P« falsch. Der unmittelbare Schluß: »S ist P, also ist falsch, daß S nicht P sei« ist demnach folgerichtig. Ist das negative Urteil »S ist nicht P« wahr, so ist notwendig das positive Urteil »S ist P« falsch. Der unmittelbare Schluß: »S ist nicht P, folglich ist es falsch, daß S P sei« ist ebenfalls folgerichtig.

Nimmt man mit der traditionellen Logik die Einteilung der Urteile in Partikular- und Universalurteile zu der Verschiedenheit der Qualität hinzu, so ergeben sich die vier Urteilsarten a, e, i und o, d. h. die allgemein bejahenden, die allgemein verneinenden, die partikular bejahenden und die partikular verneinenden. Man kann die Frage stellen, was für Urteile sich unmittelbar folgern lassen, wenn sukzessive die Urteile a, e, i und o wahr sind. Und diese Frage kann man dann ohne direkte Zuhilfenahme des Satzes vom Widerspruch in folgender Weise lösen.

1. Ist das allgemein bejahende Urteil »Alle S sind P« wahr, so besteht damit ein Sachverhalt, der jeder gedanklichen Abstreizung des P von irgendeinem der S widerstreitet, da kein Gegenstand, der P ist, zugleich auch nicht P sein kann. Es wird dann also jedes Urteil, das von einigen oder allen S das P gedanklich abstreizt, notwendig falsch sein. Mit der Wahrheit des allgemein bejahenden Urteils, also mit +a, wird demnach notwendig die Falschheit des partikular, und erst recht die des universal verneinenden Urteils gegeben sein, also sowohl -o, als auch -e. Der unmittelbare Schluß von +a, d. h. von der Wahrheit des allgemein bejahenden Urteils, auf -o und -e, d. h. auf die Falschheit des partikular und des universal verneinenden Urteils ist also immer folgerichtig.

2. Ist das allgemein verneinende Urteil »Alle S sind nicht P« wahr, so besteht damit ein Sachverhalt, der jeder gedanklichen Hinzufügung des P zu irgendeinem der S widerstreitet, da kein Gegenstand, der nicht P ist, zugleich auch P sein kann. Es wird dann also jedes Urteil, das einigen oder allen S das P gedanklich behauptend hinzufügt, notwendig falsch sein. Mit der Wahrheit

des allgemein verneinenden Urteils, also mit  $+e$ , wird demnach notwendig die Falschheit sowohl des partikular, als auch die des universal bejahenden Urteils gegeben sein, also sowohl  $-i$ , als auch  $-a$ . Aus der Wahrheit von  $e$  folgt also unmittelbar folgerichtig die Falschheit von  $i$  und von  $a$ .

3. Ist das partikular bejahende Urteil »Einige  $S$  sind  $P$ « wahr, so besteht damit ein Sachverhalt, der jedem Urteil widerstreitet, das von allen  $S$  dasselbe  $P$  gedanklich absprenzt. Also ist dann das allgemein verneinende Urteil »Alle  $S$  sind nicht  $P$ « notwendig falsch. Von der Wahrheit des partikular bejahenden Urteils führt ein folgerichtiger unmittelbarer Schluß zu der Falschheit des allgemein verneinenden Urteils. Aus  $+i$  folgt  $-e$ .

Der unmittelbare Schluß von der Wahrheit des partikular bejahenden Urteils auf die Falschheit des partikular verneinenden Urteils gilt dagegen nicht immer. Denn das Urteil »Einige  $S$  sind  $P$ « läßt es unentschieden, wie es sich mit den übrigen  $S$  verhält, ob sie nämlich auch  $P$  oder nicht  $P$  sind. Es ist also mit seiner Wahrheit nicht notwendig ein Sachverhalt gesetzt, der dem Urteil »Einige  $S$  sind nicht  $P$ « widerstreitet, also dieses partikular verneinende Urteil falsch machen würde. Nur wenn sich das partikular verneinende Urteil genau auf dieselben  $S$  bezöge, wie das partikular bejahende, wenn also die »Einige  $S$ « in beiden Urteilen identisch wären, kann unmittelbar folgerichtig von  $+i$  auf  $-o$  geschlossen werden.

4. Ist schließlich das partikular verneinende Urteil »Einige  $S$  sind nicht  $P$ « wahr, so besteht damit ein Sachverhalt, der jedem Urteil widerstreitet, welches allen  $S$  dasselbe  $P$  gedanklich behauptend hinzusetzt, denn die einigen  $S$ , die nicht  $P$  sind, können nicht zugleich  $P$  sein. Also ist das allgemein bejahende Urteil dann notwendig falsch. Der unmittelbare Schluß von der Wahrheit des partikular verneinenden Urteils auf die Falschheit des allgemein bejahenden Urteils, also von  $+o$  auf  $-a$ , ist demnach folgerichtig.

Dagegen gilt auch hier nicht immer der Schluß von der Wahrheit des partikular verneinenden Urteils auf die Falschheit des partikular bejahenden, also nicht von  $+o$  auf  $-i$ . Denn das Urteil »Einige  $S$  sind nicht  $P$ « läßt ja unentschieden, wie es sich mit den übrigen  $S$  verhält, ob auch sie nicht  $P$  oder doch  $P$  sind. Mit seiner Wahrheit ist demnach nicht notwendig ein Sachverhalt gesetzt, der dem Urteil »Einige  $S$  sind  $P$ « widerstreitet. Mithin ist dieses Urteil dann auch nicht notwendig falsch. Nur wenn beide Urteile, das partikular verneinende und das partikular bejahende, sich auf genau dieselben  $S$  bezögen, wäre, weil diese Gegenstände nicht zugleich nicht

P und P sein können, der unmittelbare Schluß von der Wahrheit des ersten auf die Falschheit des zweiten ein folgerichtiger. Solange jedoch diese Identität der beiderseitigen Subjektsgegenstände nicht gesichert ist, ist der unmittelbare Schluß unberechtigt.

b) Das in dem Satz vom ausgeschlossenen Dritten ausgedrückte Verhältnis gestattet nun umgekehrt einen gültigen Schluß von der Falschheit eines Urteils auf die Wahrheit des kontradiktorisch entgegengesetzten Urteils, denn er besagt, daß zwei einander kontradiktorisch entgegengesetzte nicht beide falsch sein können; daß also, falls eines von ihnen falsch ist, notwendig das andere wahr sein muß. Aus der Falschheit von »S ist P« folgt also notwendig die Wahrheit von »S ist nicht P«; und aus der Falschheit von »S ist nicht P« folgt notwendig die Wahrheit von »S ist P«. Die entsprechenden unmittelbaren Schlüsse sind demnach folgerichtig.

In bezug auf die Urteilsarten a, e, i und o lassen sich wieder die gültigen unmittelbaren Schlüsse dieser Art in folgender Weise ohne direkte Zuhilfenahme des Satzes vom ausgeschlossenen Dritten ableiten.

1. Ist das allgemein bejahende Urteil »Alle sind P« falsch, so ist damit ein Sachverhalt gesetzt, der zum mindesten ein S enthält, das von sich aus das P von sich abpreizt. Dieser Sachverhalt macht also notwendig dasjenige Urteil wahr, welches von mindestens einem S das P gedanklich behauptend abpreizt, also das partikular verneinende Urteil »Ein S ist nicht P«. Von der Falschheit des allgemein bejahenden Urteils führt also ein folgerichtiger unmittelbarer Schluß zu der Wahrheit des partikular verneinenden Urteils. Der unmittelbare Schluß von -a auf +o ist gültig.

Dagegen gilt der Schluß von der Falschheit des allgemein bejahenden Urteils auf die Wahrheit des allgemein verneinenden nicht immer. Denn jene Falschheit läßt es unentschieden, wieviele der S das P von sich abpreizen, ob nur eines, oder mehrere oder alle S nicht P sind. Es ist also mit jener Falschheit nicht notwendig derjenige Sachverhalt gesetzt, der mit dem Urteil »Alle S sind nicht P« übereinstimmt. Also ist dieses Urteil dann auch nicht notwendig wahr. Nur wenn zufällig die Falschheit des allgemein bejahenden Urteils darauf beruhte, daß sämtliche S das P von sich abpreizen, würde damit die Wahrheit des allgemein verneinenden Urteils notwendig gegeben sein.

2. Ist das allgemein verneinende Urteil »Alle S sind nicht P« falsch, so ist dies schon dann der Fall, wenn nur ein ein-

ziges der  $S$   $P$  ist. Mit jener Falschheit ist also ein Sachverhalt gesetzt, der zum mindesten das positive Einzelurteil »Ein  $S$  ist  $P$ « wahr macht. Von der Falschheit des allgemein verneinenden Urteils führt also ein folgerichtiger unmittelbarer Schluß zur Wahrheit des positiven Einzelurteils; und da dieses letztere von der traditionellen Logik zu den partikular bejahenden Urteilen gerechnet wird, so ist der unmittelbare Schluß von  $-e$  auf  $+i$  gerechtfertigt.

Aus der Falschheit des allgemein verneinenden Urteils folgt dagegen nicht unmittelbar die Wahrheit des allgemein bejahenden Urteils. Denn solange nur die Falschheit des ersteren feststeht, ist nicht entschieden, ob nur das eine oder aber alle  $S$  das  $P$  bei sich verhalten. Stände fest, daß die Falschheit des allgemein verneinenden Urteils darauf beruhte, daß die sämtlichen  $S$  der gedanklichen Abspreizung des  $P$  widerstreiten, also das  $P$  bei sich verhalten, so wäre allerdings der Schluß auf die Wahrheit des allgemein bejahenden Urteils gültig. Sonst aber ist der Schluß von  $-e$  auf  $+a$  nicht folgerichtig.

3. Ist das partikular bejahende Urteil »Einige  $S$  sind  $P$ « falsch, so ist dies nur möglich, wenn keines der  $S$  das  $P$  bei sich verhält, sondern jedes  $S$  das  $P$  von sich abspreizt. Dann ist aber ein Sachverhalt gegeben, der notwendig das allgemein verneinende Urteil »Alle  $S$  sind nicht  $P$ « wahr macht. Also ist der unmittelbare Schluß von der Falschheit des partikular bejahenden auf die Wahrheit des allgemein verneinenden Urteils, also von  $-i$  auf  $+e$  ein folgerichtiger. Ist nun dieses allgemein verneinende Urteil wahr, so ist nach einem Schluß der Subalternation auch das partikular verneinende Urteil wahr. Also darf man auch von  $-i$  auf  $+o$  schließen, wobei man freilich weniger folgert, als berechtigt wäre.

4. Ist das partikular verneinende Urteil »Einige  $S$  sind nicht  $P$ « falsch, so setzt dies notwendig voraus, daß keines der  $S$  das  $P$  von sich abspreizt. Da sich aber kein Gegenstand dem  $P$ - oder nicht- $P$ -sein entziehen kann, so muß jedes  $S$ , welches das  $P$  nicht von sich abspreizt, notwendig  $P$  sein. Mit der Falschheit des partikular verneinenden Urteils ist also notwendig der Sachverhalt gegeben, in welchem jedes der  $S$  das  $P$  bei sich verhält, ein Sachverhalt also, der notwendig das allgemein bejahende, und erst recht das partikular bejahende Urteil wahr macht. Mithin ist der unmittelbare Schluß von der Falschheit des partikular verneinenden Urteils auf die Wahrheit sowohl des allgemein, als auch des partikular bejahenden Urteils gültig. Von  $-o$  auf  $+a$  und  $+i$  unmittelbar zu schließen, ist folgerichtig.

Stellen wir die Resultate dieses Kapitels zusammen, so ergeben sich als gültige unmittelbare Schlüsse der Opposition die folgenden:

Wahr SaP, also falsch SeP und SoP.	Falsch SaP, also wahr SoP.
Wahr SeP, also falsch SaP und SiP.	Falsch SeP, also wahr SiP.
Wahr SiP, also falsch SeP.	Falsch SiP, also wahr SeP und SoP.
Wahr SoP, also falsch SaP.	Falsch SoP, also wahr SaP und SiP.

### Drittes Kapitel.

Unmittelbare Schlüsse mit Urteilen verschiedener Modalität. Schlüsse der modalen Konsequenz.

Um die gültigen Schlüsse dieser Art zu erkennen, ist es von entscheidender Wichtigkeit, die früher betonte Unterscheidung zwischen der logischen Modalität der Urteile und der ontologischen Modalität der Sachverhalte festzuhalten. Hier kommen zunächst nur die logischen Modalitäten der Urteile in Betracht. Stellen wir nun die Frage, welche unmittelbaren Schlüsse folgerichtig aus der Wahrheit bzw. Falschheit eines Urteils bestimmter logischer Modalität auf die Wahrheit oder Falschheit eines Urteils anderer logischer Modalität vollziehbar sind, so ergeben sich die folgenden, von der traditionellen Logik völlig abweichenden Resultate:

1. Ist das problematische Urteil »S ist vielleicht P« wahr, so besteht damit der Sachverhalt, daß S wirklich P ist. Damit ist also der zureichende Grund für die Wahrheit des assertorischen Urteils gegeben. Zugleich genügt dieser Sachverhalt aber auch, um das apodiktische Urteil wahr zu machen. Denn, daß S notwendigerweise P ist, daß z. B. das Messer notwendigerweise auf dem Tisch im Nebenzimmer liegt, erweist sich als wahr, wenn S wirklich P ist, wenn das Messer sich wirklich dort vorfindet. Um dies einzusehen, muß man nur vermeiden, unberechtigterweise eine objektive Notwendigkeit in den Sachverhalt hineinzuverlegen. Aus der Wahrheit des problematischen folgt also unmittelbar die Wahrheit des assertorischen und die des apodiktischen Urteils.

2. Ist das assertorische Urteil »S ist wirklich P« wahr, so besteht damit der Sachverhalt, der sowohl mit dem entsprechenden

problematischen, als auch mit dem entsprechenden apodiktischen Urteil übereinstimmt. Diese Urteile sind also dann notwendig wahr. Aus der Wahrheit des assertorischen folgt demnach unmittelbar die Wahrheit des problematischen und die des apodiktischen Urteils.

3. Ist das apodiktische Urteil »S muß P sein« wahr, so besteht der von ihm gesetzte Sachverhalt, d. h. das S hält von sich aus das P bei sich. Dieser Sachverhalt wird aber auch von den beiden anderen Urteilen, dem problematischen und dem assertorischen, gesetzt. Also sind dann notwendig auch diese beiden Urteile wahr. Man kann demnach folgerichtig unmittelbar aus der Wahrheit des apodiktischen auf die Wahrheit sowohl des assertorischen, als auch des problematischen Urteils schließen.

Gehen wir nun von der Falschheit eines der Urteile aus, so ergibt sich das Analoge:

1. Ist das problematische Urteil »S ist vielleicht P« falsch, so ist dies nur möglich, wenn das S das P von sich absprenzt. Ist dies aber der Fall, so ist notwendig das assertorische Urteil »S ist wirklich P« und auch das apodiktische Urteil »S ist notwendigerweise P« falsch, da sie beide den Widerstreit des bestehenden Sachverhalts erfahren. Der unmittelbare Schluß von der Falschheit des problematischen auf die Falschheit des assertorischen und des apodiktischen Urteils ist also gültig.

2. Ist das assertorische Urteil »S ist tatsächlich P« falsch, so spreizt das S das P von sich ab. Das S widerstreitet dann also durch sein Verhalten den positiven Hinzusetzungen des P zu ihm, die das problematische und das apodiktische positive Urteil gedanklich vollziehen. Mithin sind dann auch diese beiden Urteile falsch. Der unmittelbare Schluß von der Falschheit des assertorischen auf die Falschheit des problematischen und des apodiktischen Urteils ist also folgerichtig,

3. Ist das apodiktische Urteil »S ist notwendigerweise P« falsch, so ist dies nur möglich, wenn das S durch sein Verhalten diesem Urteil widerstreitet. Dann widerstreitet es aber auch notwendig dem entsprechenden assertorischen und dem problematischen Urteil und macht diese also falsch. Der unmittelbare Schluß von der Falschheit des apodiktischen auf die Falschheit des assertorischen und des problematischen Urteils ist mithin gültig.

Im vorstehenden sind stillschweigend nur positive Urteile verschiedener Modalität genommen worden. Das Analoge gilt aber offenbar auch für negative Urteile. Zusammengefaßt ergibt sich also: Aus der Wahrheit, bzw. aus der Falschheit eines

Urteils der einen Modalität läßt sich folgerichtig unmittelbar auf die Wahrheit, bzw. auf die Falschheit der entsprechenden Urteile der anderen Modalitäten schließen.

Nimmt man jedoch statt der logischen die ontologischen Modalitäten der Möglichkeit, der Wirklichkeit und der Notwendigkeit in den Sachverhalten zum Leitfaden der Schlüsse, so ergeben sich ganz andere Resultate, die von der traditionellen Logik allein angeführt zu werden pflegen. Versteht man also unter einem problematischen Urteil ein solches, das eine objektive Möglichkeit, unter einem assertorischen Urteil ein solches, das eine objektive Wirklichkeit, und unter einem apodiktischen Urteil ein solches, das eine objektive Notwendigkeit als bestehend behauptet, so ergibt sich, wenn man das ontologische Verhältnis zwischen der Möglichkeit, der Wirklichkeit und der Notwendigkeit herbeizieht, folgendes:

1. Besteht die Möglichkeit, so ist damit weder über das Bestehen der Wirklichkeit, noch über das der Notwendigkeit etwas entschieden. Ist also das ontologisch problematische Urteil wahr, so folgt daraus nichts über die Wahrheit des ontologisch assertorischen, und nichts über die Wahrheit des ontologisch apodiktischen Urteils. Von der Möglichkeit darf man nicht unmittelbar auf die Wirklichkeit und auf die Notwendigkeit schließen.

2. Besteht die Wirklichkeit, so ist damit auch die Möglichkeit, nicht aber die Notwendigkeit gegeben. Von der Wirklichkeit darf man also unmittelbar zwar auf die Möglichkeit, nicht aber auf die Notwendigkeit schließen. Ist also das ontologisch assertorische Urteil wahr, so folgt daraus die Wahrheit des ontologisch problematischen, nicht aber die Wahrheit des ontologisch apodiktischen Urteils.

3. Besteht die Notwendigkeit, so besteht damit notwendig auch die Wirklichkeit und die Möglichkeit. Von der Notwendigkeit darf man also unmittelbar auf die Wirklichkeit und die Möglichkeit schließen. Ist das ontologisch apodiktische Urteil wahr, so folgt daraus notwendig die Wahrheit des ontologisch assertorischen und problematischen Urteils.

4. Besteht dagegen die Möglichkeit nicht, so ist damit notwendig die Wirklichkeit und die Notwendigkeit ausgeschlossen. Man darf daher von dem Aufgehobensein der Möglichkeit auf das Aufgehobensein der Wirklichkeit und der Notwendigkeit unmittelbar schließen. Ist also das ontologisch problematische Urteil falsch, so folgt daraus notwendig



die Falschheit des ontologisch assertorischen und des ontologisch apodiktischen Urteils.

5. Besteht die Wirklichkeit nicht, so kann noch immer die Möglichkeit bestehen, dagegen ist die Notwendigkeit dann völlig ausgeschlossen. Man darf also von dem Aufgehobensein der Wirklichkeit zwar auf das Aufgehobensein der Notwendigkeit, nicht aber auch auf das Aufgehobensein der Möglichkeit schließen. Aus der Falschheit des ontologisch assertorischen Urteils folgt also notwendig die Falschheit des ontologisch apodiktischen, nicht aber die Falschheit des ontologisch problematischen Urteils.

6. Besteht schließlich die Notwendigkeit nicht, so kann sowohl die Wirklichkeit als auch die Möglichkeit immer noch bestehen. Man darf also nicht von dem Fehlen der Notwendigkeit auf das Fehlen der Wirklichkeit und der Möglichkeit schließen. Ist demnach ein ontologisch apodiktisches Urteil falsch, so folgt daraus durchaus nicht die Falschheit des ontologisch assertorischen und problematischen Urteils.

Während also bei den logischen Modalitäten mit der »Setzung« eines Urteils alle anderen ebenfalls »gesetzt«, und mit der »Aufhebung« eines Urteils auch alle anderen »aufgehoben« sind, geht bei den ontologischen Modalitäten die »Setzung« nur in der Richtung vom apodiktischen zum assertorischen und problematischen Urteil, aber nicht in umgekehrter Richtung, und die »Aufhebung« nur in der Richtung vom problematischen zum assertorischen und zum apodiktischen, aber nicht in umgekehrter Richtung weiter.

#### Viertes Kapitel.

Unmittelbare Schlüsse mit Urteilen verschiedener Relation. Schlüsse durch Umwandlung der Relation.

Nach der Relation sind zu unterscheiden: das hypothetische, das kategorische und das disjunktive Urteil. Hier ist natürlich die Deutung zugrunde gelegt, die wir früher diesen Urteilen gegeben haben. Nehmen wir nun jedes dieser Urteile nacheinander als Ausgangspunkt und fragen, welche folgerichtigen unmittelbaren Schlüsse mit ihnen möglich sind.

1. Aus dem hypothetischen Urteil »S ist P, falls Q R ist« scheint weder ein kategorisches, noch ein disjunktives Urteil zu folgen. Es behauptet ja nur bedingt, daß S P sei. Aber es macht doch

als Urteil notwendig den Anspruch auf Wahrheit. Angenommen, dieser Anspruch sei erfüllt, das Urteil sei also wirklich wahr, so ist dies nur möglich, wenn das S bei Erfüllung der Bedingung, daß  $Q \supset R$  sei, sich wirklich so verhält, wie es das Urteil behauptet. Verhält sich das S aber wirklich so, ist es also P, so ist damit die zureichende Grundlage für die Wahrheit des kategorischen Urteils »S ist P« gegeben. Demnach folgt aus der Wahrheit des hypothetischen Urteils die Wahrheit des entsprechenden kategorischen Urteils. Da nun dies für alle Modi des hypothetischen Urteils gilt, also sowohl dann, wenn das Urteil ein positives, als auch wenn es ein negatives ist, und sowohl dann, wenn die Bedingung eine positive, als auch wenn sie eine negative ist, so ist allgemein der unmittelbare Schluß von der Wahrheit des hypothetischen Urteils auf die Wahrheit des kategorischen ein folgerichtiger.

Ebenso folgt aus der Wahrheit des hypothetischen Urteils die Wahrheit des disjunktiven Urteils »S ist entweder P oder Q«. Denn ist das erstere wahr, so ist S tatsächlich P. Damit ist aber ein Sachverhalt gegeben, der auch das disjunktive Urteil wahr macht, da dieses letztere sowohl dann wahr ist, wenn S P ist, als auch dann, wenn S Q ist. Man darf also allgemein aus der Wahrheit des hypothetischen Urteils auf die Wahrheit des kategorischen und des disjunktiven Urteils unmittelbar schließen.

Ist das hypothetische Urteil falsch, so heißt das, obgleich  $Q \supset R$  ist, ist S tatsächlich nicht P. Dann ist also auch das entsprechende kategorische Urteil »S ist P« falsch. Dagegen folgt dann noch nicht, daß auch das disjunktive Urteil falsch sei. Denn wenn tatsächlich S nicht P ist, so kann es doch immer noch Q sein und damit das disjunktive Urteil wahr machen. Da hierüber aber durch die Falschheit des hypothetischen Urteils noch nichts entschieden ist, so bleibt unentschieden, ob das disjunktive Urteil wahr oder falsch ist. Aus der Falschheit des hypothetischen Urteils darf man also unmittelbar zwar auf die Falschheit des kategorischen, aber nicht auf die des disjunktiven Urteils schließen.

Bedingung dafür, daß man diese Verhältnisse klar erkennt, ist die genaue Festhaltung des Sinnes des hypothetischen und des disjunktiven Urteils, wie wir ihn früher festgestellt haben, und die Verdeutlichung der Wahrheit und Falschheit dieser beiden Urteile. Ein hypothetisches Urteil ist wahr, wenn bei Erfüllung der

angegebenen Bedingung das  $S$  wirklich  $P$  ist, bzw. nicht  $P$  ist; es ist dagegen falsch, wenn das  $S$  sich bei Erfüllung der Bedingung nicht so verhält. Das disjunktive Urteil » $S$  ist entweder  $P$  oder  $Q$ « ist wahr sowohl, wenn  $S$   $P$  ist, als auch dann, wenn  $S$   $Q$  ist. Dagegen ist es falsch, sowohl, wenn  $S$  weder  $P$  noch  $Q$  ist, als auch dann, wenn  $S$  sowohl  $P$  als auch  $Q$  ist. Es ist noch nicht falsch, wenn  $S$  nicht  $P$ , oder  $S$  nicht  $Q$  ist. Hält man dies fest, so werden nun auch die folgenden Verhältnisse deutlich werden.

2. Ist das kategorische Urteil » $S$  ist  $P$ « wahr, so ist auch die bedingte Behauptung des hypothetischen Urteils wahr, weil der Sachverhalt, der mit der Wahrheit des ersteren gegeben ist, dem hypothetischen Urteil volle Erfüllung bietet. Es sei denn, daß dieses Urteil den speziellen Sinn habe, zu behaupten, daß  $S$  nur dann  $P$  sei, wenn  $Q$   $R$  ist. Dann kann es nur wahr sein, wenn nicht nur  $S$   $P$  ist, sondern auch  $Q$   $R$  ist. Mit der Wahrheit des kategorischen Urteils ist also in diesem Falle nur dann die Wahrheit des hypothetischen Urteils notwendig gegeben, wenn auch seine Bedingung erfüllt ist.

Da das disjunktive Urteil schon dann wahr ist, wenn nur eines der beiden Glieder zutrifft, so ist mit der Wahrheit des kategorischen Urteils auch notwendig die Wahrheit des entsprechenden disjunktiven Urteils gegeben. Aus der ersteren darf man also unmittelbar auf die zweite schließen.

Ist das kategorische Urteil » $S$  ist  $P$ « falsch, so vermag der Sachverhalt, der damit gegeben ist, noch nicht das entsprechende hypothetische Urteil falsch zu machen, da dieses ja nur behauptet, daß  $S$   $P$  sei, falls  $Q$   $R$  ist. Nur dann, wenn zugleich die Bedingung, daß  $Q$   $R$  ist, erfüllt ist, folgt aus der Falschheit des kategorischen Urteils die Falschheit des hypothetischen. Nur dann also ist auch der unmittelbare Schluß folgerichtig.

Mit der Falschheit des kategorischen Urteils ist dagegen niemals ohne weiteres die Falschheit des disjunktiven Urteils verbunden. Denn ist es falsch, daß  $S$   $P$  ist, so kann  $S$  ja immer noch  $Q$  sein, also das disjunktive Urteil noch wahr machen. Nur wenn die Falschheit aller anderen Glieder des disjunktiven Urteils ebenfalls feststände, wenn also bei einem zweigliedrigen Urteil nicht nur » $S$  ist  $P$ «, sondern auch » $S$  ist  $Q$ « falsch wäre, würde dieses disjunktive Urteil notwendig auch falsch sein.

3. Ist das disjunktive Urteil wahr, so folgt daraus nichts über die Wahrheit eines entsprechenden kategorischen Urteils. Denn das erstere ist wahr auch dann, wenn eins der anderen Glieder der

Disjunktion zutrifft. Solange also noch unentschieden ist, worauf die Wahrheit des disjunktiven Urteils im gegebenen Falle beruht, ist über die Wahrheit eines der entsprechenden kategorischen Urteile noch nichts entschieden, und ein unmittelbarer Schluß unmöglich.

Ebenso folgt aus der Wahrheit des disjunktiven Urteils nichts über die Wahrheit des hypothetischen Urteils „S ist P, falls Q R ist“, weil nicht feststeht, ob die Wahrheit des disjunktiven Urteils auf dem Zutreffen des ersten oder eines der anderen Glieder beruht. Es ist also so lange kein unmittelbarer Schluß von der Wahrheit des disjunktiven Urteils auf die Wahrheit des entsprechenden hypothetischen Urteils möglich.

Dagegen folgt aus dem Sinn des disjunktiven Urteils eine seiner Gliederzahl proportionale Anzahl bestimmter spezieller hypothetischer Urteile. So ergeben sich aus einem zweigliedrigen disjunktiven Urteil »S ist entweder P oder Q« die folgenden vier hypothetischen Urteile:

S ist P, falls es nicht Q ist,

S ist Q, falls es nicht P ist,

S ist nicht P, falls es Q ist,

S ist nicht Q, falls es P ist.

Ist nun das disjunktive Urteil falsch, etwa das zweigliedrige »S ist entweder P oder Q«, so bleibt unentschieden, ob S P, oder ob es nicht P ist; denn sowohl, wenn S P und Q ist, als auch wenn S nicht P und nicht Q ist, ist das Urteil falsch. Aus der Falschheit des disjunktiven Urteils kann also nicht ohne weiteres auf die Falschheit des entsprechenden kategorischen Urteils folgerichtig geschlossen werden.

Aus demselben Grunde, weil oder solange nicht feststeht, worin die Falschheit des disjunktiven Urteils im gegebenen Falle gründet, kann aus seiner Falschheit auch nicht ohne weiteres folgerichtig die Falschheit des entsprechenden hypothetischen Urteils abgeleitet werden. Jedoch, auch wenn dies feststünde, wenn etwa S nicht P wäre, so würde das hypothetische Urteil »S ist P, falls Q R ist«, erst dann falsch sein, wenn zugleich auch seine Bedingung erfüllt, also Q R wäre.

Ist das disjunktive zweigliedrige Urteil deshalb falsch, weil S weder P noch Q ist, so folgt daraus die Falschheit der beiden hypothetischen Urteile »S ist P, falls es nicht Q ist« und »S ist Q, falls es nicht P ist«. Denn dann ist sowohl die Bedingung dieser hypothetischen Urteile erfüllt, als auch die darauf gestützte Behauptung falsch. Über die Falschheit der beiden anderen hypothetischen Ur-

teile »S ist nicht P, falls es Q ist« und »S ist nicht Q, falls es P ist«, ist dagegen nichts entschieden, da diese Urteile gewöhnlich nicht behaupten, daß nur bei Erfüllung der Bedingungen S nicht P, bzw. nicht Q sei.

Ist aber das zweigliedrige disjunktive Urteil deshalb falsch, weil S sowohl P als auch Q ist, so folgt daraus gerade die Falschheit dieser beiden letzteren hypothetischen Urteile. Denn dann sind ihre Bedingungen, daß nämlich S Q, bzw. S P sei, erfüllt und doch die darauf gestützten Behauptungen, daß nämlich S nicht P, bzw. S nicht Q sei, durch jene Voraussetzung als falsch gesetzt. Dagegen ist nun hier wieder über die Falschheit der beiden anderen hypothetischen Urteile »S ist P, falls es nicht Q ist« und »S ist Q, falls es nicht P ist« noch nichts entschieden. Denn diese belegen ja nicht, daß sie nur unter diesen Bedingungen Gültigkeit beanspruchen, sondern lassen zu, daß S P, bzw. S Q sei, auch wenn ihre Bedingungen nicht erfüllt sind, also S Q, bzw. S P ist. Aus der in der angegebenen Weise begründeten Falschheit des disjunktiven Urteils läßt sich also nur auf die Falschheit jener beiden hypothetischen Urteile mit positiven Bedingungen, dagegen nicht auf die Falschheit derjenigen mit negativen Bedingungen unmittelbar folgerichtig schließen.

#### Fünftes Kapitel.

##### Unmittelbare Schlüsse durch Umkehrung der Urteile. Schlüsse der Konversion und Kontraposition.

Die bisher betrachteten unmittelbaren Schlüsse gingen von einem bestimmten Urteil, bzw. von dessen Wahrheit oder Falschheit aus und zu einem solchen Urteil, bzw. zu dessen Wahrheit oder Falschheit, das von dem ersteren der Quantität, der Qualität, der Modalität und der Relation nach verschieden ist. Es fragt sich nun, ob es außer diesen noch andere unmittelbare folgerichtige Schlüsse gibt. Die überlieferte Logik führt zunächst noch die Schlüsse der Konversion und der Kontraposition an. Die Bestimmungen, die sie darüber gibt, beruhen jedoch auf so falschen und wirren Voraussetzungen, daß unbedingt eine Reform dieses Teils der Logik notwendig ist. Es sei zunächst die Falschheit und Unklarheit dieser Voraussetzungen kurz aufgedeckt und dann der Versuch einer einwandfreien Ableitung der hier gültigen Schlußformen unternommen.

Den Ausgangspunkt bilden kategorische Urteile. Die traditionelle Logik behauptet nun, man könne aus einem kategorischen

Urteil durch Konversion, d. h. durch Vertauschung des Subjekts mit dem Prädikatsbegriff ein neues Urteil gewinnen. Diese Behauptung erscheint auch solange als richtig, als man sich gedankenlos an die Formeln der Urteile hält. Aus dem Urteil »S ist P« scheint durch Konversion das Urteil »P ist S«, und aus »S ist nicht P« das Urteil »P ist nicht S« hervorzugehen. Tatsächlich aber ist diese Konversion eine logisch unfinnige Forderung. Achtet man nämlich auf den Sinn, und nicht bloß auf die Formel des Urteils, so kann man entweder wirklich nur den Subjektsbegriff mit dem Prädikatsbegriff vertauschen, dann erhält man aber kein neues Urteil; oder man bildet zugleich mit dieser Vertauschung ein neues Urteil, dann hat man aber, ohne es zu merken, noch andere Veränderungen, als bloß jene Begriffsvertauschung am Gedankengehalt des Urteils vorgenommen. Ein Beispiel wird dies deutlich zeigen. Vertauscht man in dem Urteil »Der Adler ist dunkelbraun« den Subjektsbegriff mit dem Prädikatsbegriff, indem man nur einfach dem zweiten die Stelle des ersten, und dem ersten die Stelle des zweiten gibt, so erhält man das Urteil »Dunkelbraun ist der Adler«. Dieses Urteil ist jedoch gar kein neues Urteil, sondern es unterscheidet sich von dem Ausgangsurteil nur dadurch, daß die gerade Begriffsfolge ohne Änderung des Urteilsinnes umgekehrt worden ist. Die bloße Stellungsvertauschung der beiden Begriffe ist nur eine formale Umstellung, nicht eine Sinnesveränderung des Urteils. Soll ein neues Urteil gewonnen werden, so ist zunächst der Prädikatsbegriff umzuändern; denn er kann nur dann Subjektsbegriff sein, wenn er ein Hauptbegriff ist. In unserem Beispiel ist der Prädikatsbegriff ein Beilege- oder Adjektivbegriff, nicht weil »dunkelbraun« eine Eigenschaft ist, sondern weil der Begriff diese Eigenschaft einstufig unselbständig nimmt. (Vgl. Zweiter Abschnitt, Neuntes Kapitel, S. 310.) Verwandelt man aber diesen Begriff in einen Hauptbegriff, so nimmt er dieselbe Eigenschaft gedanklich selbständig. Er kann dann Subjektsbegriff z. B. in dem Urteil »Dunkelbraun ist eine Farbe« sein. Wollte man ihn aber in diesem Sinne zum Subjektsbegriff in unserem obigen Beispielsurteil machen, so würde sich dieses auf die Farbe »Dunkelbraun« als seinen Subjektsgegenstand beziehen, und die Frage wäre, was das Urteil nun über diesen Gegenstand behaupten kann, wenn der ursprüngliche Subjektsbegriff »Der Adler« zum Prädikatsbegriff gemacht wird. Es würde dann offenbar behaupten, daß diese Farbe »Dunkelbraun« der Adler sei; es würde statt des ursprünglichen Attributionsurteils ein Bestimmungsurteil gewonnen sein. Man hätte

also zwar ein anderes Urteil erhalten, indem man nicht nur die Vertauschung, sondern auch die logische Veränderung des Prädikatsbegriffs vorgenommen hätte. Aber dieses Urteil ist nicht dasjenige Urteil, welches die traditionelle Logik durch Konversion gewinnen will. Abgesehen davon, daß es ein sachlich widersinniges Urteil ist, denn »Dunkelbraun« ist eine Farbe und kein Tier.

An den Beispielen, welche in der überlieferten Logik für die Konversion der Urteile gegeben werden, ist zu erkennen, daß bei der Konversion nicht nur Subjektsbegriff und Prädikatsbegriff vertauscht werden, sondern daß noch weitere Veränderungen mit dem Prädikatsbegriff vorgenommen werden, als bloß seine Verwandlung in einen Hauptbegriff. So wird z. B. im obigen Urteil der Prädikatsbegriff »dunkelbraun« umgewandelt in den ganz anderen Begriff »Einer der dunkelbraunen Gegenstände«, und erst in dieser Bedeutung wird er zum Subjektsbegriff des Urteils »Einer der dunkelbraunen Gegenstände ist der Adler« gemacht. Es ist nun klar, daß außer dieser Veränderung des Prädikatsbegriffs bei der angeblichen bloßen Konversion auch die Kopula des ursprünglichen Urteils insofern verändert wird, als sie nun nicht mehr diejenige sachliche Einheit, in der die Farbenqualität »dunkelbraun« zu dem Adler steht, sondern die ganz andere sachliche Einheit setzt, in der ein Gegenstand zu dem steht, was er ist. Nicht also eine bloße Konversion führt vom Ausgangsurteil zum abgeleiteten, sondern eine wesentliche Änderung der begrifflichen Bestandteile des ersten Urteils.

Ebenso wie die Konversion ist auch die Kontraposition ein logisch unmögliches Verfahren. Die alte Lehre sagt, man gewinne durch Kontraposition aus einem kategorischen Urteil ein neues Urteil, indem man das kontradiktorische Gegenteil des Prädikatsbegriffs zum Subjektsbegriff, den Subjektsbegriff dagegen zum Prädikatsbegriff mache und die Qualität des Urteils verändere. Ausführbar erscheint diese Anweisung wieder nur dann, wenn man sich gedankenlos an die allgemeinen Urteilsformeln hält. Aus dem Urteil »S ist P« ergibt sich dann durch diese Kontraposition das Urteil »Nicht-P ist nicht S«. Achtet man aber auf den Sinn der Urteile und betrachtet man bestimmte Beispiele, so zeigt sich, daß die Kontraposition nicht etwa nur zu sprachlich ungewohnten Ausdrucksweisen führt, sondern gar nicht vollziehbar ist und nur mit wesentlichen, aber unbeachteten Änderungen zusammen überhaupt neue Urteile ergibt. Streng genommen gibt es überhaupt zwischen Begriffen keinen kontradiktorischen Gegensatz, sondern nur zwischen Urteilen

und bloßen Gedanken. Den Prädikatsbegriff des Urteils »Schwefel ist gelb« kann man nicht in sein kontradiktorisches Gegenteil verwandeln. Er meint eine bestimmte Farbenqualität. Was man als sein kontradiktorisches Gegenteil betrachtet, ist ein Begriff einer ganz anderen Kategorie, nämlich der Begriff von »Gegenständen, die nicht gelb sind«. Meinte der Begriff vorher eine *Eigenschaft*, so meint er jetzt *Dinge*, die diese Eigenschaft nicht haben. Logisch ist außerdem der Begriff »gelb« ein Adjektivbegriff, dagegen der Begriff von »Gegenständen, die nicht gelb sind« ein Hauptbegriff; und nur durch diese Umwandlung des Adjektivbegriffs in einen Hauptbegriff und jene Ersetzung des Eigenschaftsbegriffs durch einen Dingbegriff kann hier der neue Subjektsbegriff des Urteils zustande kommen. Eine bloße Kontraposition aber führt gar nicht zu sinnvollen Urteilen.

Die Änderungen, die stillschweigend sowohl bei der Konversion, als auch bei der Kontraposition an den Begriffen des Ausgangsurteils vorgenommen werden müssen, wenn wirklich ein neues Urteil daraus gewonnen werden soll, weisen darauf hin, daß es zwei ganz bestimmte Fragen sind, welche die Logik hier zu lösen unternimmt. Die Ergebnisse, zu denen sie auf ihre Weise gelangt, zeigen, daß die zwei verschiedenen Gesichtspunkte dieser beiden Fragen durch jene formelhafte Darstellung durcheinander gewirrt werden. Die Lehre von der Konversion beantwortet jede der beiden Fragen nur halb, während die andere Hälfte beider Fragen von der Lehre von der Kontraposition beantwortet wird. Es gilt, diese Vermengung zweier verschiedener Gesichtspunkte zu entwirren, das sachlich Zusammengehörige zu vereinen und die Schlußlehre auch an diesem Punkte durchsichtiger zu gestalten. Wir gehen zu diesem Zweck von den zwei Fragen aus, die sich zur Gewinnung folgerichtiger unmittelbarer Schlüsse hier noch stellen lassen.

Die erste Frage lautet: Was ist mit einem kategorischen Urteil notwendig zugleich über diejenigen Gegenstände behauptet, für die das Urteil überhaupt Gültigkeit hat? Ist das Urteil ein positives, also »S ist P«, so fragt es sich, was damit zugleich über die »Gegenstände, die P sind« behauptet ist. Ist das Urteil ein negatives, »S ist nicht P«, so fragt es sich, was dieses Urteil über die »Gegenstände, die nicht P sind« notwendig mitbehauptet. Um nun diese Fragen zu beantworten, gehen wir von dem Sinn des kategorischen Urteils aus. Indem das Urteil bestimmte Subjektsgegenstände seiner positiven oder negativen Prädizierung unterwirft, befragt es in keiner Weise, daß nur diese Gegenstände der betreffenden Prädizierung unterliegen, sondern nur, daß für sie



jedenfalls die Behauptung gelte. Es schränkt das Geltungsgebiet seiner Prädizierung nicht auf diese seine Subjektsgegenstände ein, sondern läßt es offen, ob nicht auch noch andere Gegenstände der gleichen Prädizierung unterliegen. Sicher ist also nur mitbehauptet, daß mindestens einige von den Gegenständen, von denen möglicherweise die gleiche Prädizierung gilt, diese bestimmten S sind, nicht aber, daß sie alle diese S seien. Mit dem kategorischen Urteil ist also ein Sachverhalt gesetzt, der um seine Subjektsgegenstände herum noch andere mögliche Gegenstände bestehen läßt, die sich in gleicher Weise verhalten, und der daher notwendig einem partikularen, und nur einem partikularen positiven Urteil die zureichende Wahrheitsgrundlage gibt, eben demjenigen Urteil, das befragt, daß einige von den Gegenständen, die sich in gleicher Weise verhalten, die von dem kategorischen Urteil gemeinten Subjektsgegenstände sind. Dabei ist es offenbar gleichgültig, ob das kategorische Ausgangsurteil ein positives oder ein negatives ist, wenn nur in dem entsprechenden partikularen positiven Urteil, dem es seine Wahrheitsgrundlage gibt, diejenigen Gegenstände umgrenzt werden, die das entsprechende gleiche Verhalten, d. h. beim positiven Ausgangsurteil ein positives, beim negativen ein negatives Verhalten zeigen. Ebenso ist es gleichgültig, ob die kategorische Prämisse ein universales oder ein partikulares Urteil ist, denn auch das universale Urteil schränkt nicht seine Prädizierung auf seine eigenen Subjektsgegenstände ein. Es folgt also aus irgendeinem kategorischen Urteil, sei es allgemein oder partikular bejahend, oder allgemein oder partikular verneinend, notwendig immer ein partikular bejahendes Urteil, das befragt, daß einige von den Gegenständen, für welche die Prädizierung des kategorischen Urteils zutrifft, die von diesem gemeinten Subjektsgegenstände sind. Es ergeben sich also als gültige unmittelbare Schlüsse die folgenden:

1. Alle S sind P, also einige der Gegenstände, die P sind, sind S.
2. Alle S sind nicht P, also einige der Gegenstände, die nicht P sind, sind S.
3. Einige S sind P, also einige der Gegenstände, die P sind, sind S.
4. Einige S sind nicht P, also einige der Gegenstände, die nicht P sind, sind S.

Die Schlußurteile sind hier also immer partikulare Urteile, auch wenn die Prämisse ein universales Urteil ist. Der unmittelbare Schluß von einer universalen Prämisse auf ein Universalurteil dieser Art ist also kein folge-

richtiger. Es ist falsch zu schließen: »Alle S sind P, folglich sind alle Gegenstände, die P sind, auch S«, und ebenso falsch: »Alle S sind nicht P, folglich sind alle Gegenstände, die nicht P sind, auch S«. Diese falschen Schlüsse, die von den Menschen häufig vollzogen werden, beruhen also auf der irrtümlichen Annahme, daß die universalen Urteile ihre Prädizierung auf ihre Subjektsgegenstände einschränken, andere Gegenstände völlig davon ausschließen, also den Sinn hätten, daß nur die gemeinten S P, bzw. nicht P seien. — Die Schlußurteile sind in den gültigen Schlüssen hier außerdem immer positive, auch dann, wenn die Prämisse eine negative ist, da es sich auch dann um diejenigen Gegenstände handelt, für welche die negative Prädizierung zutrifft, so daß dann die Negation des Ausgangsurteils in den Subjektsbegriff der Konklusion hineingezogen ist.

Die vier angegebenen gültigen unmittelbaren Schlüsse sind von einem einheitlichen Gedanken zusammengehalten, während sie in der alten Logik in der Weise auseinandergerissen sind, daß diejenigen beiden, die aus positiven Prämissen folgen, zu den Schlüssen der Konversion, die beiden dagegen, die aus negativen Prämissen folgen, zu den Schlüssen der Kontraposition gerechnet werden. Außerdem ergibt sich aus der obigen Ableitung, daß solche unmittelbaren Schlüsse auch dann möglich sind, wenn die Prämisse außerhalb jener speziellen Quantitätseinteilung steht, die gewöhnlich allein berücksichtigt wird. So folgt z. B. aus einem positiven oder negativen Arturteil, in welchem der Subjektsgegenstand nicht als einer aus einem bestimmungsgrenzten Umkreis von Gegenständen herausbestimmt ist, immer ein partikulares positives Urteil, das besagt, daß einer von den Gegenständen, für welche die Prädizierung des Arturteils überhaupt zutrifft, die betreffende Art sei. Aus dem positiven Arturteil »Schwefel ist gelb« folgt gültig »Einer von den gelben Gegenständen ist Schwefel« aber es folgt nicht, daß alle gelben Gegenstände Schwefel seien, weil das Arturteil seine Prädizierung nicht notwendig auf den Schwefel beschränkt, sondern die Möglichkeit offen läßt, daß auch andere Gegenstände gelb seien. Aus dem negativen Arturteil »Die Seele ist nicht räumlich ausgedehnt« folgt gültig nur »Einer von den Gegenständen, die nicht räumlich ausgedehnt sind, ist die Seele«, nicht aber folgt, daß alle nicht räumlich ausgedehnten Gegenstände Seelen seien, da das Arturteil nicht besagt, daß nur die Seele nicht räumlich ausgedehnt sei, sondern offen läßt, daß dies auch von anderen Gegenständen gelte. — Kein einziges kategorisches Urteil, bei dem nicht ausdrücklich durch einen einschränkenden Begriff alle anderen

als seine eigenen Subjektsgegenstände von seiner Prädizierung ausgeschlossen werden, schränkt diese auf seine Gegenstände ein. Immer kann daher folgerichtig nur ein partikulares positives Urteil aus ihm gefolgert werden, das besagt, daß einer oder einige der Gegenstände, für die seine Prädizierung zutrifft, eben seine Subjektsgegenstände seien.

Die zweite Frage, durch deren Beantwortung wir zur Gewinnung weiterer folgerichtiger unmittelbarer Schlüsse gelangen, lautet: Was ist mit einem kategorischen Urteil notwendig über diejenigen Gegenstände mitbehauptet, die seiner Prädizierung widerstreiten, für die also das Urteil keine Gültigkeit hat? – Ist das betreffende Urteil positiv, so sind die Gegenstände, die ihm widerstreiten, diejenigen, die nicht P sind. Es fragt sich, was über diese Gegenstände durch das Ausgangsurteil schon entschieden ist. Wenn das kategorische positive Urteil wahr ist, so ist sein Subjektsgegenstand ein solcher, der das P bei sich verhält. Da er nun als Gegenstand überhaupt nicht das P bei sich verhalten und zugleich von sich abspitzen kann, so ist er damit aus allen denjenigen Gegenständen ausgeschieden, die das P von sich abspitzen. Also wird der durch das Ausgangsurteil gesetzte Sachverhalt demjenigen Urteil die volle Erfüllung bieten, das von allen Gegenständen, die nicht P sind, den Subjektsgegenstand S abspitzt. Mit der Wahrheit des positiven kategorischen Urteils »S ist P« ist also notwendig die Wahrheit des Urteils »Alle Gegenstände, die nicht P sind, sind nicht S« gegeben. Man kann also folgerichtig aus dem ersten Urteil das zweite unmittelbar schließen.

Ist das Ausgangsurteil ein negatives, also der Formel »S ist nicht P« entsprechend, so widerstreiten ihm alle diejenigen Gegenstände, die P sind. Ist das negative Urteil wahr, so spreizt der Gegenstand S die Prädikatsbestimmtheit P von sich ab. Da er dann nicht zugleich dieselbe Prädikatsbestimmtheit auch bei sich verhalten kann, so ist er aus dem Umkreis aller Gegenstände, die P sind, notwendig ausgeschieden. Durch sein Verhalten wird er also dasjenige Urteil notwendig wahr machen, welches von allen Gegenständen, die P sind, den Gegenstand S abspitzt. Mit der Wahrheit des Urteils »S ist nicht P« ist also notwendig die Wahrheit des Urteils »Alle Gegenstände, die P sind, sind nicht S« gegeben. Der unmittelbare Schluß von dem ersten auf das zweite Urteil ist demnach folgerichtig.

Nehmen wir nun die Quantitätsunterscheidung der überlieferten Logik hinzu, und gehen wir nacheinander von dem allgemein be-

jahenden, dem allgemein verneinenden, dem partikular bejahenden und dem partikular verneinenden Urteil als möglicher Prämisse eines solchen Schlusses aus, so gewinnen wir folgende Ergebnisse:

Aus dem allgemein bejahenden Urteil »Alle S sind P« folgt unmittelbar das allgemein verneinende Urteil »Alle Gegenstände, die nicht P sind, sind nicht S«. Traditionell ausgedrückt durch die Formel, SaP, also Non-PeS.

Aus dem allgemein verneinenden Urteil »Alle S sind nicht P« folgt unmittelbar das allgemein verneinende Urteil »Alle Gegenstände, die P sind, sind nicht S«. Traditionell ausgedrückt durch die Formel: SeP, also PeS.

Ist das Ausgangsurteil ein partikulares, so sind zwar mit seiner Wahrheit die »einigen S« aus dem Umkreis derjenigen Gegenstände ausgeschlossen, für die das Ausgangsurteil keine Gültigkeit hat. Es würde daher aus dem positiven Urteil »Einige S sind P« notwendig das allgemein verneinende Urteil »Alle Gegenstände, die nicht P sind, sind nicht diese bestimmten einigen S« folgen. Und aus dem negativen Urteil »Einige S sind nicht P« würde das allgemein verneinende Urteil folgen »Alle Gegenstände, die P sind, sind nicht diese bestimmten einigen S«. Da aber in den herkömmlichen Urteilsformeln diese Quantifizierung des Prädikatsbegriffs nicht enthalten ist, sondern der Begriff S allgemein genommen ist, und da das partikulare Ausgangsurteil dahingestellt läßt, wie es sich mit den übrigen S verhält, so sind hier keine gültigen Schlüsse möglich. Ist das positive partikulare Urteil »Einige S sind P« wahr, so ist damit nichts über die Gültigkeit des Urteils »Alle Gegenstände, die nicht P sind, sind nicht S« entschieden. Und ist das negative partikulare Urteil »Einige S sind nicht P« wahr, so ist damit ebenfalls noch nichts über die Gültigkeit des Urteils »Alle Gegenstände, die P sind, sind nicht S« entschieden. Also kann man in dieser Hinsicht aus den beiden partikularen Urteilen keine folgerichtigen unmittelbaren Schlüsse ziehen.

In Beantwortung unserer ersten Frage ergaben sich aus einer Prämisse nur positive Urteile als folgerichtige Konklusionen. Hier bei unserer zweiten Frage ergeben sich dagegen nur negative Urteile als folgerichtige Schlußsätze. Außerdem sind im ersten Fall alle Schlußsätze nur partikularen, im zweiten Fall dagegen nur allgemeinen Charakters. Wenn es sich darum handelt, über diejenigen Gegenstände, die mit der Prädizierung eines Urteils übereinstimmen, unmittelbar neue gültige Urteile zu gewinnen, so zeigt sich, daß sowohl durch das allgemein bejahende, wie durch das all-

gemein verneinende, und sowohl durch das partikular bejahende, wie durch das partikular verneinende Urteil nur über einige dieser Gegenstände ein positives Verhalten festgelegt ist. Soll dagegen über diejenigen Gegenstände, die der Prädizierung eines Urteils widerstreiten, folgerichtig ein neues Urteil geschlossen werden, so ergibt sich, daß dies nur aus allgemeinen, positiven oder negativen Urteilen möglich ist, und daß dann immer nur ein negatives Verhalten, allerdings aller dieser Gegenstände festgelegt ist.

Wir haben so durch unsere beiden Fragen genau die gleichen Schlußformen aufgefunden, welche die überlieferte Logik durch jene unmöglichen Verfahren der Konversion und Kontraposition gewinnen wollte. Die obige Ableitung ist aber durchsichtiger und führt zu einer übersichtlicheren Ordnung der Resultate. Zugleich wird hier leicht der Grund ersichtlich, warum die so häufig vorkommenden falschen Schlüsse von SaP auf PaS, und von SeP auf Non-PaS keine folgerichtigen sind. Sie beruhen nämlich beide auf der irr t ü m - l i c h e n Annahme, daß die allgemeinen Urteile, sowohl die positiven als auch die negativen, ihre Prädizierung auf die von ihnen speziell gemeinten Gegenstände einschränken und den Sinn hätten, daß nur alle S P, bzw. nicht P seien. Tatsächlich lassen aber diese Urteile die Möglichkeit offen, daß ihre Prädizierung auch für andere Gegenstände Gültigkeit hat, so daß dann daraus, daß sie für bestimmte vorgegebene Gegenstände zutrifft, nicht ohne weiteres geschlossen werden darf, daß auch diese Gegenstände dem Umkreis der S angehören. So folgt aus dem Urteil: »Alle Säuren färben blaues Lackmuspapier rot« nicht unmittelbar folgerichtig, daß »Alle Gegenstände, die blaues Lackmuspapier rot färben, Säuren sind«. Nur dann folgt dies aus dem ersten Urteil, wenn es den speziellen, einschränkenden Sinn hat, zu behaupten, daß nur Säuren diese Rotfärbung bewirken. Ebenso folgt aus dem Urteil: »Alles Seelische ist nicht räumlich ausgedehnt« durchaus nicht, daß »Alles, was nicht räumlich ausgedehnt ist, etwas Seelisches sei«. Dies würde nur dann daraus folgen, wenn feststünde, daß nur das Seelische nicht räumlich ausgedehnt sei.

#### Sechstes Kapitel.

##### Unmittelbare Schlüsse der Äquipollenz.

Die überlieferte Logik führt als weitere gültige Schlußformen noch die Schlüsse der Äquipollenz an. In diesen Schlüssen soll sich die Konklusion zu der Prämisse so verhalten, daß sie das kontra-

diktorische Gegenteil des Prädikatsbegriffs dieser zu ihrem eigenen Prädikatsbegriff macht, im Subjektsbegriff völlig mit ihr übereinstimmt, aber die entgegengesetzte Qualität der Kopula zeigt. Die allgemeine Formel derartiger Schlüsse ist: »S ist P, also S ist nicht Non-P«. Werden wieder die Kombinationen der Qualität mit der Quantität im Sinne der Unterscheidung von universalen und partikularen Urteilen in die Prämisse aufgenommen, so ergeben sich danach folgende vier gültigen unmittelbaren Schlüsse.

1. Alle S sind P, folglich Alle S sind nicht Non-P.
2. Alle S sind nicht P, folglich Alle S sind Non-P.
3. Einige S sind P, folglich Einige S sind nicht Non-P.
4. Einige S sind nicht P, folglich Einige S sind Non-P.

Zu beanstanden ist in dieser Lehre wieder die Einführung des »kontradiktorischen Gegenteils des Prädikatsbegriffs«. In den meisten Fällen wird nämlich der Prädikatsbegriff dabei in einen Begriff einer anderen logischen Kategorie verwandelt; statt des P tritt der Begriff »Gegenstände, die nicht P sind« auf. Außerdem aber wird nicht klar ersichtlich, worauf die Gültigkeit der Schlußformen eigentlich beruht. In folgender Weise kann man eine durchsichtige Ableitung der hier gültigen Schlußformen gewinnen.

Ist irgendein positives Urteil gegeben, so ist mit dessen Wahrheit festgelegt, daß der Subjektsgegenstand von sich aus die betreffende Prädikatsbestimmtheit in der mitgelegten sachlichen Einheitshinrichtung bei sich verhält. Da er nun als Gegenstand überhaupt nicht zugleich dieselbe Prädikatsbestimmtheit in derselben Hinsicht von sich abspreizen kann, so hält er sich damit abgelehnt von denjenigen Gegenständen, die das P von sich abspreizen. Er macht also dann notwendig dasjenige Urteil wahr, welches behauptet, daß er dies tut, also das Urteil »S ist nicht ein Gegenstand, der nicht P ist«. Dies gilt sowohl dann, wenn das positive Ausgangsurteil ein allgemeines, als auch, wenn es ein partikulares ist, nur muß im zweiten Fall auch die Konklusion eine partikuläre sein. Es ergeben sich also die beiden gültigen Schlußformen.

1. SaP, also Se Non-P,      2. SiP, also So Non-P.

Ist das Ausgangsurteil ein negatives, so ist mit seiner Wahrheit festgelegt, daß kein Subjektsgegenstand die betreffende Prädikatsbestimmtheit in der bestimmten sachlichen Einheitshinrichtung von sich abspreizt. Da dieser Gegenstand nun nicht zugleich dieselbe Prädikatsbestimmtheit in derselben Hinsicht auch bei sich verhalten kann, so ist er damit ausschließlich denjenigen Gegenständen zugeordnet, die jene Prädikatsbestimmtheit von sich abspreizen. Er macht dem-

nach notwendig dasjenige Urteil wahr, das von ihm behauptet, er gehöre zu diesen Gegenständen. Also folgt gültig aus »S ist nicht P« das Urteil »S ist ein Gegenstand, der nicht P ist«. Und auch dies gilt sowohl, wenn die Prämisse allgemein, als auch wenn sie partikular ist. Es ergeben sich also die zwei weiteren gültigen Schlußformen:

3. SeP, also Sa Non-P.      4. SoP, also Si Non-P.

Von den angeführten vier Schlußformen sind diese letzten zwei nur dann gültig, wenn in ihren Schlußsätzen mit den Prädikatsbegriffen wirklich nur diejenigen Gegenstände gemeint sind, die einfach nicht P sind. Sind dagegen Gegenstände gemeint, die eine positive, aber sprachlich mit einem negativen Ausdruck bezeichnete, Beschaffenheit haben, so sind die Schlüsse nicht mehr folgerichtig. Dies ist der Fall, wenn als Prädikatsbegriff der Konklusio der konträre, statt des kontradiktorischen Gegensatzes des Prädikatsbegriffs des Ausgangsurteils eingesetzt wird. So folgt aus dem Urteil »Alle Verbrecher sind nicht glücklich« durchaus nicht das Urteil »Alle Verbrecher sind unglücklich«, sondern nur »Alle Verbrecher sind Wesen, die nicht glücklich sind«. Da »unglücklich« den konträren und nicht den kontradiktorischen Gegensatz zu »glücklich« darstellt, und Wesen, die nicht glücklich sind, noch lange nicht unglücklich zu sein brauchen, so kann man nicht aus dem Fehlen des »Glücklichseins« auf das »Unglücklichsein« schließen. — Analog kann man nicht aus dem Fehlen des »gern«, des »schön«, des »kalt« usw. auf das Dasein des »ungern«, des »häßlich«, des »warm« usw. schließen.

#### Siebentes Kapitel.

##### Die material oder sachlich bedingten unmittelbaren Schlüsse.

Die unmittelbaren Schlüsse, die wir bisher betrachtet haben, gründen sich nicht auf die besondere, inhaltlich bestimmte Beschaffenheit desjenigen Sachverhalts, der von ihrer Prämisse entworfen wird. Ihr Schlußnerv führt zwar überall, wie wir gesehen haben, von der Prämisse nur durch den gelegten Sachverhalt hindurch zu der Konklusio hinüber; aber es ist in gewissem Sinne nur die Form, nicht die sachliche oder materiale Beschaffenheit dieses Sachverhalts, die zur Bündigkeit dieser Schlüsse erforderlich ist. Natürlich ist in jedem Beispiel eines unmittelbaren Schlusses tatsächlich ein inhaltlich

oder sachlich bestimmter Sachverhalt vorhanden, aber der Schlußfaden läßt jede sachliche Besonderheit desselben unberührt liegen, läuft an ihr vorbei und gebraucht sie nicht als seine Stütze. Die materiale Beschaffenheit des Sachverhalts ist daher bei diesen Schlüssen unbeschränkt variabel, ohne daß ihre Folgerichtigkeit aufgehoben wird. Sie können formal bedingte unmittelbare Schlüsse genannt werden, weil die materiale Beschaffenheit des durch das Ausgangsurteil gesetzten Sachverhalts bei ihnen unbeschränkt variabel ist.

Nun gibt es aber noch andere folgerichtige unmittelbare Schlüsse, bei denen die Konklusio nur deshalb aus der Prämisse folgt, weil die besondere Beschaffenheit des gesetzten Sachverhalts die Überleitung ermöglicht. Diese Schlüsse sind daher sachlich oder material bedingte, insofern die Materie des Sachverhalts die notwendige Grundlage für ihre Folgerichtigkeit bildet. Ihre Gültigkeit wird daher nur dann ersichtlich, wenn man die formale Einstellung verläßt, um die bestimmte Sachverhaltsart ins Auge zu fassen, welche die Prämisse entwirft, und nun zu erkennen, welche Sachverhalte darin unmittelbar eingeschlossen sind. Sie sind also durch sachliche Erkenntnisse über den Zusammenhang bestimmtgearteter Sachverhalte vermittelt und insofern nicht mehr unmittelbare Schlüsse im engsten Sinne. Auf jeden Fall sind sie genau zu unterscheiden von den bisher betrachteten formal bedingten unmittelbaren Schlüssen. Wir gewinnen eine allgemeine Übersicht über die möglichen Arten dieser material bedingten unmittelbaren Schlüsse, wenn wir unsere frühere Einteilung der Sachverhaltsarten zugrunde legen. Dann ergeben sich:

1. Material bedingte unmittelbare Schlüsse auf Grund von Bestimmungs-sachverhalten. Die Prämisse sei ein Bestimmungs-urteil, d. h. ein Urteil, das in bezug auf seinen Subjektsgegenstand die Frage: »Was ist das?« beantwortet, also z. B. das Urteil »Gold ist ein Metall«. Aus der besonderen Sachverhaltseinheit, die damit gesetzt ist, folgt dann z. B. daß das Wesen des Metalls sich im Gold determiniert findet. Um zu sehen, daß dieses Urteil tatsächlich aus jener Prämisse folgt, genügt es nicht, den zuerst gesetzten Sachverhalt nur allgemein als positiven Sachverhalt überhaupt zu betrachten, sondern man muß seine besondere Natur ins Auge fassen und speziell erkennen, in welcher eigentümlichen Sacheinheit darin das »Gold« mit dem »Metall« gesetzt ist, daß nämlich das Wesen des mit »Metall« gemeinten Gegenstandes zwar in dem »Gold« aufgeht, aber doch so, daß es zugleich eine besondere, im Gold erst hinzutretende Determiniertheit annimmt. Die Tatsache nun, daß die Einheit dieses



Bestimmungsfachverhalts die beiden verschiedenen Seiten zeigt, indem einmal das Gold das Wesen des Metalls völlig in sich einschluckt, und andererseits das Wesen des Metalls sich determinierend in das Gold einfenkt, die Tatsache also, daß die beiden Glieder in dieser Einheit sich verschieden verhalten, stellt den notwendigen Zusammenhang zwischen den beiden Sachverhalten her, die von der Prämisse und von der Konklusion gesetzt werden, und begründet dadurch erst die Folgerichtigkeit des Schlusses.

2. Material bedingte unmittelbare Schlüsse auf Grund von Attributionsfachverhalten. Die Prämisse setze einen Attributionsfachverhalt, der allerdings in den einzelnen Fällen, wie wir früher schon hervorgehoben haben, noch sehr verschiedener Art sein kann. Die Prämisse beantwortet dann in bezug auf ihren Subjektsgegenstand die Frage: »Wie ist das?«. Als Beispiel sei hier wieder das Urteil »Schwefel ist gelb« genommen. Die Prädikatsbestimmtheit »gelb« ist darin dem Schwefel nicht nur überhaupt positiv hinzugeordnet, sondern mit ihm in diejenige sachliche Einheit gesetzt, die eben zwischen einem Stoff und seiner natürlichen Farbe besteht. Der Stoff, eben der Schwefel, ist hier nicht als eine besondere Determination der Farbe, nämlich des »gelb«, gesetzt, sondern als eine Dingart, der eine bestimmte Eigenschaftsart zukommt. Ist daher Schwefel gelb, so hat notwendig der Schwefel die Eigenschaft »gelb«, und es gilt notwendig dieses Urteil. (Während »Metall« keine Eigenschaft ist, und »Gold« nicht die Eigenschaft »Metall« hat, sondern ein Metall ist.) Ebenso folgt aus der Prämisse »Schwefel ist gelb« folgerichtig das Urteil »Gelb kommt als Eigenschaft des Schwefels vor«, aber nur deshalb, weil durch die Prämisse jene bestimmte Sachverhaltseinheit zwischen einem Ding und seiner Eigenschaft gesetzt ist, die nun von einer anderen, nämlich derjenigen Seite her betrachtet werden kann, welche jener Konklusion die zureichende Wahrheitsgrundlage gibt. Denn nicht allgemein ist die Prädikatsbestimmtheit im Urteil als Eigenschaft des Subjektsgegenstandes gefaßt. Deshalb folgt z. B. aus der Prämisse »Gold ist ein Metall« nicht, daß Metall als Eigenschaft des Goldes vorkomme.

3. Material bedingte unmittelbare Schlüsse auf Grund von Seinsfachverhalten. Setzt die Prämisse einen bestimmten Seinsfachverhalt, z. B. den Sachverhalt »Gott existiert«, so folgt daraus unmittelbar, daß »Existieren keine Eigenschaft, sondern ein eigenartiges Verhalten Gottes ist«, wenn und weil in dem vorausgesetzten Urteil das »Existieren« nicht als eine Qualität, sondern als das eigenartige »Aus-sich-bestehen« mit Gott in die angemessene Sacheinheit gesetzt ist.

4. Material bedingte unmittelbare Schlüsse auf Grund von Relationsfachverhalten. Wenn die Prämisse irgendeinen Relationsfachverhalt setzt, so folgen aus ihr Urteile, die man leicht für formale unmittelbare Folgerungen anfieht, während die genauere Betrachtung zeigt, daß sie nur auf Grund der eigentümlichen Relationen möglich sind, um die sich die Schlüsse drehen. Es seien kurz für die verschiedenen Relationsarten derartige Schlüsse aufgewiesen.

a) Vergleichungsrelationen als Grundlage. Aus der Prämisse » $S=P$ « folgt » $P=S$ «. Hier überfieht man nun sehr oft, daß das erste Urteil einen ganz speziellen Sachverhalt, nämlich einen Vergleichungsfachverhalt setzt, den durchaus nicht jedes Urteil zu seinem Gegenstück hat. Die allgemeine Formel des Urteils » $S$  ist  $P$ « befaßt ja durchaus nicht, daß in jedem Urteil der Subjektsgegenstand mit der Prädikatsbestimmtheit gleichgesetzt werde. Es ist daher ein grober logischer Fehler, diese allgemeine Formel durch die Form » $S=P$ « zu ersetzen. Zugleich ist nun ersichtlich, daß keineswegs allgemein aus jedem Urteil » $S$  ist  $P$ « unmittelbar das Urteil » $P$  ist  $S$ « folgt, falls dies wirklich ein neues Urteil und nicht eine bloße Umkehrung der geraden Begriffsfolge des Ausgangsurteils sein soll. Dagegen folgt aus dem Urteil » $S=P$ « ganz sicher das neue Urteil » $P=S$ «, aber offenbar nur deshalb, weil hier die Prämisse die Relation der Gleichheit zwischen  $S$  und  $P$  setzt, und weil diese Relation zwischen ihren beiden Gliedern einfach umkehrbar ist. Es gibt indessen auch Vergleichungsrelationen, die nicht einfach umkehrbar sind. Wäre z. B. das Urteil » $S$  ist größer als  $P$ « die Prämisse, so würde daraus keineswegs folgen, daß nun auch  $P$  größer als  $S$  sei, sondern hier muß die Eigenart der gesetzten Relation beachtet werden, die von dem zweiten Glied her gesehen eine andere Form zeigt. Diese andere Form ist in das gefolgerte Urteil einzusetzen, so daß sich das Urteil » $P$  ist kleiner als  $S$ « als die folgerichtige Konklusio ergibt. Ebenso folgt aus dem Urteil » $S$  ist jünger als  $P$ « nur das andere Urteil » $P$  ist älter als  $S$ «. Die Folgerichtigkeit solcher Schlüsse hat also ihren letzten Maßstab nicht in dem allgemeinen Urteilsinn, sondern in dem besonderen Wesen der betreffenden Relation, welche die Prämisse in den Sachverhalt hineinsetzt.

Nebenbei bemerkt zeigt sich hier deutlich, daß diejenige Logik, welche in mathematisierender Tendenz alle Urteile auf Gleichungen zurückführt, und alle Schlüsse als Verbindungen solcher Gleichungen auffaßt, eine fundamentale Verirrung darstellt, welche die Mannigfaltigkeit der Urteile und der Schlüsse gewalttätig reduziert. In der Konsequenz dieser Verirrung liegt dann die falsche Meinung, die

Logik sei ein Teil der Mathematik, oder umgekehrt, die Mathematik gehöre zur Logik.

b) Räumliche Relationen als Grundlage. Das Urteil »S ist rechts von P« setzt die räumliche Relation des »rechts von« in den Sachverhalt hinein. Diese Relation ist nicht einfach umkehrbar, sondern verwandelt sich, wenn sie von dem zweiten Glied aus betrachtet wird, in die Relation des »links von«. Durch diese räumliche Relation hindurch folgt also aus dem ersten Urteil die Konklusion »P ist links von S«. Um zu erkennen, daß dieser Schluß gültig ist, muß man sich die bestimmte räumliche Relation nach ihren beiden verschiedenen, aber notwendig vereinten Seiten klar machen, also zu der Materie des Urteils zurückgehen, die hier wieder die letzte Grundlage für die Folgerichtigkeit des Schlusses bildet. — In analoger Weise folgt aus dem Urteil »S ist über P« das andere Urteil »P ist unter S«. Dagegen folgt durch einfache Umkehrung der Relation aus der Prämisse »S ist neben P« die Konklusion »P ist neben S«.

c) Zeitliche Relationen als Grundlage. Das Urteil »S ist früher als P« setzt eine zeitliche Relation, die nicht einfach umkehrbar ist, sondern von ihrem zweiten Glied aus rückwärts gesehen anders aussieht. Daher folgt aus jenem Urteil nicht einfach, daß P früher als S ist, sondern nur das andere Urteil, daß P später als S ist. Ist dagegen als Ausgangsurteil die Behauptung »S ist gleichzeitig mit P« gegeben, so folgt daraus, daß auch P gleichzeitig mit S ist; denn die Relation der Gleichzeitigkeit ist einfach umkehrbar.

d) Zusammengehörigkeitsrelationen als Grundlage. Das Urteil »S ist ein Teil von P« setzt eine Relation zwischen S und P, die nicht einfach umkehrbar ist. Es folgt daher aus ihm nicht etwa, daß auch P ein Teil von S sei. Achtet man auf die Eigenart der gesetzten Relation und darauf, wie sie sich von P aus gesehen darstellt, so kann man erkennen, daß aus jenem ersten Urteil das Schlußurteil »P enthält das S in sich« folgt. — Rechnet man den Widerspruch auch zu den Zusammengehörigkeitsrelationen, so gehört hierher auch der Schluß aus »S steht im Widerspruch zu P« auf »P steht im Widerspruch zu S«. Dieser Schluß ist wieder folgerichtig nur auf Grund der Wechselseitigkeit des Widerspruchs.

e) Abhängigkeitsrelationen als Grundlage. Ist S der Grund von P, so folgt, daß P die Folge von S ist. Ebenso, wenn S die Ursache von P ist, so ist notwendig P die Wirkung von S. Die Folgerichtigkeit dieser Schlüsse gründet sich wieder auf das Wesen der betreffenden Abhängigkeitsverhältnisse, die nicht einfach umkehrbar sind.

f) *Intentionale Relationen als Grundlage.* Der Schluß: »S ist dem P bewußt, also hat P ein Bewußtsein von dem S« ist folgerichtig auf Grund der intentionalen Relation des »Bewußt-seins«, die es zwar zuläßt und es rechtfertigt, diesen Schluß zu vollziehen, die es aber nicht ohne weiteres gestattet, zu folgern, daß auch das P dem S bewußt sei, oder daß das S ein Bewußtsein von dem P habe.

Die Folgerichtigkeit gründet in einer anderen intentionalen Relation in dem Schluß »S fällt unter den Begriff P, also umfaßt der Begriff P das S«. Die Relation, in welcher etwas, das unter einen Begriff fällt, zu diesem Begriff steht, ist nicht einfach umkehrbar. Welche Konklusion folgerichtig aus dem Urteil, das eine solche Relation setzt, folgt, ist daher nur ersichtlich durch die Betrachtung der besonderen Art dieser Relation. — Ähnlich verhält es sich mit denjenigen Urteilen, welche Relationen zwischen Gegenständen und Zeichen, Wörtern oder Sätzen setzen. Aus dem Urteil »S heißt P« folgt gültig »P ist der Name für S«, nicht aber »P heißt S«, weil die Relation des »heißen« eine einseitige und nicht einfach umkehrbar ist.

#### Achtes Kapitel.

#### Unmittelbare Schlüsse durch Entfaltung der in einem Urteil implizierten Urteile.

Wir haben schon früher erwähnt, daß in einem sprachlich ausgedrückten Urteil eine Reihe anderer Urteile impliziert sind. Die in einem Urteil implizierten Urteile sind keine bloßen Gedanken, sondern wirklich behauptende Gedanken, die für sich den Anspruch auf Wahrheit machen. Sie sind nur nicht entfaltet, d. h. die logische Bewegung, die vom Subjektsbegriff durch die Kopula hindurch zum Prädikatsbegriff geht, ist bei ihnen nicht aktuell im Vollzug, sondern fertig vollzogen und in ruhender Spannung. Sie sind potentielle, gleichsam zusammengefaltete Urteile, die in einem entfalteten Urteil an dieser oder jener Stelle liegen. Sie können aber entfaltet und aus dem Urteil, in dem sie logisch ruhend enthalten liegen, für sich herausgehoben werden. Sie können aus dem potentiellen, ruhend gespannten Zustande zum aktuellen logischen Leben erwachen und in innere logische Bewegung geraten.

Nun macht ein Urteil, in welchem andere Urteile impliziert sind, nicht nur den Anspruch, daß alle die in ihm implizierten Urteile auch wahr sind, sondern es kann auch nur dann wirklich wahr

sein, wenn ausnahmslos alle diese in ihm enthaltenen Urteile ebenfalls wahr sind. Ist also jenes Mutter-Urteil wahr, so sind notwendig auch alle in ihm implizierten Urteile wahr. Es besteht also dieser Folgerungszusammenhang zwischen dem Mutter-Urteil und den in ihm implizierten Urteilen, ein Zusammenhang, der natürlich kein Begründungszusammenhang ist, der aber doch gestattet, folgerichtig unmittelbar aus der Wahrheit des Mutter-Urteils auf die Wahrheit der implizierten Urteile zu schließen. Das Urteil »Dieser Adler ist dunkelbraun« Impliziert die Urteile: »Dies ist ein Adler«, »Dieser Gegenstand fällt unter den Begriff Adler«, »Dieser Gegenstand heißt Adler«, »Dieser Gegenstand ist ein Lebewesen«, »Dieses Lebewesen ist ein Tier«, »Dieses Tier ist ein Raubvogel« usw. Nun kann das Urteil »Dieser Adler ist dunkelbraun« nur dann wahr sein, wenn alle in ihm implizierten Urteile auch wahr sind. Also ist mit seiner Wahrheit notwendig die Wahrheit aller dieser Urteile gegeben. Man kann also folgerichtigerweise alle diese Urteile aus ihm folgern.

In einem komplizierteren Urteil können in mannigfacher Weise noch weitere Urteile, z. B. durch attributive Zusätze zum Subjekts- oder zum Prädikatsbegriff, oder durch Relativsätze, impliziert sein, so daß schließlich in einem solchen Urteil die Anzahl der implizierten Urteile unbeschränkt groß werden kann. Alle diese Urteile müssen wahr sein, wenn das Urteil selbst wahr sein soll. Also kann man umgekehrt aus der Wahrheit eines solchen komplizierten Urteils unbeschränkt viele implizierte Urteile unmittelbar folgerichtig schließen.

Da nun irgendein Urteil schon dann falsch ist, wenn nur ein einziges impliziertes, oder wenn nur das entfaltete Urteil allein falsch ist, während alle anderen in ihm implizierten Urteile noch wahr sind, so ist mit der Falschheit eines Urteils an sich noch gar nichts über die Wahrheit oder Falschheit der in ihm implizierten Urteile oder auch des entfalteten Urteils festgelegt. Also läßt sich aus der bloßen Falschheit eines Urteils überhaupt nicht unmittelbar folgerichtig auf die Falschheit der implizierten Urteile schließen. Ist z. B. das Urteil »Dieser Adler ist dunkelbraun« falsch, so folgt daraus nicht notwendig daß dies kein Adler sei, daß dieser Gegenstand nicht unter den Begriff Adler falle, daß er nicht Adler heiße, daß er kein Lebewesen, kein Tier und kein Raubvogel sei. Alle diese Urteile können zwar falsch sein und dadurch das Mutter-Urteil allein falsch machen; aber sie können auch alle wahr sein, und nur dies falsch sein, daß dieser Adler die Färbung »dunkelbraun« zeigt. Erklärt man daher ein Urteil, das mehrere andere Urteile in sich impliziert, summarisch für falsch, so folgt daraus nichts über die

Falschheit der implizierten Urteile, ja sogar noch nichts über die Falschheit des speziell entfalteten Urteils, solange nicht der eigentliche Sitz der Falschheit in dem Mutter-Urteil genauer fixiert ist.

#### B. Die Lehre von den mittelbaren Schlüssen.

**Allgemeines.** Ein mittelbarer Schluß ist die Folgerung eines Urteils aus mehreren anderen Urteilen. Er enthält also ebenso wie der unmittelbare Schluß nur eine Konklusio, aber mehrere Prämissen. Die Konklusio folgt hier nicht aus einer der Prämissen für sich genommen, sondern nur aus allen Prämissen zusammengenommen, also aus jeder einzelnen Prämisse nur durch Vermittelung aller anderen Prämissen. Daher der Name »mittelbarer« Schluß. Dieser besteht also aus mindestens drei Urteilen, von denen das eine das Schlußurteil, die beiden anderen die Prämissen sind. Die sprachliche Formulierung eines mittelbaren Schlusses braucht, wie schon oben hervorgehoben wurde, nicht notwendig alle zugehörigen Urteile zum Ausdruck zu bringen, sondern kann gelegentlich nur zwei Behauptungssätze miteinander verbinden. Das Entscheidende dafür, ob ein unmittelbarer oder ein mittelbarer Schluß vorliegt, ist nicht die Anzahl der sprachlich ausgedrückten Urteile, sondern die Frage, ob das Schlußurteil nur aus einer oder aus mehreren Prämissen folgen soll. Die Urteile nun, aus denen ein mittelbarer Schluß besteht, müssen alle voneinander verschieden sein. Sie müssen außerdem so miteinander verbunden sein, daß die Prämissen miteinander durch den Verbindungsbegriff »und« vereinigt sind, während die Konklusio durch einen Folgerungsbegriff an die vereinigten Prämissen angebunden und aus ihnen gefolgert wird. Alle Prämissen zusammen haben also im mittelbaren Schluß die logisch primäre Stellung, die Konklusio allein dagegen die logisch sekundäre Stelle. Durch den Folgerungsbegriff wird zugleich die Konklusio als die Folge der Prämissen gesetzt.

Alle Urteile, aus denen ein mittelbarer Schluß besteht, machen als Urteile den Anspruch auf Wahrheit. Außerdem macht der Schluß selbst den Anspruch auf Folgerichtigkeit, d. h. darauf, daß die Folgerung des Schlußurteils, die der Folgerungsbegriff aus den Prämissen vollzieht, keine willkürliche logische Tat sei, sondern mit dem Wahrheitszusammenhang der Urteile selbst übereinstimme. Maßgebend für die Folgerichtigkeit eines mittelbaren Schlusses ist also der notwendige Wahrheitszusammenhang, der zwischen den Prämissen und seiner Konklusio besteht. Dieser Wahrheitszusammenhang braucht, wie ebenfalls schon oben hervorgehoben wurde, nicht

ein Begründungszusammenhang zu sein, sondern kann bloß darin bestehen, daß mit der Wahrheit aller Prämissen notwendig die Wahrheit der Konklusio gegeben ist. Wenn die Prämissen die Konklusio zugleich begründen, so liegt der besondere Fall des begründenden mittelbaren Schlusses vor. Wir werden den bloß folgernden und den begründenden mittelbaren Schluß genau voneinander unterscheiden müssen, wenn wir die Streitigkeiten schlichten wollen, welche die Lehre vom Syllogismus so sehr verwirrt haben.

Der Wahrheitszusammenhang, der zwischen den Prämissen und der Konklusio bestehen muß, wenn der mittelbare Schluß folgerichtig sein soll, kann nur dann vorhanden sein, wenn mit der Gesamtheit der Sachverhalte, die durch die Prämissen gesetzt werden, notwendig auch derjenige Sachverhalt gesetzt ist, den die Konklusio von sich aus setzt. Sind dann die Prämissen wahr, so bestehen die von ihnen gesetzten Sachverhalte und damit der mit ihnen notwendig verbundene Sachverhalt; und dieser macht dann notwendig die Konklusio wahr. Jeder mittelbare Schluß macht nun zwar den Anspruch, folgerichtig zu sein, aber nicht jeder ist auch wirklich folgerichtig, d. h. nicht bei jedem mittelbaren Schlusse ist die Wahrheit derjenigen Konklusio, die er aus mehreren Prämissen folgert, auch notwendig mit der Wahrheit dieser Prämissen verbunden. Nicht daß seine Prämissen und seine Konklusio wahr sind, macht einen mittelbaren Schluß schon folgerichtig, sondern nur dies, daß die Wahrheit der Prämissen die Wahrheit der Konklusio zur notwendigen Folge hat. Diese Bedingung ist aber erfüllt, wenn mit den Sachverhalten, die den Prämissen entsprechen, notwendig derjenige Sachverhalt gegeben ist, welcher der Konklusio entspricht. Je nachdem nun die notwendige Verknüpfung zwischen den Sachverhalten sich auf der formalen oder auf der sachlichen Bestimmtheit der Sachverhalte gründet, kann man auch hier wieder formal bedingte und material bedingte Schlüsse unterscheiden. Die Logik hat es zunächst wieder nur mit den formal bedingten mittelbaren folgerichtigen Schlüssen zu tun. Ihr Ziel ist, eine vollständige Übersicht über die im Gebiete der mittelbaren Schlüsse überhaupt möglichen gültigen Schlußformen zu gewinnen.

Der einfachste Fall eines mittelbaren Schlusses ist die Folgerung einer Konklusio aus zwei Prämissen. Ein solcher Schluß besteht also aus nur drei Urteilen. Eine bestimmte Art dieses einfachsten mittelbaren Schlusses heißt traditionell ein Syllogismus. Im folgenden soll nun zunächst eine kurze Darstellung der Syllogistik im Sinne der traditionellen Lehre gegeben werden. Nachdem dann

die Mängel der überlieferten Lehre betont worden sind, soll der Versuch einer verbesserten Entwicklung der folgerichtigen Schlussformen dieser Art dargeboten werden.

#### Erstes Kapitel.

#### Entwicklung der Syllogistik im Sinne der überlieferten Lehre.

Der Syllogismus ist ein folgerichtiger Schluß, in welchem aus zwei Urteilen ein drittes gefolgert wird. Die Logik hat festzustellen, welche Arten solcher folgerichtigen mittelbaren Schlüsse es gibt.

Das Schlußurteil soll aus zwei Urteilen folgen. Die beiden Urteile, aus denen gefolgert wird, nämlich die Prämissen, müssen also voneinander verschieden sein. Sie dürfen aber nicht bloß nach der Quantität, oder nach der Qualität, oder nach der Modalität verschieden sein, da dann aus ihnen nichts folgen würde.

Der kategorische Syllogismus ist ein solcher, der aus lauter kategorischen Urteilen besteht. Also dürfen bei ihm die Prämissen nicht nach der Relation verschieden sein. Soll aus zwei kategorischen Urteilen ein drittes folgen, so müssen die beiden Urteile also noch verschiedene Subjekts- und Prädikatsbegriffe haben. Sie dürfen jedoch auch nicht total verschieden sein. Denn haben sie sowohl verschiedene Subjekts-, als auch verschiedene Prädikatsbegriffe, so setzen sie zwei Sachverhalte, die gar nichts miteinander zu tun haben, die vielmehr gänzlich außer einander liegen. Zwei so völlig außereinanderliegende Sachverhalte können aber keinen dritten Sachverhalt bilden, der einem neuen Urteil die zureichende Grundlage seiner Wahrheit geben könnte. Da das dritte Urteil aus den vereinigten beiden ersten Urteilen folgen soll, so müssen diese beiden so beschaffen sein, daß sie zwar verschieden sind, aber doch einen gleichen Bestandteil haben, durch den die beiden gesetzten Sachverhalte vereinigt werden. Diese Bedingungen sind nun in dreifacher Weise erfüllbar.

1. Die beiden Prämissen haben verschiedene Subjekts-, dagegen die gleichen Prädikatsbegriffe.

2. Die beiden Prämissen haben die gleichen Subjekts-, dagegen verschiedene Prädikatsbegriffe.

3. Der Prädikatsbegriff der einen Prämisse stimmt überein mit dem Subjektsbegriff der anderen Prämisse, während der Subjektsbegriff der ersten von dem Prädikatsbegriff der zweiten verschieden ist.

In jedem der drei Fälle enthalten also die beiden verschiedenen Urteile zusammen außer den Kopulabegriffen nicht vier, sondern nur drei Begriffe, von denen aber der eine Begriff jedesmal sowohl in der einen, als auch in der zweiten Prämisse vorkommt. Dieser in beiden Prämissen vorkommende Begriff wird, da er die Verbindung der beiden Prämissen und damit den Schluß vermittelt,



der Mittelbegriff genannt und mit dem Buchstaben M bezeichnet. Die beiden anderen Begriffe seien zunächst mit den Buchstaben A und B bezeichnet. Die oben angegebenen Bedingungen für die möglichen Syllogismen sind also erfüllt, wenn die beiden Urteile die Formen haben:

im ersten Fall: A M, und B M,  
 im zweiten Fall: M A, und M B,  
 im dritten Fall: A M, und M B.

Das Schlußurteil, die Konklusio, die aus den beiden Urteilen folgen soll, muß ein von den beiden Prämissen verschiedenes Urteil sein. Es kann natürlich von den Prämissen nicht völlig verschieden sein, da es ja aus ihnen folgen soll. Es muß vielmehr sowohl seinen Subjekts-, als auch seinen Prädikatsbegriff aus den beiden Prämissen holen. Da aber das Schlußurteil keiner der beiden Prämissen gleich sein darf, so muß es aus der einen seinen Subjektsbegriff, aus der anderen seinen Prädikatsbegriff entnehmen. Die Konklusio darf aber den Begriff M nicht als Subjekts- oder als Prädikatsbegriff aufnehmen, da sie sonst mit einer der Prämissen identisch wäre oder eine unmittelbare Folgerung aus einer der beiden Prämissen darstellte. Sie kann also nur die beiden Begriffe A und B aufnehmen, wobei es ihr noch freisteht, welchen sie als Subjekts- und welchen sie als Prädikatsbegriff nehmen will.

Man gibt nun allgemein der Konklusio die Form S P, und nennt S den Unterbegriff oder terminus minor, und P den Oberbegriff oder terminus major. Dementsprechend nennt man diejenige Prämisse, aus welcher die Konklusio ihren Subjektsbegriff entnimmt, den Untersatz und setzt sie in der Reihenfolge der Prämissen an die zweite Stelle. Dagegen nennt man diejenige Prämisse, aus welcher der Schlußsatz seinen Prädikatsbegriff entnimmt, den Obersatz und setzt sie an die erste Stelle. Zugleich setzt man in die Prämissen statt der Buchstaben A und B die Buchstaben S und P ein. Dann ergibt sich für die drei oben angegebenen Prämissenformen:

1. Sowohl, wenn die Konklusio ihren Subjektsbegriff aus A M und ihren Prädikatsbegriff aus B M, als auch, wenn sie ihren Subjektsbegriff aus B M und ihren Prädikatsbegriff

aus A M entnimmt, gewinnt der Schluß die Form:  $\frac{P \quad M}{S \quad P}$ , weil jedesmal diejenige Prämisse, die das P enthält, an die erste, diejenige, die das S enthält, an die zweite Stelle gesetzt wird.

2. Sowohl, wenn die Konklusio ihren Subjektsbegriff aus M A, als auch wenn sie ihn aus M B entnimmt, bekommt der Schluß

die Form:  $\frac{M \quad P}{S \quad P}$ , weil in beiden Fällen die Prämisse mit dem Oberbegriff P an die erste Stelle zu stehen kommt.

3. Entnimmt die Konklusio ihren Subjektsbegriff aus  $\bar{A} M$  und ihren Prädikatsbegriff aus  $M B$ , so ergibt sich die Form:

$$\frac{M \quad P}{S \quad M} \quad \frac{S \quad M}{S \quad P}$$

Wenn sie dagegen ihren Subjektsbegriff aus  $M B$  und ihren Prädikatsbegriff aus  $\bar{A} M$  entnimmt, so ergibt sich die

$$\text{andere Form: } \frac{P \quad M}{M \quad S} \quad \frac{M \quad S}{S \quad P}$$

Diese vier Formen sind die sogenannten vier Figuren des Syllogismus, d. h. also die vier möglichen Formen, in denen der kategorische Schluß aus zwei Urteilen auftreten kann. Man gibt ihnen gewöhnlich die folgende Reihenfolge:

I. $\frac{M \quad P}{S \quad M}$	II. $\frac{P \quad M}{S \quad M}$	III. $\frac{M \quad P}{M \quad S}$	IV. $\frac{P \quad M}{M \quad S}$
$\frac{S \quad M}{S \quad P}$	$\frac{S \quad M}{S \quad P}$	$\frac{M \quad S}{S \quad P}$	$\frac{M \quad S}{S \quad P}$

Die drei ersten dieser Figuren hat Aristoteles, der Urheber der Syllogistik, aufgestellt, während die vierte zuerst von dem Arzt Galenos († um 200) hinzugefügt worden sein soll und erst zur Renaissancezeit allgemeine Aufnahme in die Logik fand. Zumeist wird heute diese vierte Figur als eine überflüssige schematische Hinzufügung betrachtet, die den drei ersten Figuren nicht gleichwertig sei.

Die weitere Entwicklung der überlieferten Syllogistik nimmt nun die Einteilung der Urteile in allgemein bejahende und verneinende und in partikular bejahende und verneinende hinzu. Jede der beiden Prämissen in allen vier Figuren könnte nämlich an sich jeder dieser vier Arten von Urteilen angehören. Mit Benützung der früher angeführten Buchstaben  $a, e, i$  und  $o$  sind also für jede Figur die folgenden Prämissenkombinationen an sich möglich:

$a a a$	$e e e$	$i i i$	$o o o$
$a e i$	$a e i$	$a e i$	$a e i$

Diese 16 möglichen speziellen Formen des Syllogismus nennt man die Modi desselben. Da sie an sich bei jeder der vier Figuren möglich sind, so ergeben sich also im ganzen  $4 \cdot 16 = 64$  Modi des Syllogismus überhaupt. Aber die Frage ist nun, ob auch alle diese Modi einen folgerichtigen Schluß ergeben. Diese Frage ist zu verneinen. Denn es zeigt sich bei genauerer Untersuchung, daß für jede der vier Figuren des Syllogismus folgende Sätze gelten, durch die gewisse Modi als untauglich für folgerichtige Schlüsse erkannt werden.

1. Aus zwei negativen Prämissen kann folgerichtig keine Konklusio gezogen werden, oder lateinisch: *ex mere negativis nihil sequitur*. Denn negative Prämissen, selbst wenn sie den Mittelbegriff gemeinsam haben, setzen ihre Subjektsgegenstände so, daß sie von ihnen die Prädikatsbestimmtheiten abspitzen. Welcher Figur sie daher auch angehören mögen, sie bestimmen nichts über das Verhältnis des Subjektsgegenstandes der Konklusio zu ihrer Prädikatsbestimmtheit. Es fallen also bei jeder

Figur aus den möglichen 16 Modi die folgenden vier als untauglich fort:  $\begin{matrix} e & e & o & o \\ e & o & e & o \end{matrix}$ . Es bleiben also von den 64 nach Abzug dieser  $4 \cdot 4 = 16$  nur noch 48 Modi übrig, über die nun weiter zu entscheiden ist.

2. Aus zwei partikularen Prämissen ist überhaupt in keiner Figur ein folgerichtiger Schluß möglich, oder lateinisch: *ex mere particularibus nihil sequitur*. Denn zwei partikuläre Prämissen lassen unbestimmt, welche der durch ihre Subjektsbegriffe umgrenzten Gegenstände ihrer Prädizierung unterworfen werden, indem sie sie nur als eine unbestimmte Mehrheit innerhalb jenes Umkreises bestimmen. Sie können also in allen vier Figuren nichts Entscheidendes über das Verhältnis des Subjektsgegenstandes der Konklusion zu deren Prädikatsbestimmtheit bestimmen. Es fallen demnach bei jeder Figur wieder folgende drei Modi als untauglich weg:  $\begin{matrix} i & i & o \\ i & o & i \end{matrix}$ . Es bleiben von den obigen 48 nach Abzug von  $4 \cdot 3 = 12$  nur noch 36 Modi übrig.

3. Aus einem partikularen Obersatz und einem verneinenden Untersatz folgt in keiner Figur folgerichtig ein Schlußsatz. Denn ein verneinender Untersatz spreizt den Subjektsgegenstand des Schlußsatzes ab von dem, was mit dem Mittelbegriff gemeint ist. Soll dann durch den Obersatz das Verhältnis des Subjektsgegenstandes des Schlußsatzes zu der Prädikatsbestimmtheit P durch den Mittelbegriff hindurch festgelegt sein, so muß der Obersatz ein bejahender sein. Ist er aber nur partikular bejahend, so bleibt ungewiß, ob er gerade die im Untersatz voneinander abgespreizten Gegenstände betrifft oder nicht. Über das Verhältnis des S zu dem P ist also dann nichts Bestimmtes festgelegt. Es fällt daher in jeder der vier Figuren die Kombination *i e* der Prämissen als untauglich fort, und es bleiben im ganzen nur noch 32 mögliche Modi übrig.

Wendet man sich nun den einzelnen Figuren nacheinander zu, so erweisen sich wieder bei jeder Figur speziell gewisse Modi als untauglich zur Gewinnung folgerichtiger Schlüsse.

In bezug auf die erste Figur  $\begin{matrix} & M & P \\ S & M & \\ S & P & \end{matrix}$  ergibt sich, daß der Obersatz nicht partikular sein darf, sondern allgemein sein muß. Als Modi mit partikularem Obersatz waren noch übriggeblieben die beiden Modi *i a* und *o a*. In beiden Fällen ist nicht mit Sicherheit von dem S durch das M hindurch zu dem P zu gelangen. Denn wenn darin auch alle S M sind, so bleibt doch durch die partikularen Obersätze zweifelhaft, ob diese S gerade zu denjenigen einigen M gehören, die nach dem ersten Obersatz P, nach dem zweiten nicht P sein sollen. Beide Modi fallen also für die erste Figur als untauglich fort. Von den übrigbleibenden 6 Modi scheiden dann für die erste Figur noch diejenigen zwei aus, die

einen verneinenden Untersatz enthalten, nämlich die Modi *a e* und *a o*. Denn der Untersatz muß in der ersten Figur notwendig ein bejahender sein. Wäre er verneinend, so besägte er, daß alle oder einige *S* nicht *M* seien; dann wäre dadurch nichts darüber entschieden, ob diese *S* auch *P* sind oder nicht *P* sind, da der allgemein bejahende Obersatz ja nur behauptet, daß alle *M* *P* seien, und offen läßt, daß auch Gegenstände, die nicht *M* sind, dennoch *P* seien. Es bleiben also für die erste Figur als mögliche Modi nur die folgenden vier übrig:

MaP	MeP	MaP	MeP
SaM	Sam	SiM	SiM

Daß nun diese möglichen Modi der ersten Figur wirklich folgerichtige Schlüsse und welche Schlußsätze sie erlauben, bedarf noch der weiteren Untersuchung, auf die wir gleich zurückkommen. Vorerst seien noch für die drei anderen Figuren die untauglichen Modi ausgeschieden.

Für die zweite Figur  $\begin{array}{cc} P & M \\ S & M \\ S & P \end{array}$  ergibt sich, daß bei ihr eben-

falls der Obersatz nicht partikular sein darf, sondern allgemein sein muß, und daß außerdem eine der Prämissen notwendig negativ sein muß. Wären nämlich beide Prämissen bejahend, so würde durch die Behauptungen, daß sowohl die *S*, als auch die *P* *M* seien, nichts über das Verhältnis von *S* zu *P* festgelegt sein. Ist aber eine Prämisse negativ, so muß notwendig der Obersatz allgemein sein. Wäre er partikular bejahend, so müßte der Untersatz verneinend sein, also von dem *S* das *M* abspitzen. Damit wäre aber unbestimmt gelassen, ob diejenigen *S*, die nicht *M* sind, zu denjenigen einigen *P* gehören, die nach dem Obersatz möglicherweise nicht *M* sind, oder ob die *S* ganz außerhalb jener *P* fallen. Wäre dagegen der Obersatz partikular verneinend, so müßte der Untersatz bejahend sein, da ja für alle Figuren gilt, daß aus zwei negativen Prämissen nichts folgt. Dann ist aber unbestimmt gelassen, ob diejenigen *S*, die nach dem Untersatz *M* sind, zu denjenigen *P* gehören, die nach dem Obersatz möglicherweise ebenfalls *M* sind, oder ob sie ganz außerhalb der *P* fallen. Über das Verhältnis des *S* zu dem *P* ist also in beiden Fällen nichts Bestimmtes durch die beiden Prämissen festgelegt. Für die zweite Figur fallen also von den möglichen Modi noch fort *a a* und *a i*, weil in ihnen beide Prämissen positiv sind, dann *i a*, weil in ihm sowohl beide Prämissen positiv sind, als auch der Obersatz partikular ist; und schließlich *o a*, weil der Obersatz in ihm partikular ist. Für die zweite Figur bleiben also als mögliche Modi ebenfalls nur vier übrig, nämlich die folgenden:

PeM	PaM	PeM	PaM
SaM	SeM	SiM	SoM

Daß aber diese Modi wirklich folgerichtige Schlüsse erlauben und zu welchen Konklusionen sie führen, bleibt noch zu erweisen.

$$\begin{array}{cc} M & P \\ \hline M & S \\ S & P \end{array}$$

Für die dritte Figur ergibt sich, daß ihr Unterfaß

notwendig bejahend sein muß und nicht verneinend sein darf, wenn sie zu gültigen Schlüssen führen soll. Unter den möglichen Modi, die nach den für alle Figuren geltenden Regeln noch übrig geblieben waren, sind die Modi a e und a o diejenigen, die einen verneinenden Unterfaß haben. Es ist zu erweisen, daß diese in der dritten Figur keinen folgerichtigen Schluß erlauben. Im Schlußfaß soll ein Urteil gewonnen werden, das über die Gegenstände die S sind, etwas behauptet. Der Unterfaß muß also diejenigen von den M, zu denen der Oberfaß das P in Beziehung setzt, angeben, welche wirklich S sind. Wäre er verneinend, so fehlten eben für den Schlußfaß die Subjektsgegenstände, die S wären. Daher fallen für die dritte Figur die beiden angegebenen Modi als untauglich fort, und es bleiben für sie noch die 6 Modi übrig:

MaP	MeP	MiP	MaP	MoP	MeP
MaS	MaS	MaS	MiS	MaS	MiS

Daß nun von diesen nicht noch weitere als untauglich wegfallen, und zu welchen folgerichtigen Schlüssen sie alle führen, bleibt auch hier noch zu erweisen.

$$\begin{array}{cc} P & M \\ \hline M & S \\ S & P \end{array}$$

Für die vierte Figur ergibt sich, daß keine ihrer

Prämissen partikular verneinend sein darf. Von den acht Modi, die nach den allgemeinen Regeln noch für jede Figur möglich waren, haben zwei eine partikular verneinende Prämisse, nämlich a o und o a. Der erste dieser Modi würde durch seinen Oberfaß PaM zu allen P das M positiv hinzufügen, während sein Unterfaß MoS nur von einigen M das S abspreizt. Dadurch bleibt aber unbestimmt, ob das S das P abspreizt oder mit sich führt. Es kann also kein bestimmtes Urteil mit den Begriffen S und P daraus folgen. Der zweite jener Modi würde durch seinen Oberfaß PoM von einigen P das M abspreizen, während sein Unterfaß MaS zu allen M das S positiv hinzufügen würde. Da der partikulare Oberfaß es unentschieden läßt, ob die anderen P das M ebenfalls von sich abspreizen, oder aber es mit sich führen, so bleibt auch unentschieden, ob die einigen S, die M sind, nun das P von sich abspreizen oder mit sich führen. Es kann also auch aus diesem Modus kein bestimmtes Urteil aus S und P gefolgert werden. — Schließlich erweist sich bei der vierten Figur auch noch speziell der Modus a i als untauglich für einen folgerichtigen Schluß. Denn wenn auch nach dem Oberfaß PaM alle P M sind, so bleibt doch unentschieden, wie sich die einigen M, die nach dem Unterfaß S sind, wie also diese einigen S sich zu dem P verhalten, ob sie es mit sich führen oder ob sie es von sich abspreizen. Ein bestimmtes Urteil zwischen S und P kann also auch aus diesem Modus nicht gewonnen werden. — Nach Abzug der drei untauglichen Modi bleiben demnach für die vierte Figur die folgenden fünf Modi als möglich übrig:

PaM	PaM	PiM	PeM	PeM
MaS	MeS	MaS	MaS	MiS

Es bedarf wieder noch des Nachweises, daß diese übriggebliebenen Modi wirklich zu gültigen Schlüssen tauglich sind, und zu welchen Konklusionen sie denn führen.

Nachdem durch die allgemeinen Regeln von den 64 an sich möglichen Modi schon 32 als untauglich ausgeschieden waren, hat nun die Betrachtung der übriggebliebenen Modi bei den vier Figuren ergeben, daß bei der ersten Figur noch 4, bei der zweiten ebenfalls 4, bei der dritten nur 2 und bei der vierten 3, also im ganzen noch 13 Modi als unbrauchbar für gültige Schlüsse ausgeschieden werden müssen, so daß überhaupt nur noch 19 mögliche Modi übrigbleiben, nämlich in der ersten Figur 4, in der zweiten Figur 4, in der dritten 6 und in der vierten 5.

Es ist nun für diese 19 Modi die Gültigkeit zu erweisen und jedem der folgerichtige Schlußsatz zu bestimmen. Die überlieferte Logik erweist meistens nur die vier Modi der ersten Figur direkt als gültig, während sie die sämtlichen Modi der drei anderen Figuren durch Rückführung auf bestimmte Modi der ersten Figur als berechtigt nachzuweisen sucht. Man schließt sich dabei dem Aristoteles an, der nur die Modi der ersten Figur als vollkommene betrachtete. Der Nachweis nun, daß die vier Modi der ersten Figur folgerichtig zu bestimmten Schlußsätzen führen, wird von der Logik in zweifacher Weise unternommen. Einmal so, daß die Sachverhalte, welche durch die beiden Prämissen der verschiedenen Modi gesetzt werden, durch die räumliche Lage von Kreisen zueinander veranschaulicht werden und dann aufgewiesen wird, daß mit jenen Sachverhalten notwendig derjenige Sachverhalt gegeben ist, der durch den bestimmten Schlußsatz gesetzt wird. Zweitens so, daß ein vermeintlich unmittelbar evidenter Satz, nämlich das sogenannte Dictum de omni et nullo, als der Schlußnerv aller vier Modi der ersten Figur emporgehoben wird. — Im folgenden sei zunächst jener Beweis verdeutlicht, der sich der Kreise als Veranschaulichungsmittel bedient.

Der erste Modus der ersten Figur besteht aus den beiden Prämissen  $\begin{smallmatrix} \text{MaP} \\ \text{SaM} \end{smallmatrix}$ . Das erste dieser beiden Urteile behauptet von allen M, daß sie P seien; es läßt aber dahingestellt, ob nur die M oder auch noch andere Gegenstände P sind. Wird nun der Umkreis der Gegenstände, die M sind, durch einen Kreis M veranschaulicht, innerhalb dessen alle M liegen sollen, wird weiter der Umkreis der möglichen Gegenstände, die P sind, durch den Kreis P veranschaulicht, so läßt sich der Sachverhalt, den jene erste Prämisse setzt, so darstellen, daß der Kreis M ganz in den ihn umfassenden Kreis P hineinfällt, oder für den Fall, daß der Umkreis der Gegenstände, die M sind, alle Gegenstände einschließt, die P sein können, so, daß der Kreis M mit dem Kreis P zusammenfällt. Also in folgender

Weise: 

In analoger Weise läßt sich der Sachverhalt, den die zweite Prämisse SaM setzt, veranschaulichen, nämlich durch:  $\textcircled{S}^M$   $\textcircled{SM}$

Da nun der Begriff M in beiden Prämissen derselbe sein soll, so fällt der Umkreis der Gegenstände, die nach der ersten Prämisse M sind, völlig zusammen mit dem Umkreis der Gegenstände, die nach der zweiten Prämisse M sein können. Die beiden Sachverhalte, die durch die beiden Prämissen zusammen gesetzt werden, sind also in jener Veranschaulichung so zu vereinigen, daß die Kreise M zur Deckung gebracht werden. Aus der Kombination der für jede Prämisse möglichen zwei Fälle ergeben sich also die folgenden vier möglichen

Sachverhaltskomplexe: 1,  $\textcircled{S}^{\textcircled{MP}}$  2,  $\textcircled{MP}^{\textcircled{S}}$  3,  $\textcircled{SM}^{\textcircled{P}}$  4,  $\textcircled{SMP}^{\textcircled{P}}$

Meistens wird natürlich nur der erste Fall vorliegen, weil gewöhnlich der Umkreis der Gegenstände, die P sein können, größer ist, als der Umkreis aller M, und der Umkreis aller M meistens größer ist als der Umkreis aller S. Da aber die Urteile an sich auch die anderen Fälle zulassen, so sind alle vier Fälle zu berücksichtigen.

Aus der Betrachtung jener vier Sachverhaltskomplexe, die durch die beiden Prämissen MaP und SaM gesetzt und durch die obigen Kreiszeichnungen veranschaulicht werden, ergibt sich nun unmittelbar, daß in jedem der vier Fälle der Umkreis der Gegenstände, die S sind, voll und ganz umschlossen wird von dem Umkreis der Gegenstände, die P sind. Oder, anders ausgedrückt, mit der Vereinigung der beiden Sachverhalte, welche die Prämissen setzen, ist notwendig derjenige Sachverhalt gegeben, der dem Urteil »Alle S sind P«, oder »SaP«, entspricht. Es folgt also notwendig aus den beiden Prämissen des ersten Modus der ersten Figur des Syllogismus das allgemein bejahende Urteil »Alle S sind P« als folgerichtige Konklusion. Der erste Modus mit dieser Konklusion ist also ein folgerichtiger Syllogismus

MaP  
SaM  
von der Form  $\frac{\text{SaM}}{\text{SaP}}$


Der zweite Modus der ersten Figur besteht aus den Prämissen  $\textcircled{MeP}^{\textcircled{M}}$   $\textcircled{SaM}$ . Das erste dieser beiden Urteile spreizt von allen Gegenständen M die Prädikatsbestimmtheit P ab, setzt also den ganzen Umkreis der Gegenstände die M sind, außerhalb der Gegenstände, die P sind. Der hiermit gesetzte Sachverhalt kann also dadurch veranschaulicht werden, daß ein Kreis M getrennt von einem Kreis P gezeichnet wird. Das zweite der Urteile stimmt mit dem zweiten des ersten Modus überein und kann daher in der gleichen zweifachen Weise in seinem Sachverhalt dargestellt werden. Die Sachverhalte, die die beiden Prämissen des zweiten Modus durch das gemeinsame M vereinigt setzen, können folglich die zweifache

Form haben: 1,  $\textcircled{S}^{\textcircled{M}}$   $\textcircled{P}$  2,  $\textcircled{SM}^{\textcircled{M}}$   $\textcircled{P}$

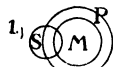
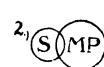
Bestehen aber diese Sachverhalte, so ist unmittelbar ersichtlich, daß in jedem der beiden Fälle notwendig auch der Sachverhalt gegeben ist, der dem Urteil »Alle S sind nicht P« entspricht. Es folgt demnach notwendig aus jenen beiden Prämissen das allgemein verneinende Urteil SeP als Konklusio. Der zweite Modus der ersten Figur ist mit der Konklusio SeP ein folgerichtiger Schluß und hat

die Form  $\frac{\text{MeP}}{\text{SaM}} \cdot \frac{\text{SaM}}{\text{SeP}}$ .

Der dritte Modus der ersten Figur enthält die beiden Prämissen  $\frac{\text{MaP}}{\text{SiM}}$ . Die Veranschaulichung von MaP ist schon beim ersten Modus gegeben worden. Die zweite Prämisse behauptet von einigen S, daß sie M seien. Der Sachverhalt, den sie setzt, läßt sich so veranschaulichen, daß ein Teil des Kreises der Gegenstände, die S sind, zusammenfallend mit dem Kreise der Gegenstände, die M sind, dargestellt wird, also etwa durch die beiden sich schneidenden

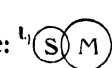
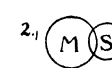
Kreise: 

Da nun nach dem Obersatz alle M P sind, so ergeben sich als Darstellungen des Sachverhaltskomplexes, der durch beide Prämissen

vereint gesetzt wird, die beiden folgenden:  

Mit diesen Sachverhaltskomplexen ist aber, wie unmittelbar ersichtlich ist, notwendig der Sachverhalt gegeben, der dem Urteil »Einige S sind P« entspricht. Es folgt also aus jenen Prämissen notwendig dieses Urteil folgerichtig. Der dritte Modus der ersten Figur ist demnach zusammen mit diesem Urteil als Konklusio gültig

und hat die Form:  $\frac{\text{MaP}}{\text{SiM}} \cdot \frac{\text{SiM}}{\text{SiP}}$ .

Der vierte Modus der ersten Figur hat schließlich die beiden Prämissen  $\frac{\text{MeP}}{\text{SiM}}$ , deren Veranschaulichung durch Kreise schon oben gegeben wurde. Der Sachverhaltskomplex, der durch beide Prämissen zusammengelegt wird, muß, da durch die Prämissen unentschieden bleibt, ob diejenigen S, die vielleicht nicht M sind, doch P sind, durch zwei Formen dargestellt werden, etwa in folgender Weise:  

Welcher der beiden Fälle aber auch vorliegen mag, auf jeden Fall ist mit dem gesetzten Sachverhaltskomplex notwendig derjenige Sachverhalt gegeben, der dem partikularen Urteil »Einige S sind nicht P« entspricht. Dieses partikular verneinende Urteil folgt also notwendig aus den beiden Prämissen. Nicht notwendig folgt dagegen das allgemein verneinende Urteil, weil wegen des partikularen Untersatzes immer die Möglichkeit des zweiten Falls besteht, daß nämlich die anderen S nicht M sind und deshalb sehr wohl P sein können.



Der vierte Modus der ersten Figur hat also mit der partikular verneinenden Konklusio Folgerichtigkeit und zeigt die Form:  $\frac{\text{MeP}}{\frac{\text{SiM}}{\text{SoP}}}$ .

Die vier Modi der ersten Figur, die noch übrig geblieben waren, nachdem von den möglichen Modi überhaupt die untauglichen ausgeschieden worden waren, sind hiermit als gültig erwiesen und mit ihren folgerichtigen Konklusionen versehen. Die vier gültigen Schlußformen der ersten Figur sind also:

1. MaP	2. MeP	3. MaP	4. MeP
<u>SaM</u>	<u>SaM</u>	<u>SiM</u>	<u>SiM</u>
SaP	SeP	SiP	SoP

Als Beispiele dafür mögen die folgenden dienen:

1. Alle leiblichen Lebewesen sind nahrungsbedürftig  
Alle Menschen sind leibliche Lebewesen  
 Alle Menschen sind nahrungsbedürftig.
2. Kein leibliches Lebewesen lebt ewig  
Alle Menschen sind leibliche Lebewesen  
 Kein Mensch lebt ewig.
3. Alle leiblichen Lebewesen sind nahrungsbedürftig  
Einige Körper sind leibliche Lebewesen  
 Einige Körper sind nahrungsbedürftig.
4. Kein leibliches Lebewesen lebt ewig  
Einige Körper sind leibliche Lebewesen  
 Einige Körper leben nicht ewig.

In der ersten Figur sind also die Obersätze notwendig immer allgemeine Urteile; sie können aber entweder allgemein bejahende oder allgemein verneinende Urteile sein. Die Untersätze müssen immer bejahende Urteile sein, können aber für jeden Obersatz entweder allgemein oder partikular bejahend sein. Als Schlußsätze gestattet die erste Figur alle vier Urteilsformen a, e, i und o, aber die allgemeinen nur, wenn beide Prämissen allgemein sind; ist dagegen der Untersatz partikular, so ist notwendig der Schlußsatz auch nur partikular. Ist der Obersatz bejahend, so ist auch der Schlußsatz bejahend; ist der Obersatz verneinend, so ist die Konklusio ebenfalls verneinend. Der Obersatz variiert nur nach der Qualität, der Untersatz nur nach der Quantität, der Schlußsatz sowohl nach der Qualität als auch nach der Quantität und richtet sich in seiner Qualität nach dem Obersatz und in seiner Quantität nach dem Untersatz.

Man hat die vier Modi der ersten Figur mit Namen bezeichnet, die man in folgender Weise aufbaut. Man nimmt die vier ersten Konsonanten des Alphabets, nämlich B, C, D und F als Anfangsbuchstaben für die vier Namen der Modi in der obigen Reihenfolge. Zu jedem dieser Konsonanten fügt man sukzessive diejenigen drei Vokale hinzu, mit denen in dem entsprechenden Modus die

Quantität und Qualität des Oberfages, des Unterfages und des Schlußfages bezeichnet sind, also zu B die drei Vokale a, a, a, zu C dagegen e, a, e, zu D die Vokale a, i, i und zu F schließlich e, i, o. Man ergänzt dann die so gewonnenen Gebilde durch bestimmte andere Buchstaben, die keine Bedeutung mehr haben, sondern nur die Wörter abrunden sollen, und gewinnt so die folgenden Namen:

						MaP
						SaM
Barbara, als Bezeichnung für den ersten Modus:						SaP
						MeP
						SaM
Celarent, „ „ „ „ zweiten „						SeP
						MaP
						SiM
Darii, „ „ „ „ dritten „						SiP
						MeP
						SiM
Ferio, „ „ „ „ vierten „						SoP

der ersten Figur.

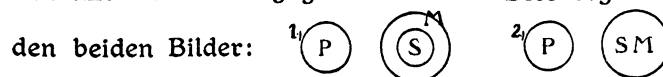
Statt die Gültigkeit dieser vier Modi durch die Betrachtung der entsprechenden Sachverhalte, die man durch Komplexe von Kreisen veranschaulicht, zu erweisen, führt man, wie schon gesagt, sie zurück auf die Gültigkeit eines allgemeinen Satzes, nämlich des sogenannten Dictum de omni et nullo. Dieser Satz lautet: Quidquid de omnibus valet, valet etiam de quibusdam et singulis; quidquid de nullo valet, nec de quibusdam et singulis valet, d. h.: »Was von allen gilt, gilt auch von einigen und einzelnen; was von keinem gilt, gilt auch nicht von einigen und einzelnen«. Auf dem ersten Teil dieses Satzes beruhen der erste und der dritte Modus der ersten Figur. Denn sie befagen beide im Oberfage, daß das P-sein von allen M gilt. Sie behaupten dann im Unterfage, daß alle S, bzw. einige S einige oder einzelne der M sind. Und sie folgern dann im Schlußfage, daß von diesen einigen M ebenfalls das P-sein gelte. Auf dem zweiten Teil jenes Dictum beruhen der zweite und der vierte Modus der ersten Figur. Denn diese befagen im Oberfage, daß das P-sein von keinem der M gelte. Sie behaupten dann im Unterfage, daß alle S, bzw. einige S einige oder einzelne der M seien, und folgern dann im Schlußfage, daß auch von diesen M das P-sein nicht gelte.

Jenes Dictum sagt also für sich nur, daß die unmittelbaren Schlüsse der Subalternation, nämlich die Schlüsse von allen Gegenständen eines bestimmten Umkreises auf einige oder einzelne deselben Umkreises berechtigt sind. Bei den einzelnen Modi der ersten Figur kommen nun zu den allgemeinen Oberfagen die speziellen Unterfage hinzu, die feststellen, daß die S in ihrer Gesamtheit oder einige oder einzelne derselben zu dem Umkreis der Gegenstände gehören, über die in den Oberfagen allgemein etwas positiv oder negativ behauptet worden ist. Und der Schlußfage bezieht sich dann eben genau auf diese S und nicht bloß unbestimmt auf einige oder

einzelne der in den allgemeinen Oberfäßen umgrenzten Allheit von Gegenständen. Gerade darum sind diese Modi ja keine unmittelbaren Schlüsse der Subalternation, sondern durch die Unterfäße vermittelte mittelbare Schlüsse. Jenes Dictum verbindet nicht den Oberfaß direkt mit dem Schlußfaß, sondern nur durch den Unterfaß hindurch. Es setzt jedesmal die zwei Prämissen voraus und verbindet dann diese beiden Vorderfäße mit dem Schlußfaß. Denn daß die Gegenstände, auf die sich die Konklusio bezieht, zu dem Umkreis derjenigen Gegenstände gehören, von denen der Oberfaß etwas allgemein behauptet, davon ist im Oberfaß noch nicht die Rede; dies muß aber notwendig erst festgelegt sein, wenn wirklich der Schlußfaß folgen soll. Erweitert man aber jenes Dictum so, daß es auch den Unterfaß mit einschließt, so würde es lauten: Was von allen Gegenständen eines bestimmten Umkreises M gilt, daß sie nämlich P, bzw. nicht P sind, das gilt sowohl von allen als auch einigen Gegenständen eines anderen Umkreises, sofern sie in den ersten Umkreis hineinfallen. Dann aber behauptet jenes Dictum im Grunde daselbe, was auch die vier Modi der ersten Figur behaupten, es kann daher nicht dazu dienen, die Gültigkeit dieser Modi zu erweisen. Diese Gültigkeit muß aber, wenn auch nicht bewiesen, so doch aufgewiesen werden. Und dies geschieht auch nicht dadurch, daß man erklärt, jenes erweiterte Dictum und damit die Gültigkeit der vier Modi seien unmittelbar evident. Auch unmittelbar evidente Sätze sind, wie wir schon früher hervorgehoben haben, an ihren Sachverhalten als wahr zu erweisen. So kann denn das Dictum *de omni et nullo* selbst nicht die letzte Grundlage für die Gültigkeit der vier Modi der ersten Figur sein.

Die Modi der drei anderen Figuren werden von der überlieferten Logik entweder dadurch als gültig erwiesen, daß wiederum die durch die Prämissen gesetzten Sachverhalte durch Komplexe von Kreisen veranschaulicht werden und dann durch diese Veranschaulichung hindurch diejenigen Sachverhalte aufgesucht werden, die ein Urteil aus S und P notwendig wahr zu machen vermögen; oder man führt die einzelnen Modi der drei anderen Figuren auf bestimmte, schon als gültig betrachtete Modi der ersten Figur zurück. Folgen wir zunächst dem ersten Weg.

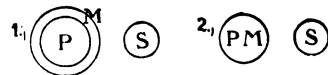
Der erste Modus der zweiten Figur besteht aus den Prämissen PeM und SaM. Der Sachverhalt, den die erste Prämisse setzt, läßt sich, wie schon oben bemerkt, durch zwei ganz auseinander liegende Kreise P und M darstellen. Der Sachverhalt, den die zweite Prämisse setzt, gestattet, wie ebenfalls schon oben bemerkt, zwei Veranschaulichungen, nämlich durch einen Kreis S, der entweder ganz innerhalb des Kreises M liegt oder mit dem Kreise M zusammenfällt. Die beiden Sachverhalte sind dann so zu kombinieren, daß der Kreis M der ersten Prämisse mit dem Kreis M der zweiten Prämisse zur Deckung gebracht wird. Dies ergibt dann die folgenden beiden Bilder:



In beiden Fällen ist ersichtlich, daß mit den Sachverhaltskomplexen, die durch die Prämissen gesetzt sind, notwendig derjenige Sachverhalt gegeben ist, in welchem alle Gegenstände des Umkreises S die Bestimmtheit P von sich abspitzen, d. h. ein Sachverhalt, der notwendig das Urteil »Alle S sind nicht P« wahr macht. Also folgt aus den beiden Prämissen PeM und SaM notwendig die Konklusio SeM. Der erste Modus der zweiten Figur ist also mit dieser Kon-

klusio folgerichtig und hat dann die Form: 
$$\frac{\text{PeM}}{\text{SaM}} \cdot \text{SeP}$$

Der zweite Modus der zweiten Figur enthält die Prämissen PaM und SeM. Die Veranschaulichung des Sachverhalts jeder dieser Prämissen geschieht genau analog wie in den obigen Fällen. Der Sachverhaltskomplex, der durch beide Prämissen zusammen gesetzt wird, kann also die beiden Formen haben:



In beiden Fällen ist mit dem Sachverhaltskomplex, der den Prämissen entspricht, notwendig der Sachverhalt gegeben, der das Urteil »Alle S sind nicht P« wahr macht. Mit der Konklusio SeP zusammen bildet also der zweite Modus der zweiten Figur einen

folgerichtigen Syllogismus und hat dann die Form: 
$$\frac{\text{PaM}}{\text{SeM}} \cdot \text{SeP}$$

Der dritte Modus der zweiten Figur zeigt die Prämissen PeM und SiM. Werden die durch diese Urteile gesetzten Sachverhalte analog den obigen Fällen durch Kreise veranschaulicht, so ergeben sich für den resultierenden Sachverhaltskomplex die beiden

Formen: 
$$1. \text{ (P) (S) (M) } \quad 2. \text{ (P) (S) (M) }$$

Da auch der zweite Fall immer vorliegen kann, so ist mit dem gesetzten Sachverhaltskomplex nur derjenige Sachverhalt notwendig gegeben, in welchem einige der S das P von sich abspitzen. Es folgt also aus jenen beiden Prämissen notwendig nur ein partikular, nicht ein allgemein verneinendes Urteil, also das Urteil »Einige S sind nicht P«. Der dritte Modus der zweiten Figur ist

mit dieser Konklusio gültig und hat die Form: 
$$\frac{\text{PeM}}{\text{SiM}} \cdot \text{SoP}$$

Der vierte Modus der zweiten Figur besteht aus den Prämissen PaM und SoM. Die erste derselben kann wieder nach ihrem Sachverhalt in der obigen Weise veranschaulicht werden. Der Sachverhalt, den die partikular verneinende zweite Prämisse setzt, kann durch die beiden sich schneidenden Kreise S und M symbolisiert werden. Als Veranschaulichungen des Sachverhaltskomplexes, den

beide Prämissen vereinigt setzen, ergeben sich dann die beiden folgen-

den Fälle: 1.  2. 

Da, wie ersichtlich ist, der partikular verneinende Unterfaß die Möglichkeit offen läßt, daß einige S doch M sind, und da diese S dann ganz oder teilweise zu den Gegenständen gehören können, die P sind, so ist mit Sicherheit mit jenem Sachverhaltskomplex nur derjenige Sachverhalt notwendig gegeben, der aus einigen S, die das P von sich abspitzen, besteht. Also folgt aus den obigen beiden Prämissen nur ein partikular verneinendes Urteil. Der vierte Modus der zweiten Figur ist mit diesem Urteil als Konklusio folgerichtig und

PaM  
zeigt demnach die Form:  $\frac{\text{SoM}}{\text{SoP}}$ .

Zusammengestellt ergeben sich also für die zweite Figur die folgenden vier gültigen Schlußformen:

1. PeM	2. PaM	3. PeM	4. PaM
$\frac{\text{SaM}}{\text{SeP}}$	$\frac{\text{SeM}}{\text{SeP}}$	$\frac{\text{SiM}}{\text{SoP}}$	$\frac{\text{SoM}}{\text{SoP}}$

Als konkrete Beispiele für diese Modi seien die folgenden angeführt:

1. Alles Seelische ist nicht sichtbar  
Alle Farben sind sichtbar  

---

Alle Farben sind nichts Seelisches.
2. Alle Personen sind selbstbestimmungsfähig  
Kein Tier ist selbstbestimmungsfähig  

---

Kein Tier ist eine Person.
3. Alles Seelische ist nicht sichtbar  
Einiges Reale ist sichtbar  

---

Einiges Reale ist nichts Seelisches.
4. Alle Personen sind selbstbestimmungsfähig  
Einige Lebewesen sind nicht selbstbestimmungsfähig  

---

Einige Lebewesen sind nicht Personen.

Wie die Betrachtung der Modi dieser zweiten Figur ergibt, sind auch hier, wie bei der ersten Figur, die Oberfäße notwendig immer allgemeine Urteile, die aber entweder bejahend oder verneinend sein können. Als Unterfäße können dagegen Urteile jeder Quantität und Qualität auftreten. Nur müssen die Unterfäße positiv sein, wenn die Oberfäße negativ sind, dagegen negativ, wenn die Oberfäße positiv sind. Als Schlußfäße gestattet die zweite Figur nur negative Urteile, und zwar allgemein verneinende, wenn der Unterfaß allgemein ist, dagegen nur partikular verneinende, wenn der Unterfaß partikular ist.

Auch diese vier Modi hat man mit Namen bezeichnet, die aber hier mit Rücksicht auf die Namen der vier Modi der ersten Figur gebildet werden. Als Anfangsbuchstaben für die einzelnen

Namen nimmt man nämlich die Konsonanten der Namen derjenigen Modi der ersten Figur, auf die der betreffende Modus der zweiten Figur zum Erweise seiner Gültigkeit zurückgeführt werden soll. So nimmt man für die beiden ersten Modi den Konsonanten C des Modus Celarent, weil man sie auf diesen zurückführt. Für den dritten Modus, der auf den vierten der ersten Figur zurückgeführt wird, wird daher das F von Ferio, und für den vierten Modus aus denselben Gründen das B vom Modus Barbara der ersten Figur als Anfangsbuchstabe gewählt. Als Vokale werden wieder für jeden Namen diejenigen genommen, die sukzessive die Quantität und Qualität der beiden Prämissen und der Konklusio des betreffenden Modus angeben. Von den Konsonanten, die man dann zur weiteren Auffüllung verwendet, sind nun einige hier nicht mehr bedeutungslos, wie bei den Namen für die Modi der ersten Figur, sondern geben das Verfahren an, das man einschlagen soll, um den Modus auf den durch den Anfangskonsonanten angegebenen Modus der ersten Figur zurückzuführen. So bedeutet:

s=eine *conversio simplex* desjenigen Urteils, das durch den vorangehenden Vokal bezeichnet wird. D. h. man soll in dem betreffenden Urteil eine Vertauschung des Subjekts mit dem Prädikatsbegriff ohne Veränderung der Quantität des Urteils vornehmen. Es bedeutet:

m=eine *metathesis praemissarum*, d. h. man soll die beiden Prämissen miteinander vertauschen; und es bedeutet:

c=eine *conversio syllogismi*, d. h. man soll den Syllogismus umkehren, indem man ihn indirekt nach dem Modus Barbara als gültig erweist.

Auf diese Weise kommt man zu folgenden Bezeichnungen:

Cesare,	als Name für den ersten	Modus	PeM
			SaM
			SeP
Camestres, „ „ „ „ zweiten „			PaM
			SeM
			SeP
Festino, „ „ „ „ dritten „			PeM
			SiM
			SoP
Baroco, „ „ „ „ vierten „			PaM
			SoM
			SoP

Der Beweis für die Gültigkeit dieser vier Modi durch Rückführung auf bestimmte Modi der ersten Figur geschieht in folgender Weise:

In dem ersten Modus, der den Namen Cesare trägt, soll, wie das s nach dem e angibt, die erste Prämisse umgekehrt werden, also PeM in MeP verwandelt werden. Dies ist nach der Lehre von den unmittelbaren Schlüssen erlaubt, denn wenn das erste Urteil

wahr ist, so ist notwendig auch das zweite Urteil wahr. Durch diese Umkehrung seiner ersten Prämisse gewinnt der Modus Cesare die

Form  $\frac{\text{MeP}}{\text{SaM}} \frac{\text{SeP}}{\text{SeP}}$ , d. h. er stimmt nun überein mit dem Modus Celarent der ersten Figur, ist also gültig, wenn dieser schon als gültig erwiesen. Oder umgekehrt, ist der Modus Celarent gültig, so ist auch der Modus Cesare gültig, da man ihn durch eine gültige Umkehrung des Obersatzes aus dem ersten ableiten kann.

In dem zweiten Modus Camestres soll, wie das m angibt, eine Vertauschung der Prämissen vorgenommen werden. Diese ist immer erlaubt, da die Gültigkeit der Urteile dadurch nicht berührt wird. Außerdem soll, wie das erste s nach dem ersten e angibt, die zweite Prämisse einfach in sich umgekehrt werden. Dadurch erhält man die beiden Prämissen  $\frac{\text{MeS}}{\text{PeM}}$ . Aus diesen folgt nun nach dem Modus Celarent der ersten Figur notwendig PeS. In dem Namen Camestres fordert dann das zweite s nach dem zweiten e, daß man das Schlußurteil wieder einfach umkehre. Diese Umkehrung ist bei dem allgemein verneinenden Urteil erlaubt; denn wenn das Urteil PeS wahr ist, dann ist auch notwendig das Urteil SeP wahr. Also folgt aus den beiden Prämissen des zweiten Modus Camestres folgerichtig das Urteil SeP, und dieser Modus ist demnach als gültig erwiesen.

Der dritte Modus Festino soll wie die ersten beiden Konsonanten F und s befragen, durch einfache Umkehrung der ersten Prämisse auf den Modus Ferio der ersten Figur zurückgeführt werden.

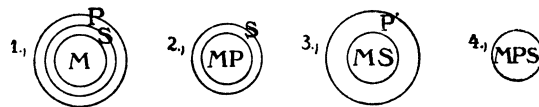
Aus  $\frac{\text{PeM}}{\text{SiM}} \frac{\text{SoP}}{\text{SoP}}$  wird durch die erlaubte einfache Konversion des allgemein verneinenden Obersatzes der Modus  $\frac{\text{MeP}}{\text{SiM}} \frac{\text{SoP}}{\text{SoP}}$ , d. h. der Modus Ferio der ersten Figur, mit dessen Gültigkeit also auch die Gültigkeit des Modus Festino gegeben ist.

Der vierte Modus Baroco soll durch Umkehrung des Syllogismus indirekt nach dem Modus Barbara als gültig erwiesen werden. Dies geschieht so, daß man von der Annahme ausgeht, der Schlußsatz SoP sei falsch, also das allgemein bejahende Urteil SaP sei wahr. Nimmt man aber dieses Urteil als Untersatz zu dem

Obersatz des Modus Baroco hinzu, so ergibt sich der Modus  $\frac{\text{PaM}}{\text{SaP}}$ . Dies ist aber ein Modus von der Form Barbara, nur daß hier das P den Mittelbegriff bildet. Aus diesem Modus folgt aber, daß SaM ist. Wäre dies jedoch wahr, so müßte notwendig das Urteil SoM falsch sein. Da dies aber nach der zweiten Prämisse des Modus Baroco wahr ist, so muß die Annahme, aus der diese, einem wahren Urteil widersprechende Konsequenz folgt, selbst falsch sein, d. h. die

Annahme, der Schlußsatz SoP des Modus Baroco sei falsch, ist falsch und der Schlußsatz demnach wahr, wenn die Prämissen wahr sind. So ist der Modus Baroco indirekt als gültig erwiesen.

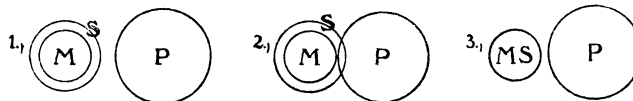
Die Modi der dritten Figur. Der erste Modus enthält die Prämissen MaP und MaS. Die Veranschaulichung des Sachverhaltskomplexes, den diese beiden Prämissen setzen, ergibt die gleichen vier Bilder, wie bei dem Modus Barbara der ersten Figur, nur mit anderer Verteilung der Buchstaben auf die Kreise, nämlich:



Aus der Betrachtung dieser Sachverhaltskomplexe ist ersichtlich, daß mit Sicherheit nur ein Teil der Gegenstände, die S sind, in den Umkreis derjenigen fällt, die P sind, daß also nur das partikular bejahende Urteil SiP folgerichtig aus den beiden Prämissen folgt. Der folgerichtige erste Modus der dritten Figur hat also die Form:

$$\frac{\text{MaP}}{\text{MaS}} \\ \text{SiP}$$

Der zweite Modus hat die beiden Prämissen MeP und MaS. Die Veranschaulichung des mit ihnen gesetzten Sachverhaltskomplexes ergibt folgende drei Möglichkeiten:



Mit Sicherheit ist damit also nur festgelegt, daß einige der Gegenstände, die S sind, außerhalb des Umkreises der Gegenstände fallen, die P sind. Es folgt also aus jenen beiden Prämissen notwendig nur das partikular verneinende Urteil SoP. Mit diesem als Schlußsatz bilden also jene beiden Prämissen einen gültigen Modus,

$$\frac{\text{MeP}}{\text{MaS}} \\ \text{SoP}$$

Der dritte Modus der dritten Figur besteht aus den beiden Prämissen MiP und MaS. Der entsprechende Sachverhaltskomplex

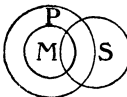
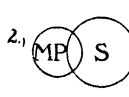
zeigt folgende Möglichkeiten: 1. Two overlapping circles: the left circle is labeled 'M' and the right circle is labeled 'P'. Above the left circle is a 'S'. 2. Two overlapping circles: the left circle is labeled 'M' and the right circle is labeled 'P'. Above the left circle is a 'S'.

In beiden Fällen liegen sicher einige der Gegenstände, die S sind, innerhalb des Umkreises der Gegenstände, die P sind. Also folgt aus jenen beiden Prämissen notwendig das partikular be-

jahende Urteil SiP. Dieser gültige Modus hat also die Form:  $\frac{\text{MiP}}{\text{MaS}} \\ \text{SiP}$



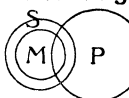
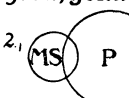
Der vierte Modus der dritten Figur geht von den beiden Prämissen MaP und MiS aus, deren Sachverhaltskomplex die beiden

Möglichkeiten enthält: 1.  2. 

In beiden Fällen liegt sicher ein Teil der Gegenstände, die S sind, innerhalb des Umkreises der Gegenstände, die P sind. Aus jenen Prämissen folgt also notwendig das partikular bejahende

Urteil SiP. Die gültige Form dieses Modus ist demnach:  $\frac{\text{MaP}}{\text{SiP}}$ .

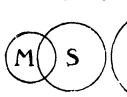
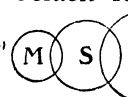
Der fünfte Modus der dritten Figur enthält die beiden Vorderföge MoP und MaS. Der Sachverhaltskomplex, der hiermit gesetzt ist, gestattet

die folgenden beiden Veranschaulichungen: 1.  2. 

Besteht dieser durch die Prämissen gesetzte Sachverhaltskomplex, so sind notwendig einige der Gegenstände, die S sind, nicht P. Das partikular verneinende Urteil SoP folgt also notwendig aus den beiden Prämissen, und der fünfte Modus der dritten Figur hat die

folgerichtige Form:  $\frac{\text{MoP}}{\text{SoP}}$ .

Der sechste und letzte Modus der dritten Figur geht von den beiden Prämissen MeP und MiS aus. Diese setzen einen Sachverhaltskomplex, der im gegebenen Fall in einer der beiden folgenden

Weisen veranschaulicht ist: 1.  2. 

Da immer auch die zweite Möglichkeit besteht, so ist damit sicher nur dies festgelegt, daß einige der Gegenstände, die S sind, nicht P sind. Das partikular verneinende Urteil, das dies behauptet, bildet also als Konklusio mit jenen Prämissen zusammen einen folgerichtigen

Modus, der die Form hat:  $\frac{\text{MeP}}{\text{SoP}}$ .

Demnach sind die sechs gültigen Schlußformen in der dritten Figur die folgenden:

1. $\frac{\text{MaP}}{\text{MaS}} \frac{\text{SiP}}$	2. $\frac{\text{MeP}}{\text{MaS}} \frac{\text{SoP}}$	3. $\frac{\text{MiP}}{\text{MaS}} \frac{\text{SiP}}$	4. $\frac{\text{MaP}}{\text{MiS}} \frac{\text{SiP}}$	5. $\frac{\text{MoP}}{\text{MaS}} \frac{\text{SoP}}$	6. $\frac{\text{MeP}}{\text{MiS}} \frac{\text{SoP}}$
--	--	--	--	--	--

Als Beispiele für diese Modi mögen die folgenden dienen:

1. Alle Menschen sind Personen  
Alle Menschen sind Lebewesen  
Einige Lebewesen sind Personen.

2. Kein Tier ist eine Person  
Alle Tiere sind Lebewesen  
 Einige Lebewesen sind nicht Personen.
3. Einige Seelen sind Personen  
Alle Seelen sind Lebewesen  
 Einige Lebewesen sind Personen.
4. Alle leiblichen Lebewesen sind nahrungsbedürftig  
Einige leibliche Lebewesen sind Automaten  
 Einige Automaten sind nahrungsbedürftig.
5. Einige Seelen sind nicht Personen  
Alle Seelen sind Lebewesen  
 Einige Lebewesen sind nicht Personen.
6. Kein Körper ist selbstbestimmungsfähig  
Einige Körper sind Lebewesen  
 Einige Lebewesen sind nicht selbstbestimmungsfähig.

Die Namen, die man diesen Modi gegeben hat, sind: Darapti, Felapton, Disamis, Datisi, Bocardo und Ferison. Darin bezeichnen wieder die Anfangskonsonanten diejenigen Modi der ersten Figur, auf welche der betreffende Modus zurückgeführt werden soll. Die Vokale geben wieder nacheinander die Quantität und Qualität der Prämissen und der Konklusion an. Die Konsonanten s, m und c haben dieselbe Bedeutung wie oben; dazu tritt hier der Konsonant p, der fordert, man solle das Urteil auf dessen zugehörigen Vokal er folgt, so umkehren, daß man zugleich seine Quantität verändert, d. h. man solle eine »conversio per accidens« mit diesem Urteil vornehmen. Dagegen haben wieder die anderen Konsonanten, nämlich r, t, l, n und d keine andere Bedeutung, als nur die Namen abzurunden.

Überblicken wir diese sechs Modi, so erkennen wir, daß in ihnen als Obersätze alle Urteile a, e, i und o vorkommen. Die Unterfälle dagegen sind nur bejahende Urteile, und zwar allgemein bejahende bei allen vier Urteilsarten a, e, i und o als Oberfällen, während partikular bejahende Unterfälle nur bei allgemeinen Oberfällen möglich sind. Die Schlußsätze sind sämtlich nur partikuläre Urteile, und zwar partikular bejahende, wenn der Oberfall bejahend, dagegen partikular verneinend, wenn der Oberfall verneinend ist.

Die Rückführung dieser Modi auf die entsprechenden Modi der ersten Figur geschieht nach Anweisung der betreffenden Konsonanten wieder in ähnlicher Weise, wie oben. Nur die conversio per accidens in den ersten beiden Modi tritt neu hinzu. Es sei daher nur an dem ersten Modus die Zurückführung verdeutlicht. Dieser Modus hat

MaP

die Form:  $\frac{MaS}{SiP}$ . In seinem Namen Darapti verlangt das p hinter

dem zweiten a, daß man die zweite Prämisse mit Veränderung ihrer Quantität umkehre, um den Modus, wie der Anfangsbuchstabe seines

Namens angibt, auf den Modus Darii der ersten Figur zurückzuführen und dadurch seine Gültigkeit zu erweisen. Führt man die geforderte Umkehrung der zweiten Prämisse, die nach der Lehre von den unmittelbaren Schlüssen immer erlaubt ist, aus, so gewinnt man die beiden Prämissen MaP und SiM, woraus nach dem Modus Darii notwendig SiP folgt. Dies ist aber die Konklusion des Modus Darapti, der damit also als folgerichtig bewiesen ist.

Die Modi der vierten Figur.

Der erste dieser Modi zeigt die Prämissen PaM und MaS. Der Sachverhaltskomplex, den sie setzen, ist jeweils durch eine der vier folgenden Kreisbilder zu veranschaulichen:



Auf jeden Fall ist mit dem gesetzten Sachverhaltskomplex, mag er diese oder jene der vier Formen zeigen, notwendig gegeben,

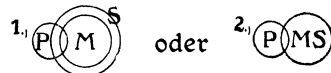
daß einige der Gegenstände, die S sind, auch P sind.  $\frac{\text{PaM}}{\text{MaS}} \text{ ist also SiP}$   
die gültige Form des ersten Modus der vierten Figur.

Der zweite dieser Modi beginnt mit den Prämissen PaM und MeS. Die Kreisveranschaulichung ihres Sachverhaltskomplexes ergibt

die beiden Bilder:  $1. \begin{array}{c} \text{M} \\ \text{P} \end{array} \quad \text{S} \quad 2. \begin{array}{c} \text{PM} \end{array} \quad \text{S}$  In beiden Fällen ist damit festgelegt, daß alle Gegenstände, die S sind, nicht P sind. Jene Prämissen führen also notwendig zu der Konklusion SeP, die demnach zusammen mit jenen Prämissen einen

gültigen Modus bildet von der Form:  $\frac{\text{PaM}}{\text{MeS}} \text{ SeP}$ .

Der dritte Modus der vierten Figur enthält die Prämissen PiM und MaS. Der hiermit gesetzte Sachverhaltskomplex ist entweder:



Dadurch ist notwendig nur gegeben, daß einige der Gegenstände, die S sind, auch P sind, also die Wahrheit des Urteils SiP. Dieses zusammen mit jenen Prämissen ergibt also einen gültigen Modus

von der Form:  $\frac{\text{PiM}}{\text{MaS}} \text{ SiP}$ .

Der vierte dieser Modi beginnt mit den Prämissen PeM und MaS. Der ihnen entsprechende Sachverhaltskomplex kann in der Veranschaulichung die drei Formen haben:



Da hiermit noch offen gelassen ist, ob einige P, obwohl sie nicht M sind, dennoch S sind, so ist mit Sicherheit durch jene Prämissen nur dies festgelegt, daß einige der Gegenstände, die S sind, nicht P sind. Nur das partikular verneinende Urteil SoP ergibt also mit jenen Prämissen zusammen einen gültigen Modus und zwar

PeM  
von der Form:  $\frac{MaS}{SoP}$ .

Der fünfte dieser und der letzte aller Modi besteht aus den beiden Prämissen PeM und MiS. Diese setzen zusammen einen Sachverhaltskomplex, der folgende zwei Bilder zeigen kann:



Damit ist wiederum nur festgelegt, daß einige der Gegenstände, die S sind, nicht P sind. Also folgt nur das partikular verneinende Urteil SoP notwendig aus jenen beiden Prämissen, und dieser

PeM  
gültige Modus hat die Form  $\frac{MiS}{SoP}$ .

Im ganzen ergeben sich demnach als gültige Modi der vierten Figur die folgenden:

1. PaM	2. PaM	3. PiM	4. PeM	5. PeM
$\frac{MaS}{SiP}$	$\frac{MeS}{SeP}$	$\frac{MaS}{SiP}$	$\frac{MaS}{SoP}$	$\frac{MiS}{SoP}$

Die Namen für diese Modi sind: Bamalip, Calemes, Dimatis, Fesapo, Fresison, in denen wieder die einzelnen Buchstaben, außer den bedeutungslosen l, t, r und n, die oben angegebenen Bedeutungen haben.

Der Überblick über diese fünf Modi läßt keine einfache Gesetzmäßigkeit erkennen. Der Obersatz ist sowohl allgemein bejahend als auch allgemein verneinend; außerdem im dritten Modus partikular bejahend. Die Untersätze sind allgemein bejahend und allgemein verneinend; außerdem in dem fünften Modus partikular bejahend. Ist eine der Prämissen partikular bejahend, so muß die andere allgemein sein und zwar im dritten Modus als Untersatz allgemein bejahend, in dem fünften Modus als Obersatz allgemein verneinend. Die Schlußsätze sind entweder partikular bejahend, nämlich wenn die Obersätze bejahend sind; oder allgemein verneinend, wenn beide Vordersätze allgemein, der Untersatz aber negativ ist, und schließlich ist der Schlußsatz partikular verneinend, wenn der Obersatz allgemein verneinend und der Untersatz entweder allgemein oder partikular bejahend ist. Die Undurchsichtigkeit dieser Beziehungen deutet ebenso wie die Leichtigkeit der Rückführung dieser Modi auf die entsprechenden Modi der ersten Figur, darauf hin, daß die vierte Figur überhaupt keine, auf eigener Gesetzmäßigkeit beruhende, selbständige Figur, sondern nur eine Modifikation der ersten Figur ist. Die Beispiele, die man genau nach den Modi der vierten Figur bildet, zeigen, wie man oft bemerkt hat, den Charakter des Künstlichen.

Deswegen pflegt man eben meistens die vierte Figur als eine überflüssige Hinzufügung zu den drei ersten Figuren zu betrachten. Als Beispiele für die Modi der vierten Figur seien die folgenden angegeben:

1. Alle Menschen sind Personen  
Alle Personen sind selbstbestimmungsfähig  
 Einige selbstbestimmungsfähige Wesen sind Menschen.
2. Alle Farben sind Sinnesdata  
Kein Sinnesdatum ist seelisch  
 Kein Seelisches ist eine Farbe.
3. Einige Lebewesen sind Personen  
Alle Personen sind selbstbestimmungsfähig  
 Einige selbstbestimmungsfähige Wesen sind Lebewesen.
4. Kein Tier ist eine Person  
Alle Personen sind selbstbestimmungsfähige Wesen  
 Einige selbstbestimmungsfähige Wesen sind nicht Tiere.
5. Keine Person ist ein Automat  
Einige Automaten sind Lebewesen  
 Einige Lebewesen sind keine Personen.

Um sämtliche Modi aller vier Figuren leicht dem Gedächtnis einprägen zu können, hat man die Namen derselben zu einem Gedächtnisvers vereinigt, der folgendermaßen lautet:

Barbara, Celarent primae, Darii, Ferioque.  
 Cesare, Camestres, Festino, Baroco secundae.  
 Tertia grande sonans recitat Darapti, Felapton,  
 Disamis, Datisi, Bocardo, Ferison. Quartae  
 sunt Bamalip, Calemes, Dimatis, Fesapo, Fresison.

## Zweites Kapitel.

### Die Mängel der traditionellen Syllogistik.

Manche Einwände, die man gegen die überlieferte Syllogistik erhoben hat, richten sich gegen die erste Figur und speziell dagegen, daß im Obersatz das allgemeine Urteil als ein universales genommen ist. Das universale Urteil schließt schon den Schlußsatz in sich und setzt dessen Wahrheit voraus, wenn es selbst wahr sein wolle. Es werde im Schlußsatz daher gar kein neues Urteil gewonnen, sondern nur eine Auslegung des Obersatzes gegeben. So richtig diese Einwände sein mögen, — wir werden nachher darauf zurückkommen —, so ist doch schon gegen die Darstellung der Figuren überhaupt ein fundamentaler Einwand zu erheben. Wir haben früher erkannt, daß nicht jeder beliebige Begriff die Stelle eines Subjekts- oder eines Prädikatsbegriffs im Urteil einnehmen kann. Ein Begriff, der in einem Urteil einen richtigen Subjektsbegriff bildet, kann daher nicht ohne weiteres zum Prädikatsbegriff eines anderen Urteils gemacht werden. Und ebenso kann ein Begriff, der in einem Urteil

einen richtigen Prädikatsbegriff bildet, nicht ohne weiteres zum Subjektsbegriff in einem anderen Urteil gemacht werden. Die Einteilung der mittelbaren Schlüsse in vier Figuren, wie sie die traditionelle Syllogistik aufstellt, arbeitet aber unbedenklich mit der Vertauschung von Subjekts- und Prädikatsbegriffen.

M P

In der ersten Figur  $\frac{S}{S} \frac{M}{P}$  soll der Subjektsbegriff M des Ober-  
satzes zum Prädikatsbegriff des Untersatzes gemacht werden.

P M

In der zweiten Figur  $\frac{S}{S} \frac{M}{P}$  soll der Subjektsbegriff P des Ober-  
satzes im Schlußsatz den Prädikatsbegriff bilden.

M P

In der dritten Figur  $\frac{M}{S} \frac{S}{P}$  soll der Prädikatsbegriff S des Unter-  
satzes die Stelle des Subjektsbegriffs im Schlußsatz einnehmen.

P M

Und schließlich in der vierten Figur  $\frac{M}{S} \frac{S}{P}$  wird die Verwirrung  
ganz vollkommen, indem

1. der Subjektsbegriff P des Oberatzes zum Prädikatsbegriff des  
Schlußatzes gemacht wird;

2. der Prädikatsbegriff des Oberatzes die Stelle des Subjekts-  
begriffs im Untersatz einnehmen soll; und

3. der Prädikatsbegriff S des Untersatzes zum Subjektsbegriff  
im Schlußsatz werden soll. In dieser vierten Figur rücken also alle  
drei Begriffe innerhalb der Urteile zwischen der Subjekts- und der  
Prädikatsstelle hin und her.

Freilich, wenn man in der Logik konkrete Beispiele für die  
Modi der vier Figuren angibt, dann verdeckt man diese Mängel,  
indem man stillschweigend gewisse Veränderungen an den Begriffen  
vornimmt, die man aus ihrer Subjektsstellung in die Prädikats-  
stellung oder umgekehrt überführt. Diese Veränderungen aber,  
die man vornehmen muß, wenn die Vertauschung der Begriffe sinn-  
voll und berechtigt sein soll, sind keine bedeutungslosen  
Kleinigkeiten, die man stillschweigend übergehen dürfte, und  
am allerwenigsten dürfte sich die Logik derartige begriffliche Ungenauig-  
keiten gestatten. Würde man einfach dem Schema entsprechend die  
Begriffe unverändert ihre Stellen in den Urteilen vertauschen lassen,  
so müßten z. B. folgende sinnlosen und falschen Schlüsse gültige  
Syllogismen sein:

in der ersten Figur: Gelb ist eine Farbe  
Schwefel ist gelb

---

Schwefel ist eine Farbe.

in der zweiten Figur: Gelb ist nicht spröde

---

Schwefel ist spröde

---

Schwefel ist nicht gelb.

in der dritten Figur: Schwefel ist brennbar  
Schwefel ist gelb  
 Einiges Gelb ist brennbar.

in der vierten Figur: Schwefel ist gelb  
Gelb ist eine Farbe  
 Einige Farben sind Schwefel.

Die schematischen Darstellungen der Figuren werden nur dann logisch genau sein, wenn in ihnen ersichtlich ist, welche Veränderungen die Subjekts- und Prädikatsbegriffe erfahren müssen, um in einem anderen der zum Syllogismus gehörigen Urteile eine andere Stelle einnehmen zu können. Dies ist in folgender Weise möglich:

In der ersten Figur kann der Prädikatsbegriff des Untersatzes nicht ohne weiteres Subjektsbegriff des Obersatzes werden, sondern er muß in einen Hauptbegriff derartig aufgenommen werden, daß nun der Subjektsbegriff des Obersatzes diejenigen Gegenstände meint, die genau in demselben Sinne M sind, wie die Subjektsgegenstände S es sind, von denen der Untersatz es behauptet. Nicht also M, sondern (GM) ist das richtige Zeichen für den Subjektsbegriff des

Obersatzes, so daß die erste Figur die Form hat  $\frac{S \quad M}{S \quad P}$ . Ist z. B. der

Untersatz ein attribuierendes Urteil, sein Prädikatsbegriff M ein Beilegebegriff, wie in dem Urteil »Schwefel ist gelb«, so kann dieser Prädikatsbegriff nicht ohne weiteres zum Subjektsbegriff des Obersatzes gemacht werden. Zum mindesten müßte er in einen Hauptbegriff verwandelt werden. Aber auch dies würde nicht genügen, denn im Obersatz darf nicht von der gedanklich selbständig genommenen Prädikatsbestimmtheit M, sondern nur von solchen Gegenständen, die diese Prädikatsbestimmtheit in demselben Sinne als Attribut zeigen, wie der Subjektsgegenstand des Untersatzes, etwas behauptet werden. In dem obigen Beispiel darf also der Begriff »gelb« des Untersatzes nicht in substantivischer Form zum Subjektsbegriff des Obersatzes gemacht werden, denn dann kommt man unfehlbar zu falschen Schlüssen, sondern er muß als Nebenbegriff, der er ist, so in einen Hauptbegriff aufgenommen werden, daß dieser nun solche Gegenstände meint, die gelb sind in demselben Sinne, wie auch Schwefel gelb ist. Und der Obersatz muß demnach zu Subjektsgegenständen nicht die Farbqualität »gelb«, sondern die Gegenstände haben, die »gelb« als Eigenschaft haben. Die Urteile, die in bezug auf die Farbqualität »gelb« gültig sind, gelten ja durchaus nicht immer auch von den gelben Gegenständen. In dieser ersten Figur ist also die Forderung, daß der Mittelbegriff im Obersatz und im Untersatz identisch sein müsse, direkt falsch. Der Subjektsbegriff im Obersatz muß vielmehr ein zusammengefügter Hauptbegriff sein, in welchen der Prädikatsbegriff des Untersatzes in attribuierender Funktion aufgenommen ist, resp. in derjenigen Funktion, die er in dem Untersatz als Urteil hat.

In der zweiten Figur kann der Prädikatsbegriff des Schlußsatzes nicht einfach zum Subjektsbegriff des Obersatzes genommen werden, sondern er muß wieder als unselbständiges Element in einen Hauptbegriff aufgenommen werden, der solche Gegenstände meint, die in dem gleichen Sinne P sind, wie es das S des Schlußsatzes nicht ist. Als Zeichen für den Subjektsbegriff des Obersatzes kann also nicht das P selbst, sondern etwa das Zeichen (GP) dienen. Die

(GP) M  
 zweite Figur muß demnach die Form haben:  $\frac{S \quad M}{S \quad P}$ .

In der dritten Figur kann der Prädikatsbegriff S des Untersatzes nicht einfach zum Subjektsbegriff des Schlußsatzes gemacht werden, sondern er muß wieder in einen Hauptbegriff (GS) aufgenommen werden, der nun Gegenstände meint, die in demselben Sinne S sind, wie die Gegenstände M, auf die sich der Untersatz bezieht. Der Schlußsatz muß also hier die Form (GS) P haben.

Während in den drei ersten Figuren nur eins der drei Urteile, nämlich entweder der Obersatz oder der Schlußsatz derartig umgeformte Subjektsbegriffe haben muß, müßte nun die vierte Figur, wenn wir sie gelten lassen wollten, in allen ihren drei Urteilen derartige, aus Prädikatsbegriffen umgewandelte Subjektsbegriffe enthalten.

Den hiermit bezeichneten Mangel der traditionellen Syllogistik hat man wohl deshalb so leicht übersehen, weil man bei den allgemeinen Überlegungen meistens Bestimmungsurteile als Bestandteile des Schlusses vor Augen hatte, und weil Bestimmungsurteile als Prädikatsbegriffe Hauptbegriffe enthalten, die sich leichter zu Subjektsbegriffen umwandeln lassen, obgleich auch hierbei eine gewisse Modifikation der Begriffe vorgenommen werden muß.

Der zweite Mangel, den die traditionelle syllogistische Lehre zeigt, ist schon öfter bemerkt worden. Er besteht darin, daß bei der Entwicklung der einzelnen Modi die Quantität der Urteile ohne weiteres nur im Sinne der Universal- und der Partikularurteile genommen wird. Diese Urteile setzen nämlich voraus, daß durch den Subjektsbegriff zunächst ein bestimmter Umkreis von Gegenständen umgrenzt ist, aus dem dann entweder alle oder einige zu Subjektsgegenständen des Urteils gemacht werden. Wir haben aber früher schon gesehen, daß es auch Urteile gibt, die völlig jenseits dieser Quantität liegen, weil in ihnen der Subjektsbegriff nicht erst eine Menge von Gegenständen umgrenzt. Und auch diese Urteile, nämlich die Art- und die Individualurteile lassen ebenfalls die Bildung von Syllogismen zu.

Nur nebenbei sei bemerkt, daß die traditionelle Syllogistik bei den Universalurteilen die verschiedene Art ignoriert, wie nach unseren früheren Ergebnissen der Umkreis der Gegenstände umgrenzt sein kann, nämlich entweder durch eine gemeinsame Wesensart, oder durch eine gemeinsame Art von Bestimmtheit, oder durch ihre gemeinsame Seinsart, oder schließlich durch eine gemeinsame Art von Relation zu demselben anderen Gegenstand. Ebenso hat



man gewöhnlich verläumt zu beachten, ob das Universalurteil ein es begründendes Arturteil in sich enthält oder nicht (vgl. S. 266). Enthält nämlich etwa in der ersten Figur das Universalurteil als Obersatz nicht ein solches begründendes Arturteil in sich, dann ist es nur die Zusammenfassung aller der Einzelurteile, die schon von jedem einzelnen der umgrenzten Subjektsgegenstände das behaupten, was das Universalurteil von ihnen behauptet. Und dann allerdings ist das gefolgerte Schlußurteil, das von einzelnen der Gegenstände dasselbe noch einmal behauptet, schon in dem Obersatz enthalten, und schon als wahr vorausgesetzt, wenn der Obersatz wahr sein soll. Auch dann besteht freilich noch ein Wahrheitszusammenhang zwischen den Prämissen und dem von den beiden Prämissen ja immerhin verschiedenen Schlußsatz. Aber der Schluß ist dann keine begründende, sondern nur eine auseinanderlegende Folgerung aus den beiden Prämissen. Stellt man daher an den Syllogismus die Forderung, daß er erstens ein Urteil folgere, das noch in keiner der beiden Prämissen für sich enthalten sei, und daß zweitens die Wahrheit des Schlußsatzes durch die Wahrheit der beiden Prämissen begründet sei, dann darf der Obersatz kein universales Urteil sein, oder er muß ein solches Universalurteil sein, das aus einem in ihm enthaltenen Arturteil begründend auf alle Gegenstände derselben Art deduziert.

### Drittes Kapitel.

#### Entwicklung der mittelbaren Schlüsse aus zwei kategorischen Prämissen.

Das Problem, das hier zu lösen ist, lautet: Wie kann überhaupt ein kategorisches Urteil aus zwei anderen kategorischen Urteilen folgerichtig geschlossen werden? – Die Lösung dieses Problems muß so geschehen, daß das Resultat für alle kategorischen Urteile Gültigkeit hat und sich nicht ausschließlich auf diejenigen Urteile beschränkt, die in der traditionellen Einteilung nach der Quantität enthalten sind. Außerdem darf nicht eine einfache Vertauschung von Subjekts- und Prädikatsbegriffen dabei vorgenommen werden.

Das zu folgernde Urteil, die Konklusio, kann nur dann folgerichtig aus den zwei anderen Urteilen, den Prämissen, hervorgehen, wenn seine Wahrheit notwendig mit der Wahrheit der beiden Prämissen gegeben ist. Und dies ist nur möglich, wenn der Sachverhalt, den die Konklusio setzt, notwendig mit den Sachverhalten, welche die beiden Prämissen vereinigt setzen, mitgegeben ist. Das obige Problem führt also auf die Frage zurück: Wie kann ein Sachverhalt bloß dadurch schon festgelegt sein, daß zwei andere Sachverhalte durch zwei kategorische Urteile gesetzt sind?

Auch diese Frage muß wieder allgemein für Sachverhalte irgendwelcher Art, und nicht bloß für eine bestimmte Art, etwa für die Bestimmungsfachverhalte gelöst werden. Deshalb kommen auch nicht irgendwelche materialen, auf der besonderen sachlichen Beschaffenheit der Sachverhalte beruhenden Beziehungen zwischen ihnen in Betracht, sondern bloß die formalen Zusammenhänge der von den Urteilen gesetzten Sachverhalte. Dann müssen aber die beiden, von den Prämissen gesetzten Sachverhalte notwendig sowohl den Subjektsgegenstand, als auch die Prädikatsbestimmtheit desjenigen Sachverhalts enthalten, welcher der Konklusio entspricht. Da nun das Schlußurteil nicht schon aus einer, sondern nur aus den beiden Prämissen zusammen folgen soll, so muß die eine Prämisse den Subjektsgegenstand, die andere die Prädikatsbestimmtheit des Schlußfachverhaltes setzen. Die beiden Prämissen selbst müssen also die entsprechenden Gegenstandsbegriffe enthalten, welche die beiden Setzungen vollziehen, und welche dann in der Konklusio den Subjekts- und Prädikatsbegriff bilden. — Es soll nun über das positive oder negative Verhalten des Subjektsgegenstandes, der in dem einen Sachverhalt liegt, zu der bestimmten Prädikatsbestimmtheit, die in dem anderen Sachverhalt liegt, durch die beiden Prämissenfachverhalte mittelbar entschieden sein. In welcher Weise ist dies möglich? Wie müssen die beiden Prämissenfachverhalte noch weiter beschaffen sein, wenn der Schlußfachverhalt durch sie mittelbar festgelegt sein soll?

Es bestehen hier drei und nur drei prinzipiell verschiedene Möglichkeiten. Die erste Möglichkeit ergibt sich leicht in folgender Weise:

1. Angenommen der Subjektsgegenstand *S* des Schlußfachverhalts sei in dem einen Prämissenfachverhalt mit einer Prädikatsbestimmtheit *M* ausgestattet, dann wird der andere Prämissenfachverhalt durch dieses *M*-sein des Subjektsgegenstandes *S* hindurch jene andere Prädikatsbestimmtheit *P* mittelbar positiv oder negativ auf den Subjektsgegenstand *S* hinbeziehen, wenn er das *M*-sein eines Gegenstandes überhaupt in eine feste positive oder negative Beziehung zu dem *P*-sein desselben Gegenstandes setzt, d. h. also wenn das *M*-sein eines Gegenstandes überhaupt sein *P*-sein mit sich führt oder von sich ausschließt. Denn, wenn *S* *M* ist und wenn zugleich das *M*-sein eines Gegenstandes überhaupt das *P*-sein desselben Gegenstandes mit sich führt oder ausschließt, so ist notwendig das *S* auch *P*, bzw. im Falle des Ausschlusses, nicht *P*. Jene beiden Prämissenfachverhalte sind also gegeben, wenn erstens die

eine Prämisse – der Unterfaß der traditionellen Lehre – ein positives Urteil ist, das von dem Subjektsgegenstand des Schlußsatzes S behauptet, daß er M sei, und wenn zweitens die andere Prämisse – der Oberfaß im überlieferten Sinne – ein positives oder ein negatives Urteil ist, das auf das M-sein eines Gegenstandes überhaupt das P-sein desselben Gegenstandes positiv oder negativ hinbezieht. Der Oberfaß muß also in diesem Falle insofern ein »allgemeiner« sein, als er das M-sein jedes beliebigen Gegenstandes überhaupt, gleichgültig was er sonst für ein Gegenstand sein mag, betrifft und an dieses M-sein »allgemein« das P-sein desselben Gegenstandes positiv oder negativ bindet. Wäre der Oberfaß nicht in diesem Sinne allgemein, so bliebe es fraglich, ob das M-sein auch bei den Subjektsgegenständen S, die der Unterfaß als M-seiend behauptet, das P-sein derselben mit sich führe bzw. ausschließe. Der Oberfaß kann aber entweder positiv oder negativ sein; nur wird im ersten Fall notwendig der Schlußsatz positiv, im zweiten Fall dagegen negativ sein müssen. Der Unterfaß, der im übrigen jedes beliebige Urteil sein kann, muß jedoch in dieser Schlußform notwendig positiv sein. Denn wäre er negativ, wäre also S nicht M, so könnte der Oberfaß ja nicht durch das M-sein hindurch auf den Subjektsgegenstand S seine Prädikatsbestimmtheit P positiv oder negativ hinbeziehen, weil ihm der Anfaßpunkt an dem S fehlen würde. Der Schlußfaden führt also von dem Subjektsgegenstand S zu dem positiven M-sein dieses S und von da nun entweder zu dem damit gegebenen P-sein oder zu dem nicht-P-sein desselben S hinüber. Die Schließbewegung geht lückenlos von S über sein M-sein zu seinem P-sein, bzw. nicht-P-sein, und damit wieder zu dem S zurück. Der Schlußsatz scheidet die Vermittlung durch das M-sein des S wieder aus und vollzieht die direkte positive oder negative Hinbeziehung des P auf das S. Dies ist offenbar die Schlußform der traditionellen ersten Figur.

Die vier Modi ergeben sich ohne weiteres, wenn man zuerst den positiven und dann den negativen allgemeinen Oberfaß mit einem universalen und einem partikularen Unterfaß kombiniert.

Die erste Figur gründet sich also auf die formal ontologische Tatsache, die in dem Grundsatz ausgedrückt ist: »Wenn das M-sein eines Gegenstandes überhaupt das P-sein desselben Gegenstandes mit sich führt oder ausschließt, so muß notwendig jeder Gegenstand S, der M ist, auch P sein, bzw., im Falle des Ausschlusses, nicht P sein.«

Der Schluß geht hier nach v o r w ä r t s, nämlich von dem M-sein zu dem, was durch dieses M-sein mitgeführt oder ausgeschlossen

ist. Es ist nun aber noch ein anderer mittelbarer Schluß möglich, der rückwärts geht, nämlich von derjenigen Prädikatsbestimmtheit ausgeht, die mitgeführt bzw. ausgeschlossen ist, und zu derjenigen zurückgeht, die von sich aus die zweite mitführt bzw. ausschließt. Dies geschieht in der zweiten Möglichkeit, die der zweiten traditionellen Figur entspricht.

2. Angenommen, es sei wieder der Subjektsgegenstand S des Schlußfachverhalts durch die eine Prämisse mit einer Prädikatsbestimmtheit M ausgestattet. Wenn nun das M-fein bei jedem Gegenstande, der P ist, durch fein P-fein ausgeschlossen ist, so ist notwendig der Gegenstand S nicht P, weil er sonst das M von sich abspitzen müßte. Wenn also die eine Prämisse, der Untersatz, ein positives Urteil ist, das dem Subjektsgegenstand S die Prädikatsbestimmtheit M positiv hinzuordnet, und wenn zweitens der Obersatz ein »allgemeines« negatives Urteil ist, das von dem P-fein eines Gegenstandes überhaupt fein gleichzeitiges M-fein abspitzt, so ist damit notwendig festgelegt, daß S nicht P ist, daß also das negative Urteil »S ist nicht P« wahr ist. Dieses Urteil folgt also notwendig aus den beiden angegebenen Urteilen.

Wenn nun der Obersatz positiv ist, also das P-fein eines Gegenstandes überhaupt das M-fein desselben Gegenstandes mit sich führen soll, dann ist durch jenen positiven Untersatz »S ist M« kein bündiger Rückschluß auf das P-fein des S möglich, da der Obersatz ja nicht besagt, daß nur das P-fein eines Gegenstandes das M-fein desselben mit sich führe, sondern offen läßt, daß auch andere Prädikatsbestimmtheiten eines Gegenstandes fein M-fein mit sich führen können. Wenn dagegen der Untersatz nun negativ ist, also behauptet, daß S nicht M sei, dann ist durch jenen positiven Obersatz ein bündiger Rückschluß möglich. Denn, wenn S nicht M ist, und wenn das P-fein eines Gegenstandes überhaupt das M-fein desselben Gegenstandes mit sich führt, dann ist notwendig das S nicht P, weil es ja sonst auch M fein müßte. Aus dem »allgemeinen« positiven Obersatz, der dem P-fein eines Gegenstandes überhaupt das M-fein desselben Gegenstandes positiv hinzusetzt, und dem negativen Untersatz, der von dem Subjektsgegenstand S das M abspitzt, folgt also notwendig das negative Urteil, das vom demselben Subjektsgegenstand S die Prädikatsbestimmtheit P abspitzt.

Hiermit sind die Schlußformen der zweiten Figur gegeben, die also im Gegensatz zur ersten Figur ein rückschließender Schluß ist. — Die traditionellen vier Modi ergeben sich ohne weiteres, wenn man sowohl mit dem negativen als auch mit dem positiven

Oberfaß die universale und die partikuläre Form des entsprechenden Unterfaßes verbindet.

Der Oberfaß muß auch bei dieser zweiten, ebenso wie bei der ersten Figur ein »allgemeiner« sein, d. h. er muß für das P-sein jedes beliebigen Gegenstandes gelten, denn sonst bliebe fraglich, ob auch gerade die bestimmten Gegenstände S des Unterfaßes in sein Geltungsbereich hineinfielen. Er kann aber auch, wie bei der ersten Figur, entweder ein positiver oder ein negativer sein. Es sind also in der ersten und in der zweiten Figur dieselben Oberfaße, aus denen geschlossen wird. Während aber der Unterfaß in der ersten Figur immer positiv ist, kann der Unterfaß in der zweiten Figur nur dann positiv sein, wenn der Oberfaß negativ ist, und muß negativ sein, wenn der Oberfaß positiv ist. Der Unterfaß knüpft in der ersten Figur bei dem ersten Gliede des Oberfaßes an und schließt vorwärts zum zweiten Gliede. Dagegen knüpft er bei der zweiten Figur an das zweite Glied des Oberfaßes an und der Schluß geht von da rückwärts zu dem ersten Gliede des Oberfaßes. Der Vorwärtsschluß der ersten Figur führt zu positivem Schlußfaß, wenn der Oberfaß positiv, dagegen zu einem negativen Schlußfaß, wenn der Oberfaß negativ ist. Der Rückschluß der zweiten Figur führt dagegen immer nur zu negativen Schlußfaßen.

Die Grundlage der zweiten Figur ist die formal-ontologische Tatsache, die in dem Grundfaß ausgedrückt ist: »Wenn das P-sein eines Gegenstandes überhaupt das M-sein desselben Gegenstandes mit sich führt oder ausschließt, so schließt notwendig jeder Gegenstand S, der im ersten Falle nicht M ist, im zweiten Falle dagegen M ist, das P von sich aus.«

Die Einheit der beiden Sachverhalte, welche die beiden Prämissen setzen, wird also sowohl in der ersten, als auch in der zweiten Figur dadurch hergestellt, daß auf den Subjektsgegenstand S eine Prädikatsbestimmtheit direkt hinbezogen wird, und eine bestimmte Verbindung dieser Prädikatsbestimmtheit mit einer zweiten Prädikatsbestimmtheit gesetzt wird. Dadurch ist dann indirekt auch diese zweite Prädikatsbestimmtheit auf den Subjektsgegenstand hinbezogen. Die beiden Figuren unterscheiden sich nur dadurch voneinander, daß die erste direkt zu der ersten der beiden, in eine bestimmte Verbindung gesetzten Prädikatsbestimmtheiten, die zweite dagegen direkt zu der zweiten jener Prädikatsbestimmtheiten hinübergeht. Und die erste Figur geht dann von der ersten zur zweiten

vorwärts, die zweite Figur von der zweiten zur ersten Prädikatsbestimmtheit rückwärts.

Nun kann eine Einheit zweier Sachverhalte überhaupt nur darin bestehen, daß auf einen und denselben Subjektsgegenstand zwei verschiedene Prädikate bezogen sind. Nur Subjektsgegenstände, nicht aber Prädikatsbestimmtheiten können Sachverhalte mit einander vereinen. Wo scheinbar eine Prädikatsbestimmtheit das verbindende Glied zweier Sachverhalte ist, da zeigt sich bei genauerer Betrachtung, daß die Verbindung auch hier durch einen identischen Subjektsgegenstand hergestellt wird. Scheinbar wird ja in der traditionellen zweiten Figur die Vereinigung der beiden Prämissen-sachverhalte durch die identische Prädikatsbestimmtheit M hergestellt. In Wahrheit wird aber auch hier, wie wir oben gesehen haben, die Einheit der beiden Prämissen-sachverhalte nur dadurch gestiftet, daß das P des Obersatzes eine Prädikatsbestimmtheit meint, die auf denselben Subjektsgegenstand bezogen ist, wie die Prädikatsbestimmtheit M.

Die beiden Prädikatsbestimmtheiten, die in den ersten beiden Figuren im Obersatz in eine bestimmte Beziehung gesetzt werden, müssen auf denselben Subjektsgegenstand bezogen sein. Es darf nicht etwa die zweite Prädikatsbestimmtheit direkt auf die erste als ihren Subjektsgegenstand bezogen werden, denn dann ist im allgemeinen kein gültiger Schluß möglich. Jener Satz, den man als das Prinzip der ersten Figur aufgestellt hat und der lautet: »Jedem Subjektsgegenstand kommt mittelbar das Prädikat seines Prädikats zu« ist ja ein direkt falscher Satz. Die Prädikate eines Prädikats sind niemals ohne weiteres die Prädikate des Subjektsgegenstandes. Tatsächlich gilt ja nicht alles, was von der Prädikatsbestimmtheit »gelb« gilt, daß sie z. B. eine Farbenqualität sei, auch von dem Schwefel, der seinerseits gelb ist. Soll ein Schluß möglich sein, so muß die zweite Prädikatsbestimmtheit ihren Subjektsgegenstand nicht in der ersten Prädikatsbestimmtheit selbst, sondern in demjenigen Gegenstand haben, der auch für die erste der Subjektsgegenstand ist.

Sollen also zwei Urteile ihre Sachverhalte so vereinigen, daß ein folgerichtiger Schluß möglich ist, so müssen die beiden Sachverhalte einen gemeinsamen Subjektsgegenstand und zwei auf diesen bezogene Prädikatsbestimmtheiten enthalten. Die Schlußbewegung ist dann nur in dreifacher Weise möglich. Erstens: sie geht aus von dem Subjektsgegenstand und bezieht auf ihn die erste Prädikatsbestimmtheit; sie bindet dann

an diese erste Prädikatsbestimmtheit die zweite mit der Hinzielung auf denselben Subjektsgegenstand und hat damit mittelbar diese zweite Prädikatsbestimmtheit in eindeutige Hinbeziehung auf den Subjektsgegenstand gesetzt. Dies ist der Weg, den die erste Figur geht. — Zweitens: die Schlußbewegung geht wieder aus von dem Subjektsgegenstand, setzt zu diesem die zweite Prädikatsbestimmtheit in positive oder negative Hinbeziehung; sie setzt dann diese zweite zu der ersten Prädikatsbestimmtheit in negative, resp. positive Hinbeziehung mit Zielung auf denselben Subjektsgegenstand. Dadurch hat sie mittelbar die erste Prädikatsbestimmtheit in negative Hinbeziehung zu jenem Subjektsgegenstand gesetzt. Dies ist der Weg, den die zweite Figur geht.

Der dritte Weg, der allein noch übrig bleibt, legt nun nacheinander direkt die Beziehung jeder der beiden Prädikatsbestimmtheiten zu demselben Subjektsgegenstand fest, und setzt dadurch mittelbar eine bestimmte Beziehung zwischen den beiden Prädikatsbestimmtheiten. Dies ist der Weg der dritten Figur, die sich in folgender Weise ergibt:

3. Angenommen, der Subjektsgegenstand M zeige die Prädikatsbestimmtheit S. Wenn nun derselbe Subjektsgegenstand M die zweite Prädikatsbestimmtheit P hat, bzw. nicht hat, so ist also an diesem Subjektsgegenstand M die Prädikatsbestimmtheit S mit, bzw. ohne die zweite Prädikatsbestimmtheit P vorhanden. Da nun außer dem M auch noch andere Gegenstände S sein können, und da darüber, ob auch diese anderen zugleich auch P, bzw. nicht P sind, nichts festgelegt ist, so ist wenigstens so viel bestimmt, daß dieser spezielle Gegenstand, der S ist, auch P ist, bzw. nicht P ist. D. h. es ist die Wahrheit des partikularen Urteils festgelegt, das behauptet: Einige der Gegenstände, die S sind, sind P, bzw., im Falle des negativen Obersatzes, sind nicht P.

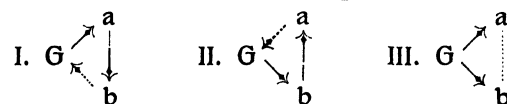
Der Obersatz, der das P dem Subjektsgegenstand M zuordnet, kann also in dieser Schlußform ein positiver oder ein negativer sein. Er braucht kein »allgemeiner« zu sein, wenn er nur diejenigen Subjektsgegenstände mitbetrifft, auf die sich auch der Untersatz bezieht. Der Untersatz, der dem M das S zuordnet, muß immer positiv sein, wenn der Schlußsatz sich auf diejenigen Gegenstände, die wirklich S sind, als seine Subjektsgegenstände beziehen soll. Der Schlußsatz bezieht sich also in dieser Figur nicht auf die Prädikatsbestimmtheit S direkt, sondern nur auf Gegenstände, die diese Prädikatsbestimmtheit S zeigen. Er ist positiv, wenn der Obersatz positiv, dagegen negativ, wenn der Obersatz

negativ ist. — Die 6 Modi dieser dritten Figur ergeben sich, wenn man die traditionelle »Quantität« der beiden Prämissen variieren läßt, dabei aber die Identität der Subjektsgegenstände des Obersatzes mit denen des Untersatzes dadurch sichert, daß man mit einem partikularen Obersatz nur einen universalen Untersatz verbindet.

Während also die Schließbewegung bei den ersten beiden Figuren von dem Subjektsgegenstand direkt nur zu der einen Prädikatsbestimmtheit hingeht, geht sie bei der dritten Figur direkt zu beiden Prädikatsbestimmtheiten hin. Und während bei den beiden ersten Figuren die beiden Prädikatsbestimmtheiten schon durch den Obersatz in eine bestimmte Beziehung gesetzt sind, werden sie in der dritten Figur erst durch die gemeinsame Beziehung auf denselben Subjektsgegenstand, welche die beiden Prämissen vollziehen, in eine bestimmte Beziehung gesetzt.

Die dritte Figur beruht demnach auf der formal-ontologischen Tatsache, die in dem Grundsatz ausgedrückt ist: »Wenn das S-sein eines Gegenstandes an gewissen Gegenständen vorkommt, die zugleich P sind, bzw. nicht P sind, so steht fest, daß einige der Gegenstände, die S sind, zugleich P sind, bzw. nicht P sind.«

Eine vierte, den drei bisher entwickelten gleichgeordnete Figur ist nicht möglich, da zwischen einem Subjektsgegenstand und zwei Prädikatsbestimmtheiten die Schließbewegung nur die drei angegebenen Wege gehen kann. Jede der drei möglichen Figuren ist aber eine selbständige und beruht auf ihrem eigenen formal-ontologischen Grundsatz. Nennen wir den Subjektsgegenstand allgemein G, und die beiden Prädikatsbestimmtheiten a und b, so lassen sich die drei möglichen Schließbewegungen von zwei Sachverhalten auf einen dritten in der folgenden Weise verbildlichen:



Der Wahrheitszusammenhang, der zwischen den Prämissen und der Konklusion des kategorischen Syllogismus besteht, beruht also auf dem Zusammenhang, in dem die Formalfachverhalte, welche die Prämissen setzen, zu dem Formalfachverhalt stehen, welchen die Konklusion setzt.

#### Viertes Kapitel.

##### Die Struktur der kategorischen Syllogismen.

1. Die »Allgemeinheit« der Obersätze in den beiden ersten Figuren. Die Obersätze in den beiden ersten Figuren



müssen, wie wir gesehen haben, die beiden Prädikatsbestimmtheiten a und b in eine bestimmte Beziehung setzen derart, daß »allgemein« das a-sein eines Gegenstandes überhaupt das b-sein desselben Gegenstandes mit sich führt oder ausschließt. Dabei ist unter a und b irgendeine Prädikatsbestimmtheit zu verstehen. Also nicht nur, wenn das a die höhere Art des Subjektsgegenstandes, sondern auch wenn es irgendein Attribut oder eine Seinsart oder eine Relationsbestimmtheit des Subjektsgegenstandes meint, ist ein kategorischer Syllogismus möglich. Der Obersatz muß also nicht notwendig ein echtes Arturteil, sondern er kann auch ein unechtes Arturteil sein, insofern er den Subjektsgegenstand überhaupt nur durch eine bestimmte Art eines Attributs oder eine Seinsart oder eine Art von Relationsbestimmtheit charakterisiert. Denn es ist ja z. B. weder ein »weißer Gegenstand«, noch ein »realer Gegenstand«, noch ein »von mir gefeherer Gegenstand« eine echte Art.

Es ändert nun an den Schlußzusammenhängen der beiden ersten Figuren nichts, wenn ihr Obersatz die Form eines universalen Urteils annimmt, wenn er also statt von dem a-sein eines Gegenstandes überhaupt zu behaupten, daß es das b-sein desselben Gegenstandes mit sich führe oder ausschließe, von »allen Gegenständen, die a sind« behauptet, daß sie auch b seien, bzw. nicht b seien. Welche Arten von Prädikatsbestimmtheiten auch in Betracht kommen, immer läßt sich ja die Prädikatsbestimmtheit benutzen, um eine Allheit von Gegenständen dadurch zu umgrenzen. Man kann also bei allen Prädikatsbestimmtheiten den Obersätzen die gleiche Form von universalen Urteilen, also die beiden Formen: »Alle a sind b« und »Alle a sind nicht b« geben. Nur muß man dann beachten, daß hier das a jede beliebige Art von Prädikatsbestimmtheit bezeichnet. Und außerdem darf man nicht vergessen, daß in diesen universalen Urteilen das a-sein der Subjektsgegenstände als der zureichende Grund<sup>1)</sup> ihres b-seins gesetzt ist, und daß von da aus auf alle Gegenstände, die a sind, deduziert wird. Diese deduzierte Universalität ist an sich für den Obersatz überflüssig: sie macht ihn nicht erst zu einem »allgemeinen« Urteil, sondern kann nur dazu dienen, seine »Allgemeinheit« ausdrücklich hervorzuheben. Sie hat jedoch den großen Nachteil, zu zwei wesentlichen Irrtümern zu verführen, nämlich erstens zu der Meinung, das a selbst sei Zeichen für den Subjektsbegriff des Obersatzes, und der Subjektsbegriff könne in der ersten Figur einfach zum Prädikatsbegriff des Untersatzes, und

1) Dieser zureichende Grund ist nicht immer eine Ursache.

in der zweiten Figur einfach zum Prädikatsbegriff des Schlußsatzes gemacht werden. Und dann zweitens zu der Meinung, der Obersatz könne auch, ohne den Sinn des ganzen Syllogismus zu ändern, ein induzierendes Universalurteil sein, d. h. ein Universalurteil, in welchem das *a*-sein der Subjektsgegenstände nicht der Grund ihres *b*-seins, bzw. ihres nicht-*b*-seins ist, sondern nur zur Umgrenzung aller der Gegenstände dient, von denen im einzelnen schon feststeht, daß jeder von ihnen *b* ist, bzw. nicht *b* ist. Denn die Form des Universalurteils läßt, wie früher schon hervorgehoben wurde, nicht ohne weiteres erkennen, ob ein begründend deduzierendes oder ein bloß zusammenfassend induzierendes Universalurteil vorliegt. Unterscheidet man diese beiden wesentlich verschiedenen Arten von Universalurteilen, so wird sich der alte Streit über den Sinn und den Wert des Syllogismus leicht schlichten lassen.

## 2. Der Syllogismus als Begründungs- und als bloßer Wahrheitszusammenhang von Urteilen.

Um nachzuweisen, daß der oben entwickelte kategorische Schluß aus zwei Urteilen in der Tat einen Begründungszusammenhang, und nicht bloß einen Wahrheitszusammenhang zwischen den Prämissen und der Konklusion darstellt, daß also die Konklusion nicht schon in einer der beiden Prämissen enthalten ist, beschränken wir uns auf den Syllogismus der ersten Figur, auf den allein sich ja die Angriffe gerichtet haben.

Wenn der Obersatz in einem solchen Syllogismus den Sinn hat, zu behaupten, daß das *M*-sein eines Gegenstandes überhaupt sein *P*-sein mit sich führe, bzw. ausschließe, dann bezieht sich ja offensichtlich dieses Urteil nicht direkt auf den Gegenstand *S*, der den Subjektsgegenstand des Untersatzes und des Schlußsatzes bildet. Daß überhaupt der Gegenstand *S* *M* ist, ist eine Behauptung, die zu dem Obersatz ganz neu durch den Untersatz hinzugefügt wird. Der Subjektsgegenstand *S* des Schlußsatzes wird erst durch den Untersatz herbeigebracht. Von ihm konnte der Obersatz noch gar nichts behaupten, weil er für seine Meinung noch nicht existierte. Der Untersatz freilich zielt dann auf den Gegenstand *S* hin, aber was er nun für sich von ihm behauptet, ist nur, daß er *M* ist, und enthält ohne die Hinzunahme des Obersatzes keinerlei gedankliche Beziehung auf das *P*-sein des *S*. Der Obersatz kann also in seiner Gültigkeit auch dann schon feststehen, wenn es noch zweifelhaft ist, ob der Gegenstand *S* auch *P*, bzw. nicht *P* ist. Erst wenn der Untersatz hinzukommt, daß nämlich *S* *M* sei, dann folgt allerdings,

aber dann auch notwendig, daß dieses S, welches M ist, auch P, bzw. nicht P ist. Und der Unterfaß kann für sich ebenfalls in seiner Wahrheit schon feststehen, wenn der Schlußfaß noch zweifelhaft ist. Erst wenn zu dem Unterfaß der Oberfaß hinzutritt, dann ist über die Wahrheit des Schlußfaßes endgültig entschieden. Der Schlußfaß behauptet also etwas, was weder im Oberfaß, noch im Unterfaß allein schon behauptet ist. Nur die beiden Prämissen zusammen geben ihm seinen Behauptungsgehalt. Und die Wahrheit keiner der beiden Prämissen setzt schon die Wahrheit des Schlußfaßes voraus. Wohl aber folgt notwendig aus der Wahrheit der beiden Prämissen die Wahrheit der Konklusion. Also ist hier die Wahrheit der Konklusion durch die Wahrheit der beiden Prämissen begründet. S ist P, bzw. nicht P, weil es M ist und weil das M-sein überhaupt das P-sein desselben Gegenstandes mit sich führt, bzw. ausschließt. Der Syllogismus, dessen Oberfaß die angegebene Bedeutung hat, ist also ein wirklicher Begründungszusammenhang zwischen mehreren Urteilen. Er gewinnt im Schlußfaß ein neues Urteil und erweitert unsere Erkenntnis wirklich.

Die Frage, wie wir denn derartige Oberfäße gewinnen können, gehört gar nicht in diesen Zusammenhang hinein. Es ist aber auch falsch, zu behaupten, daß ein solcher Oberfaß nur dadurch gewonnen werden könne, daß alle Gegenstände, die überhaupt M sind, vorher im einzelnen darauf hin untersucht werden müßten, ob auch jeder von ihnen auf Grund seines M-seins das P als Prädikatsbestimmtheit zeige, bzw. nicht zeige. Es ist vielmehr möglich, daß schon in einem einzigen Fall erkannt werde, daß das M-sein an sich, unabhängig von der besonderen Natur desjenigen Gegenstandes, dem es zukommt, das P-sein desselben Gegenstandes mit sich führt, bzw. ausschließt. In anderen Fällen wird die Unabhängigkeit von der besonderen Natur des Subjektsgegenstandes nicht durch blinde zahlenmäßige Häufung der untersuchten Gegenstände bis zur niemals erreichten Allheit erkannt werden, sondern nur dadurch, daß durch zweckmäßige Auswahl weniger entscheidender Fälle diejenige Variation des Subjektsgegenstandes hergestellt wird, welche die Einflußlosigkeit seiner besonderen Natur auf die betreffende Beziehung zwischen seinem M- und seinem P-sein ersichtlich macht. Logisch betrachtet kommt es aber nur auf den Sinn des Oberfaßes und nicht auf seine Herkunft an. Angenommen, es gebe solche Oberfäße, die den oben angegebenen Sinn entfaltet oder auch implizite haben, so ist aus ihnen mit dem entsprechenden Unterfaß ein begründender Syllogismus möglich, in dem ein

neues, unsere Erkenntnis erweiterndes Schlußurteil folgerichtig gewonnen wird.

Einen anderen Charakter hat freilich der Syllogismus, wenn sein Oberfaß ein bloß zusammenfassend induzierendes Universalurteil ist. Denn dann bezieht sich der Oberfaß durch seinen Subjektsbegriff auf jeden einzelnen der, dem Umkreise von M angehörigen Gegenstände und er gründet seine Behauptung nicht darauf, daß diese Gegenstände M sind, sondern gebraucht dieses M nur, um alle die einzelnen Gegenstände begrifflich zusammenzufassen. Er enthält also jetzt allerdings den Schlußfaß schon als Teilbehauptung in sich, da er sich ja auch auf den Gegenstand S bezieht, von dem der Unterfaß erklärt, daß er zu denjenigen gehöre, die im Oberfaß gemeint seien. Der Oberfaß enthält aber nicht bloß den Schlußfaß in diesem Falle in sich, sondern er setzt auch dessen Wahrheit schon voraus und darf nicht den Anspruch machen, selbst wahr zu sein, solange noch zweifelhaft ist, ob der Schlußfaß wahr ist, ob also auch der Gegenstand S, den er selbst mitmeint, wirklich P, bzw. nicht P ist. Da der Oberfaß hier die Wahrheit des Schlußsatzes voraussetzt, so kann er natürlich den Schlußfaß nicht selbst begründen. Ein Syllogismus dieser Art gewinnt also in der Tat kein neues Urteil und er erweitert unsere Erkenntnis nicht, sondern er entfaltet nur den Oberfaß nach einer Richtung. Trotzdem ist auch er ein Wahrheitszusammenhang zwischen drei verschiedenen Urteilen. Der Oberfaß ist weder mit dem Unterfaß, noch mit dem Schlußfaß, den er »in sich enthält«, identisch, und der Unterfaß ist ein anderes Urteil als der Schlußfaß. Und zwischen diesen drei verschiedenen Urteilen besteht allerdings ein Wahrheitszusammenhang, d. h. mit der Wahrheit der beiden Prämissen ist notwendig die Wahrheit der Konklusion gegeben.

Dieser bloß entfaltende und nicht begründende Syllogismus beruht natürlich auch auf einem anderen formal-ontologischen Grundfaß als der oben entwickelte begründende Syllogismus. Für ihn gilt allerdings jenes *Dictum de omni et nullo*, das besagt: »Was von allen gilt, gilt von jedem; was von allen nicht gilt, gilt auch von keinem«, während der begründende Syllogismus sich auf die oben angegebenen drei Grundfälle stützt.

Der Oberfaß des begründenden Syllogismus kann auch die Form von singularen Arturteilen annehmen. Natürlich ist in einem solchen Falle nur dann der Syllogismus berechtigt, wenn das Arturteil die Art in jedem Falle meint. Denn, wenn es bloß die Art im Durchschnittsfalle, oder im Normalfall, oder im

typischen Fall oder im Idealfall meint, so hat es ja nicht den Charakter der unbeschränkten »Allgemeinheit«. Zeigt dann der Untersatz einen Gegenstand S auf, der dieser Art ist, so gilt nicht notwendig auch von ihm das, was der Obersatz behauptet. Viele falsche syllogistische Schlüsse haben darin ihren Grund, daß sie aus solchen Arturteilen gezogen werden, deren Sinneinschränkung man nicht bemerkt und nicht berücksichtigt.

### 3. Das Verhältnis der Wahrheit und Falschheit der Prämissen zur Wahrheit und Falschheit der Konklusion.

Aus dem dargelegten Aufbau der kategorischen Schlüsse aus zwei Urteilen ergeben sich folgende Zusammenhänge:

1. Sind die beiden Prämissen wahr, so ist notwendig auch die Konklusion wahr.

2. Ist eine der Prämissen falsch, so ist über die Wahrheit der Konklusion nichts entschieden; sie kann immer noch wahr, aber auch falsch sein.

3. Sind beide Prämissen falsch, so ist ebenfalls noch nichts über die Wahrheit der Konklusion entschieden. Das Schlußurteil, das aus zwei falschen Prämissen folgt, kann immer noch wahr sein.

4. Ist die Konklusion wahr, so ist damit über die Wahrheit der Prämissen, aus denen sie wirklich folgt, noch gar nichts entschieden. Es kann trotzdem eine oder es können beide Prämissen falsch sein.

5. Ist die Konklusion und außerdem noch eine der beiden Prämissen wahr, so braucht nicht notwendig auch die andere Prämisse wahr zu sein, sondern sie kann völlig falsch sein. Gegen diese Einsicht wird im Leben und in der Wissenschaft unzählige Male verstoßen, wenn man glaubt, aus der Wahrheit der Konklusion, die man mit einer wahren Prämisse aus einer noch zweifelhaften Behauptung gewinnt, auf die Wahrheit dieser Behauptung schließen zu dürfen.

6. Ist dagegen die Konklusion falsch und der Schluß wirklich ein folgerichtiger, so muß mindestens eine der beiden, wenn nicht beide Prämissen falsch sein. Von der Falschheit einer Konklusion darf man also sicher auf die Falschheit mindestens einer ihrer Prämissen schließen.

7. Ist schließlich die Konklusion falsch, aber die eine ihrer Prämissen wahr, so muß notwendig ihre andere Prämisse falsch sein.

Die Regeln über die Schlüsse, die auf Grund dieser Zusammenhänge berechtigt sind, lassen sich in die folgenden beiden Sätze zusammenfassen:

»Von der Wahrheit der Prämissen darf man auf die Wahrheit der Konklusion schließen, aber nicht umgekehrt von der Wahrheit der Konklusion auf die Wahrheit der Prämissen«.

»Von der Falschheit der Konklusio darf man auf die Falschheit mindestens einer Prämisse schließen, aber nicht umgekehrt von der Falschheit der Prämisse auf die Falschheit der Konklusio«.

#### 4. Einige Schlußfehler.

1. Die *Quaternio Terminorum*. Darunter versteht man einen Schluß, in welchem der Ausdruck für den Mittelbegriff in zwei verschiedenen Bedeutungen im Ober- und im Untersatz gebraucht wird, so daß statt der geforderten drei nun vier gegenständliche Begriffe, vier *Termini* die wesentlichen Bestandteile der Prämissen bilden. Ein Beispiel dafür ist der Schluß:

Vorstellungen existieren nur in bewußten Wesen,

Die Außenwelt ist eine Vorstellung,

---

Die Außenwelt existiert nur in bewußten Wesen.

Das Wort Vorstellung ist darin zuerst im Sinne eines Gegenstandsbewußtseins, dann aber in der zweiten Prämisse im Sinne eines Gegenstandes, der gelegentlich Gegenstand eines solchen Bewußtseins werden kann, genommen.

2. Wird in der ersten Figur ein verneinender Untersatz genommen, so ist der Schluß nicht folgerichtig. Ein Beispiel dafür ist:

Die Lebewesen sind vergänglich,

Steine sind keine Lebewesen,

---

Steine sind nicht vergänglich.

3. Werden in der zweiten Figur zwei positive Prämissen genommen, so ist der Schluß fehlerhaft, wie z. B. der folgende:

Der Willensheld hält zäh an seinen Vorsätzen fest,

Der Eigenfinnige hält zäh an seinen Vorsätzen fest,

---

Der Eigenfinnige ist ein Willensheld.

4. Die dritte Figur wird fehlerhaft gebildet, wenn eine allgemeine Konklusio gefolgert wird, wie in dem Beispiel:

Der Melancholiker ist mißtrauisch,

Der Melancholiker ist scharffinnig,

---

Jeder Scharffinnige ist mißtrauisch.

#### 5. Zusammengesetzte kategorische Schlüsse.

Es können mehrere kategorische Syllogismen so miteinander verkettet werden, daß jedesmal der Schlußsatz des vorangehenden zum Obersatz, oder auch zum Untersatz, des folgenden Syllogismus gemacht wird. Aus jeder Konklusio wird dann jedesmal durch Hinzunahme eines zweiten Urteils eine neue Konklusio gezogen. Den Zusammenhang so verketteter Syllogismen nennt man eine *Schlußkette* oder einen *Polyfyllogismus*. Eine dreigliedrige Schlußkette,

in der alle Syllogismen der ersten Figur angehören, wird z. B. folgende Form haben:

$$\begin{array}{ccc} O & P & \rightarrow N & P & \rightarrow M & P \\ N & O & \rightarrow M & N & \rightarrow S & M \\ N & P & M & P & S & P \end{array}$$

Eine solche Schlußkette läßt sich in eine kürzere Form zusammenziehen. Man beginnt mit dem Urteil, das sich auf den Subjektgegenstand des letzten Schlußsatzes bezieht, also mit dem Unterfaß des letzten Syllogismus S M. Daran fügt man, alle anderen Zwischenurteile weglassend, zunächst die anderen Unterfäße: M N, N O, und den Oberfaß des ersten Syllogismus O P, und folgert daraus dann den Schlußsatz S P des letzten Syllogismus. Aus der obigen Schlußkette wird dann die folgende Form:

$$S M, M N, N O, O P, \text{ also } S P.$$

Diese zusammengezogene Form einer Schlußkette nennt man einen Kettenchluß oder einen Sorites.

Sowohl die Schlußkette, als auch der Kettenchluß können unbeschränkt lang sein, d. h. man kann beliebig viele kategorische Urteile in dieser Weise zu einem Schlußzusammenhang vereinigen. Der letzte Schlußsatz ist dann aus mehr als zwei kategorischen Urteilen gewonnen.

#### Fünftes Kapitel.

#### Mittelbare Schlüsse mit hypothetischen und disjunktiven Urteilen.

##### a) Die hypothetischen Syllogismen.

1. Die oben entwickelten Syllogismen enthielten lauter kategorische Urteile. Es entsteht die Frage, ob nicht auch aus zwei hypothetischen Urteilen folgerichtige Schlüsse möglich sind. Eine Möglichkeit ergibt sich in folgender Weise:

Man nimmt zwei hypothetische Urteile, also bedingte Behauptungen, die sich, abgesehen von ihren Bedingungen, zueinander wie die kategorischen Urteile in den oben entwickelten Figuren der kategorischen Syllogismen verhalten, also z. B. im Sinne der ersten Figur die beiden hypothetischen Urteile:

$$M P, \text{ falls } Q R \text{ ist,}$$

$$S M, \text{ falls } T U \text{ ist.}$$

Dann ergibt sich daraus nach der ersten Figur, daß S P ist, aber mit Hinzufügung beider Bedingungen der Prämissen, also:

$$S \text{ ist } P, \text{ falls } Q R \text{ und falls } T U \text{ ist.}$$

Als Besonderes tritt also hier nur hervor, daß der Schlußsatz notwendig auch ein hypothetisches Urteil ist und daß sich alle Bedingungen der Prämissen für den Schlußsatz summieren.

2. Eine zweite Möglichkeit liegt dann vor, wenn ein hypothetisches Urteil die Erfüllung der Bedingung eines anderen hypothetischen Urteils von einer zweiten Bedingung abhängig macht, wie in dem folgenden Schluß, der nach Analogie der ersten Figur gebildet ist:

$$\begin{array}{l} Q \text{ ist } R, \text{ falls } T \text{ } U \text{ ist,} \\ S \text{ ist } P, \text{ falls } Q \text{ } R \text{ ist,} \\ \hline S \text{ ist } P, \text{ falls } T \text{ } U \text{ ist.} \end{array}$$

Das Resultat derartiger Schlüsse besteht also darin, daß die Bedingung des hypothetischen Untersatzes durch Vermittlung des hypothetischen Obersatzes im Schlußsatz durch eine andere ersetzt wird. Natürlich können solche hypothetischen Schlüsse in beliebiger Anzahl zu hypothetischen Schlußketten und Ketten Schlüssen zusammengefaßt werden, in denen dann sukzessive eine Bedingung durch eine andere ersetzt wird.

Sowohl die hypothetischen Urteile selbst, als auch ihre Bedingungen können in diesen Zusammenhängen entweder positive oder negative sein. Die Kombinationen, die sich dadurch ergeben können, seien hier übergangen.

3. Hypothetisch-kategorische Schlüsse. Wenn die eine Prämisse ein hypothetisches Urteil ist, so kann durch Hinzunahme eines bestimmten kategorischen Urteils ein kategorisches Urteil folgerichtig geschlossen werden. Prinzipiell bestehen hier zwei Möglichkeiten:

Erstens: das kategorische Urteil behauptet, daß die Bedingung des hypothetischen Urteils erfüllt sei. Dann folgt daraus, daß das dem hypothetischen Urteil entsprechende kategorische Urteil wahr ist. Ein Schluß von der Form:

$$\begin{array}{l} S \text{ ist } P, \text{ falls } Q \text{ } R \text{ ist,} \\ Q \text{ ist } R, \\ \hline S \text{ ist } P \end{array}$$

ist also folgerichtig.

Auch hier können wieder die hypothetischen Urteile selbst und auch ihre Bedingungen entweder positiv oder negativ sein. Nur muß natürlich bei positivem hypothetischen Urteil der Schlußsatz positiv, bei negativem dagegen negativ sein. Und bei positiver Bedingung muß der kategorische Untersatz positiv, bei negativer Bedingung muß er dagegen negativ sein.



Zweitens: das kategorische Urteil, das zu dem hypothetischen als zweite Prämisse hinzutritt, behauptet das kontradiktorische Gegenteil. Dann folgt daraus, daß die Bedingung des hypothetischen Urteils nicht erfüllt sei; es folgt also das kategorische Urteil, das den kontradiktorischen Gegensatz zu der Bedingung bildet. Ein Schluß von der Form:

$$\begin{array}{l} S \text{ ist } P, \text{ falls } Q \text{ ist,} \\ S \text{ ist nicht } P, \\ \hline Q \text{ ist nicht } R \end{array}$$

ist also immer gültig.

Es ist leicht zu ersehen, daß auch hier sowohl das hypothetische Urteil, als auch seine Bedingung entweder positiv oder negativ sein können, und welche Qualität dann die kategorischen Unter- und Schlußsätze entsprechenderweise haben müssen.

#### b) Die disjunktiven Schlüsse.

1. Sind die beiden Prämissen, aus denen eine Konklusion folgerichtig geschlossen werden soll, disjunktive Urteile, so kann aus ihnen ein disjunktives Urteil dann folgerichtig geschlossen werden, wenn das eine sich auf solche Gegenstände bezieht, für die eines der Glieder des anderen zutrifft. Ist z. B. die eine Prämisse ein zweigliedriges disjunktives Urteil von der Form: »S ist entweder P oder Q« und behauptet die zweite Prämisse, daß Gegenstände, die P sind, entweder T oder U sind, so folgt daraus bündig, daß S entweder T oder U oder Q ist. Hier wird also durch die zweite Prämisse das eine der disjunktiven Glieder der ersten Prämisse gleichsam noch weiter gespalten, so daß dann der Schlußsatz entsprechend mehr disjunktive Glieder enthält. In dieser Weise kann die Anzahl der Glieder eines disjunktiven Urteils durch Hinzunahme bestimmter anderer disjunktiver Urteile ins Unbefchränkte vermehrt werden. Der Schlußsatz ist dann immer ein disjunktives Urteil mit einer entsprechend größeren Anzahl von Gliedern. Bei zwei disjunktiven Prämissen beliebiger Gliederzahl ist die Anzahl der Glieder in der folgerichtigen disjunktiven Konklusion gleich der um eins verminderten Summe der Glieder in den beiden Prämissen.

2. Ist die eine Prämisse eines Schlusses ein disjunktives Urteil, die andere dagegen ein kategorisches, so sind zwei verschiedene disjunktiv-kategorische gültige Schlüsse möglich. Bei der Betrachtung des disjunktiven Urteils zeigte sich uns nämlich früher, daß zwei eigentümliche Gedanken darin miteinander verschlungen sind, einmal die Behauptung, daß die disjungenerten Prädikatsbestimmtheiten sich an demselben Subjektsgegenstand gegenseitig

ausschließen, und dann die Behauptung, daß eine von den angegebenen Prädikatsbestimmtheiten dem Subjektsgegenstand zukomme. Der an ein disjunktives Urteil sich anschließende Schluß kann demnach zwei verschiedene Wege gehen.

Erstens, zu dem disjunktiven Urteil tritt ein kategorisches hinzu, das behauptet, der Subjektsgegenstand des disjunktiven Urteils habe eine bestimmte der in ihm disjungen Prädikatsbestimmtheiten. Dann folgt daraus, daß er alle die übrigen Prädikatsbestimmtheiten, die das disjunktive Urteil sonst noch anführt, von sich abpreizt. Es folgt daraus also die Wahrheit aller der entsprechenden negativen Urteile, bzw., wenn diese alle in ein Urteil zusammengefaßt werden, die Wahrheit des entsprechenden remotiven Urteils. Liegt z. B. ein dreigliedriges disjunktives Urteil: »S ist entweder P oder Q oder R« vor, und tritt dazu das kategorische Urteil »S ist P«, so folgen daraus notwendig die negativen Urteile: »S ist nicht Q« und »S ist nicht R«, oder das remote Urteil: »S ist weder Q noch R«. Diese Form des hypothetisch-kategorischen Schlusses, in der durch ein positives kategorisches Urteil in dem gefolgerten Schlußsatz alle anderen Glieder der Disjunktion aufgehoben werden, nennt man den Modus ponendo tollens.

Der zweite Weg führt von dem disjunktiven Urteil durch Hinzunahme solcher negativer kategorischer Urteile, die alle bis auf eines der disjungen Prädikatsbestimmtheiten von dem Subjektsgegenstand des disjunktiven Urteils abpreizen, zu dem positiven kategorischen Schlußsatz, der demselben Subjektsgegenstand jene eine nicht abgepreizte Prädikatsbestimmtheit positiv hinzusetzt. Denn dieser Schlußsatz folgt notwendig aus den Prämissen, weil nach dem Sinn des disjunktiven Urteils eine der Prädikatsbestimmtheiten dem Subjektsgegenstand zukommen soll und es dann notwendig diejenige sein muß, die durch die zweite Prämisse allein nicht ausgeschlossen wird. Bei einem zweigliedrigen disjunktiven Urteil wird eine hinzutretende negative Prämisse, die das eine oder das andere Glied von dem Subjektsgegenstand abpreizt, genügen, um den positiven Schlußsatz folgen zu lassen. Enthält dagegen das disjunktive Urteil mehr als drei Glieder, so muß die Stelle der zweiten Prämisse durch so viele negative Urteile oder durch ein remotives Urteil mit so viel Gliedern eingenommen werden, daß alle bis auf eine der disjungen Prädikatsbestimmtheiten von dem Subjektsgegenstand abgepreizt werden. Der Schlußsatz ist aber in allen Fällen ein positives Urteil, das dem Subjektsgegenstand des disjunktiven Urteils die eine nach der Abpreizung der übrigen noch übriggebliebene

Prädikatsbestimmtheit positiv hinzusetzt. Man nennt diese Form des hypothetisch-kategorischen Schlusses den Modus tollendo ponens. Mit einem dreigliedrigen disjunktiven Urteil wird dieser Schluß also die Form haben:

$$\begin{array}{l} S \text{ ist entweder } P \text{ oder } Q \text{ oder } R, \\ S \text{ ist weder } Q \text{ noch } R, \\ \hline S \text{ ist } P. \end{array}$$

#### Sechstes Kapitel.

#### Die Modalität der mittelbaren Schlüsse.

Die Urteile, aus denen ein Schluß besteht, haben jeweils nicht nur eine bestimmte Quantität, Qualität und Relation, sondern auch eine bestimmte Modalität. Solange man bei der Untersuchung der Schlüsse die Modalität ihrer Urteile nicht ausdrücklich berücksichtigt, gibt man ihnen stillschweigend wohl immer die assertorische Modalität. Neben dieser gibt es aber, wie wir früher gesehen haben, noch die problematische und die apodiktische Modalität. Wir haben damals ausdrücklich die logische Modalität der Urteile sowohl von der psychologischen Modalität der Urteilsakte als auch von der ontologischen Modalität der Sachverhalte unterschieden und wollen uns hier auf die Betrachtung der logischen Modalität beschränken.

Aus dem Wesen dieser logischen Modalität ergibt sich nun zunächst, daß in allen folgerichtigen Schlüssen die Prämissen jede beliebige Modalität haben können, ohne daß ihre Folgerichtigkeit dadurch aufgehoben würde, vorausgesetzt, daß die Modalität des Schlußsatzes richtig gewählt wird. Es fragt sich also nur, welche Modalität der Schlußsatz haben muß, wenn die Prämissen bestimmte Kombinationen der Modalität zeigen. Stellen wir die Betrachtung in bezug auf zwei Prämissen an, so ergibt sich folgendes:

Sind in einem Schluß beide Prämissen von *problematischem* Charakter, so ist notwendig auch der Schlußsatz, der folgerichtig aus ihnen folgt, *problematischer* Natur. Aus zwei Urteilen von der Form:

M ist vielleicht (oder wahrscheinlich) P,

S ist vielleicht (oder wahrscheinlich) M

folgt notwendig nur ein *problematisches* Urteil von der Form: »S ist vielleicht (oder wahrscheinlich) P«. Der Schlußsatz, der aus zwei *problematischen* Urteilen folgt, ist zugleich in *höherem Grade problematisch*, bzw. in *geringerem Grade wahrscheinlich* als jede der Prämissen für sich genommen. In einer Schlußkette oder einem

Kettenschluß mit lauter problematischen Prämissen wird daher die Konklusion um so problematischer oder um so weniger wahrscheinlich werden, je größer die Anzahl der Prämissen, je länger also der Schluß ist. Der problematische Charakter aller Prämissen fließt gleichsam in der Konklusion zusammen.

Sind in einem Schluß die beiden Prämissen von assertorischem Charakter, so ist der folgerichtige Schlußsatz zum mindesten assertorischer Natur, sofern er aber die Konklusion aus den beiden assertorischen Urteilen bildet, ist er sogar von apodiktischem Charakter. Denn nehmen wir wieder die erste Figur des Syllogismus als Beispiel, so folgt aus zwei assertorischen Urteilen von der Form:  $M \text{ ist } P$   
 $S \text{ ist } M$   
 nicht nur das assertorische Urteil  $S \text{ ist } P$ , sondern das apodiktische Urteil » $S \text{ ist notwendigerweise } P$ «. Daselbe gilt, wenn der Schluß mehr als zwei assertorische Prämissen enthält. Der assertorische Charakter der Prämissen sammelt sich im Schlußsatz zum apodiktischen an.

Sind in einem Schluß die beiden Prämissen von apodiktischem Charakter, dann ist auch die folgerichtige Konklusion aus ihnen apodiktischer Modalität. In der Form der ersten syllogistischen Figur gilt also z. B. der folgende Schluß:

$$\begin{array}{l} M \text{ ist notwendigerweise } P \\ S \text{ ist notwendigerweise } M \\ \hline S \text{ ist notwendigerweise } P. \end{array}$$

Auch hier hat der Schlußsatz einen höheren Grad von Apodiktizität, als die Prämissen, was sprachlich oft dadurch zum Ausdruck kommt, daß man folgert, also ist erst recht  $S$  notwendigerweise  $P$ .

Ist in einem Schluß nur die eine Prämisse problematisch, so mag die andere assertorisch oder apodiktisch sein, der Schlußsatz ist dann immer nur problematisch, und zwar in demselben Grade problematisch, wie die eine Prämisse. Es gilt offenbar allgemein: Ist in irgendeinem Schluß auch nur eine einzige problematische Prämisse, so kann die Konklusion nur von derselben problematischen Modalität sein, wie diese Prämisse.

Ist schließlich in einem Schluß aus zwei Prämissen die eine apodiktisch und die andere assertorisch, so ist die folgerichtige Konklusion an sich nur assertorisch; im Hinblick darauf, daß sie die notwendige Folge aus den beiden Prämissen ist, hat sie dagegen wieder apodiktischen Charakter.

An sich zeigen also die Schlüsse ein Modalitätsgefäll, insofern die Modalität bis zur Konklusion die niedrigste Modalität, die

in den Prämissen enthalten ist, herabfinkt. Nur legt sich über die Konklusio, insofern sie notwendig aus den Prämissen folgt, die apodiktische Modalität hinüber. Dies bedarf freilich noch genauerer Untersuchung.

#### Siebentes Kapitel.

#### Deduktive und induktive Schlüsse.

Alle bisher betrachteten Schlüsse, sowohl die unmittelbaren, als auch die mittelbaren nennt man bisweilen deduktive Schlüsse, und die Art der Folgerung, die bei ihnen stattfindet, nennt man eine Deduktion. Unter einer Deduktion versteht man gewöhnlich die Folgerung vom »Allgemeinen auf das Besondere«. Genau genommen sind aber in diesem Sinn des Wortes »Deduktion« die bisher betrachteten Schlüsse nicht ausnahmslos deduktiver Art. Denn weder bei den unmittelbaren, noch bei den mittelbaren Schlüssen sind die Prämissen immer in dem Sinne »allgemeine« Urteile, und die Konklusionen in dem Sinne »partikulare« Urteile, wie die traditionelle Logik sie versteht. Es findet also bei ihnen nicht immer wirklich eine Folgerung »vom Allgemeinen auf das Besondere« statt. Trotzdem haben vielleicht alle diese Schlüsse etwas Gemeinsames, was aber erst klarer hervortritt, wenn man die sogenannten induktiven Schlüsse daneben hält.

Der induktive Schluß ist nach alter Lehre eine Folgerung »vom Besonderen aufs Allgemeine«. Sein Schlußgang verläuft also in entgegengesetzter Richtung zu dem des deduktiven Schlusses. Nach unseren früheren Ergebnissen über die Quantität der Urteile könnte nun ein Schluß vom »Besonderen aufs Allgemeine« einen vierfachen, verschiedenen Sinn haben. Er könnte sein:

1. ein Schluß vom Singular- auf ein entsprechendes Pluralurteil;
2. ein Schluß vom Einzel- oder Partikular- auf das zugehörige Universalurteil;
3. ein Schluß vom Individual- auf ein Arturteil, bzw. von einem Arturteil auf ein zugehöriges höheres Arturteil;
4. ein Schluß vom Solitärurteil auf ein zugehöriges Kollektivurteil.

In der Lehre von den unmittelbaren Schlüssen haben wir jedoch gesehen, daß keiner dieser vier Schlüsse, wenn er als unmittelbarer auftritt, jemals ein folgerichtiger ist. Selbst wenn die Konklusio eines solchen Schlusses sich als wahr erweist, so ist damit, wie wir

ebenfalls schon erkannt haben, nichts für die Folgerichtigkeit des Schlusses bewiesen. Sollen also derartige Schlüsse folgerichtig sein, so können sie es nur, wie es scheint, als mittelbare Schlüsse sein, d. h. wenn zu der einen Prämisse, die ihr Ausgangsurteil bildet, noch weitere Prämissen hinzugenommen werden. Es fragt sich also, welche Prämissen zu dem »besonderen« Urteil noch hinzukommen müssen, damit ein folgerichtiger Schluß »aufs Allgemeine« möglich wird.

1. Der Schluß von einem Singularurteil »S ist P« auf ein Pluralurteil »S und Q und R sind P« kann nur in zwei Fällen folgerichtig sein. Erstens, wenn zu dem Singularurteil »S ist P« noch die anderen Singularurteile »Q ist P« und »R ist P« hinzugenommen werden. Denn diese drei Singularurteile bilden die zureichende Grundlage für die Wahrheit jenes Pluralurteils. Aber dieses Pluralurteil ist dann nichts weiter, als die Zusammenfassung der drei Singularurteile, über deren Behauptungsgehalt es gar nicht hinausgeht.

Zweitens kann jener Schluß dann folgerichtig sein, wenn die Gegenstände S, Q und R sich darin gleichen, daß sie alle G sind, und wenn zugleich feststeht, daß allein das G-sein des S die Wahrheit des Singularurteils begründet, also das P-sein desselben S mit sich führt. Dann ist wahrscheinlich, daß nicht nur S, sondern auch Q und R, weil sie ebenfalls G sind, auch P sind, daß also jenes Pluralurteil wahr ist. Dies ist bloß wahrscheinlich, solange nicht feststeht, ob dasjenige, wodurch Q und R sich von S unterscheiden, nicht etwa ihr P-sein verhindert. Über diesen Punkt wird noch beim Schluß vom Einzel- oder Partikular- auf das Universalurteil und beim Analogieschluß zu sprechen sein.

2. Der Schluß vom Einzel- oder Partikularurteil »Ein S oder einige S sind P« auf das zugehörige Universalurteil »Alle S sind P« kann ebenfalls nur in zwei Fällen folgerichtig sein. Der erste Fall liegt vor bei der sogenannten vollständigen Induktion. Wenn nämlich zu dem Einzel- oder Partikularurteil noch alle diejenigen Einzelurteile hinzugenommen werden, die sich auf die noch übrigen Gegenstände des Umkreises S beziehen und von jedem einzelnen behaupten, daß er P sei, dann ist durch die Gesamtheit dieser Prämissen die hinreichende Grundlage für die Wahrheit des zugehörigen Universalurteils »Alle S sind P« gegeben. Dann ist allerdings wieder das Universalurteil nur die Zusammenfassung der die Prämissen bildenden Einzel- und Partikularurteile, da sein Behauptungsgehalt gar nicht über den der Gesamtheit

der Prämissen hinausgeht. Es liegt also dann zwar ein folgerichtiger aber kein begründender Schluß vor. Und die notwendige Bedingung seiner Folgerichtigkeit ist, daß der Umkreis der Gegenstände, die *S* sind und auf die sich das Universalurteil bezieht, vollständig durch die Subjektsgegenstände, auf die sich die Prämissen beziehen, erschöpft wird, daß also die Induktion wirklich eine vollständige ist. Sobald nur ein einziger dieser Gegenstände von den Prämissen nicht betroffen wird, ist der Schluß unberechtigt. Und es folgt dann auch nicht etwa ein Wahrscheinlichkeitsurteil. Denn wenn nichts weiter feststeht, als daß alle bis auf einen von den Gegenständen eines bestimmten Umkreises *P* sind, so ist damit noch nicht das geringste über diesen einen festgelegt, sondern dieser kann dann immer noch mit der gleichen Möglichkeit entweder *P* oder nicht *P* sein. Die Anzahl der Einzelurteile mag daher so groß sein, als sie nur will, niemals kann aus ihnen allein als sicher oder auch nur als wahrscheinlich folgen, daß auch ein anderer, zwar demselben Umkreis angehöriger, aber von den Einzelurteilen nicht betroffener Gegenstand dasselbe Verhalten zeige, wie es die Einzelurteile von den anderen behaupten. Hieran kann nur dann ein Zweifel entstehen, wenn man die verschwiegenen Voraussetzungen übersieht, die man gewöhnlich in denjenigen Fällen macht, in denen man sich zu einem Schluß auf ein Wahrscheinlichkeitsurteil für berechtigt hält.

Nur eine solche »vollständige« Induktion ist in allen denjenigen Fällen möglich, in denen die Umgrenzungsbestimmtheit, die der Subjektsbegriff sowohl im Einzel- und Partikular-, als auch im Universalurteil benutzt, um den Umkreis der Subjektsgegenstände zu umgrenzen, nur diese Umkreifung bestimmt, keineswegs aber zugleich als dasjenige gesetzt wird, das die Prädizierung der Urteile begründet. Wenn ein oder einige *S* nicht deshalb, weil sie *S* sind, sondern unabhängig davon, *P* sind, dann ist nur durch eine vollständige Induktion auf das zugehörige Universalurteil folgerichtig zu schließen. Und das gefolgerte Universalurteil ist dann ein bloß zusammenfassendes, kein begründend deduzierendes Urteil. (Vgl. I. Abchn., IX. Kap. S. 265 f.)

Der zweite Fall, in welchem der Schluß von Einzelurteilen auf das zugehörige Universalurteil folgerichtig ist, ist eine sogenannte unvollständige Induktion und dann gegeben, wenn noch bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Wenn nämlich nicht nur feststeht, daß ein oder einige *S* *P* sind, sondern zugleich auch, daß sie ausschließlich deshalb *P* sind, weil sie *S* sind, dann ist wahrscheinlich, daß auch alle anderen Gegenstände, die *S* sind, ebenfalls *P* sind. Denn dann

ist zu vermuten, daß das S-sein eines Gegenstandes überhaupt das P-sein desselben Gegenstandes notwendig mit sich führt und in allen Fällen tatsächlich mit sich führt, falls es nicht durch die Besonderheit des Einzelfalls daran gehindert wird. Unter den angegebenen Voraussetzungen ist also aus einem Einzel- oder Partikularurteil folgerichtig ein problematisches hypothetisches Universalurteil zu schließen. Der problematische Charakter des Schlußurteils verschwindet und macht dem assertorischen Platz, wenn feststeht, daß das S-sein eines Gegenstandes überhaupt notwendig sein P-sein mit sich führt. Und der hypothetische Charakter des gefolgerten Universalurteils verschwindet und verwandelt sich in den kategorischen, wenn sicher ist, daß kein Einzelfall eines Gegenstandes, der S ist, verhindert, daß sein S-sein sein P-sein mit sich führt. Sind beide Bedingungen erfüllt, so ergibt sich folgerichtig aus dem Einzel- oder Partikularurteil das zugehörige assertorisch-kategorische Universalurteil.

In diesem Falle hat also das Einzel- oder Partikularurteil, aus dem gefolgert wird, einen besonderen Sinn, indem es nicht bloß behauptet, daß ein oder einige S P sind, sondern zugleich ihr P-sein ausschließlich in ihrem S-sein begründet sein läßt. Weder darin, daß sie vielleicht auch noch Q sind, noch darin, daß sie gerade diese individuellen Gegenstände sind, noch darin, daß bei ihnen besondere Umstände vorliegen, sondern nur darin, daß sie S sind, soll der hinreichende Grund dafür liegen, daß sie P sind. Dieses S nun, das der Subjektsbegriff dieser Urteile zur Umgrenzung der Subjektsgegenstände und zugleich zur Begründung der Prädizierung gebraucht, kann, wie unsere früheren Untersuchungen über diese Urteile ergeben haben, nicht nur eine Art der Gegenstände, sondern auch ein Attribut oder eine Seinsart oder eine Relationsbestimmtheit derselben meinen. (Vgl. S. 266.)

Die Einzel- oder Partikularurteile, die als Prämissen für die Induktion dienen, können außerdem selbst sowohl Bestimmungs- als auch Attributions-, Seins- und Relationsurteile sein. Es ist daher eine unberechtigte Einschränkung des Bereichs der Induktionschlüsse, wenn, wie es gewöhnlich geschieht, ausschließlich kausale Relationsurteile als Ausgangsurteile genommen werden. Außerdem brauchen sich die Einzel- oder Partikularurteile durchaus nicht notwendig auf Reales oder auf Individuelles zu beziehen, sondern können ebensowohl auch Irreales und Artgegenstände zu Subjektsgegenständen haben. Nur wenn man dies alles berücksichtigt, kann das Induktionsproblem in voller Allgemeinheit gelöst werden.



Das in dem Einzel- oder Partikularurteil implizierte Urteil be-  
 sagt also, daß das S-sein eines Gegenstandes der hinreichende Grund  
 für sein P-sein ist. Dieses Urteil kann nun ein assertorisches oder  
 bloß ein problematisches sein. Im letzteren Fall gewinnt natürlich  
 der ganze Induktionschluß problematischen Charakter. Das Urteil  
 ist in beiden Fällen seinem Wesen nach ein (echtes oder unechtes)  
 Arturteil, also in diesem Sinne schon ein allgemeines Urteil. Und  
 das erkenntnistheoretische Problem der Induktion hat sich schon auf  
 die Begründung dieses Arturteils zu richten. Wir werden  
 sogleich bei der Betrachtung des Schlusses vom Individual- auf ein  
 Arturteil und vom Arturteil auf ein höheres Arturteil auf diese In-  
 duktion zurückkommen. Hier, wo es sich um den Schluß vom Einzel-  
 oder Partikularurteil auf das Universalurteil handelt, war nur her-  
 vorzuheben, daß dieser Schluß nur dann berechtigt sein kann, wenn  
 das Einzel- oder Partikularurteil ein begründendes Arturteil in sich  
 schließt.

Dieses, in dem Einzel- oder Partikularurteil implizierte Art-  
 urteil wird dann von dem gefolgerten Universalurteil zur Stütze  
 genommen, um auf alle Gegenstände, die dem umgrenzten Umkreis  
 angehören, die also S sind, deduzierend die Prädizierung des P-seins  
 zu übertragen. Dieser Folgerungsschritt ist aber wieder nur dann  
 berechtigt, wenn sicher ist, daß bei keinem der von dem Universal-  
 urteil betroffenen Gegenstände sein S-sein daran verhindert wird,  
 sein P-sein mit sich zu führen. Ist dies nicht sicher und wird dies  
 als Bedingung zu dem Universalurteil hinzugefügt, so ist die Kon-  
 klusion natürlich nur ein hypothetisches Urteil. Ist nur mit größerer  
 oder geringerer Wahrscheinlichkeit zu vermuten, daß das S-sein in  
 keinem der Fälle verhindert wird, das P-sein mit sich zu führen,  
 so ist das gefolgerte Universalurteil nur ein problematisches von  
 entsprechender Wahrscheinlichkeit. Steht dagegen fest, daß das S-  
 sein eines Gegenstandes seinem Wesen nach gar nicht sein kann,  
 ohne das P-sein des Gegenstandes mit sich zu führen, dann sind  
 notwendig alle Gegenstände, die wirklich S sind, auch P, und das  
 Universalurteil ist dann ein assertorisch-kategorisches Urteil. Die  
 erkenntnistheoretische Frage, wie es möglich sei, zu erkennen, ob  
 das S-sein eines Gegenstandes notwendig oder seinem Wesen nach  
 das P-sein desselben Gegenstandes mit sich führe oder nicht, liegt  
 außerhalb des Problemkreises der Logik. Die Logik hat hier nur  
 aufzuzeigen, daß aus einem Einzel- oder Partikularurteil nur dann  
 folgerichtig das zugehörige Universalurteil geschlossen werden kann,  
 wenn die Prämisse ein Arturteil impliziert, welches behauptet, daß

mit dem S-fein eines Gegenstandes notwendig fein P-fein verbunden sei. Die gemeinsame Umgrenzungsbestimmtheit S, die der Subjektbegriff sowohl des Einzel-, als auch des Partikular- und des Universalurteils enthält, bildet gleichsam die Brücke, auf der das mit ihr notwendig verbundene P-fein von dem einzelnen oder den einigen Gegenständen allen Gegenständen, die S sind, zugeführt wird.

Die Bedingung der Gültigkeit der »unvollständigen« Induktion ist also sowohl hier bei dem Schluß vom Einzel- oder Partikular- auf das Universalurteil, als auch im vorigen Falle beim Schluß vom Singular- auf ein zugehöriges Pluralurteil die, daß ein bestimmtes Arturteil, welches mit einer Art von Prädikatsbestimmtheit eine andere Art notwendig verbindet, gültig ist und als Prämisse hinzugenommen wird. Das Induktionsproblem kulminiert in der Frage, aus welchen Individual- oder niederen Arturteilen ein bestimmtes Arturteil folgerichtig geschlossen werden kann.

3. Der Schluß von einem oder mehreren Individualurteilen auf ein zugehöriges Arturteil, und ebenso der Schluß von einem oder mehreren Arturteilen auf ein zugehöriges höheres Arturteil ist ohne weiteres nie folgerichtig. Wenn ein Individualurteil »Dies S ist P« wahr ist, so enthält der gelegte Sachverhalt zwar einen Fall der Art S und zwar in bestimmter sachlicher Einheitsbeziehung zu der Prädikatsbestimmtheit P, aber daß die Art S in jedem Falle P ist, zeigt dieser Sachverhalt noch keineswegs. Auch wenn man noch so viele andere Individualurteile derselben Art hinzunimmt, so bieten die durch sie gelegten Formal-sachverhalte niemals die zureichende Grundlage für die Wahrheit eines zugehörigen Arturteils, ja auch nicht einmal für eine, über die bloße Möglichkeit hinausgehende Wahrscheinlichkeit desselben. Daß mit der wachsenden Anzahl der Individualurteile, die sich alle als wahr erweisen, die Neigung des Menschen, auch das entsprechende absolute Arturteil für wahr zu halten, zunimmt, ist unbestreitbar. Aber ebenso sicher ist, daß damit weder die Wahrheit, noch die Wahrscheinlichkeit des Arturteils zureichend begründet ist. Rein formal-logisch läßt sich überhaupt aus Individualurteilen, und seien es noch so viele, kein zugehöriges Arturteil folgerichtig schließen.

Und daselbe gilt für die Induktion eines höheren Arturteils aus irgendeiner Anzahl zugehöriger niederer Arturteile, solange diese nicht den Umfang der höheren Art vollständig erschöpfen und damit den Schluß wieder zu einer vollständigen Induktion machen. Der unvollständige Induktionschluß ist im ersten, sowie auch in diesem Falle material bedingt, d. h. es müssen die Sachverhalte, die durch

die Individual- bzw. durch die niederen Arturteile gesetzt sind, über das hinaus, was ihnen diese Urteile zudeuten, weiter untersucht werden und in ihrem materialen Bestand direkt oder indirekt die zureichende Grundlage für die Wahrheit des gefolgerten Arturteils bieten. Es führen hier also nur zwei außerformallogische Wege zur Rechtfertigung des gefolgerten Arturteils.

Der erste Weg geht direkt zu den Individuen bzw. den niederen Arten, erfaßt in ihnen das Wesen der betreffenden Art bzw. der höheren Art, und konstatiert, daß mit diesem Wesen notwendig das P-fein verbunden ist. Dann ist natürlich nicht das Individual- bzw. Arturteil die zureichende Grundlage für die Wahrheit des gefolgerten Arturteils, sondern vielmehr diese unmittelbare Erkenntnis eines wesensnotwendigen Zusammenhangs. So läßt sich z. B. aus den Individualurteilen, die behaupten, daß diese und diese bestimmte individuelle Farbe ausgedehnt ist, nicht ohne weiteres folgerichtig schließen, daß die Farbe überhaupt ausgedehnt ist. Dieser Schluß ist nur dann berechtigt, wenn erkenntlich ist, daß es im Wesen der Art Farbe liegt, notwendig ausgedehnt zu sein, daß also eine Farbe gar nicht fein kann, ohne ausgedehnt zu sein. Nicht die Individualurteile, sondern dieser im materialen Gehalt der Individualfachverhalte liegende notwendige Zusammenhang zwischen dem Wesen der Farbe und ihrem Ausgedehntsein ist dann die zureichende Grundlage für die Wahrheit des gefolgerten Arturteils. Analog verhält es sich bei dem Schluß von niederen Arturteilen auf ein höheres Arturteil. Daß die Farbe überhaupt von dem Ton überhaupt verschieden ist, folgt nicht aus den niederen Arturteilen, die behaupten, daß bestimmte Arten von Farben verschieden sind von bestimmten Arten von Tönen, sondern nur daraus, daß Farbe und Ton ihrem Wesen nach voneinander verschieden sind. Dies letztere ist aber nicht aus den Formalfachverhalten, welche die einzelnen niederen Arturteile setzen, zu erkennen, sondern nur durch die Untersuchung des materialen Wesens der Farbe und des Tones überhaupt und ihres Verhaltens zueinander festzustellen.

Dieser erste Weg, um die zureichende Grundlage für die Wahrheit eines induktiv gefolgerten Arturteils zu gewinnen, ist nun in vielen gar nicht gangbar, d. h. es ist nicht immer möglich, durch Untersuchung des Materialfachverhalts unmittelbar einen wesensnotwendigen Zusammenhang zwischen einer bestimmten Art von Gegenständen und bestimmten Prädikatsbestimmtheiten zu erkennen. Dann kann nur der zweite indirekte Weg eingeschlagen werden, um ein gefolgertes Arturteil induktiv zu begründen. Er

geht von der Vermutung aus, daß ein notwendiger Zusammenhang zwischen einer bestimmten Art von Gegenständen und bestimmten Prädikatsbestimmtheiten bestehe, zieht aus dieser Vermutung die Konsequenzen für Individual- bzw. für niedere Artfachverhalte und wendet sich dann den materialen Sachverhalten selbst zu, um zu erkennen, ob sie diese Konsequenzen bestätigen. Durch zweckmäßige Variation der Umstände und der individuellen Besonderheiten, bzw. der niederen Arten, wird festgestellt, ob die betreffende Art, auf die es abgesehen ist, trotz dieser Variationen immer noch dieselbe Prädikatsbestimmtheit mit sich führt. Bestätigen sich diese Konsequenzen, so gewinnt die Vermutung in dem Maße an Wahrscheinlichkeit, als die Sicherheit besteht, daß keine andere Vermutung möglich ist und daß man bei der Variation alle möglicherweise wirklichen Differenzen als unwirklich erkannt hat. Soll das gefolgerte Arturteil sich auf die Art in jedem Falle beziehen, so muß außerdem feststehen, daß nichts in den Individualfällen, bzw. in den niederen Arten, verhindern kann, daß die betreffende Art ihre Prädikatsbestimmtheit mit sich führt. — Die genauere Darstellung dieses Weges, sowie der besonderen Verfahrensweisen, die speziell bei den Schlüssen auf die Art im Normalfall oder im Durchschnittsfall oder im typischen Fall oder im Idealfall eingeschlagen werden müssen, ist nicht Sache der Logik, sondern der Erkenntnislehre im Sinne einer Methodologie. Hier war nur deutlich zu machen, daß die Schlüsse der sogenannten unvollständigen Induktion keine formal bedingten, sondern vielmehr material bedingte Schlüsse sind.

Um eine unberechtigte Einschränkung der induktiven Schlüsse von Individuen auf Arten, und von niederen auf höhere Arten fernzuhalten, sei hier nur noch hervorgehoben, daß die Individuen und die niederen Arten, von denen man ausgeht, nicht nur Dinge, sondern auch Stoffe, Lebewesen, Seelen, Personen, Gemeinschaften und Kulturgebilde irgendwelcher Art, und daß sie ebenso auch Eigenschaften, Zustände, Vorgänge, Tätigkeiten und Relationen irgendwelcher Art sein können.

4. Der Schluß von einem oder mehreren Solitärurteilen auf ein zugehöriges Kollektivurteil ist ebenfalls ohne weiteres nie folgerichtig. Nur in einem einzigen Fall ist dieser Schluß berechtigt. Wenn nämlich der solitäre Gegenstand mit dem Kollektivgegenstand etwas Gemeinsames hat, und wenn gerade dieses Gemeinsame allein es ist, das auch dem solitären Gegenstand die betreffende Prädikatsbestimmtheit notwendig verschafft, dann kommt auch dem Kollektivgegenstand notwendig dieselbe Prädikatsbestimmtheit zu.

heit zu, falls bei ihm keine besonderen hindernden Faktoren vorliegen. Daraus, daß ein oder mehrere Lebewesen, die einem und demselben Kollektivum angehören, von dem Selbstbehauptungstrieb befeelt sind, folgt nicht ohne weiteres, daß nun auch das Kollektivum selbst von dem Selbstbehauptungstrieb erfüllt ist. Dies würde nur dann daraus folgen, wenn das Kollektivum den einzelnen solitären Gegenständen, aus denen es besteht, darin gliche, daß es ebenfalls ein Lebewesen wäre, und wenn zugleich feststünde, daß zum Lebewesen notwendig der Selbstbehauptungstrieb gehöre. Dann wird aber die Konklusio nicht aus dem Solitärurteile gefolgert, sondern aus den material-ontologischen Tatsachen, daß das betreffende Kollektivum ein Lebewesen ist, und daß ein Lebewesen notwendig vom Selbstbehauptungstrieb erfüllt ist. Es liegt also dann wieder kein formal bedingter, sondern ein material bedingter Schluß vor.

In allen Fällen der sogenannten unvollständigen Induktion beruht also ein folgerichtiger Schluß darauf, daß die Gegenstände, auf die geschlossen wird, mit denjenigen Gegenständen, von denen der Schluß ausgeht, etwas Gemeinsames haben, und daß dieses Gemeinsame sicher oder vermutlich diejenige Prädikatsbestimmtheit notwendig mit sich führt oder von sich ausschließt, die in den besonderen Urteilen den besonderen Gegenständen zuerteilt wird. — Eine ähnliche Lösung findet die Frage nach der Gültigkeit des Analogieschlusses, auf die noch kurz eingegangen werden soll.

#### Achtes Kapitel.

#### Der Analogieschluß.

Der Analogieschluß ist der Schluß von einzelnen Gegenständen auf andere ihnen ähnliche Gegenstände. Er geht von irgendwelchen Urteilen aus, nimmt dann zu diesen ein Ähnlichkeitsurteil hinzu, das behauptet, ein bestimmter Gegenstand sei den Subjektsgegenständen der Ausgangsurteile ähnlich, und folgert hieraus eine Konklusio, die von diesem bestimmten Gegenstand behauptet, daß er sich ebenso verhalte, wie jene Subjektsgegenstände, denen er ähnlich ist. Das allgemeine Schema des

Analogieschlusses ist also das folgende: 
$$\begin{array}{l} Q \text{ ist } P \\ S \text{ ist ähnlich } Q \\ \hline S \text{ ist } P \end{array}$$
 Ein Beispiel

ist der bekannte Analogieschluß: »Der Mensch ist ein seelisches Lebe-

wesen; die Tiere sind dem Menschen ähnlich; folglich sind die Tiere feelische Lebewesen«.

Dieser Schluß nun ist ohne weiteres niemals folgerichtig, selbst wenn er zu richtigen Konklusionen führt. Denn die durch die beiden Prämissen gesetzten Sachverhalte, daß  $Q \rightarrow P$  ist und daß  $S$  dem  $Q$  ähnlich ist, genügen für sich keineswegs, um der Konklusion, daß  $S \rightarrow P$  sei, die voll bewahrheitende Grundlage zu geben. Folgt man daher aus zwei solchen Prämissen einen solchen Schlußsatz, so ist mit der Wahrheit der Prämissen durchaus nicht notwendig die Wahrheit der Konklusion gegeben, sondern der Schlußsatz kann dann immer noch falsch sein. Sind z. B. bestimmte Menschen fähig, einen Staat zu regieren, so ist durchaus nicht jeder beliebige Mensch, der den ersteren ähnlich ist, notwendig auch fähig zur Staatsregierung. Der Analogieschluß würde daher hier in den meisten Fällen zu einer falschen Konklusion führen.

Es ist leicht zu erkennen, unter welchen Bedingungen der Analogieschluß allein zu einem folgerichtigen wird. Die Ähnlichkeit, die zwischen dem  $S$  und dem  $Q$  besteht, muß gerade auf demjenigen Moment  $M$  beruhen, das für sich den zureichenden Grund dafür bildet, daß das  $Q \rightarrow P$  ist, und in dem  $S$  darf nichts vorhanden sein, was verhindert, daß auch bei ihm das  $M$  das  $P$  nach sich zieht. Die gemeinsame Prädikatsbestimmtheit  $M$ , die sowohl dem  $S$ , als auch dem  $Q$  zukommt, ist also auch hier wieder die Brücke, auf der allein das  $P$ -sein von dem  $Q$  zu dem  $S$  hinüber getragen werden kann. Wenn deshalb das  $Q \rightarrow P$  ist, weil es  $M$  ist, und das  $S$  dem  $Q$  darin ähnlich ist, daß es ebenfalls  $M$  ist, so ist, falls in dem  $S$  keine hindernden Faktoren vorliegen, das  $S$  auch notwendig  $P$ . Wären etwa bestimmte Personen schon deshalb fähig zur Staatsregierung, weil sie bloß Menschen sind, so wäre jede beliebige Person, die ihnen nur darin ähnlich ist, daß sie auch Mensch ist, zur Staatsregierung fähig, falls nicht in ihr noch besondere hindernde Momente vorlägen.

Steht nun nichts weiter fest, als daß  $Q \rightarrow P$  ist und daß  $S$  dem  $Q$  ähnlich ist, so muß zunächst angenommen werden, daß  $Q \rightarrow M$  sei und daß dies der zureichende Grund für sein  $P$ -sein sei. Es muß zweitens angenommen werden, daß die Ähnlichkeit zwischen dem  $S$  und dem  $Q$  darauf beruhe, daß sie beide  $M$  sind. Und dazu muß drittens die Annahme treten, daß in dem  $S$  nichts vorhanden sei, was verhindert, daß auch bei ihm das  $M$ -sein sein  $P$ -sein mit sich führe.

Die Gewißheit oder Wahrscheinlichkeit des Analogieschlusses wird also dann von der Gewißheit oder Wahrscheinlichkeit dieser drei

Annahmen abhängen. Und die Folgerichtigkeit des Analogieschlusses ist demnach ebenfalls von dem Bestehen bestimmter materialer Sachverhalte und nicht bloß formal bedingt. Seine weitere Untersuchung gehört daher nicht in die reine Logik.

Schließlich sind noch eine Reihe anderer material bedingter Schlüsse zu erwähnen und von den formalbedingten mittelbaren Schlüssen abzuheiden, mit denen sie oft verwechselt werden. Nur um auch sie aus dem Gebiet der Logik zu verweisen, sei zum Schluß noch kurz auf sie eingegangen.

#### Neuntes Kapitel.

#### Die material oder fachlich bedingten mittelbaren Schlüsse.

Es gibt gewisse mittelbare Schlüsse, die in ähnlicher Weise, wie die früher erwähnten unmittelbaren Schlüsse material oder fachlich bedingt sind, d. h. deren Folgerichtigkeit von der besonderen fachlichen Beschaffenheit derjenigen Sachverhalte abhängt, die von den Prämissen gesetzt werden. Ihr Schlußfaden geht nicht an dieser besonderen fachlichen Beschaffenheit der Sachverhalte vorbei, sondern geht durch sie hindurch und nimmt sie zur notwendigen Stütze der Folgerung. Es seien jedoch hier nur Schlüsse aus solchen Urteilen berücksichtigt, welche Relationsfachverhalte setzen.

Wenn die beiden Prämissen eines mittelbaren Schlusses Relationsfachverhalte setzen, so folgen aus ihnen gewisse Urteile, die man leicht für formale Folgerungen halten könnte, die aber in der Tat nur deshalb aus den Prämissen folgen, weil die bestimmten gesetzten Relationen in ganz bestimmten Beziehungen zu einander stehen. Die Gültigkeit solcher mittelbaren Schlüsse kann daher nur dann ersichtlich werden, wenn man die formale Betrachtungsweise verläßt, sich den durch die Prämissen gesetzten Relationsfachverhalten zuwendet und erkennt, welcher neue Relationsfachverhalt auf Grund der Beziehungen jener gesetzten Relationen notwendig mitgesetzt ist. Diese Schlüsse sind daher genau zu unterscheiden von den oben betrachteten formal bedingten mittelbaren Schlüssen. Im folgenden seien kurz einige solcher material bedingten mittelbaren Schlüsse für die verschiedenen Relationsarten angeführt.

1. Mittelbare Schlüsse auf Grund von Vergleichsrelationen. Sind z. B. die beiden Prämissen  $M=P$  und  $S=M$  gegeben, so ergibt sich aus ihnen scheinbar nach der ersten Figur des Syllogismus

der Schluß.  $\frac{M=P}{S=M}$ . Aber die beiden Prämissen setzen bestimmte

Relationsfachverhalte, nämlich Gleichheitsfachverhalte. Und die Konklusio folgt daraus nicht auf Grund der ersten Figur des Syllogismus, sondern nur deshalb, weil auf Grund der gesetzten Gleichheitsrelationen zwischen S, M und P sich notwendig die Gleichheit von S und P ergibt.

Dies wird deutlicher in folgendem Schluß, der die Form eines Syllogismus der dritten Figur hat:

$$\begin{array}{l} M \text{ ist größer als } P \\ M \text{ ist kleiner als } S \\ \hline S \text{ ist größer als } P \end{array}$$

Hier wird deutlich spürbar, daß man in formaler Einstellung die Folgerichtigkeit dieses Schlusses gar nicht zu erkennen vermag, daß man dazu vielmehr sich genau die durch die Prämissen gesetzten Relationsfachverhalte klar machen und zusehen muß, welches Größenverhältnis zwischen S und P damit notwendig gesetzt ist.

2. Mittelbare Schlüsse auf Grund von räumlichen Relationen. Aus den beiden Prämissen »M ist rechts von P« und »S ist rechts von M« ergibt sich wieder scheinbar nach einem Syllogismus der

ersten Figur der folgende Schluß

$$\begin{array}{l} M \text{ ist rechts von } P \\ S \text{ ist rechts von } M \\ \hline S \text{ ist rechts von } P \end{array}$$

hier ist wieder das Verhältnis der durch die beiden Prämissen gesetzten räumlichen Relationen zwischen S, M und P die letzte Grundlage für die Folgerichtigkeit des Schlusses. Deutlicher tritt dies

wieder hervor in dem folgenden Schluß dieser Art:

$$\begin{array}{l} M \text{ liegt über } P \\ M \text{ liegt unter } S \\ \hline S \text{ liegt über } P. \end{array}$$

Ohne, daß man sich das Verhältnis der durch die beiden Prämissen gesetzten Relationsfachverhalte zueinander klar macht und das daraus resultierende räumliche Lageverhältnis von S zu P erkennt, ist dieser Schluß nicht als folgerichtig zu erkennen.

3. Mittelbare Schlüsse auf Grund von zeitlichen Relationen. In den folgenden beiden Schlüssen:

$$\begin{array}{l} M \text{ war früher als } P \\ S \text{ war gleichzeitig mit } M \\ \hline S \text{ war früher als } P \end{array} \quad \text{und} \quad \begin{array}{l} M \text{ war früher als } P \\ M \text{ war später als } S \\ \hline S \text{ war früher als } P \end{array}$$

gründet sich die Folgerichtigkeit wieder auf das Verhältnis der durch die betreffenden Prämissen gesetzten besonderen Relationsfachverhalte und ist ohne dessen Erkenntnis nicht ersichtlich. Auch diese und ähnliche zeitliche Relationschlüsse sind also material bedingt.



4. Mittelbare Schlüsse auf Grund von Zusammengehörigkeitsrelationen. Als Beispiele für derartige Schlüsse seien hier nur die beiden folgenden angeführt:

M ist ein Teil von P		M enthält das P in sich
<u>S ist ein Teil von M</u>	und	<u>M ist ein Teil von S</u>
S ist ein Teil von P.		S enthält das P in sich.

Hier sind es offenbar die material-ontologischen Verhältnisse der durch die Prämissen gesetzten speziellen Sachverhalte von Ganzen und Teilen, welche die Bündigkeit der Schlüsse herstellen und die erst erkannt werden müssen, wenn die Folgerichtigkeit solcher Schlüsse ersichtlich werden soll.

5. Mittelbare Schlüsse auf Grund von Abhängigkeitsrelationen. Gelten z. B. die beiden Prämissen: »M ist die Ursache von P« und »S ist die Ursache von M«, so folgt daraus folgerichtig, daß S die mittelbare Ursache von P ist, aber nur deshalb, weil das Verhältnis der beiden, durch die Prämissen gesetzten Kausalrelationen den Schlußfaden von den Prämissen zu der Konklusion hinüberleitet. Der Schluß ist also material bedingt und kann nur durch material-ontologische Erkenntnisse als folgerichtig erkannt werden.

An anderen Beispielen, wie etwa an dem Schluß:

M ist die Folge von P  
M ist der Grund von S  
 S ist die mittelbare Folge von P

, wird wieder durch den anfänglichen Verdunklungsstoß, den man bei formaler Einstellung erleidet, die Notwendigkeit spürbar, sich erst die gesetzten Relationsfachverhalte in ihrer Eigenart klar zu machen und zuzusehen, was aus ihrer Beziehung zueinander notwendig über die Relation von S zu P folgt.

6. Mittelbare Schlüsse auf Grund von intentionalen Relationen. Würde man blind gegen die besondere Natur bestimmter intentionaler Relationen schließen, so würde sich z. B. folgender Schluß ergeben: »S liebt M, M liebt P, folglich liebt S den P«. Dieser Schluß ist nicht folgerichtig, weil die Liebesrelation die Überleitung nicht gestattet. Dagegen ist der Schluß: »S will dem Befehl des M gehorchen, M befiehlt die Erschießung des P, folglich will S den P erschießen« folgerichtig, weil die Relation des Willens auf den Befehl durch die Relation des Befehls auf die Erschießung zu dieser notwendig hinübergeleitet wird. — Ebenso ist ein folgerichtiger Schluß möglich, wenn die Tendenz einer Person S darauf geht, sich mit einer Person M total zu einigen, und diese zweite Person sich mit P zu einigen tendiert, denn dann geht die Tendenz der Person S notwendig auf Einigung mit P. Auch hier wieder nur auf Grund

der Beziehung der bestimmten intentionalen Relationen zueinander.

Der Schluß dagegen: »S meint den Begriff M, der Begriff M meint den Gegenstand P, folglich meint S den Gegenstand P« wäre wieder nicht folgerichtig. Denn die Meinung, die sich auf den Begriff bezieht, wird nicht durch die Intention dieses Begriffs auf seinen Gegenstand hinübergeleitet.

Die angeführten Beispiele genügen wohl, um erkennen zu lassen, daß die Folgerichtigkeit oder Unfolgerichtigkeit derartiger Schlüsse durch das sachliche Verhältnis der durch die Prämissen gesetzten Relationsfachverhalte bedingt ist und deshalb nur erkannt werden kann, wenn man die besondere materiale Beschaffenheit dieser Sachverhalte und deren Beziehung zueinander erkennt. Diese Schlüsse liegen also ebenfalls außerhalb des Gebiets der reinen Logik.

---

## Sachregister.

(Die eingeklammerten Zahlen bezeichnen die Seiten der Sonder-Ausgabe.)

- |   |  |
|---|--|
| <p> <b>Abbilden und Denken</b> 221. (87.)<br/> <b>Abstreizung</b> 225. (91.)<br/> <b>Abstrakte Begriffe</b> 293. (159.)<br/> <b>Abstraktion</b> 278. (144.)<br/> <b>Adjektivbegriffe</b> 309. (175.)<br/> <b>Adverbialbegriffe</b> 312. (178.)<br/> <b>Äquipollenz</b> 425. (291.)<br/> <b>Ästhetik der Gedanken</b> 150. (16.) 156. (22.)<br/> <b>Allgemeine Begriffe</b> 284. (150.)<br/> <b>Allgemeine Urteile</b> 260. (126.)<br/> <b>Analogieschluß</b> 489. (355.)<br/> <b>Analytische Definition</b> 298. (164.)<br/>             — Urteile 336. (202.) 388. (254.)<br/> <b>Anspruch auf Wahrheit</b> 209. (75.)<br/>             — auf Folgerichtigkeit 392. (258.)<br/> <b>Anzahl</b> 315. (181.)<br/> <b>Apodiktisches Urteil</b> 239. (105.)<br/> <b>Apperzeption</b> 147. (13.)<br/> <b>Apperzeptive Funktionsbegriffe</b> 303. (169.)<br/> <b>Apriorische Urteile</b> 338. (204.)<br/> <b>Art in jedem Falle</b> 263. (129.)<br/>             — im Normalfalle 263. (129.)<br/>             — im Durchschnittsfalle 263. (129.)<br/>             — im typischen Falle 264. (130.)<br/>             — im Idealfalle 264. (130.)<br/> <b>Artbegriffe</b> 279. (145.)<br/> <b>Artgegenstände</b> 279. (145.)<br/> <b>Arturteile</b> 260. (126.)<br/> <b>Affertorisches Urteil</b> 238. (104.)<br/> <b>Attributionsurteil</b> 186. (52.)<br/> <b>Aufeinanderfolge der Begriffe im Urteil</b> 181. (47.)<br/> <b>Auffammelnde Begriffe</b> 304. (170.)<br/> <b>Ausgeschloenes Dritte</b> 357. (223.) 387. (253.)<br/> <br/> <b>Bedeutung</b> 272. (138.)<br/> <b>Bedingte Behauptung</b> 243. (109.)       </p> | <p> <b>Begriffe, ihr Wesen</b> 272. (138.)<br/>             —, ihr Inhalt 274. (140.)<br/>             —, ihr Umfang 287. (153.)<br/>             —, Verhältnis von Inhalt und Umfang 291. (157.)<br/>             —, einfache und zusammengelegte 277. (143.)<br/>             —, rein funktionierende 299. (165.)<br/>             —, Gegenstandsbegriffe 306. (172.)<br/>             —, lebende Begriffe 313. (179.)<br/>             —, konkrete und abstrakte 293. (159.)<br/>             —, Individual-, Art- und Gattungsbegriffe 279. (145.)<br/>             —, allgemeine 284. (150.)<br/> <b>Begriffsdefinition</b> 294. (160.)<br/>             — abstraktion 282. (148.)<br/>             — determination 281. (147.)<br/> <b>Begriffe und Wörter</b> 272. (138.)<br/>             — und Gegenstände 272. (138.)<br/>             — und Urteile 317. (183.)<br/> <b>Begründendes Universalurteil</b> 265. (131.)<br/> <b>Begründungs- und Wahrheitszusammenhang</b> 393. (259.) 470. (336.)<br/> <b>Behauptungsmoment</b> 180. (46.) 182. (48.)<br/> <b>Beilegebegriffe</b> 309. (175.)<br/> <b>Bestimmungsurteil</b> 186. (52.)<br/> <br/> <b>C. siehe unter K.</b><br/> <br/> <b>Deduktion</b> 481. (347.)<br/> <b>Deduktiver Schluß</b> 481. (347.)<br/> <b>Deduzierendes Universalurteil</b> 266. (132.)<br/> <b>Definition, Begriffs-</b> 294. (160.)<br/>             —, Sach- 295. (161.)<br/>             —, Wort- 294. (160.)<br/>             —, analytische 298. (164.)<br/>             —, genetische 299. (165.)<br/>             —, synthetische 298. (164.)       </p> |
|---|--|

- Definitionsregel 296. (162.)  
 Definitionsfehler 296. (162.)  
 Denken 140. (6.)  
 — und Apperzipieren 147. (13.)  
 — und Gedanken 141. (7.) 154. (20.)  
 —, kritisch-forschendes 152. (18.)  
 —, logisches 152. (18.)  
 —, naiv-expressivistisches 151. (17.)  
 — und Sprechen 142. (8.)  
 — und Vorstellen 146. (12.)  
 — und Wahrnehmen 146. (12.)  
 Denklehre 139. (5.)  
 Determination 276. (142.)  
 Dictum de omni et nullo 446. (312.) 472. (338.)  
 Differentia specifica 296. (162.)  
 Disjunktion, Satz v. d. kontradiktorischen 364. (230.)  
 Disjunktiver Schluß 477. (343.)  
 Disjunktives Urteil 248. (114.)  
 Distribuierend 255. (121.)  
 Doppelbändig sprechen 171. (37.)  
 Durchschnitt, Art im, 263. (129.)  
  
 Einfache Begriffe 277. (143.)  
 Eingliedrige Urteile 189. (55.)  
 Einzelbegriff 285. (151.)  
 Einzelurteil 255. (121.)  
 Elemente des Urteils 177. (43.)  
 Erkenntnis 164. (30.)  
 Erkenntnisgrund 377. (243.) 384. (250.)  
 Erkenntnislehre und Logik 164. (30.)  
 Esse-Percipi 193. (59.)  
 Existenz 190. (56.) 199. (65.)  
 Existenzialurteil 189. (55.)  
  
 Fallen, unter einen Begriff 288. (154.)  
 Fehler der Definition 296. (162.)  
 Figuren des Syllogismus 438. (304.)  
 Fixum 221. (87.)  
 Folgerichtigkeit 391. (257.)  
 Folgerung 390. (256.)  
 Formalobjekt 275. (141.)  
 —fachverhalt 394. (260.)  
 Formalontologische Tatsachen als Grundlagen der Schlüsse 463. (329.) 465. (331.) 468. (334.)  
 Formel für das Urteil überhaupt 179. (45.)  
 Formel für das positive Urteil 226. (92.)  
 — für das assertorische Urteil 239. (105.)  
 — für das kategorische Urteil 247. (113.)  
 Funktion der Kopula 182. (48.)  
 Funktionierende Begriffe 299. (165.)  
  
 Gattung 280. (146.)  
 Gattungsbegriffe 279. (145.)  
 Gebiete von Gegenständen 144. (10.) 184. (50.)  
 Gedächtnisvers 457. (323.)  
 Gedanken 141. (7.) 142. (8.) 143. (9.)  
 —, Arten 144. (10.) 149. (15.)  
 — und Denken 141. (7.) 154. (20.)  
 — und Gegenstände 145. (11.)  
 —, Wissenschaft von den 156. (22.)  
 Gegensatz, konträrer 360. (226.)  
 —, kontradiktorischer 353. (219.)  
 Gegenstandsbegriffe 306. (172.)  
 Gegenstandsgebiete 144. (10.) 184. (50.)  
 Gegenstandskategorien 144. (10.)  
 Gegenstück, intentionales 273. (139.)  
 Genetische Definition 299. (165.)  
 Gerade Folge der Begriffe im Urteil 181. (47.)  
 Gesetze der Begriffs- und Urteilskomposition 317. (183.)  
 Grund, Satz v. zureich. — 365. (231.) 383. (249.)  
 Grundfälle, oberste logische 322. (188.)  
  
 Hauptbegriffe 306. (172.)  
 Hinzeigende Begriffe 303. (169.)  
 Hypothetische Urteile 243. (109.)  
 — Schlüsse 475. (341.)  
  
 Ideelle Gebilde 142. (8.)  
 Identität, Satz von der 324. (190.) 388. (254.)  
 Imperfonalia 200. (66.)  
 Implizierte Urteile 223. (89.)  
 In-Beziehung-liegende Begriffe 313. (179.)  
 Individualbegriffe 279. (145.)  
 Individualurteile 262. (128.)  
 Induktion 481. (347.)  
 Induktiver Schluß 481. (347.)  
 Inhalt der Begriffe 274. (140.)

- Irreale Gegenstände** 144. (10.) 148. (14.)  
**Kategorie** 308. (174.)  
**Kategorisches Urteil** 247. (113.)  
**Kategorischer Schluß** 461. (327.)  
**Kausalitätsprinzip** 374. (240.)  
**Kettenschluß** 475. (341.)  
**Kollektivurteile** 264. (130.)  
**Komposition der Gedanken** 317. (180.)  
**Konklusio** 391. (257.) 473. (339.)  
**Konkrete Begriffe** 293. (159.)  
**Kontradiktorischer Gegensatz** 353. (219.)  
**Kontradiktorische Disjunktion** 364. (230.)  
**Kontraposition** 419. (285.)  
**Konträrer Gegensatz** 360. (226.)  
**Konversion** 418. (284.)  
**Kopula** 179. (45.) 182. (48.)  
**Korrelat** 273. (139.)  
**Kreisveranschaulichung** 442. (308.)  
**Kriterium der Wahrheit** 211. (77.)  
**Kritisch-forschendes Denken** 152. (18.)  
**Logik, Gegenstand und Aufgabe der** 139. (5.)  
   —, traditionelle Definition 139. (5.)  
   —, traditionelle 157. (23.)  
   —, Normwissenschaft 140. (6.) 164. (30.)  
   —, praktische Wissenschaft 139. (5.) 164. (30.)  
   — und Erkenntnislehre 164. (30.)  
   — und Phänomenologie 166. (32.)  
   — und Psychologie 160. (26.)  
**Logisches Denken** 152. (18.)  
**Logische Supposition** 176. (42.)  
**Maßgebendes Fixum** 221. (87.)  
**Material bedingte mittelbare Schlüsse** 491. (357.)  
   — — unmittelbare Schlüsse 427. (293.)  
**Materialobjekt** 274. (140.)  
**Mathematik** 148. (14.)  
**Mentale Funktionsbegriffe** 305. (171.)  
**Merkmale der Gegenstände** 275. (114.)  
**Mittelbare Schlüsse** 434. (300.)  
**Mittelbegriff** 437. (303.)  
**Modale Konsequenz** 410. (276.)  
**Modalität der Urteile** 233. (99.)  
**Modi des Syllogismus** 438. (304.)  
   — der I. Figur 442. (308.)  
   — der II. Figur 447. (313.)  
   — der III. Figur 452. (318.)  
   — der IV. Figur 455. (321.)  
**Nämlich** 302. (168.)  
**Nebenbegriffe** 309. (175.)  
**Negative Urteile** 225. (91.)  
**Normwissenschaft** 140. (6.) 164. (30.)  
**Notwendigkeit** 241. (107.)  
**Nur** 267. (133.) 306. (172.) 420. (286.)  
**Oberbegriff** 437. (303.)  
**Oberfaß** 437. (303.)  
**Opposition, Schlüsse der** 405. (271.)  
   410. (276.)  
**Ordnung der Begriffe im Urteil** 181. (47.)  
**Ordnungszahlen** 316. (182.)  
**Partielle Identität** 336. (202.)  
**Partikularurteil** 255. (121.)  
**Phänomenologie** 166. (32.)  
**Pluralurteil** 255. (121.)  
**Polyfyllogismus** 474. (340.)  
**Positive Urteile** 224. (90.)  
**Prädikamente** 185. (51.)  
**Prädikatsbegriff** 178. (44.)  
**Prämissen** 391. (258.) 434. (300.)  
**Pragmatischer Wahrheitsbegriff** 218. (84.)  
**Problematisches Urteil** 234. (100.)  
**Psychologismus** 159. (25.)  
**Qualität der Urteile** 224. (90.)  
**Quantität der Urteile** 253. (119.)  
**Quaternio terminorum** 474. (340.)  
**Rationis, principium** 323. (189.) 365. (231.) 383. (249.)  
**Reale Supposition** 176. (42.)  
**Relation der Urteile** 242. (108.)  
   —, Schlüsse durch Umwandlung der 413. (279.)  
**Relationsurteile** 187. (53.)  
**Ruhendes Sein** 309. (175.)  
**Sachdefinition** 295. (161.)  
**Sachlich bedingte mittelbare Schlüsse** 491. (357.)  
   — — unmittelbare Schlüsse 427. (293.)

- Sachverhalte, Arten von 184. (50.)  
 — und Urteile 174. (40.)  
 Satz und Urteil 170. (36.)  
 Schluß, Allgemeines 390. (256.)  
 —, disjunktiver 477. (343.)  
 —, hypothetischer 475. (341.)  
 —, kategorischer 461. (327.)  
 —, mittelbarer 434. (300.) 461. (327.)  
 —, modaler 479. (345.)  
 —, unmittelbarer 397. (263.)  
 Schlußfehler 474. (340.)  
 Schlußfiguren 438. (304.)  
 Schlußkette 474. (340.)  
 Schlußmodi 438. (304.)  
 Schlußregeln 438. (304.)  
 Schlußsatz 391. (257.) 473. (339.)  
 Seinsurteile 187. (53.)  
 Singularurteile 254. (120.)  
 Solitärurteile 264. (130.)  
 Sorites 475. (341.)  
 Spezies 279. (145.)  
 Spezifische Differenz 296. (162.)  
 Stil der Gedanken 156. (22.)  
 Struktur der Urteile 177. (43.)  
 Subalternation 401. (267.)  
 Subjektsbegriff 178. (44.)  
 —gegenstand 177. (43.)  
 —wort 177. (43.)  
 Subjektlose Sätze 200. (66.)  
 Substantivbegriffe 306. (172.)  
 Supposition der Sätze 176. (42.)  
 Syllogismus, traditioneller 436. (302.)  
 —, disjunktiver 477. (343.)  
 —, hypothetischer 475. (341.)  
 —, kategorischer 436. (302.) 461. (327.)  
 468. (334.)  
 Synkategorematika 301. (167.)  
 Synthetische Definitionen 298. (164.)  
 — Urteile 339. (205.)  
  
 Terminus 437. (303.)  
 Traditionelle Logik 157. (23.)  
 Trennende Begriffe 304. (170.)  
 Tunbegriffe 311. (177.)  
 Typischer Fall einer Art 264. (130.)  
  
 Übereinstimmung 221. (87.)  
 Umfang der Begriffe 287. (153.) 291.  
 (157.)  
  
 Umgrenzung, Arten der 257. (123.)  
 Umkehrung der Urteile 417. (283.)  
 Unbedingte Urteile 247. (113.)  
 Universalbegriffe (258. (124.)  
 Universalurteile 255. (121.) 265. (131.)  
 Unlogisch 150. (16.)  
 Unmittelbare Schlüsse 397. (263.)  
 Unterbegriff 437. (303.)  
 Unterfaß 437. (303.)  
 Unzureichender Grund 371. (237.)  
 Ursache 365. (231.)  
 Urteil, analytisches 336. (202.) 388.  
 (254.)  
 —, Bestandteile des 177. (43.) 320.  
 (186.)  
 —, Definition des 270. (136.)  
 —, synthetisches 336. (202.) 339. (205.)  
 — und Sachverhalt 174. (40.)  
 — und Satz 170. (36.)  
 —, Wesen des 180. (46.) 222. (88.)  
  
 Verbaldefinition 294. (160.)  
 Verbindende Begriffe 304. (170.)  
 Verhältnis der Wahrheit der Prämissen  
 zur Wahrheit der Konklusion 473.  
 (339.)  
 Vernunft 375. (241.)  
 Verstümmelte Gedanken 177. (43.)  
 Vervielfältigungszahlen 316. (182.)  
 Voraussetzende Begriffe 303. (169.)  
 Vorstellen und Denken 146. (12.)  
  
 Wahr 210. (76.)  
 Wahrheit 210. (76.) 220. (86.)  
 — und Allgemeingültigkeit 217. (83.)  
 Wahrheitsurteil 223. (89.)  
 Wahrscheinlichkeitsurteil 236. (102.)  
 Was 186. (52.)  
 Wechselseitigkeit des Widerspruchs 343.  
 (209.)  
 Widersprechende Urteile 353. (219.)  
 Widerspruch, Satz vom 340. (206.) 387.  
 (253.)  
 —, spezieller Satz 353. (219.) 390. (256.)  
 Widerspruchslöslichkeit und Wahrheit  
 211. (77.) 212. (78.)  
 Widerstreit 349. (215.)  
 Wie 187. (53.)  
 Wiederholungszahlen 316. (182.)

Wirken und Sein 192. (58.)	Zureichender Grund, Satz vom 365. (231.) 383. (249.)
Wissenschaften 148. (14.)	Zureichender Grund und Beweis 273. (239.)
Wortdefinition 294. (160.)	Zurückzeigende Begriffe 303. (169.)
Wortdeutung und Begriff 272. (138.)	Zusammengesetzte Begriffe 277. (143.)
Zahl 315. (181.)	— Schlüsse 474. (340.)
Zahlbegriffe 315. (181.)	— Urteile 433. (299)
Zahlwort 315. (181.)	Zusammenhang, Wahrheits- und Be- gründungs- 393. (259.) 470. (336.)
Zeigende Begriffe 303. (169.)	Zweck 365. (231.)
Zeitbestimmung im Urteil 269. (135.)	
Zirkeldefinition 298. (164.)	

---

**D r u c k f e h l e r** Seite 252 (118) unten letzte Figur:  
statt des zweiten S muß Q gesetzt werden.

---